VOL. # 18

R. 6

VOL. # 18

R. 6

8C

19

1. bis 8. Januar 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Donnerstag, den 8.Januar 1942

Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Rosenheim.

IV/9 Krakau

Freitag, den 9. Januar 1942

12^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt nach Haus Kressendorf.

Am Nachmittag hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie mit dem Chef der Kanzlei Kammergerichtsrat Dr. Keith.

IV/9 Krakau

Sonnabend, den 10.Januar 1942

10^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur erläßt folgenden Aufruf an die Deutschen im Generalgouvernement zur Veröffentlichung in der Krakauer Zeitung:

An die Deutschen im Generalgouvernement!

Im Namen des Führers möchte ich Euch allen danken für den großartigen Einsatz, den Ihr bis jetzt schon bei der im größten Ausmaß durchzuführenden Wintersachensammlung für unsere kämpfende Truppe durch die Tat gezeigt habt. Ich bitte Euch aber, in Eurem Eifer nicht nachzulassen und insbesondere die Tage der Sammlung, die im Generalgouvernement noch bis zum 15. dieses Monats einschließlich dauern, mit aller Intensität zur möglichsten Steigerung des Erträgnisses zu benutzen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Arbeitsbereich Generalgouvernement hat im Verein mit allen Staats- und Wehrmachtsdienststellen die Sammlung durchzuführen. Alle Wollsachen, alle Skier, alle Skistiefel, alle irgendwie entbehrlichen sonstigen Pelzstücke, Unterwäsche usw. sollen den Marsch in die Sammelstellen antreten.

Helft alle mit, deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Es ist eine Ehrenpflicht der Deutschen des Generalgouvernements, in dieser das ganze deutsche Volk umfassenden und ergreifenden Wollsammlung dem Führer und seiner unvergleichlichen Wehrmacht wenigstens einen Teil des Dankes für die einmaligen geschichtlichen Taten abzustatten, die sie vollbringen. Das Generalgouvernement muß auch

2

im Ertrag dieser Wintersachensammlung mit an der Spitze stehen.

Ich bitte also alle deutschen Männer und Frauen, alle deutschen Knaben und Mädchen im Generalgouvernement um ihre opfervolle Mithilfe.

Heil Hitler!

Generalgouverneur Dr. Hans Frank
Reichsleiter der NSDAP.

14^{55} Besprechung mit Stabsleiter Stahl.

15^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

IX/9

Sonntag, den 11.Januar 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

IV/9
IX/9

Krakau

Montag, den 12.Januar 1942

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Universitätsgebäude.

11^{10} Festakt aus Anlaß der Eröffnung der Verwaltungsakademie Krakau im Universitätsgebäude.

Der Festakt wird eingeleitet durch eine Passacaglia von Respighi, gespielt von Mitgliedern des Staatsorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch

Staatssekretär Dr. Bühler eröffnet die Feier mit folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Verehrte Gäste, meine lieben Mitarbeiter! Die nationalsozialistische Staatsführung hat sich von jeher die Heran- und Fortbildung eines nationalsozialistischen Berufsbeamtentums als vordringliche Aufgabe angelegen sein lassen, mit dem Ziel, neben der Partei und der Wehrmacht als weitere tragende Säule der Staatsführung und der Staatsverwaltung gesinnungsgemäß bewährte, fachlich hervorragend geschulte Staatsdiener einsetzen zu können. Diesem Streben dient auch der heutige Festakt, der dem Beginn der Arbeit der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements gewidmet ist. Mir ist es eine besonders Freude, Sie, Herr Generalgouverneur, bei diesem Akt begrüßen zu können und aus Ihrem Erscheinen zu ersehen, welchen Wert Sie als oberster Repräsentant des Führers der Schaffung

eines vorbildlichen Beamtenapparats beimessen. Ich begrüße weiter herzlich die heute anwesenden Vertreter der Partei und der Wehrmachtstellen des Generalgouvernements, die Gäste aus dem Reich und Sie, meine lieben Mitarbeiter. Ich danke Ihnen bestens für das förderliche Interesse, das Sie an diesem Teilstück staatlicher Arbeit nehmen.

Die Errichtung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements hat über die Grenzen dieses Raumes hinaus ihre besondere Bedeutung in der Tatsache, daß sie die erste Schöpfung dieser Art im fremdvölkischen von unserer siegreichen deutschen Wehrmacht eroberten Raum ist, einem Raum, der nun zum Nutzen des Großdeutschen Reiches und der europäischen Politik des Führers von der deutschen Verwaltung geführt, erschlossen und neu gestaltet werden soll. Daher hat auch der Führer an diesem Ereignis unmittelbar Anteil genommen. Der Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Dr. Lammers, der bereits alle Anstalten getroffen hatte, an dem heutigen Festakt teilzunehmen, aber angesichts der Arbeitslage im Führerhauptquartier zu seinem großen Bedauern nicht abkommen kann, hat an den Herrn Generalgouverneur folgendes Telegramm gerichtet:

> Der Führer hat mir auf meine Meldung von der Eröffnung der Verwaltungsakademie Krakau seine freundlichen Wünsche für das Gedeihen der Akademie ausgesprochen. Indem ich diese Wünsche übermittle, weiß ich mich mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern darin einig, daß die Anteilnahme des Führers uns allen die Pflicht auferlegt, für die Verwaltungsakademie Krakau unser Bestes zu geben. Nehmen Sie für Ihr und Ihrer Mitarbeiter Wirken für das Wohl der Verwaltungsakademie auch meine aufrichtigsten Wünsche entgegen.

3

12.1.1942

Diese Anteilnahme des Führers und des vom Führer eingesetzten Leiters des Reichsverbandes der Deutschen Verwaltungsakademien Reichsministers Dr. Lammers an unserer Arbeit erfüllt uns mit stolzer Genugtuung, aber auch mit dem Gefühl tiefster Verantwortung für die große uns anvertraute Aufgabe.- Weitere Telegramme prominenter Staats- und Parteistellen im Reich lassen die gesteigerte Bedeutung des heutigen Arbeitsbeginnes der Verwaltungsakademie auch für das Reich erkennen.

Die Aufgabenstellung der Verwaltungsakademie im Generalgouvernement hebt sich in wesentlichen Punkten von der Aufgabenstellung dieser Akademien im Reiche ab. Sie bedeutet nicht nur zahlenmäßig eine Erweiterung der Verwaltungsakademien des Reiches. Es gilt nicht nur, den Beamten in der Erfassung und Handhabung der Verwaltungsvorschriften und Gesetze des Deutschen Reiches zu schulen, sondern er muß darüber hinaus im Generalgouvernement mit den besonderen Problemen des Ostraumes und des Osteinsatzes eingehend vertraut gemacht werden.

Schon aus dieser Aufgabenstellung erhellt, dass die Arbeit der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements nicht auf eine bestimmte Beamtengruppe ausgerichtet sein kann, sondern daß sie allen Beamten, gleichgültig, welchen Dienstgrades oder Dienstbereiches, die für die Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben notwendigen Erkenntnisse vermitteln muß. Wie der Stellenplan den Beamten in seiner materiellen Lebensgrundlage im Generalgouvernement zu sichern bestimmt ist, so soll die Verwaltungsakademie des Generalgouvernements die geistig-fachliche Verbindung zu dem deutsch zu machenden Weichselland herstellen.

Aber der Verwaltungsakademie erwächst eine weitere Aufgabe aus dem Umstand, daß die hier eingesetzten Beamten und Angestellten des Staates die

Möglichkeit haben sollen, nach Ableistung einer gewißen Dienstzeit wieder in ihre Dienstbereiche des Reiches zurückzukehren. Die Verwaltungsakademie wird also nicht nur dafür zu sorgen haben, daß die neu hier eingesetzten Beamten mit dem Rechts- und Verwaltungsstoff des Generalgouvernements vertraut zu machen sind, dondern sie wird den Beamten auch während seines Einsatzes im Generalgouvernement mit der Rechts- und Verwaltungsentwicklung im Reich auf dem laufenden halten.

Damit ist jedoch der Aufgabenbereich der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements für die Zukunft noch nicht erschöpft. Die Bedeutung des Generalgouvernements als der Brücke zwischen der engeren Heimat und den vom deutschen Schwert eroberten Räumen im weiteren Osten bringt für die Verwaltungsakademie die Verpflichtung mit sich, auch für den Einsatz ostraumgeschulter Beamter im weiteren Osten ihre Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Die Verwaltungsakademie des Generalgouvernements wird sich dieser Verpflichtung gern unterziehen und bei der Gestaltung ihres Arbeitsprogramms auch die neue große Aufgabe, die dem deutschen Beamten im weiteren Osten entsteht, entsprechend berücksichtigen. Wenn sich demnach der Eröffnungsvortrag des Herrn Professors Dr. Hedemann mit der Gestaltung des neuen deutschen Volksgesetzbuches im Reich befaßt, so wird sich bereits der nächste Vortrag im Rahmen der Verwaltungsakademie, den der uns allen bekante Landesbauernführer Körner, der in der Ukraine eingesetzt ist, halten wird, mit dem Osten als der Ernährungsbasis Europas zu befassen haben.

Der Herr Generalgouverneur hat mich ermächtigt, die Ergebnisse der Arbeit der Verwaltungsakademie auch bei der personellen Beurteilung der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements, wie sie übrigens durch Erlaß des Reichsministers des Inneren

seit geraumer Zeit im Reich verpflichtend vorgeschrieben ist, entsprechend zu würdigen. Dadurch wird es möglich sein, den geistigen Stillstand des Beamten zu verhindern, ihm geistige Berufsziele zu stecken und so dem nationalsozialistischen Leistungsgrundsatz wirksam zur Geltung zu verhelfen.

Persönlich bin ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, zu großem Dank verpflichtet, weil Sie mir erlaubt haben, neben meinen sonstigen Dienstaufgaben die Leitung der Verwaltungsakademie des Generalgouvernements zu übernehmen. Ich hoffe, daß sich die Früchte dieser Arbeit bei der Erfüllung der mir von Ihnen anvertrauten Gesamtaufgaben sehr günstig auswirken werden.

Sie, Herr Professor Dr. Hedemann, haben sich bereitwillig für den Festvortrag der heutigen Veranstaltung zur Verfügung gestellt. Ich weiß niemanden, der berufener wäre, über das von Ihnen gewählte Thema des Volksgesetzbuches der Deutschen zu sprechen, verbindet Sie doch seit Bestehen der Akademie für Deutsches Recht mit ihrem Präsidenten, dem Herrn Generalgouverneur, die engste Arbeitsgemeinschaft zur Schaffung eines neuen deutschen Volksrechtes. Ich möchte Sie daher herzlich willkommen heißen und Ihnen für Ihren Einsatz hier im Osten danken.

(Lebhafter Beifall)

Hierauf ergreift das Wort Professor Dr. Hedemann -Berlin, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, zu seinem Vortrag über

Das Deutsche Volksgesetzbuch.

12.I.1942

Hierauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache :

Der reiche Beifall der versammelten Herren und Frauen hat Ihnen, Herr Professor Dr. Hedemann, gezeigt, wie sehr wir beglückt waren, dass Sie in die ernste spannungserfüllte Zone dieses Raumes den strahlenden Gruss einer geistigen Arbeit gebracht haben. Es ist für uns eine Beglückung, von diesem grossen herrlichen Reich des deutschen Idealismus immer wieder zu vernehmen; denn nur aus ihm ziehen auch wir die Kraft, die uns befähigt, mit den ungeheuren Schwierigkeiten fertig zu werden, die uns hier als Kriegsaufgaben gestellt sind.

Alles geht um das deutsche Volk, um sein Schicksal, um seine Zukunft, um sein Leben, um seine Freiheit, um seine Ehre, seine Gesundheit. Dieses deutsche Volk, dessen Kinder wir sind, das über die Jahrtausende hinweg einem grossartigen geschichtlichen, völkischen Traum ergeben war, steht in der schwersten Prüfung seiner Kraft. Wie immer, wenn sich die Stunden des Ernstes besonders spürbar in die Seele prägen, treten die ewigen Werte und die ewigen Überlegungen an die Stelle des Alltags. Noch nie war daher der Appell an die unvergänglichen Güter unseres Volkes, an die ewigen beglückenden Werte unserer rassisch-völkischen Gemeinschaft so spürbares Bedürfnis geworden wie in den Tagen, da der Führer nunmehr zu dem letzten und ungeheuersten Schlag ausholt, um für alle Zukunft diesem deutschen Volk die Freiheit

und die Ehre zu erkämpfen.

Dieses Jahr 1942 steht unter dem ehernen Zeichen der Durchsetzung der höchsten gesteigerten völkischen Energie. Wir müssen uns gerade hier im Generalgouvernement darüber klar sein, dass der Begriff der Verwaltungsakademie ebenso wie der Begriff des Beamtentums nicht irgendwie eine Parallele verträgt mit heimatlichen, vorkriegsfriedlichen Verhältnissen, auch nicht aus damaligen Zuständen und Ressentiments irgendwelche kritischen Mommente hier herüber ins Generalgouvernement zu bringen hat, sondern dass hier nur ein Vorbild auch für die Verwaltung des Generalgouvernements möglich ist, das militärische.

Wir stehen - in zunehmenden Masse wird das spürbar - mit dem Generalgouvernement im ergsten Kontakt mit der Front. Die Aufgaben, die das Generalgouvernement hat, sind und werden in den kommenden Wochen und Monaten mehr und mehr Aufgaben im Dienste des Frontkampfes sein. Alles, was daher in diesem Raum durch autoritärste Geschlossenheit, durch einheitlichste Zusammenfassung aller Energieträger möglich ist, muss geschehen. Die Sprache des Krieges fängt an, unendlich hart zu werden. Die Sorgen dieser Zeit beginnen, das Persönliche weit hinter die Bedürfnisse unserer nationalen Gemeinschaft zurückzustellen. Der Führer selber hat diesem ungeheuren Ernst der Zeit sieghaft dadurch Ausdruck verliehen, dass er auch befehlsmässig unmittelbar die Verantwortung für das Heer, den wichtigsten Teil der deutschen Wehrmacht, übernommen hat. Unsere Soldaten kämpfen Tag und Nacht unter geradezu grauenhaftesten Bedingungen für die Freiheit. Da-

12. 1. 1942.

her muss sich das Generalgouvernement dieser Aufgabe allen voran würdig erzeigen. Im übrigen hat ja der Führer auch in seinem Neujahrstelegramm, das er mir schickte, seine Anerkennung zum Ausdruck gebracht, dass er - und das wollen Sie alle immer wieder zur Kenntnis nehmen - persönlich unmittelbar interessiert ist an den Geschehnissen im Generalgouvernement.

Die Führung und Verwaltung in diesem Gebiet liegen in einer Hand. An diesem monumentalen Grundsatz hat sich nicht das Geringste geändert. Es gibt ausserhalb des Militärischen , des Soldatischen keine Gewalt im Reich, die uns hier hineinbefehlen oder hineinregieren könnte. Regierung, Exekutive, Staat, Polizei und Partei unterstehen im Generalgouvernement ausschliesslich mir, und ich unterstehe ausschliesslich und unmittelbar dem Führer. Diese Hierarchie ist notwendig ; denn nur dadurch ist die Möglichkeit gegeben, mit den Aufgaben fertig zu werden, die uns in immer grösserem Umfange gestellt sind. Eine Handvoll Männer und Frauen sind wir hier, einige Tausend, die über beinahe 20 Millionen fremden Volkstums die Machtfahne des Reiches Adolf Hitlers aufgerichtet halten müssen. Dazu kann man nicht Schwätzer, Kritiker,Phrasendrescher, lächerlich ichsüchtige Ressortkapitäne brauchen. Daher sind nicht erträglich Stänkersucht, persönliche Neidhammelei, Saufkumpanei oder unwürdiges Leben. Dazu bedarf es ausschliesslich des Bewusstseins, dass in der ernstesten Stunde unseres Volkes von uns allen die gewaltigste Energie verlangt wird, die jemals in der deutschen Geschichte erstanden ist. Ich werde mehr denn je dafür sorgen,

dass dieser Ernst jedem deutlich spürbar wird.

Umso grösser ist denn auch die geschichtliche Rolle, die uns hier zukommt. Das Volk hier im Lande hasst uns. Wir sind nicht gern gesehen. Da und dort wird die Hoffnung geschürt, dass die deutsche Herrschaft über diesen Raum sich wieder zurückziehen möchte. Ich versichere Ihnen aber ganz ausdrücklich, dass die Konzeption, wie sie unser Führer dem grossdeutschen Reich gegeben hat, unverrückbar ist, dass die Fahne des grossdeutschen Reiches dort, wo sie von unseren Heldensoldaten aufgerichtet wird, bleiben wird, dass wir frischer, stärker und energischer denn je hier dem Willen des Reiches werden zum Durchbruch zu verhelfen wissen.

Im übrigen ist die Aufgabe der Verwaltungsakademie die einer Art einer Verwaltungskriegsakademie. Für mich gibt es den Unterschied nach Vorbildung, nach akademischen Graden, nach Rängen, Titeln und Würden nicht. Ich sehe hier nur den Wert des deutschen Mannes und der deutschen Frau. Im Generalgouvernement trägt jeder Beamte, Angestellte, jeder Arbeiter, der Deutscher ist, in seinem Arbeitsraum die Möglichkeit, die höchsten Stellungen in dieser Gemeinschaft einzunehmen. Wir wollen ein stolzes Vorbild für das Reich sein. Die Dünkelsucht, die sich lediglich auf papierene Examensnachweise stützt, gilt mir gar nichts. Kreishauptmann, Distriktchef, Abteilungspräsident in der Regierung kann jeder werden, der durch Leistung, durch seine Arbeit und durch seine persönliche Stärke dazu berufen ist. Daher lade ich zur Teilnahme an der

12. 1. 1942.

Arbeit in der Verwaltungsakademie ein. Die Stärke liegt nicht im Bramarbasieren. Stärke und Brutalität sind auch nicht identisch. Die stärksten Männer unserer Geschichte,-ich erinnere nur an Friedrich den Grossen,-waren in ihrem persönlichen Auftreten und in ihrer persönlichen Weltanschauung die vornehmsten und zurückhaltendsten Menschen. Es war nicht immer derjenige der Starke, der am lautesten war, und es ist nicht derjenige - das gilt auch für den Staat - am stärksten, der am brutalsten ist. Stärke und Brutalität bedingen sich nicht einmal; denn meistens ist Brutalität nur ein Ausfluss von Schwäche. Stärke des Staates, wie wir sie hier brauchen, soll nicht heissen, dass wir nun jede geistige Note, jede Kulturbezogenheit für unseren Bereich ablehnen oder ersticken, dass wir alle nur noch mit den Ellenbogen arbeiten, dass hier nur derjenige gelten soll, der über den unmittelbaren Einsatz von Waffen mehr verfügt als ein anderer. Unsere Stärke soll in unserem Charakter liegen, sie soll in der Entschlossenheit liegen, dem Ziel des Führers, das er diesem Gebiet gestellt hat, zu dienen. Unsere Stärke soll vor allem in einer unendlich aufgeschlossenen Kameradschaft liegen. So, wie auf einem Schiff die Mannschaft um ihren Kapitän, wenn auch unter Kriegsrecht, so doch in einmütiger Kameradschaft zusammenzustehen hat, weil ringsum und auch unter dem Schiff das feindliche Element ist, das es zu beherrschen gilt, so ist auch das Generalgouvernement ein Schiff im slawischen Ozean. Daher müssen Sie auch immer daran denken, dass auf jeden einzelnen Deutschen hier im Raum über 100

Fremdvölkische fallen. Deshalb müssen die Stärke, die Charakterfestigkeit und das Verhalten des Einzelnen vor allem im öffentlichen Dienst des Generalgouvernements so eingerichtet werden, dass eine Minderung des Ansehens des Reiches, die aus dieser geringen Zahl allenfalls erwachsen könnte, in keiner Weise spürbar wird. Die Polen im Raum müssen merken, dass die deutsche Herrschaft über das Weichselland schicksalsgewollt ist, die zu erschüttern ausser dem ewigen Herrgott niemand die Möglichkeit besitzt.

Das Generalgouvernement geht regierungs- und verwaltungsmässig seinen Gang. Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Bühler, bin ich dafür dankbar, dass Sie die Leitung der Verwaltungsakademie übernommen haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit allen Beamten und Angestellten und den deutschen Arbeitern des Generalgouvernements auch Dank und Anerkennung für die hervorragenden Leistungen zum Ausdruck bringen, die das Generalgouvernement heute schon in gewissen Dingen zum Vorbild selbst manchen Reichseinrichtungen gegenüber gemacht haben. Wenn der Führer in seinem schon vorhin erwähnten Telegramm unsere erfolgreiche Arbeit anerkennt und unser Wirken hier im Raum als fruchtbringend bezeichnet, wenn er, wie er es aus Anlass des Parteitages des Arbeitsbereiches Generalgouvernement im August 1941 getan hat, uns als Vorposten des grossdeutschen Raumes bezeichnet, so ist durch die Entwicklung der Kriegslage dieses ungeheuer bedeutsame Element wieder erneut in unser aller Bewusstsein getreten.

Mit diesem Dank möchte ich die Erwartung verbinden, dass gerade durch das Erstehen der Verwaltungsakademie ein neuer Stabilisationsfaktor in

12. 1. 1942

unseren allgemeinen Aufbau getreten ist. Die Heimat trägt jeder von uns im Herzen; aber allmählich muss auch das Generalgouvernement Heimat werden. Allmählich muss das Gefühl der Deutschen hier im Raum erstehen, dass sie nicht als Sendboten hier nur vorübergehend eine Gastrolle spielen, sondern dass sich wenigstens die Mehrzahl - wie ich hoffen will - der in diesem Lande öffentlich Tätigen bereit findet, hier die Heimat zu nehmen. Dieses Heimatempfinden wird umso stärker werden, wenn nach dem siegreich beendeten Krieg die deutschen Soldaten daran-gehen, auch im Generalgouvernement, in allen Formen der Wirtschaft und der Raumbetreuung ihre Heimstätte aufzurichten.

So soll aber auch die Verwaltungsakademie vor allem dazu beitragen, den Dienst im Staate, die Staatsarbeit an sich zu einem bewusst zu erfüllenden Höchstdienst der Gemeinschaft zu machen. Das ewige, sinnlose Geplärr und dilletantische Herumschimpfen über Bürokratie, über den Aktenstaub, den Büromist usw. ist in Wirklichkeit nichts als die hilflose Äusserung von in aller Welt findbaren Nurkritikern, die wie Schmarotzer von der ordentlichen, sauberen, pflichtbewussten, stillen und bescheidenen Arbeit ihren eigenen Machtdünkel nähren. Das deutsche Reich und Volk sind aber zu gut dazu, das Kampffeld für solche abzugeben, die einen Staat im Staat, einen Staat gegen den Staat oder gar einen Staat über den Staat aufrichten wollen. Daher ist vor allem das Generalgouvernement entschlossen, an der Einheit der Befehlsgebung und der Durchsetzung des staatlichen Willens in keiner Weise rütteln zu lassen.

12. 1. 1942.

Ich weiss, dass die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements in ihrer Pflichtauffassung den an sie gestellten Anforderungen entsprechen. Wir sind glücklich, dass wir bei den Reichsstellen den Stellenplan so weit durchgesetzt haben, dass wir doch schon in zunehmenden Masse auch das Beamten- und Angestelltenschicksal im einzelnen in das Reichsganze einzufügen vermögen. Aus dem früheren Abordnungsverhältnis wird im Generalgouvernement mehr und mehr das Eigendienstverhältnis. Aber ungeachtet aller dieser Zusicherungen müssen wir uns darüber klar sein, dass wir bei allen den schweren Aufgaben, die uns das Reich stellt und zu deren Durchsetzung uns auch alle Vollmachten gegeben sind, vom Reich selbst keine Hilfe erwarten können. Das Generalgouvernement wird leistungs-, arbeits- und versorgungsmässig immer mehr auf sich selbst angewiesen sein. Daher wird auch die Verantwortung der Beamten und Angestellten im Generalgouvernement immer grösser. Es wird nicht leichter, sondern es wird schwieriger, und es wird teilweise sehr schwierig werden.

Die unendlichen Aufgaben, die mit der Entwicklung der Kriegslage im Osten zusammenhängen, werden, wie das der Führer in seinem Neujahrsaufruf angekündigt hat, im Laufe dieses Jahres dazu führen, dass die Sowjetrussen geschlagen und immer wieder geschlagen werden. Bei allen diesen bevorstehenden Schwierigkeiten wird sich das Generalgouvernement mit seinen sämtlichen Dienststellen und Dienstuern aus der Verwaltungsakademie neue geistige Nahrung, den Zusammenhalt und Rückhalt aus dem grossen idealen Gesamtbild der deutschen Ge-

12. 1. 1942

schichte holen. Ich erwarte daher eine rege Teilnahme an den Veranstaltungen der Verwaltungsakademie, gerade weil heute da und dort schon wieder Stimmen laut werden, die man kennt, und deren Absicht es ist, eine Art Müdigkeit hervorzurufen oder zu ermöglichen, das Wirken der Führung erschlaffen zu lassen. Gerade weil da und dort die Stimmen der Kritik oder die Stimmen einer Erschöpfung spürbar werden wollen, gerade deshalb muss das Generalgouvernement nicht nur dem Osten zu und nicht nur der kämpfenden Truppe zu, sondern auch nach der Heimat hin ein stolzes Vorbild geschlossenster Opferbereitschaft und Hingabe sein. Von hier aus muss die Fahne einer unzerstörbaren, granitenen Härte allen denen entgegenleuchten, die da müde werden wollen.

Und so soll denn auch die Verwaltungsakademie eine Festigung dieser Herrenhaltung, dieser Klarheitssicherung und dieser Entschlossenheit sein. In diesem Sinne des Krieges und des Sieges, in diesem Sinne der Arbeit, der Kameradschaft und der einheitlichen Autorität, im Sinne einer bedingungslosen, nicht fragenden, sondern nur gehorsamen, nicht kritischen, sondern nur befehlsempfangsbereiten Ordnung dieses Raumes erkläre ich die Verwaltungsakademie des Generalgouvernements als Kriegseinrichtung für eröffnet.

Mit dem von Staatssekretär Dr. Boepple ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluss.

Nachmittags: Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IX/9 Krakau

Dienstag, den 13.Jan.1942

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11^{15} Besprechung mit Präsident Gerteis in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Präsident Gerteis macht ausführliche Darlegungen über die Verkehrsverhältnisse der Ostbahn. Zur Zeit würden täglich 9o Züge aus dem Reich durch das Generalgouvernement in Richtung Osten gefahren. Dieser Nachschub sei bis in die letzten Tage einigermaßen planmäßig durchgeführt worden. Wenn an der Ostgrenze des Generalgouvernements Verzögerungen in der Abnahme der Züge eingetreten seien, so hätte man die Züge in Grenznähe stehenlassen, um sie sofort nach Ermöglichung der Weiterfahrt in Marsch zu setzen. Zur Bewältigung dieser großen Aufgabe habe die Ostbahn aus dem Reich eine Lok-Hilfe beanspruchen müssen. 90 Lokomotiven seien bereits eingetroffen, weitere kämen in den nächsten Tagen.

Infolge dieser Intensivierung des Nachschubverkehrs für die Front müsse der öffentliche Verkehr logischerweise Not leiden. Auch im Reich gehe der Verkehr ständig zurück; nur das Allernotwendigste könne wegen der großen personellen und maschinellen Schwierigkeiten befördert werden. Selbst die Abfuhr von Kohle leide darunter.

13.1.42

Mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Sperre vom Reich nach dem Generalgouvernement müsse man für die ganze Dauer des Krieges rechnen. Er habe durch Verhandlungen in den letzten Tagen erreicht, daß die Zahl der für Ausnahmen zur Verfügung stehenden Waggons von 60 auf 100 erhöht wurde. Sperren innerhalb des Generalgouvernements und vom Generalgouvernement nach dem Reich bestänen nicht. Eine bedeutende Erleichterung habe die Tatsache herbeigeführt, daß der Wagenbedarf für die landwirtschaftliche Ernteerfassung innerhalb der letzten 14 Tage von 14 000 Waggons auf noch nicht 9 000 Waggons zurückgegangen sei.
Im großen und ganzen habe man die Transportfragen, die die Ernteerfassung aufgegeben habe, gemeistert. Der im Dezember plötzlich auftretende Frost habe leider an den Kartoffeln viel Schaden angerichtet.

In Lemberg bestehe auf allen Strecken ein vollständiger Fahrplan; ausgenommen seien nur die Übergänge nach Ungarn. Die letzte Breitspurstrecke werde in diesen Tagen umgenagelt. Die tägliche Gestellung von Wagen, die ständig vermehrt werde, betrage bereits 5- bis 600. Auch die Lok-Lage werde ständig dadurch erleichtert, daß von den vielen beschädigten Lokomotiven schon eine große Anzahl wieder in den Dienst gestellt werden konnten.

In der Kohlenversorgung habe sich die Situation nicht verschlechtert: Warschau werde gut beliefert, während die Stockungen auf der Krakauer Strecke nicht besonders ins Gewicht fielen, da hier größere Vorräte vorhanden seien. Die Ostbahn versuche zwischen jedem Nachschub nach dem Osten, der immer in Wellen vor sich gehe, die Kohlenzufuhr nach dem Generalgouvernement zu organisieren.

3

13.1.1942

Die Verhandlungen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft über eine Zusatzverpflegung der Bediensteten der Ostbahn seien im positiven Sinne abgeschlossen: sämtliche Nichtdeutschen der Ostbahn bekämen jetzt die A-Verpflegung. Die größten Zuteilungen erhalte das Fahrpersonal. Auch in der Frage der Bekleidung habe man bereits einige Fortschritte erzielen können.

Eine bedrohliche Entwicklung nehme in den letzten Tagen das Fleckfieber. So seien z.B. in Tarnow, Debiza, Reichshof usw. größere Fleckfieberherde entstanden. Von dieser gefährlichen Krankheit würden auch die Deutschen, die mit den polnischen Bediensteten Hand in Hand arbeiten müßten, bedroht. Schwierig könne die Situation deswegen werden, weil bei einem ausbrechenden Krankheitsfall die ganze Umgebung des Erkrankten abgeriegelt werden müsse, sodaß die Gefahr einer Lahmlegung von Betrieben bestehe. Die Zahl der Fleckfieberkranken betrage momentan vielleicht einhundert Mann, und tausend Mann müßten deswegen vom Dienst fern bleiben. Die Ostbahn versuche dauernd Abhilfe zu schaffen, jedoch sei kein Kraut dagegen gewachsen, da die Verbreitungsmöglichkeiten sehr groß seien. Eine Aufrechterhaltung des Dienstes könne man bis jetzt durch Einstellung neuer Leute erreichen; dieser Ausweg könne aber auf die Dauer unmöglich durchgehalten werden.

Eine neue Frage habe ein Erlaß des Führers vom 4.Januar 1942 aufgeworfen, aufgrund dessen die Bahnen des Ostens von einer gewißen westlichen Linie, ab mit dem 20.Januar dem Reichsverkehrsministerium zum Ausbau und zur Betriebsführung übertragen werden. Die Frage der Organisation spiele jetzt eine

13.1.1942

große Rolle, und eine große Aktivität habe deswegen eingesetzt. Die bisherige Betriebsleitung Ost mit ihrem vorläufigen Sitz in Warschau werde zukünftig eine Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums werden. Sie werde größer ausgebaut und in ein Unterstaatssekretariat verwandelt. Scheinbar plane man nun, die Ostbahn diesem Unterstaatssekretariat anzugliedern. Bisher sei aber eine konkrete Forderung in dieser Richtung noch nicht ausgesprochen worden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen solche Pläne und erklärt, daß die Selbständigkeit der Ostbahn von ihm unter allen Umständen aufrecht erhalten werde. Eine absolute Elastizität in der Betriebsführung der Ostbahn könne nur durch eine selbständige Führung nach den vorhandenen Gegebenheiten gewährleistet werden. Das Generalgouvernement brauche die Bahnen unbedingt. Er stelle fest, daß die Ostbahn in den engsten Kontakt mit der Reichsbahn eingeschaltet sei,und daß bis jetzt noch keine Forderungen in Richtung auf die Vernichtung der Selbständigkeit Präsidenten Gerteis gegenüber zum Ausdruck gebracht seien.

Präsident Gerteis berichtet weiter, daß für den Ausbau der Bahnen im Osten ein Sofort-Programm vorgesehen sei, in dessen Durchführung die Organisation Todt, der Baustab Speer und die Baudirektionen München und Wien mit ihrem gesamten Personal eingeschaltet seien. Auch er habe seine Baudirektoren zur Verfügung stellen müssen. Das ganze Programm solle Ende März durchgeführt sein.

13.1.1942

Im Generalgouvernement werde von diesem Programm die Strecke Krakau - Lemberg betroffen, die mit einem Kostenaufwand von 125 Millionen Reichsmark zu einer erstklassigen zweigleisigen Strecke ausgebaut werde. Große Umbauten in den Bahnhöfen in Lemberg, Przemysl, Reichshof, Tarnow seien vorgesehen. Die Ostbahn müsse mit dem Bau einer Umgehungsbahn in Krakau beginnen. Einverständnis mit den zuständigen örtlichen Stellen habe er herbeigeführt, die Projektierungen seien fertiggestellt. Mit dem Bau selbst werde innerhalb der nächsten vier Wochen begonnen werden. Das Gesamtstreckennetz der Ostbahn betrage 7.100 km und sei genau so lang wie das des rechtsrheinischen Bayern und das der Ostmark zusammen.

Die Nachschubforderungen des Führers an die Ostfront betrügen von März ab täglich 180 Züge, von denen durch das Generalgouvernement 120 geleitet werden müßten. In den neuen Ostgebieten würden sämtliche Strecken auf Normalspur umgenagelt, und das Breitspurmaterial umgeachst. Der Nachschub werde in große Läger gebracht und von da an die einzelnen Divisionen verteilt.

Der Herr Generalgouverneur stellt in diesem Zusammenhang fest, daß das Generalgouvernement ausschließlich im Frontdienst stehen müsse. Höchstleistungen seien bis zur siegreichen Beendigung des Krieges zu vollbringen, und alles müsse auf die Entscheidung gerichtet sein. Später einmal müßten die Verkehrsgebiete des Osten selbstverständlich ein zusammenhängendes Ganzes werden.

Zum Schluß kommt Präsident Gerteis auf die Entlausungsanstalt für die Wehrmacht in Przemysl zu sprechen, die ihren Zweck vollkommen verfehle. Die Frontsoldaten führen an ihr vorbei und stellten

6

13.1.1942

eine große Gefahr für das Hinterland dar. Auch in Lemberg liefen Sie zu Tausenden unentlaust herum, bis ein Zug in Richtung Westen abgehe. An der Ostgrenze des Generalgouvernements sei zwar eine Grenzkontrolle eingerichtet; eine wirksame Kontrolle sei aber damit nicht gewährleistet.

12^{00} Besprechung mit Präsident Lauxmann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Präsident Lauxmann erklärt eingangs, daß bis zum 1.März ausschließlich die Führermarke zum Verkauf gelange; Gouvernementsmarken würden nur auf Verlangen abgegeben werden. Die Deutsche Post Osten plane zur 600-Jahr-Feier der Stadt Lublin, wenn dessen deutsche Gründung aufgrund von durch das Ostinstitut eingeleiteten Forschungen feststehe, die Herausgabe eines Vierer-Satzes mit Motiven von Lublin. Weiterhin sei zum Herbst dieses Jahres die Herausgabe einer Kopfserie mit deutschen Künstlern vorgesehen.

Den Schöpfer der Generalgouvernements-Marken Professor Dachauer - Wien will der Herr Generalgouverneur demnächst einmal empfangen. Weiter beauftragt er Präsident Lauxmann, dem Gauleiter und Reichsstatthalter Baldur von Schirach als dem Gauleiter der Heimat des Künstlers, die beiden Markenserien des Generalgouvernements in Spezialausfertigung in seinem Namen zu übersenden.

Präsident Lauxmann berichtet dann, daß das Reichspostministerium von der Deutschen Post Osten die Rückgabe von Kraftfahrern und 56 Autobussen verlangt habe; die Forderung sei aber bereits auf 10 Autobusse zurückgeschraubt worden.

13.1.1942

Der Herr Generalgouverneurwendet sich entschieden gegen das Verlangen der Reichspost und ersucht Präsident Lauxmann, ihn in die Verhandlungen einzuschalten, wenn das Reichspostministerium auf dieser Forderung bestehen bleibe.

Präsident Lauxmann geht hierauf auf die postalischen Verhältnisse der Deutschen Post Osten ein. Man habe jetzt den Tarif des Reiches eingeführt. Für die Beförderung der Feldpost erhalte die Deutsche Post Osten jährlich 12 Millionen RM von der Wehrmacht ersetzt.

Die Fernsprechverhältnisse seien noch unzureichend, da der Neubau infolge der starken Rohstoffreduzierung vor allem an Kupfer große Schwierigkeiten bereite. Die Wehrmacht übertrage den Werkstätten der Deutschen Post Osten die Reparatur von zerstörten russischen Apparaten, von denen die Deutsche Post Osten einen gewißen Prozentsatz für ihre eigenen Zwecke behalten könne. Ungefähr eintausend Wehrmachtsverbindungen durchliefen das Generalgouvernement. Der zivile Fernsprechverkehr habe um 80 % zugenommen, gemessen am Fernsprechverkehr zur polnischen Zeit. Das sei der Hauptgrund für die jetzige starke Überlastung. In Krakau bestänben heute 160 Nebenstellen im Gegensatz zu den in früherer polnischer Zeit vorhandenen 42.

Eine gewiße Entlastung werde ein neues Kabel von Krakau nach Radom bringen. Auch nach Kattowitz werde ein neues Kabel gebaut, um den hier vorhandenen Hauptengpaß zu beseitigen. Private Ferngespräche nach dieser Richtung könnten heute erst nach stundenlangem Warten vermittelt werden.

Interessant sei, daß die landwirtschaftliche Zentralstelle die meisten Gespräche führe.

13.1.1942

Möglichst jedes Gut und jeder große Bauernhof solle an das Telefonnetz angeschlossen werden, da dies eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren der Ernteerfassungsorganisation sei. Automatische Verbindungen würden bevorzugt, um die Schwierigkeiten, die die Zweisprachigkeit dieses Gebietes verursachten, möglichst auszuschalten.

Auf telegrafischem Gebiet habe man keine Sorgen Nach dem Reich bestünden 18 Telegrafenleitungen, die allen Anforderungen genügten. Die Einrichtung der Fernschreiber mache gute Fortschritte.

Die Disziplin der deutschen Gefolgschaft habe sich gebessert. Bei Verstössen schreite er mit schweren Strafen ein. Ungeeignete Elemente würden ausgetauscht. So habe z.B. Lublin bereits 30 % seiner Gefolgschaft ausgewechselt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach den Verhältnissen beim Rundfunk erklärt Präsident Lauxmann, daß die technische Betriebsführung in den Händen der Deutschen Post Osten liege. Praktisch sei es also möglich, jeden Sender des Generalgouvernements nach Belieben an- und abzuschalten. Die Deutsche Reichspost habe hierin nichts zu bestimmen.

Der Herr Generalgouverneur will sofort Meldung erstattet haben, wenn an diesen Verhältnissen eine Änderung eintrete.

Präsident Lauxmann legt zum Schluß dem Herrn Generalgouverneur Tabellen über

Personalentwicklung, Zahl der Postanstalten der Distrikte des Generalgouvernements im Vergleich zu einigen Reichspostdirektionen, Vergleich der in den Distrikten des Generalgouvernements eingelieferten Briefsendungen

13.1.1942

mit der Jahresleistung 1939 reichsdeutscher Postdirektionen, Telegrammverkehr, Ortsgesprächsverkehr, Vermittlungsstellen, Übersicht des Personalstandes einiger Reichspostdirektionen und der Distrikts-Postverwaltungen, gebietsmäßige Gegenüberstellung einiger Reichspostdirektionen mit den Distriktsverwaltungen des Generalgouvernements, Vergleich der Wohnbevölkerung der Distrikts-Postverwaltungen des Generalgouvernementsmit einigen Reichspostdirektionen undVermittlungsstellen in den Reichspostdirektions-Bezirken und in den Distrikten des Generalgouvernements vor.

12^{30} Oberstleutnant Fischer erstattet dem Herrn Generalgouverneur Bericht über den Stand der militärischen Operationen im Osten.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple Oberstleutnant Giese in Begleitung von Major von Dazur.

Oberstleutnant Giese berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die provisorische Unterbringung des Luftgaues VIII im früheren Wojewodschaftsgebäude zufriedenstellend gelöst sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberstleutnant Giese um seine Teilnahme an einer Basitzung, die in einigen Tagen stattfinden solle. Bei dieser Gelegenheit könne er die Unterlagen für die notwendigen Neubauten und Anlagen zur endgültigen Unterbringung vorlegen. Die Anlagen sollten im Rahmen des Generalbebauungsplanes der Stadt Krakau erstellt werden.

10

13.1.1942

13^{00} F r ü h s t ü c k

16^{00} Besprechung mit Stabsleiter Stahl, ~~SA-Standarten~~SS-Hauptsturmführer Opitz und Sportbeauftragten Dr.Niffka.

Stabsleiter Stahl legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf folgender Anordnung, die im völligen Einvernehmen mit den Beteiligten und im Benehmen mit dem Staatssekretär erzielt wurde, zur Unterzeichnung vor:

> Um eine straffe Organisation des gesamten Sportes im Generalgouvernement durchzuführen, ordne ich an, daß der Leiter des Hauptarbeitsgebietes "Körperliche Ertüchtigung" im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP Pg. Opitz zum Sportführer des Generalgouvernements ernannt wird. Sein Vertreter in der Sportführung ist Dr.Niffka, Sportbeauftragter in der Regierung des Generalgouvernements.

Die vom R eichssportführer Herrn Dr.Niffka übertragene Verbindungstätigkeit geht im Einvernehmen mit dem Reichssportführer auf den Sportführer des Generalgouvernements über.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Anordnung.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Stabsleiter Stahl, daß die Wehr- und Schützengemeinschaften unter Führung des Gruppenführers Schmierer im Frühjahr die Ausbildung im Schießen beginnen würden. Dr. Niffka berichtet, daß er im Sokol-Haus ein Schießanlage mit sechs Schiesständen gebaut habe, die aber zu Beginn des Rußlandfeldzuges von der Luftwaffe mit Beschlag belegt worden sei.

13.1.1942

Der Herr Generalgouverneur umreißt seine Stellungnahme dahingehend, daß die Wehrmacht die Schießplätze unbedingt zurückgeben müsse.

Stabsleiter Stahl erklärt dazu, daß er wegen dieser Frage schon in Verhandlungen mit der Wehrmacht eingetreten sei.

Dr. Niffka erklärt, daß für den gesamten Sportbetrieb im Generalgouvernement eine Spitzenorganisation, in der man alle Sportgemeinschaften zusammenfassen könne, geschaffen werden müsse. Vom NSRL sei das Generalgouvernement als eigener Sportgau bereits anerkannt. Reichsführer von Tschammer und Osten zeige das größte Verständnis für die Probleme des Sports im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur will im Rahmen des nächsten Parteitages des Generalgouvernements eine große sportliche Veranstaltung aufgezogen sehen und ersucht um die nötigen Vorarbeiten. Werbeabende für den Sport, die die Sportführung des Generalgeuvernements in den nächsten Wochen im Staatstheater veranstalten wolle, will der Herr Generalgouverneur in das Haus Urania verlegt wissen. Er sei auch gern auch einmal bereit, eine geschlossene Sportmannschaft auf der Burg zu empfangen. Die zur Zeit in Krakau weilende Schwimm-Mannschaft der Kriegsmarine Kiel lädt der Herr Generalgouverneur für den nächsten Nachmittag zum Tee ein.

Dr. Niffka schneidet zum Schluß die Finanzierungsfrage für den Ausbau der Sportanlagen an, die zur Zeit den an sie gestellten Anforderungen nicht genügten. Mindestens jede Distriktshauptstadt müsse eine repräsentative Kampfbahn erhalten, für deren Ausbau je 1 Million Zloty benötigt würden. Viele Spielplätze habe die Wehrmacht beschlagnahmt, die sie nicht immer für sportliche Zwecke benütze.

13.1.1942

Bis jetzt habe er für den gesamten Aufbau des Sportbetriebes im Generalgouvernement erst 750.000 Zloty zur Verfügung gestellt erhalten.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Stabsleiter Stahl, Präsident Senkowski seinen Wunsch nach Gewährung größerer Geldmittel für den Ausbau der Sportanlagen des Generalgouvernements zu überbringen und in Verhandlungen eine zufriedenstellende Lösung herbeizuführen.

16^{30} Besprechung mit Stabsleiter Stahl.

17^{10} Besprechung mit Pressechef Gassner.

18^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

18^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

V/9

Krakau

Mittwoch, den 14.Jan.1942

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{00} Besprechung mit Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Oberregierungsrat Dr. Schepers schildert zunächst aufgrund der von ihm gemachten Erfahrungen den Eindruck, den er von den Ukrainern im Distrikt Galizien gewonnen hat. Der größte Teil der älteren Generation, vor allem die ganz alten Leute, die im ukrainischen Ausschuß vereinigt seien, stellten sich loyal hinter die Regierung des Generalgouvernements, sowohl in wirtschaftlicher-wie in verwaltungsmäßiger Beziehung. Die ukrainische Jugend sei lange Zeit hindurch in verschiedenen Bewegungen aufgespalten gewesen, die sich gegenseitig bekämpften und andererseits katholischen Einflüssen sehr zugänglich seien. Eine besondere Rolle spiele die "Bandera". Im allgemeinen habe er, Dr. Schepers, den Eindruck, daß man die Ukrainer nicht mit romantischen Augen ansehen dürfe. Sie seien im allgemeinen recht egoistisch. Die ukrainische Jugend blicke nach Kiew und denke immer noch an ein großes ukrainisches Reich. In den Reihen der Ukrainer herrsche auch eine gewiße Enttäuschung, weil sich nicht alle ihre Träume erfüllten. Diese Situation habe ihn, Dr. Schepers, veranlaßt,darauf zu dringen, daß die in der Proklamation niedergelegten Grundsätze vor allem hinsichtlich der Eigentumsfragen beschleunigt verwirklicht würden. Aus diesem Grunde habe er den Entwurf einer Verordnung ausgearbeitet, der inzwischen mit Präsident Dr. Emmerich durchgesprochen

worden sei. In allen Punkten sei auch mit Staatssekretär Dr. Bühler eine Einigung erzielt worden. Der Entwurf solle noch in einer Schlußsitzung zum Abschluß gebracht und dann dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt werden. Bei seinen Bestrebungen sei er von dem Gedanken ausgegangen, daß man die Proklamation dadurch mit Leben erfüllen müsse, daß für einen Sektor der Wirtschaft, der für die Ukrainer von großer Bedeutung sei, nämlich für den Kleinhandel, das Kleinhandwerk und die Kleinindustrie den ehemaligen Eigentümern ihr Eigentum wieder zurückgegeben werde. Damit sei ein wesentlicher Teil des von ihm zu erfüllenden Auftrages zum Abschluß gekommen. Er habe darüber dem Staatssekretär Vortrag gehalten und um eine Entscheidung gebeten, ob schon vom 1.Februar diese Neuordnung eintreten solle, oder ob es notwendig erscheine, den Termin noch hinauszuschieben, vor allem mit Rücksicht aufdie Tatsache, daß Gouverneur Dr.Lasch zum Wehrdienst einberufen sei.

Weiter weist Oberregierungsrat Dr. Schepers darauf hin, daß seine Arbeit im Distrikt Galizien angesichts der Tatsache sehr schwierig gewesen sei, daß man an den maßgebenden Stellen darauf poche, Galizien solle auch in wirtschaftlicher Beziehung eine Sonderstellung erhalten. Offenbar sei der Begriff dieser Sonderstellung nicht ganz richtig verstanden worden. So habe er denn immer wieder Tendenzen entgegentreten müssen, mit denen man ein allzu starkes Eigenleben des Distrikts habe herbeiführen wollen.

In einer Sitzung sei dann weiter die Frage der sowjetrussischen Trusts behandelt worden. An dieser Sitzung hätten auch Präsident Dr. Emmerich

14.1.1942

und Gouverneur Dr. Lasch teilgenommen. In dieser Sitzung sei die Frage der Verwendung dieser an sich unhomogenen Trustorganisationen besprochen worden, und man habe darüber einige Grundsätze aufgestellt. Der Amtschef des Distrikts Galizien habe jedoch in offenbarer Verkennung der Situation in einer internen Sitzung Beschlüsse fassen lassen, die das genaue Gegenteil darstellten von dem, was in der von ihm, Dr. Schepers, einberufenen Sitzung beschlossen worden sei. Dieser gegenteilige Beschluß habe bei der Hauptabteilung Wirtschaft und der Treuhandstelle zu erheblichen Vorstellungen geführt. Jedenfalls lasse die Sachlage erkennen, daß man an gewißen Stellen des Distrikts Galizien offenbar eine falsche Auffassung von dieser "Sonderstellung" habe, die auf die Dauer unter keinen Umständen aufrecht erhalten werden könne. Der Distrikt Galizien müsse deshalb so schnell wie möglich in das Gesamtgefüge des Generalgouvernements einrangiert werden.

Im weiteren Verlauf der Besprechung werden dann einige Grenzfragen besprochen. Der Herr Generalgouverneur weist Oberregierungsrat Dr. Schepers an, sich mit Gesandten von Wühlisch über die Grenzverhältnisse in Galizien zu besprechen. Wenn überhaupt eine Grenzberichtigung stattfinden solle, dann dürfe sie nur organisch gestaltet sein und auch erst nach Beendigung des Krieges vorgenommen werden.

Der inzwischen erschienene Staatssekretär Dr. Boepple gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einer Polizeiverfügung über Beschlagnahme von Gebäuden, die im Distrikt Lublin ergangen ist.

4

14.1.1942

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Boepple, den beteiligten Stellen sofort mitzuteilen, daß er, der Herr Generalgouverneur, kraft der ihm zustehenden Polizeihoheit diese Verfügung mit sofortiger Wirkung aufhebe.

Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet dann dem Herrn Generalgouverneur, daß er für den Besuch des Reichsministers Dr. Lammers das gesamte Grenzmaterial, soweit es für Galizien, Oberschlesien, Petrikau, das südliche Weichselufer usw., infrage komme, in übersichtlicher Form zusammengestellt habe. Dieses Material stehe jederzeit zur Verfügung. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, zu verfügen, daß bis auf weiteres zu allen diesen Grenzfragen amtlich keine Stellung genommen werde. Übrigens habe sich auch der Reichsminister des Inneren im gewißen Umfange mit diesen Grenzfragen beschäftigt. Seine Absicht sei offenbar, dem Generalgouvernement den Kreis Ostrow zu nehmen und ihm dafür ein gleich großes Gebiet zu überweisen.

Oberregierungsrat Dr. Schepers teilt dann weiter mit, daß die Wehrmacht im Distrikt Galizien einen früheren russischen Truppenübungsplatz wieder in Benutzung nehmen wolle. Die Verhandlungen hierüber schwebten noch. Vorweg habe er, Oberregierungsrat Dr. Schepers, die Erklärung abgegeben, daß dieser Truppenübungsplatz der Wehrmacht nicht zu Eigentum, sondern zur uneingeschränkten Nutzung übergeben werden könne.

5

14.1.1942

Oberregierungsrat Dr. Schepers berichtet über die Vorbereitungen für die Lemberger Messe. Die Vorbedingungen für die Eröffnung dieser Messe seien bereits getroffen. Man werde sich jetzt noch mit den Berliner Stellen über die Festlegung eines Termins besprechen müssen.

Beim Reichsministerium Todt seien zur Zeit Pläne für einen weiteren Ausbau des östlichen Kanalnetzes in Arbeit. Es handle sich um große Projekte, die auch von Gauleiter Koch stark gefördert würden. Ein Projekt habe die Schiffbarmachung des Bug für 200-t-Schiffe zum Gegenstand. Ein weiterer großer Plan des Gauleiters Koch beziehe sich auf den Bau eines großen Zentralkanals vom Schwarzen Meer bis zur Ostsee. Da alle diese Pläne sowohl für die Wehrmacht wie auch für das Generalgouvernement von größter Wichtigkeit seien, müßte dem Reichsminister Todt nahegelegt werden, eine endgültige Entscheidung noch nicht zu fällen, bevor das Generalgouvernement Stellung dazu genommen habe. Reichsminister Todt habe sich auch bereit erklärt, entsprechende Verhandlungen mit Vertretern des Generalgouvernements aufzunehmen.

11^{30} Besprechung mit Ministerialdirigent Dr. Emmerich und Oberregierungsrat Dr. Schepers.

Zu Beginn der Besprechung erklärt Ministerialdirigent Dr. Emmerich sein Einverständnis damit, daß der wirtschaftliche Teil des Auftrages des Oberregierungsrat Dr. Schepers in Form des Wirtschaftsrats für Galizien weitergeführt werde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich gibt sodann einen Überblick über die wirtschaftliche Lage im Distrikt Galizien. Wie er ausführt, sind auch die kleinsten Fabrikationsbetriebe in die Kriegswirt-

6

14.1.1942

schaft eingereiht worden. Vielfach seien auch die Arbeiter aus den Betrieben genommen und die Betriebe selbst geschlossen worden. Durch alle diese Vorgänge seien starke Störungen im gesamten Wirtschaftsablauf eingetreten. Leider sei auch im Generalgouvernement ein immer stärker werdender Tauschverkehr zu beobachten. Angesichts des Auseinanderklaffens des kontrollierten und unkontrollierten Sektors stehe man im Generalgouvernement vor einer Situation, mit der man im Reich noch nicht zu rechnen brauche. Gleichwohl werde man im Generalgouvernement der Schwierigkeiten Herr werden, wenn die Ernährung sichergestellt werde und genügend Kohlen vorhanden seien. Was die Ernährungsseite angehe, so greife die Bevölkerung zu einer gewißen Selbsthilfe. 75 % der gesamten Bevölkerung könnte ja überhaupt nur existieren, weil sie, anders als im Reich, einen unmittelbaren Kontakt zur ländlichen Bevölkerung hätten. Das gelte allerdings nicht für den Bezirk Warschau und die Industriereviere.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob in einer Angliederung der Ostbahn an die Reichsbahn ein Vorteil zu erblicken wäre, erwidert Ministerialdirigent Dr. Emmerich, daß eine solche Umorganisation auf die gegenwärtige Situation nicht den geringsten Einfluß ausüben würde, wenn auch nicht zu verkennen sei, daß dadurch vielleicht eisenbahntechnisch gewiße Erleichterungen eintreten könnten. Andererseits wäre es auch immerhin möglich, daß bei der Reichsbahn Bedenken bestünden, die Ostbahn im gegenwärtigen Zustand zu übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur würde sich mit einer größeren Abhängigkeit der Ostbahn von der Reichsbahn nur unter der Bedingung einverstanden erklären, daß hier ein ähnlicher Weg eingeschlagen werden würde wie bei der Deutschen Post Osten. Es müsse ihm eine Möglichkeit verbleiben, einen Druck auf das

auf das Reich auszuüben.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich kommt sodann auf die Versorgungslage des Generalgouvernements zu sprechen. Sie werde, was vor allem die Textilien angehe, immer schwieriger. Die Herbstbestellung habe nur zu einem kleinen Teil durchgeführt werden können, und auch für die Frühjahrsbestellung würden voraussichtlich auch nur wenige Tage zur Verfügung stehen. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß für die Traktoren das nötige Mineralöl bereit gestellt werde. Auch hier handle es sich im wesentlichen um eine Transportfrage.

In diesem Zusammenhang geht der Herr Generalgouverneur nochmals auf die Frage ein, ob etwa die Selbständigkeit der Ostbahn aufgegeben werden könne, und weist Ministerialdirigenten Dr. Emmerich an, bei den maßgebenden Stellen mit allem Nachdruck zu betonen, daß das Generalgouvernement vom wirtschaftlichen Standpunkt unter keinen Umständen auf die Selbständigkeit der Ostbahn verzichten könne.

Oberregierungsrat Dr. Schepers weist darauf hin, daß, je schwieriger die Transportverhältnisse würden, desto stärker sich auch der Zentralismus durchsetzen werde, was wieder die Gefahr einer Eingliederung der Ostbahn in die Reichsbahn zur Folge habe.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich erläutert an Hand einer Karte die für das Jahr 1942 geplanten Vorhaben auf dem Energiegebiet. Er führt dabei aus, daß das ganze Industrierevier von Stalowa-Wola abhängig sei. Hier stehe man vor großen Schwierigkeiten, die auch wieder das Verhältnis der Rüstungsindustrie zur Wirtschaftsführung des Generalgouvernements beträfen. Vor allem handle es sich um den Bau einer Erdgas-Leitung in einer Länge von 217 km, die einen

8

14.1.1942

Kostenaufwand von 10 - 12 Millionen Reichsmark erfordern werde. Die Vorbereitungen seien bereits getroffen, auf Schwierigkeiten stoße aber die Bereitstellung der erforderlichen Eisenkontingente in einer Menge von etwa 14.000 t. Jeder Tag, der für die Kontingentsbereitstellung verlorengehe, zögere die Fertigstellung dieser Leitung im Jahre 1942 hinaus und erschüttere so auch die Produktionslage der Rüstungsindustrie. Die Erdgasleitung solle bis Skarzyska-Kamienna führen. Wie ihm Direktor Hofmann mitgeteilt habe, hätte sein Werk infolge der Minderlieferung von Gas und Elektrizität einen Ausfall von 12.000 Arbeitsstunden gehabt. Wenn die Rüstungsleistung gesteigert werden solle, dann könne man diese Steigerung nur durch zur Verfügungstellung von zusätzlichem Erdgas und zusätzlichen sonstigen Energien erreichen. Für die Leitung müsse die Wehrmacht unbedingt das erforderliche Eisenkontingent zur Verfügung stellen, vor allem mit Rücksicht darauf, daß die Wirtschaft ihre eigenen Eisenreserven für die Herstellung der Hochspannungsmasten gebrauche. Leider stoße man bei den Verhandlungen über diese Bereitstellung des Eisenkontingents bei den maßgebenden militärischen Stellen auf große Schwierigkeiten. Offenbar habe Generalleutnant Schindler nur das eine Ziel, sich in den Vordergrund zu stellen und die Verwaltung des Generalgouvernements herabzusetzen. Eine einigermaßen ersprießliche Zusammenarbeit mit ihm sei einfach unmöglich. Er würde es jedenfalls begrüßen, wenn er die Gewißheit haben könnte, daß er bei diesen Auseinandersetzungen mit den zuständigen Wehrmachtsstellen die Unterstützung des Herrn Generalgouverneurs habe.

Der Herr Generalgouverneur sagt diese Unterstützung im weitesten Umfange zu.

14.1.1942

Gegenüber dem Hinweis des Ministerialdirigenten Dr. Emmerich, daß die Einziehung des Jahrgangs 1910 empfindliche Lücken in die Reihen der Beamten und Angestellten reißen werde, betont der Herr Generalgouverneur, daß mit allem Nachdruck auf den Charakter des Generalgouvernements als einer Kriegseinrichtung hingewiesen werden müsse. Insofern sei auch der Führererlaß für das Generalgouvernement nicht aufgehoben.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet weiter, daß sich die Situation bei der Zentralkammer weiterhin konsolidiere. Gewiße Unstimmigkeiten, die noch bestanden hätten, würden demnächst auf einer Tagung in Krynica endgültig beseitigt werden. Da es an einem starken Unterbau fehle, müsse man sich eben eines solchen Instrumentes, wie der Zentralkammer, bedienen, sonst lebe man als Verwaltung in einer Sphäre, in der man keinen Kontakt mit den Kleinbetrieben habe.

In diesem Jahre müsse der Wirtschafterrat für die Behandlung und Beratung einer Reihe von Sonderproblemen herangezogen werden. Alles, was an Problemen übertragen und ausgestanden sei, wie z.B. die Frage der polnischen Staatsschulden, und alles dessen, was an den früheren polnischen Staat noch erinnere, müsse endgültig bereinigt werden. Wenn auch Bankdirigent Dr. Paersch gewiße bankmäßige Erwägungen ins Feld führen möge, so sei doch die Gesamtsituation derart, daß niemand mehr etwas erwarte. Man sollte deshalb einen Strich machen und lediglich den kleinen Mann vor Verlusten schützen.

Mit dem Vorschlag des Ministerialdirigenten Dr. Emmerich, der Abteilung Wirtschaft im Distrikt

10

14.1.1942

Lublin einen neuen Leiter in Gestalt des Regierungsrats Becker, des bisherigen Stellvertreters des Präsidenten Tetzner, zu geben, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich berichtet weiter über die Arbeit des Preiskommissars und gibt dabei seinem Bedauern, daß die Probleme von der Preisbildungsstelle doch wohl nicht immer richtig gesehen würden, Ausdruck. Man verkenne offenbar, daß das Problem in den Vordergrund treten müsse, wie man Ware heranschaffen könne. Die Frage, ob eine Ware 10 - 20 % zu teuer sei, stehe erst in zweiter Linie.

Der Herr Generalgouverneur will zwar an der Stellung des Preiskommissars insofern nicht gerüttelt sehen, als dieser nach wie vor bei der Preisgestaltung zu hören sei, gibt aber auch der Auffassung Ausdruck, daß man in der Preispolitik angesichts der Kriegslage keine weitreichenden Pläne verfolgen könne, sondern rein praktische und nüchterne Überlegungen darüber anstellen müsse, wie man das Land und die Bevölkerung durch diese Schwierigkeiten hindurchbringe.

12^{00} Besprechung mit Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialdirigent Dr. Emmerich.

Der Geschäftsführende Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann gibt dem Herrn Generalgouverneur ein Bild über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiet der Felderbestellung. Die Herbstbestellung sei im allgemeinen gut vonstatten gegangen. Allerdings hätten in Galizien einige Flächen infolge des Hochwassers nicht bestellt werden können. Für die Frühjahrsbestellung sei man bemüht, möglichst große Mengen von Saatgut herbeizuschaffen, und habe z.B. in Holland Zuckerrübensamen gekauft. Auch werde dafür Vorsorge ge-

11

14.1.1942

getroffen, daß das Saatgut möglichst noch im Laufe des Monats Januar mit der Eisenbahn nach Galizien transportiert werden könne. Dies gelte vor allem auch für Kartoffelsaatgut. Man wolle unter allen Umständen versuchen, den Kartoffelanbau im Distrikt Galizien auszudehnen. Immerhin werde es im nächsten Jahr noch nicht gelingen, den Kartoffelanbau in Galizien auf eine entsprechende Höhe zu bringen, und deshalb werde man im vermehrten Umfange Zuckerrüben anbauen, die dann zu einem Teil zur Erzeugung von Sprit den Brennereien zur Verfügung gestellt würden.

Schwierigkeiten bestünden hinsichtlich der Beschaffung der benötigten Düngemittel. Dies gelte vor allem für den Stickstoff, dessen Produktion im kommenden Jahre voraussichtlich von 15.000 t auf 12.000 t herabsinken werde. Das Stickstoffwerk Mościce werde auf lange Sicht den für die Landwirtschaft des Generalgouvernements unter allen Umständen benötigten Bedarf von 10 kg Stickstoff pro Hektar nicht decken können. Das Stickstoffsyndikat sei nicht gewillt, der Landwirtschaft des Generalgouvernement zu helfen, sondern verteile die gesamte Stickstoffproduktion in Europa. Es werde sich deshalb empfehlen, daß das Werk Mościce dem Stickstoffsyndikat beitrete. Dann müsse das Generalgouvernement vom Stickstoffsyndikat genauso berücksichtigt werden wie Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden usw..

Der Herr Generalgouverneur behält sich die Entscheidung über diese Maßnahme weiteren Besprechungen vor, erklärt sich aber grundsätzlich schon jetzt mit jedem Vorschlag einverstanden, der zu einer

14.1.1942

Besserung der Stickstoffversorgung führen kann.

Auch für die Versorgung mit Kalidünger hält Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann den Anschluß an das europäische Kalisyndikat für notwendig.

Glücklicher sei die Situation bei der Phosphorsäure. Es sei verhältnismäßig viel Thomasmehl hereingekommen, sodaß damit auf einen Mehrertrag von etwa 6.000 t reiner Phosphorsäure gerechnet werden könne.

Besonders unglücklich lägen die Verhältnisse beim Kalk. Deshalb werde es sich vielleicht empfehlen, sechs oder acht leistungsfähige Werke in einer Gesellschaft zu vereinigen. Diese Werke müßten dann von Treuhändern bewirtschaftet werden. Jedenfalls müsse mit allen Mitteln versucht werden, die Kalkmenge wesentlich zu vermehren.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann berichtet weiter, daß man im kommenden Frühjahr beim Zugvieh in große Schwierigkeiten geraten werde. Die ersten Pferdeaushebungen gingen bereits wieder vor sich.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Boepple an, sich hier einzuschalten. Bei allen solchen Maßnahmen müsseder Grundsatz beachtet werden, daß das Generalgouvernement einer der wichtigsten Versorgungsbetriebe sei. Man könne Führerbefehle, die für das Großdeutsche Reich erlassen würden, nicht ohne weiteres auf das Generalgouvernement anwenden, wenn das nicht ausdrücklich, wie z.B. bei der Wollsammlung, gesagt worden sei.

13

14.1.1942

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann teilt ferner mit, daß die Erfassungsaktionen bei Getreide bisher günstig verlaufen seien. Die Getreideernte sei um 15 % besser als im Vorjahr. Leider leide die gesamte Arbeit in den einzelnen Sektoren der Abteilung Wirtschaft des Distrikts Lublin unter gewißen Spannungen zwischen der Distriktsverwaltung und der Polizeiführung. Während im vergangenen Jahr 1940 bis 31. Dezember 254.000 t Brotgetreide erfaßt worden seien, habe man im Jahre 1941 bisher schon 337.000 Brotgetreide erfassen können. In Galizien seien bisher nur 60.500 t Brotgetreide erfaßt worden. Das seien 22,9 % des vorgesehenen Kontingents.

Die Ration von 1.400 gr Brot, die man jetzt für die Nichtdeutschen ausgebe, könne ohne Mühe bis zum 1. April 1942 durchgehalten werden. Dann werde man sich überlegen müssen, ob man die Situation noch für einige Monate aufrechthalten könne oder sie auf 2.100 gr herabsetzen müsse.

Die Fleischerfassung sei in den Monaten November und Dezember 1941 sehr günstig gewesen, und man habe deshalb aus Mangel an Vorratsräumen die Ration bis zu 200 und 250 gr in Warschau heraufsetzen können. Die Sonderzuteilungen würden auch im Januar und Februar weiter durchgeführt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß man mit einer Ernährungskatastrophe nicht zu rechnen brauche. Man werde sogar der Wehrmacht noch zusätzliche Mengen zur Verfügung stellen können. Das gleiche gelte für die zusätzliche Versorgung der polnischen Arbeiter undder

14.1.1942

Rüstungsindustriearbeiter. Hinsichtlich der Butter- und Fettversorgung bestänen im großen und ganzen normale Verhältnisse. - Mit der Kartoffelversorgung stehe es besser als im Reich: man werde 507.000 t Kartoffeln erfassen und auch transportieren können. Leider seien 25.000 t Kartoffeln erfroren. - Leider habe der Ertrag der Zuckerrübenernte eine Enttäuschung gebracht. Während man mit mindestens 1 Million Doppelzentnern Zucker gerechnet habe, sei man nur auf eine Menge von 763.000 t Doppelzentner gekommen. Im Generalgouvernement stelle der Zucker als Stütze der Prämienscheinaktion eine außerordentliche wichtige Ware dar. Man werde deshalb gewiße Einschränkungen vor allem hinsichtlich der Marmeladenindustrie bis zur neuen Ernte eintreten lassen müssen.

In Deutschland sei die Wasserwirtschaft durch eine Verordnung des Führers im größeren Umfang dem Reichsminister Todt übertragen worden. Für das Generalgouvernement würden sich die Durchführung dieser Verordnung sehr ungünstig auswirken, da die großen wasserwirtschaftlichen Projekte bisher von der zuständigen Abteilung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bearbeitet worden seien.

Der Herr Generalgouverneur will an der bisherigen Zuständigkeit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in wasserwirtschaftlichen Fragen nichts geändert wissen. Das Meliorationswesen des Generalgouvernements habe bisher unter Leitung des Oberbaurates Baumgärtl in den besten Händen gelegen.

15

14.1.1942

Abschließend überreicht Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift des

Professors F. Christiansen-Weniger:

Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft in Wolhynien und die natürliche wirtschaftliche Zuordnung des Gebietes.

13^{30} F r ü h s t ü c k .

Im Anschluß an das Frühstück hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit Mitgliedern des Reichskriegsgerichts.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß von einer Publikation der vom Reichskriegsgericht während dessen Verhandlungen in Krakau verhängten Urteile abgesehen wird, da die Bevölkerung im allgemeinen befriedet ist und eine derartige Publikation nur geeignet wäre, Unruhen zu stiften. Die Kreise, die derartige Urteile unmittelbar angehen, erfahren ohnedies davon.

Darauf empfängt der Herr Generalgouverneur den Pressechef Gassner, der dem Herrn Generalgouverneur den Vordruck einer Notiz übergibt über den Besuch des Vertreters der Polen des Botschafters Wysocki, beim Generalgouverneur.

Weiter empfängt der Herr Generalgouverneur:

1.) den Leiter der Intendanz der Philharmonie des Generalgouvernements Haslinde,

16

14.1.1942

2.) den Dirigenten Erb

3.) den als Nachfolger von Hanns Rohr in Aussicht genommenen Dirigenten Hindemith.

Der Herr Generalgouverneur verfügt:

1.) mit Wirkung ab 1. Februar 1942 übernimmt der Dirigent Hindemith als Chefdirigent der Philharmonie des Generalgouvernements kommissarisch die musikalisch-künstlerische Leitung der Philharmonie

2.) als stellvertretender Chefdirigent der Philharmonie bleibt der bisherige Dirigent Erb

3.) Chefdirigent Hindemith soll ab 1. Febr. 1942 in die Gehaltsbezüge von Dr. Rohr eingewiesen, die Bezüge Erbs entsprechend in Besprechungen mit der Hauptabteilung Finanzen nach Verdienst erhöht werden.

Gleichzeitig verfügt der Herr Generalgouverneur, daß festgestellt werden soll, ob unterstützungsberechtigte und unterstützungsbedürftige Verwandte des verstorbenen Chefdirigenten Dr. Rohr vorhanden sind, und verfügt, daß für diesen Fall diesen Angehörigen entsprechende Pensionsbezüge angewiesen werden sollen.

16[35] Im Kasino der Burg begrüßt der Herr Generalgouverneur die Marine-Schwimm-Mannschaft- Kiel, die am Vortage in der Schwimmhalle der Ymka mit einer Mannschaft des Generalgouvernements einen Schwimm- und Wasserball-Wettkampf ausgetragen hatte.

14.1.1942

17^{00} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

IX/9

Krakau

Donnerstag, den 15.1.1942

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{20} Besprechung mit General~~major~~ der Polizei Winkler und Rechtsrat Dr. Hammerle in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

Besprechungsthema ist die Ablösung der Polizei-Burgwache durch eine Wache des Sonderdienstes.

General Winkler weist auf die Notwendigkeit hin, die Polizeikräfte im Generalgouvernement in geschlossenen Formationen für evtl. notwendige Großaktionen zusammenzuziehen. Rechtsrat Dr. Hammerle erklärt, daß die Übernahme der Burgwache durch den Sonderdienst nach einer Vorbereitungszeit von 8 - 10 Tagen möglich sei.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und schlägt eine feierliche Verabschiedung der bisherigen Polizei-Burgwache und eine feierliche Übernahme durch den Sonderdienst im Burghof vor.

11^{25} Besprechung mit General Winkler in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

General Winkler berichtet von der Notwendigkeit, daß er für 10.000 Mann polnischer und 3.000 Mann ukrainischer Polizei unbedingt Uniformstoffe und Leder für Stiefel brauche.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber auf die Tatsache hin, daß die Wehrmacht große Vorräte an diesen Dingen und vor allem viele Beutestücke im Besitz habe, und ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, gemeinsam mit General Winkler mit Oberstleutnant von Tschammer und Osten über eine zur Verfügungstellung der notwendigen Textilien und Lederwaren aus Wehrmachtbesitz zu verhandeln.

Dabei solle man auch prüfen, ob sich vom Lederaufbringungskontingent des Generalgouvernements nicht ein gewißer Prozentsatz für die obengenannten Bedürfnisse abzweigen lasse.

In diesem Zusammenhang ersucht der Herr Generalgouverneur General Winkler, ihm die Namen der im Dienst tödlich verunglückten polnischen und ukrainischen Polizisten zwecks Zuwendung einer Beihilfe an die Hinterbliebenen zu benennen.

11[3o] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

11[4o] Besprechung mit Landsgerichtsrat Luxenberg.

In der Besprechung geht es um Fragen der Werbestelle des Generalgouvernements in Berlin. Dr. Luxenberg legt dem Herrn Generalgouverneur das Ausstellungsprogramm der Werbestelle vor, und er berichtet von der Einrichtung einer Auskunftskartei und einer Bibliothek.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner tiefen Befriedigung über die hervorragende Gestaltung der Werbestelle Ausdruck und äußert sich im übrigen dahingehend, daß Dr. Luxenberg nicht für jede Einzelheit, die die Werbestelle betreffe, seine Zustimmung herbeiführen brauche. Er solle im engsten Benehmen mit der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements handeln.

Dr. Luxenberg erklärt darauf, daß die Hauptabteilung Propaganda der Arbeit der Werbestelle ständig Schwierigkeiten in den Weg lege, da sie die ausschließliche Führung beanspruche.

Daraufhin weist der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple an, die Angelegenheit mit Präsidenten Ohlenbusch zu bereinigen. Er müsse von der Hauptabteilung Propaganda fördernde Mithilfe verlangen.

3

15.1.1942

Dr. Luxenberg berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der Absicht der NSDAP, im Generalgouvernement die Reichsfachschaft Dolmetscherwesen einzurichten und ihn als Vertrauensmann zu bestellen. Dabei tauche die Frage auf, ob man in dieser Fachschaft nur die Deutschen oder auch die Polen zusammenschließen solle.

Der Herr Generalgouverneur will diese Frage mit dem Vertreter im Amt des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP Stahl besprochen wissen.

11^{50} Besprechung mit Präsidenten Westerkamp.

Präsident Westerkamp ersucht den Herrn Generalgouverneur um Genehmigung für seine freiwillige Meldung zur Wehrmacht und erklärt, daß Staatssekretär Dr. Bühler damit einverstanden sei.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Genehmigung.

12^{15} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

12^{30} Besprechung mit den Präsidenten Spindler und Dr. Senkowski in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{40} Feierliche Verabschiedung des Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen in der Regierung des Generalgouvernements Spindler im Kanonensaal der Burg in Anwesenheit von Vertretern der Regierung, des Distriktes, der Partei und der 3 Verbindungsoffiziere der Wehrmacht.

15.1.1942

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Herr Präsident Spindler!

Aus der Fülle der prominenten Vertreter des deutschen Willens in diesem Raum haben sich, wie Sie sehen, hervorragende Männer zusammengefunden, um mit mir zusammen die Stunde zu begehen, in der Sie sich nun auch offiziell von uns verabschieden. Mir als oberstem Repräsentanten des Reiches im Generalgouvernement ist es eine - ich kann sagen - traurige Pflicht, mich von Ihnen verabschieden zu müssen. Wenn ich an die Zeit von nunmehr über zwei Jahren zurückdenke, in der Sie, Herr Präsident Spindler, an der Spitze der Finanzverwaltung des Generalgouvernements gestanden haben, dann muß ich sagen: diese Ihre Leistung, aber auch die Leistung Ihrer Mitarbeiter stellt ein so hervorragendes Merkstück der Geschichte deutscher finanzpolitischer und finanzwirtschaftlicher Kunst dar, daß sie schlechterdings einen Ehrenplatz in der deutschen Verwaltungsgeschichte überhaupt verdient.

Was Sie damals mit Ihren Männern übernommen haben, war ein vollkommen zerstörter Wirtschafts- und Verwaltungsbereich, in welchem es zunächst einmal überhaupt nicht möglich schien, gerade auf den Gebieten der Steuern, der Zölle, der Monopole, irgendwie Ansatzpunkte des Wiedererstehens einer geordneten Verwaltung finden zu können. Daß es Ihnen und Ihren Herren gelungen ist, im Laufe von etwas mehr als zwei Jahren die Finanzlage des Generalgouvernements in seinem amtlichen Sektor so zu festigen, daß wir in voller Unabhängigkeit vom Reich heute diesen Staat finanzpolitisch völlig

15.1.1942

beherrschen, daß wir darüber hinaus aber auch aus eigener Kraft im Interese des Reiches, der deutschen Wehrmacht undder deutschen Kriegsführung eine Fülle von Aufgaben übernehmen konnten, ist schlechterdings einmalig in der deutschen Finanzgeschichte. Wir sind das einzige besetzte Gebiet, das in diesem Umfange unter so außerordentlichen schwierigen Verhältnissen, ohne jede vorgefundenen Reserven in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit eine solche Leistung vollbringen konnte. Ihnen, Herr Präsident Spindler, in diesem Augenblick dafür zu danken, ist mir amtliche Pflicht. Meine persönliche Pflicht aber ist es, mich in diesem Augenblick von einem meiner wertvollsten, freundschaftlich und menschlich am nächsten stehenden Mitarbeiter zu verabschieden.

Wenn jemand wie ich,von dem größten Mann dieser Zeit hierher berufen, einen solchen geschichtlichen Sonderauftrag erhält wie den, den ich übernommen habe, so ist er darauf angewiesen, Männer um sich zu versammeln, die über das Dienstliche hinaus in dieser Gemeinschaft eines geschichtlichen Wirkens einen Teil des Inhalts ihres eigenen Lebens sehen. Diesen Eindruck habe ich von Ihnen, Präsident Spindler. Sie haben mir in schwersten Stunden Trost und Freundschaft gegeben und mir beste Mitarbeit geleistet. In alle Zukunft ist Ihr Name für mich mit dem stolzen Erinnern an diese unsere schwere Aufgabe verbunden.

Indem ich mich als Generalgouverneur im Namen des Führers und des Deutschen Reiches von Ihnen verabschiede, danke ich Ihnen im Namen des Führers und des Deutschen Reiches für diese Ihre Leistung.

15.1.1942

Ich wünsche Ihnen, daß Sie in Ihrem kommenden dienstlichen Leben angesichts der hohen ehrenvollen Berufung, die Ihnen an einer der schönsten Dienststellen des Reiches zuteil geworden ist, auch darin ein Zeichen der Anerkennung sehen mögen, die der Führer und das Reich Ihnen für Ihre Dienstleistung im Generalgouvernement mit Fug und Recht angedeihen lassen. Möge es Ihnen in Ihrem dienstlichen und persönlichen Leben immer so gehen, daß Sie mit Ihrem Herrgott nicht im Hader leben.

Als Zeichen meiner Anerkennung und Dankbarkeit überreiche ich Ihnen hiermit ein Bild von der Burg in Krakau.

Der Herr Generalgouverneur richtet dann an den Präsidenten Senkowski folgende Worte:

Herr Präsident Senkowski! Sie haben als hervorragender Mitarbeiter des Präsidenten Spindler während der Jahre des Aufbaus seine Stellvertretung inne gehabt. Sie haben sich in dieser Eigenschaft ganz hervorragend bewährt. Im Einvernehmen mit den Dienststellen des Reiches habe ich Sie deshalb zum Präsidenten der Hauptabteilung Finanzen in der Regierung des Generalgouvernements mit Wirkung vom 1. Januar 1942 berufen.

(Der Herr Generalgouverneur verliest die Bestallungsurkunde und überreicht sie Präsidenten Senkowski).

Finanzpräsident Spindler richtet darauf folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Ich bitte Sie, Ihnen von Herzen für die mich sehr bewegenden Worte der Anerkennung danken zu dürfen, die Sie mir bei meinem

7

15.1.1942

heutigen Abschied haben zuteil werden lassen. 2 1/4 Jahre einer Arbeit liegen hinter mir, die in meiner bisherigen Berufslaufbahn der Höhepunkt gewesen ist und bleiben wird. Ich werde niemals ein solches Arbeitsfeld wiederfinden, wie ich es hier im Osten vorgefunden habe, frei und wenig eingeschränkt durch Bestimmungen des Reiches. Herr Generalgouverneur, ich bin Ihnen zu tiefstem Dank verpflichtet, daß Sie von vornherein meiner Arbeit so viel Verständnis entgegengebracht haben. Sie haben erklärt, welchen Wert Sie darauf legen, daß wir hier im Generalgouvernement zu einer sauberen und klaren Finanzgebarung kommen. Sie haben mir und meinen Mitarbeitern, denen ich auch zu Dank verpflichtet bin, erst die Möglichkeit verschafft, das zu leisten, was wir hier unter schwierigen Verhältnissen leisten mußten.

Wenn ich nun von hier scheide, so tue ich es mit einem Gefühl der Wehmut. Denn es sind schöne Jahre der Arbeit gewesen, auch in menschlicher Beziehung schöne Jahre kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungsleitern.

Wenn ich nun die feldgraue Beamtenuniform ausziehe und in die Heimat zurückkehre, dann kommt mir der alte Studentenvers in die Erinnerung: "Ich ziehe mit gesenktem Blick in das Philisterland zurück." Man wird sich auf die engeren Verhältnisse der Heimat umstellen müssen. Aber immer wird in mir wachbleiben und als Glanzpunkt nachleuchten die Zeit meiner Tätigkeit hier im Generalgouvernement. Ich werde die Jahre, die ich hier verbracht habe, nie vergessen und werde ihnen immer verpflichtet bleiben.

15.1.1942

13[10] F r ü h s t ü c k
zu Ehren des aus seinem Amt scheidenden Finanzpräsidenten Spindler.

16[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Krakau

Freitag, den 16.1.1942

11^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{15} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1.) Zollverordnung für das Generalgouvernement

2.) erste Durchführungsvorschrift zur Zollverordnung

3.) Verordnung über die Einführung bergrechtlicher Vorschriften im Distrikt Galizien

4.) zweiten Verordnung über die Bergverwaltung im Generalgouvernement

5.) Verordnung zur Abgrenzung der Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau

6.) Verordnung über die Markscheider und sonstige im Bergbauvermessungswesens tätigen Personen

7.) Verordnung über die Bewirtschaftung des Holzes und der forstlichen Nebenerzeugnisse im Generalgouvernement

8.) Durchführungsvorschrift zur zweiten Verordnung vom 15.August 1941 über die Verwaltung des Post- und Fernmeldewesens im Generalgouvernement

9.) zweiten Verordnung über die Individualversicherung im Distrikt Galizien

10.) Verordnung über die Aufhebung der Stempelsteuer bei Eingaben und Zeugnissen

2

16.1.1942

11) fünften Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien

12) Verordnung zur Änderung der Verordnung über Reisekostenvergütung, Beschäftigungsvergütung und Umzugskosten der wiederbeschäftigten polnischen Beamten und der nichtdeutschen Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst des Generalgouvernements und der Selbstverwaltungskörperschaften

13) Verordnung über die Ausländerpolizei im Generalgouvernement

14) zur Änderung der Verordnung betr. die Aufsicht über Fleisch und Fleischerzeugnisse

15) dritten Verordnung über die Hemmung von Verjährungsvorschriften des Wechsel- und Scheckrechtes

16) sechsten Verordnung über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechtes

17) Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bildung von Kammern für die Gesamtwirtschaft im Generalgouvernement

18) Verordnung über den Aufbau der Hauptgruppe "Gewerbliche Wirtschaft und Verkehr"

19) Verordnung zur Änderung der Postscheckverordnung für das Generalgouvernement und

20) Verordnung über die Ablieferung von Skiern und Skistiefeln im Generalgouvernement

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

16.1.1942

11^{30} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger.

11^{55} Empfang einer ukrainischen Abordnung unter Führung des Leiters des ukrainischen Hauptausschusses Universitätsprofessor Wolodymyr Kubijowitsch in Anwesenheit des Leiters der Abteilung für Bevölkerungswesen und Fürsorge Dr. Föhl, Dr. Heinrich, Oberst Bisanz und des Pressechefs der Regierung Gassner im Königssaal der Burg.

Professor Kubijowitsch verliest folgende Glückwunschadresse an den Herrn Generalgouverneur:

Euer Exzellenz, Herr Generalgouverneur!

Die denkwürdige Gelegenheit der Jahreswende bietet uns den freudigen Anlaß, bei Ihnen, Herr Generalgouverneur, mit unseren Glückwünschen zu erscheinen. Es ist für uns umso wichtiger, da dieses neue Jahr uns in einer völlig veränderten Lage antrifft.

Wie das Jahr 1939 für die Ukrainer einen wichtigen geschichtlichen Wendepunkt bedeutete, und zwar dank dem siegreichen Feldzug der deutschen Wehrmacht die Befreiung aus polnischer Unterdrückung, so ging in dem denkwürdigen Jahr 1941 der zweite Traum unserer Nation in Erfüllung, es ist der Zusammenbruch des bolschewistischen Völkerverderbers. Das große geschichtliche Werk, dessen Zeugen wir sind, das von der tapferen deutschen Wehrmacht unter Leitung des genialen Führers Adolf Hitler vollzogen wird, begleitet das ganze ukrainische Volk nicht nur mit seinen ehrlichen Gefühlen, sondern es wird von ihm als ein entscheidendes Ereignis

16.1.1942

seines Lebens miterlebt. Tausende von Ukrainern, in der großen Wehrmacht verstreut, nehmen daran teil. Die Hekatomben blutiger Opfer unseres Volkes während der Sowjetherrschaft sind ein Beweis unserer Deutschfreundlichkeit sowie der Bereitschaft, mit dem ganzen Einsatz aller unserer Kräfte für das große Werk der Neuordnung Europas zu arbeiten. Diese grundsätzliche Einstellung des ukrainischen Volkes, über die wir Sie, Herr Generalgouverneur, bitten, den Führer zu unterrichten, ist auch der ukrainischen Bevölkerung im Rahmen des Generalgouvernements eigen.

Der siegreiche Feldzug der deutschen Wehrmacht hatte auch für das Generalgouvernement weitgehende Folgen, da sich sein Gebiet durch den Anschluß Galiziens beträchtlich vergrößerte. Durch diesen Anschluß ist ein großes einheitliches ukrainisches Gebiet dem Generalgouvernement eingegliedert worden, und die Zahl der ukrainischen Bevölkerung stieg auf über 4 Millionen.

Es ist zu unterstreichen, daß das Volksbewußtsein und die allgemeine Kulturstufe dieser Bevölkerung hoch entwickelt sind, und daß sie infolge dessen als ein wichtiger Faktor bei der Aufbauarbeit erscheinen, zu der wir von Ihnen, Herr Generalgouverneur, wiederholt aufgefordert wurden.

Mit Freuden gedenken wir Ihrer anerkennenden Worte an die ukrainische Volksgruppe für ihre aktive Mitarbeit am Aufbau im Generalgouvernement und zugleich sind wir uns der vor uns stehenden Aufgaben bewußt. Die mehrjährige polnische und die zweijährige bolschewistische Unterdrückung haben un-

16.1.1942

serem Volk tiefe Wunden geschlagen und auf vielen Gebieten den Ruin der Kultur und des Wirtschaftslebens hinterlassen. Die Wunden zu heilen, den Ruin zu beseitigen und zugleich eine all' umfassende Aufbauarbeit anzubahnen, sind große Aufgaben, bei deren Durchführung wir der Regierung des Generalgouvernements behilflich sein wollen.

Als Vertreter der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement erklären wir unsere Bereitschaft bei der Durchführung dieser Aufgaben aufgrund des Vertrauens, das Sie, Herr Generalgouverneur, uns immer entgegenbringen, mit allen Kräften mitzuarbeiten. Mit freudiger Genugtuung stellen wir fest, daß Sie, Herr Generalgouverneur, bisher für die Ukrainer des Generalgouvernements viel Gutes getan haben. Wir gestatten uns, der Hoffnung Ausdruck zu verleihen, daß jetzt nach einer mehr als 2jährigen Bewährung sowie nach der territorialen und zahlenmäßigen Vergrößerung der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement Sie, Herr Generalgouverneur, fortfahren werden, uns auch weiterhin die bisherigen Möglichkeiten der nationalen Entwicklung zu geben, damit wir alle unsere schöpferischen Kräfte für das große Aufbauwerk, das durch den Führer des Großdeutschen Reiches geleitet wird, einsetzen können. Insbesondere legen wir großen Wert auf die allseitige Ausbildung unserer Jugend, damit sie, im neuen Geist erzogen, unsere großen Hoffnungen zum gemeinsamen Wohl unserer Völker erfüllen kann.

Wir Ukrainer sind uns der großen geschichtlichen Rolle bewußt, die Ihnen, Herr Generalgouverneur, durch den Auftrag des Führers zugefallen ist; denn

16.1.1942

das Generalgouvernement ist, wie Sie selbst erklären, nicht nur das Nebenland Großdeutschlands, sondern auch die Brücke, das Großdeutsche Reich mit dem Osten, insbesondere mit der Ukraine verbindet.
Das Generalgouvernement soll auch eine Arbeitsstätte bilden, wo sich aufgrund der Lebenserfahrung die grundsätzlichen Regierungsformen heranbilden, und das auch die erprobten Reihen der künftigen Verwaltungsmänner schulen soll. Es ist unser aller Wunsch, daß diese besonderen Aufgaben des Generalgouvernement auch uns die Möglichkeit geben, in diese Bemühungen aktiv einzugreifen, damit wir dadurch ebenfalls zu einer Brücke zwischen dem deutschen und ukrainischen Volk werden, und unsere dabei nötigen Wünsche das größte Verständnis und Entgegenkommen beim deutschen Volk und den deutschen Behörden finden.

Heute, da die heldenmütige deutsche Wehrmacht im schweren Kampf mit dem größten gemeinsamen Gegner, dem Bolschewismus steht, ist es unser natürlicher Wunsch zu erreichen, daß aus Ukrainern besondere ukrainische Militärabteilungen gebildet werden, die gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht in den Kampf ziehen.

Noch einmal bitten wir, unsere innigsten Glückwünsche sowie den Ausdruck unserer vollen Loyalität und Dankbarkeit Ihnen, Herr Generalgouverneur, und Ihrer Regierung gegenüber als sinnbildlichen Beweis unserer vollen Loyalität und Verbundenheit aussprechen zu dürfen, und wir bitten Sie, Herr Generalgouverneur, von uns ein traditionelles Neujahrsgeschenk entgegennehmen zu wollen.

16.1.1942

Daraufhin übergibt Professor Kubijowitsch dem Herrn Generalgouverneur eine aus Tula-Silber angefertigte Teemaschine, einen sogenannten Samowar.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten:

Herr Professor! Meine Herren!

Ich danke Ihnen für Ihre warmherzigen Glückwünsche zum neuen Jahr, und ich freue mich, daß Sie wieder einmal zu mir gekommen sind. Im Anschluß an diese offiziellen gegenseitigen Ansprachen wollen wir uns zusammensetzen, um das eine oder andere Problem in persönlicher Aussprache zu behandeln. Ganz offiziell möchte ich Ihnen, Herr Professor, und den anderen Herren danken für Ihre liebenswürdigen Wünsche, die ich meinerseits und für die Regierung des Generalgouvernements im Namen des Führers und Reiches erstrecke auf das Wohlergehen des ukrainischen Volkes.

Meine Einstellung zu den Ukrainern kennen Sie; ich möchte hervorheben, daß ich mein Vertrauen zur ukrainischen Bevölkerung wiederholt zum Ausdruck gebracht habe und feststelle, daß ich in diesem Vertrauen nicht enttäuscht wurde. Meine Einstellung wird immer dieselbe bleiben. Auch ich hoffe, daß durch die Zunahme der Bevölkerungszahl der Ukrainer im Generalgouvernement sich eine Fülle von Möglichkeiten für die Erweiterung der Mitarbeit des ukrainischen Volkes ergeben werden.

Ich wünsche sehr, daß Sie von dieser heutigen Zusammenkunft mit der Gewißheit scheiden, daß Sie

16.1.1942

in mir einen treuen Freund und anerkennenden Förderer Ihres Volkstums erblicken können. Ich sehe meine Aufgabe vor allem auch darin, eine geistig-seelische Brücke zwischen dem deutschen Volk und den Ukrainern zu sein. Im Distrikt Galizien und in den anderen Bereichen des Generalgouvernements wird Ihnen immer eine freundliche Atmosphäre entgegenstrahlen.

Die Schwierigkeiten des Krieges, die sich gerade für den Ostfeldzug infolge des Winters nicht erleichtert haben, bedeuten für uns eine schwere dienstliche Arbeitsbelastung. So kommt es, daß manche Wünsche nicht so in die Tat umgesetzt werden können, wie man das gern wollte. Sie sprechen mit Recht von den Blutopfern der Ukrainer. Dankbar erkennt auch das deutsche Volk diesen Einsatz des ukrainischen Volkes im großen Freiheitskampf an. Mögen aber auch die Ukrainer - wie ich das schon in Lemberg sagte, nicht vergessen, wieviel tausende deutscher Familien trauern um ihre im Kampf gefallenen Väter und Brüder. Infolge dieses gemeinsamen Schmerzempfindens werden wir immer zusammenstehen. Die Vernichtung des Bolschewismus ist eine Notwendigkeit; er ist die entsetzlichste Seuche der Welt, und alleBundesgenossenschaften der Welt können ihn von seinem endgültigen Schicksal, das er unter den ehernen Schlägen der deutschen Wehrmacht erleidet,nicht retten.

So sehe ich voll Zuversicht und Siegesklarheit in die Arbeit dieses Jahres. Ich wünsche nichts so sehr wie Ihre Mitarbeit. Sie haben mir durch Ihr Geschenk eine besondere Freude bereitet. Erlauben Sie, daß ich es erwidere: ich stifte für die Wohlfahrt der ukrainischen Genossenschaften den Betrag von 20.000 Zloty, über den Sie frei verfügen wollen.

9

16.1.1942

Im Anschluß daran findet im Königssaal der Burg eine kurze Aussprache statt:

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine stärkere Heranziehung der Ukrainer in den Verwaltungsstellen des Generalgouvernements. In allen Dienststellen, in denen Polen beschäftigt seien, sollten auch Ukrainer prozentual ihrer Bevölkerungszahl in Erscheinung treten. Er ersucht Professor Kubijowitsch um Unterbreitung konkreter Vorschläge.

Wie Professor Kubijowitsch ausführt, ist die Ernährungslage der Ukrainer in Galizien besser geworden. Die Bevölkerung habe sich den neuen Verhältnissen, die die Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement geschaffen habe, langsam angeglichen. Sie hasse die Bolschewisten, da diese aus den einzelnen Dörfern mindestens 10 - 20 % der Bewohner weggeschleppt hätten. Auch habe die deutsche Verwaltung den zur Bolschewistenzeit herrschenden permanenten Hungerzustand durch Gewährung doppelter Rationssätze beseitigt. Eine besonders wichtige Frage sei die Umschulung der ukrainischen Jugend in den Fachschulen. Er habe auch den großen Wunsch ca. 1.500 ukrainische Studenten, die ihr Studium auf bolschewistischen Hochschulen begonnen hätten, das Weiterstudium an deutschen Hochschulen und den neu eröffneten Instituten in Lemberg zu ermöglichen.

Oberst Bisanz erklärt, daß verschiedene Fach- und Mittelschulen bereits wieder in Gang seien. Die Reprivatisierung sei eingeleitet worden.

Der Herr Generalgouverneur spricht die Überzeugung aus, daß sich nach Einschaltung ukrainischer Verwaltungsleute, vor allem auch in den höheren Stellen, die gegenseitige Zusammenarbeit zur allge-

meinen Zufriedenheit auswirken werde.

12[50] Der Herr Generalgouverneur überreicht Staatssekretär Dr. Bühler, Gesandten von Wühlisch, Präsidenten Dr. Senkowski, Kammergerichtsrat Dr. Keith und einigen Referenten der Hauptabteilung Finanzen (Monopolverwaltung) bulgarische Ordensauszeichnungen.

13[00] Besprechung mit Staatssekreätr Dr. Bühler.

16[15] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

Krakau

Sonnabend, den 17.1.1942

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{55} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz vom Institut für Deutsche Ostarbeit.

Direktor Dr. Coblitz gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige wissenschaftliche Arbeit des Instituts für Deutsche Ostarbeit. Erfreulicherweise könne festgestellt werden, daß auch die Wehrmacht den kulturpolitischen, kulturhistorischen und sonstigen Aufgaben des Instituts volles Verständnis entgegenbringe.

Im Rahmen der Arbeit des Instituts sei eine große Ausstellung auf kunsthistorischem Gebiet in Vorbereitung, die vor allem der mittelalterlichen Malerei gelte. Auch in dieser Ausstellung solle dem Schaffen von Veit Stoss besondere Würdigung zuteil werden. Aus Anlaß des 500. Geburtstags von Kopernikus solle in Zusammenarbeit mit anderen Instituten das gesamte Werk des Kopernikus herausgegeben werden.

Auf eine Frage des Direktors Dr. Coblitz erwidert der Herr Generalgouverneur, daß der Behaim-Codex der alten Bibliothek überwiesen werden solle.

Direktor Dr. Coblitz berichtet dann über den organisatorischen Aufbau des Instituts für Deutsche Ostarbeit und kann mitteilen, daß die Organisation im großen und ganzen abgeschlossen und die Verwaltung von der wissenschaftlichen Seite des Instituts streng geschieden sei. Diese durchorganisierte Verwaltung trage den gesamten Apparat ohne weiteres selbst. Das Institut erhalte entspre-

chende Zuschüsse von der Hauptabteilung Finanzen und führe seine eigene Kasse. Die Arbeit des Instituts habe nun-mehr auch im Reich überall große Anerkennung gefunden. Auch könne festgestellt werden, daß jede einzelne Sektion des Instituts in engster Verbindung mit den wissenschaftlichen Instituten des Reiches stehe. In dem nun/mehr erscheinenden ersten Jahresbuch des Instituts für Deutsche Ostarbeit werde der Öffentlichkeit ein Bild über die bisherige Tätigkeit des Instituts gegeben.

Im Anschluß an die Besprechung verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Schreibens an den Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Hofrat Watzke:

Sehr verehrter Präsident!

Sie hatten bei mir nachgesucht, Sie von den Dienstgeschäften eines Stellvertretenden Präsidenten des Institus für Deutsche Ostarbeit zu entbinden. Indem ich diesem Ihren Ersuchen entspreche, möchte ich die Gelegenheit benutzen, um Ihnen den herzlichsten Dank für die hervorragende fördernde Unterstützung zum Ausdruck zu bringen, die Sie dem Institut für Deutsche Ostarbeit auch in dieser Eigenschaft als Vizepräsident haben zuteil werden lassen. Ich habe mit dem heutigen Tage den Staatssekretär Dr. Boepple zum Stellvertretenden Präsidenten des Instituts für Deutsche Ostarbeit berufen.

Ich habe diesen Akt in der mich beruhigenden Erwartung vollzogen, daß Sie nach wie vor die Belange des Instituts mit Ihrem ganzen so sehr bewährten fachlichen Können und auch allgemein amtlich in Ihrer Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht unterstützen werden. -

X/9
3

17.1.1942

11[15] Besprechung mit Pressechef Gassner.

11[30] Besprechung mit Professor Kneisel.

Professor Kneisel berichtet dem Herrn Generalgouverneur auf seine Frage, daß er im Namen des Staatssekretärs Dr. Mühlmann als Restaurator im Generalgouvernement tätig sei. Über alle Bilder, die zur Burg gehörten, sei ein Inventarverzeichnis angefertigt worden.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, die Überprüfung dieses Inventarverzeichnisses nach seiner Vollständigkeit. Mehrere Bilder aus Burgbesitz, die zur Zeit in seinem Besitztum Schoberhof hingen, und einige, ihm von den Gouverneuren Fischer und Dr. Lasch übergebene Gemälde müßten ebenfalls in das Verzeichnis aufgenommen werden. Auch müsse ein Inventarverzeichnis derjenigen Bilder, die in Kressendorf und im Schloß Belvedere in Warschau aufgehängt seien, angefertigt werden. Er plane die Errichtung einer Staatskunstsammlung Burg, die den Grundstock für eine kommende große Staatsgalerie bilden solle.

Professor Kneisel nimmt die ihm von dem Herrn Generalgouverneur angebotene Berufung zum Leiter dieser Staatskunstsammlung Burg unter der Voraussetzung des Einverständnisses von Staatssekretär Mühlmann, in dessen Auftrag er im Generalgouvernement tätig ist, an und will an die Ausarbeitung geeigneter Vorschläge für diesen Plan herangehen.

Der Herr Generalgouverneur diktiert ein Schreiben an Staatssekretär Dr. Mühlmann, in dem er diesen um seine Stellungnahme ersucht. Weiter beauftragt er Professor Kneisel mit der Durchführung einer Dienst-

17.1.1942

reise nach München in der Zeit vom 1.bis 10.Februar 1942 zwecks Beratung des Herrn Generalgouverneurs beim Ankauf von Bildern moderner Künstler für das Haus des Deutschen Rechts in München.

/9 12^{00} Stabsleiter Stahl stellt in Gegenwart des aus seinem Amt scheidenden Parteirichters Dr. Nosko dem Herrn Generalgouverneur den zum Parteirichter im Arbeitsbereich "Generalgouvernement" ausersehenen Standartenführer Brodmann vor.

Der Herr Generalgouverneur begrüßt den neuen Parteirichter Brodmann und spricht die Erwartung aus, daß er sein Amt zum Segen des Arbeitsbereichs und der Parteigenossen führen werde.

In einer anschließenden Besprechung macht Stabsleiter Stahl dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von Veranstaltungen, die demnächst im Arbeitsbereich stattfinden sollen. So sei für den 30.Januar 42 eine große Arbeitstagung vorgesehen.

12^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 18.1.1942

16^{00} Telefonischer Anruf des Chefs der Reichskanzlei Reichsministers Dr. Lammers.

Das Ferngespräch hat die Herausgabe eines Erlasses des Führers zum Gegenstand, nach welchem mit Wirkung vom 1.Februar 1942 eine enge Zusammenarbeit zwischen Reichsbahn und Ostbahn stattfinden soll. Der Name "Ostbahn" wird bestehen bleiben. Ebenso soll an der Stellung des Präsidenten der Ostbahn Gerteis nichts geändert werden, wie auch die Finanzgebarung und die gesamte Wirtschaftsführung der Ostbahn dem Generalgouvernement erhalten bleiben soll. Der Herr Generalgouverneur teilt bei diesem Gespräch dem Reichsminister Dr. Lammers mit, daß er Staatssekretär Dr. Bühler beauftragt habe, mit dem Reichsminister Dr. Dorpmüller nochmals über die Frage der Stellung der Ostbahn gegenüber der Reichsbahn zu verhandeln.

17^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Ministerialdirigent Schlotterer, Ministerialdirigent und Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich, Oberstleutnant Immich, Kriegsverwaltungsrat Sommer, Oberregierungsrat Dr. Bergemann.

19^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

Krakau

Montag, den 19.Januar 1942

15^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

15^{30} Staatssekretär Dr. Boepple stellt dem Herrn Generalgouverneur den Leiter des Statistischen Amtes Oberregierungsrat Müller und den Leiter derVeterinär-Abteilung Oberregierungs- und-Veterinärrat Dr. Ziehme vor.

In der anschließenden Besprechung gibt Oberregierungs- und-Veterinärrat Dr. Ziehme einen Überblick über die gegenwärtige Lage auf dem Gebiete der Viehwirtschaft. Das nach dem Generalgouvernement gebrachte Vieh sei weitgehend verseucht gewesen, man habe sich deshalb auch veranlaßt gesehen, 30.000 Tiere abzuschlachten. Angesichts der bestehenden Transportschwierigkeiten sei zur Zeit derTransport von Vieh nach dem Generalgouvernement völlig eingestellt worden. - Unter den Viehkrankheiten spiele vor allem die Maul- und Klauenseuche eine bedeutsame Rolle, wenn sie auch zur Zeit ziemlich leicht auftrete. Auch die Tollwut der Hunde sei im Generalgouvernement stark verbreitet. Bisher seien 15.000 Hunde erschossen worden. Besonders stark trete die Tollwut in Warschau auf.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich entschieden dagegen, daß zur Zeit noch von Polen Hunde in so großer Anzahl gehalten würden, und beauftragt Dr. Ziehme, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Hundesteuer immerhin einen nennenswerten finanziellen Ertrag bringe.

19.1.1942

Oberregierungs- und Veterinärrat Dr. Ziehem geht dann auf die Frage der Pferdehaltung im Generalgouvernement ein. Der körperliche Zustand der Tiere sei im allgemeinen recht schlecht, da sie besonders von den Bauern über Gebühr beansprucht würden. Häufig komme es vor, daß eine Stute infolge zu starker Beanspruchung verfohle. - Im allgemeinen werde man mit dem im Generalgouvernement vorhandenen Pferdebestand auskommen, jedoch stünden demnächst wieder neue Pferdeaushebungen seitens der Wehrmacht in Aussicht. - Der Schweinebestand sei im Generalgouvernement auf 10 % des Vorkriegsbestandes zurückgegangen. Die Bauern hätten offenbar wenig Interesse an der Schweinehaltung, weil sie selber wenig Nutzen davon hätten.

Neuerdings habe man sich der Karpfenzucht etwas mehr angenommen. Hier gelte es vor allem, gewiße ansteckende Karpfenkrankheiten zu bekämpfen, die mitunter die Zucht überhaupt unmöglich machten. - Die Geflügelzucht sei im Generalgouvernement von großer Bedeutung, und man könne erfreulicherweise feststellen, daß die Zahl der Tiere sich am wenigsten vermindert habe.

Im Generalgouvernement seien nur 12 Tierärzte tätig, Da diese Zahl bei weitem nicht ausreiche, sei man jetzt im Begriff, einen Nachwuchs zu organisieren.

Der Herr Generalgouverneur hält es für dringend notwendig, daß im vermehrten Umfange polnische und ukrainische Tierärzte im Generalgouvernement tätig würden. Angesichts der Notwendigkeit einer erhöhten Fleischproduktion liege diese Tätigkeit polnischer und ukrainischer Tierärzte auch im Interesse des deutschen Volkes.

19.1.1942

Oberregierungsrat Müller schildert in längeren Ausführungen, die dem Statistischen Amt gestellten Aufgaben. 25 größere Statistiken seien bereits im Amt durchgeführt, weitere 15 seien in Vorbereitung. Im Vordergrund der Arbeit stehe zur Zeit eine Statistik auf dem Gebiet des Wohnungsbaues. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, mit einer Wohnungszählung eine summarische Zählung der Bevölkerung zu verbinden; jedoch sei vom Reiche diese Zählung vorläufig nicht für zweckmäßig gehalten worden, so großen Wert auch vor allem die Hauptabteilung Arbeit auf diese Erhebungen lege. Gleichwohl führe man eine Wohnungsbaustatistik, die allmonatlich abgeschlossen werde und die man so immerhin mit einer Wohnungszählung verbinden könne. Auch für die statistische Erfassung des Wohnraumes der Deutschen seien Arbeiten im Gange. Sein Bestreben sei es, den Kreishauptleuten statistische Erhebungen nach Möglichkeit zu erleichtern.

Eine vom Statistischen Amt geführte Preisstatistik, mit der auch die Schleichhandelspreise erfaßt würden, berechtige zu der Annahme, daß die Schleichhandelspreise in eine gewiße Ordnung kämen. Bei der Aufstellung dieser wie auch der Agrarstatistik bediene man sich einiger Vertrauensleute aus der alten polnischen Zeit. Aus den von ihnen beantworteten Fragebogen könne man einigermaßen zutreffende Schlüsse auf die Preisgestaltung ziehen.

Oberregierungsrat Müller gibt dann dem Herrn Generalgouverneur eine anschauliches Bild über die technische Arbeitsweise des Statistischen Amtes.

16^{00} Besprechung mit Ministerialrat Plodeck.

19.1.1942

Ministerialrat Plodeck führt aus: er habe immer den Standpunkt vertreten, daß Sinn und Zweck der Treuhandverwaltung nur sein könne, die Überleitung von Vermögenswerten aus der Treuhandverwaltung in die eigentliche Wirtschaft vorzubereiten. Nach diesem Grundsatz habe seine Dienststelle bisher auch immer gearbeitet. Selbstverständlich liege das Ende der Treuhandverwaltung auf den einzelnen Verwaltungsgebieten zeitlich sehr verschieden. Seinerzeit seien etwa 3.600 Betriebe von der Treuhandverwaltung übernommen worden, unter ihnen auch eine große Zahl kleiner und kleinster Betriebe sowie eine Anzahl mittlerer Betriebe. Etwa 1.000 bis 1.200 namhafter Betriebe der Wirtschaft blieben dann übrig. Man beabsichtige nun, en bloc die kleinen und kleinsten Betriebe aus der Treuhandverwaltung herauszunehmen. Zu diesem Zweck wolle er die Distriktsverwaltungen weitgehend mit bestimmten Richtlinien und Vollmachten versehen und sie so in die Lage versetzen, diesen Betrieben, die weder politisch noch wirtschaftlich eine Rolle spielten und auch für Kriegsteilnehmer nicht infrage kämen, Interessenten zuzuführen. In erster Linie kämen für solche Betriebe Polen in Betracht. Man werde in verhältnismäßig kurzer Zeit diese Betriebe liquidieren und sie geeigneten Händen übergeben können.

Der Sektor der mittleren Betriebe werde in erster Linie für Kriegsteilnehmer von Interesse sein. Die Führung solcher Betriebe verlange tüchtige Kräfte, setze aber keine besonderen Kapitalien voraus. Bei Überleitung der Betriebe in die private Wirtschaft müsse selbstverständlich sorgfältig geprüft werden, ob sie sich für Kriegsteilnehmer eigneten. Diese Prüfung müsse noch vor Beendigung des Krieges einsetzen, damit der Treuhandverwaltung nicht der Vorwurf gemacht

werden könne, sie habe Objekte, die für Kriegsteilnehmer ernstlich infrage kämen, vorzeitig vergeben.

Für die Übernahme von Großbetrieben mit mehr als 100 Gefolgschaftsmitgliedern kämen Kriegsteilnehmer weitgehend nicht in Betracht, weil es hier eines starken Kapitaleinsatzes bedürfe. Für die Übernahme dieser Betriebe eigneten sich vor allem kapitalkräftige Unternehmungen des Reiches, die unter Umständen auch konzernmäßig ausgerichtet seien. Er sei auch bereits an die Reichswirtschaftskammer herangetreten und habe sie auf die Möglichkeit der Überleitung der kommissarischen Verwaltung in eine selbständige Betriebsführung durch Firmen des Reiches hingewiesen. Die Reichswirtschaftskammer habe sich auch schon an die einzelnen Industrie- und Handelskammern des Reiches gewendet und sie ersucht, die dortigen Interessenten mit Hilfe bestimmter Formulare zu erfassen. Die Prüfung der Eignung des Unternehmens für die Übernahme eines Betriebes im Generalgouvernement geschehe im Reich. Für die Überleitung der Betriebe in die freie Wirtschaft brauche man noch eine gewiße Zeit.

Was das Grundvermögen angehe, so habe man hier etwa mit 50.000 Objekten zu tun. Diese Objekte würden jetzt organisch verwaltet und in behördliche Betreuung genommen. Es werde eine zentrale Grundstücksverwaltung gegründet werden; darüber hinaus würden in den einzelnen Distrikten Gesellschaften gegründet werden, die die praktische Arbeit der Betreuung dieser Vermögensobjekte durchführten. In Warschau kämen Grundstücksobjekte im Werte von etwa 2 Milliarden Zloty in Betracht. Am Ende dieser so gearteten Grundstücksverwaltung werde die Überleitung des Grundvermögens in private Hände stehen, sobald das irgendwie möglich sei.

19.1.1942

Die von ihm, Ministerialrat Plodeck, errichtete Treuhand-Verwertungs-GmbH. verwalte und verwerte das bewegliche Vermögen. Ihre Arbeit sei soweit vorgeschritten, daß er die Liquidation der Verwertungsgesellschaft für den 1.April dieses Jahres angeordnet habe. Die Liquidation werde einige Monate in Anspruch nehmen, sie werde dann voraussichtlich Mitte des Jahres abgeschlossen sein.

Das finanzielle Ergebnis der Arbeit der Verwertungsgesellschaft stelle sich auf etwa 50 Millionen Zloty. Wenn auch die Arbeit der T.V.G. mancher Kritik ausgesetzt gewesen sei, so habe sie doch zu Beanstandungen keinerlei Anlaß gegeben.

Das Vermögen des früheren polnischen Staates sei der Treuhandstelle im Verordnungswege zur Erfassung, Verwaltung und Verwertung anvertraut worden. Das sei so lange notwendig, als über das Eigentum und diesen gesamten Vermögenskomplex, das hoheitsgebundene Staatsvermögen, Zweifel bestehen könnten. Nach einer Verordnung vom September 1940 sei das Generalgouvernement Eigentümer des früheren hoheitsgebundenen polnischen Staatsvermögens geworden. Mit dieser Klarstellung des Eigentumbegriffes sei nun für die Treuhandverwaltung die Verpflichtung entstanden, diese Vermögenswerte den zuständigen Abteilungen zuzuführen. Er habe deshalb die Leiter der infrage kommenden Hauptabteilungen darauf hingewiesen, daß diese Vermögenswerte auf die einzelnen Ressorts übergehen müßten, und zwar in einer Weise, wie es der früheren Zweckbestimmung dieser Vermögensobjekte entsprechen würde. Er habe für Ende dieses Monats eine Besprechung über diese Frage angesetzt. In diesem Zusammenhang müsse auch das schwierige Problem des gemischtwirtschaftlichen Vermögens erörtert werden, desgleichen die wichtige Frage der

Vorkriegsverschuldung. Wenn nämlich Gläubiger im Reich und insbesondere auch Neutrale auf diese Vermögensmassen Forderungen geltend machen sollten, dann müsse eine einheitliche Linie für die Behandlung dieser Forderungen gefunden werden.

Zur Zeit sei er mit der Prüfung der grundlegenden Frage beschäftigt, wie die Arbeiten der Zentralstelle dezentralisiert und bestimmte Aufgabengebiete in die Distrikte verlegt werden könnten. Hierbei müßten auch den Außenstellen bestimmte Richtlinien an die Hand gegeben werden, damit sie wüßten, für welche Aufgabengebiete sie vor allem in der Vorbereitung der gesamten Kleinarbeit zuständig seien.

Ein weiteres interessantes Problem sei das der Reprivatisierung im Distrikt Galizien . Im Ostland sei schon eine Anordnung herausgebracht worden, nach welcher für die kleinsten, kleinen und mittleren Betriebe ein gewißes Verfahren für den Übergang des Eigentums vorgeschrieben werde: nach dieser Anordnung sei von den Interessenten der Nachweis zu führen, daß sie von einem bestimmten Zeitpunkt ab Eigentümer gewesen seien. Diese im Ostland getroffene Anordnung habe dazu geführt, daß sich nun auch die Treuhandverwaltung des Generalgouvernements mit diesem Problem befassen müsse, und zwar in Anlehnung an die am 1.August 1941 erlassene Proklamation des Generalgouverneurs. Die Frage werde zur Zeit in der Abteilung Treuhandstelle, in der Hauptabteilung Wirtschaft und in der Abteilung "Gesetzgebung" geprüft. Diese Abteilungen wollten dann gemeinsam dem Herrn Generalgouverneur einen Vorschlag über die Reprivatisierung unterbreiten.

Abschliessend stellt Ministerialrat Plodeck fest, daß im Generalgouvernement die Kriminalität unter den Treuhändern bei weitem nicht so stark sei, wie man das wohl vorübergehend angenommen habe.

19.1.1942

Er könne aus eigener Erfahrung bestätigen, daß im allgemeinen die Tätigkeit der Treuhänder durchaus zufriedenstellend und einwandfrei gewesen sei. Diese Tatsache könne ihn aber nicht hindern, die Zahl der Treuhänder im Laufe der Zeit mehr und mehr zu verringern.

Der Herr Generalgouverneur spricht Ministerialrat Plodeck seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

16^{30} Besprechung mit Bankdirigenten Dr. Paersch.

Bankdirigent Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur zunächst einen Überblick über die Devisenlage des Generalgouvernements und teilt dabei mit, daß der Notenumlauf bis zum Ende Dezember auf 2,3 Milliarden Zloty angestiegen sei. Der Notenumlauf habe sich zwangsläufig besonders infolge der Anforderungen der Wehrmacht erhöht; jedoch bestehe zu Befürchtungen kein Anlaß.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Dr. Paersch, daß die Ukrainer mehr als bisher in die Arbeit bei der Zentrale eingeschaltet zu werden wünschten. Insgesamt seien 43 Ukrainer bei der Emmissionsbank tätig. Von ihnen befänden sich 6 in leitenden Stellungen. Ferner seien 18 Reichsdeutsche, 12 Volksdeutsche und 870 Polen in der Zentrale und in den Bezirksanstalten tätig. Er werde bemüht bleiben, auch einen Ukrainer in die Geschäftsführung Krakau zu berufen.

Bankdirigent Dr. Paersch legt dann dem Herrn Generalgouverneur Tabellen über die Preisentwicklung seit 1939 vor.

9

19.1.1942

Besonderes Interesse findet bei dem Herrn Generalgouverneur der Preisindex der Baustoffe, aufgestellt nach Angaben des Städtischen Statistischen Amts in Warschau.

Bankdirigent Dr. Paersch gibt nähere Erläuterungen zu diesen Tabellen. Bei der gewerblichen Wirtschaft liege die Hauptursache für eine verhältnismäßig ungünstige Preisentwicklung darin, daß sie Schwierigkeiten in der Zuteilung von Kohle und sonstigen Rohstoffen habe. Aus diesem Grunde ließen sich eben keine zuverlässigen Gestehungskosten errechnen. Wenn sich die Firmen im Schleichhandel Rohstoffe und Kohle verschafften, dann könnten sie schon beim Einkauf ihr Preisniveau nicht halten. Bei der Preiskurve für Baustoffe zeige der Zementpreis eine besonders starke Steigung, die wohl auch darauf zurückzuführen sei, daß für den Einkauf von Zement 18 Einzelbewilligungen notwendig seien. Maßgebend für die gesamte Preisentwicklung seien vor allem die Ernährungsschwierigkeiten, das Transportproblem und die Schaffung von Rohstoffen.

In diesem Zusammenhang teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß nach einem Erlaß des Führers die Ostbahn unter die Verfügungsgewalt des Reiches komme. Wie hinsichtlich der Deutschen Post Osten werde auch für die Ostbahn ein Sondervermögen gebildet. Die Überschüsse der Ostbahn erhalte das Generalgouvernement. Diese Neuregelung gebe ihm, dem Herrn Generalgouverneur, die gesetzliche Möglichkeit, mit den zuständigen Berliner Stellen, vor allem mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, direkt zu verhandeln. Dieser Weg sei ihm bisher verschlossen gewesen, da man von Seiten des Reichsverkehrsministeriums und sonstiger Stellen stets auf den Charakter der Ostbahn als einer selbständigen Verwaltung hingewiesen habe.

19.1.1942

17^{00} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger.

17^{20} Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

18^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

20^{00} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements unter Leitung des Kapellmeisters Erb.

Zum Gedenken des verstorbenen Chefdirigenten der Philharmonie Generalmusikdirektors Dr. Hanns Rohr wird vor dem eigentlichen Programm der 2. Satz der III. Sinfonie (Eroica) von Ludwig van Beethoven zu Gehör gebracht.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

IX/9

Krakau

Dienstag, den 20.1.1942

11[00] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11[05] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11[10] Abschnittsleiter Stahl, Vertreter im Amt des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP, stellt dem Herrn Generalgouverneur die Leiterin der NS-Frauenschaft im Generalgouvernement Pgn. Aldinger, den Leiter des Personalamtes des Arbeitsbereichs Pg. Seifert, den Organisator der neu aufzustellenden Wehrschützen-Gemeinschaften SA-Standartenführer Peltz vor.

Pgn. Aldinger berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Arbeit der NS-Frauenschaft sehr stark unter dem häufigen Wechsel des Aufenthalts der Frauen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement zu leiden habe. Die tatkräftige Entwicklung des deutschen Lebens im Generalgouvernement werde dadurch stark gehemmt. So seien auch jetzt wieder Gerüchte im Umlauf, denzufolge die Frauen in naher Zukunft das Generalgouvernement wieder verlassen müßten.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß diese Gerüchte nicht der Wahrheit entsprächen. Sollte sich eine solche Maßnahme als notwendig erweisen, so würde er in Zukunft vor der endgültigen Entscheidung Pgn. Aldinger beiziehen. Er versichere, daß ein Rücktransport der Frauen ins Reich nur im alleräußerstenNotfall ins Auge gefaßt werde. - Etwaige Wünsche der Frauenschaftsführung auf ihrem Arbeitsgebiet könne sie jederzeit schriftlich an die oberste Spitze der Regierung des Generalgouvernements, den Generalgouverneur, einreichen. -

20.1.1942

Den Leiter des Personalamtes Pg. Seifert weist der Herr Generalgouverneur an, bei den kommenden Einziehungen für die Wehrmacht nur in äußerst dringenden Fällen einen u.k.-Antrag zu stellen. Die Wehrmacht brauche für den bevorstehenden Endkampf alle nur irgendwie entbehrlichen Männer. Pg. Seifert solle in seiner Personalpolitik sehr eng mit der Personalabteilung der Regierung zusammenarbeiten.

Standartenführer Peltz meldet, daß die Aufstellung und Ausbildung von Wehrschützenbereitschaften bereits in Gang sei. Fast unüberwindliche Schwierigkeiten bereite die Uniformierung. Man helfe sich dadurch, daß man den Männern vorerst einheitliche Mützen und einheitliche Abzeichen gebe.

Eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob am 24.Februar die Besichtigung einer Abteilung durch ihn möglich sei, bejaht Standartenführer Peltz. Auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs werde er ein entsprechendes Programm ausarbeiten. In Krakau-Stadt bestünden bereits 5 Bereitschaften. Auch in den Distrikten sei die Arbeit schon sehr weit gediehen. Die Auswahl der Führer mache zu schaffen. Die Erfassung der Männer erfolge zunächst auf der Basis freiwilliger Meldung; erst später nach Vorhandensein des notwendigen Führerkorps würden die übrigen erfaßt werden. Bei der Auswahl der Führer lege er besonders großen Wert auf die charakterliche Eignung, auf die soldatischen Tugenden. Da in den Wehrschützenbereitschaften das größte Gewicht auf eine starke Wehrerziehung, also auf Ausbildung im Exerzierenwesen, Schießen, Geländedienst gelegt werden müßte, sei auch die rein fachliche Eignung der Männer zu berücksichtigen.

20.1.1942

Als Bewaffnung habe der Sonderdienst 100 Karabiner und die dazugehörige Munition zur Verfügung gestellt. Wegen der damit verbundenen Gefahr des Mißbrauchs der Waffen durch Unberechtigte solle eine allgemeine Bewaffnung nicht durchgeführt werden. Es genüge, wenn in jeder Bereitschaft von etwa 100 Mann 5 Karabiner für die Schießausbildung vorhanden seien.

Bei der Erörterung der Frage, ob Bedenken beständen, wenn Gliederungsangehörige bei der Ausübung ihres Dienstes in den Wehrschützengemeinschaften in den Uniformen ihrer Gliederungen erschienen, äußert Abschnittsleiter Stahl große Befürchtungen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht um genaue Prüfung dieser Angelegenheit und um Unterbreitung eines endgültigen Vorschlages.

12^20 Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Schweitzer - Berlin und dessen Mitarbeiter Zellner in Begleitung von Pg. Ollesch.

Professor Schweitzer berichtet, daß die 200 Werke umfassende Kunstausstellung, die am 28. Januar vom Hilfswerk für deutsche Kunst in den neuen Räumen des Ostinstituts in Krakau eröffnet werden solle, nicht aufgebaut werden könne, da das Ausstellungsmaterial bis jetzt noch nicht eingetroffen sei.

Der Herr Generalgouverneur äußert Bedenken gegen die Durchführung der Ausstellung im jetzigen Zeitpunkt, da infolge der bestehenden Schwierigkeiten das wertvolle Bildmaterial Schaden erleiden könne beim Transport; er ist aber damit einverstanden, die

4

20.1.1942

Ausstellung aufzubauen, wenn eine Umdisponierung nicht mehr möglich sei.

12^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten des Statistischen Reichsamtes Gottlewski in Begleitung des Leiters des Statistischen Amts der Regierung des Generalgouvernements Oberregierungsrat Müller und des Direktors Jonuiers in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Wolsegger.

13^{15} F r ü h s t ü c k

15^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

17^{00} T e e - Empfang auf der Burg.

19^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf).

IX/9

Krakau

Mittwoch, den 21.1.1942

11^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{10} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger.

11^{45} Der Herr Generalgouverneur diktiert Schreiben

1) an den Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht

2) an den Chef der Reichskanzlei Reichsminister Dr. Lammers.

betreffend Ernennung des Staatssekretärs Dr. Bühler zum Staatsminister des Generalgouvernements.

12^{10} Besprechung mit dem Leiter der Intendanz der Philharmonie des Generalgouvernements Haslinde.

IX/9

Der Herr Generalgouverneur trifft wegen der Nachfolge des verstorbenen Chefdirigenten Dr. Hanns R o h r folgende Entscheidung:

1) die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs über die Änderung des Nachfolgers erfolgt am 1.Mai 1942. Bis dahin wird der Münchner Dirigent Hindemith drei Probekonzerte dirigieren. Außerdem sollen, wenn möglich, zu Volkssinfoniekonzerten oder sonstigen Veranstaltungen der Philharmonie die drei Bewerber Oferhoff, Männerich und Schleich eingeladen werden. Die Terminfestsetzung obliege ausschließlich dem Intendanten.

21.1.1942

2) mit sofortiger Wirkung wird der Stellvertreter des bisherigen Chefdirigenten Kapellmeister Erb in die Stellung eines Stellvertretenden Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements unter entsprechender Erhöhung seines Gehaltes um monatlich 400 Zloty berufen.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten Hinrich.

13^{15} F r ü h s t ü c k.

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

In Haus Kressendorf hat der Herr Generalgouverneur eine Besprechung mit dem Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Hofrat Watzke und dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IX/

Krakau

Donnerstag, den 22.1.1942

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{25} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Besprechung mit Oberstleutnant Fischer.

Oberstleutnant Fischer teilt mit, daß das OKW nach von ihm in Berlin geführten Besprechungen die Vorschläge und Grundsätze des Herrn Generalgouverneurs im Bezug auf die Einberufungen zur Wehrmacht und die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes im Generalgouvernement billige.

Aufgrund dieser Vereinbarungen würden sofort etwa 200 Beamte und Angestellte der aufgerufenen Jahrgänge im Generalgouvernement freigegeben. Für die Zukunft würden die Einberufungen im Generalgouvernement nur nach erstelltem Einvernehmen zwischen Oberstleutnant Fischer und den Regierungsinstanzen durchgeführt.

12^{30} Besprechung mit Gesandten a.D. Dr. Rümelin.

Gesandter Dr. Rümelin legt dem Herrn Generalgouverneur einen zu publizierenden Erlaß über höchste Sparsamkeit, möglichste Einfachheit usw. vor, der infolge der Kriegsverhältnisse auf dem Gebiete der Versorgung und des allgemeinen Lebens im Generalgouvernement strengste Beachtung finden müßte.

Der Herr Generalgouverneur schlägt vor, daß im Sinne der von ihm bereits in der Regierungssitzung vom 16.Dezember 1941 gegebenen Weisungen von Minister Dr. Rümelin zusammen mit Staatssekretär Dr. Bühler ein schärfster interner Diensterlaß ausgearbeitet werden solle.

22.1.1942

16^{00} B a u b e s p r e c h u n g im Grünen Zimmer der Burg.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Besprechung mit Dankesworten an die Erschienenen. Zweck der Besprechung sei, eine gewisse grundsätzliche Ordnung auf dem baulichen Sektor herbeizuführen. Weiter müsse man sich über die Methode der Verfügung über den Raum im gesamten Generalgouvernement zum Zweck der Vornahme von Bauten klar werden. Die einzelnen Zuständigkeiten müßten abgegrenzt werden, damit den Stellen, die kriegswichtige Bauten errichten müßten, die Innehaltung einer Gesamtplanung möglich sei. Für die nächste Zukunft könne aber nicht ernstlich an die Errichtung von nicht unbedingt kriegswichtigen Bauten gedacht werden. Gerade hier im Osten stehe man vor gigantischen geschichtlichen Anstrengungen; alle Arbeit müsse im Dienste des Krieges und des Sieges stehen.

Oberbaurat Stürzenacker hält ein Referat über:

Städtebau im Generalgouvernement

(s.Anlage)

Nach den an Oberbaurat Stürzenacker gerichteten Dankesworten nimmt der Herr Generalgouverneur das Wort: er geht davon aus, daß das Generalgouvernement bei der ganzen Ordnung und Planung im baulichen Sektor in der Herstellung von optisch erkennbaren Veränderungen der Außenwelt eine Art Zwischenstück darzustellen habe. Sowohl bei der Raumordnung wie bei der ganzen Planung des Bauens im Generalgouvernement seien folgende Gesichtspunkte zu unterscheiden:

Der erste sei das Verhältnis des gesamten großdeutschen Raumes zum Generalgouvernement und die Auswirkung dieser Interessenlage auf die Planungen in unserem Raum. So hänge z.B. die Frage der

Weichselordnung

3

22.1.1942

Weichselordnung, die Anlage großer Industrien, großer Wehrmachtsbauten und großer landwirtschaftlicher Anlagen davon ab, was das Reich im Generalgouvernement, mit dem Generalgouvernement und über das Generalgouvernement hinweg an großen kontinentalen Raumplanungen vorhabe. Hier müsse unbedingt der absolute Primat des Reiches vorherrschen. Was das Reich im hiesigen Raum vorhabe, lasse sich vielleicht nur in ganz groben Umrissen feststellen. Aber diese erste Interessenkombination Reich-Generalgouvernement sei für das Generalgouvernement eine Vorbelastung, die über all' seinem Planen auch in den kleinsten Orten liege. Bei den Planungen müsse man sich immer vergewissern, ob nicht das Reich hier etwas anderes vorhabe. Kurz und gut, die Planungen des Generalgouvernements seien als das Sekundäre gegenüber den Gesamtinteressen des Reiches in den Hintergrund zu rücken.

Sei im Einzelfall festgestellt, daß das Reich kein Interesse habe, dann käme einezweite Interessenkombination, nämlich die des Generalgouvernements als Totalität gegenüber den im Generalgouvernement liegenden Distrikten, Kreisen, Städten usw.. Hier müsse dann die Regierung des Generalgouvernements erklären: "Mein lieber Distrikt oder Kreis X, hier wird diese Anlage gebaut, bitte, richte Dich in Deinem örtlichen Bereich danach." Weiter werde dann der Distrikt gewisse Vorrangwünsche gegenüber den kleineren Gebieten geltend machen können.

Wenn man nun unter dem Gesichtspunkt dieser Stufenfolge die raumordnerischen Planungen betreibe, dann könne man im Generalgouvernement ohne Rücksicht auf die kommenden Vorhaben des Reiches bereits eine praktische Planung anstellen, jedoch immer im Hinblick auf die Notwendigkeit, Interessen des Reiches sofort in das Programm einbauen zu können. Das Generalgouvernement andererseits könne dem Reich auch Vorschläge unterbreiten, daß es aus Zweckmäßigkeitsgründen

22.1.1942

dies oder jenes im Generalgouvernement erstellen solle.

Als weiterer sehr ernster Gesichtspunkt trete dann der alte Gegensatz von Natur und Zweckmäßigkeit auf. Die Zweckmäßigkeit könne sich wenig oder gar nicht um die Natur kümmern. Es könne z.B. der Fall eintreten, daß gerade an einer der schönsten Naturstellen aus Zweckmäßigkeitsgründen ein Kraftwerk erstehen müsse. Die Planungen müßten also einer Bearbeitung daraufhin unterzogen werden, den Gegensatz von Kultur und Zweckmäßigkeit möglichst zu beseitigen.

Der dritte große Gesichtspunkt sei dann ein rein praktischer, nämlich die Möglichkeit, das Verhältnis des vorhandenen Bedürfnisses an Um- oder Neugestaltung des Raumes oder von Gebäuden in Einklang zu bringen mit dem Zeitbedürfnis und der jeweiligen örtlichen Situation. Dieser dritte Gesichtspunkt, die Auseinandersetzung mit Baumaterial, Transportfragen, Arbeitskraft könne erst nach Lösung der beiden ersten Fragen wirksam werden.

Diese drei Betrachtungsgruppen seien das Fundament, auf dem sich dann ein vierfacher Vorgang abspiele: die Vorplanung, die Planerstellung, die Entscheidung über die Verwirklichung und die Verwirklichung selbst.

Die Vorplanung, die auf die ersten zwei Gruppen noch nicht besonders einzugehen brauche, könne man zweifellos jetzt schon in Angriff nehmen. Man könne z.B. jetzt schon mit der Luftwaffe verhandeln, was sie an Friedensgarnisonen nach Krakau zu legen gedenke, oder mit der Reichsbahn über die Linienführung der Reichsautobahnen durch das Generalgouvernement. Viele Städteverwaltungen des Generalgouvernements seien bereits dabei, diese Gesichtspunkte klarzulegen.

22.1.1942

Die Planung selbst sei ein juristischer Vorgang: er stelle die Genehmigung des Generalgouverneurs zur Annahme eines bestimmten Stadtbauplanes oder Distriktsbauplanes dar.

Das dritte Stadium, die Entscheidung über die Verwirklichung, sei ein rein konkreter Vorgang: die Entscheidung, welche einzelnen Gebäude gebaut werden sollten.

Der vierte Gesichtspunkt sei das Abrollenlassen des Planes.

Zusammenfassend ergäben sich also die drei Kategorien: Wertvorrang, Untersuchung Natur - Zweckmäßigkeit und Untersuchung des technischen Vorgangs. Für die gegenwärtige Lage des Generalgouvernements ergebe sich daraus folgendes:

Das Generalgouvernement sehe sich bezüglich des Rangverhältnisses einem intensivierten Druck der Reichsbedürfnisse gegenüber. Gerade jetzt könne von einem Eigenleben des Generalgouvernements gegenüber den Reichsinteressen keine Rede sein. Diese Tatsache bringe aber etwas ganz Großes mit sich: Gerade infolge des Vorranges des Reiches und seiner Interessen, des Krieges und seiner Interessen werde im Generalgouvernement der Ausbau der Eisenbahnen, Straßen, Brücken, Truppenunterkünfte, Gefangenenlager, Notstellungen usw. vorwärts getrieben.

Die Fortführung der eigenen Bauten des Generalgouvernements hänge davon ab, ob und inwieweit man sie ohne Inanspruchnahme von Material aus dem Reich und sonstiger Belastungen des Reiches weiterführen könne. Hier könne man nur von Fall zu Fall die Entscheidung treffen.

Die Hauptaufgabe des Planens auf dem baulichen Sektor müsse für das Generalgouvernement zur Zeit also sein:

22.1.1942

1) eine vorsichtige Auskämmung der Probleme im großen Gesamtrahmen unter jeweiliger Berücksichtigung der Interessen des Reiches

2) die Fortsetzung jener bereits begonnenen Bauten, die ohne Materialschwierigkeiten und ohne Belastung des Reiches fortgesetzt werden können

3) die allenfalsige Aufnahme von Bauten, die das Reich dem Generalgouvernement aus der Kriegsnotwendigkeit heraus aufgeben müsse.

Die Regierung des Generalgouvernements müsse in Verbindung mit Präsident Bauder und Präsident Frauendorfer folgendes klarlegen: es sei nicht zweckmäßig, daß die Abteilung Raumordnung die ausschließliche Führung der Raumordnung innerhalb der Großstädte des Generalgouvernements habe. Die Federführung der Ordnung des Bauwesens in den fünf Distriktshauptstädten müsse den Stadthauptleuten, die selbstverständlich im engsten Einvernehmen mit der Abteilung Raumordnung zu handeln hätten, übertragen werden. In den übrigen Landesteilen sollte die Abteilung Raumordnung weiterhin die Entscheidungen treffen können. Die großen Gesamtplanungen z.B. des Baues von Straßen, des Flußausbaues usw. böten ihr ein umfangreiches Betätigungsfeld. Ein Stadthauptmann, der die gesamte Verantwortung für eine Stadt trage, müsse auch Einfluß auf die bauliche Gestaltung seiner Stadt haben.

Im übrigen sehe er nach wie vor in Präsident Bauder den obersten Sachwalter des Bauapparates im Generalgouvernement, besonders im Hinblick auf die Tatsache, daß dieser auch als Vertreter des Reichsministers Todt fungiere im Generalgouvernement.

7

22.1.1942

Für die Wehrmacht würden vollkommen eigene Gesetze gelten. Sie sei von den hier genannten Zuständigkeiten völlig unberührt. Er bitte sie aber, sich in das System des Generalgouvernements einzufügen. Soweit es sich um Bauvorhaben der Wehrmacht in den Distriktshauptstädten handele, sollte sie die Stadthauptleute davon rechtzeitig unterrichten. - Nach einer Entscheidung des Reichsmarschalls Göring werde in Krakau ein Luftgaukommando als Friedensgarnison eingerichtet.

Thema der heutigen Sitzung sei, mit der Vorplanung und Erstellung der Stadtbaupläne in Krakau, Warschau und Lemberg zu beginnen und weiter der Abteilung Raumordnung den Auftrag zu erteilen, in allen außerhalb der fünf Distriktshauptstädte liegenden Gebietsteilen des Generalgouvernements mit einer Vorplanung der Einteilung des Gesamtraumes zu beginnen. Er stelle dazu keine Fristen.

Präsident Bauder begrüßt die Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs, weil dadurch alle Fragen der Raumordnung und des Bauens im Generalgouvernement auf eine klare einheitliche Linie abgestellt seien. Es sei notwendig, daß die Stadtplanungen in irgendeiner konkreten Form begonnen würden, da sich auch kriegsnotwendige Bauten in einen Gesamtplan einfügen müßten. Er hält es weiterhin für zweckmäßig, wenn die Distriktschefs bzw. ihre Abteilungen Bauwesen Überlegungen über die ungefähre spätere Gestaltung ihrer Städte anstellen würden. Zu diesem Zweck sollten aber nicht überall im Interesse der Anspannung aller Kräfte für die Kriegsaufgaben große Planungskommissionen eingesetzt werden. Das Kriegsinteresse müsse immer im Vordergrund stehen, alle anderen Fragen seien sekundärer Art.

Die Eisenbahn und die Wehrmacht hätten weitgehende Pläne, die alle im Dienst des Krieges und des

22.1.1942

Sieges stünden, ausgearbeitet, die in die großen Städtebaupläne eingefügt werden müßten. Z.B. handele es sich bei der Wehrmacht um Bauprojekte im Werte von einigen hundert Millionen, bei der Eisenbahn um einen Wert von 100 Millionen, beim Straßenbau um 180 Millionen. Alle diese Pläne müßten im Interesse einer gesunden Entwicklung an einer Stelle bekanntgegeben werden. Die Verhältnisse seien im Generalgouvernement immer noch viel günstiger als im Reich, wenn auch die Kohlenfrage und die Transportverhältnisse große Schwierigkeiten bereiteten.

Präsident Bauder erklärt sich damit einverstanden, daß mit einer Vorplanung begonnen wird, und daß die gesamten Bauvorhaben in seiner Hauptabteilung zusammenlaufen sollten.

Präsident Frauendorfer erklärt, daß seine Hauptabteilung mit allen Stellen, vor allem auch mit der Wehrmacht, bisher eng zusammengearbeitet habe; es wäre aber gut, daß im gemeinsamen Kreis eine grundsätzliche Linie erörtert werde. Seine Abteilung habe bereits im November vorigen Jahres eine sorgfältig überlegte neue Bauordnung vorgelegt, zu deren Abfassung die Reichsbauordnung als Vorbild gedient habe.

Die Hauptabteilung Arbeit habe bereits zahlreiche Städtebaupläne fertiggestellt. Die Planung sei schon soweit gediehen, daß man jederzeit mit der Verwirklichung beginnen könne.

Oberregierungsrat Dr. Schepers begrüßt in seinen Ausführungen die Festlegung der Marschroute in Form des vom Herrn Generalgouverneurs erteilten Auftrags einer Vorplanung. Es sei nicht beabsichtigt, in dieser Zeit große Bauten zu beginnen, sondern es müsse sich darum handeln, das Wort "Planung" als eine doppelte Arbeit verhindernde sinnvolle Konzentra-

tion anzusehen. Die bisherigen Aufgaben des Amtes für Raumordnung seien vornehmlich auf dieses Ziel ausgerichtet gewesen, auch die in den Bereich des Städtebauers sich hineinerstreckenden Überlegungen stünden unter diesem übergeordneten Grundsatz. Von dieser klaren Marschroute verspreche er sich im Interesse des Reiches viel. Schon jetzt im Stadium der Vorplanung ergäben sich bei Festlegung einer "Zentralen Note" im Generalgouvernement ganz bestimmt Notwendigkeiten, die eine gewisse Vorabentscheidung verlangten.

Stadthauptmann Pavlu begrüßt die Klarstellung der Zuständigkeit bei der baulichen Gestaltung der Städte. Sie entspreche den Wünschen der Stadthauptleute, die für den totalen Sektor ihrer Stadt verantwortlich seien.

Daraufhin trifft der Herr Generalgouverneur folgende Anordnung:

> Die Vorplanung, mit dem Ziel einer regierungsseitig zu genehmigenden endgültigen städtebaulichen und landordnenden Planung, ist sofort in Angriff zu nehmen. Sie ist federführend unmittelbar zu leiten in den Distriktshauptstädten vom Stadthauptmann und in dem nicht zum Stadtgebiet einer Distriktshauptstadt gehörigen übrigen Land von der Abteilung Raumordnung in der Regierung des Generalgouvernements. Diese Vorplanung hat zu beinhalten einen nach den in der heutigen Sitzung gegebenen Gesichtspunkten zu erstellenden allgemeinen Richtungspunkt für die städtebauliche und raumordnende Gestaltung im Generalgouvernement.

10

22.1.1942

Aufgrund dieser Anordnung bestehen also, wie der Herr Generalgouverneur zum Schluß nochmals betont, 6 Zuständigkeiten, und zwar die der Abteilung für Raumordnung und der 5 Distriktshauptleute der Distriktshauptstädte.

Nach dem Wunsch des Herrn Generalgouverneurs sollen aufgrund der besonderen Bedeutung der Planungsfragen im Generalgouvernement regelmäßig Aussprachen über diese Themen stattfinden. Für die nächste Sitzung, die er für Mitte März ansetzen werde, solle der Stadthauptmann von Krakau Pavlu nach vorheriger Abstimmung mit allen beteiligten Stellen, insbesondere mit der Wehrmacht und der Bahn, die Ergebnisse der Vorplanung für das Gesamtgebiet der Stadt Krakau vorlegen und erörtern. Eine besondere Bedeutung komme hierbei den Plänen zur Erstellung der notwendigen Einrichtungen des L.G.K. VIII zu, die Oberstleutnant Giese auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs Stadthauptmann Pavlu unterbreiten will.

19^{00} A b e n d e s s e n .

20^{00} Besuch des Herrn Generalgouverneurs im Staatstheater anläßlich der Erstaufführung der Tragödie "Nero und Agrippina" von Georg Schmückle.

Anschließend Fahrt nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Anwesenheitsliste

für die Bau-Sitzung

am 22. Januar 1942

im Grünen Zimmer der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Raul		
Boeffle		
[illegible]	Oberstlt.	F.O. Heer z. M.Y.
[illegible]	Obstlt. Ing.	Insp. der OFK Krankenw.
Dazur	Major	Lw Vo d. Gg.
[illegible]	Oberstlt. i. G.	Chef der Stabes d. G. K. VIII.
[illegible]	Kriegsverwaltungsdirektor	Lgk VIII - Kontrolle
[illegible]	Reg. Baurat	Lgk VIII Kontrolle
Erhardt	Oberregbaurat	H.A. Bauwesen / Abt. Hochbau
[illegible]	[illegible]	Hauptabteilung Bauwesen
[illegible]	"	Arbeit
[illegible]	Stabsapothekerin	" "
[illegible]	OKH	Amt f. Kriegsverwaltung

KW. 13. 41. 4756

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Kohr		Rauminspektion 8. Stockt
Abb	Rechnungsrevisor	Rech Abt
Stadt	Asst.	Bauamt Stadt
Haas	Regierungsbaumeister	Bauabteilung
Hofer	Oberbaurat	Bauabteilung
Lassinger	Stellv. Oberbaurat	—

Anlage

Städtebau im Generalgouvernement.

Wie alle Gebiete der menschlichen Betätigung und insbesondere die Kunst, kennt auch die Stadtbaukunst, das ist also die künstlerische Bewältigung aller materiellen und zweckgebundenen Erfordernisse eines Stadtorganismus, Hoch- und Tiefpunkte. Die Betrachtung ihrer inneren Zusammenhänge mit den Formen der äusseren Organisation, gibt uns Grundlagen für einen angestrebten Neuaufbau.

Eines ist hierbei in erster Linie festzustellen:
Der erfolgreiche, ganze Zeitalter befruchtende stadtbaukünstlerische Ausdruck grosser Epochen, also des klassischen Hellas und des klassischen Rom, die grossen Schöpfungen der Barbarossazeit, die feinsinnigen Neugestaltungen der Renaissance in Italien und schliesslich die von eigenwilligen Gestaltungsideen geformten Städte des Barock sind immer an eine unabdingbare Voraussetzung gebunden gewesen, nämlich, sie waren Gegenstände unmittelbarer landesherrlicher Einflussnahme, waren Willenskundgebungen und Willensbestätigungen eines, wenn auch im Einzelfall nur in kleinem Rahmen wirkenden, Staatsführers, dessen staatsmännische und künstlerische Grösse ja nicht an die Grenzen eines engen Bezirks gebunden sein muss.

Diese in Zeitanschauungen und juristischer Konstruktion gegebenen Voraussetzungen wurden in ihrer praktischen Auswirkung neben einer sachlichen Zwecksetzung von den schöpferischen Staatsführern als Akt staatlicher und hoheitlicher Repräsentation betrachtet mit allen hierfür in Frage kommenden Konsequenzen.

Diese Konsequenzen waren Einheit von Planung und Durch-

führung unter unmittelbarer, oft bis ins Detail eingreifender Beaufsichtigung sogar Führung durch den Fürsten. Dabei ist nicht etwa ausschliesslich an die Residenzen, Schlösser, Erweiterung bestehender Städte usw. zu denken; wir verdanken dieser Einheit von Willen, Plan und Tat die grossartigsten Schöpfungen abendländischer Stadtbaukunst überhaupt. Dabei ist es ganz gleichgültig, in welche geographische oder geschichtliche Region wir unseren Blick lenken. Die deutsche Ostsiedlung unter Männern, wie den Grossmeistern des Deutschen Ordens, die Schaffung ausgesprochenster Typen einer 5 Jahrhunderte später lebendig gewordenen Stadtbaukunst der Renaissance oder des Barock, wie Mannheim und Karlsruhe, wie Rastatt, Ludwigsburg, Ludwigslust, Rheinsberg und noch viele andere mehr, sind aus dieser geistigen Gesamthaltung heraus erwachsen.

Selbst dann, als im Anschluss an die französische Revolution eine Verflachung des monarchischen Gedankens eintrat, blieb die bis dahin durch Jahrhunderte traditionell gewordene Anständigkeit der Gesinnung in der Stadtplanung noch wirksam, bis allmählich der künstlerische Einfluss der letzten Schüler des Klassizismus - ich denke dabei an Männer wie Sepmer, Hübsch, Eisenlohr, Stier - erlosch. Und damit stehen wir an der Schwelle eines beschämenden, traurigen, städtebaulichen Zeitalters. Von einer stadtbaukünstlerischen Epoche kann nun nicht mehr gesprochen werden. Wir stehen nämlich an der Schwelle der Gründerjahre.

Preussen hat diese Periode mit einem für die damalige Zeit als enorm fortschrittlich betrachteten Gesetz eingeleitet, einem Gesetz, dessen Fortschrittlichkeit allerdings so gross war, dass andere deutsche Bundesstaaten nur sehr langsam und zögernd folgten, nämlich mit dem preussischen Fluchtliniengesetz. Man begann nun wahrscheinlich unter dem Druck wohnungspolitischer Notwendigkeiten eine sinn-, ziel- und planlose Erweiterung

aller Grosstädte zu projektieren, man begnügte sich damit, Strassen abzustecken und sie am laufenden Band zu bebauen, während auf der anderen Seite der Bauschwindel in allen damals stark gewachsenen Städten blüte. Wenn man nach Symbolen sucht, so kann man wirklich in der Hässlichkeit der damals entstandenen Stadtquartiere ein Symbol für die Erbärmlichkeit der geschäftlichen Methoden erkennen.

Der Führer hat die Notwendigkeit, auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen, längst erkannt. Es entspricht seiner Methode einer organischen Durchdringung politischer und gestiger Materien, dass er mit dem Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte Anfänge für eine völlige Neuausrichtung des künftigen Städtebaus geschaffen hat, mit einem Gesetz, das in jeder Weise anders aussieht, als alle Entwürfe von Städtebaugesetzen, über die die Fachwelt vor dem Jahre 1933 jahrelang diskutiert hat.

Was ist nun, von der ganzen juristischen Problematik abgesehen, das wesentlich Neue, das dieses Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte bringt ?
Es ist die Tatsache, dass in den Städtebau wieder das Wirksamwerden eines gestaltenden Bauwillens eingeführt wird, der sich in der Person des Neugestalters personifiziert. Damit ist mit einem Schlage für die bedeutendsten Schnittpunkte planerischer, kultureller, raumordnerischer und wirtschaftlicher Kraftlinien die Initiative und die Executive dem Machtbereich eines annonymen Büro- und Körperschaftsbetriebs entzogen und wiederum in die Hand des Staatsführers gelegt. Es ist in diesem Zusammenhang unerheblich, ob der Führer die Aufsicht in jedem Fall selbst ausübt, oder mit ihrer Ausübung einen Mann seines Vertrauens beauftragt. Wichtig ist, dass das Wirksamwerden eines lebendigen Willens durch die Schaffung personengebundener Kraftlinien sichergestellt ist.

Diese Erkenntnis muss der Ausgangspunkt für jeden Versuch einer Neuordnung städtebaulicher Arbeit sein, auf fremder

Erde und zwischen fremdem Volkstum, wo wir deutsches Wesen zur Geltung bringen wollen, noch viel mehr als dies in der Heimat der Fall ist. Damit komme ich zu der Erörterung derjenigen Aufgaben, die uns hier vor allem interessieren. Die hier im Generalgouvernement vorliegenden städtebaulichen Aufgaben sind von einer zunächst noch nicht vollständig übersehbaren Vielfältigkeit. Sie sind ohne Zweifel in vertikaler und horizontaler Richtung nach den verschiedensten Gesichtspunkten zu unterteilen: Raumordnerische, wirtschaftliche, politische, geographische, verkehrstechnische und nicht zuletzt historische Gesichtspunkte rücken hier in das Blickfeld des Planers. Hinzu kommen Momente, die ich, obwohl sie politischer Art sind, noch besonders hervorheben möchte, sicherheitpolitischer Natur; es spielen weiter hinein soziale Momente und konfessionelle Rücksichten. Weiterhin muss in den Rahmen der Betrachtung der Gesichtspunkt des völkischen Brauchtums eingeschlossen werden. Die Daseins- und Wohnbedingungen sind bei der völkischen Aufspaltung der Einwohnerschaft des Generalgouvernements von grosser Bedeutung.

Dann werden wir als vertikale Gliederung eine Unterteilung ~~eines~~ des stadtbaukünstlerischen Aufbaus nach dem Umfang der vorgefundenen Tatbestände, also nach Grösse, traditioneller Gebundenheit, nach dem baulichen und baukünstlerischen Bestand vor allem zu suchen haben. Man sieht also schon aus dieser kurzen Aufzählung, wie beinahe unübersehbar die Kraftlinien sind, die sich allein schon in der ersten Flächenaufteilungsskizze einer Stadt von 2o oder 5o.ooo Einwohnern durchschneiden und überschneiden. Dieser erste Flächenaufteilungsplan ist aber, wenn ich einen Vergleich aus der Natur bringen will, ein embryonales Gebilde, dem man in keiner Weise ansehen wird, was alles aus ihm werden kann, werden soll, werden muss. Eines aber wird man diesem Urgebilde bereits ansehen können, nämlich, ob das, was aus ihm hervorgehen soll, ein Krüppel wird,

oder ob die Voraussetzungen für das Werden eines organischen Gebildes gegeben sind, das auch die Voraussetzungen für den Niederschlag einer anständigen Gesinnung der künftigen Erzieher, also der Städtebauer, in sich birgt. Das sind Zusammenhänge, die man in keiner Weise durch gesetzliche Vorschriften regeln kann. Gesetzlich geregelt werden kann nur ein stufenförmig organisierter Ablauf des städtebaulichen Geschehens, der in jeder Weise die Voraussetzung für die Entfaltung persönlichkeitsbedingter, künstlerischer Kräfte schafft. Nun wird der moderne Städtebauer einwenden wollen, dass Städtebau heute weniger denn je eine künstlerische Angelegenheit sei. Das stimmt aber nicht. Gewiss sind der stadtplanerischen Gestaltung bestimmte Grenzen in der harten Wirklichkeit gezogen, die den stadtbaukünstlerischen Tendenzen hemmend, oft sogar durch die Personen, die sie vertreten, feindlich gegenüberstehen. Die Aufgabe und das Geschick des Stadtplaners verlangt, dass er die Erfordernisse der Wirklichkeit in einer Weise seiner grundlegenden, stadtbaukünstlerischen Idee unterordnet, die die Benachteiligung irgendeines einzigen praktischen Erfordernisses ausschliesst. Der Grad der künstlerischen Vollendung wird daran zu ermessen sein, in welchem Umfang es gelingt, die künstlerische Grundidee zur Entfaltung zu bringen.

Woraus aber entspringt die stadtbaukünstlerische Idee im einzelnen ? Bei einer Neugründung wird man sagen können, die raumgebundene Landschaft gibt den Gedanken, dessen Verwirklichung durch Jahrhunderte die Grösse des Stadtschöpfers dokumentiert. Als eines der bedeutendsten Beispiele sei Schwetzingen genannt, das im allgemeinen sehr wenig beachtet wird, eine Kleinstadt, ausgezeichnet nur durch ein Kurfürstliches Schloss, mit einem ungeheueren Sinn für Repräsentation, jedoch axial ausgerichtet zwischen den bedeutendsten Bergen, die in dieser Breite den Rand der Rheinebene markieren, nämlich dem Königsstuhl bei Heidelberg und der Kalmit in der Hardt.

Solche Aufgaben sind jedoch äusserst selten. Ob wir sie hier im Generalgouvernement ein einziges Mal erleben werden, steht noch dahin. Die Masse der städtebaulichen Aufgaben wird resultieren aus der Masse Klein- und Mittelstädtischer Erweiterungen. Die Spitzenaufgaben werden nur einige wenige Städte, in erster Linie aber Krakau stellen.

Jede Stadt, auch die kleinste, mitunter sie vor allem, ist eine ausgeprägte Individualität, gestaltet durch den Raum, den sie ordnet, und an den sie gebunden ist, durch die Menschen, die sie bewohnen, und durch die Persönlichkeiten, die ihr Gestalt gaben. Es ist also unmöglich, selbst bei dutzenden sachlich gleichgelagerter Aufgaben schematisch zu verfahren. Einfühlung in die raumgebundene und landschaftlich bedingte, im letzten Ende aber baulich gestaltete Individualität, also das intuitive Erfassen, kaum ausdrückbarer und oft nur gefühlsmässig zu begreifender Strömungen, die mancher schon beim ersten Gang, ein anderer aber niemals erfasst, sind die unwägbaren geistigen Einsatzpunkte des städtebaulichen Schaffens.

Jede Stadt spricht zu ihrem Beschauer, wenn er ihre Sprache versteht. Eindringlich und freundlich meist die Kleinstadt, gewaltig und imponierend die Grosstadt, wenn sie in dem mechanisierten Betrieb der modernen Zeit ihre Persönlichkeit, ihre Individualität gewahrt hat. Es ist von ausschlaggebender Bedeutung für das Gelingen jedes städtebaulichen Schaffens, dass der Träger des städtebaulichen Gestaltungswollens ganz ohne Rücksicht darauf, wie tief er in die Planung eingreift, diese Dinge erspürt, in sich aufnimmt und in sich schöpferisch wachsen lässt. Dann wird es möglich sein, dass zwischen ihm und seinem Planer jene Atmosphäre schöpferischer Vertrautheit entsteht, die die Grundlage aller grossen Werke auf dem Gebiet der Stadtbaukunst gewesen ist. Andererseits jedoch ist klar, dass das Einfügen solcher, auf dem Gebiet des künstlerischen Schaffens liegender Bereiche in den Betrieb einer immer irgendwie annonymen und amprphen Bürokratie ein Hemmnis

für die Gestaltwerdung grosser, künstlerischer Ideen ist.

Wir stehen hier jedoch auf einem Boden, der uns mehr verpflichtet, als die Heimaterde. Wir stehen in einem Gebiet, dem deutscher Geist und deutsches Schaffen bis in seine äussersten Ausläufer hinaus Ausrichtung und Gestalt gegeben haben. Die Aufgaben, die vor uns liegt, verlangt von uns, dass wir ein Werk schaffen, von dem eine nach uns kommende Zeit bedingungslos eingestehen muss, dass es dem, was deutsche Geschlechter vor uns in diesem Raum geschaffen haben, gleichkommt, wenn es uns schon nicht möglich sein sollte, Besseres zu leisten.

Das wäre zunächst allgemein über die grundsätzliche Ausrichtung zu sagen, unter der künftig der Städtebau im Generalgouvernement vor sich gehen müsste. Im einzelnen werden als besonders hervortretende Fälle in Zukunft eine Rolle spielen,

Krakau, Warschau, Lemberg, Jaroslau, Sandomir,
das Städtepaar Alt- und Neu-Sandez, Pulavi,
Demblin, daneben eine Reihe zentraler Orte,
darunter Lublin und Radom.

Es würde natürlich zu weit führen, und es ist auch noch verfrüht, über die Entwicklungslinien, die sich im einzelnen abzeichnen werden, etwas zu sagen.

Einigermassen eindeutig dürfte die Entwicklung Krakaus verlaufen. Durch seine Funktion als Hauptstadt des Generalgouvernements sind dieser Stadt entwicklungspolitische Dominanten gegeben, die einmalig sind. Der nationalsozialistischen Weltanschauung entspricht es, dass man in diesem politischen Zentrum nicht nur den Sammelpunkt ausschliesslich politischer Kraftlinien sieht, sondern dass hier auch die Ausrichtung des ganzen Generalgouvernements in sozialer, wirtschaftlicher und sonst wie kultureller Beziehung erfolgt.

Der absolute Mittelpunkt all dieser geistigen Ausrichtungen ist wiederum unserer Staatsauffassung entsprechen die Burg. Sie aber ist in keiner Weise städtebaulich gefasst, lediglich der Westring zeigt einen schwächlichen Versuch, die Burg mit der Stadt in einen losen Verband zu bringen. Die städtebaulichen Erfordernisse mögen sein, wie sie wollen, sie müssen alle unter dem Gesichtspunkt gelöst werden, dass Krakau das einzige und grossartige Repräsentationszentrum des neuen Grossdeutschen Reiches im Osten zu sein hat. Diesem Gedankengang hat sich alles städtebauliche Geschehen unterzuordnen und aus diesem Gedankengang heraus wird sich eine stadtbaukünstlerische Konzeption entwickeln lassen, die sich durchaus mit den modernen Erfordernissen der städtebaulichen Praxis in Einklang bringen lässt. Es würde zweifellos zu weit führen, wollte man in diesem Rahmen über diese Andeutungen hinausgehen. Die Entwicklung dieses Gedankenganges bedarf auch, wenn man ihn in eingehender Weise zur Diskussion stellen will, einer Klarstellung und Erläuterung durch Plan und Zeichnung.

Ich komme nun auf die Organisation der städtebaulichen Praxis zu sprechen, wie sie hier im Generalgouvernement am Platze sein dürfte. Ich muss hierüber sprechen, weil in der hiesigen stadtplanerischen Praxis eine ganze Reihe von Voraussetzungen fehlen, die im Reich selbst zu den absoluten Selbstverständlichkeiten gehören; vor allen Dingen liegt das Plan- und Kartenwesen, wie ich durch persönlichen Augenschein und durch Besprechungen mit Vermessungsfachleuten festgestellt habe, sehr im argen. Ohne ein geregeltes Plan- und Kartenwesen ist jedoch eine planerische Praxis nicht aufzubauen. Ich muss deshalb etwas ausführlicher über diesen Punkt sprechen

Die planerische Praxis sowohl in der Raumordnung als auch im Städtebau erfordert den stufenweisen Aufbau des Plan- und Kartenwesens und des Planungsvorgangs selbst.

Ich wähle hier eine Reihe von Bezeichnungen für die Planungs-

stufen, die in der Diktion des Reiches teils nicht üblich, teils auch keine fest umrissenen Begriffe sind. Für den hiesigen Aufbau jedoch, der von einer ganz anderen Basis aus zu entwickeln ist, sind feststehende Begriffe für die einzelnen Planungsstufen erforderlich.

Als V o r s t u f e erschein zunächst der Stadtbestandsplan, der Ausgangspunkt und Grundlage des Planungsvorgangs werden muss. Dieser Plan selbst muss zum mindesten im Masstab 1 : 5000 gezeichnet sein, kann jedoch zur Darstellung grossräumiger Einflüsse durch eine Reihe anderer Karten in kleinerem Massstab ergänzt werden. Jedenfalls muss aus dem Gesamtwerk des Stadtbestandplans folgendes ersichtlich sein:
Die Raum- und Landschaftsbezogenheit, die bestehende Fluchtlinien, bestehende Aufteilung, besondere Baudenkmale, Eigentumsgrenze, Bauhöhen, Bevölkerungsstruktur, Verkehrsdichte, Wohndichte usw. was alles eben zu den Grundlagen der Planung gehört.

Als I. Planungsstufe wäre dann der Stadtflächenplan zu betrachten, dessen Wesen mit dem gleichzusetzen ist, was man im Reich unter Flächenaufteilungsplan versteht. Er kann in kleinerem Massstab gehalten werden, nämlich 1 : 10 000 und muss die gesamte räumliche Disposition des künftigen Stadtkörpers in grossen Zügen erkennen lassen.

Als II. Stufe ebenfalls im Massstab 1 : 5 000 würde der Stadtbaugrundplan zu bezeichnen sein, der über die räumliche Gesamtdisposition der Stufe I hinaus den Zug der Strassen, Plätze, Bauflächen usw. erkennen lässt.

Nunmehr kommt als Stufe III der wichtigste Plan, der Stadtbauhauptplan im Massstab 1 : 2 500 . Er enthält Fluchtlinien, Bebauungstiefe, Nutzungsgrad, Grundstücksgrenze, Bauweise, Bauzonen, in einzelnen Teil-Blättern, auch Kanalisation, Gas, Wasser, Kraftleitungen usw. Was jedoch das Wichtigste ist, dieser Plan muss gesetzliche Grundlage für die

Bebauung, für die Stadterweiterung usw. werden. Dieser Stadtbauhauptplan, der im Reich in dieser Form zwar bekannt, aber kein festumrissener Begriff ist, wird im allgemeinen als ausreichend für die Beurteilung der Gestaltung einer Stadt betrachtet.
Diese Auffassung ist m.E. ein grosser Irrtum. Will man die Ausprägung eines klaren Willens im Städtebau sicherstellen, so muss die Überwachung bis in die Gestaltung der städtebaulichen Einzelzellen, des Hauses, vordringen. Die Fluchtlinie ist nämlich nicht der Weisheit letzter Schluss. Sie kann die Grundlagen für eine gute Entwicklung haben, so kann auch für alle Zukunft sehr viel verderben. Sie ist juristisch gesehen keine Muss-Vorschrift, sondern eine Kann-Vorschrift. Ich darf sie nicht überschreiten, ich muss aber auch nicht unbedingt an Sie herangehen, wenigstens unter bestimmten Voraussetzungen nicht. Die Fluchtlinie wird mir niemals die Grundlage für die Grundform des Hauses geben, sie wird niemals die Möglichkeiten einer städtebaulichen Massengruppierung ohne weiteres erkennen lassen. Sie ist und bleibt infolgedessen ein erstes Hilfmittel für die bauliche Ausrichtung.

Wir benötigen deshalb noch eine IV. Planungsstufe, den städtischen Generalbauplan, der Lage und Grundform der Bauten, Zweckbestimmung, Grünanlagen, Bewuchs usw. bis in die Einzelheiten hinein bei einem Masstab von 1 : 1000 erkennen lässt.
Bis hier hin hat sich das Planen nur in zwei Dimensionen vollzogen, wenn auch zweifellos der Planer mit der Horizontalprojektion immer ~~nur~~ auch eine räumliche Vorstellung, eine raumordnerische Vorstellung vielmehr, verbinden wird. Die 3. bis jetzt in den Plänen fehlende Dimension aber ist es, die späterhin die städtischen Räume viel massgebender bestimmt, als die horizontale Fläche, denn diese 3. Dimension ist es, die den Blick auffängt, leitet, ruhen lässt, oder von Objekt zu Objekt jagt, die jedenfalls dem menschlichen Auge, den ästhetischen Eindruck des Geschaffenen vermittelt.

Man muss also auch diese Entwicklungsrichtung der Stadtbaukunst lenken und überwachen können und hierzu benötigen wir als Stufe V den städtischen Raumgestaltungsplan. Er mus s eine Skizzierung der Raummassen enthalten und muss die Massengestaltung und Massengliederung erkennen lassen. Selbstverständlich können bei diesem Plan, der im Massstab 1 : 500 gehalten sein muss, irgendwelche schematischen Vorschriften nicht mehr gemacht werden. Er wird sich im allgemeinen auch nicht auf ganze Stadtkomplexe, sondern nur auf Einzelerweiterungen erstrecken können. Es wäre aber falsch, zu versuchen, eine Stadterweiterung und wäre sie auch noch so klein, nur etwa über diese V. Planungsstufe zu entwickeln, ohne den ganzen hier stufenweise festgelegten Ablauf des Planungsgedankens durchschritten zu haben.

Ich würde es für verfehlt halten, wenn man im gegenwärtigen Zeitpunkt schon einen solchen Aufbau in Form städtebaulicher Vorschriften festlegen wollte, um damit ~~ohne~~ ein Schema zu schaffen, dessen Bewährung in seiner Anwendung auf die hiesigen Verhältnisse noch nicht feststeht. Man wird erst an einzelnen Objekten die nötigen Erfahrungen sammeln ~~und~~ müssen dann späterhin für das Gesamtwerk eine weitere Aufbaubasis zu schaffen. Alles, was jetzt im Augenblick getan werden kann, aber auch getan werden muss, ist, eine grundsätzliche Vorbereitung dafür zu treffen, dass in dem Augenblick, wo die städtebaulichen Aufgaben tatsächlich beginnen, die Basis dafür vorhanden ist, dass der gesamte Städtebauliche Apparat einwandfrei funktioniert.

Man wird schliesslich noch fragen können, welche Ansatzpunkte für eine städtebauliche Entwicklung überhaupt gegeben sind. Meiner Auffassung nach sind die Aussichten auf dem Gebiet des Städtebaus im Generalgouvernement gewaltig. Sie werden nach Art und Umfang der Probleme zweifellos grösser und interessanter sein, als in einem gleichgrossen Gebiet des Altreichs. Aus folgenden Gründen nämlich:

1) Das städtebauliche Ausgangsniveau im Osten, also in unserem Gebiet, liegt um einige Grade tiefer, als dasjenige

des Altreichs. Es entspricht dem deutschen Grundcharakter und unserer aufs Totale gerichteten Weltanschauung, uns mit derartigen Tatbeständen nicht ohne weiteres abzufinden. Schon allein aus deutscher Geisteshaltung und deutschem Wesen heraus wird also hier ein Impuls lebendig werden, der eine weitaus grössere Betätigung zulassen wird, als im Reich. Damit aber bezeichne ich lediglich die auslösende Kraft, die einen Ausgangspunkt bildet.

2) Der nach jedem Krieg erforderliche Wiederaufbau, neue binnenwirtschaftliche Funktionen der einzelnen Orte, Anstösse von Aussen, die mit der künftigen räumlichen Einordnung und der zweifellos zu erwartenden kontinentalen Funktion unseres Raumes zusammenhängen, werden weitere reale Einsatzpunkte liefern. Die Ausrichtung des Raumes auf das Reich im Sinne einer ernährungspolitischen und industriellen Ergänzungswirtschaft, die damit zusammenhängende deutsche Ansiedlung und nicht zuletzt das hier zu erwartende Bevölkerungswachstum sind Aufbaukomponenten, die zusammen mit den zuerst genannten Momenten ausserordentlich günstige Aspekte erwarten lassen.

Diese optimistische Einstellung der Möglichkeiten eines künftigen Städtebaus gegenüber darf jedoch nicht veranlassen, uferlos zu planen, denn trotz der grossen politischen und wirtschaftlichen Machtentfaltung, die die gegenwärtige Entwicklung wahrscheinlich erscheinen lässt, werden unsere Hilfsmittel im Einzelfall wegen der grossen Fülle der Aufgaben, die uns gestellt sind, beschränkt bleiben. Der Krieg kann ausgehen, wie er will, die Lage am Arbeitsmarkt und am Materialmarkt wird immer eine äusserst angespannte bleiben. Man wird also auch hier eine Stufung der Aufgaben nach Dringlichkeit ins Auge zu fassen haben, wird die Planungen mit einer solchen Begrenzung durchführen müssen, dass ihre Durchführung im Bereich des Möglichen bleibt.

Der Einsatz des wirklichen Planens wird nach dem Kriege

b.w.

erfolgen. Den Gedanken der Vorbereitung dieses plan
Einsatzes schon heute zu verwirklichen, dürfte eine
naheliegende Aufgabe sein.

Krakau, den 16. Januar 1942.

St/Wn.

IV/9

Krakau

Freitag, den 23.1.1942

12^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

12^{35} Besprechung mit Staatsanwalt Dr. Meidinger.

15^{20} Besprechung mit Pressechef Gassner.

Den Gegenstand der Besprechung bildet die Redigierung einer Presseveröffentlichung über die Ernennung des Gouverneurs Dr. W ä c h t e r zum Distriktsgouverneur von Galizien.

16^{40} T e e - Empfang aus Anlaß des Besuchs des italienischen Hauptschriftleiters Malaparte beim Generalgouverneur.

An dem Empfang nehmen teil die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, Gesandter von Wühlisch, Gouverneur Dr. Wächter, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, NSKK-Obergruppenführer Höfle, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner, Intendant Stampe, Schriftleiter Stöckmann.

19^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

20^{00} Aufführung des Shakespeare'schen Lustspiels:

"Was Ihr wollt."

23^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Hauptbahnhof Krakau nach Warschau.

/9

Warschau

Sonnabend, den 24.1.1942

Sonntag, den 25.1.1942

Montag, den 26.1.1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Warschau.

Montag, den 26.1.1942

18^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Gouverneur Dr. Fischer und Amtschef Dr. Hummel.

Krakau

Dienstag, den 27.1.1942

9^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

9^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

$1o^{20}$ Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

15^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

Krakau

Mittwoch, den 28.1.1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

10^{55} Fahrt des Generalgouverneurs zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

11^{10} Feierliche Eröffnung der Ausstellung des "Hilfswerk für deutsche bildende Kunst" in den neuen Räumen des Instituts für Deutsche Ostarbeit.

Nach einem von einem Quartett des Theaterorchesters vorgetragenen Musikstück begrüßt Bereichsleiter Ollesch die zu der Feier erschienenen Gäste von Partei, Staat und Wehrmacht. Er führt aus, daß die NSV - anders als sonst - nunmehr als Veranstalterin einer Kunstausstellung an die Öffentlichkeit trete. Als jüngstes Glied der kulturellen Pflegearbeit sei das Hilfswerk 1936 in den Rahmen der NSV-Arbeit aufgenommen worden. Er danke allen am Zustandekommen dieser Austellung Beteiligten, vor allem dem Direktor des Ostinstituts Dr. Coblitz für ihren Einsatz. Die ausgestellten Kunstwerke seien als ein Stück Heimat zu betrachten, das zu den Deutschen ins Generalgouvernement gekommen sei.

Professor Schweitzer-Mjölnir gibt einen kurzen Überblick über die Grundsätze, nach denen der Führer auch die Kunst in Deutschland einer Läuterung unterzogen habe. Verantwortungsbewußtsein, Wahrhaftigkeit und Charakter seien die Haupteigenschaften des wirklichen deutschen Künstlertums. So sei es denn auch gelungen, der Schändung der Farbe und Auflösung der Formen Einhalt zu gebieten. Die Kunst sei heute eine Sache der Gemeinschaft aller Deutschen. Das Wirken in die breite Öffentlichkeit zu unterstützen, sei ebenfalls die Aufgabe des "Hilfswerk für deutsche bildende Kunst". Hier herrsche nicht das Almosenprinzip einer überlebten Auffassung für Künstler,

sondern der schaffende deutsche Künstler helfe sich selber durch seine im Kunstwerk dokumentierte Leistung. Andererseits würden zugleich breite Massen kunstliebender Volksgenossen an die Ausstellung herangeführt. Damit werde der Dienst an der Kunst auch zum Dienst an der Nation.

Generalgouverneur Dr.Frank hält hierauf folgende Ansprache:

Ich danke meinem alten Parteigenossen Mjölnir, daß er persönlich hierher gekommen ist, um diese Kunstausstellung zu eröffnen; ich danke allen Beteiligten, die es ermöglichten, daß diese einzigartige künstlerische Demonstration der Kraft des deutschen Geistes hier in Krakau, in der Hauptstadt des Generalgouvernements, gezeigt werden kann.

Was uns in diesem Augenblick bewegt, ist Vieles: zunächst einmal das Bekenntnis, daß auch das Generalgouvernement die Sendung besitzt, sich der deutschen Künstlernot anzunehmen. Wir müssen hier in ganz großem Umfange mithelfen, daß das deutsche künstlerische Schaffen durch Sicherstellung eines Absatzes, einer verständnisvollen Abnahme der künstlerischen Werke über den Krieg hinweg stark und schöpferisch erhalten werden kann. Zu diesem Zweck richte ich das Ersuchen an sämtliche Behörden und Dienststellen von Partei, Staat und Wehrmacht im Generalgouvernement, dafür zu sorgen, daß diese Ausstellung ausverkauft wird. Sie wird einige Wochen hierbleiben. Für die Künstler müßte es ein kränkendes Empfinden sein, wenn auch nur ein einziges Kunstwerk hier nicht abgenommen werden würde. Ich werde die Hauptabteilung Finanzen in der Regierung des Generalgouvernements/ermächtigen/ die Mittel zur Verfügung zu

stellen, um hier An- und Aufkäufe vorzunehmen.

Das zweite aber ist, daß durch diese Ausstellung betont werden soll, daß innerhalb des Schaffens der Dienststellen des Generalgouvernements das künstlerische Prinzip in der praktischen Tätigkeit des Verwaltens, Ordnens und Werteschaffens in Erscheinung tritt. Hier kann ich Ihnen, Parteigenosse Mjölnir, einen Hinweis geben: schauen Sie z.B. die Briefmarken des Generalgouvernements an. Ich freue mich über jede Marke, wenn ich sie sehe. Diese Briefmarken sind ein stolzer Ausdruck dafür, daß wir uns in diesem neuartigen, fernen und deshalb auch meist mißverstandenen Land bemühen, die behördlichen Maßnahmen, soweit sie künstlerisch tendieren können, in ein absolut anzuerkennendes ästhetisches Vermögen einzureihen. Ich bin auch zufrieden mit den Einrichtungen, die die Behörden ihren Dienststellen gegeben haben, mit dem Ausbau früher völlig verwahrloster Gebäude zu schönen, lichten, künstlerisch geschmückten Räumen. Ich bin vor allem sehr glücklich, daß unter dem stärksten Schutz der Staatsführung in diesem Raum das künstlerische Leben in allen Gebieten einen starken Aufstieg nimmt. Wenn ich an unser Theater, an unsere Philharmonie, unsere Orchesterveranstaltungen und an alle unsere künstlerischen Unternehmen denke und dabei feststelle, daß all' dieses blühende Kunstleben in knapp zweieinhalb Jahren erreicht wurde, dann kann man begreifen, wenn es manchmal peinliches Erstaunen erregt, daß das Generalgouvernement so sieghaft und selbstsicher aus eigener Kraft seinen Weg zu gehen vermag.

Wir stehen hier im Vollbewußtsein einer der größten Aufgaben, die der Führer jemals einem seiner erkorenen Männer gestellt hat. Uns werden weder Neid noch Haß noch leere dünkelhafte Machtsucht aus

unserer Aufgabe hinausstanzen können. Daher ist es klar: diese künstlerische Sendung, diese Sehnsucht, gerade inmitten des Kampferlebnisses dieses Krieges hier kolonisatorisch den deutschen Einfluß aufzurichten, indem man die Erhabenheit unseres völkischen Genius, die Kunst, zu Hilfe ruft, wird uns weiterführen und sieghaft unser Werk weitergestalten helfen.

Aber der letzte große Gesichtspunkt, der dieser Ausstellung meines Erachtens entspringt, ist doch die große, gewaltige Sendung eben aus Adolf Hitlers Lebenswerk, die für uns, seine Zeitgenossen, in seiner Gestalt aufsteigt. Ich begrüße diese Ausstellung vor allem als Bekenntnis des Sicheinreihens in die menschliche Erfahrung. Die Kombination des Künstlers und Lebensgestalters eines Volkes ist in Adolf Hitler mit einer einzigartigen und großartigen Einmaligkeit in Erscheinung getreten. Wir haben in ihm die Kombination des Staatsmannes und des Feldherrn schon oft bewundert; sie steht vielleicht jetzt im Vordergrund. Aber die Kombination des Staatsmannes Adolf Hitler, des genialen Mannes, der eine Weltanschauung formte und sie sieghaft in das leuchtende Rot einer kommenden Zeit trug, mit dem Künstlerischen, mit dem Künstlertum ist die Verbindung von Wahrheit und Idee, in der stets die innere Schöpfungsproblematik der Kunst liegt. Denn was sollte der Künstler gestalten? Man macht ihm doch oft zum Vorwurf: "Wie kannst Du dieses schwere und schäbige Leben künstlerisch packen wollen, - verschreibe Dich irgendeiner Idee, komme sie, woher immer, komme sie aus dem Glauben, komme sie aus dem Göttlichen oder aus Deinem eigenen Leben. Laß das Leben liegen, diesen steten Zwiestreit." Man wollte das Natürlichste, das Lebenwiedergebende des Künstlers jedenfalls nicht anerkennen und sagte immer: "Das Leben ist unschön, das Leben ist etwas Lächerlich-Vergängliches,

28.1.1942

- was sollen Dir die Zeitdarstellungen irgendeiner Epoche nützen? Es gibt ewige Werte, diese allein sollst Du in Töne, Farbe und Stein zu bannen suchen."

Da kam nun Adolf Hitler und machte das Leben unseres Volkes selbst so hoch, so herrlich und so weit, daß der Konflikt beendet scheint. Heute ist der Blick auf das deutsche Leben, auf die deutsche Zukunft, auf die Sendung des Einzelnen wie des Volkes zum ersten Mal in der Weltgeschichte durchdrungen von dem Ewigkeitsideal der Sendung eines Volkes überhaupt. So vermag heute der Künstler dieses Ringen geschlossen zu sehen. Er kann heute das Leben unseres Volkes in seiner lichten Kraft bannen, er braucht sich heute vor dem Leben nicht mehr zu verstecken, nicht mehr irgendwelchen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen. Nein, das existiert nicht mehr! Im Gesamtraum unseres Volkes sind die Krankheitskeime getötet, ist das Kleine, Schwache, Kranke, Elende dem Absterben verfallen. Aus den neuen seelischen Bewußtheiten dieser Zeit hat der große Erwecker Adolf Hitler das Lichte hineingestellt in unsere Lebensgemeinschaft. Man muß das sehen, muß die Zeit erspüren, und man wird darin auch den Grund dafür finden, daß die ganze Welt ringsherum, diese alte Welt mit ihren vermorschten, dekadenten, mit ihren schauerlichen, alten, plutokratischen und sonstigen Lebensformen, mit ihrem Zerrissensein im Glauben, in sozialer Führung notwendigerweise sich vor diesem inmitten Europas nun aufsteigenden Licht zusammenkrümmt und nochmals versucht, sich durch das Bündnis von Moskau, London, Washington und durch weiß Gott, was für Zentren im Mischmasch der Formen, - dieser klaren, neuaufsteigenden mit der Kraft der Antike sich wiedererhebenden Formung kommender Jahrtausende entgegenzustellen. Das war immer so und wird immer

28.1.1942

so bleiben.

Für uns leuchtet aus der Kunstausstellung die Tatsache, daß der Führer die Einheit von Idee und Wirklichkeit, vom schönen Traum der Größe und größerer Volksbeinhaltung hergestellt hat und daß so auch der Künstler einer neuen großen Zeit entgegengeht. Es ist vollkommen abwegig, vom Untergang des Abendlandes, der schöpferischen Potenz unserer Nation reden zu wollen. Überall in den Jungen regt es sich. Das gilt nicht nur für die Kunst. Das gilt auch für die anderen großen Bereiche der Wissenschaften. Welche Freude haben wir, die Alten, das in unseren Jungen immer wieder zu sehen! Wie leuchtet aus der Tapferkeit unserer jungen Soldaten diese großartige Harmonie des schönsten und leuchtendsten Opfers für die Ewigkeit des Volkes auf! Wie aus dem zehnjährigen Kampf um Troja das großartigste Meisterwerk der antiken Dichtung mit seinen vielfältigen Ausstrahlungen in alle Kunstbereiche, - Homers großes Werk, aufsteigt, - sollte da nicht aus diesem einmaligen, gigantischen Ringen nun durch dreißig Jahre hindurch, seit dem Jahre 1914, nach einem gemessenen Abstand, der für die geistige Klärung immer notwendig ist, ein monumentales Gesamtwerk aufsteigen, das ewig ist, alle Zeiten überlebend?

Ich bin daher der Meinung: gerade wir in Krakau, im Generalgouvernement können mit dieser Ausstellung zeigen, daß in unserem Werk die Größe dieser Zeit lebendig ist und daß wir uns der Kunst verschrieben halten als der großen Offenbarung dieser Zeit, in deren Dienst der Krieg und der Sieg zu stehen haben.

So fordere ich alle Deutschen des Generalgouvernements auf, an dieser Ausstellung
Anteil zu nehmen. Sie ist weit über den Rahmen der Aufgabe hinaus, die sie vielleicht im Reich

zu erfüllen hat, das Kennzeichen dafür, daß das gesamte deutsche Volkstum dort, wo es bewußt im Ringen gegen die fremden Mächte steht, daß vor allem auch der deutsche Künstler eine herrliche Heimstätte seelischer Glaubensgröße und schlichter Menschlichkeit besitzt, ein Gut an Menschentum, um das unser Volk, weiß Gott, beneidet werden kann. Diese Künstler wollen nichts für sich; sie sind im Leben unsicher; in allen klaren Dingen des Geldes, der Ökonomie der Wirtschaft sind sie verlorene Träumer. Sie sind nicht zu richten mit dem Richtschwert der Norm. Sie gehen als träumerische Seher durch das Leben. Wohl uns, wenn sie unserer Bewegung, unserem Reich, unserem Führer ihre Kraft zur Verfügung stellen; denn der Genius kann nicht gerufen werden, er kann nur bedient werden.

In diesem Sinne eröffne ich hiermit die Ausstellung. Ich wünsche ihr Erfolg. Ich bitte Sie, Parteigenosse Mjölnir, die deutschen Künstler von den Deutschen des Generalgouvernements zu grüßen.

(Lebhafter Beifall).

Mit dem von Bereichsleiter Ollesch ausgebrachten Siegheil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

Der Herr Generalgouverneur macht hierauf einen Rundgang durch die Ausstellung und kauft einige der ausgestellten Werke an.

12^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{40} Im großen Arbeitszimmer der Burg empfängt der Herr Generalgouverneur im Beisein der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple den bisherigen Gouverneur des Distrikts Krakau Dr. Wächter und Ministerialrat Dr. Wolsegger sowie den bisherigen Hauptabteilungs-

28.1.1942

präsidenten Westerkamp und Stabsleiter Stahl.

Aus Anlaß der Verabschiedung des Gouverneurs Dr. Wächter richtet der Herr Generalgouverneur an ihn folgende Worte:

Herr Gouverneur!

Ich möchte den Anlaß Ihrer Verabschiedung aus dem Amt des Gouverneurs des Distrikts Krakau und Ihrer Ernennung zum Distriktsgouverneur von Galizien benutzen, um hier in dem stolzen Arbeitszimmer der Burg zu Krakau Ihnen in einer feierlichen und würdigen Form meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Wenn ich Sie, lieber Parteigenosse Dr. Wächter, nunmehr zum Chef des größten, volkreichsten, territorial umfangreichsten und der politischen Situation nach vielleicht auch an sich unendlich wichtigen Distrikts Galizien berufe, so tue ich das nicht etwa, um schnell unter Kriegsgesichtspunkten eine Notlösung zu treffen, sondern aus der vollen Kenntnis Ihrer Persönlichkeit und Ihrer wahrhaften Berufung für dieses Amt. Ich kann das umso mehr tun, als ich Sie ausschließlich aus der Arbeit in Krakau persönlich kenne und Sie hier in Krakau erst studieren konnte. Sie sind einer der Männer, die als wahre Nationalsozialisten gleichzeitig jene echte Haltung besitzen, die den führungs- und verwaltungsbewußten Mann auszeichnen. Ich darf Ihnen auch sagen, daß das, was Sie im Distrikt Krakau geschaffen haben, mir ganz besonders vorbildlich zu sein schien. Sie haben es verstanden, unter den schwierigsten Verhältnissen dieses außergewöhnlichen Gebiets, vor allem auch dadurch der Arbeit zu erschließen, daß Sie stets in einem engen Kontakt mit dem Generalgouverneur und allen Dienststellen der Regierung gestanden haben. Darum mag Ihnen nun auch die Genugtuung werden, daß Sie an einen Platz gestellt werden, an dem Sie wie in Lemberg selbständig eine Aufgabe zu erfüllen imstande sein werden.

28.1.1942

Dieser Distrikt Galizien gehörte ja einmal zu Ihrem engeren Heimatlande. Dort in Lemberg, wohin Sie jetzt kommen, werden Sie die Spuren jenes ostmärkischen deutschen Kampfes wiederfinden, der im Interesse des gesamten Deutschtums und des Großdeutschen Reiches gekämpft worden ist. Sie finden dort die Spuren jener deutschen Arbeit, die das Merkmal dieses Landes sind. Ich kann Ihnen meinen Dank für Ihre Tätigkeit in Krakau nur in wenigen Worten abstatten. In mir klingt noch heute jenes Lied, mit dem Sie mich damals auf der Burg zu Krakau willkommen hießen, jenes Lied vom Osten und vom Ostkampf. Ich weiß, daß in Ihnen dieser heilige Geist, dieses heilige Feuer des völkischen Ringens unserer Nation im Osten glüht. Indem ich Ihnen durch Handschlag und durch Überreichung der Urkunde im Namen des Führers das Amt des Distrikts-gouverneurs von Galizien übertrage, möchte ich Ihnen alles Beste mit auf den Weg geben und Ihnen wünschen, daß Sie in Gesundheit und in Kraft Ihren schweren Aufgaben gewachsen sind.

Da wir im großdeutschen Machtraum den engsten Kontakt zwischen Staat und Partei haben und Sie als alter Parteigenosse und Kämpfer, als Mitglied der SS in führender Stellung immer bewiesen haben, daß das nationalsozialistische Gedankengut Inhalt Ihres eigenen Handelns und Wirkens ist, da Sie sich auch hier in Krakau als Distrikts-Standortführer hervorragende Verdienste erworben haben, berufe ich Sie mit sofortiger Wirkung zum Distrikts-Standortführer in Galizien.

(Der Herr Generalgouverneur überreicht Distriktsgouverneur Dr. Wächter die beiden Bestallungsurkunden).

28.1.1942

Gouverneur Dr. Wächter dankt dem Herrn Generalgouverneur in bewegten Worten für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und für die ihm übertragene neue ehrenvolle Aufgabe. Er werde stets bemüht sein, mit ganzer Kraft und Energie und mit nationalsozialistischer Einsatzfreudigkeit diese ihm gestellte Aufgabe zu meistern.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich hierauf an Ministerialrat Wolsegger mit folgenden Worten:

Herr Ministerialrat!

Ihre hervorragenden Verdienste, Ihre Fähigkeiten, Ihre fachliche Erfahrung, Ihr nationalsozialistisches Denken bedeuten mir eine so wohltuende Kombination von Fähigkeit, Leistung und daher auch Erfolg, daß ich schon vor einigen Wochen daran dachte, Sie in eine andere wichtigere Position zu berufen. Dank des Entgegenkommens Ihres bisherigen unmittelbaren Vorgesetzten Gouverneurs Dr. Wächter ist es nun geglückt, eine solche Kombination sehr schnell herbeizuführen. Ich berufe Sie zum zweiten Stellvertreter des Staatssekretärs Dr. Bühler.

(Der Herr Generalgouverneur überreicht Ministerialrat Dr. Wolsegger die Bestallungsurkunde).

Ministerialrat Dr. Wolsegger dankt dem Herrn Generalgouverneur für die ihn ehrenden Worte der Anerkennung seiner Leistung, ganz besonders für das Vertrauen, das ihm der Herr Generalgouverneur durch seine neue Berufung zum Ausdruck bringe. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, das zu leisten, was von ihm verlangt werde. Auch in seiner neuen Stellung werde er dem Generalgouverneur wie bisher treu, ehrlich und loyal dienen.

11

28.1.1942

Der Herr Generalgouverneur überreicht sodann dem Stabsleiter Stahl die Urkunde über seine Ernennung zum kommissarischen Distrikts-Standortführer des Distrikts Krakau.

Dem aus seinem Amt in der Regierung des Generalgouvernements scheidenden bisherigen Hauptabteilungspräsidenten Westerkamp spricht der Herr Generalgouverneur Dank und Anerkennung für seine opfervolle, fachlich hervorragende Leistung in der Regierung des Generalgouvernements aus. Er hebt dabei die Verdienste des Hauptabteilungspräsidenten Westerkamp um die Durchführung des Grundsatzes der Einheit der Verwaltung im Generalgouvernement hervor. Im Zusammenwirken mit den Dienststellen der Regierung und vor allem dem damaligen Unterstaatssekretär Kundt sei es dem Hauptabteilungspräsidenten Westerkamp gelungen, jenes großzügige Verordnungswerk vorzubereiten und auszuarbeiten, das heute die Grundlage für die Verwaltung des Generalgouvernements bilde. Es sei der persönliche Wunsch des Hauptabteilungspräsidenten Westerkamp, in dieser ernsten Zeit des Krieges mit der Waffe in der Hand dem Führer zu dienen. Er, der Herr Generalgouverneur, habe sich diesem Wunsch nicht länger versagen können und entlasse den Hauptabteilungspräsidenten Westerkamp aus dem Dienst des Generalgouvernements.

Hauptabteilungspräsident Westerkamp erwidert, daß es ihm nicht leicht falle, sich nunmehr von dem Herrn Generalgouverneur zu verabschieden. Er danke dem Herrn Generalgouverneur für die ihn auszeichnenden Worte der Anerkennung. Wenn ihm mit seiner Arbeit in der Regierung des Generalgouvernements etwas geglückt sei, dann nur deshalb, weil der Herr General-

28.1.1942

gouverneur und die Spitzen der Verwaltung ihm bestens geholfen hätten. Die Zeit, die er in Krakau verlebt habe, werde ihm stets unvergessen bleiben, wie auch die Burg in Krakau für ihn immer ein Höhepunkt in seinem Berufsleben darstellen werde.

15^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

15^{30} Besprechung mit Geh.-Oberbaurat Rattinger und Architekt Köttgen.

16^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Donnerstag, den 29.1.1942

15^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

15^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

20^{00} Abendessen mit geladenen Gästen im Kasino der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in der Burg zu Krakau).

V/9

Krakau

Freitag, den 30.1.1942

11[lo] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Hauptabschnittsleiters Stahl, des Gebietsführers Blum und der BDM-Führerin Fischer die Teilnehmerinnen an einem Führerinnenlehrgang, der in Zakopane stattfindet.

Der Herr Generalgouverneur richtet aus diesem Anlaß folgende Ansprache an die Lehrgangteilnehmerinnen:

Ich habe mich sehr gefreut, daß Ihr zu Beginn der Tagung zu mir auf die Burg gekommen seid. Der Saal, in dem Ihr steht, verpflichtet uns zu tiefen Gedanken. In diesem Saal haben die polnischen Könige durch viele Jahrhunderte hindurch den sogenannten polnischen Landtag versammelt. Hier war es, wo in feierlichem Zuge immer wieder die Häupter der polnischen Nation, die Vertreter der großen Adelsfamilien, die Vertreter der Provinzen und der Länder erschienen sind. Hier war es, wo dann unter einem etwas merkwürdigen Abhängigkeitsverhältnis auch einmal deutsche Fürsten erscheinen mußten, als sie von Polen unterworfen worden waren. Ihr müßt auch daran denken, daß in diesem Saal große, schwere Entscheidungen gefallen sind, die immer nur eine Richtung hatten: gegen Deutschland, gegen unser Volk. Daher ist dieser Saal sehr geeignet, über den Wandel der Dinge, über das Vergängliche im Leben ebenso wie über die Größe eines einzigartigen Schicksals und Glaubensinhalts nachzudenken. Gerade wir Nationalsozialisten haben allen Anlaß, uns angesichts des hunderttausendfachen Opfertodes bester deutscher Männer immer wieder klar zu machen: was auch der Einzelne sein mag und erreichen kann, - er geht unter, er ist ein Tropfen im Meere der Ewigkeit; es bleibt von ihm nichts. Was er aber an Ideen, an Kraft und Glauben in sich trug, das sammelt sich zu einer gewal-

tigen Energie, die das ausmacht, was man Charakter einer Nation nennt.

Daß wir heute in diesem Saale stehen, in dem früher der polnische Herrschaftsdünkel gegen Deutschland wettern konnte, der über Hunderttausende deutscher Menschen Elend, Terror, Not, Kerker, Glaubensentziehung brachte, das verdanken wir nur der Tatsache, daß unser Volk über jede Notstunde hinweg den Einzelnen in der Gemeinschaft zurückstellte. Und das ist ja der tiefste Sinn, den Sie, meine lieben Parteigenossinnen, nun an einer der wichtigsten Stellen des Parteilebens zu erfassen haben.

Wir haben einen Mann erlebt, und wir erleben ihn, Adolf Hitler. Er wird in die Geschichte als einer der ganz wenigen einsamen großen Männer eingehen. Von ihm wird eine völlig neue Glaubensform ausstrahlen, eine Weltanschauung, die sich erst jetzt allmählich herausbildet, die aber alle diese kümmerlichen Versuche konfessioneller Art, wie wir sie da und dort noch erleben und wie sie da und dort noch einem einfachen Bedürfnis genügen mögen, einmal stürmisch überflügeln wird. Ich bin fest überzeugt, daß aus dem Inhalt des Glaubens an den Führer, daß aus seinem sieghaften Werk einmal eine völlig neue Glaubensform unseres deutschen Volkes erstehen wird. Es wird eine völlig neue Beziehung zu Gott kommen, eine völlig neue Beziehung auf dem gesamten Gebiet der Auseinandersetzung des Einzelnen mit dem Ewigen. Sie brauchen sich nur einmal vorzustellen, was etwa die deutsche Nation allen anderen Völkern dadurch voraus hat, daß sie die absolute Einheit des konfessionellen mit dem nationalen Gedanken besitzt, um zu ermessen, welch' ungeheure Weite hier ersteht.

Aber nicht in diesem Sinne der Auseinandersetzung mit dem Ewigen, sondern in einem zweiten ganz großen

30.1.1942

Aspekt ist Adolf Hitler der größte Mann. Von ihm wird ein Reich der deutschen Nation seinen Anfang nehmen, demgegenüber selbst wir, die wir davon Vorstellungen besitzen, klein sind. Was sich jetzt erhebt und gerade in diesem Jahre kraftvollst entscheiden wird, war noch niemals auf der Welt, daß nämlich ein Volk entschlossen ist, unter der Führung eines ganz großen Mannes, unter Einsatz seiner letzten Kraft einen Lebensraum so großer Ausdehnung sicherzustellen, daß für alle Zukunft das Problem der Lebensbedürftigkeit unserer Nation gelöst ist.

Ihr müsst Euch vorstellen: wir haben ein Gebiet von einer halben Million Quadratkilometer; es reicht nicht zum Leben und zum Sterben unseres Volkes. Alles, worüber wir heute jammern und klagen hören, alles, was uns an Sorgen in diesem Krieg belästigt, hängt nur damit zusammen, daß wir mit den Lebensbedürfnissen aus eigener Kraft nicht fertig werden. Wir brauchen Rohstoffe,wir brauchen Lebensraum, Siedlungsland, Betätigungsfeld und Entwicklung. Dies' alles werden wir uns schaffen, indem wir Rußland, das weite russische Reich, das ja berufen ist, von Germanen beherrscht zu werden, in den deutschen Lebensraum einbeziehen. Sie müssen sich vorstellen, welche gigantische Sendung dadurch in der Weltgeschichte und vor allem in der Geschichte unseres Volkes eintritt. Nehmen Sie an, es würde sich nördlich des Kaukasus ein neuer Gotenwall mit rassisch bestem deutschen Blut entwickeln, mit ganz gewaltigen neuen Aufgaben der Führung, der Tradition auf allen Gebieten, und Sie können daraus ermessen, meine liebenParteigenossinnen, daß einer so großen Aufgabe gegenüber selbstverständlich auch der Einsatz gar nicht groß genug genommen werden kann.

30.1.1942

Nun ist aber das dritte Merkmal des Führers als des Schicksalsgestalters schlechthin für uns auch das entscheidende. Wenn der Führer heute aufruft, wenn er gerade heute am 30.Januar, dem Tage, an dem er Reichskanzler wurde und die staatlichen Geschicke unseres Volkes in die Hand nahm, uns ganz besonders nahe ist, so nur deshalb, weil jeder von uns seine eigene Ichbeziehung zu ihm hat. Wir lieben ihn; er steht vor unser aller Auge als Schicksalsgestalter und Wegbereiter. Und gerade Sie, meine jungen Parteigenossinnen, müssen sich darüber klar sein, daß zum ersten Mal in der Geschichte ein Staatsmann immer jünger ist als die Jugend des Volkes, daß er noch radikaler sein muß als die Radikalsten seiner Nation. Die Situation ist so völlig eigenartig, so völlig einmalig, daß ein Mann da ist, der doch immer schon hin ein halbes Jahrhundert seiner Lebensjahre hinter sich gebracht hat, der von strahlender Frische wie der junge Tag seinem Volke voranleuchtet. Daher können auch Sie, meine jungen Parteigenossinnen, mit Fug und Recht sich erheben, Sie, die Sie noch Ihren eigenen Weg ins Leben bahnen, Sie, die Sie noch in das Leben hineinschreiten, in die Höhe und Schwere des Lebens, Sie, die die Sorgen und Nöten des Lebens und der Lebensentwicklung noch nicht so voll gespürt haben, Sie sollen denen, die Ihnen anvertraut sind, sagen, daß wir keine andere Aufgabe haben, als dem Führer nachzueifern. Denn für wen schafft der Führer? - Für die Jugend unseres Volkes. Wer soll denn alle diese Aufgaben einmal übernehmen, die hier vorgezeichnet sind? - Die Jugend des Volkes. Wer soll denn einmal diese ganze gewaltige Synthese, völlig befreit von jeder negativen Tradition, übernehmen? - Die Jugend unseres Volkes soll das tun. Und da sind die Frau wie der Mann, das Mädchen wie

der Knabe berufen; denn aus dieser großen Gemeinschaft der Weihe steigt das große völkische Werk empor.

Wir im Generalgouvernement haben unsere Sorgen und Nöte. Die Regierung dieses Nebenlandes des Reiches, völlig eigenartig konstruiert, mit einer Verantwortungslast begabt, die oft kaum getragen werden kann, ist eine der schwierigsten, aber auch eine der schönsten Aufgaben, die uns der Führer gestellt hat. Sie selber wissen aus dem täglichen Ringen mit den Problemen in diesem Raum, wie sehr man gerade hier durch das unmittelbare Geschehen, Wirken und das Hineingeknetetsein in die Probleme der Zeit ganz anders mit den großen Zeitmächten zusammenwächst, als das vielleicht in einer wohlbehüteten Situation möglich ist.

Aber es ist nicht nur unsere Aufgabe, das Schicksal des eigenen Volkes hier in diesem Raum zu betreuen, sondern wir müssen auch in steter Abwehrstellung gegen die ungeheure Überzahl der Fremdvölker hier im Lande stehen. Eins zu hundertfünfzig ist das Verhältnis, und es bedeutet, daß jedem deutschen Menschen hundertfünfzig Nichtdeutsche gegenüber stehen. Aber das muß getragen und geschafft werden. Wir müssen im Fortschreiten der Rückgewinnung des Ostens für das große deutsche Volk im Generalgouvernement im Laufe der programmatischen Entwicklung auch einmal zu einer Rückdeutschung dieses Gebietes kommen. Vorerst müssen wir einmal die Ansatzpunkte dazu finden. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte ist die Partei. Die Partei, die hier dem Staat ideell und mit ihrem Glaubenswerk zu helfen, die die ökonomischen Sehnsüchte so mancher zu bekämpfen hat, die Partei, die hier eine Glaubensmacht und eine ideeologische Form darzustellen hat,

sie ist von mir absichtlich ins Land geholt worden, damit sie in erster Linie diese Aufgabe lösen kann.

Sie werden sich auf Ihrer Schulungstagung mit diesem Problem beschäftigen. Ich wünsche Ihnen dafür das beste. Die Weihe dieser Zeit schwebt über uns, und jedem von uns muß die Größe dieser Zeit klar sein. Tragen Sie wie bisher diese Gedanken ins Land hinaus, dann haben Sie treu gekämpft. Ich danke Ihnen allen ohne Ausnahme für Ihren Einsatz; denn dieser Einsatz war schwierig und opfervoll. Ich weiß, was jede Einzelne von Ihnen zu leisten hat, wie schwer es jeder Einzelnen von Ihnen aus mancherlei Gründen gemacht wird, von denen die meisten überflüssig sind.

Ich wünsche Euch für diese Schulungstagung das beste. Am heutigen Tage soll besonders unseres Führers gedacht sein, des Mannes, der keine Ruhe kennt und dem wir nur nacheifern und nachleben können, dessen Größe keiner von uns, und mag er auch der stärkste sein, keiner auch nur zu ahnen vermag. Ein großes Schicksal ist über unser Volk gekommen - seien wir dessen stets eingedenk!

BDM-Führerin Fräulein Fischer dankt dem Herrn Generalgouverneur auch im Namen ihrer Kameradinnen dafür, daß sie gerade am heutigen Tage, am 30.Januar, zum Herrn Generalgouverneur auf die Burg kommen durften. Sie verbürge sich dafür, daß gerade im Generalgouvernement als einem Grenzland und Vorland des Reiches eine Jugend stehe, die die überzeugteste Trägerin des nationalsozialistischen Glaubens sein und einmal dafür sorgen solle, daß die von den deutschen Soldaten auf den Wällen, die das ~~das~~ Reich schützen, aufgepflanzte Fahne nie wieder herabgeholt werde.

9
7

Krakau

30.1.1942

11[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Gebietsreferentin Irmgard Fischer, die Sozialreferentin Erna Prantz und Stabsführer Krause im Beisein von Hauptabschnittsleiter Stahl.

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberstleutnant Wiese zur Verabschiedung und Oberstleutnant Friderici zur Vorstellung.

12[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

13[00] Der Herr Generalgouverneur überreicht im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes Kriegsverdienstkreuze und Kriegsverdienstmedaillen. Er hält dabei folgende Ansprache:

Liebe Arbeitskameraden!

Der 30.Januar bedeutet in der Geschichte des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes etwas Einmaliges: mit dem 30.Januar 1933 wird sich für alle Zukunft die Vorstellung von dem entscheidenden Durchbruch der nationalsozialistischen Bewegung zur Staatsführung verbinden. Nun könnte an sich der Sieg einer Bewegung gar nicht anders vorgestellt werden als durch den Sieg einer bestimmten Persönlichkeit; aber trotzdem siegte am 30.Januar 1933 mit Adolf Hitler das deutsche Volk selbst über seine inneren und äußeren Widersacher.

Wenn wir nun in Krakau, in der Hauptstadt des Generalgouvernements, inmitten einer von ungeheuren Kriegskrisen durchzogenen Epoche unserer Geschichte daran gehen, an Sie, meine bewährten Mitarbeiter, im Namen des Führers Auszeichnungen zu verleihen, dann sei in Ihnen leuchtend die Vorstellung, daß der Führer

von uns allen das Höchste, das Schwerste und das Sorgenvollste verlangt. Ganz gleich, welchen Rang, welche Dienststellung, welchen Titel der Einzelne im dritten Reich, im Reich Adolf Hitlers innehat, - er ist klein im Vergleich zu der Größe des Führers; denn der Führer ragt über uns alle hinaus wie ein einmaliger Gigant über kleine Berge. Der Name des Führers ist unsterblich; uns bleibt nur das Nachstreben und das Nacheifern in Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung.

Wir im Generalgouvernement müssen folgende wichtige Feststellung treffen: das Generalgouvernement ist eine Gabe des Führers. Er hat es uns anvertraut, er hat uns diesen Landstrich, der völlig zerstört war, in die Hand gegeben. Wir haben in diesen zweieinhalb Jahren hier eine Leistung vollbracht, die sich sehen lassen kann. Lassen Sie sich durch kein Geschwätz und durch keine neidhammelige Kritiksucht, durch keine krankhafte Herumkritisiererei und Gerüchtemacherei irremachen! Die Leistung des Generalgouvernements steht, und der Führer selbst hat sie wiederholt - vor wenigen Tagen erst wieder durch sein Telegramm an mich - anerkannt. Diese Anerkennung gilt für jeden von Ihnen. Ich stehe hier als oberster Sachwalter des Führers und Reiches, um den Ehrenschild der deutschen Verwaltung unbefleckt zu erhalten in diesem Gebiet, in dem wir als Ehrenmänner zusammengekommen sind, um ehrenvoll den Kriegsdienst der Verwaltung durchzuführen. An diesem klaren Verhältnis kann weder von jüdischer noch von polnischer Seite herkommende Kritiksucht etwas ändern. Dieses Land wurde noch nie so gut verwaltet, und das Generalgouvernement kann sehr wohl einen Vergleich mit den anderen von den deutschen Truppen eroberten und besetzten Gebieten Europas bestehen. Diese Tatsache verdanke ich den deutschen Beamten und Angestellten,

den deutschen Männern und Frauen in diesem Raum, die sich mit dem Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit in diesem Dienst vereint haben. Sichtbarer Ausdruck dieses Dankes ist die stetige, sich weiter entwickelnde Position des Generalgouvernements.

Wir gehen keiner Krisis entgegen. Finanz-, Wirtschafts-, Verwaltungs-, Ordnungslage dieses Gebietes sind absolut fest in meiner, in unserer Hand. Es ist daher auch klar, daß die Aufgaben, die uns in den kommenden Wochen und Monaten in steigendem Maße aufgebürdet werden,- denn nun geht es um den letzten und höchsten Einsatz unseres Volkes im Osten - uns noch gerüsteter und noch härter finden werden. Ich möchte daher mit dem Dank an Sie, insbesondere an die Herren Hauptabteilungspräsidenten, die hier erschienen sind, mit dem Dank an den Herrn Staatssekretär und seine Vertreter und die mir unterstehenden Polizei- und SS-Organe die Erwartung verbinden, daß gerade in den kommenden Wochen und Monaten das Generalgouvernement seiner harten Aufgabe entsprechen wird. Es kommen vielleicht kolossale Probleme, Probleme des Transports, der Ernährung, der Ordnung und Sicherheit, des Auf- und Ausbaues, der Wohnungsfragen, der Seuchenbekämpfung usw.. Diese Probleme müssen wir lösen und werden sie lösen. Dabei ist noch zu bedenken, daß die Mannschaftsersatzlage des Deutschen Reiches wieder zu starken Eingriffen in den Personalbestand des Generalgouvernements zwingen wird; denn das Generalgouvernement soll kein Schutzwinkel sein, in dem man sich der Wehrpflicht entziehen kann. Dazu findet sich wohl niemand, und Anlaß zu einer solchen Vermutung besteht nicht. Wir alle sind auf Befehl des Führers und des Reiches hier.

Ich richte vor allem an Sie den Appell, daß Sie nicht - wie das begreiflich ist und in jedem

30.1.1942

dritten Kriegsjahr der modernen Welt der Fall ist - in dieser Beziehung an Ihren Nerven, an Ihrer seelischen und moralischen Einstellung rütteln lassen. Wo soviel Geist und Stärke, soviel Charakterhärte angewendet werden, wird in den letzten kolossalen Anstrengungen auch das Durchstehen möglich sein. Jenseits dieser größten Anstrengung leuchtet der endgültige und größte Sieg unserer Geschichte. Wir stehen vor dem größten Reich deutscher Nation, das es jemals gegeben hat, vor einer Entwicklung, die mit irgendeiner bisherigen geschichtlichen Formung unserer Nation unvergleichbar ist. Noch niemals war das deutsche Volk so groß, frei und stark, wie es nach diesem Sieg sein wird. Daß wir siegen werden, ist klar. Allüberall zittern unsere Feinde unter den Schlägen unserer Wehrmacht, die ihnen Schaden um Schaden zufügen, und immer mehr zerbröckelt die Kraft derjenigen, die vermessen genug waren, mit Hilfe des Bolschewismus gegen das Deutsche Reich, gegen das Reich Adolf Hitlers anzugehen.

Sehen Sie immer über Alltag und Sorgen, Charakterverstrickungen aller Art, über müde Nerven und Angespanntsein hinweg das Große und Leuchtende dieser Zeit, der gegenüber wir nichts sind, der gegenüber aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit die großartige Bewährung ablegt,-dieses deutsche Volk, in dessen Namen und Nutzen Sie handeln und wirken, dem Führer zur Ehr' und dem Reich zur unsterblichen Macht. Möge der ewige Herrgott unseren Führer in diesem Jahr segnen! Möge er mit unseren Truppen und Waffen sein und möge er uns die Stärke geben, den Schlußkampf zu bestehen!

Aus dem Zusammenklingen der höchsten Ideen dieser Zeit übergebe ich Ihnen im Namen des Führers die Auszeichnungen, die Sie verdient haben. Sie sind für Sie wie für uns alle Ehrungen.

11

30.1.1942

Nach der Überreichung der Kriegsverdienstkreuze und Kriegsmedaillen durch den Herrn Generalgouverneur bringt Staatssekretär Dr. Bühler das Siegheil auf den Führer aus.

13^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs vom Regierungsgebäude Krakau nach Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Sonnabend, den 31. Januar 1942

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

11^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Verbindungsoffizier zum OKW, bisherigen Oberstleutnant Fischer zur Meldung seiner Beförderung zum Oberst.

12^{05} Besprechung mit Pressechef Gassner.

12^{15} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung über die Ermäßigung der Stempelsteuer für Wechsel
2) einer Verordnung über die Feststellung des ukrainischen Textes der im Distrikt Galizien eingeführten Rechtsvorschriften
3) einer Verordnung über die Außenhandelsstelle für das Generalgouvernement

vor. - Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{35} Der Stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet im Beisein des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Präsidenten Ohlenbusch und des Stabsleiters Kobusch dem Herrn Generalgouverneur über das Ergebnis der Woll- und Pelzsammlung im Generalgouvernement.

31.1.1942

Insgesamt wurden von den Deutschen des Generalgouvernements

264 540 Stück

gesammelt. Auf den Kopf der deutschen Bevölkerung entfallen 1,7 Stück Woll- oder Wintersachen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Genugtuung über diesen schönen Erfolg der Sammlung Ausdruck und spricht allen mit der Durchführung der Sammlung betrauten Dienststellen seinen Dank und seine Anerkennung aus. Er verfügt sodann die Veröffentlichung folgenden Aufrufes in der Krakauer Zeitung:

> Die Deutschen im Generalgouvernement haben sich durch ihre gebefreudige Beteiligung an der Pelz- und Wollsammlung zum Mitträger einer Aktion gemacht, die über alle Zeiten hin für die Kampfentschlossenheit des deutschen Volkes in diesen Wintermonaten 1941/42 zeugen wird. Ich sage heute nun im Namen des Führers allen denen Dank, die sich gebend und helfend am Gelingen dieser Aktion beteiligten. Die Deutschen im Generalgouvernement haben nicht nur dazu beigetragen, daß der Front nun die materiellen Ergebnisse der Pelz- und Wollsammlung schützend und wärmend zugute gekommen sind, sondern sie haben ihr auch das Bewußtsein stärken helfen, daß jeder einzelne deutsche Soldat draußen im russischen Winter der sorgenden und hilfsbereiten Hand der geschlossenen Nation sicher sein darf.
>
> Die Pelz- und Wollsammlung des deutschen Volkes geht so in die Geschichte ein als eine der unvergeßlichen Etappen auf dem Marsch zum Endsieg Adolf Hitlers.
>
> Es lebe der Führer!

31.1.1942

12[45] Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler und des Ministerialrats Wolsegger

dem Ministerialrat Dr. Siebert,
dem bisherigen Stadthauptmann von Tschenstochau Wendler

die Bestallungsurkunden über ihre Ernennung zum Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung bzw. zum kommissarischen Gouverneur des Distrikts Krakau.

12[55] Dienstbesprechung im großen Arbeitszimmer der Burg.

An dieser Besprechung nehmen teil:
der Herr Generalgouverneur, Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Wächter, Ministerialrat Wolsegger und Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert.

Einleitend gibt der Herr Generalgouverneur seinem Wunsche Ausdruck, daß in der Presse ein Interview mit dem neuen Präsidenten der Hauptabteilung "Innere Verwaltung" Dr. Siebert zur Veröffentlichung kommt. In diesem Interview soll auch zum Ausdruck gebracht werden, daß sich das Prinzip der "Einheit der Verwaltung" im Generalgouvernement bestens bewährt habe.

Weiter gibt der Herr Generalgouverneur seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Ministerialrat Dr. Siebert nunmehr wieder in den Dienst des Generalgouvernements zurückgekehrt sei.

Distriktsgouverneur Dr. Wächter erstattet dann dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit im Distrikt Galizien. -
Die Amtsübernahme - so führt er aus - sei in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple in voller Ordnung vor sich gegangen. Er habe gleich in den ersten

31.1.1942

Tagen verschiedene Arbeitsbesprechungen durchgeführt, in denen die vordringlichen Probleme behandelt worden seien. Für den großen Distrikt Galizien mit einer Fläche von rund 50 ooo Quadratkilometern und einer Bevölkerung von etwa 5 Millionen Menschen spiele vor allem das Personalproblem eine ausschlaggebende Rolle. Vielfach müsse man mit einer zweit- und drittklassigen Besetzung gewisser Positionen vorlieb nehmen. Dies sei aber bei Spitzenstellungen wie denjenigen der Kreishauptleute oder etwa des Stadthauptmanns von Lemberg nicht möglich. Sei es nun, daß mangelnde Erfahrung oder zu große Jugend die Inhaber solcher wichtigen Stellungen ungeeignet erscheinen lasse, - er müsse jedenfalls den Herrn Generalgouverneur bitten, ihm eine Auswechslung gewisser Persönlichkeiten zu ermöglichen.

Der Herr Generalgouverneur will grundsätzlich den Distriktsgouverneuren in der Auswahl ihrer wichtigsten Mitarbeiter freie Hand lassen und stimmt den von Gouverneur Dr. Wächter in dieser Beziehung gemachten Vorschlägen zu, unter anderem dem Vorschlag, den derzeitigen Kreishauptmann von Krakau-Land Dr. Höller zum Stadthauptmann von Lemberg zu ernennen. Ferner erklärt sich der Herr Generalgouverneur damit einverstanden, den Oberregierungsrat Dr. Schepers für Galizien erteilten Sonderauftrag mit dem 1.April 1942 erlöschen zu lassen.

Gouverneur Dr. Wächter nimmt sodann zu der Frage der Reprivatisierung Stellung. Die Regelung dieser Frage, hinsichtlich deren angesichts des Wortlauts der Proklamation des Generalgouverneurs vor allem bei den Ukrainern manche Hoffnungen erweckt worden seien, müsse sowohl für den landwirtschaftlichen wie auch für den gewerblichen Sektor nunmehr

in Angriff genommen werden, schon mit Rücksicht darauf, daß "Ostland" an einer Entscheidung dieser Frage im Generalgouvernement großes Interesse habe. Seinem Antrag, den landwirtschaftlichen Besitz bis zu 50 Hektar Größe freizugeben, stehe leider eine Anordnung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entgegen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Aufhebung dieser Anordnung und weist Staatssekretär Dr. Bühler an, in der Frage der Reprivatisierung dem Gouverneur Dr. Wächter schon mit Rücksicht auf die Haltung der Ukrainer jegliche Hilfe zuteil werden zu lassen.

Weiter ermächtigt der Herr Generalgouverneur den Gouverneur Dr. Wächter zur Auszahlung der seinerzeit von ihm für Galizien bestimmten Spende.

Gegenüber der von Gouverneur Dr. Wächter vorgetragenen Bitte, es möge - auch im politischen Interesse - etwas für die Beseitigung der Kriegsschäden, insbesondere in der Stadt Lemberg, getan werden, äußert der Herr Generalgouverneur Bedenken im Hinblick auf die Notwendigkeit, in dieser Frage mit dem Reich konform zu gehen. Immerhin könnten auch hier, soweit Bedenken nicht bestünden, z.B. hinsichtlich einer gewissen Fürsorge entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht sodann Gouverneur Dr. Wächter, eine endgültige Regelung des Anstellungs- und Beschäftigungsverhältnisses des für die Leitung des Staatsbades Morszyn ausersehenen Dr. Pirmin Schneider herbeizuführen.

31.1.1942

13[25] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Oberlandforstmeisters Dr. Eißfeldt den aus dem Dienst des Generalgouvernements scheidenden Oberregierungs- und Forstrat Hauer zur Verabschiedung und überreicht ihm sein Bild mit Widmung.

13[35] F r ü h s t ü c k.

14[30] Besichtigung eines Modells der Stadt Krakau durch den Herrn Generalgouverneur im Vorraum des Burgkasinos.

Anwesend sind ferner:
Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Mühlmann, Hauptabteilungspräsident Bauder, Distriktsgouverneur Dr. Wächter, Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, kommissarischer Gouverneur Dr. Wendler und Oberregierungsrat Hauer.

Staatssekretär Dr. Mühlmann führt aus:
Das Modell des alten Stadtkerns von Krakau sei die Vorarbeit für einen ihm vom Herrn Generalgouverneur zur durchgreifenden Renovierung und Sanierung des alten Stadtkerns erteilten Sonderauftrags. Eine solche Absicht habe auch für viele Städte des Reiches bestanden, sie sei aber eigentlich nirgends wirklich zur Durchführung gekommen. Allein im Generalgouvernement sehe er die Voraussetzungen für das Gelingen eines solchen Werkes für gegeben, weil ihm der Herr Generalgouverneur die weitgehenden Vollmachten erteilt habe, deren es bedürfe, um alle Hindernisse in geographischer, städtebaulicher Hinsicht usw. zu überwinden. Zudem könne man auch die polnischen Hausbesitzer zwingen, das zu tun, was zur Durchführung des Auftrages notwendig sei.

So habe er denn zunächst die Anfertigung des aufgestellten Modells veranlaßt, das sämtliche Häuser

des Stadtkerns in planrichtigem Maßstab zeige. Aufgabe der Renovierung werde es nun sein, das Alte mit den Bedürfnissen der Jetztzeit in Einklang zu bringen. Zu diesem Zwecke werde man einzelne Häuserblocks herausgreifen und dann Block für Block einer genauen Prüfung daraufhin unterziehen, ob und welche Änderungen angebracht seien. Schwierigkeiten werde allerdings bei Inangriffnahme der Arbeiten die Beschaffung der Baumaterialien machen.

Hauptabteilungspräsident Bauder glaubt die Bereitstellung von Baumaterialien für Wohnungen und Kanzleiräume in gewissem Umfange zusichern zu können.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, der näheren Umgebung von Krakau durch Anlage von Waldungen insbesondere auf den Festungshöhen ein freundlicheres Bild zu geben und so ein schönes Ausflugsgelände zu schaffen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich grundsätzlich mit dem von Staatssekretär Dr. Mühlmann entwickelten Plan einverstanden und verfügt, daß zunächst einmal die gesamte Planung einer eingehenden Besprechung zwischen Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Mühlmann, dem Stadthauptmann und Vertretern der Baudirektion unterzogen wird.

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

21^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

9

31.Januar 1942

bis

6.März 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

7.März 1942

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf dem Hauptbahnhof in Krakau.

10^{12} Ankunft auf der Burg.

10^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

12^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

19^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

19^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatssekretär Dr. Landfried und Präsident Kehrl.

In der anschließenden Besprechung, an der die Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple, ferner Ministerialdirigent Dr. Emmerich und Abteilungspräsident Dr. Paersch teilnehmen, gibt der Herr Generalgouverneur dem Staatssekretär Dr. Landfried einen kurzen Überblick über die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Probleme, vor denen das Generalgouvernement in den kommenden Wochen und Monaten stehen werde. Er weist dabei auf die Tatsache hin, daß die Ostbahn nunmehr völlig in den Reichsbahnbetrieb eingereiht worden sei, was aber bislang zum Beispiel hinsichtlich der Kohlenversorgungslage kaum eine Änderung gebracht habe.

Der Herr Generalgouverneur berichtet dann kurz von der Reichs- und Gauleitertagung, die vor einigen Tagen in Berlin stattgefunden hat. Im Anschluß an ein groß angelegtes Referat des Staatssekretärs Reinhardt sei auch des Generalgouvernements gedacht und festgestellt worden, daß der finanzwirtschaftliche Aufbau mustergültig sei, eine große Entlastung

des Reiches darstelle und als Vorbild für die neubesetzten Gebiete gelten könne. Weiter habe Staatssekretär Backe in seinem Referat über die Ernährungslage des Großdeutschen Reiches betont, daß das Generalgouvernement in ernährungswirtschaftlicher Beziehung dem Reiche keine Sorgen bereite, sondern ihm vielmehr eine große Entlastung bringe.

Auf den Hinweis des Staatssekretärs Dr. Landfried daß man sich im Reich bei den Behörden in personeller Hinsicht angesichts der Anforderungen der Wehrmacht die äußerste Einschränkung auferlegt habe, bemerkt der Herr Generalgouverneur, daß auch im Generalgouvernement trotz der schwierigen Personalverhältnisse alle Forderungen der Wehrmacht erfüllt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur geht dann noch auf den Fall Dr.Lasch ein. Aus der Tatsache, daß er ihn habe verhaften lassen müssen, dürfe keineswegs die Schlußfolgerung gezogen werden, als gäbe es im Generalgouvernement korruptive Erscheinungen größeren Ausmasses. Auch im Falle Lasch handele es sich nicht etwa um Verschiebungen volksökonomischer Werte, sondern lediglich um Geschäfte, die Dr.Lasch mit Teppichen und Gemälden getätigt habe.

Gegenstand der Besprechung sind weiter die Fragen der Kohlenversorgung anderer Länder, der Eisenproduktion und ähnlich wichtige Probleme. Für das Generalgouvernement stellt der Herr Generalgouverneur abschließend fest, daß in der Wirtschaft bis auf weiteres jedenfalls keine endgültigen Verhältnisse geschaffen werden dürften.

20^{00} A b e n d e s s e n

22^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

IV/9

Krakau

Sonntag, den 8.März 1942

Aufenthalt des Generalgouverneurs in Kressendorf.

9

Krakau

Montag, den 9.März 1942

9^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Dr.Wolsegger.

11^{45} Besprechung mit Gouverneur Dr.Wächter in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

12^{00} Ständchen eines Musikkorps der Luftwaffe im Schloßhof unter Leitung von Musikmeister Stolle.

12^{10} Fortsetzung der Besprechung mit Gouverneur Dr.Wächter.

12^{40} Unterhaltung des Herrn Generalgouverneurs mit General der Flieger Sommé, Oberst Giese, Oberst Fischer, Oberstleutnant von Tschammer und Osten, Major von Dazur und Gouverneur Dr.Wächter.

13^{00} F r ü h s t ü c k

14^{40} Besprechung mit Reichswirtschaftsrichter Dr.chem.h.c. Lepsius - Berlin.

15^{30} Präsident Gerteis erstattet dem Herrn Generalgouverneur in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple Bericht über die derzeitige Verkehrs- und Transportlage.

Der Betrieb der Ostbahn während der vergangenen Wintermonate sei einigermaßen zufriedenstellend durchgeführt worden. Nun aber ergebe sich durch die dauernd ansteigenden Anforderungen von militärischer Seite, die eine Bevorratung der Front für die kommende

9.3.1942

Offensive zum Zwecke hätten und im Hinblick auf die bald einsetzende Schlammperiode immer höher anstiegen, eine äußerst ernste Lage. Infolge des Fehlens von Maschinen und Wagenmaterial und der Unmöglichkeit, Reparaturen im Osten an Ort und Stelle durchzuführen, mache sich ein großer Notstand bemerkbar. Für den Aus- und Aufbau der Strecken und der Reparaturwerkstätten im Osten müsse zusätzlich alles Baumaterial aus der Heimat nachgefahren werden, die gesamte Betriebskohle müsse nachgeschafft werden; denn im Osten sei rein gar nichts vorzufinden.

Die notwendigen Transporte an Saatgut, Saatkartoffeln, Maschinen usw. für die Frühjahrsbestellung seien stark infrage gestellt. Mit der Arbeitsleistung der polnischen Bedientesten der Ostbahn sei er sehr zufrieden. Die Ernährungslage der polnischen Eisenbahner sei zufriedenstellend.

Weiter seien auch die bevorstehenden großen Bauten der Ostbahn, vor allem der Ausbau der Südstrecke, sehr schwierig durchzuführen, da es nicht möglich erscheine, die dafür benötigten 50 000 Waggons mit Baumaterial auf den Weg zu bringen.

Er bemühe sich ständig, die für das Generalgouvernement notwendigen Transporte zu ermöglichen. Der Kohlentransport während der vergangenen Monate habe sich zur Zufriedenheit abgewickelt: Warschau sei gut, Radom einigermaßen mit Kohle versorgt, während die Verbraucher an der Südstrecke, also Lemberg sehr schlecht mit Kohle hätten bedacht werden können. Neuerdings müsse man auch Kohlenzüge nach Rumänien fahren, um dafür genügend Öl für die Aktionen unserer U=Boot=Waffe freizubekommen.

Die Dringlichkeit der Transporte gehe nach folgenden Rangstufen vonstatten:

1. direkter Nachschub von Verpflegung, Munition und Material an die Ostfront

9.3.1942

2. Nachschub ins Generalgouvernement für die großen Lager und Reparaturwerkstätten der Wehrmacht

3. Nachschub von Betriebskohle nach dem Osten

4. Bauzüge für den Osten

5. Betriebskohle der Ostbahn und evtl. Bauzüge der Ostbahn

6. notwendige Züge für die Versorgung des Generalgouvernements
   (Saatgut, landwirtschaftliche Maschinen)

7. Transporte sonstiger Güter.

Der Personenverkehr - auch der Wehrmachtsverkehr - sei auf ein Minimum beschränkt. Seit Anfang Januar könnten die Polen nur noch aufgrund von in geringem Maße ausgegebenen Zulassungskarten die Bahnen benützen. Der Fälschung dieser Karten trete man durch Wechseln des Formates und der Farbe in Abständen von 2 Monaten entgegen.

Die Arbeit in den Werkstätten der Ostbahn, die in 3 Schichten vonstatten gehe, laufe zufriedenstellend. Monatlich würden ungefähr 140 Lokomotiven für den Osten instand gesetzt.-

Präsident Gerteis berichtet anschliessend von einer Unterredung mit dem Vertreter des Staatssekretärs Kleinmann über Fragen, die sich aus der Übernahme der Ostbahn durch die Reichsbahn ergäben. Aufgrund des Führer-Erlasses stehe vor allem noch die Frage offen, welche Organisation im Generalgouvernement /- in Zukunft gelten solle. /bezüglich der Ostbahn

Zur Regelung dieser Frage schlägt Präsident Gerteis dem Herrn Generalgouverneur eine Chefbesprechung vor, die der Herr Generalgouverneur in naher

Zukunft herbeiführen will. In Berlin zeige man sich bei den Verhandlungen sehr mißtrauisch, vor allem bestehe die Furcht, daß er, Präsident Gerteis, zu sehr generalgouvernementshörig werde.

Demgegenüber habe er daraufhingewiesen, daß seine Stellung unbedingt weiter in der Regierung des Generalgouvernements verankert sein müsse, da ihm ja sonst die Fühlungnahme zu den Entwicklungen genommen sei.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß das Generalgouvernement Eigentümerin der Ostbahn bleibe, daß die Ostbahn auch in Zukunft nach außen hin in Erscheinung trete und daß im Generalgouvernement die bisherige Regelung in Kraft bleibe.

16^2o Besprechung mit Präsident Dr. Senkowskij in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Eingangs erkundigt sich der Herr Generalgouverneur nach dem Ausgang eines Vorfalls, der sich zwischen Oberregierungsrat Frhr von Streit und Kammergerichtsrat Dr.Keith ereignet hat. Präsident Dr.Senkowski erklärt, daß ihm Oberst Fischer von der Beilegung dieses Zwischenfalles Kenntnis gegeben habe.

Staatssekretär Dr.Boepple führt aus, daß Oberregierungsrat von Streit die Ausdrücke "Denunziant, Lügner" mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen habe.

Der Herr Generalgouverneur will in diesem Zusammenhang im Laufe des Sommers von der Mitarbeit des Oberregierungsrats Frhr von Streit im Generalgouvernement Abstand genommen wissen. Im vorliegenden Falle wolle er nichts unternehmen. Nach Lage der Dinge sei die Behauptung des Frhr von Streit völlig abwegig.

9.3.1942

Präsident Dr.Senkowski erklärt,daß er nach Fertigstellung des Haushaltsplans in allen seinen Teilen auf die weiteren Dienste des Frhr von Streit verzichten könne. Ministerialrat Kluge habe selber zugegeben, daß ihm ein Abbau der Stellung von Streits notwendig erscheine.-

Präsident Dr. Senkowskij berichtet dann von der Fertigstellung des Haushaltsplans 1941. Der Etat des Haushalts sei in seinen Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 1.767 Millionen ausgeglichen. Für das Rechnungsjahr 1941 schlage er vor, im Ordentlichen Haushalt einen Betrag von 100 Millionen und im Außerordentlichen Haushalt einen solchen von 150 Mill. als Wehrbeitrag des Generalgouvernements aufzunehmen. Das Geld für diese Zwecke sei vorhanden.

Der Herr Generalgouverneur ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Die Einnahmeentwicklung auf dem Gebiete des Branntwein-Monopols bereite ihm, Präsidenten Senkowski, große Sorge. Nach der gegenwärtigen Situation müsse man schlimmstenfalls mit einem Einnahmeausfall von 142 Millionen rechnen. Die Monopolverwaltung habe bis jetzt von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft erst 1/8 des ursprünglich vereinbarten Kontingents erhalten. Er habe die Erzeugung von Branntwein radikal einschränken müssen. Das sei der Grund für die starke Kürzung, die er in der Versorgung der deutschen Bevölkerung, der privaten Likörherstellung und der Ausschankkonzessionen habe durchführen müssen. Auf der anderen Seite seien die Zuweisungen für die Wehrmacht erhöht worden. Die Direktion der Monopole beliefere auch das Gästehaus des Führers mit Spirituosen und Zigarren.

Neuerdings habe mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine Vereinbarung getroffen werden

9.3.1942

können, um gegen Lieferung von Wodka zusätzliche Kartoffelmengen zu bekommen. Aufgrund dieser Sachlage hoffe man, wenigstens eine Menge von 10 Millionen Litern erzeugen zu können. - Auf steuerlichem Gebiet beabsichtige er neue Maßnahmen zu ergreifen, die eine steuerliche Begünstigung der Deutschen, die sich wegen des vorhandenen Gefälles mit den Ostgebieten als notwendig erweise, bewirkten und eine zusätzliche Steuerbelastung der Polen zum Ziele hätten. Ab 1.April solle auf die Grundsteuer ein Kriegszuschlag erhoben werden, um den beim bäuerlichen Grundbesitz vorhandenen sehr starken Geldumlauf zu drosseln. Geplant seien beim Grundbesitz bis zu 50 Hektar ein Kriegszuschlag von 200 % und von 50 - 200 Hektar von 100 %; ausgenommen seien nur Betriebe, die von Deutschen bewirtschaftet würden, und Betriebe des Generalgouvernements. Infolge dieses Kriegszuschlags würde man mit einer Mehreinnahme von 150 Millionen Zloty rechnen können.

Eine weitere Änderung wolle er bei der Einkommensteuer durchführen, der zufolge die Deutschen des Generalgouvernements von der Einwohnerabgabe (Bürgersteuer) befreit würden, während die Polen einen 100 %igen Kriegszuschlag leisten müssten. Mit den erzielten Mehreinnahmen beabsichtige er den Ausgleichsstock der Gemeinden besser zu dotieren.

Der Herr Generalgouverneur ist mit diesen Maßnahmen, die ihm demnächst vorgelegt werden und am 1.April 1942 in Kraft treten sollen, einverstanden.

Zum Schluß macht Präsident Dr.Senkowski davon Mitteilung, daß die letzte Besprechung im Killi-Ausschuß negativ verlaufen sei. Man wolle eine Zulage von 40 - 120.-- Reichsmark gewähren, mit der sich das

9.3.1942

Generalgouvernement nicht einverstanden erklären könne; es müsse auf einer 50 %igen Gehaltszulage und der Beibehaltung der Beträge, die bisher vorgeschlagen worden seien, bestehen. Das entspreche ungefähr den Bezügen, die die Beamten des Ministeriums Rosenberg erhielten. Eine Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Killi-Ausschuß sei zwecklos.

Der Herr Generalgouverneur teilt Präsidenten Dr. Senkowski das Ergebnis einer Besprechung in dieser Frage mit Reichsminister Dr.Lammers mit, aufgrund deren eine Regelung dieser Frage zur Zufriedenheit der Generalgouvernements-Stellen in naher Zukunft liege. Er bitte Dr. Senkowski um Vorschläge.

17[lo] Besprechung mit General der Polizei SS-Obergruppenführer Krüger in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

18[3o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Dienstag, den 10.März 1942

9^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

9^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

10^{40} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

11^{10} Besprechung mit Ministerialrat Wille in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr.Bühler.

11^{40} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Dr.Boepple, Ministerialrat Wolsegger und Abteilungspräsident Bankdirigent Dr.Paersch.

Gegenstand der Besprechung ist die Währungslage des Generalgouvernements. In diesem Zusammenhang weist der Herr Generalgouverneur auf das rapide Sinken der Kaufkraft des Zloty hin.

Bankdirigent Dr.Paersch glaubt, einen Hauptgrund für die sinkende Kaufkraft des Zloty in dem Fehlen fast jeglicher Eigenproduktion im Generalgouvernement erblicken zu müssen. Zudem müsse der Umstand Berücksichtigung finden, daß der Wehrmacht große Zlotykontingente zugeteilt worden seien, die man ursprünglich für eine Besatzung von 400 000 Mann berechnet habe, während jetzt in Wirklichkeit vielleicht nur eine Besatzung von 80 000 Mann im Lande sei. Immerhin könne festgestellt werden, daß die Steigerungstendenz des Notenumlaufs etwas schwächer geworden sei. (Bankdirigent Dr.Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Tabelle darüber vor).

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu dem jüngst herausgegebenen Führererlaß über die Vereinfachung der Verwaltung Stellung genommen und die Frage behandelt, in welcher Weise diesem Erlaß durch entsprechende Maßnahmen für das Generalgouvernement Rechnung getragen werden kann.

10.3.1942

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang vor allem seinem Wunsche Ausdruck, daß die Regierungszentrale von allen Aufgaben befreit werde, die ebenso gut in den Distrikten erledigt werden könnten. Die Gesetzgebung des Generalgouvernements müsse von allen nebensächlichen Dingen befreit werden. Weiter hält es der Herr Generalgouverneur für dringend geboten, daß niemand fürderhin in die Regierung des Generalgouvernements berufen werde, der nicht zumindesten ein halbes Jahr lang in einem Kreise gearbeitet habe. Auch müsse die Zahl der in der Regierungszentrale arbeitenden jüngeren Kräfte wesentlich reduziert und diese für die Arbeit in den Kreishauptmannschaften und den Distrikten freigestellt werden.

Abschließend ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß bei den Besprechungen mit den Abteilungsleitern jeweils einer der Vertreter des Staatssekretärs Dr.Bühler, bei wichtigen Besprechungen dieser selbst anwesend zu sein habe.

12[10] Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Boepple.

Im Anschluß an die Mitteilung des Präsidenten Ohlenbusch, daß in letzter Zeit einige Sabotagefälle vorgekommen seien, wird kurz zu der Frage Stellung genommen, wie die Polen politisch zu behandeln seien. Dabei stellt der Herr Generalgouverneur den Gedanken in den Vordergrund,daß man nach wie vor mit den Polen als den Todfeinden des Deutschtums rechnen müsse. Wenn also auch künftighin jegliche Vorsicht und gebotene Strenge gegenüber den Polen am Platze seien, so schließe das nicht aus, daß andererseits auch Möglichkeiten einer vernünftigen Auseinandersetzung mit loyalen Polen gesucht werden müßten. Er habe deshalb den früheren polnischen Gesandten Wysocki aufgrund einer ausdrücklichen Empfehlung des

10.3.1942

des Führers bei sich empfangen und mit ihm /über/ gewisse Fragen von politischer Bedeutung, so z.B. über die Widerstandsbewegung, gesprochen. Er werde sich von diesem Wege auch nicht durch irgendwelche Kritik, die im Reiche geübt werde, abhalten lassen, sondern sei festentschlossen, diese seine Politik aufrecht zu erhalten.

Präsident Ohlenbusch erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß es nunmehr möglich sei, den Polen und Ukrainern nach Fertigstellung geeigneter, nur für den Sendebereich des Generalgouvernements bestimmter Radiogeräte die Teilnahme am Rundfunk zu gestatten.

Präsident Ohlenbusch berichtet sodann dem Herrn Generalgouverneur von den Arbeiten, die zur Zeit von der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda durchgeführt würden.

12^{35} Besprechung mit Oberst Fischer in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Rittmeister Schattenfroh.

13^{10} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Gewerbesteuer-Verordnung
2. einer Verordnung über die Gewährung von Kinderbeihilfen an Deutsche im Generalgouvernement
3. einer Verordnung über die Besteuerung von eingezogenen und beschlagnahmten Vermögen

10.3.1942

4. einer Verordnung über die Benutzung von Personenkraftwagen

vor. Die Entwürfe werden von dem Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß das Verordnungsblatt nunmehr auch auf die deutsch-ukrainische Sprache umgestellt worden sei.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Mittwoch, den 11.März 1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs im Regierungsgebäude zu Krakau.

10^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

10^{35} Regierungssitzung

(Protokoll s.Beiakten)

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 12.März 1942

11^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{35} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

11^{55} Besprechung mit Gouverneur Kundt.

12^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler.

12^{40} Besprechung mit Gesandten a.D. Rümelin in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Bühler.

Gesandter a.D.Rümelin berichtet dem Herrn Generalgouverneur über die Verhältnisse bei den Werken des Generalgouvernements. Er legt über die endgültige Organisation der Werke des Generalgouvernements A.G. einen Plan vor, der die vier Gruppen: Ostenergie, eine Industrie-A.G. Ost, eine Bergwerks- und Hütten A.G. Ost und die Eisenwerke Ost vorsieht. An der Spitze der einzelnen Unterkonzerne werde ein Generaldirektor und ein kaufmännischer Direktor stehen. Diese Direktoren bildeten ihrerseits den Vorstand der Hauptgruppe der Werke des Generalgouvernements A.G.. Sie würden im Vorstand ehrenamtlich tätig sein, während die Besoldung von den Unterkonzernen übernommen werde.

Gesandter a.D.Rümelin hält es für richtig, daß die einzelnen Werke endlich von der Treuhandgesellschaft an die Werke des Generalgouvernements A.G. übertragen würden. Die Treuhandgeschichte dürfe kein Dauerinstitut werden.

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt hierzu, daß man im Reich entschieden dagegen sei, daß die Treuhandgesellschaft im Hinblick auf die Bereitstellung von Unternehmungen und Geschäften an die Kriegsteil-

nehmer heute schon Objekte aus der Hand gebe. Seiner Ansicht nach seien aber die dafür vorgebrachten Einwände nicht stichhaltig; denn eine Reservierung von kleineren Betrieben und auch von größeren Unternehmungen komme für die Kriegsteilnehmer nicht infrage. Bei den mittleren Unternehmungen sei das nur bedingt der Fall.

Der Herr Generalgouverneur ist mit den Vorschlägen des Gesandten a.D. Rümelin einverstanden.

15^{40} Vorführung der neuesten Wochenschau, des Ufa-Kulturfilms "Die Königsstadt Krakau" und des Films:

"Quax der Bruchpilot".

19^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/9 Krakau

Freitag, den 13.März 1942

17^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

17^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

18^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler

19^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Bühler und des SS-Obergruppenführers Generals der Polizei Krüger den

Reichsführer SS H i m m l e r.

19^{20} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsführer SS Himmler, Staatssekretär Dr.Bühler und SS-Obergruppenführer Krüger

20^{30} A b e n d e s s e n aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler. An diesem Essen nehmen u.a. teil: SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr.Boepple, Hauptabschnittsleiter Stahl, Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt,Ministerialrat Wolsegger, Gouverneur Dr.Wendler, Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert, Regierungsdirektor Dr.Hermann.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Lieber Parteigenosse Himmler! Ich habe die große Freude und Ehre, Sie im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements, insbesondere der Regierung und aller Diensttuenden hier im Lande wieder einmal auf's herzlichste zu begrüßen. Wir freuen uns sehr, daß Sie trotz Ihrer ungeheuren verantwortungsreichen Aufgaben, die Sie für Führer und Volk zu erfüllen haben, die Zeit fanden, dem Generalgouvernement, dem Nebenlande des Großdeutschen Reiches, einen Besuch zu

13.3.1942

machen. Das ist umso erfreulicher, als es aufgrund der Erfahrungen, die Ihre Männer im Lande und die wir in der Regierung und der Verwaltung gemacht haben, nunmehr heute geglückt ist, zu einem endgültigen vollen Übereinkommen über die Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung zu kommen. So kann denn nun in gemeinschaftlicher Arbeit dieses letzte Problem des Aufbaues einer nationalsozialistischen modernen Ordnung entgegen den Traditionen eines mittelalterlich-barocken bürokratischen Wesens, die dem Hörensagen nach da und dort im Reiche noch vorhanden sein sollen, gelöst werden.

Ich erinnere mich als Generalgouverneur bei dieser Gelegenheit mit besonders herzlicher Dankbarkeit der hervorragenden Leistungen, die die Männer aus Ihrem Geist und aufgrund der von der SS und Polizei gegebenen Richtlinien hier vollbracht haben. Eine ganze Anzahl bester Kameraden der Polizei und der SS hat den Dienst für Führer und Reich mit dem Leben besiegelt, hingemordet von einem Volkstum, das wir im Interesse der Besiedlung dieses Landes durch das Deutschtum für alle Zukunft zurückzudrängen haben. Den Kameraden, die hier im Kampf für unser Deutschland unter den Streichen der mörderischen Schergen des Polackentums gefallen sind, gebührt unser aller Dank. Ihrer können wir mit dem gleichen stolzen Gefühl danken wie den gefallenen Frontkämpfern. Auch diese Männer sind in vorderster Front für Führer und Reich gestorben.

Seien Sie überzeugt, Reichsführer, daß es mein persönliches wie das Bemühen aller Mitglieder der Regierung und der Dienststellen von Partei und Staat sein wird, Ihnen im Generalgouvernement einen Stützpunkt für die große Ihnen übertragene Reichsaufgabe

zu schaffen. Ich weiß es von der Aussprache, die wir eben hatten, daß Sie, Reichsführer, andererseits auch mir helfen wollen, die Autorität des Reiches im Generalgouvernement aufzubauen. Und so kann ich denn fest überzeugt sein, daß sich aus dem Gleichklang der Arbeit von Staat, Partei, SS und Polizei das große Gemeinschaftswerk schöner und glücklicher entfalten wird, als wir das jemals haben erwarten können.

Wir stehen entsprechend dem Befehl des Führers im Generalgouvernement ausgerichtet und haben die Totalität unserer Energien auf den Dienst an der Front im Osten eingestellt. Die ernstesten Stunden in diesem Ostringen stehen uns bevor. Ehe diese Stunden hereinbrechen, sind Sie, Parteigenosse Himmler, nochmals zu mir gekommen. Ich danke Ihnen für diesen Besuch, ich danke Ihnen auch, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihnen meine Sorgen und Nöte vorzutragen. Seien Sie überzeugt, daß aus diesem Besuch ein Segen für unser beider gemeinschaftliches Werk ersprießen wird.

Man spricht viel davon, daß meine persönliche Auffassung, die auf dem Gebiet des Rechtes liegt, da und dort als divergierend bezeichnet wird zu manchen Erscheinungen, die die Notwendigkeiten dieser Zeit hervorrufen. Ich weiß aber, daß der Punkt 19 des Parteiprogramms, der von der Schaffung eines gemeindeutschen Rechts spricht, von Ihnen genau so vertreten wird wie von mir, wie ich andererseits auch den Grundsatz vertrete, daß es in den Notzeiten, die wir jetzt erleben, geboten ist, um des formalen Rechtes willen nicht ein Unrecht hinzunehmen. Denn es kann ja immer nur um ein Ziel gehen, den Krieg des Führers und des Reiches und des deutschen Volkes zu gewinnen.

13.3.1942

Daher ist es klar, daß sich auch auf diesem Gebiete unsere Zusammenarbeit in alter kameradschaftlicher Aufgeschlossenheit vollziehen muß.

Mit einer gewissen Ergriffenheit gedenke ich an dieser Stelle der Zeit, da wir uns auf dieser alten polnischen Burg zum ersten Mal als die ältesten Mitkämpfer des Führers hier im Osten wie sooft in den schwersten Stunden des Kampfes der Bewegung zusammengefunden haben. Das ist für mich, der ich vom Führer an diese verantwortungsvolle Stelle gesetzt bin, ein glückverheißendes Zeichen und ein beruhigendes Empfinden in meiner Arbeit. Ich bitte Sie, Parteigenosse Himmler, sich uns auch ferner in diesen Tagen von weltgeschichtlicher Bedeutung zur Verfügung zu stellen.

Ich erhebe mein Glas und bitte Sie, meine Herren, mit mir auf das Wohl des Herrn Reichsführers SS zu trinken.

Reichsführer SS Himmler erwidert mit folgenden Worten:

Lieber Parteigenosse Frank! Sie haben mich vorhin so freundlich willkommen geheißen. Ich darf Ihnen in meinem eigenen wie im Namen meiner Männer unseren Dank dafür sagen, daß Sie uns wie immer so kameradschaftlich und gastfreundlich aufgenommen haben.

Wir haben uns heute und auch schon kürzlich über eine ganze Anzahl von Dingen unterhalten, die ja nicht erst unsere Zeit bewegen. Unsere Geschichte lehrt uns, daß das Deutsche Reich stets der Traum und die Sehnsucht unseres Volkes war. Dieser Traum war einst verlorengegangen, ist nun aber wiedergewonnen worden, und die Sehnsucht hat ihre Erfüllung

13.3.1942

gefunden. Das wollen wir nun für alle Zeiten festhalten. Die Geschichte lehrt uns aber auch, daß das Problem der Reichsgewalt und der notwendigen Territorialgewalt ein uraltes Streitproblem gewesen ist, über das sich die Besten jeder Generation unterhalten haben. Darum ist es nicht gar so verwunderlich, daß auch wir uns als Söhne unserer Zeit in der Praxis draußen im Lande bei den verschiedenen Maßnahmen, die wir zu ergreifen haben, da und dort über dieses Problem aussprechen müssen.

Wir haben es auch diesmal getan. So wie Sie, Parteigenosse Frank, bin auch ich davon überzeugt, daß diese beiden Unterhaltungen nicht nur für das Generalgouvernement, sondern auch insgesamt unendlich fruchtbar waren. Wie wir Männer der SS und Polizei von Anfang Träger des Reichsgedankens waren, was ja bei alten Nationalsozialisten selbstverständlich ist, so waren auch Sie als Reichsleiter es, seit dem Tage, da Sie in die Bewegung eintraten. Für uns als Exekutive, als Männer der SS und Polizei gilt es, unseren Stolz darein zu setzen, daß wir dem Statthalter des Reiches, den der Führer eingesetzt hat, - er heißt hier Generalgouverneur, in einem anderen Lande heißt er Reichsprotektor, in einem von Deutschland mit der Gewalt des Reiches eroberten, unterworfenen, besetzten Gebiet heißt er Reichskommissar, - daß wir diesem Träger der Reichsgewalt nicht nur zur Seite stehen, sondern alles daran setzen, diese Vertretung der Gewalt des Reiches zu unterstützen, zu stützen und nach außen und innen zu wahren.

Alte Parteigenossen werden, wenn sie sich offen aussprechen, auch über Schwierigkeiten hinweg immer zu einem Ergebnis kommen. Wir sind über manche Reibungen, die immer wieder einmal gerade zwischen - ich möchte sagen - alten Kämpfern auftreten, hinweggekommen. Wir sind ja nun einmal als Nationalsozia-

13.3.1942

listen immer Kämpfer; wir vertreten unsere Meinung sehr scharf, sehr gerade und sehr richtig. Das wird immer vorkommen. Wenn man sich dann aber so ausspricht, wird man schon einem zu Ergebnis gelangen. Wir haben ja alle die Verpflichtung, jede Kraft, die heute überhaupt nur irgendwo im deutschen Volk und Reich vorhanden ist, zusammenzufassen und jede Reibung, jede Angriffsfläche, jede Unebenheit und jede Unschönheit zu beseitigen, damit alle Kräfte dieses 85 Millionen-Volkes der Deutschen, damit auch alle Kräfte der von uns beherrschten Völker nur dem einen Ziel dienen können, der Erringung des Sieges. Wir sind umso mehr dazu verpflichtet, nur dieses Ziel im Auge zu haben, wenn wir an unsere Männer draußen, wenn wir an den deutschen Soldaten denken, der heute in dieser unvorstellbaren Art in der eisigen Kälte des Ostens von Murmansk bis nach Taganrog herunter im Kampfe steht. Gerade wir Männer der SS und Polizei haben unseren toten und verwundeten Kameraden gegenüber die Verpflichtung, in uns jede, auch die letzte Kraft zu mobilisieren, die in unserem Willen, unserm Können, unserm Körper und Geist steckt.

Ich muß manchmal, was ja auch nicht unbekannt sein wird, das eine oder andere Gebiet von Kräften entblößen, weil sie anderswo gebraucht werden. Dann müssen eben die anderen Mannschaften statt 10 14 Stunden Dienst tuen; dann macht eben der Mann zweimal am Tage Dienst. Deutschland darf nicht um das geringste weniger stark sein. Der Mann an der Front bringt viel größere Opfer und hat ein viel härteres Los zu tragen. Von meiner Stelle aus kann ich übersehen, welche Opfer da gebracht werden. Ich nehme ein solches Wort nicht leicht in den Mund. Wenn ich mir die Heldentaten unserer Divisionen der Waffen-SS ansehe und mir den Todesgang so manchen Regiments vergegenwärtige, dann fühle ich mich verpflichtet, alle die, die unseren Rock tragen, immer

wieder aufzurufen, immer wieder das letzte von ihnen zu verlangen, damit sie selber das möglichste tun, um jede Beeinträchtigung der Gesamtkraft Deutschlands, die ich an irgendeiner Stelle sehe, zu beseitigen.

Als Parteigenosse Dr.Frank und ich uns nun ausgesprochen hatten, habe ich auch diesmal wieder die erste Gelegenheit ergriffen, in dieses Gebiet zu kommen, das wiederum das Aufmarschgebiet für neue große Kämpfe sein wird. Denn durch dieses Land geht ja der Aufmarsch, der Weg und der Transport an die Front. Darum ist dieses Gebiet auch als Lebens ader so notwendig und wichtig, und in heiliger Verantwortung beider Teile muß die letzte Kraft mobilisiert werden, die Deutschland braucht.

Letzten Endes dienen wir ja alle nur dem einen Mann, den das Schicksal einmal in Jahrtausenden dem germanischen Volk geschickt hat, dem Führer Adolf Hitler, dem Mann, der allein fähig war, die schweren Monate dieses Winters mit seiner Willenskraft zu meistern, wie es keiner anderen menschlichen Willenskraft und Stärke gelungen wäre. Er allein ist fähig, diesen Riesen von Untermenschen in Gestalt Sowjetsrußlands niederzuwerfen. Er allein wird fähig sein, dieses germanische Reich als gottgewollte Fortsetzung des Deutschen Reiches, das einmal das Endziel der Sehnsucht und des Wollens der Germanen war, zu bauen. Wir können nur eines tun: diesem Mann mit Willen, Geist, Verstand und mit dem letzten Blutstropfen und mit unserem Herzen angehören. Wenn wir das tun, dann dienen wir unserem ewigen Volk, dann dienen wir dem germanischen Reich.

Meine Herren, ich darf Sie bitten, Ihr Glas zu erheben und des Mannes zu gedenken, dem unser Leben gehört, dem Führer Adolf Hitler.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

Krakau

Sonnabend, den 14.März 1942

10^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner

10^{55} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple, Ministerialrat Wolsegger und Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert.

Der Herr Generalgouverneur führt aus, daß die gestrige Besprechung mit Reichsführer SS Himmler und SS-Obergruppenführer Krüger in den wesentlichen Punkten im Sinne der Regierung des Generalgouvernements verlaufen sei. Streitig seien noch geblieben

1. die Frage, wie die Polizeiabteilung in die Regierung eingegliedert werden soll,
2. die Volkstumsfrage
3. die Frage, ob es SS-Obergruppenführer Krüger den gleichen Rang wie Staatssekretär Dr.Bühler einnehmen soll.

Die Volkstumsfrage könne nicht als zur Zuständigkeit der Polizei gehörend angesehen werden. - Was die Stellung des SS-Obergruppenführers Krüger angehe, so unterstehe er im Falle der Abwesenheit des Generalgouverneurs dem Staatssekretär Dr.Bühler. Weiter bestehe Klarheit darüber, daß SS-Obergruppenführer Krüger mit seinem Staatssekretariat Bestandteil der Regierung sein werde, und zwar unter der Bezeichnung: Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär für das Sicherheitswesen. - Die SS- und Polizeiführer bei den Gouverneuren unterständen diesen befehls- und weisungsgemäß. Der Kreishauptmann verfüge befehls- und weisungsgemäß über die Gendarmerie in seinem Kreise.

14.3.1942

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zur der Frage Stellung genommen, in welcher Weise SS-Obergruppenführer Krüger künftig als Staatssekretär mit seiner Dienststelle in die Regierung des Generalgouvernements einrangiert werden soll.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr.Boepple,zusammen mit Ministerialrat Wolsegger und Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten und ihm vorzulegen.

11^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

12^{55} Fortsetzung der Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple, Ministerialrat Wolsegger und Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert.

13^{10} F r ü h s t ü c k

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

In Haus Kressendorf hat der Herr Generalgouverneur Besprechungen mit Geheimrat Rattinger, Professor Karlinger und dem Direktor des Ostinstituts Dr.Coblitz.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 15.März 1942

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

10^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Heldengedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof in Rakowice.

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf).

9 Krakau

Montag, den 16.März 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

/9

Krakau

Dienstag, den 17.März 1942

10^{25} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{30} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr.Frauendorfer

Dr.Frauendorfer macht dem Herrn Generalgouverneur davon Mitteilung, daß der Generaldirektor Budin von den Hasag-Werken beabsichtige, angesichts des Mangels an Rüstungsarbeitern im Reich von den in den Werken Skarzysko-Kamienna beschäftigten Arbeitern etwa 2 000 der deutschen Rüstungsindustrie zur Verfügung zu stellen. Generaldirektor Budin beruft sich darauf, daß er für die Werbung von Arbeitern im Generalgouvernement die Zustimmung des Reichsarbeitsministers, des OKH und der Rüstungsinspektion habe. Auf die von Generaldirektor Budin ins Werk gesetzten Werbungen hätten sich nicht genügend Arbeiter gemeldet, und nun wolle Budin diese 2 000 Arbeiter, unter ihnen 800 Frauen, einfach aus dem Betrieb heraus verhaften und nach Deutschland bringen. Er habe selbstverständlich die schwersten Bedenken gegen einen solchen Plan, und auch Präsident Bauder stimme ihm, Dr.Frauendorfer, darin vollkommen bei.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich auf das entschiedenste gegen die Durchführung dieses Planes und ist gewillt, den Generaldirektor Budin gegebenenfalls wegen Sabotage der Arbeit des Generalgouvernements ausweisen zu lassen. Er werde den Generaldirektor Budin notfalls für den aus einer solchen Maßnahme entstehenden Schaden voll verantwortlich

17.3.1942

machen.

Der Herr Generalgouverneur weist Hauptabteilungspräsident Frauendorfer an, dem Generaldirektor Budin eine entsprechende Mitteilung zugehen zu lassen und auch Ministerialdirektor Gritzbach über die Sachlage in Kenntnis zu setzen.

11^{45} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Zu dieser Besprechung werden später die Hauptbannführer Heß und Fröschle hinzugezogen.

12^{00} Besprechung mit SA-Oberführer Peltz in Gegenwart des Hauptabschnittsleiters Stahl

Der Herr Generalgouverneur macht zunächst Mitteilung davon, daß aufgrund eines zwischen ihm und dem Reichsführer SS Himmler getroffenen Übereinkommens nunmehr ein von SS-Obergruppenführer Krüger geleitetes Staatssekretariat für das Sicherheitswesen eingerichtet werde. Nach den getroffenen Vereinbarungen unterstehe SS-Obergruppenführer Krüger nunmehr dem Generalgouverneur, in seiner Abwesenheit dem Staatssekretär Dr.Bühler. Weiter unterständen nach dieser Neuregelung die SS- und Polizeiführer in den Distrikten den Gouverneuren, wie auch die Kreishauptmänner nunmehr ein Weisungsrecht gegenüber der Gendarmerie haben sollten. Diese Neuregelung werde noch genau formuliert und sodann von ihm unterzeichnet und bestätigt werden. Aufgrund dieser Neuordnung werde dann die einheitliche Führung des Generalgouvernements durch den Generalgouverneur auch hinsichtlich

der Polizei gewährleistet.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dann der Frage zu, wann und in welcher Weise die Wehrschützenbereitschaft aufgestellt werden solle. Dagegen, daß sie dem Höheren SS- und Polizeiführer unterstehen solle, habe er nichts einzuwenden. Bei der Aufstellung dieser Wehrschützenbereitschaften dürfe es nicht wie im Reiche zu irgendwelchen Eifersüchteleien zwischen den Gliederungsführern der SS und SA kommen. Man müsse deshalb die Entwicklung dieser Dinge mit Vorsicht beobachten, und vor allem müsse der Grundsatz herrschen, daß die Einheit der Partei darunter nicht leiden dürfe. Daß der Ausbau solcher Wehrschützenbereitschaften unbedingt notwendig sei, bedürfe keiner Erörterung. Ob es schon in baldiger Frist möglich sein werde, den Wehrschützbereitschaften Waffen, Uniform und geeignetes Führerpersonal zur Verfügung zu stellen, sei noch ungewiß.

SA-Oberführer Peltz weist in diesem Zusammenhang daraufhin, daß in einem Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Krüger den SS-Angehörigen die Teilnahme an den Wehrschützenbereitschaften verboten worden sei.

Hauptabschnittsleiter Stahl hält es für notwendig, über diese Frage in Verhandlungen mit SS-Obergruppenführer Krüger einzutreten und ihn zur Zurücknahme des Befehls zu veranlassen.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß es nicht schwer sein werde, hier eine Einigung herbeizuführen, da ja nunmehr SS-Obergruppenführer

17.3.1942

Krüger als Mitglied der Regierung des Generalgouvernements die einheitliche Linie der Politik des Generalgouvernements einzuhalten habe.

Hauptabschnittsleiter Stahl hält es für geboten, einen engeren Führerrat der Partei zu schaffen, in dem auch die Gliederungsführer vertreten sein müßten. Dieser Führerrat könnte zur Beilegung von Streitigkeiten und Ausschaltung von Mißverständnissen jeweils von dem Herrn Generalgouverneur einberufen werden.

SA-Oberführer Peltz bemerkt, daß er über die Frage der Schießausbildung der Angehörigen der Wehrschützenbereitschaften bereits mit Vertretern der Wehrmacht Besprechungen gehabt habe, die zufriedenstellend verlaufen seien, nachdem er daraufhingewiesen habe, daß Waffen lediglich zur Ausbildung zur Verfügung ständen, nicht aber den Mannschaften selbst in die Hand gegeben würden. Entgegen seiner Anweisung habe man in den Distrikten bereits mit dem Dienst in den Wehrschützenbereitschaften begonnen, was andererseits aber als ein durchaus erfreuliches Zeichen gewertet werden könne.- Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Arbeit der Wehrschützenbereitschaften bald möglichst aufgenommen werde. Er sei gewillt, neben den Wehrschützenbereitschaften auch den Sonderdienst beizubehalten.

Hauptabschnittsleiter Stahl legt großes Gewicht darauf, daß sich die Arbeit der Wehrschützenbereitschaften im Rahmen der Partei vollziehe. Die Partei dürfe unter keinen Umständen darunter leiden.

17.3.1942

SA-Oberführer Peltz teilt weiter mit, daß er zur Zeit damit beschäftigt sei, die SA-Männer des Generalgouvernements zu erfassen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine volle Zustimmung dazu und erklärt sich auf eine Frage des SA-Oberführers Peltz bereit, gerade mit Rücksicht auf den Umstand, daß sich die SS vom Dienst in der Wehrschützenbereitschaft fernhalten wolle, der SA im Generalgouvernement die Führung der Wehrschützenbereitschaften zu übertragen. Diese Entscheidung werde ihm umso leichter, da er ja selber als Obergruppenführer der SA angehöre.

Der Herr Generalgouverneur beraumt für den nächsten Donnerstag eine nochmalige Besprechung der Frage der Wehrschützenbereitschaften an.

12^{30} Besprechung mit Vizepräsident Fatken

15^{30} Besprechung mit Dr.Pfeifer, Geschäftsführer des NS-Rechtswahrerbundes

16^{00} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger

Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Befugnisse und Stellung des SS-Obergruppenführers Krüger wird zu der Frage des Sonderdienstes Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur will den Sonderdienst unter allen Umständen aufrecht erhalten wissen, jedenfalls solange, wie den Kreishauptmännern nicht das Kommando über die Gendarmerie übertragen worden sei. Dr.Hammerle führe den Sonderdienst nach wie vor im Namen des Generalgouverneurs, und Weisungen an den

17.3.1942

Sonderdienst würden in Zukunft mit SS-Obergruppenführer Krüger abgestimmt werden. Davon müsse auch den Kreishauptmännern und den Gouverneuren Mitteilung gemacht werden.

Weiter macht der Herr Generalgouverneur davon Mitteilung, daß nach Aufstellung eines SS-Sturmbannes nunmehr auch zwei SA-Standarten mit etwa 7 000 SA-Männern im Generalgouvernement aufgestellt werden sollten.

In der Angelegenheit der Zentralkammer im Generalgouvernement beraumt der Herr Generalgouverneur eine Besprechung an, an der Staatssekretär Dr.Boepple, Ministerialdirigent Dr.Emmerich, Ministerialrat Plodeck und andere interessierte Persönlichkeiten teilnehmen sollen.

Der Herr Generalgouverneur weist dann noch Ministerialrat Wolsegger an, dem Gouverneur Dr.Fischer mitzuteilen, daß er, der Herr Generalgouverneur, ihn ersuchen lasse, seine Klagen gegen Mitglieder der Regierung, die er in der letzten Regierungssitzung vorgebracht habe, genau zu spezialisieren.

Der Herr Generalgouverneur trifft abschließend folgende Anordnung:

1. Im Hinblick auf die zwischen dem Generalgouverneur und dem Reichsführer SS geführten Verhandlungen und das in ihnen getroffene Übereinkommen ist unverzüglich eine Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger durchzuführen

2. die Fragen des Sonderdienstes und der Wehrschützenbereitschaften bleiben Verhandlungen zwischen dem Generalgouverneur und dem Reichsführer SS vorbehalten

3.

17.3.1942

3. angesichts der Klagen der Reichsdeutschen über die schlechte Brotqualität, die mangelnde Gemüseversorgung, die schlechte Behandlung von Deutschen in deutschen Geschäften wird eine Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu anberaumt In dieser Besprechung soll auch die Wohnungsfrage erörtert werden.

16[25] Besprechung mit Finanzpräsident Dr.Senkoswky

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage der Zentralkammer für die gesamte Wirtschaft. Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit gegen eine Aufblähung dieses Apparats der wirtschaftlichen Selbstverwaltung und gegen die Bestrebungen des Präsidenten von Gregory, der offenbar alle möglichen Aufgaben des Wirtschaftssektors an sich ziehen wolle.

Präsident Dr.Senkowsky weist in diesem Zusammenhang auf den unmöglichen Zustand hin, daß Deutsche, Polen und Ukrainer in den der Zentralkammer unterstehenden Distriktskammern vereinigt seien.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Besprechung dieser Angelegenheit für Sonnabend, den 21.März 1942 an.

Präsident Dr.Senkowsky teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß das Reichsfinanzministerium vorerst von Festlegungen für künftige Haushaltsjahre

absehen wolle, aber für das Haushaltsjahr 1941 vom Generalgouvernement eine Summe von 250 Millionen Reichsmark verlange. An sich werde man gegen diese Forderung nichts einzuwenden haben, doch bestänen immerhin Bedenken, schon jetzt diese 250 Millionen Reichsmark in Berlin anzugreifen, weil dadurch die Währungsfrage irgendwie berührt werden könnte.

Weiter teilt Finanzpräsident Dr.Senkowsky mit, daß Ministerialrat Burmeister die Gewährung einer Dienstaufwandsentschädigung beanstandet und sich für diese seine Stellungnahme auf mit Präsident Spindler getroffene Vereinbarungen berufe.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß man es von seiten des Reichsfinanzministeriums für geboten halte, sich in dieser Weise in die Angelegenheiten des Generalgouvernements zu mischen. Angesichts der Selbständigkeit der Finanzverwaltung des Generalgouvernements sei auch Ministerialrat Burmeister gar nicht berechtigt, von einem zwischen ihm und Finanzpräsident Spindler getroffenen Übereinkommen zu sprechen.

Auf den Hinweis des Finanzpräsidenten Dr.Senkowsky, daß das Reichsinnenministerium den Einbau des Haushalts der Polizei in den Haushalt des Reiches verlange, bemerkt der Herr Generalgouverneur, daß er nur solche Maßnahmen anerkennen werde, die von seiten der Regierung des Generalgouvernements mit der Polizei vereinbart seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang dem Präsidenten Dr.Senkowsky Kenntnis von der Neuordnung der Stellung der Polizei im Generalgouvernement und von der geplanten Einrichtung eines

17.3.1942

Staatssekretariats für das Sicherheitswesen mit den sich daraus ergebenden Folgerungen.

17^{30} Filmvorführung im Großen Saal der Burg

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

/9

Krakau

Mittwoch, den 18.März 1942

9^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

10^{20} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

10^{30} Arbeitstagung der Distriktsstandortführer und der Amtswalter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg zu Krakau

(Protokoll s.Beiakten)

Am Schluße der Arbeitstagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen!

Ich bin eigentlich sehr glücklich über den Verlauf dieser Arbeitstagung, insbesondere angesichts des Umstandes, daß wir uns hier in einer der schwersten Vorbereitungszeiten eines der gewaltigsten Kriegsabschnitte, der vor uns steht, zu einer so schönen, harmonisch[illegible] verlaufenen Arbeitstagung zusammengefunden haben.

Ich darf mich zunächst der angenehmen Pflicht unterziehen, Sie, Parteigenosse Seekamp von der Parteikanzlei, herzlich zu begrüßen. Mein Gruß gilt auch dem Parteigenossen Fröschle, dem neuen HJ-Führer im Generalgouvernement.

Die Aufgaben, die Sie heute in Ihren Referaten umrissen haben, sind im allgemeinen diejenigen, die uns von der Zeit her aufgegeben worden sind. Lassen Sie mich kurz etwas von dieser Zeit sagen. Nehmen Sie einmal an: vor einer Viertelstunde wäre ein Mann in unsere Mitte getreten, der heute früh in einem Flugzeug von der Front etwa bei Kertsch ge-

/9

Krakau

Mittwoch, den 18.März 1942

9^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

10^{20} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

10^{30} Arbeitstagung der Distriktsstandortführer und der Amtswalter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg zu Krakau

(Protokoll s.Beiakten)

Am Schluße der Arbeitstagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Parteigenossen!

Ich bin eigentlich sehr glücklich über den Verlauf dieser Arbeitstagung, insbesondere angesichts des Umstandes, daß wir uns hier in einer der schwersten Vorbereitungszeiten eines der gewaltigsten Kriegsabschnitte, der vor uns steht, zu einer so schönen, harmonisch verlaufenen Arbeitstagung zusammengefunden haben.

Ich darf mich zunächst der angenehmen Pflicht unterziehen, Sie, Parteigenosse Seekamp von der Parteikanzlei, herzlich zu begrüßen. Mein Gruß gilt auch dem Parteigenossen Fröschle, dem neuen HJ-Führer im Generalgouvernement.

Die Aufgaben, die Sie heute in Ihren Referaten umrissen haben, sind im allgemeinen diejenigen, die uns von der Zeit her aufgegeben worden sind. Lassen Sie mich kurz etwas von dieser Zeit sagen. Nehmen Sie einmal an: vor einer Viertelstunde wäre ein Mann in unsere Mitte getreten, der heute früh in einem Flugzeug von der Front etwa bei Kertsch ge-

18.3.1942

kommen wäre. Dieser Mann würde uns davon erzählen, daß seit vier oder fünf Tagen ununterbrochen ein Trommelfeuer von Granaten jeglichen Kalibers auf eine Stellung ergeht, die von deutschen Mannschaften seit Wochen und Monaten ohne eigentliche echte Ablösung gehalten werden muß, und zwar unter den furchbarsten Umständen und unter wirklich erschütternden Verlusten menschlicher und materialmäßiger Art. Da müssen wir bedenken, daß wir vor einem solchen Mann bestehen könnten. Wir könnten ihm sagen: freilich, der Kampf, den du draußen führst, geht unter ganz anderen Bedingungen vor sich; er vollzieht sich nicht in einem wohlgemessenen Raum angesichts schöner Gemälde, nicht in einer gewissen Sicherheit, daß man wenigstens noch den Abend erleben wird. Wir könnten aber von unserem Standpunkt aus sagen: weil wir das Generalgouvernement von 1939 an entgegen allen Versuchen, dieses Gebiet völlig zu zertrümmern, zu einem Aufbaugebiet gemacht haben, ist es auch möglich gewesen, den Aufmarsch 1941 so vorzutreiben, daß heute die Front im Osten steht. Das Generalgouvernement hat sich dadurch - das hat mir der Führer im Juni 1942 gesagt - ein weltgeschichtliches Verdienst erworben. So können wir denn bestehen, wir können es allgemein vor allem deshalb, weil sich die Partei hier im Lande so fest etabliert hat. Ich darf ruhig sagen: was wir heute von Schwierigkeiten gehört haben, was sich uns an Problemen zeigt, das hängt nicht mit der Partei, der Organisation der Partei oder der Idee der Bewegung zusammen, sondern mit den Schwierigkeiten des Krieges und den unerhörten Problemen der Auseinandersetzung mit anderen Erscheinungen; es hängt mit dem Menschenmangel, mit dem Mangel an Qualitäten der Menschen zusammen, die wir hier haben. Die Partei aber hat im Generalgouvernement die Unsterblichkeit der Idee des Führers erwiesen. Denken Sie sich die Partei aus

diesem Gebiet weg, dann hätten Sie den völlig seelenlosen Mechanismus einer Verwaltung. Daraus können Sie auch erkennen, was etwa Militärverwaltungen im politischen Sinne in besetzten Gebieten bedeuten. Das hätten wir hier, wenn wir die Partei nicht hätten.

Es geht eben nicht an, einen Staat zu gründen, ohne daß man von Anfang an diesem Staat eine weit über das Materielle hinausgehende Idee mit auf den Weg gibt. Es ist nicht damit abgetan, einen Staat gründen oder verwalten zu wollen. Was will ich mit diesem Staat? Er ist doch nur ein Mittel zum Zweck, eine technische Apparatur, ein Aggregat von Einrichtungen und Zuständigkeiten, eine Ordnung von Befehlsorganisationen, die aber ~~nicht~~ einem höheren Zweck unterstellt sein müssen. Dieser höhere Zweck kann nicht die Wehrmacht sein. Es ist nicht richtig, wenn hier im Anfang etwa gesagt wurde: es braucht nur verwaltet zu werden. Wenn das das Prinzip wäre, dann wäre es nicht möglich, von einem Aufbau zu reden. Wir erleben es ja in manchen Gebieten, die von der Wehrmacht verwaltet sind. Was ist dort in den zwei Jahren geschehen, was ist dort an deutschen Häusern aufgebaut, an deutschen Einrichtungen geschaffen worden? Wir können also mit Fug und Recht angesichts der Ergebnisse der heutigen Sitzung als große Erkenntnis wieder einmal feststellen: die Partei hat hier wirklich ihre große Aufgabe erfaßt und diese Aufgabe in einer völlig neuartigen Weise glänzend durchgeführt.

Dabei scheuen wir uns vor keiner Kritik, nicht davor, daß auch Fehler gemacht worden sind, daß sich Menschen eingeschlichen haben, die vollkommen minderwertig sind. Wenn ein Distriktsstandortführer so tief sinkt, daß er seine Stellung mißbraucht, um schmutzige Geschäfte zu machen, wie wir es in den letzten Monaten erlebt haben, so lassen wir ihn verhaften, wir machen ihm den Prozeß, und wir werden dafür sorgen, daß sich so etwas nicht wiederholt. Und

18.3.1942

wenn es sich wirklich wiederholen sollte, dann werden wir einen solchen Mann wieder verhaften, ihn erschießen oder beseitigen lassen. Solche Vorgänge kann man nicht verhindern; denn jede menschliche Gemeinschaft birgt minderwertige Elemente in sich. Ich möchte aber zu diesem Fall Lasch sagen, daß kein Führer des Generalgouvernements, kein Beamter, kein Funktionär von irgendwelchem Rang außerhalb des engsten Kreises dieses besagten Herrn Lasch irgendwie in eine Korruptionsaffäre oder eine sonstige anrüchige Aktion einbezogen ist. Es ist daher die größte und gemeinste Lüge, gegen die wir uns alle leidenschaftlich zu verwahren haben, wenn von einer besonderen Krisis der Moral in wirtschaftlichen oder sonstigen Beziehungen des Generalgouvernements gesprochen wird. Daß soetwas passieren kann, ist verständlich. Ein Mann kann über Bord gehen, das Schiff wird aber weiter fahren. So fährt auch das Schiff Generalgouvernement weiter.

Ich möchte hier grundsätzlich nur als Reichsleiter sprechen, als Generalgouverneur nur insofern, als mir das im Augenblick besonders wichtig erscheint. In dem Schlußpunkt des Verwaltungsaufbaues des Generalgouvernements war immer noch das Problem des Verhältnisses von Polizei zur Verwaltung zu klären. Zwischen mir und dem Reichsführer SS Himmler hat in den letzten Tagen eine eingehende Besprechung stattgefunden. Wir sind zu einem sehr schönen, von beiden Seiten eigenhändig unterzeichneten Übereinkommen gekommen, durch das diese Frage geklärt wird, und zwar so, wie es in unser beider Interesse liegt.

/Wie Sie wissen, bin ich Fanatiker der Einheit der Verwaltung,\ habe auch niemandem gegenüber einen Zweifel darüber gelassen, daß man hier nur regieren kann, wenn derjenige, der die Verantwortung hat, sie auch ausschließlich hat. /Deshalb ist es klar, daß der Höhere SS-und Polizeiführer mir unterstellt, daß

18.3.1942

die Polizei Bestandteil der Regierung, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Gouverneur unterstellt ist und daß der Kreishauptmann auch die Kommandogewalt über die Gendarmerie in seinem Kreise haben muß. Das hat der Reichsführer SS anerkannt; in dem schriftlichen Übereinkommen sind alle diese Punkte wortwörtlich aufgeführt und unterzeichnet. Es ist ja auch selbstverständlich, daß wir hier nicht einen abgeschlossenen Laden herstellen können, der nach kleinstaatlicher überkommener Weise behandelt werden kann. Es wäre z.B. lächerlich, wenn wir hier eine eigene Sicherheitspolitik gegen unsere Polen im Lande aufbauen wollten, während wir wissen, daß die Polacken in Westpreußen, in Posen, im Warthe-land und in Schlesien eine und dieselbe Widerstandsbewegung haben. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei muß also die Möglichkeit haben, die das Reichsinteresse im ganzen angehenden Polizeiangelegenheiten mit seinen Instanzen durchzusetzen. Das geschieht allerdings nur in der Form, daß ich von den zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen bin, und nur dann, wenn ich meine Zustimmung dazu gebe.

Im Generalgouvernement ist die Polizei die Wehrmacht. Infolgedessen wird von mir auch der Leiter dieses Polizeiwesens in die Regierung des Generalgouvernements berufen, er untersteht mir bzw. meinem Stellvertreter als Staatssekretär für das Sicherheitswesen./ Das sind im wesentlichen die Grundsätze, nach denen eine gesamte Bereinigung der Situation eintreten wird.

Daß ich eine ganz bestimmte Anschauung auf dem Gebiet der inneren Ordnung habe, ist bekannt. Man weiß aus meinem Kampf für den Führer und die Bewegung, wie sehr ich der Anschauung huldige, daß auf die Dauer eine Volksgemeinschaft ohne eine klargegliederte Rechtsordnung nicht gehalten werden kann. Von dieser

18.3.1942

Anschauung gehe ich nicht ab, ich betrachte sie sozusagen als mein Lebensideal. Meiner Meinung nach ist es mit der Gewalt und der Durchsetzung der Aktivität allein nicht getan. Für die Erhaltung einer Volksgemeinschaft bedarf es des Glaubens der Menschen, daß die führenden Mächte der Zeit auch die Rechtsidee und die Rechtssicherheit des Einzelnen achten, daß sie vor allem den Umstand berücksichtigen, daß demjenigen, der kein Unrecht getan hat, auch vom Staat in diesem Sinne kein Unrecht zugefügt werden darf. Daher muß die Möglichkeit eines unabhängigen Richtertum auch in unserem Reich bestehen, und gerade der kleine ohnmächtige Volksgenosse muß gegen Mißbrauch staatlicher Machtmittel in jeder Form geschützt werden. Wenn er wirklich unschuldig in Haft genommen ist, muß er die Möglichkeit haben, seine Unschuld zu beweisen. Das alles habe ich in hunderten von Reden dargelegt, es ist auch im Parteiprogramm gesagt.

Ich habe mich mit Reichsführer SS Himmler über alle diese Dinge unterhalten. Ohne Rücksicht darauf, daß man methodisch vielleicht verschiedener Meinung sein kann, sind und bleiben wir als Diener des Führers Träger der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Auf dieser Grundlage wird daher nicht so sehr die Art und Weise des Regimes stehen wie der Umstand, daß wir diesen Krieg gewinnen, damit überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen wird, von der ausgehend man später die endgültige Ordnung wird aufbauen können.

Dieser Krieg muß gewonnen werden. Hier in diesem engsten Kreise will ich Ihnen folgendes sagen: wir sind nur durch die Genialität des Führers, durch dieses unvergleichliche Genie unseres Volkes um eine der größten Katastrophen in unserer Geschichte herumgekommen. Was unsere Soldaten aller Waffengattungen ohne jede Ausnahme geleistet haben, was menschlich jemals von einem Soldaten verlangt worden ist, das hat

18.3.1942

der deutsche Soldat in diesen letzten Monaten geleistet. Wir haben Frontabschnitte, die auf Hunderte und Aberhunderte von Kilometern von einer einzigen schwachen Linie gedeckt sind. Wir haben Bataillone, die statt der regulären Zahl von 1 200 Mann heute vielleicht 50, 60, 80 Mann zählen. Wir haben Kompaniestärken von 15 bis 40 Mann. Wir haben Regimenter, in denen kein Offizier mehr vorhanden ist, Divisionen, in denen von sämtlichen Führern vielleicht noch 10 am Leben sind. Wir haben es erlebt, daß Unteroffiziere, die vor einigen Monaten nach dem Osten gekommen sind, heute schon Bataillonskommandeure sind. Und das alles mußte von einer Truppe von Menschen geleistet werden, um deren persönliches Wohl, um deren soldatisches Schicksal, um deren Leben sich niemand von den hohen Herren gekümmert hätte, wenn nicht der Führer selbst, der dieses Grabenleben kennt, nicht eines Tages in tiefstem Groll hätte erkennen müssen, wie man hier in seinem Namen gesündigt hat. Die Lage ist so, daß man hier einem ungeheuren Gegner gegenüber steht, der Tag und Nacht weiterangreift, der sehr wohl weiß, daß mit dem Zuendegehen dieser Angriffe auch seine letzten Möglichkeiten erschöpft sind.

Um die Entfernungen, die jetzt vor uns liegen, zu bewältigen/ brauchen wir das Öl, das wir jetzt noch nicht haben. Dieses Öl muß daher beschafft werden. Es wird daher wohl zur Herbeiführung des Sieges in den kommenden Wochen und Monaten zu gigantischen kriegerischen Ereignissen kommen, die schlechterdings alles in den Schatten stellen werden, was wir bis jetzt in der Weltgeschichte erlebt haben. Demgegenüber ist das Schicksal des Einzelnen, das Schicksal dieser Generation, demgegenüber sind vor allem auch innerorganisatorische Probleme vollkommen belanglos und absolut gleichgültig. Angesichts dieser letzten Anseinander-

18.3.1942

setzung mit unserem Todfeind muß ich von Ihnen, Parteigenossen, als Nationalsozialisten verlangen, daß Sie in den kommenden Wochen und Monaten die fanatischsten, härtesten und vor allem die nervenstärksten Menschen seid, die wir im Generalgouvernement haben. Wir stehen im dritten Kriegsjahr; dieser Krieg ist der zweite ganz große Weltkrieg einer Generation. Wenn man heute ins Reich kommt, wenn man da und dort die Berichte liest, so merkt man, daß die Nerven nachzulassen beginnen. Das ist kein Wunder; denn die Nerven sind das sensitivste Instrument, das wir in unserem Körper haben. Das dauernde Trommelfeuer von Berichten, Meldungen, Sorgen und Nöten zertrümmer/t allmählich den Fundus einer Stimmungskraft. Daher ist es für die Partei unerläßlich notwendig, bei sich selbst scharf das zu unterscheiden was wirklich auf Tatsachen beruht und was nur nervenbedingt ist. Sehr viel von dem Geschwätz, von Gerüchtemacherei, von Momenten der Unruhe, von schlechten Träumen usw. geht auf die Nerven zurück. Die Menschen haben oft nicht mehr jenen freien, kühlen, frischen, mutigen Blick, den sie brauchen. Das ist ja auch bei den Berichten von der Ostfront so erschütternd, ~~daß~~ zu hören, daß dieses monatelange Kämpfen, dieses Stehen in Eis, in Dreck und Trommelfeuer zu einer gewissen Nervenabspannung der Leute führt, die bei ihnen den Gedanken aufkommen läßt: so oder so muß jetzt ein Ende kommen. Aus der Heimat, aus dem Lande der Verheißung, der Zukunft muß die Partei dafür sorgen, daß der Geist aufgerichtet bleibt.

Und hätten wir nicht allen Anlaß dazu? Ist nicht die Lage des deutschen Volkes jetzt im dritten Kriegsjahr wahrhaft großartig? Wer will heute noch dem deutschen Namen in der Welt Widerstand leisten! Alle jene kleinen Geister und lächerlichen Spießer

werden sich in wenigen Wochen und Monaten ob ihrer pessimistischen Anschauung verkriechen müssen. Wir stehen vor dem größten Sieg der deutschen Geschichte. Am Ende dieses Jahres wird der Führer ein Reich geschaffen haben, in dem wir Nationalsozialisten dann wirklich sagen können: sieh an, mein Führer, das ist das Reich, das Sie uns vor 22 Jahren im kleinsten Kreise im Kaffee Heck am Odeonsplatz in München prophezeit haben; das ist dieses Reich, über dem die Hakenkreuzflagge weht, das ist das Generalgouvernement, in welchem wir den Ostgotengau errichten und wo sich dann hochrassige deutsche Menschen ansiedeln werden, es ist das Reich, in welchem es wirklich alles das geben wird, was wir zur Lebensnotdurft unseres Volkes brauchen, und in diesem Reich wird von dieser spießbürgerlichen vermotteten und verrotteten Ideologie früherer Zeiten nichts mehr Geltung haben.

Um die Kirche brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich lasse die Kirchen gar nicht erst zu uns herein, ein Kirchenproblem wird bei uns nicht bestehen. Wenn die Wehrmacht Kirchen im Generalgouvernement hat, - zivile deutsche Kirchen wird es im Generalgouvernement nicht geben. Bis jetzt ist auch an mich noch kein Antrag gestellt worden. Wenn ein Deutscher künftig kirchliche Bedürfnisse hat, so soll er sich gefälligst in die Heimat begeben. Wir sind hier sozusagen ein glücklicher Garten, wir haben mit diesem Problem nicht zu rechnen.

Wir haben andere Probleme, z.B. das Problem, wie wir in den kommenden Monaten und Wochen die Transportlage meistern sollen. Ich habe mir vorgenommen, Sie alle zur nächsten Regierungssitzung einzuladen. Ich halte es für sehr zweckmäßig, daß das, was an sachlichen Einzelheiten in der Regierungssitzung besprochen wird, den Parteiführern bekanntgegeben wird; das erleichtert uns die Arbeit sehr.

18.3.1942

Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir es nur mit einigen hundertausend Deutschen zutun haben. Dieser Eindruck entsteht sehr stark, wenn man es innerhalb der Parteiarbeit nur mit Deutschen zutun hat. Uns Deutschen in der Regierung ist aber die Aufgabe gestellt, mit 16 oder 18 Millionen Fremdvölkischer fertig zu werden. Mit der sehr naiven Formel: den Polen gar nichts, den Deutschen alles, kann man es sehr gut machen. Diese Schwarz-weiß-Technik wird zu unserer großen Freude in Berlin geübt. Auf der anderen Seite wünscht man aber natürlich, daß das Generalgouvernement aus Eigenem lebt, daß unsere Fabriken in Betrieb sind, unsere Eisenbahnen laufen, unsere Straßen gebaut werden, daß wir Arbeiter ins Reich vermitteln. Wie das gemacht wird, überläßt man grundsätzlich uns. Wie soll ich ein Unternehmen wie die Ostbahn, die 110 000 Bedienstete, darunter nur 6- bis 7 000 Deutsche hat, durchbringen, wenn ich diesen Polen nicht wenigstens Essen und Kleidung gebe, um sie soweit zu stärken, daß sie diesen Dienst verrichten können. Wenn ich den Polen bei der Eisenbahn nun eine solche Verpflegung gebe, mit der sie gerade durchkommen, dann kommt wieder aus Berlin der Ruf: wie können Sie das tun? Und so ist es auf allen Gebieten. Wir produzieren hier Wodka. Davon gehen 376 000 Liter an die Front. Wodka wird an die Polen nur noch im freien Verkauf ausgegeben. Wenn wir den Wodka herstellen, so ist das selbstverständlich kein Luxus. Und wenn man in Berlin sagt: liefert die Kartoffeln lieber an das hungernde Sachsen, - so ist das eine üble Stimmungsmacherei. Und wenn man Galizien an das Generalgouvernement gibt, dann fordert man sofort am anderen Tage 5 to Fleisch je Woche für das Reich, ferner in jedem Monat soundsoviel Tonnen von Getreide usw.. Und wenn das dann nicht gleich

18.3.1942

durchgeführt wird, dann fragt man sofort: wo bleiben die Schätze aus Galizien? In dieser Schwarz-weiß-Technik, mit der man alles auf die besetzten Gebiete abwälzen will, ohne ihnen irgendwie Hilfe zu gewähren, liegt das eigentliche Übel der Schwierigkeiten dieses Gebietes. Ich kann für uns alle in Anspruch nehmen, daß wir viel lieber an der Front wären. Aber wir sind aufgrund eines Befehls des Führers hier, und weil wir hier stehen, schämen wir uns dieser Aufgabe nicht, im Gegenteil, wir sind stolz, daß wir das geleistet haben. Ich möchte nochmals feststellen, was Reichsmarschall Göring einmal gesagt hat, daß das Generalgouvernement das einzige besetzte Gebiet ist, von dem das Deutsche Reich etwas hat.

Daher steht auch die Partei unter einem Siegeszeichen. Was Sie, Parteigenossen, heute berichtet haben, erfüllt mich mit großer Genugtuung. Lassen Sie mich Ihnen aus übervollem Herzen danken. Ich weiß, was Sie in den letzten Wochen und Monaten geleistet haben, ich weiß auch, was geschwätzt worden ist und was alles auf Sie ~~auf~~ einstürmt. Wir wissen es aus unserer eigenen Kampfzeit, wie die Horden unserer Feinde, wie die Gerüchtemacher und die Machtgierigen gegen uns angegangen sind, um irgendetwas auszuschlachten und unserer Bewegung eins auszuwischen. Aber Sie dürfen überzeugt sein, daß wir strahlend bestehen und weiter bestehen werden. Diese ganze Frage Partei - Staat spielt bei uns daher eigentlich als Problem keine Rolle.

Was haben wir in den zweieinhalb Jahren nicht alles aus dem Nichts, aus dem Dreck, aus der Zerstörung, dem Chaos und dem völligen Verfall geschaffen! Wenn wir es heute übernehmen müßten, dann garantiere ich Ihnen, daß wir in zweieinhalb Jahren nicht mehr die Hälfte aufbauen könnten. Wir hätten weder die Baustoffe noch die Arbeitskräfte noch Transportmög-

18.3.1942

lichkeiten noch irgendwelche Vorräte. In diesem Gebiet kann sich das Reich auf die Partei verlassen. Der Arbeitsbereich Generalgouvernement ist in seiner Struktur zu beachten, er war und ist der Versuch, eine einheitliche Bewegung durchzuführen. Wie ich im Staat einfach nicht davon abgehe, daß die Einheit der Verwaltung und Führung der Regierung gesichert sein muß - Generalgouverneur, Gouverneur, Kreishauptmann, - so muß auch in der Partei die Einheit des Nationalsozialistischen, des Parteigenössischen jeden Vorrang vor der Gliederungszugehörigkeit oder vor der Zugehörigkeit zu einem angeschlossenen Verband haben. Wir befinden uns hier zweifellos infolgender Situation: je stärker, je intensiver sich sozusagen die Angleichung unserer inneren Zustände an das Reich vollzieht, desto mehr werden wir uns auch in unseren Gesamteinrichtungen dem Reich annähern. Es ist klar, daß heute schon das Generalgouvernement für weite Bereiche in viel intensiverem amtlichen Zusammenhang mit der Reichszentrale steht als 1939. Das ist unser Ziel, und gerade wir müssen darin unseren höchsten Ehrgeiz sehen. Andererseits muß ich Ihnen unmittelbar aus dem Mund des Führers sagen, daß dem Führer absolut nichts an einer Beschleunigung dieses Prozesses liegt. Der Führer weiß, daß erst nach dem Kriege die Möglichkeiten bestehen werden, die Siedlungsfrage in ganz großem Umfange zu klären. Aus den Besprechungen, die ich unlängst mit Reichsführer SS Himmler hatte, weiß ich auch, welche Termine er allein für die Zurückführung von Deutschen nach Westpreußen, Posen usw. gestellt hat. Das wird noch Jahre nach dem Kriege dauern.

Infolgedessen haben wir zunächst die Aufgabe, den Betrieb hier als solchen durchzuhalten und überhaupt dafür zu sorgen, daß Bahnen hier fahren, die Fabriken gehen, die Brücken gebaut werden, keine großen Seuchen entstehen, daß wir uns ernährungsmäßig

einigermaßen durchbringen. Diese Probleme müssen wir absolut aus eigener Kraft lösen. Hier hilft uns niemand, vor allem auch nicht die Kommissionen, die von Berlin kommen, besonders dann, wenn sie von unseren Parteigenossen und von Regierungsstellen zum Mittagessen eingeladen werden und dann hinterher über das Schlemmerleben im Generalgouvernement herziehen. Ich habe mir vorgenommen, in Zukunft nur noch Schwarzbrot und Wasser zu reichen.

Parteigenossen, Sie müssen mir nun auch helfen, hier die Deutschen in Ordnung zu halten. Das ist das wundeste Problem. In der Hauptsache handelt es sich ja wohl um die Treuhänder. Ich stelle mir oft die Frage: haben denn diese Kerle den ganzen Nationalsozialismus völlig mißverstanden? Da denke ich vor allem an diese Unternehmertypen. Bei ihnen handelt es sich vielfach gar nicht mehr um Privatunternehmer, sondern sie treten unter großen Firmennamen auf. Im Grunde genommen haben sie dieselbe Art der grauenhaftesten Ausbeuter. Vor kurzem kommt jemand zu mir und teilt mir mit, daß ein Großindustrieeller in Leipzig für seinen Betrieb 2.000 polnische Arbeiter gestellt haben will. Er will diese Arbeiter und Arbeiterinnen so, wie sie gehen und stehen, in einen von uns zur Verfügung zu stellenden Transportzug, der auf dem Fabrikgleis stehen soll, verfrachten und unter peinlichster Bewachung sofort nach Leipzig transportieren lassen, damit diese Polen dann sofort am nächsten Tag die Arbeit aufnehmen können, ohne je wieder nach dem Generalgouvernement zurückzukommen. Solche Pläne werden mir vorgetragen, über solchen Unsinn muß man diskutieren. Auf einer solchen dilettantischen Ebene kann man natürlich die Probleme, mit denen wir hier zu tun haben, nicht meistern. Dann wäre es ja das einfachste, zu sagen: hier sind 16 Millionen Polen, das sind 16 Millionen Nackenschüsse, - dann ist das Problem gelöst.

14

18.3.1942

Ich weiß, welche Scherereien uns die Juden machen. Sie müssen weg; das ist klar. Aber andererseits ist es auch ausgeschlossen, daß man in dieser Weise, wie ich es eben schilderte, seine Arbeiten führen kann. Daher wird es auch Aufgabe der Partei sein, darauf zu achten, daß uns die Weltreichsaufgabe unserer Zeit zu anderen höheren, auch methodisch weiter reichenden Anschauungen zwingt, als sie etwa einer binnenstaatlichen Aufgabe gegenüber am Platze wären. Und hier müssenwir schon sagen: die Aufgaben, die uns gestellt werden, können nur Nationalsozialisten meistern. Als wir 1933 kaum die Macht übernommen hatten, da sind diejenigen, die uns bis dahin überhaupt nicht verstanden haben, die lautesten Schreier im Kampfe gegen die Reaktion gewesen. Und den Leuten, die früher gar kein Verständnis für das Volkstum gehabt haben, können wir gar nicht genug Polacken umbringen. Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter. Sie sehen, wie die staatlichen Organe arbeiten, Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig, weil hier eine einfache Überlegung sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen. Man hört ja heute schon in Deutschland, daß Kriegsgefangene etwa bei uns in Bayern oder in Thüringen vollkommen selbständig große Güter verwalten, während sämtliche kampffähigen Männer aus einem Dorf an der Front stehen. Wenn sich dieser Prozeß fortsetzen sollte, dann würde allmählich eine Unterwanderung des Deutschtums eintreten. Man soll diese Gefahr nicht geringschätzen. Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden.

18.3.1942

Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend./ Und wenn wir uns den Luxus gestatten, eine Art Philharmonie den Polen zu gewähren, die wir den ausländischen Journalisten zeigen, so bedeutet das gar nichts. Die Leute machen Musik in unserem Sinne, und wenn wir sie nicht mehr brauchen können, lösen wir dieses Institut auf. Im übrigen muß man das alles mit Vernunft und Ruhe betrachten. Wir unterhalten Landschulen und technische Fachschulen, wir lassen Medizinalpraktikanten ausbilden, die aber keinen akademischen Rang oder Titel erhalten können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Millionenbevölkerung hier arbeiten, sich beschäftigen und dabei gesund bleiben kann. Das geschieht nicht im Interesse der Polen, sondern der Deutschen in diesem Raum und des deutschen Volkes, was man im Reich meistens nicht erkennt.

Wir werden in sehr schwere Zeiten kommen und haben auch alles vorbereitet, um diesen schweren Zeiten zu entsprechen. Wir können in den kommenden Monaten weder aufbauen noch etwas großes durchführen, sondern müssen nur dafür sorgen, daß wir im Zusammenhang mit diesen Ereignissen nicht untergehen.

Zu dem Problem der Wehrschützenbereitschaften kann ich nur sagen: wenn die SS nicht mitmacht, dann nicht, - ich zwinge keinen. An einem Prinzip halte ich fest: für mich als Reichsleiter ist die SS eine Gliederung der Bewegung. Wenn sie ihren eigenen Laden aufziehen will, so habe ich nichts dagegen, - und wenn einer die Einheit der Partei sprengt, dann kann ich es nicht verhindern. Schließlich ist die Gesamtpartei aber auch etwas. Wenn die SS meint, sie könne es besser als wir, - ich kann es nicht verhindern. Wir wollen sie auch nicht daran hindern, einen SS-Sturmbann zu errichten. Wir wollen sehen, wie er sich entwickelt. Aber an den Wehrschützengemeinschaften wird unter allen Umständen festge-

halten. Sie haben die Aufgabe, zu schießen und schießbereit zu sein, und ich habe gehört, daß auch die Frauen schießbereit sein müssen. Diese Aufgabe ist von so ungeheurer Wichtigkeit, daß sie absolut den Inhalt unseres Kolonialpioniertums darstellen muß. In diesem Sinne sind wir Kolonialpioniere.

Eins soll man wissen: dieser Arbeitsbereich des Generalgouvernements der NSDAP fühlt sich unendlich stark. Wir haben eine tolle Aufgabe übernommen und werden sie meistern. Ich bin weniger denn je entschlossen, von diesem einmal als richtig erkannten Wege abzugehen. Und mich deckt dabei die volle Autorität des Führers. Daher ist auch für uns wichtig, daß sich jeder an seinem Platz in der gleichen Richtung weiter entwickelt. Der Tag und seine Sorgen werden den nicht überwinden, der in sich das Bewußtsein der Ewigkeit trägt. Schauen Sie sich in diesem Saal einmal um. Dieser Saal ist gebaut von polnischen Königen, bestimmt, einen Staat zu repräsentieren. Hier stand der Thron. Meine Absicht, gerade diesen Saal der Partei zur Verfügung zu stellen, entsprang dem Gedanken, daß da, wo der Staat ist, auch die Partei ihren Platz hat. Ich kenne da keinen Unterschied. Daher ist es klar, daß wir uns in diesem Saal auch voll innerster Bewegtheit als alte Nationalsozialisten zu einem großen Gemeinschaftswerk zusammengeschlossen finden. Was jetzt die, leider Gottes, recht bürokratisch werdende Entwicklung auch in der Partei mit sich bringt, bei der man nicht daran denken will, was draußen geschieht, und bei der das Ringen um den Einzelnen das Wichtigste zu sein scheint, darf bei uns nicht irgendwie Platz greifen. Wir müssen uns vielmehr des großen Wortes des Führers erinnern: wenn ich Sorgen habe, komme ich zu Euch, denn ich gehöre zu Euch.

Der Gegensatz zwischen Staat und Partei soll bei uns nicht einreißen. Der unmittelbare Kampf mit dem

18.3.1942

Leben und seinen Problemen ist der Sinn der Bewegung und ihrer Initiative. Der Staat ist in diesem Sinne nur unser Mittel, eines der Mittel, mit denen wir unser Ziel zu erreichen suchen. Diesen Staat verdrängt man nicht mehr, in diesem Königssaal bleiben wir. Hier wird auch der Führer erscheinen, wie er mir gesagt hat; hier wird er einmal, wenn wir über den Berg sind, von uns die Rechenschaft für das entgegennehmen, was wir aufgebaut haben.

So, wie Sie hier um mich herumsitzen, sind Sie zu einer der wichtigsten Aufgaben zusammengerufen. Lassen Sie sich nie von Streiterei ankränkeln, bleiben Sie ruhig und gehen Sie Ihren Weg. Wenn jemand sich für eine Aufgabe besonders interessiert, - der eine für die Volksdeutschen, der andere für das Winterhilfswerk oder die Hitlerjugend oder den Sport, - er soll ruhig seine Aufgabe weitererfüllen. Aber was ich hier gesehen habe, das ist alles voll frischen Lebens. Hier sind Männer und Frauen am Werk, die etwas schaffen wollen und werden. Und wenn es sich um ein Problem handelt, dann soll man nicht gleich fragen: um Gottes willen, was ist da passiert? - nichts ist passiert, - eine Welle kommt, aber das Schiff fährt weiter.

Seien Sie überzeugt, meine Parteigenossen, daß auch in dem großen Krieg dieser Zeit unsere kleine bescheidene Arbeit trotz mancher Stürme bestehen wird. Sie dürfen glücklich sein, einmal zu sagen, daß Sie auch dabei gewesen sind.

Ich werde in absehbarer Zeit wieder eine Führertagung berufen, um Sie mit dem Ergebnis dessen vertraut zu machen, was bei den Besprechungen in den nächsten Tagen und Wochen erörtert werden wird. Vor allem interessiert mich hier die Frage der Volksdeutschen. Hier handelt es sich beispielsweise um das

18

18.3.1942

Problem, ob man nicht vielleicht den Volksdeutschen in Tomaschow, die dort kleine Güter haben, größere Siedlungen geben könnte. Man müßte das wohl in Erwägung ziehen. Weiter wäre zu überlegen, ob und wie von der SA in Kombination mit dem Einheitsgedanken der Partei Sturmbanne errichtet werden könnten. Endlich müßte auch die Frage des Sportschießens irgendwie gelöst werden. Die zentrale Tätigkeit der Deutschen im Generalgouvernement muß das Schießen sein. Die Zeitung darf als das erste volksdeutsche Blatt keine Konkurrenz für etwas anderes sein. Der Parteigenosse Professor Schweitzer-Mjölnir hat mir ein Plakat geschickt, mit dem Sie, wie ich höre, nicht ganz einverstanden sind. Ich würde trotzdem die Herausgabe eines solchen Plakats gerade von Mjölnir besonders begrüßen

16^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Wolsegger

17^{40} Besprechung mit Gouverneur Dr. Wächter

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 19.3.1942

10^{55} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{30} Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger

1. Aufstellung eines SS-Sturmbannes im Generalgouvernement und Teilnahme von SS-Führern an den Wehrschützenbereitschaften:

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Obergruppenführer Krüger, den Reichsführer SS Himmler wegen seiner endgültigen Entscheidung über diese Fragen erneut um seine Stellungnahme zu bitten. Für den Fall, daß der SS-Sturmbann aufgestellt wird, müßte derselbe dem Hoheitsträger der NSDAP, dem Reichsleiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement in der gleichen Weise zur Verfügung stehen wie - entsprechend dem Parteiaufbau - die Gliederungen dem jeweiligen Hoheitsträger im Reich.

2. Schaffung eines Kriegsgefangenenlagers in Lublin für 150.000 Kriegsgefangene:

SS-Obergruppenführer Krüger soll sich wegen der technischen und sonstigen Durchführbarkeit eines solchen Lagers in Lublin mit den Regierungsinstanzen in Verbindung setzen.

3. Sonderdienst:

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er an dem Sonderdienst weiterhin das regste Interesse nehmen wird, daß er aber nichts dagegen hat, wenn der Sonderdienst in das kommende Staatssekretariat für Sicherheitswesen unter der Voraussetzung übernommen werde, daß der Sonderdienst als völlig abgesonderte eigene Staatseinrichtung des Generalgouvernements geführt und verwaltet wird. Außerdem behält sich der Herr Generalgouverneur persönlich die Führung des Sonderdienstes vor und wird nach wie vor entsprechend einer

19.3.1942

Disposition, die er dem Inspekteur des Sonderdienstes Dr. Hammerle schriftlich geben wird, am Sonderdienst regsten Anteil nehmen. -

Im übrigen erwartet der Herr Generalgouverneur den baldigen Eingang der gemeinsam von SS-Obergruppenführer Krüger mit den anderen Regierungsstellen auszuarbeitenden Grundverordnung.

12^{00} Besprechung mit Rechtsrat Dr.Hammerle

Der Herr Generalgouverneur überreicht Rechtsrat Dr.Hammerle folgendes Schreiben betr. Stellung des Sonderdienstes:

Mit Inkrafttreten des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen wird der Sonderdienst als Referat zu diesem Staatssekretariat kommen. Nach meiner heute dem SS-Obergruppenführer Krüger gegebenen Disposition gilt dabei folgendes:

1. der Sonderdienst bleibt als Sondereinrichtung entsprechend seiner Grundverordnung völlig selbständig bestehen, auch was Stärke, Diensteinsatz betrifft
2. er wird abgesondert verwaltet von Rechtsrat Hammerle , der zum Stab des Obergruppenführers tritt
3. jede Änderung, jede dienstliche Anordnung oder personelle, mannschaftsmäßige Regelung hat der Obergruppenführer vorher zur besonderen Genehmigung des Generalgouverneurs vorzulegen

19.3.1942

4. der Generalgouverneur behält sich die persönliche Führung des Sonderdienstes, die in seinem Namen vom SS-Obergruppenführers ausgeübt wird, vor.

Krakau, den 19.3.1942 gez.Frank

Am Schluß der Besprechung unterbreitet Rechtsrat Dr.Hammerle dem Herrn Generalgouverneur die Bitte, ihn mit der Kreishauptmannschaft Krakau-Land, die ihm von verschiedenen Regierungsstellen angeboten worden sei, zu betrauen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden, daß Rechtsrat Dr.Hammerle nach Inkrafttreten der Neuregelung über den Sonderdienst diese Stelle erhält.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Burmeister - Berlin, der in Begleitung von Präsident Dr.Senkowsky erschienen ist.

13^{00} F r ü h s t ü c k

14^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple , Gouverneur Dr.Wächter, SS-Obergruppenführer Krüger,Präsident Watzke und Dr.Coblitz

Gegenstand der Besprechung ist die geplante Einrichtung von Instituten in Lemberg.

Gouverneur Dr.Wächter unterstreicht als der für Lemberg zuständige Distriktschef die große politische, die den geplanten Einrichtungen zur Schulung des nichtdeutschen Nachwuches zukäme. Er glaube, daß innerhalb der Regierung des Generalgouvernements noch

/ Bedeutung

19.3.1942

Meinungsverschiedenheiten bestünden, in welchem Rahmen die Einrichtungen in Lemberg, die unter dem Namen "Institute" von der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht gestartet werden sollten, aufzuziehen seien.

Präsident Watzke berichtet von den Vorarbeiten, die die Hauptabteilung Erziehung und Unterricht aufgrund der Richtlinien, die der Herr Generalgouverneur in der großen Besprechung vom 5.September 41 in dieser Angelegenheit gegeben habe, bereits durchgeführt habe. Der Herr Generalgouverneur habe damals erklärt, daß die Einrichtungen unter keinen Umständen Hochschulcharakter erhalten sollten. Darauf habe man in allen Planungen Rücksicht genommen. Die Leitung, Unterrichtssprache und Lehrmittel seien deutsch, sodaß der Betrieb durch die deutschen Lehrkräfte jederzeit streng überwacht werden könne. Auf die Studienpläne könnten die einzelnen Hauptabteilungen weitgehend Einfluß ausüben, und so geschehe die Ausbildung nur in dem Maße, wie es im deutschen Interesse liege. Wenn es für notwendig erachtet würde, könne der Unterricht Mitte April beginnen.

Der Herr Generalgouverneur legt nochmals eingehend seinen Standpunkt dar. Bei den geplanten Maßnahmen handele es sich unverkennbar um eine Angelegenheit, die sehr große politische Gefahren in sich berge. Das Vorhandensein einer größeren Intelligenzschicht unter den Nichtdeutschen in diesem Raum sei immer das gefährlichste Element für den deutschen Herrschaftsanspruch. Auf der anderen Seite erweise es sich aber als unbedingt notwendig, daß man für die dringendsten Bedürfnisse des Generalgouvernements im Interesse des Deutschen Reiches für Nachwuchs sorge. Die deutsche Verwaltung müsse aufgrund dieser Sachlage eben die Tatsache, daß durch die Schulung

5

19.3.1942

eines Nachwuchses die völkische Widerstandskraft gestärkt werde, in Kauf nehmen. Dabei müsse aber alles vermieden werden, was irgendwie den Anschein einer Hochschuleinrichtung erwecke.

Für die vier Kategorien: Agronomen, Mediziner, Veterinärmediziner und Pharmazeuten, deren Nachwuchs für die deutsche Arbeit im Generalgouvernement ein brennendes Problem sei, solle die Schulung stillschweigend und probeweise aufgenommen werden. Als Bezeichnung soll statt des Ausdrucks "Institut" das Wort "Ausbildungskurs" gewählt werden. Der Betrieb müsse von deutscher Seite ständig streng überwacht werden. Die deutschen Lehrkräfte hätten in der Ausbildung der Kursusteilnehmer strikte den Rahmen einzuhalten, der ihnen von der deutschen Führung vorgeschrieben werde. Da es sich herausgestellt habe, daß zur Zeit noch kein Mangel an polnischen Nachwuchskräften bestehe, seien vorerst nur die Ukrainer zur Teilnahme zugelassen.

Sollte der nach diesen Richtlinien aufzunehmende Schulbetrieb zu Beanstandungen führen, so könne man jederzeit eine Abänderung ins Auge fassen.

15^{10} Besprechung mit Präsident Watzke

19.3.1942

15^{10} Baubesprechung im Königssaal der Burg

Anwesend sind: Ministerialrat Wolsegger, Staatssekretär Dr.Mühlmann, Präsident Bauder, Präsident Dr.Senkowsky, Geheimer Oberbaurat Rattinger, Oberbaurat Hofer,Kammergerichtsrat Dr.Keith, Dr. Pohl, Architekt Dr.Stahl.

Präsident Bauder macht zu Beginn Ausführungen über die außerordentliche Verschärfung der Lage auf dem Baumarkt. Das Transportwesen sei auf dem zivilen Sektor vollkommen zum Erliegen gekommen. Reichsminister Speer habe eine an Deutlichkeit nicht zu überbietende Verfügung über die Einstellung jeglicher Bautätigkeit erlassen, die auch für das Generalgouvernement Geltung haben solle.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich dagegen, daß man an die baulichen Bedürfnisse des Generalgouvernements Reichsmaßstäbe anlege; auf der einen Seite erhalte das Generalgouvernement die Aufgabe zur Erstellung kriegswichtiger Einrichtungen, auf der anderen Seite dulde man nicht, daß hier Ausnahmen gemacht würden. Er beauftrage Präsident Bauder, ihm in den nächsten Tagen einen Briefentwurf an Reichsminister Speer vorzulegen, in dem durch Darlegung der verschiedensten Gründe die anders gearteten Probleme des Generalgouvernements auf dem baulichen Sektor aufgezeigt werden.

Präsident Bauder erklärt weiter, daß man in den nächsten Wochen trotzdem mit dem geplanten Wohnungsbauprogramm beginnen könne. Er hoffe auch, genügend Baumaterial für die Erstellung der Bauten laufend

zur Verfügung zu haben. Auch die Weiterarbeit am Distriktsgebäude in Radom sei sichergestellt.

Kammergerichtsrat Dr.Keith berichtet, daß die Weiterführung des Verwaltungsbaues auf der Burg größten Schwierigkeiten vor allem hinsichtlich der Herbeischaffung von Baumaterial begegne.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Bauder nachdrücklich, insbesondere im Hinblick auf die von ihm für möglich erachtete Fertigstellung des Distriktsgebäudes in Radom, auch auf die Zuendeführung der Arbeiten am Verwaltungsbau unbedingt bedacht zu sein. Als besonders vordringlich müsse aber die Erstellung von Wohnungen für Deutsche behandelt werden, da man immer wieder Klagen höre, daß viele Volksgenossen in unzureichenden Wohnungen leben müßten.

Stadthauptmann Pavlu erwidert, daß die meisten Klagen dieser Art ungerechtfertigt seien. In Fällen, in denen sie berechtigt seien, habe man durch das städtische Wohnungsamt Abhilfe geschaffen. Die Anzahl der bisher Deutschen zugewiesenen Wohnungen sei sehr hoch. Die Stadt habe auch vor einigen Monaten den Luftgau VIII in ihren Mauern unterbringen müssen, wie sie überhaupt für die Wehrmacht ständig sorgen müsse. In den letzten zwei Jahren seien keine Wohnbauten erstellt worden. Wohnraum für Deutsche sei nur durch Umsiedlung von Polen und Juden frei gemacht worden. Aufgrund einer Einigung mit der Hauptabteilung Gesundheitswesen habe man jetzt bei Juden die Belegzahl pro Zimmer auf 6, bei Polen auf 3 Personen fest-

gesetzt. Nach den bisherigen Feststellungen könne man noch 5 000 Polen umsiedeln. Dazu kämen dann die 1200 Wohnungen innerhalb des Wohnungsbauprogramms. Die Zahl der Deutschen in Krakau steige aber sprunghaft. Ihren Zuzug müsse man unter Kontrolle nehmen. Dieses geschehe durch eine am 1.April 42 in Kraft tretende Meldeverordnung.

Der Herr Generalgouverneur äußert über den gegenwärtigen Stand des Wohnungsbauprogramms, dessen Durchführung er als äußerst kriegswichtig bezeichnet, seine Zufriedenheit. -

Staatssekretär Dr.Mühlmann will die Bauarbeiten an den drei in Vorbereitung befindlichen Hotelbauten: Park-Hotel, Polonia und Osthotel (Umbau der Agrarbank) in das Wohnungsbauprogramm einbegriffen wissen.

Nach Befragen des Präsidenten Bauder erklärt der Herr Generalgouverneur sein Einverständnis, bezüglich der Errichtung des Osthotels jedoch mit der Einschränkung, daß nur die erste Baustufe durchgeführt werde.

Die Renovierung der Stadt wird zurückgestellt.

Am Staatstheater wird nur das Vordringlichste gebaut.

Eine von Präsident Senkowsky angeregte Verbesserung der Straßen der Stadt, vor allem der Straßen um das Regierungsgebäude, läßt sich nach den Erklärungen von Präsident Bauder infolge der Unmöglichkeit,

19.3.1942

Tausende von Tonnen im Reich bestellter Pflastersteine nach Krakau zu transportieren, nicht durchführen.

Die Besprechung wendet sich dann Lohn- und Arbeiterfragen zu. In diesem Zusammenhang beauftragt der Herr Generalgouverneur Oberbaurat Hofer, für die Wiederaufnahme der Verabreichung eines warmen Imbisses für die beim Verwaltungsbau beschäftigten Arbeiter zu sorgen.

Für die Weiterführung der Bauarbeiten am Staatskasino (Baustufe II) bestimmt der Herr Generalgouverneur, daß aufgrund eines unter diesem Gesichtspunkt zu erstellenden Gutachtens nur die Ausführung des Allernotwendigsten vorgenommen wird:

1. die Vollendung der Apparaturen, die notwendig sind, um den ersten bereits fertigen Teil in Betrieb zu halten
2. die Vollendung des Ausbaues der Wohn- und Betriebsräume
3. der Ausbau eines Teiles der Außenfassade des Staatskasinos, allerdings nur im kleinsten Umfange.

Für die endgültige Abrechnung des ersten Bauabschnitts des Staatskasinos stellt Oberbaurat Hofer ein Elaborat von 200 Seiten in Aussicht.

19.3.1942

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß auch das Planen und Projektieren mit Rücksicht auf den Führererlaß einzustellen sei. Die Heranziehung der für diese Aufgaben in Aussicht genommenen Arbeitskräfte für andere Zwecke sei zu prüfen. Er genehmige das von Dr.Stahl vorgetragene Projekt der aus Verkehrsgründen notwendigen Verbreiterung der Burgstraße durch Einbau von Lauben für die Fußgänger, deren Anlage in der Krakauer Straße sich gut bewährt habe.

Zu der baulichen Situation in Galizien sei zu sagen, daß dieses Land eine Sonderstellung auf dem Bausektor einnehme.

Architekt Dr.Pohl weist noch darauf hin, daß für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms mindestens 4- bis 6000 Arbeiter nötig seien, und auf seine Frage nach den Unterbringungsmöglichkeiten für diese Arbeiter erklärt Stadthauptmann Pavlu, daß dafür Baracken vorgesehen seien.

Der Herr Generalgouverneur ersucht um Vorlegung der Pläne für die äußere und baulich-technische Gestaltung der neuen Wohnbauten, die in einer besonderen Sitzung besprochen werden müßten.

17[25] Besprechung mit Präsident Bauder, Geheimen Oberbaurat Rattinger und Oberbaurat Hofer

19[00] Besprechung mit dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement General der Kavallerie Frhr von Gienanth

19[30] A b e n d e s s e n zu Ehren der Anwesenheit des MiG Generals Frhr von Gienanth.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Bausitzung am 19.März 1942, 15^{30}.

/9

Krakau

Freitag, den 20.März 1942

10^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{00} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger und Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh

Gegenstand der Besprechung ist die Vorbereitung einer angesichts der Neuregelung der Polizeiverhältnisse im Generalgouvernement zu erlassenden Verordnung. Der Herr Generalgouverneur gibt die allgemeinen Richtlinien, nach denen aufgrund des zwischen ihm und dem Reichsführer SS Himmler getroffenen Übereinkommens ein Verordnungsentwurf aufgestellt werden soll.

11^{55} Besprechung mit Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt.

Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt gibt dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über die Aufgaben und Leistungen, mit denen die Forstverwaltung zur Zeit beschäftigt sei. Die Forstverwaltung habe für die Wehrmacht etwa 1 Millionen Festmeter zur Verfügung gestellt, und zwar z.B. für die Herstellung von Brücken, für Nachschublieferungen und für Bauten des Luftgaukommandos. Im vergangenen Winter habe die Forstverwaltung Holzmaterial für Lokomotivschuppen bereit gestellt. 2 000 solcher Schuppen, die zur Erhaltung der Wärme in den Lokomotiven dienten, hätten im vergangenen Winter der Ostbahn gute Dienste geleistet. Weiter sei ein großes Programm für die Lieferung von Eisenbahnschwellen der Ostbahn durchgeführt worden. - Der Wehrmacht sei das Holz für 30 000 Panjewagen geliefert worden. - Ein völlig neues Projekt sei die Tankholzversorgung für die Generatoren von Motorfahrzeugen, von denen demnächst 17 000 ins Generalgouvernement kämen. - Ferner stelle

20.3.1942

die Forstverwaltung für die Arbeiten bei der Bug-Regulierung und den Ausbau von Weichselwehren Holz zur Verfügung. - Der vorgesehene Holzeinschlag mit 5,5 Millionen Festmetern sei bereits zu 63 % erfolgt. Die Abfuhr sei einigermaßen glatt vor sich gegangen, die Rückstände seien geringer geworden, und so hätten auch die Sägewerke für etwa 3 Wochen Vorrat. In Galizien stoße der Holzeinschlag infolge des Mangels an Pferden auf Schwierigkeiten. Hier sei der Bau einiger Waldbahnen in Angriff genommen worden. Der Einschnitt in den Sägewerken gehe gut vonstatten, und die Kapazität genüge den Ansprüchen. Leider lasse die derzeitige Personallage auch in der freien Wirtschaft es nicht zu, daß für die Sägewerke geeignete Fachkräfte aus Deutschland zur Verfügung gestellt werden könnten. - Im allgemeinen sei die Holzversorgung für das laufende Jahr gesichert, wobei zu bedenken sei, daß 90 % der gesamten Holzproduktion mittelbar oder unmittelbar an die Wehrmacht ginge.

Die Forstverwaltung führe auch verhältnismäßig viel Holz aus, so z.B. 500 000 Festmeter Grubenholz nach Oberschlesien und 50 000 Festmeter Papierholz. Im Holzeinschlag seien 50 000 polnische Forstarbeiter beschäftigt. An Ernährung, Bekleidung und auch Werkzeugen fehle es nicht. - Im Interesse der Terpentin-Erzeugung solle demnächst die Harzproduktion von 3 Millionen Kilogramm auf 5 Mill. Kilogramm gesteigert werden. Auch die Herstellung von Holzkohle, die für alle möglichen Zwecke im Reich gebraucht werde, werde eine weitere Förderung erfahren. Als Nebenprodukt werde dabei Holzessig gewonnen, an dem im Generalgouvernement großer Mangel bestehe. Besonderen Wert lege die Forstverwaltung auf die Gewinnung und Nutzung von Torf als einem zusätzlichen Brennstoff.

20.3.1942

Mit der Verkokung von Torf, die man jetzt in Angriff nehmen wolle, gewinne man einen idealen Generatorstoff.

Leider mache sich im Bereich der Forstverwaltung der Personalmangel sehr ungünstig bemerkbar. Die Forstverwaltung verfüge bei etwa 10 000 polnischen Beamten nur über etwa 200 deutsche Beamte. An eine Verringerung des Personals könne unter keinen Umständen gedacht werden, da heute schon ein Inspektionsforstmeister die Aufsicht über ein nach deutschen Begriffen viel zu großes Revier führen müsse.

Der Herr Generalgouverneur weist Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt an, sich angesichts der gespannten Personallage mit Oberst Fischer in Verbindung zu setzen und ihn zu bitten, dafür zu sorgen, daß weiteres deutsches Personal nicht zum Heeresdienst eingezogen werde.

Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von einem Schreiben der Rüstungsinspektion, nach welchem um Mitteilung gebeten werde, welche Holzmengen jeder Art in der Zeit vom 1.Juli 1940 bis zum 31.Dezember 1941 insgesamt im Generalgouvernement gewonnen worden seien.

Den von Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt gegen die Beantwortung dieser Frage geäußerten Bedenken schließt sich der Herr Generalgouverneur durchaus an und weist Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt an, dieses Schreiben ablehnend zu beantworten.

12^{45} Besprechung mit Oberstarbeitsführer Hinkel.

Oberstarbeitsführer Hinkel überreicht dem Herrn Generalgouverneur

20.3.1942

1. einen Bericht über den Baudienst im Generalgouvernement

2. eine Denkschrift über den polnischen Baudienst und den ukrainischen Heimatdienst.

(Siehe Anlage)

214

Verbindungsführer
des
Reichsarbeitsführers
zum
Generalgouverneur

s-Zeichen:.....

Krakau, den 19. März 194 2.
Dietmargasse 3.
Fernrufe: 212-08 u. 212-16.

B e r i c h t

über Baudienst i.G.G. (Rechnungsjahr 1941).

1. Der Baudienst erreichte im Rechnungsjahr 1941 in den Distrikten Krakau, Radom, Lublin, Galizien die Höchsteinsatzstärke von 11 500 Mann. Abgeleistete Tagewerke ca. 1 1/4 Million.

   Hierbei kam in den Distrikten Radom und Lublin der Aufbau nicht über das Anfangsstadium hinaus, während in Galizien sofort nach der Eingliederung in das Generalgouvernement mit dem Aufbau begonnen und in einigen Wochen 3000 Mann aufgestellt wurden.

2. Arbeitswille und Arbeitsleistung waren bei dem Teil der Dienstpflichtigen, der sich durch Dienstflucht nicht entzogen hat, im allgemeinen zufriedenstellend. Es hat sich insbesondere herausgestellt, daß die Zuverlässigkeit im Arbeitseinsatz und in der Arbeitsdurchführung durch den Baudienst wesentlich größer als in der freien Wirtschaft ist.
   Grund: die im Baudienst vorhandene Autorität der Führung gegenüber den Dienstpflichtigen.

3. Die Dienstflucht von bereits in den Abteilungen Eingesetzten kann mit etwa 10-15 % durchschnittlich gerechnet werden. Zu Beginn des russischen Feldzuges betrug allerdings die Dienstflucht in den Kreishauptmannschaften am San teilweise über 50%. Diese Vorgänge sind jedoch bedingt durch die Kampfhandlungen und daher als außergewöhnlich zu bewerten.

Andererseits haben sich zu Beginn der Kampfhandlungen in einzelnen Abteilungen, insbesondere Przemysl und Sanok sowohl Polen als auch Ukrainer als besonders zuverlässig gezeigt. In Przemysl wurde durch den Baudienst unter feindlicher Waffenwirkung deutschen Truppen Hilfe geleistet und ebenfalls in Sanok beim Bau der Behelfsbrücke.

4. Wenn auch die Mehrzahl der bereits Eingezogenen durchaus willig ihren Dienst verrichtete, so zeigt sich doch aus den Ergebnissen im Distrikt Krakau bei dem weit größeren Teil der Betroffenen das Bestreben, sich der Gestellung zur Ableistung der Dienstpflicht zu entziehen.
<u>Beispiel:</u> Zur Erfassung und Musterung im Distrikt Krakau hätten erscheinen müssen

schätzungsweise	etwa 80 000	Mann
Es sollten eingesetzt werden	" 15 000	"
Es wurden gemustert:	" 32 633	"
Hiervon waren untauglich:	" 3 973	"
Gestellungsbefehle ergingen an:	" 19 452	"
Dem Gestellungsbefehl leisteten Folge:	" 7 336	"
Während der Berichtszeit wurden aus dem Baudienst hiervon dienstflüchtig (Ostfeldzug):	" 4 092	"
Von diesen Dienstflüchtigen dem Baudienst wieder zugeführt wurden:	" 1 182	".

Es erscheint notwendig, durch besondere Strafmaßnahmen den durch die Regierung gegebenen Anordnungen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Besprechungen hierüber sind mit der Hauptabteilung Justiz und Hauptabteilung Innere Verwaltung eingeleitet.

5. Wirtschaftliches Ergebnis.
Der durch den Herrn Generalgouverneur bewilligte Zuschuss von 4 Mill. Zloty wurde nicht beansprucht. Der Baudienst hat sich aus eigenem Arbeitseinkommen erhalten und darüber hinaus einen Überschuss von 1 3/4 Mill. Zloty erzielt.

Da die Arbeitsverträge nicht auf der Basis einer Lohnhöhe abgeschlossen waren, die dem Unternehmer zugebilligt werden, sondern durchschnittlich auf 50-60% dieser Lohnhöhe, so kann nach den praktischen Erfahrungen angenommen werden, daß bei einem vollen Einsatz mit 100 000 Mann für den Haushalt des Generalgouvernements eine Ersparnis von 70-100 Mill. Zloty zu erreichen ist.

Wichtiger als diese Einsparungen im Etat erscheint mir jedoch die Möglichkeit, durch den Baudienst die erforderliche Anzahl an Arbeitskräften zur Durchführung der staatsnotwendigen Aufgaben mit Sicherheit bereitstellen zu können.

6. Die Erziehung zu einer anständigen Arbeitsleistung ist hierbei von besonderer Bedeutung. Die Ostbahn und Abteilung Forsten haben hierbei ganz besonders gute Erfahrungen gemacht, insbesondere hat die Ostbahn schon seit geraumer Zeit ihren Nachwuchs an Arbeitern und Bahnbediensteten aus den Reihen der mit guter Qualifikation entlassenen Baudienstpflichtigen gedeckt und will dieses Verfahren weiterhin unbeschränkt durchführen.

7. Katastropheneinsatz, insbesondere zur Freihaltung von Schneeverwehungen der Durchgangsstraßen und Kreisstraßen wurde auch durch die für den Winter 1940/41 bereits aufgezogene Sonderorganisation mit Hilfe der Zivilbevölkerung durchgeführt.

8. Für 1942 ist die Einziehung des Jahrgangs 1922 vorgesehen.

Hiervon sollen mindestens 23 000 in die Abteilungen des Baudienstes eingestellt werden und weitere 20-30 000 für wehrwirtschaftliche Arbeiten, insbesondere bei der Ostbahn, an die eingesetzten Unternehmer abgegeben werden. Diese abzugebenden Pflichtigen werden durch den Baudienst hinsichtlich ihres Einsatzwillens und ihrer Arbeitsleistung überwacht und erhalten nach 7 Monaten guter Haltung und Arbeitsleistung den Ausweis über abgeleistete Baudienstpflicht. Sie werden bei den Unternehmern im übrigen hinsichtlich Entlohnung usw. genau wie die übrigen Arbeiter behandelt. Der in Aussicht gestellte Nachweis über abgeleistete Baudienstpflicht soll einen Anreiz zu guter Arbeit geben.

9. Die Erfassung und Musterung erfolgt durch Musterungsstäbe, die von Führern des Baudienstes besetzt sind. Hinzugezogen werden polnische Ärzte, die ihre eingehenden Vorschriften über die ärztliche Beurteilung durch den Baudienst erhalten haben.

10. Stellenplan.

Da das Generalgouvernement einen eigenen Stellenplan für Beamte nicht errichtet, wurde die Unterbringung in Etatstellen beim Reichsinnenministerium angestrebt, dort jedoch abgelehnt, da für das technische Arbeitsgebiet keine entsprechenden Stellen im Reich vorhanden sind. Der Herr Reichsarbeitsführer hat nach meinen Ausführungen sich bereit erklärt, in einem besonderen Anhang zum Stellenplan des Reichsarbeitsdienstes Stellen für den Baudienst als Versorgungsaktion für die ausscheidenden Versorgungsanwärter zu genehmigen bzw. beim Reichsfinanzminister zu befürworten. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Es handelt sich bei etwa 85% der Stellen um in Ehren ausscheidende Unterfeldmeister als Versorgungsanwärter nach 12-jähriger Dienstzeit.

Diese stehen normalerweise in einem Durchschnittsalter von 32 - 35 Jahren, haben Erfahrungen auf technischem Gebiet und in der Menschenführung gesammelt, die notwendig und Voraussetzung für einen derartigen Einsatz im Osten sind. Die Sicherstellung eines Teiles dieser im Einsatz erprobten Leute durch die Schaffung von Etatstellen und Überführung in das Beamtenverhältnis erscheint mir für das Generalgouvernement von besonderer Wichtigkeit. Ich bitte deshalb des Herrn Generalg ouverneur, falls erforderlich , den Verhandlungen in Berlin die persönliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

11. Die Erfahrungen berechtigen zu der Auffassung, daß der Baudienst für das Generalgouvernement nicht nur zweckmässig, sondern insbesondere auch mit Rücksicht auf die Mentalität der Bevölkerung notwendig ist. Diese Erkenntnis ist auch schon in einzelnen Gebieten des Ostministeriums gewonnen worden und es liegen bereits Anforderungen von Führern beim Reichsarbeitsführer für eine derartige Aufgabe vor. Der Herr Reichsarbeitsführer hat mir jedoch zugesagt, daß vorläufig außer dem Generalgouvernement ein Baudienst von ihm nicht unterstützt wird und nicht unterstützt werden kann.

(Hinkel)
Oberstarbeitsführer.

20.3.1942

12[55] Besprechung mit Senatspräsident Blauert

Senatspräsident Blauert erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen eingehenden Bericht über den Aufbau und die bisherige Tätigkeit des Obersten Rechnunsprüfungsamtes des Generalgouvernements. Er, Senatspräsident Blauert, habe zunächst das Bestreben gehabt, ein zufriedenstellendes Zusammenarbeiten mit dem Rechnungshof des Deutschen Reiches und seinem Präsidenten Staatsminister Dr.Müller herbeizuführen. Aufgabe des Rechnungsprüfungsamtes des Generalgouvernements werde es vor allem sein, diesem Amte als einer obersten Kontrollbehörde ~~vor allem~~ die Hauptprüfung zu übertragen. Man dürfe hier keine Zentralisierung eintreten lassen, sondern jede Abteilung müsse ihre eigene Vorprüfung haben. Die Entscheidung etwaiger Zweifelsfragen müsse selbstverständlich dem Rechnungsprüfungsamt überlassen bleiben, wobei aber für die Beurteilung der Sachlage nicht technische Grundsätze bestimmend sein dürften, sondern lediglich das Leben. Es komme auch nicht so sehr darauf an, lediglich sparsam zu wirtschaften, sondern darauf, mit dem geringsten Aufwand an Mitteln die Aufgabe der Verwaltung zu erfüllen.

Der Herr Generalgouverneur erkennt die Wichtigkeit des Rechnungsprüfungsamtes vollauf an und erklärt sich bereit, dem Präsidenten Blauert beim Ausbau seiner Stellung im Generalgouvernement jeder Zeit seine Hilfe zu gewähren.

13[10] M i t t a g e s s e n

20.3.1942

16[00] Besprechung mit Staatssekretär Mühlmann und Architekt Koettgen

18[00] Eröffnung des Hauses der Presse in Krakau

Pressechef Gaßner richtet zu Beginn des feierlichen Aktes folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen aus übervollem Herzen dafür danken, daß Sie hierher gekommen sind, um dieses Haus, dessen Entstehung Ihrer Großzügigkeit zu verdanken ist, zu eröffnen. Das Haus der Presse soll eine Stätte der Arbeit, aber auch eine Stätte des Treffens der Pressemänner und der Journalisten mit allen jenen sein, die mit der Presse zu tun haben.

Wenn ich angesichts der Eröffnung dieses Hauses eine kleine Leistungsschau zusammengestellt habe, so geschah es deshalb, um Ihnen, Herr Generalgouverneur, zu beweisen, daß wir in den zweieinhalb Jahren, seit Sie mich auf diese Stelle berufen haben, nicht untätig gewesen sind. Wir sind immer der Meinung gewesen, daß wir von unserer Arbeit, wenn sie auch nicht das Licht der Öffentlichkeit scheuen soll, nicht viel reden dürfen, weil die Arbeit, die wir leisten, eine Arbeit mit einer Waffe ist, die man zwar gebrauchen, aber nicht näher benennen soll.

Herr Generalgouverneur, ich darf Ihnen bei dieser Gelegenheit nochmals danken, daß Sie so großzügig gewesen sind, uns dieses Haus zu geben. Gleichzeitig darf ich der Baudirektion des Generalgouvernements meinen Dank sagen, die dieses Haus unter großer Schwierigkeiten hergerichtet und eingerichtet hat.

20.3.1942

Weiter danke ich der Hauptabteilung Finanzen und der Hauptabteilung Propaganda für ihre großzügige Förderung unserer Bestrebungen. Im einzelnen kann ich nicht allen denen meinen Dank aussprechen, die bei der Schaffung dieses Hauses und an diesem Werk beteiligt waren.

Soeben ist folgendes Fernschreiben des Reichspressechefs eingetroffen:

> Aus Anlaß der Einweihung des Hauses der Presse sende ich Ihnen meine besten Wünsche. Ich freue mich, daß nun auch in Krakau eine Stätte und ein Mittelpunkt für die Pressearbeit geschaffen worden ist, und bedauere nur, daß ich verhindert bin, an der heutigen Veranstaltung teilzunehmen. Ich bitte Sie, dem Herrn Generalgouverneur und den Kameraden der deutschen Presse meine besten Grüße zu übermitteln.
>
> Dietrich

Ich bitte Sie nun, Herr Generalgouverneur, das Haus der Presse zu eröffnen.

Der Herr Generalgouverneur ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Pressechef Gaßner! Ich darf Ihnen in unser aller Namen den herzlichen Dank dafür aussprechen, daß Ihrer Arbeit geglückt ist, der Presse ein so schönes Haus zur Verfügung zu stellen. Ihnen und allen Pressevertretern im Generalgouvernement möchte ich auch unser aller herzlichen Dank für die wirklich hervorragende Unterstützung zum Ausdruck bringen, die die Aufbauarbeit in diesem Gebiet in allen Teilen durch die Presse erfahren hat. Ich könnte mir die zweieinhalb Jahre, die wir hier im Lande sind, nicht vorstellen, wenn

20.3.1942

nicht immer wieder das geistige Gefüge und das programmatische Aufeinandereingestelltsein aller Dienststellen, aller Behördenrepräsentanten und aller Träger von Ideen in diesem Raum durch die hervorragende Pressearbeit gewährleistet worden wären, die hier im Generalgouvernement geleistet worden ist. Ich möchte dabei vor allem die Krakauer-Zeitung erwähnen, ein Organ, das sich weit über den Rahmen unseres Generalgouvernements hinaus heute schon des Rufes einer der vortrefflichst bedienten deutschen Zeitungen erfreut. Wir können stolz darauf sein, daß das führende Organ des Generalgouvernements mit Fug und Recht diesen hohen Titel trägt.

Aber auch der deutschen Presse ganz allgemein im weiten großdeutschen Raum danke ich für das vielfache intensive Interesse, das sie unserer Aufbauarbeit im Osten immer wieder gewidmet hat. Was dadurch an Verständnis gegenüber dem sehr schwer zu verstehenden Problem unseres Ostraumes, was an allmählicher Heranführung des deutschen Volkes zu den großen Aufgaben, die der Führer uns im Ostraum gestellt hat, was schlechterdings an Erziehung des deutschen Menschen zu einer mehr weltgeschichtlichen, großräumigeren Denkform von der deutschen Presse geleistet worden ist, ist, vom Generalgouvernement aus gesehen, eine der hervorragendsten geistesgeschichtlichen und allgemein politischen Taten, die die Männer der deutschen Presse jemals vollführt haben.

Auch den Berichterstattern der deutschen Zeitungen, die im Generalgouvernement wirken und uns durch ihre Berichterstattung sooft geholfen haben, spreche ich meinen Dank und meine besondere Anerkennung aus. Das Generalgouvernement spielt in der Welt eine gewisse Rolle. Es ist klar, daß man sich mit den Geschehnissen in diesem Raum in weitesten Kreisen unserer Gegner pressemäßig immer wieder be-

20.3.1942

beschäftigt hat. Man hat vor den infamsten Verleumdungen unserer Verwaltungsarbeit nicht Halt gemacht. Man hat in jener berühmten oder, besser gesagt, berüchtigten Weise in der Weltpresse, vor allem in der neutralen Presse - die feindliche interessiert uns nicht - eine Art Greuelpropaganda gegen die Regierung und die Machthaber im Generalgouvernement betrieben, die eigentlich jeder Form von objektiver Presseberichterstattung Hohn spricht. Ich danke daher allen Mitarbeitern der deutschen Presse dafür, daß sie durch die Ermöglichung von Interviews, von sofortigen amtlichen Stellungnahmen, von zusammenfassenden Berichterstattungen mithalfen, der Wahrheit über die wirklich einzig dastehende, mustergültige Aufbauarbeit im Generalgouvernement zum Siege zu verhelfen, die deutsche Menschen hier ohne Rücksicht auf Dienststellung, Rang und Titel geleistet haben, nicht zuletzt auch im Interesse der Aufrechterhaltung und Sicherstellung der Gesamtordnung für fast 20 Millionen Menschen, die von ihrem früheren Regime verlassen und von ihren früheren Alliierten dem Elend preisgegeben wurden. Diese Aufbauarbeit wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die deutsche Presse unentwegt der Wahrheit die Bahn bereitet hätte.

Wie sich die deutsche Presse nicht nur im Interesse der Deutschen in der Verwaltung, in der Polizei, sondern auch sonst irgendwo in einem der Kampfforts unserer inneren Ordnung betätigt, was sie darüber hinaus dem deutschen Soldaten im Generalgouvernement an Verbindungen mit der Heimat vermittelt, das stellt ein besonderes Kapitel der Pressetätigkeit in diesem Raum dar. Ihrer muß in diesem Augenblick besonders

20.3.1942

gedacht werden, da angesichts der Vorverlegung der Front im Osten mehr und mehr die Krakauer-Zeitung weit über das Gebiet des Generalgouvernements hinaus sozusagen zur täglichen Lektüre vieler Tausende und Abertausende unserer Soldaten geworden ist. Daraus ergibt sich jener sinnvolle Dreiklang des Presselebens im Generalgouvernement: Dienst an der Arbeit des Reiches im Generalgouvernement, Dienst an der Arbeit des Generalgouvernements im Dienste des Reiches, Dienst an der deutschen Front im Interesse von Reich und Generalgouvernement.

Seien Sie, Präsident Ohlenbusch, Sie, Hauptschriftleiter Stoeppler, Sie, Verlagsleiter Strozyk, und alle die Herren, die sich um die Presse verdient gemacht haben, herzlichst bedankt! Ich übergebe Ihnen, Pressechef Gaßner, dieses Haus zu treuen Händen. Ihnen als den Pressechef der Regierung gilt mein Dank und meine besondere Anerkennung.

Mit einem von Pressechef Gaßner ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer findet der feierliche Akt seinen Abschluß.

20^{00} Vortrag des Prof. Karlinger von der Technischen Hochschule in München, gehalten im Großen Hörsaal des Instituts für Deutsche Ostarbeit über das Thema:

Eindrücke von deutscher Kunst im Ostraum.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

I /1

Krakau

Sonnabend, den 21.März 1942.

9^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple

11^{45} Besprechung mit Landgerichtsdirektor Wilden in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur erteilt Landgerichtsdirektor Wilden Antwort auf einen Brief, den dieser wegen der feierlichen Übergabe der 12-Apostel-Kirche an die deutschen Katholiken Krakaus, die am 12.April stattfinden soll, an den Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs gerichtet hat:

Landgerichtsdirektor Wilden erklärt, daßß Staatssekretär Dr. Bühler bestimmt habe, daß für die religiösen Bedürfnisse der 10 000 deutschen Katholiken in Krakau neben der Kirche unterhalb der Burg auch die 12-Apostel-Kirche zur Verfügung gestellt werden soll.

Der Herr Generalgouverneur hat nichts dagegen, daß die Kirche übergeben wird und daß bei dem vorgesehenen feierlichen Hochamt am 12.April die Philharmonie des Generalgouvernements und der Berliner Kathedralchor mitwirken; er erklärt sich auch bereit, einen offiziellen Vertreter der Regierung für die Teilnahme an der Feier zu benennen. Der Herr Generalgouverneur wünscht aber, daß die Angelegenheit pressepolitisch nicht zu sehr in den Vordergrund gerückt wird. Sollte für das Ausland eine Berichterstattung in größerem

Rahmen

21.März 1942.

Rahmen erforderlich sein, so müsse das mit dem Pressechef der Regierung abgesprochen werden. Für das Reich solle das DNB einen Bericht in kleinem Rahmen geben. Von den vorgesehenen Einladungen zur Teilnahme an die Spitzen der militärischen und zivilen Behörden solle Abstand genommen werden. Als Grundsatz müsse gelten, daß diese Gelegenheit nicht dazu benutzt werde, den katholischen Aktivismus in Erscheinung treten zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur regt an, daß nach dem VIII. philharmonischen Konzert, bei dem der Berliner Kathedralchor mitwirkt, und das er, der Herr Generalgouverneur, besuchen werde, der Intendant der Philharmonie einen Empfang geben soll.

Weiter ist der Herr Generalgouverneur bereit, aus Anlaß der Anwesenheit des Chores in Krakau den Geschäftsführer des Reichsverbandes für das katholische Deutschtum im Ausland, der mit dem Berliner Kathedralchor nach Krakau kommt, zu empfangen.

Von dem für den 12.April abends im Burghof geplanten Ständchens des Kathedralchores soll Abstand genommen werden.

12^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kommandeur der Oberfeldkommandatur in Krakau, Generalleutnant von Höberth.

12^{15} Besprechung mit Präsident Bauder

12^{40} Schriftleiter Hirche , der in Begleitung von Verlagsleiter Strozyk erschienen ist, überreicht dem Herrn Generalgouverneur sein Buch „Erlebtes Generalgouvernement". Als kleines Zeichen der Dankbarkeit für die Förderung,

21.März 1942.

derung, die der Herr Generalgouverneur jederzeit den Belangen der Krakauer Zeitung habe zuteil werden lassen, wolle er auch im Namen von Verlagsleiter Strozyk das erste Esemplar dem Herrn Generalgouverneur widmen.

Der Herr Generalgouverneur äußert seine besondere Freude über dieses gut gelungene Buch. Schriftleiter Hirche möge ihm auch ein Exemplar für den Führer überlassen, das er, der Herr Generalgouverneur, weiterleiten wolle.

Verlagsleiter Strozyk erklärt, daß infolge der großen Nachfrage die erste Auflage des Buches bereits vergriffen sei, sodaß man zur zweiten Auflage schreiten müsse.

12[45] Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk.

Verlagsleiter Strozyk legt dem Herrn Generalgouverneur die ersten Entwürfe für die geplante volksdeutsche Zeitung vor und erklärt, daß er bereits einen tüchtigen Schriftleiter für diese Aufgabe zur Verfügung habe.

Im weiteren Verlauf berichtet Herr Strozyk über die günstige Lage des Zeitungsverlags. Die jetzige Auflage der 4 deutschen Zeitungen des Verlages betrage einschließlich der für die Soldatenzeitung 160 000 Exemplare, von denen bereits 10 000 ins Reich gingen. Die polnischen Zeitungen fänden reißenden Absatz; man habe aber die Auflage einschränken müssen.

Der Herr Generalgouverneur äußert den Wunsch, daß der Verlag einige kleine dienstliche Bibliotheken für die Kreishauptleute zusammenstelle. In diesem Zusammenhang erklärt Verlagsleiter Strozyk, daß der Zeitungsverlag bereits über ein Bücherlager im Werte von 1 1/2

Millionen

21.März 1942.

Millionen Reichsmark verfüge. Der Verlag habe in Radom eine Buchhandlung mit 6000 und in Lemberg eine solche mit 12 000 Titeln bereits eröffnet. Für Krakau sei die Einrichtung einer Buchhandlung nicht geplant.

13^{00} F r ü h s t ü c k

16^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Erstaufführung im Generalgouvernement des Films "Der Große König" in der Skala.

Anschließend Tee-Empfang im Haus Krakau.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

IX/1

Sonntag, den 22.März 1942.

9[30] Verpflichtungsfeier der HJ- im Staatskasino.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Ansprache:

Meine Jungen und Mädel!

In einer Feierstunde, die Euch allen im Herzen bleiben soll, schreiten wir in der alten deutschen Stadt Krakau zu dem feierlichen Akt, Euch in des Führers besondere Weihe aufzunehmen. Dies geschieht in einem Augenblick, in dem sich die deutsche Nation mit dem letzten Aufbäumen einer schicksalsbewußten Kraftanstrengung die Endform unseres Reiches weit über den ursprünglich vom Führer übernommenen Raum hinaus zu gestalten anschickt. Das ist für Euch, die Blüte am Lebensbaum unseres Volkes, eine besonders stolze Tat, die Euch mit dem Führer noch inniger verbinden soll.

3 Kennzeichen seien Eurem Tun in der Jugend des Führers vorangestellt: Die Treue zum Führer, zum Volk und zum Reich, der Mut zum Ideal des nationalsozialistischen Glaubens und die Tapferkeit zum Bestehen des Lebenskampfes. Die Treue zum Führer, die Ihr heute in meine Hand als dem Hoheitsträger dieses Landes geloben werdet, muß der strahlende Stern Eures Daseins sein. Als wir 1918 gebrochen werden konnten, waren wir gespalten; damals kämpfte die Front und versagte die Heimat, heute kämpft die Front, und die Heimat kämpft Schulter an Schulter mit der Front. Wie der Führer in seiner Person Front und Heimat, Wehrmacht und Volk, Waffe und Idee, Glauben und Treue vereinigt, so muß auch in Euch das sichtbare Symbol der deutschen Unsterblichkeit, Adolf Hitler, in Eurer Seele immerdar als Vorbild leuchten.

Die Treue zum Volk: Gibt es ein größeres Volk als das unsrige, das sich nun machtvoll von den Pyrenä-

en bis zum Nordkap und hinüber in die östlichsten Wüsten dehnt und reckt, unser deutsches Volk, aus der germanischen Urwelt stärker denn je wieder aufsteigend? Sind nicht gerade wir in Krakau einer der stärksten Vorpunkte dieses Ringens; hat nicht der Führer uns den Ehrentitel "einer der wichtigsten Vorposten des großdeutschen Raumes" verliehen? Diese Treue, meine Jungen und Mädel, muß für die ganze völkische Familie gelten. Gerade hier, wo die Fremdvölkischen im dumpfen Druck einer Niedrigkeit sondergleichen dahinsiechen, muß Euch das leuchtende Bewußtsein erfüllen: Herrgott, Du hast uns den größten Segen gegeben, daß Du uns Deutsche hast werden lassen.

Treue zum Reich, dieser großartigen staatlichen Gemeinschaft, die vom Führer durch den Nationalsozialismus einen neuen Inhalt erhalten hat. Diesem Reich, dieser monumentalen Ordnungszentrale der europäischen Welt, dem Reich der deutschen Nation, das nun wieder stolz aufgerichtet in Straßburg und Krakau, in Warschau und Danzig, Posen und Thorn, allüberall erstrahlt im alten Glanz und das der kommenden großen Berufung in der Welt entgegengeht, müßt Ihr Euch verschworen halten, daß es nicht wieder zerfalle und nicht wieder gespalten werden kann in kleine Ländchen, in kleine Stammesbezogenheiten ohne Inhalt, und daß es seine Unsterblichkeit mit dem Namen Adolf Hitler bekomme.

Wie aber, wenn Ihr zur Treue nun den Mut gesellt, wenn Ihr den Mut habt, das Ideal Eures Lebens einer großen Weihe zu verschreiben, wenn Ihr Euch aus dem Opferkampf dieser Zeit entschlösset, dem Führer in seinem mutvollen Glauben zu folgen? Welch' ein Glück für uns, wenn Ihr, die Jugend, das fortsetzt, was die ersten Apostel der Bewegung, die ersten Glaubensbringer

dieser Erneuerung der Welt in das Land der Deutschen getragen haben, diesen Mut zum Ideal, der eiskalt aufgerichtet seinen Weg in der Bewußtheit einer großen Sendung geht und durch nichts vom Weg abgebracht werden kann, weder durch Leiden noch durch Sorgen, durch Unglück oder durch Zerstörung oder Verlust all' dessen, was die Erde bringt, der den Glauben festhält, wie die Pflege des Lebens selbst, aus der jeder einzelne von uns kommt. Diesen Mut müßt Ihr zeigen, wenn Euch der Staub des Lebens ankommt und wenn Euch vielleicht die Meinung ankommt „wie sinnlos ist das Leben, wie kurz ist es, wie verlöscht es so schnell". Nein, meine liebe Jugend, das Leben ist etwas Hohes, etwas Gewaltiges, wenn man es einem Hohen und Gewaltigen weiht.

Diesen Mut zum Ideal müßt Ihr haben. Wie war unser Volk früher zerrissen, wie war es gespalten in Vereine und Konfessionen? Ihr aber könnt in der wohlgefügten Ordnung unserer nationalsozialistischen Weltanschauung lebenbejahend, glückbringend für unser Volk wirken. Welch ein stolzes Geschenk hat Euch der Führer mit diesem Mut zu seinem Ideal gemacht!

Freilich, zur Treue und zum Mut und zum Ideal gehört auch die Aktivität, gehört die Tapferkeit, dieses Sich-dazu-bekennen, daß man einen Kampf bestehen will. Der Kampf ist der Sinn des Lebens. Heute geht der Schlußkampf um die Durchsetzung des Ideals gegenüber dem Mammon in der Welt vor sich, gegen die alten plutokratischen Mächte, die das Ideal lächerlich finden und die sagen, was ist schon der Glaube an irgend etwas in der Welt, an etwas Höheres in der Welt, an eine Kultur, an eine Sendung, oder gar an einen Herr gott, was ist das alles, gegenüber dem Gold dieser Erde. Wie wurden wir Deutsche von diesen Goldjüngern verspottet. Man sagte uns, wir sind die Habenichtse, die

Armen

Armen. Aber der Herrgott hat uns mit dieser Armut gesegnet und hat uns den Kampf ums Leben, um die Möglichkeiten des Lebens, um den Raum aufgegeben.

Dieser Kampf muß von Euch weitergeführt werden. Durchforscht, liebe Jungen und Mädel, immer wieder die Geschichte, laßt Euch von Euren Lehrern in den Schulen immer wieder ins Bewußtsein trommeln: Das Volk ist verloren, das nicht bereit ist, bis zum Äußersten dem Ideal zu leben, das wichtiger ist als die Werke der Arbeit, auf die man verzichten kann. Was hilft heute dem ganzen Chor der Feinde Adolf Hitlers das Gold? Wie zerfließt es doch in den Händen Churchill's gegenüber dem Glaubensblock der Völker, die leben werden, weil sie den Glauben höher schätzen und die Tapferkeit mehr gelten lassen als das Genießen und das heuchlerische Getue mit abklingenden Werten.

Ich weiß, daß die Partei hier im Generalgouvernement, unsere herrliche nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei Euch, meine Jungen und Mädel, den Bewegungsrahmen für Treue, Mut und Tapferkeit gibt. Ich danke Euch, daß Ihr Euch zu dieser Tat entschlossen habt, daß Ihr nunmehr als junge deutsche Menschen unter dem Segen Eurer Eltern und unter den Segnungen unseres Volkes in die Gemeinschaft Adolf Hitler's eintretet. Dieses Land Generalgouvernement ist stolzes Aufmarschgebiet; nahe der Front bewegen wir uns im Frontdenken. Für uns hat der Begriff des Lebensraumes eine unmittelbar plastische Vorstellung: Auf jeden Deutschen im Generalgouvernement treffen so und so viele Fremdvölkische. Wir müssen uns daher den Lebensraum nicht nur auf der Erde vorstellen, sondern wir müssen uns den Lebensraum auch über uns bilden. Die Erweiterung des Lebensraumes der Deutschen heißt nicht

nur, daß

22.März 1942.

daß ihr Land größer wird, sondern daß das Denken, das Handeln, der Charakter der deutschen Menschen dieses Raumes größer, höher werden muß, daß man in diesem größeren Lebensraum auch größere Charaktere, größere Herzen, größere mutvollerere Menschen braucht. Wir wollen daher diesen Lebensraum auch in uns selbst erweitern, damit wir von den alten verblassenden Formen früherer Epochen abkommen und uns im leuchtenden Leben bewegen.

Jugend des Führers, Ihr seid des Führers ganze Freude. Damit für Euch, Ihr jungen deutschen Menschen, das Leben im deutschen Volk und Reich glücklicher werde wie das jeder Generation vor Euch, sterben heute die Männer an der Front; deshalb kämpfen sie, und deshalb bringen sie, unsterbliche Siege an die Fahne heftend, unser Reich in die Heimat. Seid im Namen des Führers gegrüßt und seid aufgerufen zu seinem ewigen Werk.-

11[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf).

IV/1

Krakau

Montag, den 23.März 1942.

15^20 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^50 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Wolsegger.

16^10 Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

16^25 Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Finanzpräsident Dr. Senkowsky, Ministerialdirigent Dr. Emmerich und Bankdirigent Dr. Paersch.

In dieser Besprechung wird zunächst zur Frage des Wehrbeitrages Stellung genommen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky führt einleitend aus, daß man zwischen dem eigentlichen Wehrbeitrag, der vom Generalgouvernement verlangt werde, und den Aufwendungen unterscheiden müsse, die das Generalgouvernement aus dem Titel Wehrmacht aufzuwenden genötigt sei. Das Reich verlange vom Generalgouvernement wie von allen anderen Nebenländern einen Beitrag zu den Kosten der Kriegführung. Dazu träten die eigentlichen Kosten, die der Einsatz der Wehrmacht in einem bestimmten Gebiet verursache. Hier handle es sich nicht nur um die Bezahlung des Wehrsoldes, sondern auch um die Errichtung von Bauten, um den Einkauf von Waren und Lebensmitteln, die vielleicht in dem Gebiet gar nicht verwendet würden. Alles das beeinflusse die Wirtschaft des betreffenden Teilgebietes ganz außerordentlich. Und so sei denn auch infolge des Aufmarsches gegen Rußland die Tragung der Wehrmachtsausgaben nur durch eine weitere Ausgabe von Noten möglich gewesen.

23.März 1942.

sen. Diese Situation verschärfe sich noch durch eine besonders starke Verknappung der Waren. Wolle man eine katastrophale Verschärfung dieser Lage vermeiden, so müsse man bestrebt sein, eine weitere Steigerung des Notenumlaufes hintanzuhalten. Eine Herabdrückung des Notenumlaufes bei gleichzeitig steigenden Wehrmachtsausgaben halte er für unmöglich.

Der Reichsfinanzminister verlange nun in einem Schreiben für das Jahr 1941 einen Wehrbeitrag von 500 Millionen Zloty. Wenn man sich dazu entschließen wolle, dem Reiche diesen Wehrbeitrag zur Verfügung zu stellen, dann wäre es vielleicht nicht unerwünscht, wenn ein erheblicher Teil der Mittel, die die Wehrmacht brauche, zum Teil aus der Wirtschaft des Generalgouvernements, zum Teil aus dem Staatshaushalt genommen würde.

Bankdirigent Dr. Paersch weist darauf hin, daß die Wehrmachtsanforderungen im Durchschnitt des Jahres 1940 100 Millionen, im Durchschnitt des Jahres 1941 200 Millionen je Monat betragen hätten. Eine Zusammenfassung der Wehrmachtsausgaben, die man jetzt versuchen wolle, werde zum ersten Mal eine ordentliche Kontrolle ermöglichen, mit der man die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Anforderungen wenigstens einigermaßen zu überprüfen imstande sei. An sich seien die Forderungen der Wehrmacht durch die Notwendigkeit der Geldversorgung der Truppe bedingt. Die Sorge für die Geldanforderungen der Wehrmacht sei Sache des Reiches. Die Notenbank des Generalgouvernements habe im Jahre 1939/40 einen Wehrbeitrag von etwa 300 Millionen Zloty geleistet, und insofern habe das Reich für dieses Jahr auf einen Beitrag des Generalgouvernements zur Deckung der Anforderungen der Wehrmacht verzichten

können.

23.März 1942.

Hinsichtlich der Finanzierung der Anforderungen der Wehrmacht befinde sich das Generalgouvernement in sehr günstiger Lage. Während die anderen Nebenländer sich unter Umständen verschulden müßten, habe das Generalgouvernement Devisenguthaben im Reich. Dieses Guthaben sei aus der Aktivität der Zahlungsbilanz entstanden. Nachdem nun die Leistungen an das Reich aus der Verwertung der Noten in den Jahren 1939 und 1940 ihre Erledigung gefunden hätten, sei man genötigt, soweit als möglich zu den Besatzungskosten des Gebietes beizutragen, allerdings unter der Voraussetzung, daß diese Belastung für die Wirtschaft.des Generalgouvernements tragbar sei.

Präsident Dr. Senkowsky hält eine Einflußnahme des Generalgouvernements auf die Wehrmachtsausgaben nicht für möglich, da das militärische Erfordernis der Ostfront eine bestimmte Höhe der Wehrmachtsausgaben bedinge. Er sei sich allerdings nicht klar darüber, wohin die Entwicklung im Laufe der nächsten Monate führen werde. Wenn man annehme, daß die Wehrmachtsausgaben in Höhe von 200 Millionen Zloty noch für 10 Monate weitergehen würden, so komme man auf eine Summe von 2 Milliarden Zloty bis zum Ende des Jahres 1942. Es frage sich nur, wie diese Ausgaben finanziert werden sollten und welche Auswirkungen diese Wehrmachtsausgaben auf die Wirtschaft des Generalgouvernements und damit auch auf den Staatshaushalt haben würden. Würde die Wehrmacht zu einem bestimmten Prozentsatz dieses Betrages grüne Schecks begeben und um welchen Betrag würde sich in den nächsten 10 Monaten der Notenumlauf steigern, ohne daß dem ein Plus an Waren gegenüberstehe?

23.März 1942.

Bankdirigent Dr. Paersch weist für das Problem der Steigerung des Notenumlaufes auf die im Laufe eines Krieges sich immer ergebenden Folgen hin. Daß dann, wenn die Läger geräumt würden, für die Gütersphäre des täglichen Bedarfs immer weniger bleibe, sei ein im Kriege durchaus normaler Vorgang. Die Wirtschaft selbst sei ja auch so konstruiert, daß sie in sich ein gewisses Schwergewicht trage. Der normale Geldausgleich mit dem Gütermarkt sei eben im Kriege nicht möglich. Und dadurch, daß der Güterumschlag durch die Transportsperre gehindert sei, laufe das Geld viel langsamer um. Die Werke könnten ihre Produkte nur langsam absetzen. In der Wirtschaft bestehe zur Zeit im großen Umfange ein ungedeckter Bedarf an Nahrungsmitteln, Bedarfsartikeln des täglichen Lebens, Bekleidung, Schuhwerk, Beleuchtung und Heizung. Die Tragbarkeit dieses Zustandes hänge stark davon ab, daß das Vertrauen zur Währung bestehen bleibe. Bisher sei es immer wieder gelungen, das Vertrauen in die Währung zu erhalten,und es bestehe kein Anlaß zu der Befürchtung, daß das weiterhin nicht der Fall sein werde. Nur dürfe man sich allerdings bei diesem Zustand nicht beruhigen, sondern müsse versuchen, soweit das wirtschaftlich möglich sei, Geldmittel abzuschöpfen. Diese Abschöpfungsmaßnahmen müssen aber genau überlegt werden, sollten sie nicht mehr Nachteile als Vorteile bringen.

Unter den obwaltenden Verhältnissen hätten sich nun angesichts der Minderversorgung der einheimischen Bevölkerung nicht nur die schwarzen Märkte für Nahrungsmittel und Bedarfsartikel aller Art gebildet, sondern es beginne sich jetzt insgesamt eine schwarze Wirtschaft zu bilden. Das sei vor allem darauf zurückzuführen, daß die Gehalts- und Lohnempfänger mit ihrem Gelde nicht mehr auskämen.

23.März 1942.

Welche Höhe der Notenumaluf nach 10 Monaten haben werde, könne unmöglich geschätzt werden. Es hänge davon ab, wie sich die Zentralisierung der Wehrmachtsforderungen im Generalgouvernement auswirken werde. Wenn vor allem der Durchzug der Truppen abgeschlossen sei, werde sich die Steigerung des Notenumlaufs in erträglichen Grenzen halten. Auch steige ja nicht der Notenumlauf unmittelbar im progressiven Verhältnis zu den Wehrmachtsanforderungen.

Der Herr Generalgouverneur stellt danach fest, daß man zur Zeit vor sehr schweren Entscheidungen stehe. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß sich die Wert- und Produktionslage des Generalgouvernements vollkommen unabhängig von den hier erörterten Problemen entwickle. Die Kaufkraft des Zloty sei dauernd im Sinken begriffen und betrage eigentlich nur noch ein Viertel bis ein Fünftel des ursprünglichen Wertes. An dieser Tatsache könne auch das Vertrauen zur Währung nicht viel ändern. Im Vordergrund stehe das Problem, wie man sich währungs- und finanzpolitisch zu den Anforderungen der Wirtschaft angesichts der Rationierung der Sachverteilung verhalten müsse. Man habe damit zu rechnen, daß die schwarze Wirtschaft unter Umständen die Vorherrschaft erlangen werde.

Min.Dirigent Dr.Emmerich weist in diesem Zusammenhang auf die völlig ungenügende Textilversorgung des Generalgouvernements hin, die schon dazu geführt habe, daß ein lebhafter Handel mit getragenen Kleidungsstücken getrieben werde. Es könne dahin kommen, daß auf diesem Wege das gebrauchte Gut die eigentliche Handelsware werde, was den Triumph des Schwarzmarktes bedeuten würde. Die angespannte Situation der Wirtschaft habe schon zu einem direkten Konflikt des Frontinteresses mit dem Rüstungsinteresse geführt. Bisher habe die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements den ersten Platz in der Wirtschaft eingenommen. Jetzt frage man sich an maßgebender Stelle schon, ob es überhaupt noch einen Sinn

23.3.42

habe, die Rüstungswirtschaft des Generalgouvernements weiter laufen zu lassen, ob es bei Fortdauer der gegenwärtigen Lage nicht geboten sei, die Rüstungsbetriebe des Generalgouvernements still zu legen. Der Führer habe allerdings dieser Stillegung auf das entschiedenste widersprochen. Jedenfalls würde eine weitere Beeinträchtigung der Wirtschaft des Generalgouvernements zu einer Schrumpfung der Steuerkraft führen. Der in Berlin herrschenden Auffassung, daß das Generalgouvernement in finanzieller Beziehung ein Musterland sei, müsse entgegengetreten werden; denn es sei kaum anzunehmen, daß die Zentralstellen in Berlin eine richtige Vorstellung von der wirtschaftlichen Gesamtsituation des Generalgouvernements hätten. Immerhin brauche man die wirtschaftliche Lage des Generalgouvernements nicht als katastrophal anzusehen; denn trotz alledem verfüge das Generalgouvernement in seiner Bevölkerung über eine größere Widerstandskraft als etwa das völlig industrialisierte Belgien, da fast 75% der Bevölkerung des Generalgouvernements ein Stückchen Landes ihr eigen nennten. Auch dürfe damit gerechnet werden, daß die Hauptabteilung Wirtschaft mit der Zurverfügungstellung von Textilien usw. die Ernteerfassungsaktion ungefähr in gleichem Ausmaße wie bisher werde durchführen können.

Auch Finanzpräsident Dr.Senkowsky gibt der Erwartung Ausdruck, daß von seiten der Monopolverwaltung die Ernteerfassungsaktion in gleichem Umfange wie bisher mit Monopolwaren werde versorgt werden können. - Der Notenumlauf habe zur Zeit der Gründung der Emissionsbank 900 Mio Zloty betragen; jetzt betrage er 2,4 Milliarden Zloty.

23.3.42.

Entgegen der Auffassung des Finanzpräsidenten Dr. Senkowsky ist Bankdirigent Dr. Paersch der Meinung, daß der Wehrmachtsbedarf durch Abschöpfung von Geldmitteln aus dem Lande nicht ausreichend finanziert werden könne, weil es zur Zeit nicht möglich sei, mit den zur Verfügung stehenden Maßnahmen in vollem Umfange die flüssigen Geldbestände zu erfassen. Diese Maßnahmen könnten sich erstrecken

1) auf eine Heranziehung der durch die Geldlage besonders begünstigten Angehörigen der Landwirtschaft auf dem Wege, daß sie gezwungen würden, ihre Schulden zu decken;
2) auf eine Kredithergabe, wie man sie bereits in Höhe von 1,5 Milliarde betätigt habe;
3) auf eine Ausschreibung von Anleihen;
4) auf Erhebung von Steuern;
5) auf eine Intensivierung des freiwilligen Sparers.

Mit allen diesen Maßnahmen habe man bisher wenig Erfolg gehabt.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird eingehend zu der Frage Stellung genommen, wie die für den Wehrbeitrag benötigten Summen aufgebracht werden sollen.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt sich bereit, aus den Mitteln der Emissionsbank einen Betrag von 200- bis 250 Mio Zloty für eine Anleihe herzugeben.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky läßt sich bei dieser Frage von dem Grundsatz leiten, daß auch der Wehrbeitrag dazu benützt werden müßte, eine weitere Steigerung des Notenumlaufs zu verhindern, oder wenigstens

zu

zu vermindern. Die Abschöpfungsmaßnahmen seien bereits in gewissem Umfange von der Finanzverwaltung zum Teil durchgeführt, zum Teil in Angriff genommen. Die erste Etappe sei der Kriegszuschlag zur Einkommenssteuer gewesen Ihr sollten nun folgen eine Belastung der Landwirtschaft durch die Erhöhung der Grundsteuer und eine Erhöhung der Grund- und Einkommensteuer für die Polen. Einen entsprechenden Verordnungsentwurf werde er noch in dieser Woche der Abteilung Gesetzgebung einreichen. Auf diesem Wege werde man ganz erhebliche Beträge abschöpfen können.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich ist der Auffassung, daß man versuchen müsse, eine Steuerpolitik zu betreiben, mit der man auch die auf dem Schwarzmarkt gemachten Gewinne erfassen könnte. Allerdings werde man mit diesen Bestrebungen auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Umsätze im Schwarzhandel nicht durch die Bücher gingen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklären sich Ministerialdirigent Dr. Emmerich und Bankdirigent Dr.Paersch mit dem von Finanzpräsident Dr.Senkowsky für die Zahlung des Wehrbeitrags vorgeschlagenem Wege einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Finanzpräsident Dr. Senkowsky,in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister einen entsprechenden Vorschlag zu machen und dabei auf alle die Gesichtspunkte hinzuweisen, die insbesondere von Herrn Ministerialdirigent Dr. Emmerich als für die Wirtschafts des Generalgouvernements besonders wichtig angeführt worden seien. Der Entwurf dieses Schreibens soll Gegenstand einer am nächsten Tage stattfindenden Besprechung sein.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird die Frage behandelt, welche Stellung zum Schwarzhandel eingenommen

werden

werden soll.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky sieht eine Möglichkeit der Abschöpfung von flüssigen Geldmitteln auch darin, daß die Monopolverwaltung in die Lage versetzt werde, ihre Erzeugnisse grundsätzlich nicht mehr nur im regulären Verkehr, sondern auch im Schwarzhandel zu den dort üblichen Preisen zu verkaufen. Man werde eben um drastische Maßnahmen nicht herumkommen. Auch trete er im Interesse der Ernteerfassung für eine Änderung des Prämienscheinsystems ein. Der Tabakbauer z.B. erhalte von der Monopolverwaltung seine Prämienscheine erst nach Ablieferung einer bestimmten Menge Tabak, wenn er darüber hinaus noch Mengen abliefere, erhalte er noch zusätzliche Prämienscheine. Dieses System müßte auf die gesamte Landwirtschaft ausgedehnt werden.

Die Besprechung wendet sich dann der Frage der Wirtschaftskammern zu. Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß nach einem von ihm unterzeichneten Verordnungsentwurf bei der Feststellung des Haushalts der Hauptkammer die Hauptabteilung Finanzen nicht maßgebend beteiligt, sondern nur noch gehört werden solle. Er halte eine Änderung dieses Verordnungsentwurfs für notwendig, insbesondere dahin, daß statt der Worte "im Benehmen" die Worte gesetzt werden:"Im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Finanzen".

Der Herr Generalgouverneur gibt sodann Ministerialdirigent Dr. Emmerich von den vielfachen Klagen Kenntnis, die gegen das Wirken der Zentralkammer erhoben würden. So werde unter anderem gesagt, daß die staatliche Wirtschaft mehr und mehr durch die Kammern ersetzt werde. Ferner werde gegen den Umstand vorgegangen, daß Polen und Deutsche in einer Kammer zusammengefaßt sein sollten. Auch die Tätigkeit des Präsidenten von Gregory werde scharf kritisiert.

23.3.42.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich bezeichnet die gegen die Hauptkammer und ihren Präsidenten von Gregory erhobenen Vorwürfe als unbegründet. Er übernehme die volle Verantwortung für das, was auf diesem Sektor geschehe. Im Protektorat stehe neben einer umfassenden von Deutschen geführten Wirtschaftsverwaltung noch die Kammerorganisation, während man im Generalgouvernement mit der Wirtschaftsverwaltung den Anschluß verloren habe. Sie sei offenbar in der Periode des Wirkens des Geheimrats Zetzsche zu kurz gekommen. Er, Ministerialdirigent Dr.Emmerich, könne heute keine einzige Kraft mehr vom Reichswirtschaftsministerium erhalten. Staatssekretär Dr.Landfried habe ihm gegenüber sein Erstaunen zum Ausdruck gebracht, daß die Wirtschaftsverwaltung des Generalgouvernements mit 450 Beamten und Angestellten auskomme, Er habe deshalb ganz bewußt eine Organisation geschaffen, die zwischen der Hauptverwaltung und den einzelnen Betrieben stehe. Die Kammerorganisation habe bisher Ausgezeichnetes geleistet. Präsident von Gregory sei ein sehr tüchtiger, wenn auch etwas ehrgeiziger Mann, für den sich das Reichswirtschaftsministerium sehr eingesetzt habe und der als früherer Leiter der Handelskammer für Polen Land und Leute genau kenne. Er werde die Verantwortung dafür tragen, daß sich Herr von Gregory in den Grenzen halte, die er, Ministerialdirigent Dr.Emmerich, für angemessen erachte.

Der Herr Generalgouverneur weist Ministerialdirigent Dr.Emmerich an, ihm einen eingehenden Bericht über die Kammerorganisation und ihr Wirken vorzulegen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Ministerialdirigent Dr.Emmerich, daß für die Schwerindustrie des Generalgouvernements die Reichswerke Hermann Göring auf Grund einer im Jahre 1939 vom Reichsmarschall getroffenen Entscheidung von der Wehrmacht als Betriebsführer eingesetzt worden seien.

23.3.42.

Mit dieser Tatsache müsse man sich abfinden. Hinsichtlich der Schwerindustrie habe man eine Klärung herbeigeführt. Darnach seien Stalowa-Wola und Stachanowice Werke des Generalgouvernements, die Betriebsführung liege jedoch in den Händen der Reichswerke Hermann Göring. Die Entscheidung über den Abschluß von Pachtverträgen stehe noch aus, und zwar mit Rücksicht darauf, daß sich im Rahmen der Hermann-Göring-Werke ein personeller Umbau in Gestalt des Ausscheidens der beiden Generaldirektoren Rabe und Rheinländer vollzogen habe. Nun sollten die beiden Betriebe im Rahmen der Reichswerke in tschechischen Betrieben eine Patenschaft erhalten. Diese Patenschaft biete für die Werke des Generalgouvernements einen besonderen Vorteil, da sie erstklassig fundiert seien und sich in kontinuierlicher Arbeit befänden. Die im Protektorat liegenden Werke seien besser als irgendein Betrieb Oberschlesiens, was vor allem auch von der Arbeitsdisziplin der in den Werken beschäftigten Tschechen gelte. - Die Reichswerke Hermann Göring hätten die Absicht, eine Betriebsführungsgesellschaft mit den Werken des Generalgouvernements zu bilden. Zu berücksichtigen sei hierbei, daß der Abschluß eines Pachtvertrages mit einem Eisenwerk große Schwierigkeiten biete. Jeden Tag erhalte der Pächter vom OKW die Auflage, sich neue Einrichtungen anzuschaffen, bauliche Veränderungen vorzunehmen usw. Alles das müsse mit dem Eigentümer abgestimmt werden.

Was die Gründung der Karpathen-Öl-Gesellschaft mit dem Sitz in Lemberg angehe, so spiele hier die Frage eine Rolle, ob die polnischen Vorbesitzer entschädigungslos oder gegen Entschädigung enteignet werden sollten. Er stehe auf dem Standpunkt, daß man eine Entschädigung grundsätzlich nicht ablehnen solle, besonders dann, wenn sich die Polen aktiv betätigten. Man müßte den großkapitalistischen Sektor leer ausgehen lassen, dafür aber den kleinen Leuten etwas geben, um sie zu interessieren.

23.3.42.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Entscheidung über diese Frage einer Sonderregelung nach den Grundsätzen der Billigkeit vorbehalten bleibt.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist dann noch darauf hin, daß es eine Reihe von Rüstungsbetrieben gebe, hinsichtlich deren noch keine Möglichkeit eines Vertragsabschlusses bestehe. Generalleutnant Schindler wolle die Verfügungsgewalt über diese Betriebe restlos der Wehrmacht zugewiesen wissen, selbst dann, wenn es sich um früheres polnisches Staatseigentum handle. Die Verhandlungen mit Herrn Seidelhak liefen weiter. Bei diesen Verhandlungen werde unter anderem auch die Montan-Verwertungsgesellschaft mit ihren Ansprüchen auftreten und geltend machen, daß sie seit Beginn der Arbeit 40 Mio Reichsmark in den Betrieb investiert habe. Über eine solche Summe sei selbstverständlich nicht zu diskutieren; im Reich würden solche Investitionen auch gemacht. Die Wehrmacht übernehme den Betrieb ungefähr zu 2/3 des Wertes und entgelte nur das, was reiner Wertzuwachs sei. Gegen die Argumentation, daß es zwischen staatlichen Stellen nur eine Umbuchung en bloc gebe, müsse man sich entschieden wenden.

Der Herr Generalgouverneur trifft die Anordnung, daß die Besprechungen in weiteren Sitzungen fortgesetzt werden sollen. Zu diesen Besprechungen soll auch der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft hinzugezogen werden.

20^{00} Konzert der Philharmonie des Generalgouvernements.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IX/1 Krakau

Dienstag, den 24.März 1942.

11^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

11^{35} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Wolsegger und Präsidenten Dr. Siebert, die ihm die nunmehr fertigen Entwürfe zur Regelung des Einbaues der Polizei und SS in die Regierungszuständigkeiten des Generalgouvernements vorlegen.

Der Herr Generalgouverneur billigt die Entwürfe und beauftragt die Herren, die Verhandlungen nunmehr abzuschließen.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet eine Anordnung betreffend die neue Stellung des Sonderdienstes, deren wesentlichster Inhalt besagt, daß sich der Herr Generalgouverneur die ausschließliche Führung des Sonderdienste vorbehält, daß an der Spitze des Sonderdienstes nach wie vor Rechtsrat Dr.Hammerle steht, und daß der Sonderdienst verwaltungsmäßig künftig vom Staatssekretariat für Sicherheitswesen betreut wird.

14^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Direktor Fiedler von der deutschen Oberschule in Krakau.

14^{55} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple

15^{00} Besprechung mit Ministerialdirigent Dr.Emmerich, Finanzpräsident Dr.Senkowsky, Bankdirigent Paersch und Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet einen Brief an den Reichsminister der Finanzen betreffend Wehrbeitrag des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr

jahr 1941 in Höhe von 500 Mio Zloty, dessen Inhalt am Tage vorher vom gleichen Gremium in einer Besprechung festgelegt worden war. Das Schreiben wird vom Finanzpräsidenten Dr.Senkowsky dem Herrn Reichsminister der Finanzen persönlich überbracht werden.

Von einer vom Reichsminister der Finanzen für die Zwecke des Wehrbeitrags des Generalgouvernements vorgeschlagenen Aufrechnung des Guthabens des Generalgouvernements beim Reich in Höhe von 250 Mio RM wird vorerst Abstand genommen. -

Als nächstes wird nochmals über eine evtl. ins Auge zu fassende Textabänderung der Verordnung über die Wirtschaftskammer, über die in der Besprechung am Vortage eingehend diskutiert wurde, zu dem Zweck beraten, der Hauptabteilung Finanzen größeren Einfluß auf die Finanzgebarung der Kammer einzuräumen.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh, der neu zu dem Besprechungskreis vom Vortage hinzutritt, erklärt, daß die aufgetretenen Schwierigkeiten in Zukunft in Wegfall geraten würden, da ab 1.April der Leiter der Hauptabteilung Finanzen vor Inkrafttreten des Haushalts der Wirtschaftskammer, den der Regierungskommissar festsetze, gehört werde, sodaß er jederzeit von ihm gewünschte Abänderunggen geltend machen könne, Bisher sei man mit den Haushaltsfragen immer nachgehinkt. Eine nachträgliche Einflußnahme müsse naturgemäß immer Schwierigkeiten mit sich bringen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt: Die Verordnung wird nicht umgeändert, jedoch werden entsprechende Ausführungsbestimmungen dieser Verordnung intern so gefeilt, daß künftig ein Grund zu Klagen über Nichtbeteiligung nicht mehr vorhanden sein dürfte.

24.3.42.

Die grundsätzlichen Kammerfragen werden im Rahmen einer Hauptabteilungsleitersitzung bei Teilnahme der Gouverneure unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs besprochen; Termin der Sitzung, der in der Zeit nach Ostern liegen soll, wird von Staatssekretär Dr.Boepple vorgeschlagen werden. Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur die Anwesenden, verschiedene kleinere Fragen und ihre technische Bearbeitung bereits vor dieser Sitzung zu besprechen. Es sei auffallend gewesen, daß sowohl in der letzten Regierungssitzung wie auch in der Arbeitssitzung der Partei gegen die Wirtschaftskammer Klagen erhoben worden seien; auch das Verhalten des Präsidenten von Gregory sei mehrfalls gerügt worden. Die Ausfeilung aller mit der Kammer zusammenhängenden Fragen müsse so durchgeführt werden, daß man in Zukunft von einem Einvernehmen aller beteiligten Abteilungen sprechen könne. Unter allen Umständen müsse man auch den Eindruck vermeiden, als ob die Karmern etwas außerhalb der Staatsverwaltung machten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird von Präsident Dr.Senkowsky das Vorgehen der Kammer in der Bezahlung seiner Angestellten, besonders die Angelegenheit der Anstellung des Geschäftsführers kritisiert, wobei sich auch der Herr Generalgouverneur entschieden gegen eine willkürlich hohe Festsetzung der Bezüge der Angestellten für die Kammer wendet.

Alle akuten Fragen sollen in der kommenden Hauptabteilungsleitersitzung über die Kammerfragen besprochen werden. -

Präsident Dr. Senkowsky berichtet dann, daß durch Einsetzung des höheren Wehrbeitrags in den Haushalt derselbe eine Abänderung erfahren müsse und daß die anschließende Indrucklegung bei der Staatsdruckerei 2 Mona-

te

24.3.42.

te beanspruchen würde. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um sein Einverständnis, daß der Haushalt unter Hinweis auf die Genehmigung durch den Herrn Generalgouverneur dem Reichsminister der Finanzen in Maschinenschrift zur Genehmigung vorgelegt werden dürfe. Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur übergibt Staatssekretär Dr.Boepple ein Schreiben des Leiters des Oberrechnungsprüfungsamtes des Generalgouvernements Blauert und ersucht ihn um Niederlegung seiner Stellungnahme.

Auf Befragen erklärt Bankdirigent Dr.Paersch, daß der Regelung des Wehrbeitrages keine Schwierigkeiten mehr im Wege stünden. Dazu erklärt der Herr Generalgouverneur, daß vorerst Vorschüsse nur bis zu einer Höhe von 250 Mio gewährt werden dürfen. -

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß für die Übernahme der Kali-Gruben Kalusch und Stepnuc in Galizien aus den Händen der Monopolverwaltung durch eine neu zu gründende A.G. Galizische Kaliwerke zwischen den beteiligten Abteilungen grundsätzliche Einigung besteht. Da die neue A.G. vor Übernahme der Werke in das deutsche Kalisyndikat aufgenommen werden müsse, werden Vorschläge über den Termin der Übernahme dem Herrn Generalgouverneur noch eingereicht werden. Die Frage soll in einer Sitzung über die Werke des Generalgouvernements ihre Erledigung finden.

16[15] Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1) Verordnung über die Festsetzung eines Zuschlages zur Steuer bei nicht rechtzeitiger Abgabe der Steuererklärung

2) Verordnung zur Änderung der Vorschriften über die Gewährung von Vergütungen an wiederbeschäf-

tigte

24.3.42.

tigte ehemals polnische Beamte und Angestellte

3) Verordnung über die Einführung von Vorschriften über die Propaganda und kulturelle Betätigung im Distrikt Galizien

4) Verordnung über den Verkehr mit Pachtland im Generalgouvernement

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

16^{30} Tee-Empfang

19^{30} Abendessen

21^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Haus Kressendorf)

V/1

251

Krakau

Mittwoch, den 25.März 1942.

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{50} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr.Boepple und des Gesandten von Wühlisch den Grafen di Fossombrone.

Wie Gesandter von Wühlisch mitteilt, ist Graf di Fossombrone beauftragt, als Mitglied der Italienischen Botschaft in Berlin die das Generalgouvernement betreffenden Angelegenheiten zu bearbeiten. In dieser Eigenschaft werde Graf di Fossombrone Gelegenheit haben, öfter nach Krakau zu kommen, wo ihm auch eine Wohnung zur Verfügung gestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur sieht eine der Aufgaben des Grafen di Fossombrone auch in der Fürsorge für die im Generalgouvernement ansässigen Italiener. Vorläufig fehle es für sie noch an einer eigenen Organisation. Einen Fascio gebe es nur in Warschau. Es werde sich aber als notwendig erweisen, daß der Fascio am Sitze der Regierung des Generalgouvernements tätig sei und demnach seinen Sitz nach Krakau verlege. Auch werde es sehr wichtig sein,daß Graf di Fossombrone den Kontakt mit dem italienischen Botschafter Alfieri aufrechterhalte. Im übrigen liefen die Beziehungen zwischen Italien und dem Generalgouvernement auf dem normalen Wege; Außenpolitik könne von der Regierung des Generalgouvernements nicht getrieben werden.

25.3.42.

Wie Graf di Fossombrone auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs mitteilt, steht der Errichtung eines italienischen Restaurants in Krakau nichts im Wege.

Der Herr Generalgouverneur will dieses Restaurant, für das bereits ein schönes Haus zur Verfügung gestellt worden sei, zum Mittelpunkt des kulturellen Lebens der in Krakau ansässigen Italiener und der durchreisenden Offiziere und Soldaten der italienischen Truppenteile ausgestaltet wissen. Er bittet den Grafen di Fossombrone, der italienischen Regierung seinen Dank für die Bereitstellung der Ausrüstungsgegenstände zu übermitteln, und verspricht, daß sich die Regierung des Generalgouvernements in entsprechender Weise erkenntlich zeigen werde. Die Pläne für die Ausgestaltung des Restaurants und des Hauses sollen mit Geheimrat Rattinger und Stadthauptmann Pavlu noch eingehend besprochen werden.

Den inzwischen erschienenen Pressechef Gaßner weist der Herr Generalgouverneuer an, eine Pressenotiz über den Empfang des Grafen die Fossombrone in der Krakauer Zeitung erscheinen zu lassen.

12^{55} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbereichsleiter Schalk, zur Zeit Funker in Königsberg.

13^{10} F r ü h s t ü c k

15^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

15^{15} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und Bereichsleiter Dr Koepke

16^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Deutschen Oberschule.

25.3.42

17^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Entlassungsfeier in der Deutschen Oberschule in Krakau

19^{30} Besuch des Staatstheaters durch den Herrn Generalgouverneur (Ballettabend)

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in
Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 26.März 1942.

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

10^{35} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Wolsegger

12^{05} Besprechung mit Präsident Dr. Siebert in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple und Ministerialrat Wolsegger.

Dr.Siebert legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf eines Briefes an Gouverneur Dr. Fischer -Warschau vor, der einen Streitfall zwischen Gouverneur Dr.Fischer und Präsidenten Walbaum abschließen soll:

Während Präsident Walbaum davon überzeugt sei, daß der Abteilungsleiter der Abteilung Arbeit in Warschau, ein Arzt Dr. Viehweg, für seinen Posten ungeeignet sei, teile Gouverneur Fischer diese Meinung nicht. Die Parteidienststellen stellten Dr.Viehweg ein gutes Zeugnis aus. Bei einem beim Staatssekretär in dieser Sache stattgefundenen Termin habe der Staatssekretär entschieden, daß Dr. Viehweg auf seinem Posten bleiben solle. Gleichzeitig sei vom Obergruppenführer Dr.Viehweg als politisch unzuverlässig bezeichnet worden. Von dieser Aktion habe Dr.Walbaum nichts gewußt; doch sei Gouverneur Fischer der Meinung, daß sie auf die Initiative Dr. Walbaum's hin erfolgt sei.

Nun habe Gouverneur Dr.Fischer die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen Präsident Walbaum gefordert. Im vorliegenden Brief habe er deutlich klargelegt, daß kein stichhaltiger Anlaß die Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen Präsidenten Dr.Walbaum rechtfertige.

Der Herr Generalgouverneur ist mit dem Text des Briefes einverstanden und beauftragt Staatssekretär

Dr.Boepple

26.3.42.

Dr.Boepple, in seiner Eigenschaft als Vertreter des Staatssekretärs zu unterzeichnen. Gleichzeitig soll Dr.Siebert dem Obergruppenführer nahelegen, nicht in Angelegenheiten einzugreifen, die seine Zuständigkeiten überschritten.

Präsident Dr.Siebert berichtet weiter, daß Rechtsrat Dr.Hammerle bereits jetzt die Bestallungsurkunde zum Kreishauptmann von Krakau-Land erhalten wolle; Gouverneur Dr.Wendler sei damit einverstanden.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet, daß die Frage aus Zweckmäßigkeitsgründen zurückgestellt wird, bis der Einbau der Polizei als Staatssekretariat für Sicherheitswesen in die Regierung des Generalgouvernements und die davon abhängige Neuregelung beim Sonderdienst durchgeführt sei.

Dr.Siebert erklärt anschließend, daß ein Erlaß in Vorbereitung sei, wonach Debatten über Grenz- und Gebietsveränderungen verboten seien und die Abhaltung von Tagungen der Genehmigung des Staatssekretärs bedürften. - Weiter habe die Partei gefordert, daß der Aufenthalt der Ehefrauen im Generalgouvernement von einer Mitarbeit in der Partei abhängig sei. Dem habe man für Krakau bereits Rechnung getragen und er beabsichtige, diese Regelung auf das ganze Generalgouvernement auszudehnen.

Der Herr Generalgouverneur ist mit diesen Maßnahmen einverstanden.

Auf einen Hinweis von Dr.Siebert, daß in der Ukrainerfrage große Unklarheit und infolgedessen Unsicherheit bei allen Stellen bestehe, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß diese Frage auf die Tagesordnung der kommenden Hauptabteilungsleiter-Sitzung nach

Ostern

26.3.42.

Ostern zu setzen sei. In dieser Sitzung werde auch die Stellungnahme zu den ukrainischen Sportverbänden geklärt.

Präsident Dr. Siebert fordert für die Hauptabteilung Innere Verwaltung eine gewisse federführende Aufsicht bei der Behandlung der fremdvölkischen Probleme; es gehe nicht an, daß z.B. die Hauptabteilung Propaganda eigenmächtig vorgehe.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ersucht, diese Entscheidung allen Abteilungen mitzuteilen.

12[20] Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Wolsegger und Präsident Dr.Siebert.

Präsident Dr.Frauendorfer führt aus, daß die Einsatzzahl der Polen im Reich die Höhe von 1,1 Millionen erreicht habe, von denen von der Hauptabteilung Arbeit allein 630 000 vermittelt worden seien. Diese Leistung werde von den Reichsinstanzen immer wieder als wirklich entscheidend anerkannt. Heute gingen noch 7 - 8000 Polen wöchentlich ins Reich.

Der Herr Generalgouverneur ersucht in diesem Zusammenhang Staatssekretär Dr.Boepple, die gesamten Leistungen des Generalgouvernements an das Reich im Benehmen mit allen beteiligten Stellen in einer Denkschrift zusammenzufassen, die er, der Herr Generalgouverneur, an maßgebende Stellen im Reich - z.B. an Reichsleiter Borman - leiten wolle.

In letzter Zeit werden nach den Ausführungen von Dr.Frauendorfer russische Arbeiter als sog. freie Arbeiter ins Reich geworben, die alle im Generalgouver-

nement

nement durchsucht und entlaust und nach dem Reich durchgeschleust werden.

Die Lohnsituation im Generalgouvernement sei sehr schwierig; die Arbeiter seien nicht mehr bereit, gegen die gegenwärtige Bezahlung die Arbeit aufzunehmen. Die Ostbahn benötige 50 000 Arbeiter, die man nicht vermitteln könne, wenn man nicht irgendwelche Sachbezüge neben dem Lohn einsetzen könne. Die Werkküchen seien das einzige, die die Betriebe noch arbeitsfähig erhielten. Ihre Errichtung sei aber in einer gewissen Gefahr gewesen, da die Hauptabteilung Finanzen Ausgaben der Betriebe für diese Zwecke als Einnahmen versteuert wissen wollte.

In diesem Zusammenhang beauftragt der Herr Generalgouverneur Präsidenten Dr. Siebert, im Benehmen mit Staatssekretär Dr.Boepple die Verpflegung der polnischen Beamten und Angestellten, vor allem der polnischen Polizei nachzuprüfen, in Verhandlungen mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine Verbesserung anzustreben und ihm das Ergebnis der Verhandlungen vorzulegen.

Wie Präsident Dr.Frauendorfer weiter berichtet, sind auf dem Gebiete des Bauwesens gewisse Unklarheiten aufgetaucht, da in der Geschäftsverteilung zwischen der Abteilung Bauwesen und seiner Abteilung eine Überschneidung eingetreten sei. Dadurch mache sich eine Störung des Geschäftsganges bemerkbar. Die ursprüngliche Geschäftsverteilung, derzufolge die Finanzierung bei der Hauptabteilung Arbeit, die Beschaffung der Materialien bei der Abteilung Bauwesen gelegen habe, sei sehr zweckmäßig gewesen. In letzter Zeit würden aber von der Abteilung Bauwesen neue Büros eingerichtet, die in seiner Abteilung bereits bestünden.

26.3.42.

Der Herr Generalgouverneur will die Angelegenheit in einer direkten Besprechung mit Präsidenten Bauder bereinigt sehen.

Präsident Dr.Frauendorfer erklärt weiter, daß die Selbstverwaltungsorganisationen an der Arbeit seien; man müsse sich aber vor einer Doppelarbeit in acht nehmen, gegen die die Hauptabteilung Arbeit immer scharf Stellung nehmen werde. So richte z.B. die Reichsgruppe Industrie eine Gewerbeaufsicht ein, die bei seiner Hauptabteilung bereits bestehe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß der ganze Fragenkomplex schon auf der Tagesordnung einer nach Ostern stattfindenden Hauptabteilungsleitersitzung stehe.

13^{00} F r ü h s t ü c k .

14^{10} Baubesprechung.

Anwesend sind:

Staatssekretär Dr.Boepple
Gesandter von Wühlisch
Graf di Fossombrone
Präsident Bauder
Präsident Dr. Frauendorfer
Präsident Dr. Siebert
Geh.Oberbaurat Rattinger
Pressechef Gassner
Stadthauptmann Pavlu
Baurat Stahl
Regierungsrat Zinkan.

Regierungsrat Zinkan von der Hauptabteilung Arbeit legt die Stadtplanungen für Miechow, Zakopane und Jaslo vor und erklärt die Einzelheiten, vor allem die Lage der jeweiligen deutschen Wohnviertel. Wie

Präsident

26.3.42.

Präsident Dr.Frauendorfer dazu ausführt, stellen die vorliegenden Pläne nur eine Auswahl der Stadtplanungen dar, die die Hauptabteilung Arbeit bereits ausgearbeitet habe.

Der Herr Generalgouverneur äußert seine große Anerkennung und ersucht bei dieser Gelegenheit um Vorlegung von Detailplänen für die Stadt Krakau, die Stadthauptmann Pavlu für die Zeit nach Ostern zusichert.

Das Ledigenheim in Miechow, das ein dringendes Bedürfnis sei, glaubt Präsident Bauder noch in diesem Jahr fertigstellen zu können. Er erklärt weiter, daß die Arbeitseinteilung auf dem Bausektor folgendermaßen vor sich gehe:

Die Hauptabteilung Arbeit verfertige die Pläne, seine Abteilung bereite die technische Durchführung vor; die Hauptabteilung Arbeit beschaffe die Finanzierung und die Abteilung Bauwesen müsse dann für die Herbeischaffung der notwendigen Materialien sorgen. Die Abteilung Raumordnung sei ebenfalls beteiligt und prüfe die Pläne nach großen raumordnerischen Gesichtspunkten.

In Krakau seien Neubauten am dringendsten nötig, dann folgten die Bauvorhaben in Radom. Die Planungsarbeiten in Krakau lägen in den Händen der Stadt, des Distriktsbauamts und bei der deutschen Wohn- und Siedlungsgesellschaft, die auch als Bauherr auftrete. Die Arbeiten in der Stadt Krakau könnten in der nächsten Woche aufgenommen werden, da die nötigen Vorarbeiten, vor allem die Materialheranschaffung jetzt soweit gediehen seien.

Präsident Dr.Frauendorfer äußert dazu, daß im Verlaufe der letzten 2 Jahre in Krakau von der Hauptabteilung Arbeit schon mehrere 1oo Wohnungen gebaut

worden

26.3.42.

worden seien; viele Wohnungen seien noch im Bau. Er wäre dankbar, wenn von der Abteilung Bauwesen zur Fertigstellung dieser begonnenen Bauten die notwendigen Materialien geliefert werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur findet es zweckmäßig, wenn diese angefangenen Bauten vordringlich zu Ende gebaut würden.

Als 2. wird die Errichtung eines Italiener - Hauses in der Bastei-Str-Nr.7, Ecke Hauptstraße-Innering behandelt; Baurat Stahl zeigt und erklärt die für diesen Umbau von dem Italiener Pascoletti angefertigten Pläne. Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt er, daß man für das zweistöckige Gebäude nicht ins Gewicht fallendes Baumaterial benötige, das zu beschaffen sei.

Der Herr Generalgouverneur ist mit den Plänen im grossen und ganzen einverstanden und begrüßt die Ausführung des Baues, da dieses Haus sozusagen das erste italienische Domizil im ganzen großdeutschen Osten sein werde. Dabei müßten aber folgende Bedingungen gestellt werden:

1) Die Baumateriallage des Generalgouvernements darf durch die Errichtung des Baues nicht wesentlich belastet werden. Italien liefert die Baumaterialien (Marmor, Eisen usw.), die man im Generalgouvernement dafür nicht beschaffen könne. Auf das bauliche Bild der Umgebung muß Rücksicht genommen werden.

2) Italien liefert die gesamten Einrichtungsgegenstände einschließlich Textilien. -
Nach Mitteilung von Stadthauptmann Pavlu sind die Gegenstände bereits gekauft und liegen in Italien zum Abtransport bereit.

26.3.42.

3) Für den Transport muß Italien Sorge tragen; Die Möglichkeiten einer Zuladung in leer in das oberschlesische Kohlenrevier laufende Güterzüge soll ins Auge gefaßt werden.

4) Bezahlung wird in einem abgesonderten Verfahren so geregelt, daß keine Devisenschwierigkeiten auftreten: Italien bekommt für die Ausführung des Baues den den gelieferten Gegenständen entsprechenden Gegenwert in Zloty vom Generalgouvernement zur Verfügung gestellt; dafür gibt Italien die gelieferten Materialen und Einrichtungsgegenstände als Geschenk.

5) Eigentümer des Hauses einschließlich seiner Einrichtung wird die Stadt Krakau, die gegen eine geringe Anerkennungsgebühr das Haus ausschließlich den Italienern zur Verfügung stellt.

6) Polen und Fremdvölkische sind auf jeden Fall vom Besuch des Hauses ausgeschlossen.

7) Bauherr ist die Stadt Krakau, Architekt der Italiener Paskoletti, der von der Stadt bezahlt wird.

8) Gute Bewirtschaftung des Hauses wird italienischerseits zugesichert; die Stadt Krakau erhält das Recht, die innere Wirtschaftsführung des Hauses zu überwachen.

Alle Abmachungen und Einzelheiten werden auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs unter Hinzuziehung von Gesandten von Wühlisch zwischen der Stadt Krakau und der Italienischen Botschaft in Berlin in einem detaillierten Vertrag festgelegt.

Stadthauptmann Pavlu erklärt noch, daß mit dem Bau erst begonnen werde, wenn sämtliche Materialien an Ort und Stelle seien. Das Haus sei Eigentum eines

aufgelösten

26.3.42.

aufgelösten früheren polnischen Vereins. Er werde den Antrag stellen, daß das Eigentum an die Stadt Krakau übertragen wird. Ein guter Restaurateur aus Rom wolle den Betrieb des Haus mit erstklassigem italienischen Personal übernehmen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht zum Schluß, daß er über den Bau auf dem Laufenden gehalten werde.

15^{30} Besprechung mit Oberst Fischer und Oberstleutnant von Tschammer und Osten in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{10} Besprechung mit Präsidenten Gerteis in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Da Präsident Gerteis auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob er den Termin für eine von Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller für diese Tage vorgeschlagene Chefbesprechung betreffend Ostbahn im gegenwärtigen Augenblick für zweckmäßig halte, dies nicht für so dringend ansieht, verfügt der Herr Generalgouverneur die Absendung folgenden Fernschreibens an Dr. Dorpmüller:

An den Herrn Reichsverkehrsminister Dorpmüller
Berlin.

In Bestätigung Ihres Fernschreibens vom 16.ds.Mts. teile ich mit, daß Präsident Gerteis, der ohnedies nächste Woche in Berlin in Ihrem Ministerium anwesend sein wird, den Termin unserer Besprechung vorbereiten wird.

Heil Hitler!
gez. Frank, Generalgouverneur.

16^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Pirmin Schneider.

16^{45}

26.3.42.

16^{45} Tee-Empfang für Lehrer und 5 Abiturienten der Deutschen Oberschule Krakau.

17^{30} Vorführung der neuesten Wochenschau und des Films "Der Meineidbauer".

21^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf, Übernachtung in Kressendorf.

Krakau

Freitag, den 27.März 1942

10^{35} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

10^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple

11^{30} Besprechung mit Oberregierungsrat Wessel, Regierungsrat Dr. Bergemann, Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Treibstoffe Dr. Schüle, stellvertretendem Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle Bittner in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Oberregierungsrat Wessel gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die Arbeit und die Aufgaben der Abteilung Straßenverkehr; zur Zeit seien der Abteilung 3 große Aufgaben gestellt: 1) Die Kohlenzufuhr im Landabsatz in den Distrikten Krakau und Radom, 2) die Ernährungstransporte für den Distrikt Galizien, 3) die Transporte für den Anbau der landwirtschaftlichen Flächen in Galizien. Eine weitere Aufgabe der Abteilung bestehe in der möglichst schnellen Abladung der mit der Eisenbahn herangeführten Güter.

In der Organisation der Abteilung Straßenverkehr sei bislang noch keine Änderung eingetreten; sie unterstehe nach wie vor der Hauptabteilung Innere Verwaltung. Auch die Treibstoffzuteilung und die Einteilung der Fahrzeuge lägen nicht in einer Hand, wie es eigentlich geboten wäre. Er schlage deshalb vor, diese beiden Aufgaben in seiner Abteilung zusammenzufassen, da es sich hier um eine einheitliche Verantwortung handle. Die hauptsächlichsten organisatorischen

Schwierigkeiten

27.3.1942.

Schwierigkeiten ergäben sich vor allem in den Distrikten, da es an einer ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen den Unterabteilungen für den Straßenverkehr und der Polizeiverwaltung fehle.

Der Einsatz von Kraftfahrzeugen für den Transport von Kohle sei in diesem Jahr im Verhältnis zu demjenigen des Vorjahres um das 1ofache gestiegen. Für Kohlentransporte seien übrigens auch Pferdefuhrwerke und Galeeren herangezogen worden. Zum Zwecke einer besseren Organisation der Schiffahrt solle demnächst eine Schiffahrtgesellschaft gegründet werden, über die der Staat die Kontrolle habe.

Dr.Schüle führt aus, daß den Distrikten feste Treibstoffkontingente zur Verfügung gestellt würden. Die Verteilung innerhalb der Distrikte sei diesen überlassen. Allerdings sollten in den Distrikten die dort bestehenden Straßenverkehrsabteilungen bei diesen Maßnahmen gehört werden.

Oberregierungsrat Wessel ist zwar damit einverstanden, daß die Bewirtschaftung des gesamten Treibstoffes in der Hand einer Stelle liegt, legt aber Wert darauf, daß die Ausgabe des Treibstoffes durch dieselbe Abteilung erfolgt, die den Einsatz und die Zulassung in der Hand hat.

Regierungsrat Dr.Bergemann betont, daß sich die Hauptabteilung Wirtschaft nicht des Rechtes begeben könne, in diesen Dingen mitzusprechen, da ja alle Transporte im Rahmen der Gesamtwirtschaft ihre besondere Bedeutung hätten.

Der Herr Generalgouverneur ist der Ansicht, daß gerade in den untersten Stellen eine Kombination dieser Aufgaben angestrebt werden müßte.

27.3.42.

Dr.Schüle weist darauf hin, daß bezüglich der Zulassung von Kraftwagen auch die Hauptabteilung Wirtschaft herangezogen werden sollte. Sie müsse darüber im Bilde sein, welche Wagen eingesetzt würden, da sonst eine Verteilung von Treibstoff nicht gerechtfertigt sei.

Oberregierungsrat Wessel will die Entscheidung über die Wichtigkeit von Transporten einer Abteilung überlassen wissen.

Dieser Auffassung hält der Herr Generalgouverneur den Umstand entgegen, daß eine ganz genaue Regelung der Frage der Transportwichtigkeit kaum möglich sein werde. Die Ostbahn z.B. werde immer bestrebt sein, ihre Unabhängigkeit zu wahren.

Regierungsrat Dr.Bergemann bemerkt dazu, daß zwischen der Ostbahn und der Hauptabteilung Wirtschaft ein Abkommen getroffen worden sei, nach welchem die Bestimmung darüber, welche Güter gefahren werden sollten, bei der Hauptabteilung Wirtschaft liege.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Wessel, daß die bei den Kreishauptmannschaften bestehenden Straßenverkehrsämter gewisse Privatunternehmer mit der Durchführung von Transporten beauftragten. Sie hätten somit einen Einfluß darauf, ob und welche Fahrten als besonders wichtig durchgeführt werden sollten. Voraussetzung sei natürlich immer, daß genügend Treibstoff zur Verfügung stehe.

Der Herr Generalgouverneur sieht demnach eine der vornehmsten Aufgaben darin, eine strenge Aufgabenteilung bei den Kreis- und Stadthauptmannschaften durchzuführen.

27.3.42.

Hierauf nimmt Dr. Schüle in eingehenden Ausführungen zur Treibstoff-Frage Stellung. Er weist vor allem auf die Treibstofflage in Galizien hin und betont, daß der Bewirtschaftungsstelle nach den bisher getroffenen Maßnahmen bis zum Mai 1942 für den Distrikt Galizien wesentlich weniger Treibstoff verbleibe, als man vordringlich benötige. Zwischen Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums und dem Ministerialdirigenten Dr.Emmerich hätten inzwischen Besprechungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß man einen Ausgleich habe finden können und die Versorgung des Distrikts Galizien nunmehr gesichert scheine. Alle Maßnahmen, die in dieser Beziehung zu treffen seien, würden stets mit dem Reichswirtschaftsministerium, dem OKW und dem OKH abgestimmt.

Im übrigen gehe die Bewirtschaftungsstelle von dem Grundsatz aus, daß bei der Zuteilung von Treibstoff auch gewisse besondere Interessen ihre Berücksichtigung finden müßten. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe sich darauf beschränkt, für die Versorgung der einzelnen Wirtschaftszweige Richtlinien zu geben. Man könne den Ärzten z.B. unmöglich weniger Treibstoff zur Verfügung stellen als 200 Lt. im Monat. Auch für die Kontrolle der Betriebe durch Treuhänder usw. werde man des Kraftwagens nicht entraten können, da es oft an Eisenbahnverbindungen fehle. Hier müsse man eben die Entscheidung über die Zuteilung von Treibstoff den Distrikten bzw. den Kreishauptmannschaften überlassen.

Andererseits habe er den dringenden Wunsch, daß neue Fahrzeuge aus dem Reich nicht mehr in das Generalgouvernement genommen werden sollten, da genügend Wagen zur Verfügung ständen. Die Entscheidung dieser Frage müsse selbstverständlich in den Händen der Abteilung Straßenverkehr liegen. Auch bestehe die Möglichkeit,

in

in den einzelnen Distrikten noch härtere Maßnahmen durchzuführen.

Zur Zeit werde an Diesel-Öl nur das ans Reich geliefert, was im Distrikt Galizien anfalle. Die übrigen Mengen bleiben im Generalgouvernement. Auch die Lieferung von 3000 t Petroleum könne nur als einmalige Leistung betrachtet werden. Er sei bestrebt, für Beleuchtungs- und andere Zwecke eine Petroleumreserve zu schaffen.

Für die Versorgung des Generalgouvernements mit Tankholz zur Inbetriebnahme von Generatorfahrzeugen seien im Einvernehmen mit Oberforstmeister Manne die erforderlichen Maßnahmen getroffen. Auch werde man ausreichende Mengen von Holzkohle für die Tankholzstellen beschaffen können. Man müsse jetzt darauf dringen, daß die Besitzer von Transportfahrzeugen nach Ablauf einer bestimmten Frist ihre Fahrzeuge auf Generatorbetrieb umstellten, soweit diese Fahrzeuge dazu geeignet seien. Nach Ablauf dieser Frist werde man ihnen gegebenenfalls den Treibstoff sperren.

Regierungsrat Dr. Bergemann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß man zur Zeit mit der Frage beschäftigt sei, wie man das Erdgas in den Dienst des Kraftfahrzeugverkehrs stellen könne. Die Entnahme von Erdgas für diesen Zweck habe nur ganz wenige Verluste an Druck und Volumen des Erdgases zur Folge. Ein Problem sei allerdings die Beschaffung der für die Aufnahme von Erdgas bestimmten Stahlflaschen.

Der stellvertretende Leiter der Bewirtschaftungsstelle für Kohle Bittner kündigt an, daß nach den letzten Vereinbarungen mit der Reichsbahndirektion Gleiwitz 11 Kohlenzüge täglich ins Generalgouvernement gefahren werden sollten. Wenn diese 12 000 t Kohle regelmäßig gefahren werden könnten, so wäre man von den größten

Sorgen

27.3.42.

Sorgen für die Kohlenversorgung befreit. Die Hauptschwierigkeit liege auf der Südstrecke von Krakau aus, weil die Wehrmacht gerade diese Strecke für ihre Transporte benötige. Wie weit also die Eisenbahnverwaltung in der Lage sein werde, die von ihr gegebene Zusage einzuhalten, stehe dahin. Man habe deswegen auch gleichzeitig die Wasserverladung in Angriff genommen, jedoch zunächst nur für die Strecke von Krakau bis Sondomir. Im Interesse einer besseren Brennstoffversorgung wende man jetzt der Torfgewinnung insbesondere in Galizien größere Aufmerksamkeit zu. Geeignete Maschinen seien bereits im Reich bestellt worden. Auf diese Weise hoffe man auch für die Ostbahnversorgung eine erhebliche Menge Torf einsetzen zu können.

Staatssekretär Dr. Boepple hält eine Ausnutzung auch der kleinen Torfvorkommen für dringend geboten und empfiehlt für den Abtransport des Torfes die Benutzung von Panjefuhrwerken.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob man auf die 11 Kohlenzüge täglich mit Bestimmtheit rechnen könne, erwidert Bittner, daß er angesichts des starken Wagenmangels auch im ganzen Kohlenrevier immerhin gewisse Zweifel daran habe.

Dr. Schüle teilt sodann mit, daß man für das Stickstoffwerk Moscice eine gewisse Erleichterung der Kohlensituation erreicht habe. Man habe durchgesetzt, daß dem Stickstoffwerke Moscice hinsichtlich der Versorgung die Rangstufe der Rüstungsbetriebe gegeben worden sei. Wenn also die Möglichkeit bestehe, Kohlenzüge nach dem Generalgouvernement zu bringen, werde das Werk Moscice an erster Stelle stehen. Es arbeite auch schon seit 2 Wochen mit einem Drittel seiner Kapazität, und man hoffe, in der nächsten Zeit diese Kapazität auf zwei

Drittel

27.3.42.

Drittel steigern zu können.

Auch Dr. Bergemann beurteilt die Situation für Moscice optimistisch unter der Voraussetzung, daß es gelinge, die erforderlichen Kohlenmengen heranzubringen, für deren Transport man gegebenenfalls den Lastkraftwagen einsetzen wolle.

Bittner macht hierauf Angaben über die in das Generalgouvernement transportierten Kohlenmengen. An Kohle seien hereingekommen: Im Dezember 1941 248 000 t, im Januar 1942 192 000 t, im Februar 1942 213 000 t, bis Mitte März 1942 108 000 t. Einzelne Teilgebiete, wie z.B. Warschau, ferner auch gewisse Rüstungsbetriebe, seien sehr schlecht versorgt worden. Für das allernotwendigste werde man allerdings Vorräte schaffen. Das Elektrizitätswerk Krakau wie überhaupt die Betriebe in Krakau würden verhältnismäßig gut beliefert, weil dort die Möglichkeit der Wasserverladung bestehe. Auch für den Hausbrand sei einigermaßem ausreichend gesorgt worden.

Der Herr Generalgouverneur beraumt eine Sitzung für die Fortsetzung der Beratungen nach Ostern an. Zu dieser Sitzung sollen hinzugezogen werden: Der Vorsitzende des Rüstungsausschusses Dr. Richter, der Vertreter der Werke Stalowa Wola Kobold, Major Wotke, Oberregierungs- und Baurat Hasan von der Rüstungsinspektion.

12[30] Besprechung mit Kapitän zur See a.D. Gartzke in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple.

Kapitän Gartzke gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Rüstungswerke. Die Kohlenzufuhr für die Werke sei in der letzten Zeit sehr unregelmäßig, z.T. völlig ungenügend gewesen.

Das

habe dazu geführt, daß die Werke oft Termine für die Lieferung von Material an die Ostfront nicht hätten einhalten können. Auch für die Belegschaft der Werke seien diese Verhältnisse untragbar. Die Arbeiter seien z.Teil aus Mangel an Beschäftigung entlassen worden. Man habe deshalb den Arbeitern den ihnen zustehenden Urlaub vorweg gewährt und ihnen 60% des Lohnes gezahlt. - Die ungenügende Wagengestellung mache sich für die Werke äußerst unangenehm bemerkbar. Sie sei vor allem darauf zurückzuführen, daß der Rückfluß der Wagen aus den Ostgebieten nur langsam vor sich gehe. - Zur Zeit bereite die Koksbelieferung des Hochofens in Tschenstochau große Schwierigkeiten. Die Inganghaltung der Hochöfen in dem eisenarmen Generalgouvernement sei aber von großer Wichtigkeit, und daher müsse unbedingt für die Heranschaffung der nötigen Koksmengen gesorgt werden, damit die Hochöfen nicht stillgelegt zu werden brauchen

Kapitän Gartzke nimmt dann noch kurz zu dem Fall Budin Stellung. Generaldirektor Budin habe zur Zeit als Leiter großer Werke im Reich ein dringendes Wehrmachtprogramm durchzuführen. Diesen Werken sei aber infolge Aushebung von Arbeitern zum Wehrdienst eine große Anzahl von Arbeitern entzogen worden. Nun sei Generaldirektor Budin, ein äußerst tüchtiger und energischer Mann, der sich auch persönlich für die Durchführung seiner Pläne einsetze, auf den Gedanken gekommen, aus dem Generalgouvernement Arbeitskräfte heranzuziehen. Generaldirektor Budin habe ihm vorgeschlagen, aus dem Werk Kamiena einige 1000 Arbeiter für seinen Betrieb herauszunehmen und nach Deutschland zu verschicken. Er, Kapitän Gartzke, habe von diesem Plan der Hauptabteilung Arbeit Mitteilung gemacht, die die stärksten Bedenken dagegen geäußert habe, von der Befürchtung ausgehend, daß die polnischen Arbeiter auch anderer Betriebe dann nicht mehr zur Arbeit kämen. Man sei dann dazu übergegangen, den Arbeitern von Kamiena eine

27.3.42.

Arbeitsverpflichtung zuzustellen. Aber auch dann hätten sich etwa nur 800 Arbeiter zu ihrer Verschickung nach dem Reich bereitgefunden. Die restlichen 1200 Arbeiter sollten nun durch eine polizeiliche Aktion erfaßt werden. Er halte eine solche Aktion aber nur auf legaler Grundlage für möglich.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Gesandten von Dörnberg und Dr. von Steenkracht vom Auswärtigen Amt in Anwesenheit des Gesandten von Wühlisch.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Schriftleiter Thiel (Breslauer Neueste Nachrichten) und Schriftleiterin Frl. Ostwald (Schweizer Illustr. Zeitung und Schweizer Journal) in Anwesenheit des Pressechefs Gassner und des Schriftleiters Stöckmann.

13^{30} F r ü h s t ü c k

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Sonnabend, den 28.März 1942

Am Nachmittag findet ein Tee statt, an dem Graf di Fossombrone mit Gattin und Sohn, Staatssekretär Dr.Boepple, Gesandter von Wühlisch, Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert und Gattin und Gesandtschaftsrat Attens teilnehmen.

Sonntag, den 29.März 1942

20^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht die Veranstaltung im Staatstheater aus Anlaß des Tages der Wehrmacht.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Montag, den 30.März 1942

Zum Nachmittagstee sind erschienen:
Schriftleiterin Fräulein Ostwald, Pressechef Gassner, Schriftleiter Bergemann und Hauptschriftleiter Fenske.

Dienstag, den 31.März 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Mittwoch, den 1.April 1942.

10^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{55} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Wolsegger.

12^{10} Besprechung mit Finanzpräsident Dr. Senkowsky in Gegenwart von Staatssekretär Dr.Boepple.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine im Reichsfinanzministerium über den Wehrbeitrag des Generalgouvernements gehaltenen Besprechungen.Im allgemeinen seien die bisher bestehenden Zweifelsfragen geklärt worden, wenn auch die Entscheidung über die Zinsfrage noch aussteht. Er habe im Reichsfinanzministerium mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß von seiten der Regierung des Generalgouvernements eine bindende Zusage für die Zahlung des Wehrbeitrages in einer bestimmten Höhe für die kommenden Jahre nicht gegeben werden könne, sondern sich die Hauptabteilung Finanzen vorläufig auf Vorschußzahlungen werde beschränken müssen.

Der Herr Generalgouverneur billigt diese Haltung des Finanzpräsidenten Dr. Senkowsky und geht dann kurz auf die Frage der Ostzulage ein. Er nimmt auf eine Besprechung mit Reichsfinanzminister Dr.Graf Schwerin von Krosigk bezug, in der dieser ihm gegenüber erklärt habe, daß das Reichsfinanzministerium keine Einwendungen gegen die Zahlung der Ostzulage zu machen habe, wenn das

Generalgouvernement die finanzielle Belastung trage und daraus keine Ansprüche gegen das Reich geltend gemacht würden.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky wendet sich dann gegen die offenbar bei manchen Hauptabteilungen bestehende Ansicht, daß man seine Haushaltsansprüche immer nur auf die Einnahmen der Finanzverwaltung des Generalgouvernements stützen könne. Er müsse demgegenüber mit aller Bestimmtheit wie schon in der letzten Regierungssitzung den Standpunkt vertreten, daß bei allen Anforderungen der einzelnen Hauptabteilungen immer die Ausgabenseite als Belastung des Gesamthaushalts Berücksichtigung finden müsse. Dies gelte auch von Ansprüchen, die die Partei geltend mache. Ihr solle zwar von jetzt an eine Summe von 30 000 Zloty zur Verfügung gestellt werden, aber der Gesichtspunkt der Sparsamkeit müsse auch hier im Vordergrunde stehen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dieser Auffassung durchaus zu und ermächtigt Finanzpräsident Dr. Senkowsky, dem Leiter des Arbeitsbereiches zu eröffnen, daß er, der Generalgouverneur, fürderhin strengstens auf die weitestgehende Sparsamkeit auch bei der Partei dringend werde. Die Partei müsse sich mehr als bisher mit ehrenamtlichen Mitarbeitern behelfen. Allerdings könne er sich nicht damit einverstanden erklären, daß etwa Stenotypistinnen der Regierung und der Dienststellen an 2 Nachmittagen jeder Woche für die Partei arbeiteten, da dies der Dienstbetrieb in den Ämtern der Regierung nicht zulasse.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Finanzpräsident Dr. Senkowsky, daß er in Berlin auch mit Staatssekretär Neumann über die Verhältnisse im

1.4.42.

im Generalgouvernement gesprochen und ihn wegen des angeblichen Bestehens von Korruptionserscheinungen beruhigt habe. Er habe betont, daß es sich bei dem Fall Lasch um einen beklagenswerten Einzelfall handelt, den man nicht verallgemeinern dürfe. Das schließe allerdings nicht aus, daß man von jetzt an das Vorleben von Personen, die vor allem in der freien Wirtschaft eingesetzt seien, mehr als bisher überprüfen müsse.

Finanzpräsident Dr.Senkowsky bittet sodann den Herrn Generalgouverneur, eine Reihe von Beförderungen im Dienstbereich der Finanzverwaltung am 20.April dieses Jahres im Rahmen einer Feierlichkeit aussprechen zu wollen.

Der Herrn Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

Finanzpräsident Dr.Senkowsky berichtet weiter, daß die mit der Wehrmacht gepflogenen Verhandlungen über eine Erhöhung der Zigarrettenlieferungen von 135 Mio auf 250 Mio Stück abgeschlossen sein. Eine weitere Lieferung von 135 Mio Stück für das Reich könne aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen unter keinen Umständen in Frage kommen.

Abschließend ersucht der Herr Generalgouverneur Finanzpräsident Dr.Senkowsky, ihm einen Bericht über die Monopolverwaltung vorzulegen.

12^{30} Besprechung mit Bankdirigent Dr.Paersch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Boepple.

Bankdirigent Dr.Paersch bittet den Herrn Generalgouverneur um die Ermächtigung, zwei höhere Beamte der Emissionsbank zur Beförderung einzugeben.

1.4.42.

Der Herr Generalgouverneur erteilt seine Zustimmung. In diesem Zusammenhang gibt der Herr Generalgouverneur seinMißfallen darüber Ausdruck, daß die Emissionsbank z.B. in den Verlautbarungen der Krakauer Zeitung gewissermaßen immer noch als polnische Bank firmiere. Diesem Umstand könne durch Einführung der Bezeichnung "Emissionsbank, Sitz Krakau" abgeholfen werden.

Bankdirigent Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur sodann Kenntnis davon, daß er einige leitende Stellungen im Bankwesen mit Ukrainern besetzt habe. Diese seien aber leider in ihrer Leistungsfähigkeit weit hinter den Polen zurückgeblieben und offenbar den an sie gestellten Anforderungen absolut nicht gewachsen.

Bankdirigent Dr.Paersch legt dem Herrn Generalgouverneur eine Kurventabelle über die Entwicklung der Preise im freien Handel vor. Er weist darauf hin, daß nach einem neuerdings ergangenen Erlaß Preiserhöhungen, die vom Reichsmarschall nicht genehmigt seien, vom Führer selbst entschieden werden müßten. Dieser Erlaß solle in verschärfter Form gegen Wucherer und Schleichhändler Anwendung finden.

12^{40} Besprechung mit Oberst Fischer

12^{50} Besprechung mit dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Dr.Hammerle.

13^{00} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die hauptsächlichsten Einwendungen, die der Herr Generalgouverneur seinerzeit gegen das Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder erhoben habe, nunmehr beseitigt seien. Es sei jetzt die

die Anhörung des Beschuldigten vorgesehen, ferner die Errichtung eines Spruchsenats beim Reichssicherheitsamt und die Zulassung eines Rechtsanwalts als Verteidiger.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er seine Bedenken gegen die Einführung des Gesetzes im Generalgouvernement fallen lasse, nachdem die Gründe, die er seinerzeit gegen die Einführung dieses Gesetzes vorgebracht habe, Berücksichtigung gefunden hätten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1) einer Verordnung über die Anmeldung des Vermögens Der Vereinigten Staaten und ihrer Angehörigen,
2) einer zweiten Verordnung über den Luftschutz im Generalgouvernement,
3) eines Erlasses über den Werkluftschutz im Generalgouvernement

vor. - Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

13^{30} F r ü h s t ü c k .

16^{30} Filmvorführung. Zur Aufführung gelangen 1 Wochenschau, der Film "Wetterleuchten um Barbara" und der Film "Der Gasmann".

20^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Donnerstag, den 2.April 1942

Der Herr Generalgouverneur empfängt die Schauspielerin Frau Lil Dagover und drei Schauspieler der Künstlertournee, die am Mittwoch und Donnerstag ein Gastspiel im Soldatenkino zu Krakau gibt. An diesem Empfang nimmt Präsident Ohlenbusch teil.

Freitag, den 3.April 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Sonnabend, den 4.April 1942

10^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

10^{55} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple

11^{15} Besprechung mit Abteilungspräsident Obermedizinalrat Dr.Walbaum in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Boepple

11^{50} Besprechung mit Präsident Gerteis in Gegenwart des Staatssekretärs Dr.Boepple

12^{10} Der Verbindungsoffizier des OKW, bisheriger Oberstleutnant von Tschammer und Osten meldet dem Herrn Generalgouverneur seine Beförderung zum Obersten.

12^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Ministerialrat Wolsegger

12^{40} Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Schreibens an Landgerichtsrat Taschner:

Ich bitte Sie, dem Herrn Reichsminister Dr.Lammers mit meiner von Ihnen beglaubigten Unterschrift folgende Stellungnahme mitzuteilen:

Ich widerspreche dem Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder und ersuche, über diesen Entwurf eine Chefbesprechung binnen kurzem anzusetzen, in der es möglich sein wird, die entscheidenden rechtspolitischen Gesichtspunkte, die auch heute noch in schärfstem Maße gegen diesen Entwurf im

einzelnen sprechen, darzulegen. Ich selber werde an dieser Sitzung persönlich teilnehmen.

Meines Erachtens ist es völlig unmöglich, unter Ausschaltung des ordentlichen Gerichts den Polizeiorganen allein derartig weitreichende Zuständigkeiten zu übertragen. Die vorgesehene Spruchstelle beim Reichssicherheitshauptamt kann nicht den Rang eines ordentlichen Gerichtes auch im Volksbewußtsein einnehmen.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der leider das Rechtsbewußtsein unseres Volkes manchmal als nicht so empfindlich angesehen wird, wie es das in der Tat ist. Meine Stellungnahme zu diesem Gesamtkomplex der Ausschaltung des richterlichen Wirkens ist bekannt. Ich werde beantragen, daß im Zusammenhang mit diesem Gesetz auch das Verfahren der sicherheitspolizeilichen Dienststellen ganz allgemein einer gesetzlichen Regelung unterzogen wird.

Der Punkt 19 des Parteiprogramms sieht ein deutsches Gemeinrecht als Ziel unserer Bewegung vor. Zu diesem deutschen Gemeinrecht gehört der ordentliche unabhängige, aus nationalsozialistischer Weltanschauung heraus entscheidende Richter. Dieser Richter ist kein Hemmnis für irgendein Sicherheitsverfahren im Dienste des Reiches und des Deutschen Volkes, sondern eine seiner wesentlichsten Stützen. Ich glaube, daß die sicherheitspolizeilichen Behörden selber ein großes Interesse daran haben müssen, daß nicht durch die Ausschaltung des ordentlichen Rechtsweges

ihrem eigenen geübten Verfahren ein Minderrang gegenüber den allgemeinen Justizakten zuerteilt werden kann.

Gegen den Grundgedanken und die Notwendigkeit einer Regelung der Behandlung Gemeinschaftsfremder ist selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden. Notwendig ist nur, daß die Form ~~eine~~ der Verwirklichung dieses Gesetzes dem Rechtsempfinden unseres Volkes Rechnung trägt. In seiner jetzigen Fassung widerspricht der Entwurf dem Rechtsempfinden unseres Volkes in Beziehung auf das geplante Verfahren.

Deshalb lege ich gegen diesen Gesetzentwurf in seiner heutigen Form, vor allem im Hinblick auf die Fassung des § 1 des Entwurfs der Durchführungsverordnung, Widerspruch ein.

Ich bitte Sie, dafür zu sorgen, daß diese Angelegenheit termingerecht erledigt wird.

13^{10} M i t t a g e s s e n im Staatskasino

14^{40} Filmvorführung im Großen Saal der Burg

Zur Aufführung gelangt der Film

"Der Postmeister"

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Zakopane.

Sonntag, den 5.April 1942

bis

Donnerstag, den 9.April 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Zakopane

Donnerstag, den 9.April 1942

17^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur besucht das Staatstheater zur Aufführung der Oper "Iphigenie in Aulis" von Gluck.

22^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

Präsident Ohlenbusch, Intendant Stampe, die Kapellmeister Antolitsch und Erb sind Gäste des Herrn Generalgouverneurs im Kasino der Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau)

Krakau

Freitag, den 10.April 1942

10^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Ministerialrat Dr.Siebert.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr.Boepple,dem Präsidenten der Hauptabteilung Erziehung und Unterricht Hofrat Watzke den Auftrag zur Anfertigung eines Gesamtresümees über den unbedingten Bedarf an fremdvölkischen Nachwuchskräften für die deutschen Belange, die Dauer, Art und Weise der geplanten Ausbildung zu übermitteln.

Weiter weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß eine Eingabe des Gouverneurs von Galizien betr. Reprivatisierung vorliege. Die ganze Angelegenheit müsse unter seinem Vorsitz erörtert werden und er ersuche um Vorschlag eines geeigneten Termins, damit alle maßgebenden Stellen an dieser Besprechung teilnehmen könnten. Die Federführung liege beim Präsidenten der Hauptabteilung Innere Verwaltung.

Anschließend berichtet Ministerialrat Dr.Siebert von Schwierigkeiten, die sich in den von ihm geführten Verhandlungen mit SS-Obergruppenführer Krüger über die geplante Einrichtung eines Staatssekretariats für das Sicherheitswesen ergeben hätten. SS-Obergruppenführer Krüger beanspruche in seiner in Aussicht genommenen Eigenschaft als Kommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Zuständigkeit in allen Volkstumsangelegenheiten. Auch sträube er sich neuerdings gegen das bereits vereinbarte Mitzeichnungsrecht des Staatssekretariats.

Er, Dr.Siebert, habe demgegenüber den Standpunkt eingenommen,daß SS-Obergruppenführer Krüger nur die Vollmachten erhalten könne, die der Reichsführer SS auf diesem Gebiet im Reich besitze. Es sei ja auch im Punkt 7 des Führererlasses über die Einrichtung der Zivilverwaltung in den besetzten polnischen Gebieten bestimmt, daß der Verwaltungschef, also der

10.4.1942

Generalgouverneur, in den besetzten polnischen Gebieten die dem Reichsführer SS übertragenen Aufgaben führe.

Der Herr Generalgouverneur geht mit diesem Standpunkt völlig einig und ersucht Ministerialrat Dr.Siebert, in den weiteren Besprechungen davon nicht abzugehen. Der SS-Obergruppenführer könne als Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement nur im Auftrag des Generalgouverneurs, nicht in dem des Reichsführers SS handeln.

Eine Anfrage von Ministerialrat Dr.Siebert, ob der Herr Generalgouverneur zum Empfang einer ukrainischen Delegation bereit sei, wird vom Herrn Generalgouverneur verneint mit dem Hinweis, daß ein solcher Empfang nur einmal im Jahre stattfinden könne.

Staatssekretär Dr.Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß der Brief an Reichsminister Dr.Lammers betr. die staatsrechtliche Stellung des Generalgouvernements in Vorbereitung sei.

Um alle ungeklärten Fragen betr. Alpen- und Tatra-Verein einer Lösung zuzuführen, regt der Herr Generalgouverneur die Schaffung einer Sektion des Deutschen Alpenvereins im Generalgouvernement an. Er ersucht Ministerialrat Dr.Siebert, zur Klärung dieser Frage in Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen einzutreten.

Der Herr Generalgouverneur weist dann darauf hin, daß das Ernennungs- und Einführungsrecht von Kreishauptleuten bei ihm bzw. bei der Regierung liege.

10.4.1942

Es sei nicht zweckmäßig, daß man davon abgehe, Den Grund, diese Tatsache in Erinnerung zu bringen, habe ihm ein Bericht in der Krakauer Zeitung gegeben.- In diesem Zusammenhang wird die feierliche Übergabe der Ernennungsurkunde an den neuen Gouverneur von Krakau Dr. Wendler durch den Herrn Generalgouverneur auf der Burg bestimmt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Ministerialrat Dr.Siebert, einen allgemeinen Dienstkalender 1943 vorzubereiten. Gleichzeitig weist er Staatssekretär Dr.Boepple an, die endgültige Abberufung des Landesbauernführers Körner und die Ernennung des Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiters Naumann zum Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements zum 1.Mai 1942 durchzuführen.

11^{00} Besprechung mit Rechtsrat Dr.Hammerle. Hinzugezogen werden später Staatssekretär Dr.Boepple und Ministerialrat Dr.Siebert.

Thema: Vereidigung des Sonderdienstes am 20.April im Burghof durch den Herrn Generalgouverneur; allenfalsige Verwendung Rechtsrats Dr.Hmmerle als Kreishauptmann von Krakau-Land.

11^{15} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr - München

11^{45} Besprechung mit Oberleutnant von der Goltz über das Reiten und/Reitsport im Generalgouvernement.

11^{55} Besprechung mit SA-Oberführer Peltz.

Thema: Wehrschützenbereitschaften und straffere Organisation der SA im Generalgouvernement.

lo.4.1942

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gassner.
Thema: Allgemeine Pressepolitik und Anordnung einer Pressebesprechung für nächste Woche durch den Herrn Generalgouverneur.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf di Fossombrone.

18^{00} Besprechung mit Rechtsrat Dr.Hammerle in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple und Ministerialrat Dr.Siebert. Nach 10 Minuten erscheint Generalmajor der Polizei Winkler.

Rechtsrat Dr.Hammerle teilt in seiner Eigenschaft als Inspekteur des Sonderdienstes mit, daß auf sein Ersuchen der Befehlshaber der Ordnungspolizei als Ersatz für die zur Wehrmacht eingezogenen Führer des Sonderdienstes vier Polizeioffiziere zur Verfügung gestellt hat, die den Dienst bereits angetreten haben.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Befehlshaber der Ordnungspolizei und verweist angesichts der Lage des Generalgouvernements auf die Bedeutung des Sonderdienstes und betont die Tatsache, daß er den Sonderdienst als eine ihm persönlich und der Regierung des Generalgouvernements zur Verfügung stehende technische Sondereinrichtung für die örtlichen Instanzen zum Zwecke der Bewachung, Sicherung und Durchführung von Regierungsmaßnahmen ansieht.

General Winkler erklärt, daß er bereits in seiner heutigen Ansprache betont habe, daß sich durch die Zurverfügungstellung von Polizeioffizieren an der Struktur des Sonderdienstes nichts geändert habe.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 11.April 1942

9^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple

Staatssekretär Dr.Boepple teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß an Hauptabteilungspräsident Dr.Frauendorfer, Garagenmeister Schamper und Inspekteur des Sonderdienstes Hammerle seitens der Waffen-SS Aufforderungen ergangen seien, sich freiwillig zu melden. Staatssekretär Dr.Boepple steht auf dem Standpunkt, daß diese Aufforderungen rechtlich unzulässig seien, da die drei Genannten rechtswirksam u.k. gestellt seien. Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr.Boepple, in diesem Sinne mit den Militärbehörden zu verhandeln.

Staatssekretär Dr.Boepple berichtet sodann über Besprechungen, die Hauptabteilungspräsident Dr.Frauendorfer in Berlin mit dem neuen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung Gauleiter Sauckel gehabt hat. Reichskommissar Sauckel habe zwei Abteilungen des Reichsministeriums unmittelbar übernommen, sende dem Herrn Generalgouverneur seine besten Grüße und habe den Wunsch zum Ausdruck gebracht, in der nächsten Zeit einmal einen Besuch im Generalgouvernement zu machen. In zunehmendem Maße sei in den Berliner Regierungsstellen eine Nervosität, insbesondere im Hinblick auf die Situation der gesamten Ostprobleme, spürbar.

Für den Fall, daß Dr.Hammerle aus seiner Stellung als Inspekteur des Sonderdienstes ausscheiden würde, verfügt der Herr Generalgouverneur, daß als sein Nachfolger der SA-Oberführer Peltz in Aussicht genommen werden soll, womit sich dann eine glückliche Vereinigung von SA, Wehrschützenbereitschaft und Sonderdienst ergeben würde.

11.4.1942

11^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Hauptabteilungspräsidenten Dr.Siebert.

11^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple, Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert, Stadthauptmann Pavlu und Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr.

Stadthauptmann Pavlu führt einleitend aus, daß bislang die Qualität des in Krakau gebackenen Brotes stets schlechter gewesen sei, als in jeder Stadt des Generalgouvernements. Nach einem Gutachten des Dr.Benkner seien sowohl die Mehlbearbeitung wie die Ausmahlung des Kornes wie auch die Zubereitung des Teiges sehr mangelhaft. Er habe deshalb dem Gouverneur des Distrikts Krakau vorgeschlagen, einen tüchtigen deutschen Fachmann nach Krakau kommen zu lassen, der die hiesigen Großbetriebe des Bäckereigewerbes pachte bzw. kaufe. Er glaube, einen solchen Fachmann in der Person des Wiener Großbäckermeisters Langenecker gefunden zu haben. Gegen seinen Vorschlag, die Großbäckereien in Krakau zu verpachten und später zu verkaufen, habe die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Einspruch eingelegt.

Oberlandwirtschaftsrat Dr.Behr weist demgegenüber darauf hin, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft grundsätzlich gewillt sei, die Verantwortung für die Bäckereien und Mühlen des Generalgouvernements zu übernehmen und sich für das Backen eines einwandfreien Brotes einzusetzen. Dafür bedürfe es aber der Instandsetzung und Renovierung der veralte/ten Backöfen. Die dafür benötigte Investierung von Geldmitteln, die Beschaffung von Arbeitern und Material sei einer Regierungsstelle eher möglich als einem Privatmann.

11.4.1942

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß entgegen einem von ihm dem Stadthauptmann erteilten Auftrag die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die Regelung dieser wichtigen Frage übernehmen wolle. Ihm sei fortgesetzt über die schlechte Brotqualität geklagt worden, ohne daß sich die Hauptabteilung um diese Dinge gekümmert habe. Auch wende er sich entschieden dagegen, daß eine Regierungsstelle eine Aufgabe treuhänderisch übernehme. Aufgabe einer Hauptabteilung der Regierung könne es nur sein, die Verantwortung für einen Staatsbetrieb zu übernehmen. Das schließe selbstverständlich nicht aus, daß die Tätigkeit des Großbäckermeisters von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft unter strenge Kontrolle genommen werde.

Stadthauptmann Pavlu legt dem Herrn Generalgouverneur Proben verschiedener Vollkornbrot-Sorten vor, die in Wien hergestellt worden sind. - Er betont dabei, daß aus dem im Generalgouvernement hergestellten Mehl Brot von der gleichen Qualität gebacken werden könne.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden, daß der Wiener Bäckermeister Langenecker seine Tätigkeit in Krakau bald möglichst aufnehme.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Generalleutnant von Höberth.

Generalleutnant von Höberth spricht dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank für das der Oberfeldkommandantur Krakau gewidmete Gemälde aus der Notausstellung deutscher Künstler aus. Bei dieser Gelegenheit gibt der Herr Generalgouverneur seiner Freude

11.4.1942

über die hervorragende Zusammenarbeit zwischen den militärischen und den Regierungsinstanzen des Generalgouvernements Ausdruck.

12[40] Besprechung mit Graf di Fossombrone.

12[45] Besprechung mit Geheimrat Rattinger und Oberbaurat Eckardt.

Der Herr Generalgouverneur bespricht mit den beiden Herren verschiedene Bauvorhaben. Er genehmigt so dann, daß Geheimrat Rattinger nunmehr die Amtsbezeichnung führt: "Persönlicher Beauftragter des Generalgouverneurs für Bauvorhaben".

Geheimrat Rattinger überreicht dem Herrn Generalgouverneur von Baurat Stürzenacker ausgearbeitete Grundsätze für die Raumordnung und Planung im Generalgouvernement.

13[10] F r ü h s t ü c k

14[00] Baubesprechung im Kasino, an der teilnehmen: Präsident Bauder, Geheimrat Rattinger, Kammergerichtsrat Dr.Keith, Stadthauptmann Pavlu, Oberbaurat Eckardt, die Architekten Koettgen, Horstmann, Kaulfuß, Korinthenberg.

Gegenstand der Besprechung ist die Fertigstellung des Baues der Kanzlei des Generalgouverneurs.

Im Anschluß an die Besprechung findet eine eingehende Besichtigung des Baues durch den Herrn Generalgouverneur statt.

17[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Sonntag, den 12.April 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

13^{00} M i t t a g e s s e n . Dazu sind geladen: Generalleutnant von Höberth, Staatssekretär Dr.Boepple Graf di Fossombrone und Frau, Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert und Frau, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, Kammergerichtsrat Dr.Keith, Oberbereichsleiter Eisenlohr und Frau, Kapellmeister Erb und Fräulein Mikorey, Direktor Börngen, Oberleutnant Graf von der Goltz und Herr Mosch.

16^{00} Darbietungen des Sonnleitner-Quartetts.

17^{00} T e e mit den obengenannten Personen.

2o^{00} A b e n d e s s e n . Daran nehmen teil: Staatssekretär Dr.Boepple, Oberbereichsleiter Eisenlohr und Frau, Kapellmeister Erb und Fräulein Mikorey.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Montag, den 13.April 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

11^{55} Besprechung mit Dr.Gräger (DRK).

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr.Gräger um Einleitung von Nachforschungen über den Gefreiten Giselher Grau, geb. am 26.April 1921 zu München, der seit dem 20.Dezember 1941 bei den Kämpfen um Tula vermißt ist.

12^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

12^{30} Schachmeister Bogoljubow führt dem Herrn Generalgouverneur neue, von ihm entworfene Schachfiguren vor, die ohne Verwendung von für solche Zwecke nicht mehr zur Verfügung stehendem Blei und Filz hergestellt werden können.

Der Herr Generalgouverneur will tausend komplette Schachspiele dieser Art zu einem angemessenen Preis für eine Verteilung an die Lazarette von Bogoljubow geliefert erhalten.

15^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Regierungsgebäude.

15^{40} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Hauptabteilungsleitersitzung im Kleinen Sitzungssaal der Regierung.

(Protokoll s.Beiakten)

19^{15} Besprechung mit Präsident Dr.Frauendorfer im Kleinen Sitzungssaal der Regierung.

19^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 14.April 1942

11[4o] Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple, Oberst Fischer, Oberst Weiß, Assessor Frhr von Medem.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der u.k.-Stellung von Beamten und Angestellten des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur will grundsätzlich den Eindruck vermieden sehen, daß das Generalgouvernement einen Rückzugsplatz für Leute darstelle, die sonst überall zum Wehrdienst eingezogen würden, sich aber im Generalgouvernement unter dem Vorwand der Tätigkeit in einer kriegswichtigen Verwaltung u.k. stellen ließen.

Assessor Frhr von Medem legt dem Herrn Generalgouverneur eine Liste von Beamten und Angestellten vor, deren u.k.-Stellung im Interesse des Generalgouvernements befürwortet wird. Mit Oberst Weiß sei eine Vereinbarung über die u.k.-Stellung von Personen des Jahrganges 191o und jüngerer Jahrgänge getroffen worden, auch über solche Personen, die als völlig unentbehrlich anzusehen seien. Diese Beamten und Angestellten durch andere zu ersetzen, sei äußerst schwierig.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang auf den Charakter des Generalgouvernements als eines Aufmarschgebietes hin und hält eine Prüfung der Frage für notwendig, ob nicht aus dem Reich, etwa aus dem Reichsinnenministerium, das heute noch 1400 Beamte zähle, entsprechende Ersatzkräfte für das Generalgouvernement herangezogen werden könnten.

14.4.1942

Weiter ist der Herr Generalgouverneur der Auffassung, daß die vorgelegte Liste noch darauf hin durchgesehen werden müsse, ob die in ihr enthaltenen Personen überhaupt noch nicht zum Wehrdienst eingezogen worden seien, und beauftragt Assessor Frhr von Medem, genauere Feststellungen darüber zu treffen. Im übrigen werde es sich im allgemeinen nicht umgehen lassen, daß gewisse Dienststellen des Generalgouvernements oder sonstige Einrichtungen wie etwa das Institut für Deutsche Ostarbeit die Zahl ihrer Mitarbeiter auf das äußerste beschränken müßten. Auch die Frage, ob Beamte und Angestellte des Generalgouvernements durch Verwundete Offiziere und kriegsverletzte Mannschaften ersetzt werden könnten, bedürfe einer ernsten Prüfung.

Abschließend beauftragt der Herr Generalgouverneur Assessor Frhr von Medem, die vorgelegte Liste im Einvernehmen mit den militärischen Dienststellen nochmals einer genauen Prüfung zu unterziehen und sie auf mindestens 120 Personen zu reduzieren.

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Boepple und Oberst Fischer.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberst Fischer, Nachforschungen über den Verbleib des Gefreiten Giselher Grau anzustellen, der seit Dezember 1941 vermißt wird. - Weiter bittet der Herr Generalgouverneur Oberst Fischer, für eine u.k-Stellung des Legationssekretärs Dr.Albers Sorge tragen zu wollen.

14.4.1942

16^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, Gouverneur Dr. Wächter und Oberregierungsrat Dr.Schepers.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Grenzziehung zwischen dem Generalgouvernement und Ungarn.

Oberlandforstmeister Dr.Eißfeldt, Gouverneur Dr. Wächter und Oberregierungsrat Dr.Schepers sind vom Herrn Generalgouverneur beauftragt, als Grenzkommission mit den Vertretern des Auswärtigen Amtes in Berlin am Mittwoch,dem 15.April 1942 zu verhandeln.

Der Herr Generalgouverneur weist die Mitglieder dieser Kommission an, bei den Besprechungen unter keinen Umständen auf die Vorgeschichte der Grenzziehung einzugehen. Diese Grenzziehung sei, so betont der Herr Generalgouverneur, auf die ausdrückliche Entscheidung des Führers zurückzuführen, die bis auf weiteres unabänderlich sei. Das schließe allerdings nicht aus, daß bei den Besprechungen wirtschaftspolitische Erwägungen ins Feld geführt werden könnten. Dies gelte vor allem für die außerordentlich wichtige Frage des Holzeinschlages. Es werde also darauf ankommen, im Rahmen der festgelegten Grenzziehung gewisse günstigere Bedingungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu erreichen. Weiter müsse eine Art Zusatzabkommen über die mit der Grenzziehung zusammenhängenden wirtschaftspolitischen, verkehrs- und transportmäßigen Fragen getroffen werden. Endlich müsse das Generalgouvernement bei der Festlegung der Grenze in natura eingeschaltet werden.

Anwesenheitsliste

für die Pressebesprechung

am 14. April 1942

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank	Praesidium	— " —
Gruber	Regierungs-Hauptschriftleiter Dienststelle Presseabt.	— " —
Fischer	Referent	Krakauer Ztg.
Leitgebel		" "
Lindemann	Referent	" "
Naffz	Schriftleiter	Krakauer Zeitung
Dr. Pfeiffer	Verlagsleiter	— " —
Dr. Bofinger	Schriftleiter	— " —

V. 12. 41. 4756

14.4.1942

16[40] Pressebesprechung im Königssaal der Burg zu Krakau.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Ministerialrat Dr. S i e b e r t
Präsident O h l e n b u s c h
Pressechef G a s s n e r
Verlagsleiter S t r o z y k
Referent Z e i t z
Referent Dr. L ü d e m a n n
Referent Z e n z i n g e r
Schriftleiter H i e r c h e
Schriftleiter K r a f f t
Hauptschriftleiter F e n s k e

Der Herr Generalgouverneur weist einleitend auf die Wichtigkeit einer künftigen Regelung der Frage der fremdvölkischen Presse im Generalgouvernement hin. Hier ergäben sich mancherlei Schwierigkeiten, die bis zum gewissen Grade auch in die Tiefen der Problematik des Raumes des Generalgouvernements hineinreichten. Dies sei umso begreiflicher, als kein Deutscher im Generalgouvernement die polnischen Zeitungen regelmäßig lese und man auf diese Probleme nur dadurch gestoßen werde, daß sich irgendwelche Personen über irgendwelche Erscheinungen auf dem Gebiet der fremdvölkischen Presse aufregten. In der letzten Zeit sei nun die Lage dadurch verschärft worden, daß Meldungen in polnischen Blättern und Schriften erschienen, die zu der Gesamtführung der Pressepolitik des Reiches in Kriegszeiten im schärfsten Gegensatz ständen.

14.4.1942

Präsident Ohlenbusch steht grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Pressepolitik nur in engster Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda geführt werden könne, weil Rundfunk, Film, aktive Propaganda, Plakatwesen, Ausstellungswesen mit der Presse in Einklang gebracht werden müßten. Die Presse dürfe unmöglich eine eigene Politik treiben, von der die Hauptabteilung nichts wisse. Wenn schon eine Pressepolitik als solche richtig sei, dann müsse sie natürlich auch für die Politik der Hauptabteilung an sich maßgeblich sein. Aus dieser Betrachtung heraus ergäben sich gewisse Gegensätze.

Angesichts der Schwierigkeiten einer propagandistischen Beeinflussung der polnischen Bevölkerung sei bislang von der Hauptabteilung die größte Zurückhaltung geübt worden. Demgegenüber habe man es für angezeigt gehalten, in der polnischen Presse den Besuch des Generals Sikorski in Moskau zu behandeln, und zwar auf Grund von Meldungen in der illegalen polnischen Presse, die so weite Kreise beeinflußt hätten, daß man geglaubt habe, davon in der polnischen Presse Notiz nehmen zu müssen. Ebenso abwegig wäre es gewesen, wenn etwa die vom Pressechef Gassner allerdings zurückgezogene Nachricht in die polnische Presse gekommen wäre, daß 150 000 Polen in der bolschewistischen Armee kämpften. Ebenso unverständlich sei es ihm, daß Meldungen aus dem Daily-Express übernommen würden, in denen die englischen Versenkungsziffern bekannt würden, die im Gegensatz zu den deutschen Ziffern ständen. Es sei auch ein Irrtum, anzunehmen, daß man durch die Übermittlung solcher Nachrichten das Abhören feindlicher Sender unterbinden könne. Wenn solche Meldungen schon in der polnischen Presse veröffentlicht würden, dann dürfe wenigstens im Wege einer strengen Überwachung den

polnischen Schriftleitern nicht die Möglichkeit gegeben werden, solche Nachrichten im polnischen Sinne zu färben, etwa durch Herausstellung gewisser Textspalten in Fettdruck.

Auch sei es kaum zweckmäßig, in der polnischen Presse die Nachricht zu bringen, daß sich Stalin in einem Brief an den Papst gewendet habe. Er habe gewiß Verständnis dafür, wenn in polnischen Presseartikeln davon die Rede sei, daß das kirchliche Leben der Polen genau so weitergehe wie vor dem Kriege und von seiten der Regierung des Generalgouvernements nicht gehemmt werde. Es sei aber abwegig, eine solche Meldung über Stalin zu bringen, da ja der Nationalsozialismus auf dem Standpunkt stehe, daß der Bolschewismus kirchenfeindlich sei.

Nach alledem habe er den Eindruck, als ob die polnische Presseführung entweder durch die eingesetzten deutschen Schriftleiter oder durch die Sachbearbeiter in der Zentrale Wege gehe, die besser überprüft werden müßten, als es heute der Fall sei. Er halte es z.B. für kaum tragbar, daß im polnischen Nachrichtendienst des Telepress polnische Schriftleiter beschäftigt seien, ohne daß sie offenbar einer genauen Bewachung unterlägen. Alles, was von diesen polnischen Schriftleitern verfaßt werden, müsse einer Vorzensur unterliegen. Im übrigen gehe es unmöglich an, daß die Presseabteilung ihre eigenen Wege gehe. Auch hier müsse der Grundsatz der Einheit der Verwaltung durchgeführt werden.

Pressechef Gassner ist der Auffassung, daß die von Präsident Ohlenbusch vorgebrachten Beanstandungen sich durchaus nicht auf die grundsätzliche Linie der Pressepolitik beziehen könnten.

14.4.1942

Nach den ihm ursprünglich erteilten Weisungen habe er dafür sorgen sollen, daß die polnische Presse nichts anderes zu sein habe als ein Instrument zur Bekanntgabe der Verordnungen der deutschen Behörden, vielleicht noch zur Veröffentlichung der Wehrmachtsberichte. Im Januar 1940, als es darum gegangen sei, die Währung zu halten, als von allen Seiten Hilferufe gekommen seien, habe man bewußt mit dieser Linie brechen müssen. So habe man denn in Form von Leitartikeln der polnischen Bevölkerung die allgemeine Politik auseinandergesetzt. Präsident Dr.Paersch habe ausdürcklich anerkannt, daß diese Arbeit in der Presse wesentlich dazu beigetragen habe, dem Sturz des Zloty aufzuhalten. Im weiteren Verlauf sei man in fortwährender Übereinstimmung mit der Politik des Generalgouverneurs dazu übergegangen, den Polen das zu sagen, was zu sagen notwendig gewesen sei. Man habe ihnen das vor Augen gehalten, was zumindesten das Bewußtsein stärken könne, daß die deutsche Macht unüberwindlich sei.

Gegen diese Linie der Pressepolitik sei bis in die letzte Zeit hinein kein Einspruch erhoben worden. Gewiß sei man sich dessen bewußt, daß man nicht frei von Fehlern sei, daß wie in jeder deutschen Zeitung auch in der polnischen Presse Pannen vorkämen.

Wenn hier einzelne Fälle hervorgehoben worden seien, die zu Beanstandungen Anlaß gäben, so müsse doch im allgemeinen festgestellt werden, daß die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen seien, mit denen man verhindern könne, daß eine Veröffentlichung ohne Kontrolle hinausgehe. Die polnische Presse werde durchweg von deutschen Hauptschriftleitern geleitet, die die Aufgabe hätten, eine Kontrolle durchzuführen. Die Polen erhielten nur das zur Übersetzung, was ihnen von den deutschen Hauptschriftleitern und Schrift-

leitern vorgelegt werde. Die übersetzten Artikel würden von einem polnisch sprechenden deutschen Schriftleiter durchgelesen. Von Deutschen Übersetzungen ins Polnische anfertigen zu lassen, sei unmöglich, da es jedem Polen, der solche Übersetzungen lese, offenbar werden würde, daß diese Artikel schlecht und recht von einem Deutschen ins Polnische übersetzt worden seien. Jedenfalls müsse er feststellen, daß vom Telepress Dinge, die nicht den Intensionen der Presseabteilungen entsprächen, unter keinen Umständen hinausgehen könnten. Letzten Endes werde dann aber auch die polnische Presse im Endprodukt von einem deutschen Hauptschriftleiter gestaltet, der perfekt Polnisch sprechen könne.

Das Thema "Sikorski" sei genau wie alle anderen Dinge von der Presseabteilung nach langen Besprechungen erst zu einer Zeit aufgerollt worden, als im Generalgouvernement massenhaft Flugblätter verbreitet worden seien, die die Porträts von Sikorski und Stalin zeigten. Die polnische illegale Presse, die sich auf die Meldungen des englischen Rundfunknachrichtendienstes stütze, habe diesen Vorgang eingehend behandelt, und deshalb habe in irgendeiner Form in der polnischen Presse reagiert werden müssen. Zudem sei diese Angelegenheit von verschiedenen deutschen Zeitungen ausführlich behandelt worden, wie z.B. auch die Meldung von der Aufstellung einer polnischen Armee in Rußland von der Donau-Zeitung groß und breit gebracht worden sei. Diese deutschen Zeitungen würden bekanntlich auch im Generalgouvernement weitestgehend vertrieben.

Der Nachrichtenapparat sei unter den schwierigsten Bedingungen von der Presseabteilung aufgestellt worden. Auch habe man den polnischen Rundfunknachrichtendienst organisiert. Er werde im Rahmen des Telepress durchge-

führt und versorge die polnischen Sender vier Mal täglich mit Nachrichten. Es liege im Sinne der Pressepolitik des Generalgouvernements wie auch derjenigen des Reiches, daß verschiedene Nachrichten, wie sie die Reichspresse nicht bringe, in der polnischen Presse gebracht würden. Z.B. werde es man den Polen nicht verschweigen, wenn der Papst irgendeine Äußerung gegen den Bolschewismus gemacht habe, wenn im Deutschen Reich so und soundviele Millionen für die Kirchen aufgebracht und neue Kirchen im Reich gebaut würden.

Der Herr Generalgouverneur hält es für völlig ausgeschlossen, daß man den Polen überhaupt etwas von ihrer im Auslande bestehenden Armee sage, ganz ohne Rücksicht darauf, ob solche Nachrichten von englischen Sendern gebracht würden. Von einer irgendwie gearteten Aktivität polnischer Emigranten dürfe in der Presse des Generalgouvernements nichts gesagt werden. Auch in der Reichspresse dürften solche Nachrichten nicht erscheinen, und es dürfe unter keinen Umständen vorkommen, daß etwa Zeitungen wie der I.B. im Generalgouvernement beschlagnahmt werden müßten. Andererseits könne die Frage nicht mehr gestellt werden, ob man den Polen etwa wieder eine Art amtlichen Verordnungsblattes als Presseorgan belassen wolle. Die polnische Presse müsse nach wie vor aufrecht erhalten bleiben, aber ihr Inhalt müsse eben anders gestaltet werden.

Hauptschriftleiter Fenske weist darauf hin, daß in einem von Helmut Gauweiler herausgegebenen Buch "Vorfeld im Reich" der Emigrantengeneral Sikorski im Gespräch mit dem früheren polnischen Außenminister abgebildet sei.

14.4.1942

Hauptschriftleiter Fenske gibt sodann einen Überblick über Führung und Wesen der polnischen Presse. Sowohl er wie seine deutschen Kameraden, die im Generalgouvernement als Hauptschriftleiter der sogenannten polnischen Zeitungen eingesetzt seien, stammten sämtlich aus dem Osten. Er selber sei aus Bromberg gebürtig und früher Leiter des Deutschen Nachrichtenbüros für Posen und Westpreußen gewesen. Er stehe auf dem Standpunkt, daß das Problem der Einschaltung der polnischen Bevölkerung in den Arbeitsprozeß in erster Linie geistiger Natur sei. Das Vertrauen des arbeitenden Menschen könne man nicht allein dadurch gewinnen, daß man ihm den Wehrmachtsbericht und einige Zahlen bekanntgebe oder zu ihm über den Aufbau des Generalgouvernements spreche, sondern es müsse in dem polnischen Leser der Glaube daran gestärkt werden, daß das Bestehen der deutschen Macht eine Tatsache sei, an der nicht gerüttelt werden könne. Nach dem Urteil derjenigen, die dieses Land von früher kennten, habe die Haltung der deutschen Dienststellen im Generalgouvernement viel dazu beigetragen, die Polen in ihrer Negativität zu bestärken. Man werfe in polnischen Kreisen deutschen wie polnischen Angehörigen gewisser Dienststellen Bestechlichkeit und Annahme von Schmiergeldern vor.

Hauptschriftleiter Fenske nimmt dann eingehend zur fremdvölkischen Pressepolitik im Generalgouvernement Stellung. Es gehe nicht an, so führt er aus, daß man von einer Übereinstimmung der Politik spreche, in Wirklichkeit aber von seiten der Propagandazentrale immer wieder Fehler gemacht würden, die sich mit den primitivsten Grundsätzen einer Pressepolitik nicht vereinbaren ließen. Bei dem Versuch, die Polen zu beeinflussen, könne man nicht reichsdeutsche Maßstäbe anlegen, sondern man müsse bedenken, daß man es mit

14.4.1942

einem Volke zu tun habe, das einer ganz anderen Mentalität unterliege. Zu dem polnischen Volk müsse man anders sprechen als zu dem deutschen. Im Laufe von zwei Jahren seien in der polnischen Presse etwa 20 000 Seiten an Nachrichten herausgekommen. Diesen Nachrichtenapparat habe man mühsam aufgebaut. Man habe die Fühler zum Auswärtigen Amt ausgestreckt, habe auch Verbindungen mit den zuständigen Stellen des Sicherheitsdienstes und der Geheimen Staatspolizei aufgenommen. Die polnischen Schriftleiter seien unter eine strenge Kontrolle auch hinsichtlich ihres Privatlebens gestellt worden. Man habe auch die Sicherheitspolizei gebeten, von etwaigen Beanstandungen Mitteilungen zu machen. Auf dem Umwege über den Pressechef Gassner seien die Abteilungen der Regierung ersucht worden, geeignetes Publikationsmaterial zur Verfügung zu stellen; es sei aber so gut wie nichts geschehen. Wenn sich die Vorwürfe gegen seine Arbeit häuften, so müsse er feststellen, daß es bei der Presse einfach unmöglich sei, eine Reihe von Sätzen aus einem großen Zusammenhang herauszustellen, um die gesamte Arbeit zu verwerfen. Seine Kollegen und er überlegten sich aus einer nicht leicht erworbenen Kenntnis der Mentalität der polnischen Bevölkerung gewissenhaft jede Zeile.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechung in folgenden Ausführungen zusammen:

Wir sind uns alle klar darüber, daß wir dieser Millionenbevölkerung von Polen eine irgendwie über das Nachrichtenmäßige hinausgehende Presse geben müssen. Der Grund dafür liegt nicht bei den Polen, sondern in unserem eigensten Interesse. Denn wir müssen zum mindesten so tun, wie wenn das Generalgouvernement eine Art Schutzbereich im großdeutschen Raum ist. Wir

14.4.1942

können den Kampf nicht etwa dadurch erledigen, daß wir für 16 Millionen Polen 16 Millionen Nackschüsse vollführen und damit das polnische Problem lösen. So lange die Polen leben, müssen sie für uns arbeiten und von uns in diesen Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. In zunehmenden Maße spüre ich einen völligen Mangel an Verständnis und an aufrichtigem Wollen bei den Berliner Zentralstellen, sich ein Verständnis über die wirkliche Lage zu verschaffen. Es ist unbestreitbar, daß man Berlin keine Ahnung von den Schwierigkeiten hat, hier überhaupt Regierungsmaßnahmen durchzuführen. Viele Deutsche in unserem Gebiet verfallen in den gleichen Fehler, da sie gewohnt sind, nur mit Deutschen zusammen zu sein. Daraus entsteht dann die Illusion, daß das deutsche Leben schon einen gewaltigen Umfang habe.

Die polnische Presse ist ein Instrument von größter Bedeutung, eine unerläßlich notwendige Einrichtung, die zu führen selbstverständlich eine große Verantwortung bedeutet. Ich muß aus der Geschichte des Generalgouvernements feststellen, daß wir damit eigentlich in den Jahren 1939 bis 1941 uns im Rahmen des richtigen Kurses gehalten haben. Daran möchte ich auch nichts Wesentliches geändert wissen, auch nicht insofern, daß wir den Polen die Zeitungen oder den Zeitungen diese etwas großzügigere Aufmachung mit Rücksicht auf die polnische Mentalität nehmen. Ich möchte auch nicht in dem Sinne eine Änderung herbeiführen, daß diese polnischen Zeitungen wieder nur ein Befehlsorgan würden. Wir sind hier klüger und wissender als die Berliner Instanzen; wir haben die Verantwortung, die anderen kritisieren und schimpfen nur. Dieses Kritisieren und Schimpfen vollzieht sich allerdings uns gegenüber wie ein leises Donnergrollen; denn am gleichen Tage haben sie noch unzählige andere

14.4.1942

Dinge in Dänemark, Norwegen, Elsaß, Deutschland usw. zu kritisieren. Von der örtlichen Stelle des Generalgouvernements aus kann man die Dinge viel intensiver auf Grund der Erfahrung behandeln als vom Reich her.

Insofern hat uns ja auch das Reich diese große Selbständigkeit gelassen. Von Beschwerden ist mir wenigstens amtlich von Berlin aus noch nichts zugegangen. Soweit es sich um Meinungsverschiedenheiten, die in unseren eigenen Reihen auftreten, handelt, liegen sie offenbar nicht in einzelnen Punkten. Ich muß nach der heutigen Pressebesprechung verlangen, daß in der pressepolitischen Behandlung des polnischen und fremdvölkischen Problems überhaupt die absolut engste und aufgeschlossenste Zusammenarbeit zwischen Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner stattfindet. Hier darf kein aus persönlicher Eifersüchtelei entstehender Konflikt zu Tage treten. Und hier muß ich dem Präsidenten Ohlenbusch Recht geben, wenn er sagt, daß eine grundsätzliche Einheitlichkeit in jeder Form in Erscheinung treten muß. Andererseits muß Herr Präsident Ohlenbusch zur Kenntnis nehmen, daß ich volles Vertrauen zu den Personen habe, die hier die Pressepolitik führen; denn diese Männer haben wirklich etwas aufgebaut.

Zur polnischen Pressepolitik sei grundsätzlich gesagt: die Polen müssen den Eindruck haben, daß sie in der Presse nicht wie Schweine behandelt werden, sondern als Europäer und Menschen. Das gilt auch für die Regierungsarbeit ganz allgemein. Wir geben uns schon so viel mit den Polen ab, daß man sagen muß: der Pole lebt im Generalgouvernement, trotzdem es ihm hundeschlecht geht, wesentlich besser als der Italiener in Italien oder der Grieche in Griechenland, der Serbe in Serbien usw..

14.4.1942

Es ist klar, daß das Bedürfnis an Arbeitern im Reich und unsere Wehrlage geradezu ein Ringen um die polnische Arbeitskraft zur Folge haben. Wir sind ja von den Polen hierin abhängig. Wenn die Polacken die Züge nicht fahren, wer führt sie dann? Wenn die hunderttausend polnischen Eisenbahner nicht die Züge fahren, können wir den Aufmarsch einstellen. Die Verantwortung ist derart groß, daß man es schon in Kauf nehmen muß, wenn ein paar süße Sprüche über Christentum, Katholizismus in die polnischen Blätter kommen. Die Meinung, daß man gleichzeitig weltpolitische Entscheidungen herbeiführen und weltanschaulichen Kämpfe ausfechten kann, ist irrig. Wenn ich den Krieg gewinnen will, muß ich ein eiskalter Techniker sein; dann muß die Maschine des Kriegés funktionieren. Die Frage, was sich einmal weltanschaulich-völkisch tun werde, muß ich auf die Zeit nach dem Kriege verschieben. Die Umsiedlungsmanöver im Wartheland sind uns als einer der größten Verstöße gegen diesen Grundsatz noch in schreckensvoller Erinnerung. Es bedurfte einer ungeheuren Anspannung, um eine Änderung in dieser Politik herbeizuführen. Heute sagt man im Wartheland: um Gottes willen keine Polen hergeben. Heute werden dort Bauerngüter den Polen als Belohnung für gute Ablieferung freigegeben. Man soll uns also nicht mit Vorwürfen kommen, daß wir die Polen verhätscheln, wenn man es im Reich schon genau so macht. Es ist auch sehr leicht, bei jeder Gelegenheit die Kritik anzusetzen. Der Briefwechsel, den ich gerade in den Jahren 1940/41 mit den Vermögensunternehmungen draußen im Reich hatte, spricht Bände für die furchtbare Unkenntnis mancher Dilettanten auf dem Gebiet der Weltpolitik.

15

14.4.1942

Als erster Grundsatz muß also gelten: die Polen müssen in einer sogenannten Presse etwas mehr erhalten als nur Befehle. Und wenn, wie behauptet wird, der Katholizismus tatsächlich eine Schande für ein Volk ist, um so mehr Katholizismus muß ich dem Polentum wünschen. Man kann nicht gleichzeitig sagen, der Katholizismus sei die größte Sünde auf der Welt, Gott lob, daß wir Deutschen so vernünftig sind, ihn zu bekämpfen, - und die Polen davor behüten, daß sie ihn nicht bekommen. Deshalb habe ich auch nichts dagegen eingewendet, daß Tschenstochau wieder in Betrieb genommen wurde, ich habe sogar die Erlaubnis gegeben, einen polnischen katholischen Kalender herauszugeben. Wenn der Katholizismus ein Gift ist, dann kann man dieses Gift nur den Polen wünschen. So geht es mit anderen Dingen auch.

Andererseits darf sich dieses Prinzip nicht überschlagen. Und hier müssen doch die sehr beachtlichen Erklärungen des Präsidenten Ohlenbusch zur Kenntnis genommen werden. Ich wünsche, daß es das letzte Mal ist, daß wir solche Debatten haben. Als ich die Nachricht erhielt, daß Berichte über Sikorski in ihrer Zeitung erschienen sind, vor allem auch diese Berichte über die Gegenaktion, da habe ich meiner Empörung Ausdruck verliehen. Ich möchte auch eine ausdrückliche Rüge aussprechen. Solche Dinge dürfen nicht passieren! denn das ist nicht mehr eine Panne, sondern ein politisch ganz großer Fehler, der hier begangen wurde. Denn in jeder Form, in der wir in der von uns geführten Presse eine solche die deutsche Reichspolitik schwer belastende Nachricht bringen, geben wir indirekt den Polen die legale Möglichkeit, sich auf diese Meldungen bei ihrer Weiterverbreitung zu stützen. Denn das ist nun einmal ein technischer

14.4.1942

Gesichtspunkt für die Möglichkeit, subversive Propaganda zu treiben. Wir haben ja nicht das Abhören der Sendungen des englischen Rundfunks dem deutschen Volke verboten, damit sich der Einzelne nicht informieren soll, sondern das Entscheidende ist, daß er sie nicht weitererzählt. Das ist der Hintergedanke, warum wir offiziell nicht dulden können, daß der fremde, feindliche Sender gehört wird. Sonst geht eine solche Meldung von Mund zu Mund. Darin liegt auch der Unterschied zwischen dem illegalen Flugblatt und der von uns gebrachten Presse: Wenn der Pole seine Nachricht aus dem illegalen Flugblatt hat, dann kann ich ihn fassen, nicht aber, wenn er sich darauf berufen kann, daß die Nachricht aus dem Goniec Krakowski stammt. Ich will auch nicht dauernd darüber dabattieren. Ich gebe Ihnen die Schwierigkeiten zu; es ist leichter zu kritisieren als aufzubauen. Ich erkenne diese Aufbauarbeit an. Es wäre aber zweckmäßig, wenn Sie sich klar darüber wären, daß Sie bei diesen Meldungen nicht das Argument bringen dürfen, es habe in einer deutschen Zeitung gestanden. Daß innerhalb der Presseführung des Reiches nicht alles in Ordnung ist, daß dort verschiedene Richtungen bestehen, die sich in vielen Dingen stark bekämpfen, ist bekannt.

Der springende Punkt ist für mich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten der Hauptabteilung Propaganda und dem Pressechef. Ich möchte nicht haben, daß jener Gegensatz zwischen Propagandaministerium und Reichspressestelle hier ebenfalls in Erscheinung tritt. Ich muß von den beiden maßgeblichen Herren verlangen, daß sie sich dieser einfachen Verantwortung absolut bewußt sind. Sie, Präsident Ohlenbusch, dürfen nicht glauben, daß Sie über alle diese Dinge

ein-

fach die Hand halten dürften. Seien Sie froh, daß sich eine verantwortliche aus den Problemen der Zeit gewachsene Stelle ihrer angenommen hat. Es ist sehr schwer, eine Dienststelle aufzubauen. Die Leute, die es getan haben, haben ihre Freude daran, man soll sie arbeiten lassen, man soll sie schützen und ihnen auch gerecht werden. Daß einmal etwas passiert, ist immer möglich; einem jedem von uns kann einmal etwas Schreckliches passieren.

Hinsichtlich der ukrainischen Presse sind natürlich auch manche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Manches, was in der ukrainischen Presse nicht gebracht werden kann, kann in der polnischen Presse gebracht werden. Die ukrainische Pressepolitik muß auch einmal grundsätzlich besprechen werden. Im übrigen gilt für die Ukrainer wie für die Polen das Prinzip, daß sie im Generalgouvernement als in einem deutschgeführten Raum leben und sich unseren Bedingungen zu fügen haben.

Es wäre nun zweckmäßig, wenn sich die beiden Herren zusammensetzten und mir im Laufe der nächsten 14 Tage auf Grund der bisherigen Erfahrungen im Hinblick auf die gegenwärtige Zeitlage eine Resümee über die notwendige Volkstumsbehandlung und die Grundsätze der fremdvölkischen Presse im Generalgouvernement vorlegen würde. Dabei wäre auch im einzelnen festzulegen, wie die Zusammenarbeit zwischen Ihrer Dienststelle und den Stellen des Pressechefs Gassner zu gestalten ist.

Pressechef Gassner bemerkt, daß die ukrainische Presse eigene Hauptschriftleiter habe. Der ukrainische Pressedienst, der im Telepress erscheine, erhalte das gleiche Material wie der polnische Pressedienst

und werde von ukrainischen Schriftleitern geführt. Außerdem bestehe in Lemberg eine Zweigstelle des Telepress, die unter großen finanziellen Opfern aufrecht erhalten werde, nur um den Ukrainern zu zeigen, daß sie besser behandelt würden. An die untergeordneten Pressestellen sei eine Weisung des Inhalts ergangen, zu verhindern, daß in ukrainischen Blättern dauernd die ukrainische Geschichte behandelt wird.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß es sich hier um eines der schwierigsten Probleme handle, die jemals im großdeutschen Raum gestellt worden seien. Man solle positiv führen und in Wirklichkeit nicht positiv führen. Was z.B. den Fall Sikorski angehe, so könne man wohl in wichtigen Fragen eine Ausrichtung vornehmen. Er wünsche jedoch unter keinen Umständen, daß die von Deutschen geführte polnische Presse sich nochmals mit Sikorski beschäftige.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Verlagsleiter Strozyk, daß seiner Überzeugung nach die Masse der polnischen Bevölkerung durch die polnischen Zeitungen beeinflußt werde. Den besten Beweis erbringe die Tatsache, daß die polnischen Zeitungen von den illegalen Zeitungen stark angegriffen würden.

Pressechef Gassner bemerkt noch, daß die Veröffentlichung über Sikorski dem Hauptschriftleiter Fenske eine große Anzahl Drohbriefe von illegaler polnischer Seite eingebracht habe.

Hauptschriftleiter Fenske weist darauf hin, daß er seinerzeit über den Pressechef Gassner die Weisung erhalten habe, ständig Material über die menschliche

und charakterliche Unmöglichkeit der polnischen Emigranten zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß sich dieses Verfahren offenbar als wirkungslos herausgestellt habe. - Im übrigen müsse er entschieden darauf dringen, daß die Einheitlichkeit der Presseführung gewährleistet sei und trotzdem die Einzelarbeit erhalten bleibe.

Präsident Ohlenbusch erinnert daran, daß seinerzeit unter Gegenzeichnung des Herrn Generalgouverneurs und mit Pressechef Gassner eine Vereinbarung des Inhalts getroffen worden sei, daß dieser für die Pressepolitik verantwortlich sei, aber immer in enger Zusammenarbeit mit dem Leiter der Hauptabteilung Propaganda zu stehen habe. Es stehe fest, daß Pressechef Gassner in keiner Form diese Zusammenarbeit gehalten habe. Wenn z.B. der Pressechef seine eigenen Pressereferenten einsetzen könnte, ohne daß sie bei den Distriktsverwaltungen eingebaut seien, ohne daß er, Präsident Ohlenbusch, gefragt werde, wenn der Pressechef in seiner Eigenschaft als Leiter einer Abteilung im Propagandamt der Regierung gewissermaßen vollkommen losgelöst dastehe, dann seien das schon genug Voraussetzungen für die Behauptung, daß eine Zusammenarbeit nicht bestehe. Es sei eben ihm nicht möglich, in irgendeiner Form zu diesen Dingen Stellung zu nehmen.

Der Herr Generalgouverneur gibt nochmals seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es bisher an dieser Zusammenarbeit gefehlt habe, und ersucht die beiden Herren, sich nunmehr strengstens an seine Anordnungen zu halten.

14.4.1942

Der Herr Generalgouverneur bemängelt sodann, daß der Generalgouvernementsteil der Krakauer Zeitung offenbar auf den Aussterbeetat gesetzt sei. Er müsse sich entschieden dagegen wenden, daß Artikel in diesem Teil der Krakauer Zeitung erschienen, für die er nicht bestimmt sei. Von der praktischen positiven Arbeit, die in den Distrikten geleistet werde, sei in diesem Teil der Krakauer Zeitung wenig zu lesen.

Schriftleiter Hierche bemerkt, daß er von den Distrikten trotz häufigen Ersuchens nur wenig Material erhalte. Es sei bislang überhaupt sehr schwer gewesen, Material zu organisieren. Vor allem stellten die amtlichen Stellen so gut wie nichts zur Verfügung.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr.Siebert an, bei den Dienststellen der Regierung und der Distrikte auf diese Tatsache hinzuweisen, damit diese für eine Abstellung des unbefriedigenden Zustandes sorgten.

Im Anschluß an die Besprechung findet im Bankettsaal der Burg eine Besichtigung sämtlicher Druckerzeugnisse des Krakauer-Warschauer Zeitungsverlages durch den Herrn Generalgouverneur statt.

19^{00} Filmvorführung

Zur Aufführung gelangen die neueste Wochenschau und der Film

" Geheimakte W.B.I."

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

19

Krakau

Mittwoch, den 15.April 1942

9[45] Besprechung mit Finanzpräsident Dr.Senkowsky und SA-Oberführer Peltz.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er auf den Ausbau der SA im Generalgouvernement größtes Gewicht lege, der die Wehrschützengemeinschaften und später auch der Sonderdienst unterstellt würden. Er beauftragt SA-Oberführer Peltz, durch seinen Verwaltungsführer mit Oberregierungsrat von Streith die vorbereitenden Besprechungen zur Finanzierung der kommenden "SA-Einheit Generalgouvernement" führen zu lassen. Finanzpräsident Dr. Senkowsky solle dann das Ergebnis der Verhandlungen in einem zusammengefaßten Schlußbericht dem Herrn Generalgouverneur zur Genehmigung vorlegen.

Dr. Senkowsky berichtet bei dieser Gelegenheit, daß Besprechungen über den Parteietat für die zweite Hälfte dieses Monats vorgesehen seien. Vorläufig leiste die Hauptabteilung Finanzen einen monatlichen Vorschuß von 450 000 Zloty.

SA-Oberführer Peltz rechnet damit, daß in der SA-Einheit Generalgouvernement wohl 10 000 Mann zusammengefaßt werden können. Von der Obersten SA-Führung würden ihm gegen Bezahlung 30 000 Uniformen zur Verfügung gestellt, die für den Dienst in den Wehrschützengemeinschaften gedacht seien. Waffen seien ihm vom Reichsführer SS zugesagt, der ein großes Interesse am Einsatz dieser Leute im Ernstfall habe.

Der Herr Generalgouverneur gibt noch seine Absicht bekannt, nach dem Ausscheiden von Rechtsrat Dr. Hammerle SA-Oberführer Peltz zum Inspekteur des Sonderdienstes zu machen.

15.4.1942

10^{05} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch und SA-Oberführer Peltz.

Präsident Ohlenbusch legt dem Herrn Generalgouverneur den Entwurf der Proklamation, die am Geburtstag des Führers die Gründung der SA-Einheit Generalgouvernement bekanntgeben soll, und den Entwurf eines diesbezüglichen Erlasses vor.

Der Herr Generalgouverneur regt zur Plakatierung der Proklamation die Verwendung eines Motivs von Prof. Schweitzer-Mjölnir an. Mit der Veröffentlichung eines Aufrufes in der Krakauer Zeitung solle auch eine kurze Betrachtung über die Bedeutung der SA erscheinen.

10^{25} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Gesandten a.D. Rümelin, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Ministerialrat Plodeck, Finanzpräsident Dr. Senkowsky, Bankdirigent Paersch und Generaldirektor Dr. Decker.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis, daß man sich einmal über die gegenwärtige Lage der Werke des Generalgouvernements A.G. unterhalten müsse; Anlaß dazu hätten ihm ein Wursch von Minister Rümelin und ein Schreiben von Generaldirektor Dr. Decker gegeben.

Minister Rümelin geht davon aus, daß er in seiner Dienststelle einen Organisationsentwurf für die Werke habe entwerfen lassen, den er verschiedenen zuständigen Stellen übermittelt habe. Durch sein vielleicht etwas zu gewalttätiges Vor-

gehen sei es zu Komplikationen mit Dr.Decker gekommen. Daraufhin habe er den Organisationsentwurf in einem Schreiben wieder zurückgezogen, da man in der heutigen schweren Zeit die Arbeitskraft nicht durch derartige Streitereien in Anspruch nehmen könne. Wenn er auf diesen Plan wieder zurückkomme,werde er sich rechtzeitig mit dem verantwortlichen Leiter der Werke Dr. Decker und dem Aufsichtsrat in Verbindung setzen.

Staatssekretär Dr.Boepple stellt dazu fest, daß Minister Rümelin mit seinem Vorgehen nicht eine Übergehung Dr.Deckers beabsichtigt habe, sondern nur Sondieren wollte, ob man darüber an "höchster Stelle" zu Verhandlungen bereit sei. Im bejahenden Falle hätte sich dann Minister Rümelin mit Dr. Decker und dem Aufsichtsrat ins Benehmen setzen wollen. Mit der Abgabe dieser Erklärung habe sich Dr. Decker einverstanden erklärt, sodaß man diese Angelegenheit als bereinigt ansehen könne.

Anschließend gibt Generaldirektor Dr.Decker anhand einer ersten zusammenfassenden schriftlichen Darstellung über die Werke, die er bereits vor einigen Tagen dem Herrn Generalgouverneur und anderen zuständigen Herren übersandt hat, kurzen Bericht. Man könne in der bisherigen Entwicklung der Werke drei Abschnitte unterscheiden.

1. Gründungszeit:

Bildung eines Aufsichtsrates und Vorstandes, Einstellung von Personal und Zuweisung industrieller Betriebe seitens der Treuhandverwaltung. Eine vermögensrechtliche Eingliederung der Werke sei bis heute nicht erfolgt. Nach Abschluß dieser Periode verfügten die Werke über das Stickstoffwerk Moscice, die Zellstoff-

fabrik Niedomice, die Papierfabrik Tschenstochau, die Manufaktur-A.G. Girardow, die Elektrische Überland-A.G. Tarnow und die Klinker-Werke von Izbica, Budy, Bialopole und Zamosc. Der Personalstand habe 6 869 Gefolgschaftsmitglieder, davon 6 520 Polen, betragen.

2. Kommissarische Verwaltung:

Diese Periode habe die größten Veränderungen mit sich gebracht. Ein Kommissar sei bestellt worden, Minister Rümelin und Bankdirigent Paersch seien neu in den Aufsichtsrat berufen worden, während Dr.Emmerich ausgeschieden sei und Staatssekretär Dr.Bühler den Vorsitz des Aufsichtsrates an Minister Rümelin übergeben habe. Staatssekretär Dr.Bühler sei ebenfalls ausgeschieden. In diese Zeit falle der Abschluß eines Vorvertrages zur Gründung eines Transportunternehmens, der Ostag mit dem Sitz in Prag, die mit 60 Lastkraftwagen die benötigten Kohlenmengen den Werken zuführen sollte.

3. Tätigkeit des Dr. Decker:

Neubildung der Hauptverwaltung und Regelung der Beziehungen zu den einzelnen Betriebsleitungen.

Sein Bestreben sei gewesen, eine Festigung der inneren Verhältnisse herbeizuführen. Bei den einzelnen Betrieben habe man für sämtliche Direktoren erst die Dienstverträge schaffen müssen. Die Zahl der Gefolgschaftsmitglieder betrage jetzt 7 400 Personen. Der Ausbau eines Hauptverwaltungsgebäudes in Krakau mache langsame Fortschritte. Die Werke hätten sich auch an Messen beteiligt, um ihre Erzeugnisse in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Die Produktion sei bei allen Betrieben gestiegen.

Minister Rümelin habe ihm am 16. März in einem Schreiben von einem neuen Organisationsplan für die

15.4.1942

Werke Kenntnis gegeben. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzung für die Erstellung eines solchen Planes eine genaue Kenntnis der Werke sei. Mit Minister Rümelin habe er sich in dieser Frage verständigen können, da von ihm der Plan zurückgezogen worden sei.

Dr. Decker macht anschließend Ausführungen über die Ostag-Angelegenheit. Der Rahmenvertrag mit dieser zu gründenden Transportgesellschaft habe im August durch einen ordentlichen Vertrag ergänzt werden müssen. Die Bürgschaften seien übergeben worden,und er habe nach eindringlichen Vorstellungen die Zusage erhalten, vollen Einblick in die Geschäftsbücher der Ostag zu erhalten. Es sei in Aussicht genommen gewesen, daß mindestens 60 Lastkraftwageneinheiten für die Werke Kohlen fahren sollten und die Werke, abgesehen von einem Investierungsdarlehn monatlich 400 000 Mark als Anzahlung auf Transportleistungen abzuführen hätten. Infolge dessen habe er Ende August die Zahlung von 100 000 Zloty geleistet.

Befremdende Vorgänge, fehlende Transportleistungen und eingelaufene vertrauliche Informationen über den Spediteur Brokers - Prag hätten ihn veranlaßt, Mitte September zwei Sachbearbeiter nach Prag zu schicken. Diese hätten mitgeteilt, daß die Gründung der A.G. noch nicht vollzogen, die Eintragung in das Handelsregister noch nicht vorgenommen, über die Einzahlung des Aktienkapitals nichts zu erfahren, vorhandene Kraftfahrzeugbriefe verpfändet seien und ein Einblick in die Bücher verwehrt werde. Daraufhin habe er die Auszahlung des bereits weiter überwiesenen Betrages von 1 Million Zloty gesperrt und gleichzeitig das vereinbarte Schiedsgericht angerufen. Der Ostag in

15.4.1942

Gründung sei mitgeteilt worden, daß sie sich bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtes der Verfügung über die im August eingezahlten 100 000 Zloty zu enthalten habe.

Nun habe Minister Rümelin eingegriffen. Er habe den Zusammentritt des Schiedsgerichtes nicht zugelassen und für Ende September eine Sitzung nach Wien einberufen, an der seine eigenen Mitarbeiter und die Gegenseite teil-genommen hätten, während die Werke zur Teilnahme an dieser Sitzung nicht aufgefordert worden seien.

Auf Grund des Ergebnisses dieser Sitzung hätten Direktor Schmidt - Berlin und Spediteur Brokers - Prag geschrieben, die Korrespondenz der Werke ginge sie nichts an; denn sie hätten den ganzen Komplex mit dem Vorsitzer des Aufsichtsrats und dem Sonderbeauftragten des Generalgouverneurs durchgesprochen. Diese Verhandlungen wären einzig und allein die Grundlage für die Weiterarbeit und weitere Entwicklung der Angelegenheit gewesen. Die Geschäftsführung habe von diesem Zeitpunkt an in der Ostag-Angelegenheit nicht mehr bei den Werken gelegen. Auf Veranlassung von Minister Rümelin seien drei seiner Sachbearbeiter sowie die Gründer aus Prag und Berlin bei ihm vorstellig geworden, um weitere Überweisungen zu erreichen. Er habe nach einer Erklärung von Direktor Schmidt, daß das Aktienkapital voll eingezahlt sei, die Zahlungen fortgesetzt, jedoch auf ein Gemeinschaftskonto, von dem nur nach Erfüllung bestimmter Transportleistungen gewisse Beträge freigegeben werden sollten. Insgesamt seien 3,1 Millionen Zloty zur Überweisung gelangt.

Neue Eingriffsbestimmungen der Protektoratsbehörden hätten ergeben, daß die Gründung der Aktiengesell-

schaft nicht durchführbar sei. Nun habe er sich mit dem Leiter der Hauptabteilung Finanzen, der im übrigen durch die Anrufung des Schiedsgerichtes von dem mißlichen Stand der Angelegenheit unterrichtet gewesen sei, in Verbindung gesetzt und eine Bestätigung erhalten, daß die Werke Transportkosten nur in normaler Höhe zu tragen brauchten. Diese Abmachung hätten Finanzpräsident Spindler, Oberregierungsrat von Streith, Minister Rümelin und er unterzeichnet. Es habe kein Zweifel darüber bestanden, daß der zu erwartende Mehraufwand von der Regierung getragen werden sollte.

In Übereinstimmung mit Minister Rümelin, seinem Sachbearbeiter und Oberregierungsrat von Streith sei Ende November vereinbart worden, daß die Werke den Kraftwagenpark der nicht zur Gründung gekommenen A.G. zu übernehmen hätten und hierbei die bisher bezahlten Beträge aufgerechnet werden sollten. Die Gegenseite habe noch eine weitere Zahlung von rund 1 Million Zloty verlangt. Er habe diese Überweisung davon abhängig gemacht, daß die Deutsche Revisions- und Treuhand A.G. der Hauptabteilung Finanzen einen Prüfungsbericht über die Vorgänge vorlegen und alsdann die Überweisung genehmigen sollte. Die Prüfung habe Mitte Januar in Prag eingesetzt, habe aber nach vier Wochen abgebrochen werden müssen, da das Rechnungswesen nicht vollständig gewesen sei. Daraufhin habe man in Aussicht genommen, die sämtlichen Akten nach ihrer Vervollständigung nach Krakau kommen und hier die Deutsche Revisions- und Treuhand A.G. weiter prüfen zu lassen. Diese Vereinbarung habe sich jedoch später als undurchführbar erwiesen, weil für Rechnung der zu gründenden A.G. in Prag auch noch andere Geschäfte als nur mit den Werken getätigt wor-

den seien. Die Bücher seien wohl abgeschlossen, jedoch sehe sich die Treuhandgesellschaft wegen an Mangel an geeignetem Personal nicht in der Lage, die Prüfung vor 1 bis 2 Monaten durchzuführen.

Besondere Schwierigkeiten seien dadurch entstanden, daß die Protektoratsbehörden die Wagen beschlagnahmt hätten. Es habe sich herausgestellt, daß die Gründer bis Ende September erst 20 Lastkraftwagen und 24 Anhänger gekauft hätten. Im ganzen seien wohl überhaupt nur 29 Lastkraftwagen und eine größere Anzahl Anhänger vorhanden, deren Zustand nicht der beste sei. Trotzdem von Krakau aus 20 000 Liter Benzin und 9 000 Liter Diesel-Öl zur Verfügung gestellt worden seien, hätten bis jetzt nur etwas über 300 t Kohlentransporte stattgefunden. Von einer Transportleistung mit 60 Lastkraftwagen-Einheiten könne nie die Rede sein, sodaß es als ungerechtfertigt erscheine, wenn die Gründer der Ostag von Anfang an die hohen Vorschußzahlungen von monatlich 400 000 Reichsmark gefordert hätten.

Der Herr Generalgouverneur verfügt in diesem Zusammenhang, daß die Eigenschaft des Ministers Rümelin als Bevollmächtigten des Generalgouverneurs bei den Werken aufgehoben ist.

Minister Rümelin gibt zu, daß die Angelegenheit ein Mißerfolg sei. Er übernehme die volle Verantwortung. Vor der damaligen Abschließung des Rahmenvertrages mit der Ostag habe er sich die Zustimmung von Staatssekretär Dr. Bühler geben lassen. Die beiden Sachverständigen, die Dr. Decker nach Prag geschickt habe, hätten sich ungeschickt benommen. Er habe alle Verhandlungen, die mit dieser Angelegenheit

zusammenhingen, in Tagesprotokollen seines Mitarbeiters Lehnardt gesammelt; in ihnen seien auch alle Äußerungen seitens Dr. Deckers und der beiden Sachverständigen, die von diesem nach Prag entsandt worden seien, enthalten; eine Abschrift werde er dem Herrn Generalgouverneur zusenden, damit man auch gegenüber dem Rechnungshof klar sehen könne, ob in dieser Sache etwas verkorkst worden sei oder nicht. Ob es mit der Ostag zu einem Vergleich oder zu einem Prozeß kommen werde, stehe noch aus.

Er habe schon erklärt, daß bei dieser Sache Verluste entstehen würden. Nun müsse man sehen, wie man die Verluste ausgleichen könnte, um zu positiven Ergebnissen zu kommen. Das wichtigste Problem sei eben, die Kohlenversorgung zur Aufrechterhaltung der Betriebe unter Anwendung aller Mittel sicherzustellen. Neuerdings liege ein Angebot der Firma Fiat-Turin vor, die etwa 20 Lastwagenzüge gegen Parafin liefern wolle. Letzteres sei bereitgestellt. Die abschliessenden Verhandlungen stünden aber noch aus. Wenn man zu den aus der Liquidation der Ostag übrig bleibenden Lastwagen diese Wagen bekommen könne, dann sei eine ausreichende Kohlenbelieferung sichergestellt. In Kressendorf habe man eine Laderampe geschaffen, und die Ostbahn habe eine bestimmte Anzahl Waggons für Kohlentransportzwecke zugesagt.

Die Werke hätten sich auch, um die eingetretene Stockung in der Kohlenversorgung zu beheben, mit der Firma Krauß - Krakau in Verbindung gesetzt, die ebenfalls Lastzüge zu Transportzwecken angeboten habe. In zweieinhalb Wochen seien auf diese Weise bereits 2 ooo t Kohle gefahren worden; dadurch habe man Niedomice mit Kohle versorgen können.

15.4.1942

Ein drittes Vorhaben stecke noch im Anfang. Der Kraftverkehr Bayern habe sich entschlossen, im Generalgouvernement den Speditions- und Fuhrverkehr aufzunehmen. Dem habe der Aufsichtsrat bereits zugestimmt, und er habe keine Erinnerung eingelegt, ein Aktienpaket der Kraftverkehr Bayern G.m.b.H. zu übernehmen. Auf diese Weise könne man anstelle der Ostag eine neue Gesellschaft für die Kohlentransporte für die Werke gewinnen.

Minister Rümelin bittet zum Schluß den Herrn Generalgouverneur, daß mit der Ostag-Angelegenheit keine Minderung seines Ansehens verbunden sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das Ansehen Rümelins dadurch nicht gelitten habe, was ja auch seine Ernennung zum Aufsichtsratvorsitzenden der Werke zeige. Man wolle nicht über diese Vorgänge zu Gericht sitzen. Es handle sich nur darum, über diese Angelegenheit, die eine Unruhe habe erzeugen müssen, ein einigermaßen klares Bild zu gewinnen. Er bitte nun die einzelnen Anwesenden um ihre Stellungnahme.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich weist auf die Tatsache hin, daß im Rahmen der Regierung zwei Ressorts an dem Komplex besonders interessiert seien, die Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilung Wirtschaft. Er sei in seiner Eigenschaft als Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft deswegen interessiert, weil er die Betriebe, die in den Werken arbeiteten, als einen Teil der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements betrachte. Die Kohlensorgen für diese Betriebe seien in erster Linie auch seine Sorgen, da ihm die Bewirtschaftungsstelle für Kohle unterstehe. Da die

15.4.1942

Werke das Kernstück der Wirtschaft des Generalgouvernements darstellte, müsse alles getan werden, um ihren Betrieb aufrecht zu erhalten.

Wenn die Dinge nicht so ganz richtig gelaufen seien, dann liege das daran, daß hier der eine oder andere Mann, der Minister Rümelin beraten habe, die Dinge etwas zu romantisch angesehen habe. Damals sei von einer Transportflotte der Landstraße gesprochen worden. Er sei bei der ganzen Sache nicht beteiligt worden. Bei einem Kohlenbedarf, wie ihn z.B. das Stickstoff-Werk Moscice habe, sei es unmöglich, alles von der Eisenbahn auf die Landstraße zu verlagern. Herr Dr. Jehne habe ihn lediglich über den abgeschlossenen Vertrag unterrichtet.

Er begrüße es selbstverständlich, wenn ein Betrieb neben der offiziellen Zuteilung auch an Selbsthilfewege denke, und er habe nichts einzuwenden, daß von den Werken des Generalgouvernements dafür Autos eingesetzt würden. Es erhebe sich aber die Frage, ob die Gründung einer besonderen Gesellschaft nötig sei. Er sei der Auffassung, daß die Werke des Generalgouvernements groß genug seien, um sich selbst Lastwagenzüge zuzulegen oder auf dem Wege der Pacht sich diese von Spediteuren des Reiches zu verschaffen. Er hätte es begrüßt, wenn die Überlegungen der Werke in dieser Richtung von Anfang an in einer grundlegenden Sitzung mit der Wirtschaftsverwaltung abgesprochen worden wären,und er nicht bruchstückweise von seinen Sachbearbeitern davon Kenntnis erhalten hätte.

Er sei der Auffassung, daß man die Bayrische Kraftverkehrs-G.m.b.H. nicht brauche; man solle die private Initiative fördern und auch mit Firmen des Reiches zusammenarbeiten. Es sei jedoch nicht nötig, daß ein Staatsunternehmen des Generalgouvernements

15.4.1942

wegen ein paar Lastzügen eine Gesellschaft ins Leben rufen und mit staatlichen Mitteln ausrüsten müsse. Er habe alles getan, um den Werken selbst die Anschaffung dieser Lastzüge zu ermöglichen. Die Wirtschaftsverwaltung importiere laufend Lastzüge, von denen man einen Teil an die Werke abgeben könne.

Das ganze Kohlenunternehmen halte er für verfehlt und von falschen Überlegungen ausgehend. Die Werke als solche könne man nicht mit einigen Lastzügen mit Kohle versorgen; sie müßten auf normalem Wege Kohlen zugeteilt erhalten.

Wenn er nun vom Speziellen zum Grundsätzlichen komme, so müsse er sagen, daß die Konstruktion, daß der Staat bestimmte Betriebe nicht in direkter Regie betreibt, sondern dafür staatliche Gesellschaften gründet, die richtige sei. In diesen solle ein Vorstand arbeiten, der getragen sei vom Vertrauen des Aufsichtsrates. Im Aufsichtsrat müßten die vom Herrn Generalgouverneur bezeichneten Vertreter der Regierung oder sonstige Persönlichkeiten sitzen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky bezeichnet die Summe des wahrscheinlichen Verlustes aus dem Prager Unternehmen als sehr hoch. Da müsse die Hauptabteilung Finanzen nervös werden. Er lege vom Standpunkt der Hauptabteilung Finanzen größten Wert darauf, daß die Abteilung Treuhandwesen die Voraussetzung schafft, daß die Betriebe wirklich Betriebe des Generalgouvernements, geführt von den Werken des Generalgouvernement werden, also in das Eigentum der Werke übergeführt werden. Seiner Ansicht nach müsse in dieser Richtung möglichst rasch Klarheit geschaffen werden, auch wenn das Problem äußerst kompliziert sei. Im anderen Falle könne man nicht von einer „Werke des Generalgouvernements A.G." sprechen, sondern nur von einer Treuhänder

A.G.

15.4.1942

A.G. des Generalgouvernements.

Auf den Organisationsentwurf von Minister Rümelin wolle er nicht eingehen, da er inzwischen wieder zurückgezogen sei.

Die Ostag-Angelegenheit erscheine ihm interessant; trotz Anerkennung jeglicher Initiative wäre die Gründung dieses Transportunternehmens überflüssig gewesen. An die Monopolverwaltung sei im Juli des vergangenen Jahres der Gedanke zur Gründung einer Transportgesellschaft ebenfalls herangetragen worden, den er aber abgelehnt habe. Als er die Monopolverwaltung übernommen habe, sei kein einziger Kraftwagen vorhanden gewesen. Er habe daraufhin laufend Lastwagen gekauft und eine eigene Transportabteilung innerhalb der Monopole eingerichtet. Dasselbe Vorgehen wäre auch für die Werke zweckmäßig gewesen.

Die Unklarheit in der Organisation hindere in der Zentrale jede gedeihliche Arbeit. Bei der Ostag-Gründung sollten von den Werken 3,2 Millionen bezahlt werden, da man monatliche Raten von 400 ooo Reichsmark als Bruttotransportentschädigung vereinbart habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Dr. Decker, daß nach der Überweisung von 100 ooo Zloty die nachfolgenden weiteren Zahlungen von ihm gesperrt worden seien. Nach dem Beschluß über die Übernahme des Wagenparks hätten die Werke 3,2 Mill. für die bisher von den Gründern aufgewandten Auslagen zu bezahlen. Die Auslagen der Gründer seien aber noch höher. An die Überweisung wolle er nicht heran. Man fordere nunmehr noch eine Leistung von 300 ooo Mark.

15.4.1942

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß die Überweisung dieser Summe nicht stattfinden dürfe.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky spricht die Meinung aus, daß sich an der ganzen Sache irgend jemand gesund gemacht habe. Er glaube, daß auch die Hauptabteilung Finanzen eine gewisse Schuld treffe. Wenn er von Minister Rümelin die Unterlagen erhalten habe, werde er den Herrn Generalgouverneur bitten, im Interesse der Sache einen objektiven Mann mit der Untersuchung zu betrauen. Es wäre ihm lieb, wenn der Herr Generalgouverneur eine Kommission einsetze, die feststelle, was sich da hinter den Kulissen abspiele. Die Nachforderung von 300 000 Mark werde selbstverständlich nicht bezahlt.

Von den verschiedensten Seiten würden ihm, vielleicht aus irgendwelchen Unklarheiten der Organisation heraus, Vorschläge wegen Gründung von privatstaatlichen Transportunternehmen für Zwecke des Kohlentransportes eingereicht. So plane man ein staatliches Lastautounternehmen des Distrikts Galizien. Vom Standpunkt der Förderung des Außenhandels die Transportfrage anzuschneiden halte er für verfehlt.

Die weitere Organisation der staatlichen Industrie müsse bald klare Richtlinien erhalten. Der weitere Ausbau der Ostenergie, die eine Gesamtversorgung des Generalgouvernements mit Energie herbeiführen solle, sei notwendig. Am kommenden Montag erfolge durch Ministerialdirigent Dr.Emmerich und ihn die Gründung der Weichselländischen Schiffahrts-A.G., wofür man ebenfalls Aktienkapital benötige.

Verfehlt sei es, unter so schwierigen Verhältnissen, wie sie hier bestünden, eine Mammutgesellschaft zu errichten. Man solle die einzelnen Betriebe

selbständig aufziehen; Sache der Regierung sei es, die notwendige Koordination herzustellen.

Bankdirigent Dr. Paersch wendet sich eingangs den Ausführungen Dr. Deckers über die Entwicklung der Werke zu. Richtig sei es gewesen, nach der ersten verhältnismäßig primitiv-dilettantistischen Anlaufszeit der alten Leitung Ordnung zu schaffen in persönlicher und sachlicher Beziehung. Auch er sei von der Notwendigkeit der Klärung der Eigentumsfrage überzeugt, um eine straffe Führung in verwaltungsmäßiger Beziehung zu ermöglichen.

Die Ostag-Angelegenheit sei ihm völlig neu; er erblicke darin den guten Willen von Minister Rümelin, in der Kohlenangelegenheit zu helfen, und die Schwierigkeit, kaufmännisch diesen Dingen beizukommen. Zu solchen Verhandlungen brauche man Sachkenntnis. Diese sollten von dem Mann, der dazu auf Grund seiner Vor- und Ausbildung berufen sei, dem Betriebsführer, geführt werden; dieser sei damals leider noch nicht vorhanden gewesen.

Die Frage der endgültigen Organisation habe er auch erst aus dem zurückgezogenen Entwurf erfahren. Auf gewissen Wirtschaftsgebieten müsse man den staatlichen Einfluß möglichst nach dem Grundsatz der Einheit und Zweckmäßigkeit geltend machen. Die einzige Bedingung sei, daß man zu Leistungen komme. Man dürfe nicht dahin arbeiten, nur ganz wenig Leute summarisch verantwortlich zu machen. Es müsse ein kleines Gremium eingesetzt werden, daß unabhängig von den einzelnen Aufsichtsräten und zuständigen Herren die Gesellschaften unter dem Gesichtspunkt der gleichmäßigen Steuerung in organisatorischer und leistungsmäßiger, also gesamtwirtschaftlicher Beziehung überwache.

15.4.1942

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates über den Ostag-Fall offiziell keine Kenntnis erhalten habe. Er habe das als Manko empfunden, es aber abgelehnt, sich in Dinge einzuschalten zu einem Zeitpunkt, in dem er habe annehmen müssen, daß die Angelegenheit bei Minister Rümelin und Dr. Decker in den richtigen Händen liege. Für seine Person müsse er darum jede Verantwortung ausdrücklich ablehnen.

Zu der grundsätzlichen Frage, die wesentlich wichtiger sei, nämlich der Schaffung einer nunmehr richtig funktionierenden Organisation der Werke des Generalgouvernements wolle er folgendes sagen:

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sei es so, daß die Betriebe, die für eine Aufnahme in die Werke des Generalgouvernements ausgesucht werden, aber fast durchweg unter Treuhandverwaltung stehen, den Werken des Generalgouvernements zur Bewirtschaftung zugewiesen würden. Für die damaligen Verhältnisse sei dieser fließende Begriff richtig gewesen. Nunmehr sei aber der Zeitpunkt gekommen, dieses Eigentumsverhältnis klar zu legen, damit man aus der jetzigen Bewirtschaftungsform in den eigentlichen Eigentumsbegriff hineinkomme. Um diese Angelegenheit möglichst zu beschleunigen und vorzubereiten habe er in seiner Abteilung ein besonderes Referat eingerichtet, das die Aufgabe habe, in lebendigem Konnex mit dem Vorstand der Werke zu stehen und die notwendigen Untersuchungen durchzuführen. Die Zusammenarbeit sei bis jetzt einigermaßen befriedigend gewesen. Er sei aber dafür, daß die Angelegenheit beschleunigt werden müsse, um nach Abschluß der notwendigen Durchleuchtung die Eigentumsfrage im Wege einer Verordnung

entsprechend zu regeln. Er werde alles tun, um die Überleitung in eine klare Eigentumssicht baldigst herzustellen.

Nach Klärung dieser Angelegenheit müßten für die eigentliche Arbeit der Werke und damit des Vorstandes unter weitgehender selbständiger Betätigung der aufgenommenen Werke durch ausgewählte Betriebsführer seitens des sogenannten Führungsstabes, der sich im Vorstand der Werke repräsentiere, gewisse grundsätzliche Ausrichtungen ausgesprochen werden. Im übrigen müsse die ganze letzte Verantwortung bei den einzelnen Werken liegen, damit in den einzelnen Werkbetrieben die Arbeit nach kaufmännischen Gesichtspunkten durchgeführt werden könne. Erst dann werde der Zeitpunkt kommen, an dem die Werke in eine produktive Arbeit eintreten könnten.

Generaldirektor Dr.Decker erklärt, daß er die gleichen Gedanken in seinem Bericht vom 11.April, den er dem Herrn Generalgouverneur übersandt habe, zum Ausdruck bringe. -Die hauptsächlichsten Gesichtspunkte liest er den Anwesenden vor.- Das Hauptgewicht lege er auf eine möglichst große Selbständigkeit der einzelnen Betriebe in finanziellen Angelegenheiten, während der Einfluß des Vorstandes der Werke in personeller Hinsicht möglichst groß sein müsse.

Minister Rümelin kommt auf den von ihm zurückgezogenen Organisationsentwurf zu sprechen. Er habe den Plan ausgearbeitet, weil ihm der Herr Generalgouverneur erklärt habe, daß die Werke zusammen bleiben sollten . Es gebe nur zwei Wege: entweder bilde man einen ~~Unter~~Konzern mit einer Oberverwaltung oder trenne die einzelnen Betriebe ab.

15.4.1942

Die Verhandlungen mit der Kraftverkehr Bayern-G.m.b.H. befänden sich erst im Stadium eines Angebots. Die Gegenseite werde sich an die Hauptabteilung Finanzen und an ihn wenden, so daß man jederzeit von einem Abschluß Abstand nehmen könne.

In allen besetzten Gebieten hätten sich die Transporte mit Lastkraftwagen entwickelt. Wenn man von dieser zusätzlichen Versorgung nicht Gebrauch mache, ließen sich Betriebsstillegungen nicht vermeiden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt als Ergebnis der Aussprache drei Aufträge:

1. Bildung eines Staatswirtschaftsausschusses unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr.Boepple, dem mindestens die Leiter der Hauptabteilungen Finanzen, Wirtschaft, Treuhandwesen und der Leiter der Emmissionsbank angehören sollen. Die Berufung weiterer Mitglieder wird in das Ermessen von Staatssekretär Dr.Boepple gestellt. Der Ausschuß hat die völlige Durchkonstruktion der Gesellschaften zu prüfen, an denen Staatskapital beteiligt ist. Desgleichen hat er die Staatliche Landwirtschafts- und Agrarbank in eine endgültige Form zu bringen.

2. Vorbereitung der Eigentumsfrage der Werke unter Federführung von Ministerialrat Plodeck. Grundsätzlich sollen Treuhand A.G. mit staatlichen Mitteln nicht mehr gegründet werden, ohne daß vorher die Eigentumsfrage geklärt wird. Neue Betriebe sollen vorerst in die Werke nicht mehr eingegliedert werden, sondern der Ausbau der jetzigen Betriebe angestrebt werden.

15.4.1942

3. Untersuchung der Ostag-Angelegenheit durch Staatssekretär Dr. Boepple im Benehmen mit Ministerialrat Dr.Wille von der Hauptabteilung Justiz. Weitere Zahlungen sollen nicht mehr geleistet werden. Es besteht darüber Übereinstimmung, daß die Schuld auf der Gegenseite liegt. Die Angelegenheit muß schnell und großzügig erledigt werden.

--

15^{10} Besprechung mit Staatssekeretär Dr. Boepple, Ministerialdirigent Dr. Emmerich, Finanzpräsident Dr. Senkowsky, Hauptabteilungsleiter Naumann, Präsiden Dr. Frauendorfer, Bankdirigent Dr.Paersch und Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann.

Der erste Punkt der Besprechung, die Erörterung von Vorschlägen zur Verbesserung der Preisregelung im Generalgouvernement wird vom Herrn Generalgouverneur zurückgestellt, bis der abschließende Bericht von Dr. Schulte-Wissermann vorgelegt werden kann.

Zum nächsten Punkt, der Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, nimmt der Geschäftsführende Hauptabteilungsleiter Naumann das Wort zu eingehenden Darlegungen und Begründungen. Als im vergangenen Jahr kurz vor der Ernte die Getreidepreise festgesetzt werden mußten und von der Ernährung und Landwirtschaft eine gewisse Erhöhung gefordert wurde, sei dieses abgelehnt worden mit dem Hinweis, daß man mit Subventionen die Preisschere etwas schließen wolle. Im Januar habe die Hauptabteilung Finanzen erklärt, daß man Subventionen nicht gewähren könne. Die Höhe der Subventionen habe man vorher im Benehmen mit dem Amt für Preisbildung errechnet. Um nun bei dem Fehlen von ausreichenden Produktionsmitteln die mensch-

liche Arbeitskraft des polnischen Panje hundertprozentig zu mobilisieren, wolle die Hauptabteilung den Weg der Preiserhöhung für verschiedene Produkte einschlagen. Man habe im Laufe des Winters einen ausgedehnten Apparat von geschulten polnischen Agronomen aufgebaut, die von der deutschen Verwaltung ihre Richtlinien erhielten. Man weise sie darauf hin, daß es auf eine möglichst gewissenhafte und ordentliche Bestellung der Felder ankomme, um dadurch den Ausfall von Produktionsmitteln wett zu machen. Die Erträge der kommenden Ernte müßten mindestens auf dem Stand des Vorjahres gehalten werden.

An Subventionen seien von der Hauptabteilung 230 Millionen errechnet worden, die dann das Amt für Preisbildung auf 70 Millionen zurückgeschraubt habe. Vom Standpunkt der Hauptabteilung müsse wohl eine Subventionierung abgelehnt werden, man wolle jedoch vielmehr erreichen, daß der Bauer solche Preise für seine Erzeugnisse erhalte, um damit die benötigten Produktionsmittel einkaufen zu können.

Auch in Deutschland werde die bisher eingehaltene Linie verlassen und zu Preiserhöhungen geschritten. So betrage z.B. bei Kartoffeln die Erhöhung 0,75 Rm je Doppelzentner; bei Frühjahrskartoffeln werde der Preis sogar von RM 6.- auf RM 10.- je Doppelzentner heraufgesetzt.

Nach dem negativen Verlauf der Verhandlungen über die Gewährung von Subventionen habe die Hauptabteilung am 5.März Preisvorschläge für die neue Ernte dem Amt für Preisbildung eingereicht. Die vorgesehene Erhöhung betrage je Doppelzentner bei Roggen 5 Zloty, bei Weizen 2 Zloty, bei Hafer 3 Zloty, bei Raps 10 Zl., bei Kartoffeln 3 Zl., bei Zuckerrüben 1.25 Zl., bei Milch 7 Gr. je Kilogramm. Man sei davon ausgegangen,

daß es keinen Zweck habe, wenn man nur einige Produkte im Preis erhöhe, da dadurch eine unangenehme Anbauverlagerung eintrete. Eine gesunde Preisrelation zwischen den einzelnen Produkten müsse immer vorhanden sein. Auf die Erhöhung von Viehpreisen würde man vielleicht verzichten können selbstverständlich unter der Gefahr, daß die Produktion erheblich geringer werde, da dann möglichst Getreide und Kartoffeln erzeugt würden und von einer Schweinemast Abstand genommen werde. Zu den Gegenargumenten, daß eine geringe Preiserhöhung von 10 bis 15 % wie die vorgeschlagene keinen Eindruck bei den polnischen Panjes mache, könne er gegenteilige Beweise anführen. So erzielten drei Molkereien im Krakauer Distrikt, die aus bestimmten Gründen verschieden hohe Preise für die abgelieferte Milch bezahlten, mengen-und qualitätsmäßig bessere Erträge, je höher die gezahlten Preise seien. Seiner Ansicht nach sei die wenigstens teilweise Gewährung der geforderten Preiserhöhungen nötig, um die heutige Produktion zu halten.

Oberregierungsrat Schulte-Wissermann ist davon überzeugt, daß es sich nicht um die Erhöhung einzelner Erzeugnisse handle, sondern um eine Preiserhöhung auf weiter Front; denn es würden sich sofort Störungen auf Nachbargebieten einstellen. Ferner müsse er darauf hinweisen, daß es sich um recht beträchtliche Preiserhöhungen handle; es seien viele Produkte dabei, für die eine Erhöhung gefordert werde, die weit über 10 % hinausgingen, z.B. bei Kartoffeln.

Im Generalgouvernement bzw. im früheren Polen habe die landwirtschaftliche Erzeugung mehr als 60 % der gesamten Erzeugung betragen. Seit Kriegsbeginn

habe sich dieses Verhältnis zugunsten der landwirtschaftlichen Erzeugung verändert. Der Antrag bedeute, daß für vier Fünftel aller hiesigen Erzeugnisse eine weit über 10 % hinausgehende Preiserhöhung beantragt werde; das gebe zu allergrößten Bedenken Anlaß. Bei Eintritt einer derartigen Preiserhöhung würden die Löhne noch viel weniger auf ihrem Stand zu halten sein als bisher.

Weiter müsse er darauf hinweisen, daß man im Generalgouvernement mit den Maßnahmen auf dem Preisgebiet nicht unabhängig sei, sondern auf die allgemeinen Verhältnisse im Reich und in Europa Rücksicht nehmen müsse. Im Reich stünde man noch, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, bei den Verhältnissen zu Beginn des Preisstops. Auswirkungen, die aus den Nachbarländern kämen, würden daher auf die Lage im Reich auf diesem Gebiet großen Einfluß ausüben; denn das Reich müsse viele Aufträge in die Nachbargebiete verlagern und sei daher gezwungen, sich auf die Verhältnisse in diesen Gebieten zu stützen. Der Führer habe eine Entscheidung getroffen des Inhalts, daß alle Preiserhöhungen unerwünscht seien und alle Ausnahmeanträge von ihm persönlich entschieden werden müßten.

Auf der anderen Seite könne man nicht voraussagen, ob die Landwirtschaft in der Lage sei, die ihr auf diese Art und Weise zur Verfügung gestellte Hilfe (Geldscheine) so ansetzen zu können, daß die erwartete Produktionssteigerung eintreten könne. Infolge der außerordentlichen Verknappung auf dem Rohstoffmarkt sei die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte sehr schwierig. Das Geld würde dem Bauern nichts nützen, da er dafür weder Maschinen noch Saatgut kaufen könne. Daraus ergebe sich auch der

große

15.4.1942

Unterschied zwischen den von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft beantragten 230 Millionen und den vom Amt für Preisbildung für nötig erachteten 70 Millionen.

Er halte nach wie vor den Weg der Subventionen in dem Rahmen, in dem es die technischen und allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse und Rohstoffvorkommen erlauben würden, für den richtigen. Dadurch werde die Landwirtschaft gezwungen, die Mittel, die der Staat dafür zur Verfügung stelle, auch wirklich dafür einzusetzen, während bei Preiserhöhungen es dem Bauern überlassen bleibe, mit dem Mehr an finanziellen Mitteln sich Produktionsmittel zu beschaffen oder das Geld für Zwecke zu verwenden, die nicht im Interesse der deutschen Staatsführung in diesem Gebiet lägen. Er sei der Ansicht, daß gerade das neue Steuerprogramm durch Preiserhöhungen auf so breiter Grundlage an Wert verlieren würde.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich geht in seinen Ausführungen von der oft genannten Preisschere aus. Im Generalgouvernement gebe es verschiedene Preisscheren. Die Bedarfsdeckung für jeden Polen sei in einen offiziellen und inoffiziellen Sektor aufgespalten. Die Verwaltung versuche, aus dem offiziellen Preissektor Brot und Kartoffeln bereit zu stellen, während die Zuteilungen an Fett und Fleisch so gering seien, daß die Polen ihren Bedarf aus dem inoffiziellen Sektor decken müßten. Man könne also nicht von einem einheitlichen Preisverbund sprechen in dem Sinne, daß jede Preiserhöhung die gleichen Wirkungen zeige. Die allgemeine Währungspolitik müsse davon ausgehen, daß die Rechnungseinheit Zloty, von der sich die Werteinheit entfernt habe, durch gewisse Widerstandsnester

untermauert werde. Als solche sehe er die Preise für Brot, Kartoffeln, Miete, Straßenbahn usw. an. Die Verteidigung dieser Widerstandsnester sei ein politisches Erfordernis. Statt Preiserhöhungen durchzuführen, sei es besser, für diese Waren einen Staatszuschuß zu geben, den ja die Landwirtschaftliche Zentralstelle ausgleichen könne. Preiserhöhungen bei Brot und Kartoffeln träfen den Arbeiter viel empfindlicher als solche bei Zucker, Fleisch und Fett, wo er an für sich weitgehend auf den schwarzen Markt an/gewiesen sei. Bei den ganzen Überlegungen dürfe man nicht von Ressorteinstellungen ausgehen, sondern müsse sie in ein Gesamtkonzept hineinstellen.

Zur Sicherung der Wirtschaftsführung sei die restlose Ernteerfassung unbedingt nötig. Er halte es für richtig, daß man dabei mit verschärften Mitteln vorgehe und daß gegebenenfalls die Abmeierung der Bauern eine allgemeine verordnungsmäßige Grundlage finde; die Bauern müßten sich darüber klar sein, daß bei Nichtparieren ihr Eigentum gefährdet sei. Daneben müsse man auch die anderen Mittel wie Textilien, Gebrauchsgegenstände und Genußmittel zum Einsatz bringen. Weiter könne man auch die Legalisierung des Schleichhandels in Erwägung ziehen: Wareneinkauf auf dem freien Markt, diese subventionieren und legal verkaufen. Dadurch würden viele Energien, die bisher die Versorgung der Familie beanspruche, frei.

Präsident Dr. Frauendorfer erklärt vom Standpunkt der Hauptabteilung Arbeit, daß es in erster Linie darauf ankomme, das hiesige Gebiet mit allen seinen Möglichkeiten im Interesse des Reiches und im eigenen Interesse funktionsfähig zu erhalten. Die Löhne seien

in weit größerem Umfang auf dem Stand vom Jahre 1939 gehalten worden, als das allgemein angenommen werde, während das bei den Preisen nicht der Fall sei. Der gegen Lohn Beschäftigte sei das Opfer dieser Entwicklung. Im Generalgouvernement werde der weitaus größte Teil des Lohnes zum Einkauf von Lebensmitteln verwandt. Im Reich sei das nicht der Fall.

Wenn man im Reich für Frühjahrskartoffeln die Erhöhung von 6 auf 10 Mark je Doppelzentner durchführe, dann sei das berechtigt; denn die Landwirtschaft sei dort bis zum letzten angespannt. Im Generalgouvernement wären aber in den Kleinbetrieben, die 80 % der gesamten Landwirtschaft ausmachten, noch ungeheure Arbeitsreserven vorhanden. Der Gesichtspunkt, daß man die Leute zu einer letzten Kraftanstrengung anreizen müsse, falle weg.

Eine Lohnerhöhung im Generalgouvernement begegne schwersten Bedenken. Man sei jetzt im Generalgouvernement auf einer Lohnhöhe von 80 bis 85 % der Lohnhöhe des Reiches, und man könne unter keinen Umständen über die Reichshöhe hinweggehen; ein sichtbares Lohngefälle zwischen dem Reich und den besetzten Gebieten müsse aufrecht erhalten werden.

Scheinbar messe man im Generalgouvernement dem Geld einen Wert zu, der ihm in der heutigen Zeit nicht mehr zukomme. Man laufe manchmal etwas Gefahr, uralte Rezepte wie Steuer- und Preiserhöhungen anzuwenden, die zu Ergebnissen führen, die um jeden Preis vermieden werden müßten. Um die Schwierigkeiten zu beseitigen, gäbe es nur eine Möglichkeit: Lösung der Versorgungsfrage auf ganz breiter Basis. Der Kreis der Versorgungs- und Bezugsberechtigten für die Karten A und B müsse erweitert und alle schaffenden Menschen

in einem solchen Maß in die Versorgung einbezogen werden, daß sie exzistieren könnten. In diesem Falle benötige man keine Lohnerhöhungen. Das Geld habe wenig Reiz, wenn die Leute richtig versorgt würden. Der Bestand sei zweifellos vorhanden; er müsse aber auf alle in unserem Interesse wichtigen Leute verteilt werden.

Bankdirigent Paersch ist davon überzeugt, daß eine allgemeine Preiserhöhung auf breiter Basis gegenwärtig nicht notwendig sei; nur für das wichtigste Produkt, den Roggen, sei eine solche zu wünschen, vielleicht aber ließe sie sich durch Gewährung von Druschprämien umgehen.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky erklärt, daß die Hauptabteilung Finanzen die ursprünglich geforderte Subvention von 230 Millionen restlos ablehnen müsse. Die allgemeinen Wirtschaftserwägungen sprächen dagegen.

Die Frage der Handelsspannen sei vielfach überprüfungsbedürftig, da heute gerade in der Maschinenindustrie eine Werbung im früheren Ausmaß nicht notwendig sei. Dadurch werde man eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktionskosten erreichen können.

Das Kernproblem sei immer wieder die Ernteerfassung. Produktionssteigernd wirke sich seiner Ansicht nach der Umstand aus, daß die Bauern nach Erfüllung ihres Ablieferungssolls die Möglichkeit hätten, wesentlich höhere Preise im Schleichhandel zu erzielen. Durch Preiserhöhungen könne man eine Produktionssteigerung nicht herbeiführen. Man solle dem Bauern jetzt schon sagen, daß er für abgelieferte Ernteerträge im

15.4.1942

Herbst die und die Prämien bekomme. Die Ernährung und Landwirtschaft kalkuliere immer ohne Prämienwaren oder mit den offiziellen Preisen. Das tue der Bauer nicht; er rechne den Wert der Prämien in Geldeswert um. Jetzt sei das wichtigste, dem Bauern durch Bekanntgabe der Einlösebedingungen der Ernte einen Anreiz zur Erzeugungssteigerung zu geben.

Abteilungsleiter Naumann weist darauf hin, daß die Ernteerfassung von Jahr zu Jahr prozentual hätte gesteigert werden können. Allein die kleine Brotgetreideerhöhung im vergangenen Jahr habe 75ooo t mehr eingebracht. Diese Menge sei die Grundlage für größere Zuteilungen gewesen, so daß der Einzelne weniger Nahrungsmittel im Schleichhandel hätte kaufen müssen. Man müsse daraufhin arbeiten, diese Entwicklung weiter zu fördern. Was die Ernteerfassungsverschärfung betreffe, so müsse er erklären, daß man allein im vergangenen Jahr 78oo Panjes abgemeiert habe; weitere looo würden folgen. Diese Methode müsse durchgeführt werden, um überhaupt zu dem bisherigen Erfolg zu kommen. Die Hauptabteilung habe z.B. ein ganzes Dorf beschlagnahmt. Schärfer könne man nicht eingreifen, wenn man nicht die ganze Produktion zerschlagen wolle.

Wenn man den Wert des für eine Tonne abgelieferter Kartoffeln verteilten Schnapses, der im Schleichhandel erzielt werde, mit 670 Zloty angebe, so müsse man berücksichtigen, daß der Panje für ein Hufeisen im Schleichhandel 70 Zloty anlegen müsse. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft erhalte zirka 6ooo t Eisen zugeteilt. Dieses Kontingent müsse von ihr an die notwendigsten Bauten, zur Erstellung landwirtschaftlicher Maschinen und für die Produktion von Hufeisen zur Verfügung gestellt werden. Da die Er-

richtung von Getreidelagerräumen, die in Erwartung der kommenden schlechten Verkehrslage vordringlich sei, große Mengen verschlinge, könne man nicht genügend Hufeisen produzieren, so daß der Panje auf den Schleichhandel angewiesen sei.

Es sei also klar erkenntlich, daß man einen Preisanreiz schaffen müsse, wenn man das Ziel einer Produktionssteigernng erreichen wolle. Man müsse die Landwirtschaft unter allen Umständen produktionsfähig erhalten, denn im anderen Falle werde die Produktion immer schlechter.

Bei Gesprächen mit Betriebsführern stelle sich immer wieder heraus, daß keine Lohnschwierigkeiten bestünden, wenn man den Arbeitern mehr Lebensmittel liefern könne. Das Zurverfügungstehen von Lebensmitteln für eine umfangreichere Verteilung könne also die Lohnfrage lösen. Die Landwirtschaft bilde also die Grundlage. Er sei überzeugt, daß nach Gewährung der angeforderten bescheidenen Preiserhöhungen eine größere Produktion und Erfassung zu erzielen sei.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Besprechungen zusammen und stellt fest, daß Argumente und Gegenargumente sich die Waage hielten. Mit den Ausführungen der einzelnen Abteilungsleiter, die sich gegen eine Preiserhöhung ausgesprochen hätten und die Folgen wohl zu schwarz sähen, könne er grundsätzlich nicht ganz einverstanden sein. Er neige vielmehr dazu, eine diesbezügliche Verordnung zu unterzeichnen, bitte aber die Anwesenden, den ganzen Fragenkomplex einer nochmaligen genauen Erörterung zu unterziehen. Für diese Besprechungen gibt der Herr Generalgouverneur noch einige Anregungen.

15.4.1942

17[05] Besprechung mit Bankdirigent Dr.Paersch

17[10] Besprechung mit Ministerialdirigent Dr. Emmerich

Dr. Emmerich übergibt dem Herrn Generalgouverneur eine

Streckenbelastungs-Karte und einen Bericht

über die Kohlenversorgungslage im Generalgouvernement.

17[20] Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Fritsch - Berlin in Anwesenheit von Oberst Fischer und Bankdirigent Dr.Paersch.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Donnerstag, den 16.April 1942

10^{25} Besprechung mit Pressechef Gassner

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Pressechef Gassner, mit Kammergerichtsrat Dr.Keith, Präsident Ohlenbusch und SA-Oberführer Peltz die Vorbereitungen für die zum 20.April in Aussicht genommenen Veranstaltungen zu besprechen. Ferner gibt der Herr Generalgouverneur dem Pressechef Gassner Anweisungen für die pressemäßige Behandlung der Rede, die der Herr Generalgouverneur am 17.April 1942 anläßlich der Amtseinführung des Gouverneurs Dr. Wendler halten wird.

10^{25} Besprechung mit Geschäftsführendem Hauptabteilungsleiter Naumann in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Staatssekretär Dr. Boepple legt dem Herrn Generalgouverneur ein Fernschreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan und Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Sauckel betreffend Aufbietung von Arbeitskräften im Generalgouvernement vor.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung nachstehenden Fernschreibens an Gauleiter Sauckel:

Ich danke Ihnen sehr für Ihr Fernschreiben, in welchem Sie anerkennen, daß das Generalgouvernement wirklich alles tut, um dem Arbeitseinsatz im Reich zu dienen. Ich bin stolz darauf, dem Führer gegenüber die Feststellung treffen zu können, daß das Generalgouvernement an der Spitze aller Gebiete steht, was sowohl der relativen wie der absoluten Zahl nach die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich angeht. Ich habe seit jeher die Meinung vertreten, daß wir dazu verpflichtet sind. Diese Verpflichtung wird auch entschieden von allen Dienststellen des Generalgouvernements eingehalten, wovon Sie sich hoffentlich bald durch

einen persönlichen Besuch, zu dem ich Sie herzlich einlade, werden überzeugen können. Lediglich die Frage der Behandlung der von hier ins Reich abgestellten Arbeiter bietet eine unausgesetzte Hemmung für die jetzt doch im Vordergrunde stehende zahlenmäßige Forderung. Darüber hätte ich gern mit Ihnen hier an Ort und Stelle gesprochen.

Ich sehe mit größtem Interesse Ihrem baldigen Besuch entgegen. Für Ihre große verantwortungsreiche Arbeit wünsche ich Ihnen in alter kameradschaftlicher Verbundenheit alles Beste.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann berichtet sodann über die infolge Auswinterung der Saaten entstandenen Schäden. Wenn diese Schäden auch im Generalgouvernement nicht so groß seien, wie im Deutschen Reich, so beliefen sie sich immerhin doch auf 15 bis 20 %.

Entsprechend einem von General Schell geäußerten Wunsche solle im Distrikt Galizien eine Fläche von 5000 Hektar mit Koxagys, einer Kautschukpflanze, bestellt werden. Von seiten der Liegenschaftsverwaltung sei beabsichtigt, 20 Betriebe in eine große Koxagys-Farm zu verwandeln. Diese Anpflanzung von Koxagys werde zur Folge haben, daß je Hektar 10 Doppelzentner Getreide, insgesamt 50 - bis 60 000 Doppelzentner dem Generalgouvernement verlorengingen. Einen direkten Vorteil werde man von der Anpflanzung dieser Gummipflanze nicht haben, doch sollten 75 Traktoren und einige Lastautos dafür dem Generalgouvernement, was transportmäßig nicht zu unterschätzen sei.

16.4.1942

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann wirft weiter die Frage auf, wann der Ehtwurf einer Verordnung über den Dienst am Pferde verabschiedet werden könne.

Der Herr Generalgouverneur hat den Entwurf noch nicht unterzeichnet, weil die Wehrmacht bei dieser Frage eingeschaltet sein wolle. Dieses Interesse der Wehrmacht sei verständlich. Sein Plan sei nun, einen Ausschuß für die Pferdezucht zu bilden, dessen Vorsitzender Abteilungsleiter Naumann sein und in dem auch die Wehrmacht vertreten sein müßte. Das Generalgouvernement brauche unbedingt eine Pferdezuchtbehörde.

Hauptabteilungsleiter Naumann weist demgegenüber darauf hin, daß es sich bei dem Verordnungsentwurf um die Schaffung einer obersten Rennbehörde handle, von der die Vollblutzucht betreut werde. Daneben solle auch die breite Landespferdezucht Berücksichtigung finden. Die Gestüte würden zur Zeit von Oberlandstallmeister Ramm betreut, der im Dienste der Wehrmacht stehe. Von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei übrigens die Errichtung eines Lippizaner-Hauptgestüts geplant. Er habe sich dieserhalb bereits mit dem ungarischen Oberst Tibor von Sandor in Verbindung gesetzt, dem die ungarische Pferdezucht unterstehe. Die Ungarn seien vielleicht noch im Besitze von 130 Stuten und 25 Hengsten. Die ersten 7 Hengste von den 20, die man kaufen wolle, befänden sich bereits auf dem Transport von Budapest nach dem Generalgouvernement.

16.4.1942

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann nimmt zu der Erklärung Stellung, die der Abteilungsleiter Klaus angeblich in Lublin über den Ausbau des Distrikts Lublin zu einem Saatgut-Distrikt abgegeben haben soll. Nach seinen Ermittlungen habe Dr. Klaus lediglich gesagt, daß im Distrikt Lublin Saatgut angebaut werden müsse, damit der Bedarf des Generalgouvernements gedeckt werden könne. Als Fernziel habe er auch wohl die Belieferung des weiteren Ostens mit Saatgut hingestellt. In einem an die Presse gegebenen Bericht seien offenbar nur einige Sätze aus den Ausführungen des Dr.Klaus herausgenommen worden, und so sei ein falsches Bild entstanden.

Der Stadthauptmann von Lemberg beantrage unter Berufung auf eine Anordnung des Generalgouvernements, daß der Stadt ihre früheren Güter wiedergegeben werden möchten. Bisher habe man keiner Stadt, auch nicht der Stadt Warschau, solche Stadtgüter wieder zur Verfügung gestellt, und zwar im Interesse einer einheitlichen Ausrichtung dieser Betriebe. Es handele sich bei diesen Gütern der Stadt Lemberg um eine Fläche von 800 Hektar.

Der Herr Generalgouverneur kann die ablehnende Haltung der Landwirtschaftsverwaltung nicht billigen. Im Reiche ständen Großstädten wie Berlin, München, Dresden und anderen auch große Stadtgüter zur Verfügung. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei überdies jeder Zeit in der Lage, die Wirtschaft in solchen Stadtgütern zu kontrollieren. Auch könne es nicht Aufgabe einer großen Verwaltung sein, sich um die Einzelheiten kleinerer Betriebe zu kümmern. Er sehe also keine Bedenken, der Stadt Lemberg die Güter wieder zurückzugeben, um so weniger,

als man den großen Städten die Eigenversorgung nicht vorenthalten dürfe. Außerdem sei ja auch eine gewisse Garantie dadurch gegeben, daß der Stadthauptmann persönlich verpflichtet werde, sich streng an die allgemeinen Vorschriften über die Bestellung der Felder usw. zu halten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zur Frage der Ziarno-Bäckerei und-Mühlenbetriebe Stellung genommen. Angesichts der zahlreichen Klagen über die schlechte Brotqualität in Krakau sei, so führt geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann aus, die Frage erörtert worden, ob diese Betriebe in staatliche Regie übernommen werden könnten. Zu bedenken sei auch, daß ein Kapital von etwa 5oo OOO Zloty in diesen Betrieben investiert werden müßte. - Für eine Verbesserung der Brotqualität besonders in Krakau werde demnächst durch eine 10 %ige Beimischung von Weizenmehl Sorge getragen werden. Im übrigen herrsche jetzt auch im Reich die Tendenz vor, die großen Bäckereibetriebe zu entprivatisieren. Deshalb sei es die Absicht der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gewesen, den Staatsgetreide- und -Industriewerken solche Großbetriebe zu übertragen, auch um damit zu dokumentieren, daß eine Staatsgesellschaft eher in der Lage sei, ein qualitativ besseres Brot herzustellen. Mit der Einsetzung des Wiener-Großbäckermeisters Langenecker als Betriebsführer der Ziarno-Bäckerei könne sich die Hauptabteilung einverstanden erklären. Ihm würde dann als Pächter ein verloreher Zuschuß gegeben werden können; später könnte Langenecker gegebenenfalls als Direktor eines Monopol-Betriebes der Brotfabrikation Verwendung finden.

16.4.1942

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er grundsätzlich Anhänger eines Großbäckerei-Monopols sei. Dem stehe aber nicht entgegen, daß zunächst einmal Langenecker die Betriebsführung der Ziarno-Bäkkerei übernehme. Auch die von Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr kürzlich angeregte Berufung des Bäckermeisters Dietrich aus Breslau könne durchaus erfolgen, da dieser z.B. in Warschau ein befriedigendes Arbeitsfeld finden würde. So lange noch kein Brot-Monopol bestehe, werde eine gesunde Konkurrenz nur von Nutzen sein.

Der Herr Generalgouverneur kündigt an, daß er demnächst in Gemeinschaft mit den beteiligten Instanzen unter Zuziehung des Großbäckermeisters Langenecker eine Besichtigung der Ziarno-Bäckerei vornehmen werde.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann kommt sodann auf die Ausbeutung der Galizischen Kaligruben zu sprechen. Sie seien seinerzeit der Generaldirektion der Monopole übertragen worden. Die Generaldirektion der Monopole habe sich große Mühe gegeben, die Gruben sofort wieder in Gang zu bringen, sei auch auf die von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gestellten Bedingungen mit Rücksicht darauf eingegangen, daß die Landwirtschaft der ausschließliche Abnehmer des Kali sei. Schwierigkeiten bereite leider immer noch der Abtransport der Kalisalze.

Abteilungsleiter Naumann weist ferner auf die Bedeutung der Pferderennen in Lublin und Lemberg hin. Man hoffe, ebenso wie in Lublin so auch in Lemberg auf einen guten Erfolg der Veranstaltung solcher Pferderennen. Die Rennbahn in Lemberg sei in guter Ordnung und besser als diejenige in Lublin. Er bitte

16.4.1942

den Herrn Generalgouverneur, neben den von der Hauptabteilung ausgesetzten Geldpreisen von je 25ooo Zloty zwei Ehrenpreise zu stiften.

Der Herr Generalgouverneur weist Abteilungsleiter Naumann, an diese Frage mit Kammergerichtsrat Dr. Keith zu besprechen.

Der Herr Generalgouverneur teilt Hauptabteilungsleiter Naumann mit, daß er als Mitglied in den neu gegründeten Staatswirtschaftsausschuß berufen sei.

Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann, mit Landesbauernführer Körner über die Übergabe seines Amtes an ihn Verhandlungen zu führen. Im Zusammenhang damit verfügt der Herr Generalgouverneur, daß dem bisherigen Geschäftsführenden Hauptabteilungsleiter Naumann mit Wirkung vom 1.April 1942 die Stelle des Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft übertragen wird.

11^{30} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Oberlandesgerichtsrat Dr.Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Lohnsteuer
2. einer Verordnung über die Erhebung eines Kriegszuschlages zur Einwohnerabgabe
3. einer Verordnung über die Erhebung eines Kriegszuschlages zur Grundsteuer
4. einer Verordnung über das Schuldrecht im Distrikt Galizien
5. eines Erlasses über die Überführung der Wehrschützenbereitschaften in SA-Bereitschaften

vor. Die Entwürfe werden vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet.

16.4.1942

Ein Verordnungsentwurf über den Dienst am Pferde wird zurückgestellt

12^{40} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den General der Flieger Waber in Anwesenheit des Majors von Dazur und des Kammergerichtsrat Dr.Keith.

13^{10} F r ü h s t ü c k

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Freitag, den 17.April 1942

12^{00} Feierliche Einführung des bisherigen Stadthauptmanns Dr. Wendler in das Amt des Gouverneurs des Distrikts Krakau.

Der Amtseinführung wohnen bei: Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Wolsegger, SS- und Polizeiführer Schöngarth, Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner, Hauptabschnittsleiter Stahl, Kammergerichtsrat Dr. Keith, Stadthauptmann Pavlu, Hauptschriftleiter Stöppler, die Abteilungsleiter und Kreishauptleute des Distrikts Krakau.

Nach Überreichung der Bestallungsurkunde ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur! Meine Herren Kreishauptmänner und Mitarbeiter des Distrikts Krakau! Ich möchte den Anlaß der Amtseinführung des neuen Gouverneurs Dr. Wendler, diesen bedeutsamen Akt, der dem Distrikt Krakau des Generalgouvernements einen neuen Chef gibt, dazu benutzen, um Ihnen, den Mitarbeitern und Beratern des Distriktsamts Krakau, meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Ich gedenke in diesem Augenblick auch Ihres Amtsvorgängers, des Gouverneurs Dr.Wächter, der in wirklich hervorragender und vorbildlicher Weise seine ihm gestellte schwere Aufgabe erfüllt hat.

Ich habe dieses Generalgouvernement aus der Gründungsform des Gebildes der besetzten polnischen Gebiete zu dem entwickelt, was es heute geworden ist, zu einem Nebenland des Deutschen Reiches mit absolut eigener Regierungs- und Verwaltungsform und eigenen Hoheiten auf allen Gebieten, auf denen im Reiche Zentralinstanzen tätig sind. Wir können gemeinsam mit

17.4.1942

Stolz auf dieses Werk schauen. Jeder Versuch, diese unsere Gemeinschaftsarbeit unter Hinweis auf einzelne Versager, die für das große Ganze der Tausende bester und bewährter Männer in diesem Raum keinerlei Rolle spielen, verdunkeln zu wollen, wird angesichts der hervorragenden Arbeit unserer Beamten für die große weltpolitische Lage unseres Reiches immer zum Scheitern verurteilt sein. Wir haben hier aus dem Nichts, aus Chaos, aus Schmutz, aus Zusammenbruch, aus Krankheiten und Seuchen, aus kriegerischem Rauch und Dampf, aus Verwüstung und Zerrottung, aus Mord und Totschlag wieder ein Gebilde erstehen lassen, wie es an dieser Stelle überhaupt noch nie vorhanden war. Noch niemals ist dieser Weichselraum so selbstsicher, so klar, so hart, aber auch so gerecht regiert worden, dank der deutschen Tüchtigkeit und unseres rassischen Vorranges.

Ich möchte Ihnen mit allem Nachdruck sagen, daß der methodische Sinn auch Ihres Arbeitens der ist, diese Einheit des Arbeitseinsatzes in unserem Raum auch in Ihrer Instanz unbedingt durchzuhalten. Der Führer hat hier einen Repräsentanten eingesetzt, es ist der Generalgouverneur. In ihm laufen alle Funktionen, alle Hoheiten, die im Reich bei der Reichsregierung oder den obersten Reichszentralen liegen, zusammen. Daran hat sich nichts geändert. Der Generalgouverneur ist nach wie vor ausschließlich und allein nur dem Führer verantwortlich. Neben dem Generalgouverneur steht unter der Führung des Staatssekretärs als seines Vertreters die Regierung des Generalgouvernements. Diese Einheit setzt sich auch in der zweiten Linie fort: der Gouverneur ist wiederum der Vertreter des Generalgouverneurs im Distrikt, und neben ihm steht das Distriktsamt, sozusagen die Distriktsregierung. Im dritten Blickpunkt stehen die Kreishauptmänner auf wichtigen vorgeschobenen Posten, neben ihnen die

17.4.1942

Kreisämter oder Ämter der Kreishauptmänner, und unter ihnen bewegt sich nun über die Woids, die Vögte, hinweg das Volk.

Dieser klare und eindeutige Aufbau ist für uns umso wichtiger, weil es hier nicht wie im Reich jene untragbaren Überschneidungen von Zuständigkeiten geben darf. Bei uns sind alle Energien bewußt ausgerichtet, sie liegen in fester Hand. Was wir hier aufbauen, ist kein Schattenspuk, kein Privattheater, sondern es stellt eine der härtesten, geradezu mit soldatischer Tugenden zu erfüllende Aufgabe dar. Freilich, wir stehen hier nicht in dem Sinne an der Front, daß wir mit der Waffe in der Hand unmittelbar den Sowjetbanditen ins Auge schauen müßten. Aber doch stehen wir auch wieder an der Front, wir, ein Häuflein deutscher Menschen im Raume einer Millionenschar von haßerfüllter Feinden der deutschen Hoheit. Das ist eine der stolzesten Aufgaben, umso stolzer und schöner, als sie im engsten Verein mit der Wehrmacht erfüllt wird, die dieses Land erobert hat und hier in weiterem Umfange für Stärkung und Rückhalt verantwortlich ist. Die Aufgabe wird weiterhin in engster Zusammenarbeit mit der Polizei und SS erfüllt, der vom Führer die Sicherheitsfunktion anvertraut ist.

Auf der gleichen Linie, auf der die Staatsführung liegt, liegt auch die Führung der Partei. Der die Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP ist/dem Staat und seiner Einheit entsprechende einheitliche Organisation. Wir haben nunmehr die Einheit der Partei so weit vorangeführt, daß wir darangehen können, den Gliederungen der Partei ihre Eigenart zu geben. Einheiten der SS und SA, des NSKK und des NSFK werden entstehen, und so wird dann die Möglichkeit gegeben sein, mit ihrer Hilfe auch auf weltanschaulichem Gebiet eine größere Aktivität zu entfalten.

17.4.1942

Das Problem der Religion spielt bei uns keine Rolle. Soll den Deutschen hier der Kuckuck holen, der uns auch nur im entferntesten mit dem alten konfessionellen Plunderkram kommen will! Das wäre genau so, wie wenn jemand mit irgendwelchen Stammeseigenarten oder Stammesscheidungen käme. Wir sind hier Deutsche und sonst nichts; das bedeutet alles.

Herr Gouverneur, Sie übernehmen eine Schar von Ehrenmännern, die Ihnen für Ihre Arbeit zur Verfügung stehen werden. Ich bin stolz auf diesen Distrikt Krakau, der sich sowohl in seiner Führung im Distriktsamt wie auch in den Kreishauptmannschaften treu, zuverlässig und sauber gezeigt hat. Ich weiß, daß es für Sie als Mann eine Beglückung ist, an die Spitze dieser Ehrenmänner zu treten. Ich spreche wenig davon; ich komme wenig zu Ihnen hinaus; ich kann mich wenig um die Distriktsangelegenheiten unmittelbar kümmern. Aber aus Ihren Berichten und aus dem Erfolg aus Ihrer Arbeit vor allem weiß ich, wie unermüdlich Sie am Werke sind, wie treu und aufopfernd Sie dem Führer und seinem Reich dienen. Was wäre ich allein auf meiner Burg, wenn nicht draußen im weiten Lande die Männer wären, die die Richtlinien, die wir von hier aus geben, die Befehle, die wir von hier aus ins Land funken, in die Tat umsetzten.

Die Autorität muß irgendwie immer aus der totalen Zusammenfassung aller Energien und Persönlichkeiten kommen, ist sie doch die Voraussetzung für das Wirken einer deutschen Kraft. Gleichwohl werden wir nie eine blinde willfährige Masse sein, werden uns auch nie einer Tyrannis beugen, die uns lediglich mit Gewalt und Zwang zur Arbeit zu bringen gedenkt. Weil wir als freie deutsche Männer entschlossen sind, dem Führer zu helfen, weil wir wissen, daß mit der Hilfe,

die wir dem Führer geben, dem größten Mann der Weltgeschichte unsere Hilfe zuteil wird, deshalb sind wir am Werk, und deshalb wird es auch niemandem gelingen, sich jemals diesem Werk entgegen zu stellen.

Nehmen Sie, Herr Gouverneur, meine besten Wünsche mit auf den Weg.

Gouverneur Dr.Wendler dankt dem Herrn Generalgouverneur mit folgenden Worten: Herr Generalgouverneur, weil ich schon über zwei Jahre unter Ihrer Leitung im Generalgouvernement habe arbeiten dürfen, weiß ich, welches Vertrauen Sie als der Vertreter des Führers in diesem Raum mir heute entgegen bringen, wenn Sie mich an die Spitze des, ich darf wohl sagen, schönsten Distrikts des Generalgouvernements berufen. Ich gelobe Ihnen, daß ich alles daransetzen werde, die in mich gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Ich gelobe Ihnen als dem Generalgouverneur dieses Landes und Vertreter des Führers unbedingten Gehorsam, und ich gelobe das auch für alle meine Gefolgsmänner.

12^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Generalmajor Reinhardt in Gegenwart des Obersten Fischer.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur überreicht in Gegenwart des Präsidenten Dr.Blauert dem bisherigen Regierungsdirektor Schmalbruch die Bestallungsurkunde zum Ministerialrat.

13^{10} F r ü h s t ü c k

17.4.1942

16[00] Arbeitssitzung

Thema: Reprivatisierung im Distrikt Galizien.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Wächter
Hauptabteilungspräsident Dr.Siebert
Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer
Bankdirigent Dr. Paersch
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Distriktsamtschef Losacker
Referent Dr. von Petersdorf
Referent Dr. Gartz
Geschäftsführender Hauptabteilungsl. Naumann

Einleitend gibt Gouverneur Dr. Wächter bekannt, daß er Anträge über die Reprivatisierung im Distrikt Galizien formuliert habe, die die Verwaltung des Distrikts für begründet halte. DieAnträge seien den interessierten Ressorts zugegangen. Die unmittelbare Notwendigkeit der Stellung solcher Anträge ergebe sich aus dem Umstand, daß die Distriktsverwaltung, insbesondere in der Instanz der Kreishauptmannschaft, immer wieder vor diese Frage gestellt worden sei und bisher stets einen hinhaltenden Standpunkt habe einnehmen müssen. Seine Bitte sei deshalb dahin gegangen, daß die Regierung durch eine grundsätzliche Verordnung diese Unklarheit beseitige und es der Distriktsverwaltung ermögliche, eine klare Linie zu verfolgen. Die Anträge seien nun in der Zwischenzeit insofern noch dringlicher geworden, als auch in den weiteren Ostgebieten der Reichskommissariate eine gewisse Regelung erfolgt sei und Vertreter der Bevölkerung an die

17.4.1942

Distriktsverwaltung die Bitte gerichtet hätten, auch im Generalgouvernement eine entsprechende Regelung zu treffen. Unter anderen werde von den Ukrainern darauf hingewiesen, daß ihre Interessen denjenigen der Polen hintangestellt würden, insofern die Polen im alten Generalgouvernement, soweit sie sich nicht staatsfeindlich betätigt hätten, in vollem Umfange ihre Eigentumsrechte behalten hätten. Weiter sei für die Anträge der Distriktsverwaltung der Umstand maßgebend gewesen, daß die Frühjahrsbestellung unmittelbar bevorstehe und man annehme, daß der Bauer sein Feld besser bestellen werde, wenn er überzeugt sei, daß er Nutznießer seiner Arbeit sein werde.

Distriktsamtschef Losacker nimmt hierauf zu der Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Wiederherstellung untergegangener Privatrechte und Gewerbeberechtigungen im Gebiet des Distrikts Galizien

Stellung, deren Entwurf dem Herrn Generalgouverneur vorgelegt wird.

Staatssekretär Dr. Boepple glaubt, daß man dem Grundgedanken des Verordnungsentwurfs vor allem im Hinblick auf eine Berücksichtigung des Handels und Handwerks zustimmen könne. Er würde auch kein Bedenken tragen, dem kleinen Bauern sein Eigentum zurückzugeben. Anders liege es allerdings bei den Forsten, die wohl Staatseigentum bleiben müßten. Hinsichtlich der landwirtschaftlichen Bevölkerung im allgemeinen könne man sich wohl noch kein rechtes Bild machen. Hier müsse eine Gewähr gegeben sein, daß der Bauer,

der in seine Eigentumsrechte wieder eingesetzt werde, auch eine ordentliche Bewirtschaftung führe.

Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer ist auch der Auffassung, daß die Reprivatisierung mit gewissen Einschränkungen in Angriff genommen werden müsse.

Auch Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert erklärt sich mit einer Reprivatisierung auf dem Gebiete von Handel und Handwerk einverstanden, will aber landwirtschaftliches Eigentum nur unter der aufschiebenden Bedingung der Bewährung übertragen wissen.

Ministerialrat Wolsegger hält die Reprivatisierung auch hinsichtlich des landwirtschaftlichen Besitzes für geboten, und zwar einmal, weil man bereits in den Ostgebieten entsprechende Vorgänge habe, zum anderen, weil kriegswirtschaftliche Rücksichten psychologisch eine positive Einstellung der Bevölkerung Galiziens der Regierung des Generalgouvernements gegenüber als wünschenswert erscheinen ließen. Wenn man den Bauern unter gewissen Kautelen das Eigentum zurückgebe, so werde sich damit in der Praxis kaum etwas ändern.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann weist darauf hin, daß bisher nach der Verordnung vom 12.September 1941 über die vorläufige Regelung des Landbezuges gearbeitet worden sei, und zwar mit gewissen Erfolgen. Man habe z.B. festgestellt, daß allein 2oo 000 Hektar herrenlosen Landes von den ukrainischen Bauern in Bestellung genommen worden seien, ohne daß man ihnen das Eigentum übertragen habe. Das Argument also, daß die Eigentumsfrage unter allen

17.4.1942

Umständen im positiven Sinne gelöst werden müsse, sei nicht stichhaltig. Auch im Ostland sei noch keine Übertragung des Eigentums vorgenommen worden, sondern man habe den Bauern lediglich ein halbes Hektar zur Besitznutzung übergeben und ihnen bei Bewährung weitere 20 a versprochen. In den Baltenstaaten sei die Landwirtschaft von der Regelung ausdrücklich ausgenommen worden, während man sie für Handel und Gewerbe durchgeführt habe. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft stehe auf dem Standpunkt, daß man mit der bisherigen Praxis sehr gut weiterkomme. Man könne nach der Frühjahrsbestellung, wenn die Ernte bevorstehe, den ersten 100 oder 1000 Panjes, die hervorragend gewirtschaftet hätten, ihr Land zu Besitz zurückgeben, und sie könnten, wenn sie ordentlich gewirtschaftet hätten, 3 oder 5 Hektar Landes erhalten. Dabei würde dann gleich die Zusammenlegung mit durchgeführt werden können. Die in Galizien vorhandene Zersplitterung des Landbesitzes bringe eine ziemliche Einbuße an Ernteerträgen mit sich. Man wolle also bei der Zurückgabe des Eigentums gleichzeitig im gewissen Umfange eine Bodenordnung erreichen. Nach der Landnutzungsordnung gehöre den Panjes die Ernte vollständig, und sie seien imstande, sie privatwirtschaftlich zu verwerten. Damit habe man ihnen wohl vorläufig genug gegeben. Wollte man ihnen ihr gesamtes Eigentum zurückgeben, dann würden sie immer anspruchsvoller werden. Heute fordere ja schon der ukrainische Hauptausschuß die Zerschlagung sämtlicher Großbetriebe und ihre Verteilung an ukrainische Bauern. Bisher hätten sich die Ukrainer noch nicht bewährt; sie hätten noch nicht unter Beweis gestellt, daß sie den Kriegserfordernissen vollauf nachkommen könnten. Aus alledem ergebe sich, daß vorläufig nur eine schrittweise

17.4.1942

Rückgabe des Eigentums erfolgen könne.

Bankdirigent Dr.Paersch weist darauf hin, daß er in einer Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler bereits seine Zustimmung zu den Anträgen des Gouverneurs Dr.Fischer in ihrer Begründung und Zielsetzung erklärt habe, vor allem, was die gewerblichen Eigentumsverhältnisse angehe. Aber auch hinsichtlich der Landwirtschaft müsse berücksichtigt werden, daß nunmehr die Einordnung des Distrikts Galizien bzw. eine Angleichung an das alte Generalgouvernement stattfinden müsse. Deshalb halte er es auch nicht für richtig, auf die Darstellung des ukrainischen Hauptauschusses Bezug zu nehmen. Höchstens könnte man eine Fühlungnahme hinsichtlich des Vorgangs in den nördlichen Randgebieten herstellen, die eine ähnliche Wirtschaftsstruktur aufwiesen. Bisher sei das Eigentum an landwirtschaftlichen Betrieben in Galizien nicht hergestellt; es bestehe nicht einmal ein Nutzungsrecht de jure, sondern nur de facto. Er habe die Frage, ob man ein Nutzungsrecht de jure oder nur ein eingeschränktes Nutzungsrecht geben solle, eingehend geprüft und sei nach reiflicher Erwägung dazu gekommen, daß es mit Rücksicht auf die produktionspolitischen Erfolge, die man anstreben müsse, notwendig sei, den Schritt zu dem beschränkten Eigentum zu vollziehen, etwa im Sinne des von der Distriktsverwaltung Galiziens vorgelegten Verordnungsentwurfs, der allerdings noch einiger Änderungen bedürfe.

Referent Dr. Gartz erklärt, daß die Treuhandverwaltung grundsätzlich mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden sei. Sie habe lediglich einige Wünsche nach Berücksichtigung deutscher bzw. volksdeutscher Ansprüche.

11

17.4.1942

Wie Referent Dr. von Petersdorf mitteilt, ist Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich mit der vorgeschlagenen Regelung grundsätzlich einverstanden. Auf weite Sicht müsse eine Angleichung des Rechtszustandes in Galizien an denjenigen im Alt-Generalgouvernement angestrebt werden. Es sei gefährlich, für Polen und Ukrainer zweierlei Recht zu schaffen. Man sei schon jetzt von dem Gutachten ausgegangen, das Professor Bruch in der Erdölfrage erstattet habe: wenn Deutschland die Sowjetunion als Rechtsvorgänger anerkenne, so sei damit auch die Enteignung, die der russische Staat vorgenommen habe, anerkannt, Deshalb müsse man davon ausgehen, daß dieses Eigentum nunmehr auch Eigentum des Generalgouvernements sei. Wenn man jetzt zur Reprivatisierung übergehe, so müsse man sich zunächst von dem Gedanken leiten lassen, Handel und Handwerk wie auch Industrie wieder eine Privatinitiative zu überlassen. In manchen Fällen wie z.B. auf dem Gebiete der Erdölwirtschaft werde man allerdings dem Generalgouvernement das volle Staatseigentum vorbehalten müssen. Hier werde man sich endgültig über die Entschädigungsfrage klar werden müssen; denn die Frage der Reprivatisierung könne nicht unabhängig von der Entschädigungsfrage gelöstwerden. In Betracht kämen hier übrigens auch die Versicherungsgesellschaften, die ebenfalls wieder in den Besitz ihrer Grundstücke und dinglichen Rechte kommen müßten, da sie ja ihren Verpflichtungen nachzukommen hätten.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bemerkt, daß er mit dem Verordnungsentwurf offiziell noch nicht befaßt worden sei. Es handele sich hier um ein vom Staatssekretär geführtes Vorverfahren. Er glaube nicht, daß gegen eine Durchführung der in diesem Verordnungsentwurf enthaltenen Grundsätze

17.4.1942

Bedenken bestünden, sie stellten vielmehr eine Verwirklichung der bereits in der Proklamation gegebenen Zusage dar.

Der Herr Generalgouverneur kann die von Abteilungsleiter Naumann gemachten Einwendungen nicht als begründet ansehen. Alle Hauptabteilungsleiter hätten sich für die Regelung ausgesprochen. Auch seien in der Proklamation gewisse Zusagen gemacht worden. Überdies verfüge die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft über zahlreiche Möglichkeiten, den Bauern das Eigentum wieder wegzunehmen und zu kontrollieren. Auch habe das Privateigentum heute nicht mehr die Totalfunktion der Selbstherrlichkeit, wie sie im BGB definiert sei.

Abteilungsleiter Naumann weist darauf hin, daß im alten Generalgouvernement jeder Bauer sein Privateigentum habe und diejenigen, die schlecht wirtschafteten, enteignet würden. In Galizien wolle man den positiven Weg gehen und erst denjenigen, die sich als leistungsfähig erwiesen, ihr Eigentum zurückgeben. Wie groß die Zahl dieser Leute sei, spiele keine Rolle. Jedenfalls müsse man den Bauern gegenüber einen Trumpf in der Hand behalten.

Der Herr Generalgouverneur hält diese Argumente nicht für stichhaltig. Das Ziel müsse sein, aus dem Generalgouvernement mit Einschluß Galiziens ein einheitliches Wirtschaftsgebilde zu machen. Auch der Gesichtspunkt, daß man die Reprivatisierung mit einer Umlegungsordnung kombinieren müßte, sei nicht ausschlaggebend.

17.4.1942

Amtschef Losacker betont, daß die Besitzer von Kleinbetrieben in der Größe von 20 bis 50 Hektar das Eigentum, falls nicht besondere Gründe dagegen sprächen, sofort zurück erhalten sollten.

Demgegenüber gibt Abteilungsleiter Naumann zu bedenken, daß angesichts der Zersplitterung des landwirtschaftlichen Besitzes in Galizien landwirtschaftliche Betriebe von 30 oder 50 Hektar schon als Großbetriebe angesehen würden.

Gouverneur Dr.Wächter betont, daß es sich bei dieser Regelung ja nur um eine Kann-Bestimmung handle, da ja das Eigentum nicht im Bausch und Bogen zurückgegeben werde.

Abteilungsleiter Naumann hält es für besonders wichtig, festzustellen, daß nur dann Grund und Boden zu Eigentum übertragen werde, wenn einwandfrei feststehe, daß die Bauern tatsächlich schon früher Grund und Boden besessen hätten. Da die Grundbücher zum großen Teil vernichtet bzw. nicht berichtigt seien, werde praktisch eine generelle Feststellung auf größte Schwierigkeiten stoßen.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird zu einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen in folgender Entscheidung zusammen:

1. Dem Antrag auf Erlaß einer Verordnung über die Wiederherstellung untergegangener Privatrechte und Gewerbeberechtigungen im Gebiet des Distri

17.4.1942

Galizien wird grundsätzlich entsprochen.

2. Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh wird beauftragt, den Text dieser Verordnung zu entwerfen und in einer Besprechung mit den zuständigen Hauptabteilungsleitern gegebenenfalls weitere Vorschläge entgegen zu nehmen.

3. Die Bedingungen, unter denen das Eigentum zurückgegeben wird, müssen positiv gefaßt sein.

4. Die Verordnung soll möglichst noch mit Wirkung vom 1.Mai 1942 in Kraft treten.

5. Die endgültige Fassung des Verordnungsentwurfs ist dem Herrn Generalgouverneur vorzulegen.

Im Anschluß an die Beratung des Verordnungsentwurfs gibt Gouverneur Dr. Wächter einen Überblick über die wirtschaftliche und politische Lage im Distrikt Galizien.

Er weist darauf hin, daß angesichts der großen Transportschwierigkeiten besonders in den armen Volkskreisen eine Hungersituation bestehe. Der Distrikt Galizien leide vor allem darunter, daß die kriegerischen Ereignisse die Zerstörung einer großen Anzahl von Verkehrswegen zur Folge gehabt hätten. Durch das große Hochwasser im Jahre 1941 seien zahlreiche Brücken zerstört worden, die noch nicht hätten wieder hergestellt werden können. Auch dadurch werde der Verkehr mit den Überschußgebieten unterbunden. Man habe dieser bedrohlichen Lage nur durch Einrichtung von Sammelküchen begegnen können.

Der katastrophale Zustand auch der großen Durchgangsstraßen habe zu einer Vermehrung aller dieser Schwierigkeiten beigetragen. Hier müsse ähnlich wie bei dem Katastropheneinsatz im Winter im Alt-Generalgouvernement dafür Sorge getragen werden, daß die Bevölkerung

etwa auf dem Wege der Einführung der Arbeitspflicht zu Straßenausbesserungsarbeiten herangezogen werde. Leider stoße auch hier wieder die Beschaffung von Baumaterialien wie Asphalt und Steinen auf Transportschwierigkeiten.

In politischer Beziehung habe sich die Situation nicht erheblich geändert. Die Bandera-Gruppe, die als aktivistisch anzusehen sei, stelle nur eine verhältnismäßig kleine Bewegung dar; die breite Masse verhalte sich ziemlich ruhig. Man könne allerdings ein gewisses Hinarbeiten der Intelligenzschicht auf ein Zusammengehen der Ukrainer mit den Polen beobachten. In der breiten Masse der Bevölkerung zeige diese Parole noch keinerlei Wirkung. Die ukrainischen Verwaltungsstellen nähmen gegenüber den Polen eine äusserst scharfe Stellung ein. Anordnungen der Distriktsverwaltung würden von den ukrainischen Außenstellen zunächst immer zu Lasten der polnischen Bevölkerung durchgeführt.

Zur Zeit finde in Lemberg eine umfangreiche Judenumsiedlungs-Aktion statt, desgleichen in Kolomea, durch die aber offenbar nur der kleinere Teil der Juden erfaßt werde.

An den Forsten Galiziens und der Holzgewinnung sei die Wehrmacht stark interessiert. An die Distriktsforst-Verwaltung sei von ihr die Forderung gestellt worden, demnächst 800 000 Festmeter Holz zu liefern. Leider fehle es an geeigneten deutschen Betriebsführern für die Sägewerke.

Gouverneur Dr.Wächter nimmt sodann zur Personalfrage Stellung. Schwierigkeiten bereite hier vor allem der Umstand, daß den Kreishauptmännern keine tüchtigen mittleren Beamten zur Verfügung gestellt werden könnten.

17.4.1942

Lebhafte Klage führt Gouverneur Dr. Wächter über die immer noch unzulängliche Kohlenversorgung des Distrikts.

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß eine grundlegend wichtige Entscheidung des Führers ~~dahin~~ ergangen sei, nach welcher die Wirtschaft des Generalgouvernements vor allem hinsichtlich der Kohlenversorgung als kriegswichtig angesehen werden müsse.

Abteilungsleiter Naumann macht dann Ausführungen über die Versorgung des Distrikts Galizien mit Saatgut. Es sei gelungen, aus Holland 1500 t Zuckerrübensamen nach Galizien zu bringen. Saatkartoffeln würden zur Zeit transportiert. Insgesamt sollten 34 000 t nach Galizien gebracht werden, davon 10 000 t aus Schlesien. Leider seien bis jetzt erst 2 000 t in Galizien angekommen. Die Versorgung mit Gerste- und Hafersaatgut sei zufriedenstellend.

Gouverneur Dr. Wächter erwähnt in diesem Zusammenhang die Schwierigkeiten, die hinsichtlich der Gestellung von Gespannungen beständen. In den Pferdebestand Galiziens werde neuerdings wieder stark eingegriffen, und 12 000 Pferde seien ausgemustert worden.

Abteilungsleiter Naumann erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß auch im Reich in diesem Jahre wieder zahlreiche Pferde gemustert worden seien und es sehr schwer sein werde, Pferdematerial von dort zu erhalten. Aus dem Generalgouvernement seien insgesamt über 200 000 Pferde herausgeholt worden. Eine Ausmusterung von 12 000 Pferden im Distrikt

17.4.1942

Galizien glaube die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft verantworten zu können.

Amtschef Losacker wendet sich gegen die Auffassung, daß zwischen den Preisen im Generalgouvernement und denjenigen im Distrikt Galizien eine Differenz von etwa 10 % bestehen müsse. Damit sei überhaupt jeder Aufstieg gehindert. Die Distriktsverwaltung habe deshalb auch den Antrag auf Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte unterstützt.

Abteilungsleiter Naumann ist der Auffassung, daß für landwirtschaftliche Produkte im ganzen Generalgouvernement ein einheitlicher Preis festgesetzt werden müsse. Als im vergangenen Jahre die Getreidepreise festgelegt worden seien, habe Dr. Schulte-Wissermann nur 90 % der Generalgouvernements-Getreidepreise zugestehen wollen. Staatssekretär Dr. Bühler habe entschieden, daß dieser Preisunterschied fallen solle, sodaß man jetzt im ganzen Generalgouvernement, wenn auch noch nicht auf allen Sektoren, ein einheitliches Preisgebiet habe. Das West-Ostgefälle dürfe in Galizien keine Anwendung finden, weil sonst die Entwicklung dieses Distrikts gehemmt würde.

Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

1/9

Kressendorf

Sonnabend, den 18.4.1942

und

Sonntag, den 19.4.1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Montag, den 20.April 1942

8^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Übergabe einer Hoheitsfahne an den Sonderdienst im Hofe der Burg zu Krakau.

Eine Abteilung des Sonderdienstes mit Musikzug ist auf dem Burghofe angetreten. Der Herr Generalgouverneur schreitet die Front der Abteilung ab. Er ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Männer des Sonderdienstes!

An dem strahlenden Tag, der der Welt einst Adolf Hitler gab, seid Ihr von mir hierher auf die stolze Burg des Generalgouvernements berufen, um aus meiner Hand die Fahne des Reiches entgegenzunehmen. Ich danke Euren Offizieren, ich danke Euch für die Bereitwilligkeit, den Dienst in einer Truppe durchzuführen, die bestimmt ist, eine wertvolle Ergänzung des Ordnungsapparates dieses Landes zu sein.

Der Sonderdienst ist aus den Dienstbereichen unserer Staatseinrichtungen nicht mehr weg zu denken. Die Regierung, die Gouverneure, die Kreis- und Stadthauptleute brauchen Euch ebenso, wie Euch die Wehrmacht und die Polizei brauchen. Seid tapfere Mitstreiter der Durchsetzung des Staats- und Reichswillens in diesem Raum! Große Aufgaben habt Ihr in tapferem selbstlosen Einsatz zu erfüllen. Ihr seid zu diesem Dienst ausgewählt, Ihr habt Euch freiwillig dazu verpflichtet. Ich möchte in diesem Augenblick vor allem auch der kurzen, aber sehr eindrucksvollen Geschichte Eurer Organisation gedenken. Viele Männer von Euch haben die Treue zu Führer, Reich und Staat mit ihrem Leben bezahlt. Und so müßt auch Ihr bereit sein, unter Einsatz Eures Lebens das Gut zu schützen, das Euch mit anvertraut ist, die Sicherheit des Dienstes der Behörden und einen großen Teil der Sicherheit des

20.4.1942

Landes. Für Euer persönliches Leben sorgen der Führer, das Reich und der Staat. Ihr seid nun in das stolze Gefüge der Ordnungsrepräsentanz aufgenommen. Zeigt Euch dessen würdig! Hervorragende Offiziere der Wehrmacht und der Polizei lassen sich Eure Ausbildung angelegen sein. Ihr seht daraus, mit welch' soldatischem Ernst Ihr in die disziplinierte Geschlossenheit des Reiches aufgenommen seid. Zeigt Euch dessen als Männer im Dienst und außerhalb des Dienstes würdig!

Indem ich diese Erwartung ausspreche, indem ich feststelle, daß der Sonderdienst eine im ganzen Reich bekannte Ordnungstruppe darstellt, indem ich Euch mit dem Dank für Euer bisheriges Bemühen aufrufe, Euch noch entschiedener, noch geschlossener in den Dienst dieses Staats zu stellen, übergebe ich Euch am Geburtstag des Führers die Fahne des Reiches.

Ich weihe diese Fahne. Wir gedenken dabei der Millionen, die für diese Fahne zu sterben bereit sind. Mögest Du, Fahne, tapfere Männer begleiten und ihnen sieghaft voranwehen!

Die Fahne wird hierauf dem Sonderdienst übergeben.

Mit einem Vorbeimarsch vor dem Herrn Generalgouverneur findet die Feier ihren Abschluß.

20.4.1942

11[20] Verleihung der Dienstauszeichnung der NSDAP an sieben Parteigenossen durch den Herrn Generalgouverneur.

11[25] Der Herr Generalgouverneur empfängt SA-Obergruppenführer Herzog und Gauleiter Krebs in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple, Gouverneur Dr. Fischer, Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz.

20.4.1942

11^{30} Festakt aus Anlaß der Gründung der SA-Einheit Generalgouvernement im Großen Saal der Burg zu Krakau.

Die Feier wird eingeleitet durch den Huldigungsmarsch von Grieg, gespielt vom Orchester des Staatstheaters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch.

Hauptabschnittsleiter Stahl eröffnet im Auftrag des Reichsleiters und Generalgouverneurs Dr.Frank im Rahmen der Aktivierung der Parteiarbeit den feierlichen Akt anläßlich der Proklamation der Errichtung der SA-Einheit Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank ergreift sodann das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren! Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Die Feierstunde am Geburtstage unseres Führers hier auf der Burg zu Krakau kann keinen würdigeren Auftakt erfahren als den, daß wir all' unser Wünschen und alle unsere glühende Liebe zum Führer in die Worte zusammenfassen: wir grüßen aus Anlaß seines Geburtstages unseren über alles geliebten Führer in Treue und Ergebenheit. Möge ihm der ewige Herrgott in dem kommenden Jahre seines Lebens, einem Schicksalsjahr unserer Nation sondergleichen, mit gnädiger Wohlgefügtheit zur Seite stehen!

Das Generalgouvernement hat in seiner in diesem Jahr zum dritten Mal sich jährenden verhältnismäßig kurzen Geschichte einen bedeutungsvollen Entwicklungsgang genommen. Aus den ursprünglich besetzten polnischen Gebieten, die uns unsere heldenmütige, unvergleichliche Wehrmacht in einem 18tägigen Ringen, in welchem sie Polen niederwarf, geschaffen hatte, wurde im Laufe dieser Jahre das Nebenland des Großdeutschen Reiches, das Generalgouvernement. Mit allem und jedem versehen, was notwendig ist, damit deutsche Menschen in einem

territorial, volkspolitisch, allgemein sozial völlig zerstörtem Gebiet einen Aufbau beginnen können, ist dieses Generalgouvernement heute in sich fest gefügt, stolz und stark den Aufgaben gewachsen, die ihm allerdings in stetig steigendem und das Lebensmark unserer Kräfte aufwühlendem Maße durch den Krieg gestellt werden. Dieser Staat mit seiner wohlgefügten Verwaltungsform, mit seinen klaren Finanzen, mit seiner sich entwickelnden Wirtschaft hat Leistungen im Dienste des Reiches vollführt, die aller Anerkennung wert sind. Was hier an Häusern, Straßen, Brücken gebaut, was hier an Einrichtungen [illegible] sozialer, staatlicher, hygienischer und erzieherischer Art geschaffen wurde, steht ohne Beispiel da.

Mit Stolz schaue ich auf unser Werk. Mit Stolz und Dankbarkeit bekennen wir uns am Tage, da der Führer geboren wurde, als seine treuesten Schildknappen. Wir können dieser Feierstunde heute auch keinen besseren Sinn geben als den, daß wir mit dem Führer, der sicher heute allein in seinem Hauptquartier sitzt, seines wundersamen Lebens bis zu jener Stunde gedenken, da er in einer kleinen österreichischen Stadt vor nunmehr 53 Jahren das Licht der Welt erblickte. Welch' ein Leben, welch'ein weltgeschichtliches Dasein umfaßt nicht dieses halbe Jahrhundert! Aus dem Knaben, der dort von braven Eltern, von einfachen schlichten Menschen die ersten Segnungen der Jugenderziehung erfuhr, wurde über eine unsägliche schwere Zeit des heldenmütigen Einsatzes für sein Volk und Reich, für seine Weltanschauung, der gewaltigste Mann, den die Weltgeschichte je gesehen hat. Aus der schlichtesten Fassung unseres Volkstums stammend, wurde er von dem ewigen Herrgott zum Sendboten des Schicksals emporgehoben, das unserem Volke wiederum in Würde und Größe den kraftvollen Aufstieg gab. Wir, die wir zur engsten

20.4.1942

Gruppe des Führers gehören, gedenken an diesem Tage jener Stunde, da im Jahre 1919 in dem kleinen Nebenzimmer eines Münchner Lokals dieser Mann zum ersten Mal in unsere Mitte trat, damals erfüllt von der bittersten Entschlossenheit, das Elend unseres Volkes so oder so zu meistern und unser Volk wieder aufzurichten, nur gestützt auf sein helles und durch die Erfahrung des Weltkrieges gestärktes Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit, die Anständigkeit, die Sauberkeit des deutschen Menschentums. Wieoft hat es der Führer damals gesagt, daß er diesen einfachen deutschen Soldaten, diesen heroischen Grenadier des Weltkrieges kenne und zu ihm und zu dem von ihm vertretenen deutschen Volkstum das Vertrauen habe, daß er mithelfen werde, das deutsche Volk wiederaufzurichten.

Dieser Zeit von 1919, 1920 und 1921, dieses ersten Aufkeimens der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei gedenken wir mit tiefer Ergriffenheit. Für die späteren Geschichtsschreiber dieser Zeit wird das einmal ein gewaltiger Ansatz sein, und jeden Leser der kommenden Weltgeschichte, der zum ersten Mal im Durchschauen dessen, was diese Jahre brachten, auf den Namen Adolf Hitler stößt, wird das Schauern ergreifen vor einer Persönlichkeit ergreifen so monumentalen Ausmaßes. Der ganze Erdball ist in Bewegung. Alle Völker, alle Staaten, alle Staatssysteme dieser Erde sind nun aufgerufen, zu diesem Mann Stellung zu nehmen. Wir, das deutsche Volk, sind nun nach 20 Jahren seines Werkes, das in München begann, mitten in der Entscheidung um die Größe unseres Reiches. Die Entscheidung ist an sich schon gefallen; es handelt sich nur noch um den Vollzug. Das deutsche Volk ist zu jedem Opfer bereit. Tausende und Abertausende bester Söhne unseres Volkes sind unter den Fahnen des nationalsozialistischen Reiches für diesen Wiederaufstieg gefallen.

20.4.1942

Wir im Generalgouvernement haben diese unmittelbare Frontluft in unserem eigenen Wirken. Wir stehen dieser kämpfenden Linie am nächsten, wir sehen die Opfer der Front, wenn sie in Verwundetenzügen hier zuerst eintreffen; wir sehen sie alle, die leuchtend strahlenden, mutig-entschlossenen Männer, die unter den Fahnen des Führers durch unser Land an die Front gehen.

Für uns, die wir nun einmal vom Führer zu dieser staatsorganisatorischen Weltanschauungsführungs-Aufgabe in diesem Gebiet schon während des Krieges aufgerufen sind, ist es nicht leicht, immer hier zu bleiben und, obwohl wir als Reserveoffiziere oder sonst als Soldaten zur großen Wehrmacht gehören, nicht mit der Waffe in der Hand unmittelbar den Dienst zu versehen. Der Führer hat uns aber hier hingestellt, damit wir ihm diese Ordnung aufbauen.

Zu dieser Ordnung gehört nicht nur der Staat, sondern auch die Partei. Diese Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat den Ehrentitel, das Instrument unseres Volkes zu sein, das der Führer zuerst geschaffen hat. Die Bewegung war das Element, mit dessen Hilfe der Führer dem deutschen Volke die neue Regierung gab. Die Partei war das weltanschauliche Ordnungsinstrument eines konfessionell, parteilich-sozial, parteilich-staatlich und sonst völlig auseinander geratenen Volkes und Reiches. Die Partei war denn auch der große sieghaft grüßende Hafen, in den das Schicksalsschiff unseres Volkes letzlich Einkehr hielt. Alles, was dieser Partei und ihrer Weltanschauung im Laufe der Kampfzeit entgegentrat, wurde zerschmettert. Und so muß die Partei auch in Zukunft dafür sorgen, daß nicht wieder aus irgendwelchen menschlich zwar begreiflichen, aber reichs- und volkspolitischen gefährlichen Sonderungen oder Ermattungen die alte haßerfüllte Zwietracht in unserem

20.4.1942

Volke wieder Einkehr halten.

So steht die Partei im Positiven als die große Sonde, als die große Gemeinschaftsorganisation unseres Volkes über dem Volksleben, negativ aber als die große Hüterin, daß nicht wieder das Volk der Deutschen in irgendwelche nebensächlichen Zerspaltungen zurückfalle, die vor der Geschichte in Nichts zerfließen.

Die Bewegung haben wir ebenso wie den Staat im Generalgouvernement einheitlich aufgebaut. Bei uns kann es in diesem an Mitarbeitern knappen Rahmen nicht die Zuständigkeitsfülle, den Funktionsdünkel geben, wie er in alt gewordenen Verwaltungsformeln lebendig ist. Wir haben hier keine innere Tradition des Staates "Generalgouvernement"; wir setzen nicht irgendetwas fort, was früher, vor 1939, in diesem Raum tätig war oder gedacht wurde, sondern wir sind das älteste Kind der großdeutschen Reichskriegsgeschichte und tragen das Blut der geschlossenen deutschen Nation in uns. Wir tragen die Idee in uns, daß aus dem einheitlichen nationalsozialistischen Wollen heraus die Größe unseres Reiches kommt. Wir setzen nicht irgendeinen Stammesdünkel, einen Sozialdünkel oder irgendeine Abspaltung fort. Wer das nicht begreift, der wird freilich immer wieder da und dort uns gegenüber kritisch sein. Wenn/ aber diesen Kritizismen nachgeht, dann entdeckt man man immer bei ihnen die Absicht, irgendeinen Spaltpilz in unsere Mitte setzen zu wollen. Daher stehe ich kraft der mir vom Führer übertragenen totalen Vollmacht in diesem Raum entschlossen wie ein Wächter auf dieser Burg da und werde die geschlossene Form dieses Regiments durchhalten.

Wir können diese weichlichen Knicker, diese Ichsüchtlinge, diese Machtgierlinge nicht brauchen; wir können diese Spaltonkels nicht haben, die nur an ihren eigenen Bereich denken und, sich hinter süßlichen

20.4.1942

Floskeln verbergend, im Grunde nichts wollen, als daß diese Einheit zu ihrem Vorteil irgendwie Schaden litte. Wir haben daher die Erfahrung zu machen, daßdie Partei das große gemeinschaftliche weltanschauliche Instrument darstellt, von dem aus die weltanschauliche und ideelle Kraft unserer Nation in diesen Raum ausstrahlt, auf die blickend jeder hier Tätige, ganz gleich, wo er steht, sich immer wieder die Kraft am Vorbild des Führers holt.

Drei Perioden unterscheiden wir in der Geschichte der Bewegung. Die erste war die schwierigste, es war die Kampfzeit bis 1933, die zweite war die Aufbauzeit des Reiches von 1933 bis 1939, und die dritte Periode läuft seit 1939. In jeder dieser drei geschichtlichen Perioden hat die Partei ihr Bild gehalten, und sie hat immer wieder neue Funktionen bekommen. In der ersten Periode war sie die revolutionäre Kampfbewegung gegen die damaligen Systemmachthaber. Es war ganz selbstverständlich, daß sie nicht nur in den Formen der bürgerlichen Parteiphraseologie erscheinen konnte, die sich bemühte, den Gegner überzeugen zu wollen, sondern hier hat der Führer im ersten Augenblick als Soldat des Weltkrieges gehandelt und erklärt: Wenn die Juden und Marxisten auf die Straße gehen und dort gegen das Reich demonstrieren, dann gehen wir auch auf die Straße und demonstrieren für das Reich. Damals entstand schon in den ersten Anfängen der Bewegung das Gebilde, das wir stolz ~~als~~ mit dem großen Wort der SA bezeichneten. Die Sturmabteilungen der NSDAP waren die große Schutzmacht, die sich die Bewegung aus den fanatischsten und härtesten ihrer Anhänger schuf, die entschlossen waren, ihr Leben für den Führer einzusetzen. Jeder von Ihnen weiß aus dem Buch des Führers "Mein Kampf", wie gern und leidenschaftlich sie dem Führer half, wie es damals unser

aller Stolz war, derSA anzugehören, dieser stolzesten Kampfgruppe, die jemals eine weltanschauliche Bewegung hatte. Im November 1923 traten wir als SA-Männer den Marsch zur Feldherrnhalle an, der ja dann in dem furchtbaren Ereignis, daß Deutsche mit ihren Gewehren auf Deutsche schossen, unterging. Es ist klar, daß nach der Wiedererrichtung der Bewegung im Jahre 1925 auch die SA wiedererstand, und daß sich nunmehr bis zum Jahre 1933 in zunehmendem Maße weitere Gliederungen der NSDAP an die SA anschlossen: es kamen die SS, dann das NSKK und in den letzten Jahren zum Schluß noch das NSFK. Aus diesen Gliederungen wurde im Laufe der Zeit die erweiterte Gruppierung der entschlossensten Nationalsozialisten. Die SA aber behielt den Ehrentitel der ältesten und stolzesten Truppe der Kampfbewegung.

Wir haben daher heute die Weihestunde, die wir der SA widmen, auch damit eröffnet, daß wir diesen alten SA-Geist, der nun mehr nicht nur in der SA, sondern auch in den anderen Gliederungen der Partei lebt, von dem unsere Hymne singt, in uns wach werden lassen. Für denjenigen, der erst später zu unserer Bewegung gekommen ist oder die Geschichte unserer Bewegung nicht so unmittelbar erlebt hat wie wir, wird es oft schwer sein, sich ein Bild davon zu machen, welches Maß von leidenschaftlicher Hingabe der SA-Geist in sich birgt. Wir dürfen nie vergessen, wie Hunderte und Aberhunderte unserer Kameraden der Gliederungen in der zweiten Periode der entschlossenen Durchsetzung 1925 bis 1933 in den Tod gingen, diese Männer der SA, der SS, des NSKK, wie sie gemordet wurden und mit dem Rufe "Heil Hitler" auf den Lippen starben. Es wird einem oft nahe gebracht, an diesen Geist zu denken, wenn man heute schon wieder so viel Dünkel und Ichsucht

20.4.1942

sieht und wenn man da und dort nur noch den Titel und die Funktion im äußeren Leben voranstellt. Dann ergreift einen oft mit Weh die Sehnsucht nach diesen ersten jugendlich kraftvollsten Zeiten unserer Bewegung.

Als wir endlich 1933 die Macht erhielten, als Adolf Hitler Reichskanzler und Führer des Reiches wurde, da hatte die Partei nun die große Aufgabe, alles fortzuräumen, was der Zukunft unseres Volkes im Wege lagé. Und das geschah denn auch. Wiederum waren die SA und die anderen Gliederungen der Partei vorne weg in der Aufrechterhaltung des Aktivismus in jeder Form. Über Schatten und Tiefen, über Probleme schwerster Art hinweg geschah es immer wieder, daß dieser herrliche alte SA-Geist vom Führer beschworen wurde. Wer erinnert sich nicht mit stolzen Gefühlen der Parteitage in Nürnberg, wenn auf dem großen weiten Feld die Hunderttausende von SA-Männern Aufstellung genommen hatten, wenn die SS einmarschierte und sich das NSKK ringsum gruppierte, wenn der Führer durch den Fahnenwald einsam zur Heldenehrung schritt. Welche Augenblicke, wenn dann die Sonne aufging, wenn sie schimmernd und strahlend diese Frühlingsstunde des deutschen Volkstums grüßte, wenn die lachenden Augen unserer SA-Männer stolz zum Führer aufschauten.
Das waren die stolzen Festesstunden, in denen einem jeden von uns, der aus der alten Zeit der Bewegung kam, auch die Augen naß werden konnten, sodaß man sich wohl an sein Herz faßte und sagte: Herrgott, wie hast du mich gesegnet, daß ich hier von der ersten Stunde an mitmarschieren durfte.

Als dann im Aufbau unseres Reiches 1939 die große Stunde für die Bewährung unseres Reiches und Führers kam, als unser Führer, der Gründer der Nationalsoziali-

stischen Deutschen Arbeiterpartei, unser oberster SA-Führer, der Gestalter unseres Reiches Adolf Hitler nunmehr auch der größte Feldherr wurde und das Instrument aufrief, das er seit der Machtübernahme mit Hilfe der deutschen Wehrmacht geschaffen hatte, da traten die Männer der Gliederungen der Partei, der SA, der SS, des NSKK, und die anderen Parteigenossen in die Reihen der nationalsozialistischen Wehrmacht ein. Diese nationalsozialistische Wehrmacht, das aus der stolzen Tradition deutschen Soldatentums von dem größten Soldaten unserer Geschichte Adolf Hitler geschaffene Machtinstrument sondergleichen, hat sich mit Fug und Recht in der Weltgeschichte den Rang erstritten, die beste Wehrmacht der Erde, aller Zeiten und aller Völker zu sein. Hier gibt es keinen Irrtum; denn was die Wehrmacht für das Deutsche Reich bedeutet, was sie für den Nationalsozialismus bedeutet, muß immer wieder anerkannt werden. Es kann hier keinen Zwiespalt zwischen Partei und Wehrmacht geben. Es kann keinen anderen Kampf der beiden geben als den Wettstreit darum, daß der treueste Führer auch sein getreuestes Gefolgschaftsinstrument haben soll. Wir alte Nationalsozialisten sind auch alte Soldaten. Uns geht das Herz über, wenn wir daran denken, was unsere Generäle, unsere Offiziere, was unsere Soldaten, was die Konstrukteure unserer Kriegstechnik, was die Ausbilder in Heer, Waffen-SS, Luftwaffe, Marine leisten, schaffen und gestalten. Was nun aber jeder Soldat in den letzten Monaten gerade hier im Osten geleistet hat, das zu erfassen sind wir vielleicht viel zu klein. Ein Jahrtausend und noch ein Jahrtausend werden vergehen, aber nie wird der Ruhm des deutschen Soldaten verblassen.

So können auch wir, die wir hier die Aufgabe haben, ein neues Land, eine neue Heimstätte für Deutsche, ein neues Zentrum deutschen Lebens im Osten aufzurich-

ten, die Entwicklung gehen, die das Reich genommen hat. Als ich die Partei hier gründete, errichtete ich einen Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP und schuf damit, da ja das Gebiet des Generalgouvernements weit über das normale Territorium eines Reichsgaues hinausgeht, eine völlig eigene, notwendigerweise auch wieder völlig einheitlich von mir geführte Parteiorganisation. Die Einrichtung dieses Arbeitsbereiches hat sich so bewährt, daß die maßgeblichen Parteiinstanzen sie auch auf andere Länder übertragen haben. So gibt es heute einen Arbeitsbereich Holland der NSDAP und andere. Wir haben diese Einheit der Partei auf den alten Begriff der Nationalsozialisten schlechthin aufgebaut. Wir konnten nicht die an sich kleine Zahl der alterfahrenen aktiven Nationalsozialisten von Anfang an schon wieder gliederungsweise aufteilen und untergruppieren. Erst mußte hier der geschlossene Block der einheitlichen NSDAP geschaffen, dieses Verwurzeltsein organisiert werden. Dann - so war es meine Absicht - konnten die Gliederungen und nach den Gliederungen später die anderen Verbände kommen.

Wir sind also heute beim zweiten Punkt der Entwicklung der NSDAP im Generalgouvernement angelangt. Ich gebe nunmehr die Gestaltung der Gliederungen innerhalb des Arbeitsbereiches Generalgouvernement frei und eröffne heute, wie es gebührt, das Wirken der SA im Generalgouvernement, weil der SA als ältester, auch zahlenmäßig größter geschlossener Organisation der NSDAP zukommt, hier voranzuschreiten. Diese SA möge im Generalgouvernement ein Vorbild treuester Geschlossenheit und entschiedensten nationalsozialistischen Wesens sein. Sie möge im Rahmen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Arbeitsbereich Generalgouvernement, ihre stolze Mission nunmehr auf-

nehmen, ein Aufrüttler und Wachhalter der nationalsozialistischen Weltanschauung zu sein - immerdar, allerwege, jedermann gegenüber!

Die SA marschiert - dieses stolze Wort bedeutete für uns im Reich den beglückenden Gedanken, daß die Bewegung marschiert. Eine Partei wie die unsere, die heute auf ihre stolze Geschichte zurückschaut, braucht immer wieder ihre älteste, traditionell gepflegte Form. Zur Partei gehört die SA, zur SA gehört die Partei. Wir haben daher auch mit Freude davon Kenntnis genommen, daß der oberste SA-Führer Adolf Hitler durch seinen Stabschef, unseren lieben hochverehrten Parteigenossen Lutze, dessen Vertreter SA-Obergruppenführer Herzog wir in unserer Mitte begrüßen, den Befehl zur Errichtung der SA-Einheit Generalgouvernement gegeben hat. Ich selber werde als SA-Obergruppenführer die Führung dieser SA-Einheit übernehmen. Ich rufe von dieser Stelle aus die deutschen Männer des Generalgouvernements nunmehr auf, sich der SA der NSDAP hier einzuordnen. Um sie zu verstärken, habe ich auch die bisherigen Wehrschützenorganisationen als SA-Wehrverbände der SA eingegliedert. Wir können als deutsche Männer in einem fremdvölkisch stark besiedelten Raum nur bestehen, wenn wir uns in diesem Land nicht als Sendboten der bequemen Aktenführung ansehen, sondern als Sendboten des Unbequemsten, was es in der Geschichte gibt, nämlich des sich durch eigenen persönlichen Einsatz Durchsetzenmüssens. Wir können uns nicht hinter Formeln und leerem Kram verschanzen. Wir müssen hier, im lebendigsten Leben stehend, mit der Waffenbereitschaft entschlossen sein, den Anspruch auf diesen Raum, den uns unsere Soldaten erkämpft haben, jedermann gegenüber als kämpferische Weltrevolutionäre dieser Zeit mit Achtung zu verfechten.

20.4.1942

Wir sind hier nicht auf einem Ruheplatz, wir befinden uns nicht auf einem Tändelmarkt, sind auch nicht in einen theatralischen Rahmen gestellt, sondern mitten hinein in die großartigste, aber auch schwierigste Aufgabe der Zeit. Ich weiß, daß sich da und dort die Bequemlichkeitsinstinkte hervortrauen, daß da und dort gesagt werden könnte: Na ja, jetzt hat sich der Staat gebildet, jetzt kommt das allmählich alles zusammen, jetzt wird's wieder ein gemütliches Leben. Ich will demgegenüber aber sagen: die Partei muß darüber wachen, daß die Deutschen im Lande immer jene Entschlossenheit und Geschlossenheit zeigen. Die SA wird nunmehr im Weltreichsformat kämpfen, so, wie sie im alten Reich gekämpft hat, im Rahmen des damaligen Reiches. Vielleicht sagen jetzt schon gew/isse Leute: Mein Gott, schon wieder eine Gliederung, schon wieder eine Aufgabe, mit der uns etwas von unserer Freizeit genommen wird. Nun, ich verlange von jedem Deutschen, der nicht einer anderen Gliederung angehört, daß er sich nunmehr, soweit es möglich ist, diesem Gemeinschaftsdienst der SA und der SA-Wehrbereitschaften verschreibt. Ich kann sie nicht brauchen, die Tändler und die Billigen. Ich brauche die schwerwuchtende Mannesentschlossenheit, dem Führer und seinem Reich zu helfen. Wir werden hier mit der SA marschieren, daß den Gegnern des Reiches und unserer Weltanschauung Hören und Sehen vergeht. Wir werden aus dem Generalgouvernement ein Land des alten SA-Geistes machen, auf das die ganze Bewegung mit Stolz schauen wird. Ich werde auch staatsdienstlich dafür Sorge tragen, daß dieser SA-Dienst durchgeführt und erfüllt werden kann, indem ich die Dienststunden bei den Behörden so einteile und einrichte, daß diejenigen, die bei der SA Dienst tun, von dienstlichen Verpflich-

tungen, soweit das notwendig ist, befreit werden können.

Parteigenosse Herzog, melden Sie dem Stabschef der SA Lutze, daß ich mit dem heutigen Tage, getreu dem Befehl des Führers und seines Stabschefs, die Führung der SA-Einheit Generalgouvernement übernommen habe. Melden Sie ihm, daß sich hier Männer gefunden haben, die entschlossen sind, in diesem SA-Geist zu kämpfen. Mein Vertreter in der Führung der SA-Einheit wird der SA-Gruppenführer Parteigenosse Fischer sein, dessen wesentlicher Mitarbeiter SA-Oberführer Parteigenosse Peltz.

Die SA sei damit zum Marsche aufgerufen, mit ihr die anderen Gliederungen der NSDAP, die SS, das NSKK und das NSFK!

SA-Gruppenführer Fischer:

Als dienstältester SA-Führer des Generalgouvernements darf ich Ihnen, Reichsleiter, im Namen aller hier tätigen SA-Führer und -Männer unseren tiefempfundenen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Sie der SA als erster Gliederung der Partei wiederum das Wirken gestattet haben. Vor allem danke ich Ihnen dafür, daß Sie selber die Führung der SA übernommen haben. Wir geloben Ihnen, wie es oberster Grundsatz der SA von jeher war, absoluteste Treue und Gehorsam und versprechen Ihnen, unsere ganze Kraft und unser ganzes Können dafür einzusetzen, daß die Partei in diesem Raum ihre Aufgabe erfüllen kann.

Mit dem von SA-Oberführer Peltz ausgebrachten Sieg-heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

16

20.4.1942

13^{00} F r ü h s t ü c k

15^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in das Luftwaffenlazarett Garncaska 11.

20^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Parteikundgebung in der Urania mit einer Rede von Gauleiter Regierungspräsidenten Krebs - Aussig.

Reichsleiter Dr. Frank hält folgende Begrüßungsansprache:

Heute vor 53 Jahren hat unser Führer das Licht der Welt erblickt. Heute erblickt die Welt in Adolf Hitler das Licht ihres Werdens. Den Gruß der Deutschen des Generalgouvernements, unsere glühenden Wünsche habe ich heute in Euer Namen, im Namen der Deutschen des Generalgouvernements, dem Führer übermittelt.

Wir stehen hier entschlossener denn je in diesem Jahr, in dem er unserm Großdeutschen Reich die Freiheit gegen den Bolschewismus und Plutokratismus erkämpfen wird, im Dienste des Führers. Wir wollen ihm unsere Herzen flammen lassen. Er hat uns in eine schwere Aufgabe eingereiht. Wir grüßen in ihm heute nicht nur den mächtigsten Staatsmann der Welt, den Schöpfer des Großdeutschen Reiches, den Gestalter der nationalsozialistischen Weltanschauung, sondern auch den größten und siegreichen Feldherrn des stolzesten Wehrmachtgebildes der Welt.

(Lebhafter Beifall)

Ich freue mich, daß wir heute aus Anlaß dieses feierlichen Tages so viele liebe Gäste in unserer Mitte begrüßen können. Allen voran gilt mein Gruß Euch, Ihr verwundeten Kameraden der Wehrmacht, die Ihr heute bei der Partei zu Besuch seid.

(Großer Beifall)

Ihr habt darum auch gekämpft, daß dieses Weichselland in die deutsche Macht kam. Seid überzeugt: Eure Wunden, Eure Opfer sind für uns stete Verpflichtung.

20.4.1942

Ich grüße die zahlreichen Vertreter der Wehrmacht, ich grüße die Vertreter der Regierung. An der Spitze aller unserer Gäste grüße ich unseren lieben Parteigenossen Gauleiter Regierungspräsidenten Krebs aus Aussig. In Parteigenossen Krebs begrüßen wir einen der Männer, die in unermüdlichem zähen Ringen dem Deutschtum der Tschechoslowakei zum Sieg verholfen haben. Wir freuen uns, daß Sie bei uns sind. Ihr Besuch ist uns eine Freude und Ehre. Bitte, sprechen Sie zu uns.

Gauleiter Krebs streift in seinen Ausführungen die Entwicklung der politischen Situation 1914-18 und gibt noch einmal ein Bild über die Ursachen, die 1939 zum Kriege führten. Wenn das Deutschland vor 25 Jahren, das seinen Gegnern noch Glauben schenkte, so führt der Gauleiter aus, sich den Frieden um jeden Preis wünschte, so wisse man, daß das deutsche Volk heute auf Befragen nur den Sieg um jeden Preis fordere.

Zum Abschluß der Kundgebung spricht Stellvertreter im Amt Hauptabschnittsleiter Stahl dem Gauleiter Regierungspräsidenten Krebs seinen Dank aus und schließt die Kundgebung mit folgenden Worten:

In einer Stunde der Erhebung weilen unsere Gedanken beim Führer, der uns wieder zu freien Menschen gemacht und uns in Stärke wieder geeinigt hat. Er führt nun dieses starke Volk im Kampfe von Sieg zu Sieg. Möge ihn die gütige Vorsehung uns erhalten, damit er seine göttliche Aufgabe erfülle. Wenn der Führer bei uns wäre, dann würden wir zu ihm sagen: "Mein Führer, wie in Deutschland, so stehen auch hier im Generalgouvernement Ihre fanatischen Kämpfer. Wir hier sind der Front am nächsten und kennen deshalb auch Ihre Sorgen am besten. Und darum geloben wir Ihnen, mein Führer, daß wir, die deutschen Männer und Frauen im General-

20.4.1942

gouvernement, unter der Führung Ihres alten Paladins, des Reichsleiters und Generalgouverneurs Dr. Frank Ihnen stets die Treue halten werden. Wir wünschen Ihnen aus heißem Herzen alles Gute und erneuern unserer Schwur: Führer, befiehl, wir folgen - die Stunde findet uns bereit." Unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Sieg-heil!

Mit den Liedern der Nation findet die Kundgebung Ihren Abschluß.

21^{15} Empfang im Hause der NSDAP.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Dienstag, den 21.4.1942

9^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

10^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Wolsegger

11^{00} Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger

SS-Obergruppenführer Krüger entschuldigt sich beim Herrn Generalgouverneur für sein Verhalten, insbesondere dafür, daß er aus nervöser Überarbeitung einen Brief an den Herrn Generalgouverneur von einem Adjutanten unterschreiben ließ, er nimmt die an diesem Tatbestand vom Herrn Generalgouverneur geübte ernstliche dienstliche Kritik unter Anerkennung seines Verschuldens an und verspricht, daß sich in Zukunft Derartiges nicht wiederholen wird; außerdem werde er sich in Zukunft pflichtgemäß wieder an allen Staatsakten des Generalgouvernements beteiligen und nimmt auch hier die sehr nachdrückliche Kritik des Herrn Generalgouverneurs zur Darnachtrachtung zur Kenntnis.

Der Herr Generalgouverneur legt dann in großen Zügen seine Einstellung zum SS- und Polizeiproblem dar; er betont insbesondere, daß in jedem Fall die Polizei nur die Exekutive einer Regierung sein und nicht umgekehrt die Regierung sich irgendwie der Polizei neben - oder unterordnen könne. Im übrigen bezieht sich der Herr Generalgouverneur für die künftige Stellung des Höheren SS- und Polizeiführers Krüger und der SS und Polizei im Generalgouvernement auf sein Übereinkommen mit Reichsführer SS Himmler. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß dieses Übereinkommen, das folgenden Wortlaut hat, zum Bestandteil des Tagebuches gemacht wird:

21.4.1942

Zur endgültigen Bereinigung des Problems des Verhältnisses von Staatsverwaltung und Polizei - SS im Generalgouvernement wird folgendes vereinbart:

I.

Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement tritt als Staatssekretär für das Sicherheitswesen in die Regierung des Generalgouvernements ein.

Die Überweisung von Dienstgeschäften erfolgt nach dem besonderen von beiden Seiten genehmigten Plan.

II.

Der Höhere SS- und Polizeiführer (Staatssekretär) untersteht unmittelbar und direkt dem Generalgouverneur, im Falle von dessen Behinderung dessen Stellvertreter.

Im Falle der Behinderung von Generalgouverneur und Stellvertreter vertritt er den Generalgouverneur.

III.

Der Reichsführer kann entsprechend dem kommenden Führererlaß dem Staatssekretär unmittelbar Weisungen erteilen. Der Staatssekretär stellt vor Vollzug das Einverständnis des Generalgouverneurs fest im Sinne des Führererlasses. Umgekehrt wird das Einverständnis des Reichsführers bei Weisungen des Generalgouverneurs festgestellt.

IV.

Der SS- und Polizeiführer im Distrikt ist in entsprechender Weise wie der Staatssekretär für Sicherheit dem Generalgouverneur, so dem Gouverneur persönlich und unmittelbar unterstellt.

21.4.1942

V.

Dem Kreishauptmann untersteht der Kreisgendarmerieführer.

VI.

Der Staatssekretär für die Sicherheit ist zugleich Vertreter des Reichsführers in dessen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums.

VII.

Im übrigen soll der Grundsatz aufgeschlossenster Kameradschaft und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und SS und Polizei ganz allgemein gelten.

VIII.

Die Formulierung von Führererlaß und Ausführungsbestimmung erfolgt gemeinschaftlich

Krakau, den 14. März 1942

gez. Frank gez. Himmler

Der Herr Generalgouverneur stellt auch fest, daß nach der Verordnung des Führers im Generalgouvernement für die Fragen der Festigung des deutschen Volkstums der Generalgouverneur zuständig sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht SS-Obergruppenführer Krüger, das SS-Begleitkommando Hildebrand, das bei weitem nicht voll ausgenützt werde, der Sicherheitspolizei mit Wirkung vom 1. Mai wieder zurückzustellen.

21.4.1942

Wegen eines allenfalsigen neuen Begleitkommandos werde er sich im gegebenen Zeitpunkt mit SS-Obergruppenführer Krüger in Verbindung setzen.

Im übrigen beauftragt der Herr Generalgouverneur SS-Obergruppenführer Krüger, sofort mit Staatssekretär Dr. Bühler, der während seiner Abwesenheit als sein Stellvertreter die Geschäfte des Generalgouverneurs führen wird, die evtl. noch ausstehenden Fragen zur Errichtung des Staatssekretariats für Sicherheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements entsprechend dem Übereinkommen Generalgouverneur - Reichsführer SS zu klären.

SS-Obergruppenführer Krüger teilt mit, daß seinem Wissen nach es jetzt darauf ankomme, daß der Führer seine Ernennung als Staatssekretär für das Sicherheitswesen vollziehe und daß er glaube, daß damit alles geregelt sei.

Bei dieser Gelegenheit betont der Herr Generalgouverneur mit Nachdruck noch folgendes:

In den gesamten Fragen des Sonderdienstes des Generalgouvernements könne es für ihn keinen Zweifel geben, daß an dessen Existenz wie an seiner bisherigen Unterstellung unter den Generalgouverneur nicht gerüttelt werden könne. Er macht SS-Obergruppenführer Krüger darauf aufmerksam, daß an den Grundlinien, die er dem Inspekteur des Sonderdienstes Rechtsrat Hammerle gegenüber schriftlich niedergelegt habe, nichts geändert werde.

Des weiteren macht der Herr Generalgouverneur ernstliche Vorbehalte über die sogenannten vertraulichen Informationsberichte, die der sogenannte SD über das Generalgouvernement dauernd ins Reich flattern lasse. Er bezeichnet sie als reine Spitzelprodukte schlimmster Art, die nichts mit der objektiven

21.4.1942

Wahrheit zu tun hätten und nichts anders seien als eine Ausgeburt des Hasses gegenüber der staatlichen Arbeit im Generalgouvernement. Er macht den SS-Obergruppenführer darauf aufmerksam, dass diese Berichte nicht etwa, da sich die Wahrheit über die wirklichen Leistungen des Generalgouvernements nicht verbergen ließen, auf die Dauer dem Generalgouvernement oder dem Generalgouverneur und seiner Regierung, sondern vielmehr der Führung des Polizeiwesens im Generalgouvernement, also dem Obergruppenführer selber schädlich werden könnten.

SS-Obergruppenführer Krüger verspricht, daß er dieser Angelegenheit nachgeht und nach dem Rechten sehen wird. Im übrigen gelobt er treueste Dienstertüllung im Rahmen der Regierung und erklärt, daß er sich freue, daß die Konflikte überstanden seien.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß ihm an Konflikten nichts liege, sondern lediglich an der Fortsetzung einer segensreichen Arbeit, daß er sich mit Reichsführer SS Himmler ausgesprochen hätte, daß am Grundsatz der Einheit der Regierung nicht gerüttelt werden könne, daß er SS-Obergruppenführer Krüger volles Vertrauen schenke und daß er ihn als wesentlichen Mitarbeiter des Generalgouvernements, der er doch von Anfang an sei, betrachte.

12[lo] Besprechung mit Finanzpräsident Dr. Senkowsky und Ministerialrat Radtke.

Der Herr Generalgouverneur macht davon Mitteilung, daß in einer neuerlichen Besprechung zwischen ihm und SS-Obergruppenführer Krüger volle Einigung zur Errichtung des Staatssekretariats für Sicherheitswesen

in der Regierung des Generalgouvernements erzielt worden sei. Eine finanzielle Mehrbelastung des Haushaltsetats werde dadurch nicht entstehen. Auch habe er vereinbart, daß das Generalgouvernement den Polizeietat weiterhin aufrecht erhalten werde. Die infolge des Nichtvorhandenseins von Polizeikräften in der beabsichtigten Höhe erübrigten Beträge könne man oder solle man vielleicht für kommende Polizeibauten gutschreiben. SS-Obergruppenführer Krüger werde darüber noch Besprechungen mit Dr. Senkowsky pflegen.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß in Krakau Beamte des Reichsfinanz- und Ostministeriums und der Reichskommissariate einträfen, um nach dem Muster der Monopolverwaltung des Generalgouvernements Pläne für eine gleiche Einrichtung in den Ostgebieten auszuarbeiten.

In der Lohnsteuerfrage sei es mit dem Reichsfinanzministerium zu einer kleinen Meinungsverschiedenheit gekommen. Da im Bialystoker Gebiet RM 4.500.- in den eingegliederten Ostgebieten RM 3.000.- und im Generalgouvernement nunmehr RM 4.200.- als lohnsteuerfrei festgelegt seien, wolle man in Berlin in den einzelnen Gebieten eine einheitliche Höhe des freien Betrages festgesetzt sehen. Auch werde der Einwand geltend gemacht, daß die Behandlung der Grenzfälle große Schwierigkeiten bereiten werde.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß das Generalgouvernement volle Finanzhoheit besitze.

Anschließend findet eine eingehende Erörterung über die neue "Aufbauzulage des Generalgouvernements" statt, die bei versetzten Beamten an die Stelle der

21.4.1942

Beschäftigungsvergütung treten und als vorläufige Regelung in Form eines Erlasses vom Herrn Generalgouverneur in den nächsten Tagen unterzeichnet werden solle. Als Grundsatz stellt der Herr Generalgouverneur auf, daß dadurch keine gehaltliche Verschlechterung Platz greifen dürfe, damit im jetzigen Augenblick nicht in die Beamten und Angestellten Unruhe getragen werde. Auf Vorschlag von Dr. Senkowsky wird der Herr Generalgouverneur den Inhalt des Erlasses Staatsminister Dr. Lammers mitteilen, um der für solche Maßnahmen notwendigen Einschaltung der Reichskanzlei Genüge zu leisten.

Dr. Senkowsky erklärt dann, daß der Stellenplan Anfang Mai an das Reichsfinanzministerium, dem auf Grund des Führererlasses in dieser Angelegenheit die Federführung obliege, eingereicht werde. Die Stellung von Staatssekretär Dr. Boepple sei noch nicht geklärt.

Der Herr Generalgouverneur bestimmt, daß für Dr. Bühler die Stellung eines Reichs-Staatssekretärs, für Dr. Boepple die eines Landes-Staatssekretärs, für Ministerialrat Wolsegger eine zusätzliche Hauptabteilungsleiterstelle des Staatssekretariats zu beantragen sei. Staatssekretär Dr. Bühler solle nach seinem Willen in Dr. Boepple einen ständigen Vertreter und in Ministerialrat Wolsegger seinen wesentlichsten Mitarbeiter erhalten; letzterer sei als Vertreter von Dr. Bühler nur anzusehen, wenn auch Dr. Boepple nicht anwesend sei. Die Stellung Ministerialrats Wollsegger sei nicht als Zwischeninstanz zwischen den Hauptabteilungsleitern und dem Staatssekretär der Regierung gedacht.

21.4.1942

12^{40} Besprechung mit Vizepräsident Fatken

12^{45} Besprechung mit Gesandten von Wühlisch

Gesandter von Wühlisch berichtet über eine Besprechung, die er im Auswärtigen Amt mit Abteilungschef Luther gehabt habe und erklärt, daß der Entschluß des Herrn Generalgouverneurs, die Reise nach Rumänien im Hinblick auf die unglückselige Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonescu gegen Ungarn, abzusagen glücklich gewesen sei. Auch Reichsminister Dr. Goebbels habe eine Einladung nach Rumänien nicht angenommen. Weiter berichtet Gesandter von Wühlisch über den Verlauf der Grenzziehungsfrage gegen Ungarn und teilt mit, daß nach der Meinung des Auswärtigen Amtes in der nächsten Zeit von der Verwirklichung einer Abänderung der Grenze gegen Ungarn kaum geredet werden könne. Die Deutsche Regierung habe in einer Note der Ungarischen Regierung vorgeschlagen, für den gesamten Komplex dieser Grenzziehungsfragen einen Sonderausschuß mit dem Sitz in Berlin zu bilden, in dem alle Fragen, insbesondere der Grenzen des Generalgouvernements gegen Ungarn in entschiedenster Weise durchgedrückt werden sollten. Er glaube nicht, daß noch in diesem Jahre an eine Änderung gedacht werden könne, insbesondere in Anbetracht der völlig ablehnenden Stellungnahme des OKW über eine während des Krieges vorzunehmende Änderung der Grenzen.

12^{50} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz

Der Herr Generalgouverneur eröffnet Dr. Coblitz die Tatsache, daß Reichsminister Rosenberg die ge-

21.4.1942

samte Ostforschung auf sein Ministerium übertragen wissen wolle. Obwohl im Gründungserlaß des Instituts für Deutsche Ostarbeit ausdrücklich darauf hingewiesen sei, daß das Institut nur für Zwecke des Generalgouvernements gegründet werde, sei es vielleicht zweckmäßig, Landgerichtsrat Dr. Taschner - Berlin zwecks Aufrechterhaltung der Selbständigkeit des Instituts für Deutsche Ostarbeit einzuschalten.

Direktor Dr. Coblitz erklärt, daß die Arbeit des Ostinstituts in den Berliner Ministerien voll anerkannt werde und daß für das Institut wohl keine Gefahr bestehe. -

Graf di Fossombrone habe an ihn den Wunsch nach Gründung einer deutsch-italienisch wissenschaftlichen Vereinigung herangetragen.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß der jetzige Augenblick zu weiteren Gründungen wohl nicht geeignet sei. Zu einer Reise nach Italien, zu der Dr. Coblitz von Graf di Fossombrone eingeladen ist, erteilt der Herr Generalgouverneur seine Zustimmung und ersucht Dr. Coblitz um Vorlage der Reisepläne.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Professor Dr. Walther und Professor Henseling in Anwesenheit von Hofrat Watzke.

Thema der Besprechung sind die Sternwarte in Krakau und die Beschaffung der notwendigen Instrumente.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberbürgermeister Tiessler - Kattowitz.

21.4.1942

13^{15} F r ü h s t ü c k

15^{45} Besprechung mit Gesandten a.D. Rümelin.

15^{50} Besprechung mit Gesandten a.D. Rümelin in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur schildert die Gründe, die ihn veranlaßten, in der Sitzung vom 15.April 1942 über die Werke des Generalgouvernements die Stellung von Gesandten a.D. Rümelin als Sonderbeauftragten des Generalgouverneurs bei den Werken als erloschen zu erklären. Er wolle nicht, daß bei Verhandlungen eines staatlichen Unternehmens wie dem der Werke der Name des Generalgouverneurs verwendet werde. Nachdem Gesandter a.D. Rümelin Aufsichtsratvorsitzender sei, erübrige sich die Beibehaltung der Sonderbeauftragtenstellung. Ganz allgemein wünsche er nicht, daß Sonderbeauftragte in Erscheinung träten. Gesandter a.D. Rümelin habe diese Entscheidung als für ihn belastend empfunden.

Nach Aussprache verfügt der Herr Generalgouverneur folgendes:

An der Eigenschaft von Gesandten a.D. Rümelin als Sonderbeauftragten bei den Werken des Generalgouvernements wird bis auf weiteres nichts geändert, bis Staatssekretär Dr. Bühler und Gesandter a.D. Rümelin durch übereinstimmende Anträge eine Aufhebung beantragen.

Er ist weiter auf eine Bitte von Gesandten a.D. Rümelin damit einverstanden, daß Staatssekretär Dr. Bühler den Teilnehmern der Sitzung vom 15.4. davon Mitteilung macht, daß Gesandter a.D. Rümelin

21.4.1942

nach wie vor das Vertrauen des Herrn Generalgouverneurs besitze.

Gesandter a.D. Rümelin erklärt noch, daß er nach Abschluß der Ostag-Angelegenheit einen kaufmännischen Vorschlag unterbreiten werde, wodurch nicht nur die letzte Rate, sondern auch der gesamte Verlust der Werke in dieser Angelegenheit ausgeglichen werden könne.

In diesem Zusammenhang verfügt der Herr Generalgouverneur, daß die Frage der galizischen Kaliwerke in die Zuständigkeit des neuen Staatswirtschaftsrats fällt.

16[15] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Staatssekretär Dr. Boepple.

17[00] Besprechung mit Kapellmeister Hindemith, Kapellmeister Erb, dem Leiter der Intendanz der Philharmonie des Generalgouvernements Haslinde und Fräulein Mikorey in Anwesenheit von Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur gibt seine Absicht bekannt, ab 1. Mai Kapellmeister Hindemith als Chefdirigenten, Kapellmeister Erb als Stellvertreter des Chefdirigenten, Herrn Haslinde als Intendanten und Fräulein Mikorey als Referentin beim Intendanten der Philharmonie des Generalgouvernements zu bestellen. Die Publizierung solle erst nach Übergabe der Bestallungsurkunden erfolgen.

Verantwortlich für die Philharmonie sei ihm der Chefdirigent. Er habe an der Entwicklung und der

21. 4.1942

Arbeit der Philharmonie des Generalgouvernements persönlich regsten Anteil. Die Philharmonie des Generalgouvernements müsse zum absolut führenden Orchester des deutschen Ostens werden. Er erwarte, daß sich seine Leistungen gerade im kommenden Sommer steigerten, da das Orchester des Staatstheaters infolge Einberufung fast aller Mitglieder zur Wehrmacht seine Arbeit wohl unterbrechen müsse. Er wünsche, daß die Mitglieder der Philharmonie nicht schlechter gestellt seien als beispielsweise Kaffeehausmusiker und daß sie finanziell über ihre Berufskameraden herausgestellt werden müßten. Die Philharmonie müsse mit dem Leiter der Hauptabteilung Propaganda ständigen Kontakt halten.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird das Programm für das kommende Jahr erörtert.

--

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Mittwoch, den 22.April 1942

9^{00} Stadtspaziergang des Herrn Generalgouverneurs in Krakau.

10^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{30} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Verordnung über den Nachrichtenverkehr im Generalgouvernement.
2. Verordnung über die Hitler-Jugend im Generalgouvernement
3. Verordnung über die Auslegung polnischer Rechtsvorschriften
4. Verordnung zur Regelung der Verordnung über die Bankaufsichtsstelle für das Generalgouvernement
5. Verordnung über die Gewährung von Familienunterhalt an die zum Sonderdienst einberufenen Angehörigen deutscher Volkszugehörigkeit
6. sechsten Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien
7. Verordnung zur Einführung des Rechts des Gesundheits- und Veterinärwesens im Distrikt Galizien
8. Verordnung über den Baudienst im Generalgouvernement

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe. Er wünscht, daß künftig nach außen nur

22.4.1942

noch vom Baudienst des Generalgouvernements gesprochen werde, während die Unterscheidung zwischen polnischem Baudienst und ukrainischem oder goralischem Heimatdienst nur mehr intern zu handhaben sei.

11^{45} Hofrat Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur 7 große Mappen mit Radierungen von Krakau von Luigi Kazimir, die erste Publikation der Botanischen Anstalten, Heft 6 der Neuerwerbungen der Staatsbibliothek sowie die neuen Hefte einiger polnischer Zeitschriften und einen Aufsatz über die Neugestaltung des Musealwesens" in der Zeitschrift "Deutschtum im Ausland".

12^{10} Der Herr Generalgouverneur überreicht dem Hauptschriftleiter des"Vorfeld" Müller in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl die Dienstauszeichnung der NSDAP. Bei dieser Gelegenheit spricht er seine Anerkennung für die neue Nummer des "Vorfeld" aus.

12^{15} Beprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

Hauptabschnittsleiter Stahl berichtet über verschiedene Parteiangelegenheiten. Weiter erklärt Hauptabschnittsleiter Stahl, daß die deutsche Bevölkerung Krakaus wieder einmal eine Großkundgebung mit dem Herrn Generalgouverneur als Hauptredner durchgeführt sehen wolle. Der ungewöhnliche Beifall, den das Erscheinen des Herrn Generalgouverneurs bei der Eröffnung der Großkundgebung beim Geburtstag des Führers hervorgerufen habe, sei ein Zeichen dafür, wie sehr der Herr Generalgouverneur und sein Wirken

22.4.1942

von den Deutschen anerkannt werde.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und erklärt seine Bereitwilligkeit, Anfang Juni in einer größeren Kundgebung zu sprechen und vor allem seine Reise nach Lemberg mit einer größeren Parteikundgebung zu kombinieren.

Hauptabschnittsleiter Stahl erstattet noch Bericht über seine Reise ins Reich und über das Interesse, das alle Kreise des Gaues Westfalen Nord seinen Vorträgen über das Generalgouvernement entgegen gebracht hätten.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Bildberichterstatter Rösner, der ihm Aufnahmen überreicht, die er bei Veranstaltungen aus Anlaß des Führer-Geburtstages aufgenommen hat.

Der Herr Generalgouverneur spricht ihm Dank und Anerkennung aus und sagt Bildberichterstatter Rösner zu, daß er mit Pressechef Gassner über seine zukünftige Stellung Rücksprache nehmen wird.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

IV/1

Krakau

Donnerstag, den 23. April 1942

9^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

10^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Schauwecker

10^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Finanzpräsident Dr. Senkowsky und Ministerialrat Radtke.

Gegenstand der Besprechung ist der von Finanzpräsident Dr. Senkowsky vorgelegte

Entwurf eines Erlasses über die Aufbauzulage für die Beamten und Angestellten des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur bemängelt an dem Entwurf den Umstand, daß die in ihm angegebenen Zahlungsbeträge auf Reichsmark abgestellt sind, und ordnet in diesem Zusammenhang an, daß künftig sämtliche Rechnungsaufstellungen aller Verwaltungen auf die Zloty-Währung abgestellt werden.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky nimmt diese Anordnung des Herrn Generalgouverneurs zur Kenntnis, gibt aber zu bedenken, daß die großen Abschlußbeträge nach wie vor auf Reichsmark gestellt werden müßten, weil sie sich auf den Reichshaushalt gründeten und in dieser Beziehung die Vorschriften des Reiches Anwendung fänden.

Weiter weist Finanzpräsident Dr. Senkowsky darauf hin, daß die vorgesehene Neuordnung auch eine Besserstellung der volksdeutschen Angestellten im Gefolge haben werde.

23.4.1942

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, den Entwurf zu unterzeichnen, und ermächtigt Finanzpräsident Dr. Senkowsky, etwa noch notwendig werdende Änderungen an dem Entwurf vorzunehmen.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird zu Fragen des Stellenplans und des außerordentlichen Haushalts und seiner Deckung durch eine Anleihe Stellung genommen.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter der Intendanz der Philharmonie des Generalgouvernements Paul Haslinde, die Kapellmeister Rudolf Hindemith und Rudolf Erb, die Sekretärin bei der Intendanz Fräulein Josefine Mikorey und überreicht ihnen die Bestallungsurkunden, auf Grund deren ernannt werden:

1. Herr Paul Haslinde zum Intendanten der Philharmonie des Generalgouvernements
2. Herr Rudolf Hindemith zum Chefdirigenten
3. Herr Rudolf Erb zum stellvertretenden Chefdirigenten
4. Fräulein Josefine Mikorey zur Referentin beim Intendanten der Philharmonie des Generalgouvernements.

11^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

19^{22} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

/9

Berlin

Freitag, den 24. April 1942

11^{15} Gründung der Landesvertretung Deutschland der Internationalen Rechtskammer im Sitzungssaal des NS-Rechtswahrerbundes Berlin-W., Tiergartenstraße 20.

Nach Vorträgen

1. des Präsidenten der Landesvertretung Deutschland Reichsamtsleiter Dr. Heuber
2. des Präsidenten der Generalsektion Recht und Rechtspflege Staatssekretärs Dr. Freisler
3. des Präsidenten der Generalsektion Verfassung und Verwaltung Staatssekretärs Dr. Stuckart

ergreift der Präsident der Internationalen Rechtskammer Reichsminister, Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren!

Ich bin außerordentlich glücklich, in dieser Stunde in unserem alten stolzen Haus des deutschen Rechtsstandes weilen zu dürfen. Es ist mir eine herzliche Freude, Ihnen, Pg. Dr. Heuber, Ihnen, Pg. Dr. Freisler, und Ihnen, Pg. Dr. Stuckart in unser aller Namen für die aufschlußreichen und auch zukunftsklaren Ausführungen, die Sie uns über die kommende Arbeit der Deutschen Landesvertretung innerhalb der Internationalen Rechtskammer gemacht haben, zu danken.

Für mich, der ich aus dem Osten komme und mitten im Tagesgetriebe eines wildumbrausten Gebietes stehe, ist es eine besondere Feierstunde, in der Hauptstadt unseres mächtigen herrlichen Reiches nun über Dinge des Rechts wieder so hoffnungsfrohe Worte zu vernehmen. Täuschen wir uns über eines nicht: die Autorität, die unsere Führung innerhalb des internationalen Rechtswesens nunmehr fast zur Notwendigkeit macht, stammt nicht

von uns; sie stammt ausschließlich vom Führer. Die gewaltige schicksalsgeballte Kraft dieses Mannes reicht heute über Räume hinweg, die unvorstellbar groß sind. Ich glaube, daß wir in Adolf Hitler eben von unserem fachlichen oder, ich möchte sagen, geschulteren Spezialstandpunkt aus den Letztgestalter der europäischen Rechtsmöglichkeiten überhaupt zu erblicken haben. Er ist der Künder der Rechtsidee der Welt, die mit dem 20. Jahrhundert beginnt, und dieses uns alle beglückende Gemeinschaftsempfinden überstrahlt unsere Aufbauarbeit.

Dem,was der Führer weltgeschichtlich leistet, was er als Gestalter der deutschen Weltanschauung des Nationalsozialismus, als Errichter des größten Reiches unserer Nation, als siegreicher Feldherr für die Kultur unseres Lebens gegenüber den Vernichtern bolschewistischer und plutokratischer Art leistet, müssen wir nunmehr als Pflicht unserer Rechtsdienergeneration eine ungeheure Anspannung anreihen. Wir dürfen uns in diesen Überlegungen auch durch nichts abbringen lassen.

Ich spreche heute hier zu Deutschen im deutschen Rahmen. Ich spreche also nicht wie morgen etwa zu den Vertretern anderer Volks- und Ländergruppen. Wir müssen davon ausgehen, daß die Rechtsidee, die Rechtsgestaltung die Rechtswirklichkeit eine Notwendigkeit sind, das heißt, daß man sich gegen sie weder geistig noch staatsstrukturell noch auch volksordnungsmäßig auf die Dauer vergehen kann. Das Recht kann man wohl einmal mit Gewalt austreiben, es wird immer wiederkehren.

Aus dieser ungeheuren Wucht unseres Empfindens, daß das Recht eine notwendige ideelle Voraussetzung unserer Gemeinschaft, eine notwendige Einrichtung des Reiches und ein notwendiger Bestandteil unseres Volkscharakters ist, aus dieser Dreiheit einer notwendigen Erkenntnis steigt auch die Treue zu unserem Gemeinschaftswerk auf, das wir nunmehr seit Wiederbeginn der Bewegung, seit 1925 mit wirklicher, ich muß

sagen, ungeheuerster Energie durchgehalten haben.

Daß das Recht eine ideelle Notwendigkeit, ein geistig-seelischer Belang ist, von dem unser germanischer Rassencharakter lebt, ist ganz unbestreitbar. Wenn Sie in die Geschichte unseres Volkes schauen, wenn Sie die großen Systeme unserer größten Denker, die gewaltigen Bekenntnisbücher großer Deutscher durch die Jahrhunderte unseres Volkes betrachten, ja, wenn Sie darüber hinaus in die germanisch-arische Urwelt eintreten und die gewaltigen, geradezu naturgesetzlich eindeutigen Bekenntnisse zum Recht erkennen, dann müssen Sie sich alle diese Notwendigkeit als eine uns aufgegebene Zeitmission voranstellen. Wir dienen nicht einer formalen Lehre, wir dienen nicht der Vermessenheit eines Standes, wir dienen nicht etwa gar einer Institution, die die Staatssicherheit hemmen und dem methodischen Klarheitscharakter unserer Staatswillensäußerungen formale Hindernisse in den Weg legen will, sondern wir dienen dem Recht als dem ältesten und stolzesten Sozialgedanken der germanischen Welt schlechterdings.

Und das, meine werten Kameraden, ist daher auch für uns eine Angelegenheit unseres weltanschaulichen Glaubens und unseres weltanschaulichen Ringens. Man kann immer wieder über die Juristen und über die Träger dieser Rechtsidee da und dort spotten. Man kann sie in dieser Richtung auch verunglimpfen. Das kann uns aber nicht hindern. Wir müssen immerwieder bekennen: "Wohl unserem Volke, daß der Führer in seinem Programm, mit dem er sein Volk und nunmehr die Welt aufrief, wie es Pg. Dr. Freisler in seinen eindrucksvollen Ausführungen betont hat, dieses deutsche Gemeinrecht als ein Ziel seiner Mission uns vorangestellt hat."

24.4.1942

Wenn so das Recht eine ideelle Erlebnisbeinhaltung unseres Volkes darstellt, so horchen Sie in diese seelische Zeit hinein! Als wir damals - und die Männer, die Sie an diesem Tisch sehen, gehören mit zu den ältesten Vorkämpfern des nationalsozialistischen Rechtslebens, - als wir drei, vier und fünf damals in Nürnberg die ersten Tagungen der nationalsozialistischen Rechtswahrer hielten, konnte man vielleicht der Meinung sein: "Wie überflüssig, wie gleichgültig, wie lächerlich ist alles das, was mit dem Recht zusammenhängt, gegenüber dem Pathos der Staatswirklichkeit, gegenüber dem heroischen Aufbruch einer tatenfordernden Zeit; wie leer ist die Beschäftigung mit Paragraphen! Kann man nicht über alle diese Dinge von papiernen Formen hinwegschreiten in den frohen Tag lichterfüllten Tatbekenntnisses?"

Aber heute wissen wir, daß es um dieses Recht der äußeren Form nicht geht, sondern darum, sich zu diesem notwendigen geistig-seelischen Urbestandteil unseres Rassencharakters zu bekennen. Daß man bei den äußeren Erscheinungsformen des Rechts - sei es in persönlicher oder sachlicher Beziehung, ~~sei es in persönlicher oder sachlicher Beziehung,~~ sei es im Hinblick auf eine da oder dort versagende Richterpersönlichkeit oder in einem da oder dort unmöglichen Gesetzestext immer wieder kritische Ansatzpunkte finden kann, das sei offen bekannt, - daß man aber über die Juristen hinweg immer wieder auch das Recht bekennen muß, das ist das Entscheidende.

Wenn demnach diese geistig-seelische Gerechtigkeitssehnsucht, dieses Rechtsidealen-Geneigtsein unseres Volkes, dieses Werben um die Wirklichkeit des Rechts innerhalb der völkischen Gemeinschaft Ausdruck eines inneren Erlebnisses unseres Volkes ist, wie notwendig ist aber dann das Recht als Einrichtung des Reiches!

24.4.1942

Unser Reich lebt aus dieser Rechtskraft unseres Volkes. Der Führer hat das Rechtsempfinden unserer Nation aufgerufen. Als man durch einen schamlosen Mißbrauch der Rechtsform in Artikeln, Paragraphen und Stücken, durch sogenannte Friedensverträge unser Lebensrecht brutal vergewaltigte, da war er der Künder dieses Lebensrechts unserer Nation. Und hierbei ging er davon aus, daß es nach diesem schicksalhaften Bekennen zum Recht unseres Volkes auch innerhalb der Völkergemeinschaft, die uns vergewaltigte, natürlich auch in unserem Leben darauf ankam, dem schöpferischen, einfachen Streben des Volkes, dem rassischen Vorrang unserer Nation gegenüber dem sinnlosen Vorrang des Hebräismus und dem Einheitsstreben unserer geistigen Position gegenüber der konfessionellen Vermottetheit zum Durchbruch zu verhelfen. In allen diesen Ausstrahlungen formte sich dann das, was wir als die großen Gemeinschaftsgesetze des Dritten Reiches erlebt haben, wo die Substanzwerte unseres Volkes eine einmalige revolutionäre Gestaltung gefunden haben.

Dieses Recht als notwendige Einrichtung des Reiches hat aber auch dieBedeutung, daß die gesamte Auswirkung des Reichsdienstes die Anwendung des Rechts im Dienste einer höheren Ordnung sein muß. Das Recht als Einrichtung des Reiches muß in jedem Fall ein Anti-Willkürschutz sein. Denn so sehr das Reich eine Notwendigkeit in dem Recht haben muß, so vergänglich und verdammenswert muß in jedem Fall die Willkür sein, die sich gegen das Volksgemeinschaftsgesetz der Rechtsnotwendigkeit vergeht. Hier müssen wir,die Träger, die Männer und offenen Bekenner dessen sein, daß das Recht etwas Heiliges ist und daß es niemals im Dienste einer persönlichen Willkür oder der gruppierten Machtdünkelsucht mißbraucht werden darf.

24.4.1942

Wenn so das Recht eine notwendige Einrichtung des Reiches ist, welch' notwendiger Inhalt unserer Volksbewußtheit ist es dann! Man darf nicht dahin kommen, daß man dieses freie deutsche Volk, voll von freien, entschlossenen, dem Schicksal mutig gegenübertretenden Persönlichkeiten, Frauen und Männern unseres Volkes, etwa umdeuten zu können glaubt in eine ausschließlich nur noch mit Zwang zusammenzuhaltende gehorsame Masse. Dieses deutsche Volk, auf seinen Boden stolz, durch das beste Opfer seiner Männer, durch das unerschütterbare leuchtende Vorbild unseres Führers in die Höhe geführt, sieht den Sinn des Sieges in der Wiedererstehung der deutschen schöpferischen Persönlichkeit, die, indem sie sich nach dem ihr aufgegebenen eigenen Schicksalsgesetz zu entfalten vermag, der völkischen Gemeinschaft eine immer höhere Entwicklung vermittelt.

Wir müssen uns zu diesem Dienst an der Persönlichkeit um der Volksgemeinschaft willen wieder bekennen. Dieser Appell an die offenen Stirnen und die offenen Herzen, dieser Appell an die Kameradschaft und an das echte Gemeinschaftsempfinden sind ein Ausdruck der Notwendigkeit des Rechts innerhalb der Volksordnung. Das können wir immer und immer wieder nicht nachdrücklich genug sagen; denn die Versuche liegen nahe, daß das, was kriegsnotwendige Gewaltanwendung mit sich bringt, einmal zum Staatscharakter mit Dauerform werden könnte. Unterscheiden wir das sehr wohl, daß die Gewaltanwendung dort, wo sie um des äußeren Schicksals willen geschehen muß, nicht in eine Dauerinstitution unter Ausschaltung des Rechtsweges und Beseitigung des unabhängigen Richtertums, nicht in eine dauernde Gewaltanwendung umgefälscht werden darf. Dieser Staatswesenscharakter derGewaltanwendung ist justament das, was wir im Bolschewismus bekämpfen. Dort wurde die Ge-

walt zum Staatsgrundsatz erhoben. Bei uns aber soll die Gewalt nur die äußere technische Verwirklichungsaktion des gemeinsamen Rechtsdienstes sein.

Ich weiß, daß dies die Probleme sind, mit denen wir im Rechtsstand zu tun haben; ich weiß auch, daß man über diese Dinge da und dort heute vielleicht eine andere Meinung haben wird,. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß es auch schwierig ist, inmitten einer der größten weltgeschichtlichen Auseinandersetzungen, die ungeheure Einbrüche in das Leben des Einzelnen mit sich bringen muß, - ja, daß es heute geradezu konträr klingt, von der Freiheit der schöpferischen Persönlichkeit, von der Notwendigkeit eines Appells an die offenen Herzen und Stirnen zu sprechen. Aber es ist nichtsdestoweniger notwendig, daß dieses Licht, von dem der Führer in einer seiner großen Reden sprach, das von dem antiken Griechenland aus seit nunmehr zwei Jahrtausenden durch die europäische Kultur strahlt, - daß dieses Licht der schöpferischen Persönlichkeit, der geisterfüllten Idee, das Licht der Kulturbewußtheit als des entscheidenden Inhalts des Lebens auf diesem Planeten gerade in der Rechtsidee unseres Volkes lebendig zu bleiben hat.

Wir wollen den Opfertod der Besten unseres Volkes von unserem Standpunkt aus dadurch weihen, daß wir ihnen auf ihre fernen Gräber das Bekenntnis legen: Ihr seid für ein Volk höchster Berufung, für das Volk Adolf Hitlers, für das Reich des kommenden Rechtes im Kampf gegen das Reich der Willkür und Gewalt gefallen.

Ich rufe Sie wie immer nun seit Jahren dazu auf. Allen denen, die heute hier erschienen sind, danke ich dafür, daß sie auch in diesem Sinn eine hohe Kriegsaufgabe zu erfüllen sich anschicken. Die Hoffnung auf dieses Recht, auf diese Ordnung, auf diese Sicherung des Gemeinschaftslebens, auf dieses immer wieder Beken-

nen, daß dem, der nicht Unrecht tut, auch der Staat nicht mit Härte und Schärfe und Freiheitsentzug und Lebensentzug begegnen wird, die Hoffnung darauf, daß in unserer Gemeinschaft der Richter wieder als eine der alten tragenden germanischen Gemeinschaftsfiguren erstehen wird, muß in uns den lebendigsten Ausdruck finden. Wenn ich heute in die Masse unseres Volkes, wenn ich in das Erleben der Hunderttausende unserer Soldaten schaue, die auch bei mir an meiner stolzen Burg in Krakau vorbeiziehen, so weiß ich, daß das, was wir einmal in einer kleinen Gruppe in Nürnberg begonnen haben, heute im weiten Volk der Deutschen aufsteigend die Gemüter bewegt, daß die Rechtssehnsucht die große Hoffnung der geistesgeschichtlichen Position dieser Zeit ist.

Für die Deutsche Landesgruppe wird es daher eine hohe Sendung sein, mit der Fülle der unmittelbar aus den Tagesbedürfnissen aufsteigenden praktischen Notwendigkeiten in der Zusammenarbeit der Völker, aber wiederum im alten besten Traditionssinne der deutschen Führung in der Welt, die geistige friedensmäßige Führung in diesem Sinne zu übernehmen. Ich möchte Euch deshalb auch das Wort mit auf den Weg geben, daß wir Deutsche immer lieber tot gewesen wären, als Sklaven zu sein. Wir dürfen nicht ein Europa mit Gewalt- und Willkürherrschaft und Terror aufbauen, wie ihn das bolschewistische oder das englische Prinzip in Indien mit sich bringt, sondern es muß, wie es unser Führer Adolf Hitler und Mussolini bei ihren letzten Kundgebungen im Jahre 1941 formulierten, ein Europa aufgebaut werden, in welchem das Lebensrecht der aufrechten europäischen Völker gewährleistet ist. Ein Stück Arbeit dazu zu leisten, ist auch Ihre Aufgabe. Wir deutschen Rechtswahrer können es nur begrüßen, wenn Männer wie die Parteigenossen Dr. Heuber, Dr. Freisler und Dr. Stuckart die Aufgabe übernommen haben, Führer und Gestalter auf diesem Gebiete zu sein. Daß Sie, Pg. Ohnesorge, auch mit am Werke sein wollen, erfüllt uns mit besonders großer Freude.

24.4.1942

Sind Sie doch derjenige, der das Wort in die Welt bringt und das Wort zu uns wieder zurückholt.

Somit erkläre ich die Arbeit der Deutschen Landesgruppe in der Internationalen Rechtskammer für eröffnet.

--

/9

Berlin

Samstag, den 25. April 1942

11[00] Offizielle Sitzung der Internationalen Rechtskammer (Landesvertretung Deutschland) im Festsaal des N.S. - Rechtswahrerbundes, Berlin-W., Tiergartenstraße 20.

Zu Beginn der Sitzung ergreift der Präsident der Internationalen Rechtskammer Reichsminister Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Ansprache:

Werte Anwesende! Exzellenzen! Arbeiter des Rechts aus den Ländern Europas und Japan!

Es ist für mich eine stolzes Gefühl, Sie hier in dem Festsaal der Zentrale des Deutschen Rechtsstandes in einem feierlichen Moment willkommen heißen zu dürfen. Sie sind in das nationalsozialistische Reich gekommen, um mit uns gemeinsam jene Fragen zu erörtern und allenfalls in Form zu bringen, die, der Neuordnung der Welt vorandenkend und voranformend, jene Grundsätze aufstellen sollen, die für alle Zukunft die Wiederkehr des Elends verhindern mögen, dessen Ausdruck auch dieser gigantische Krieg ist. Unser Führer Adolf Hitler steht heute weit erhaben über die Zonen seiner eigenen Heimat, seines deutschen Volkes als der gigantischste Neugestalter des Lebens auf dieser Erde. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir in seinem Namen voll Stolz auch der neuen Rechtsidee zum Durchbruch verhelfen wollen, die mit dem Begriff einer Kombination des

nationalen und

und sozialen Ideals verbunden ist.

Ähnlich der unseren ist die Entwicklung in allen von neuen stürmischen Ideen erfüllten Völkern gelaufen. Besonders nahe liegt das Beispiel des faschistischen Italiens Benito Mussolinis, des Ungarns Horthys, des Spaniens Frankos, ähnlich geht heute auch die Entwicklung, den modernen Linien nacheifernd, etwa in Norwegen unter Quissling. Alle diese Länder und Völker gleichen sich in diesen Grundsätzen. So ist es auch, wenn der Marschall Antonescu in Rumänien, wenn König Boris in Bulgarien, wenn der Poglavnik in Kroatien, wenn Salazar in Portugal, wenn selbst Marschall Pétain in Frankreich diese Parole ausgeben, wenn das Gemeinschaftsempfinden zur europäischen Welt von uns genau so stark betont wird im brüderlichen Verein mit dem neuerstehenden großen asiatischen Weltreich des Tenno Japans. Wenn wir uns machtvoll aufrichten und sagen: ein neues Jahrtausend junger Völker bricht an, eine neue Form der Staatsgestaltung ersteht im Sozialismus, der den Millionen-Massen dieser heranwachsenden Völker, die blühen und sich entwickeln wollen, das Leben gibt, dann ist es ein kläglicher Abgrund, der sich vor uns auftut, wenn wir von dieser selbstsicheren zukunftsstrahlenden Bedeutsamkeit unseres Vorhabens weg auf die vermottete, verrottete Welt der Vergangenheit, der Gewalt und des Terrors, der Tränen, des Hungers, der Vergewaltigung und Ausplünderung blicken, die sich unter den Namen England, Vereinigte Staaten von Nordamerika oder dem Namen des bolschewistischen Reiches bergen. Hier gibt es keine Versöhnung mehr. In diesem Ringen wird die Jugend, wird das siegreich strahlende Zeichen des ehrlichen Wollens stärker sein als der Dividenden, Zinsen- und Gewaltkult derer, die heute im Kriege gegen Adolf Hitler, gegen Japan und gegen das Italien Benito Mussolinis stehen.

25.4.1942

Diesem neuen Ideal der Gerechtigkeit, der Einheit, der nationalen Geschlossenheit und sozialen Kameradschaft entspricht ja in allem der grandiose Opfergang, den diese Völker nunmehr im Kampf gegen die Machtträger der Vergangenheit angetreten haben.

Ich komme aus dem Osten. Die Stellung, die mir der Führer in diesem Krieg zugedacht hat, die des Generalgouverneurs im ersten Nebenland des Großdeutschen Reiches, dem Generalgouvernement, bringt mich tagtäglich mit den Soldaten des jungen Europa in Verbindung, die durch unser Land kühn und mutig und tapfer an die Front ziehen, die Freiwilligen aus allen Völkern und Ländern, die mit uns verbündeten Truppen. Ich weiß, daß in diesen Soldaten nur der eine Geist lebendig ist, mit frischer Kraft der völligen Erneuerung unseres Lebens entgegenzuschreiten. Dafür ist kein Opfer zu groß, und kein Tod kann hier die Trennung sein. Noch niemals war ein Krieg so notwendig wie dieser. Man soll an ihm nicht Kritik üben. Dieser Krieg ist kein Verhängnis, er ist kein Vergehen gegen eine normale, allenfalls diplomatisch lösbar gewesene Formung politischer Relationen. Dieser Krieg ist nicht etwa ein Fehler der Führung, sondern dieser Krieg ist das uns vom Schicksal aufgegebene stolze Tor in die Freiheit. Er ist eine Notwendigkeit; denn die Gewaltherrschaft über die Erde kann man nur durch die Stärke der Waffen derer, die das Opfer dieser Gewaltherrschaft waren oder werden sollten, beseitigen, nicht aber durch Überzeugen- oder Überredenwollen allein, nicht durch blasses diplomatisches Formulieren, nicht durch ein Zusammensitzen in Sitzungssälen und Debattieren über allenfalls bessere gegenseitige Lebensbedingungen. Wir würden es auch ablehnen, daß man diesen Völkern, die den Stolz in sich tragen, trotz ihrer vitalen Jugend über eine Staatsgeschichte zu verfügen, die unendlich viel älter und würdiger und weihevoller ist als die Geschichte jener

jungen Parvenuunternehmungen, die sich zusammen-getan haben, um mit sinnloser leerer Gewalt die Völker zu unterdrücken, das Geschenk eines Friedens anböte, der nur die Gewalt verewigen würde. Wenn sich heute das Kaiserreich Japan in seiner dreitausendjährigen Geschichte aufrichtet, dann richtet sich ein Staat auf, der schon Tausende von Jahren glorreicher Geschichte hinter sich hatte, als die Vereinigten Staaten gnädigerweise überhaupt erst von Europa entdeckt und besiedelt wurden. Auch das heilige Deutsche Reich, das tausendjährige Ungarn, und welche Länder man immer nennen wolle, sie waren alt und würdig, sie waren stolz im Heldentum, in Größe, in Glauben und Kulturleistungen, als man dort noch Wüsten kannte und kaum beherrschbare Gebilde an Territorien und menschlichen Formen.

Wir haben daher die Kombination der alten Kulturtraditionen und der vitalen jungen Lebenskraft als das Kennzeichen auch unseres Rechtsideals anzusehen. Ganz zweifellos hat der Gedanke der Internationalen Rechtskammer die Zusammenfassung alles dieses Neuströmens, dieses Neuwerdens, dieses gigantischen Sichaufrichtens auf allen Gebieten in sich zu tragen, auf denen das Recht als ordnende Lebensmacht in der Volksgemeinschaft in Erscheinung tritt. Die Internationale Rechtskammer ist ein Institut, bestimmt, diesen Völkern, die sich zu dem Ideal, dem der Sieg dieses Krieges den Durchbruch geben wird, bekennen, die rechtlichen Formen in gegenseitiger Angleichung nahe zu bringen. Sie ist kein Instrument, die uns Deutschen besonders aufgegebene Form des Nationalsozialismus Adolf Hitlers einfach auf andere Völker zu übertragen, oder gar der Versuch, den potentiellen Vorrang der Stärke unseres Reiches rechtsreformatorisch durch Aufzwingung von Rechtsformen gegenüber anderen Ländern zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen

als Deutsche, als Nationalsozialisten, als Beauftragte des Führers ihnen nur die Möglichkeit geben, in Verbindung mit uns den modernen Ideen auch in anderen Ländern, sofern es diese selbst wünschen sollten, zum Durchbruch zu verhelfen. Eine irgendwie geartete Beeinflussung also der einzelstaatlichen Gesetzgebung durch uns soll in keiner Weise beabsichtigt oder gar verwirklicht werden.

Hämische Kritiker vor allem der Feindstaaten haben sich mit der Gründung der Internationalen Rechtskammer in diesem Sinne beschäftigt. Diese Methode haben wir nicht. Wir Deutsche waren vielleicht das Volk Europas, das trotz größter Kulturleistungen, trotz größter Reichsgründungen immer wieder das Opfer gutmütigen, vornehmen sich Zurückhaltens geworden ist. Was wir im Laufe der Jahrhunderte trotz unserer Stärke an Vergewaltigungen erlebten, was noch die jüngste Geschichte in Gestalt des sogenannten Versailler Vertrages uns an Elend durch das Zusammenwirken der internationalen, liberalen, demokratisch sich nennenden Welt der Juden und der Freimaurer aufgebürdet hat, das freilich soll niemals wiederkehren. Wir haben daraus selbst gelernt, daß man ein starkes Volk nur dann glücklich machen kann, wenn man ihm die Stärke beläßt und jedem Volk - sei es auch das zahlenmäßig kleinste - den Glauben läßt, daß es nicht auf die Zahl der Menschen eines Volkes ankommt, daß die Größe eines Volkes kein Ausdruck der numerischen Zahl ist, sondern die seelische Beschaffenheit soll der Ausdruck eines Volkes sein. Ein kleines Volk mit einem großen Ideal ist ein großes Volk, und ein zahlenmäßig riesiges Volk, das ideenlos ist, ist und bleibt ein kleines Volk. So müssen wir die Dinge sehen. Weil wir dieses Ideal in uns tragen, prunken wir nicht mit der Stärke und Größe unserer Macht, die freilich - heute können wir es wirklich sagen, - eine so

stolze Stärke in sich birgt, daß ich nicht weiß, wer heute imstande sein könnte, gegen die Wehrmacht Adolf Hitlers anzutreten. Weil dem so ist, geziemt es sich, in einem so eminenten Kulturbereich wie dem des Rechts von vornherein zu bekennen, daß wir Nationalsozialisten in uns ein klares Rechtsideal tragen. Für uns gibt es freilich kein Schwanken und kein Zurück. Wir haben uns im Kampfe diesen Weg mühsam geistig erringen müssen. Der Führer hat das, was wir heute dem Parteiprogramm unseres völkischen Daseins zu Grunde legen, aus der tiefsten Genialität seines Wesens, aus der einzigartigen Erkenntnis der Kräfte und Notwendigkeiten seines Volkes ebenso wie aus der schärfsten Erfassung der Möglichkeiten seiner Nation zusammengeballt. Dieses Parteiprogramm birgt in seinem Punkt 19 den berühmten Satz, daß wir das deutsche Gemeinrecht schaffen wollen. Im Zusammenhang mit alledem, was sonst dem Nationalsozialismus an weltanschaulichen, an staatskonstruktiven Volksordnungs- und Volksführungsaufgaben aufgegeben ist, bedeutet es, daß wir des nationalsozialistischen Reiches als Träger eines rechtsgesitteten Gemeinschaftsorganismus gewiß sein können. Nicht die Willkürherrschaft von Dilettanten, sondern das Ideal einer klaren nationalsozialistischen unabhängigen Rechtsfindung steht im Mittelpunkt unseres sozialen und staatlichen Aufbaues. Wir kennen nur die Notwendigkeit, mit allen Mitteln gegen den Feind anzutreten, der uns unser inneres Glück, sei es von außen oder von innen, wieder zerstören will.

Alles, was dieses Deutsche Reich an Gesetzgebung schafft, dient nicht einem Stande, nicht einer Klasse, nicht einer Konfession, nicht irgendeinem abgespaltenen Sonderteil, sondern der totalen Gesamtheit unseres Volkes. Dieses ist der Sinn unseres Sozialismus, der Sinn unseres Nationalismus; deshalb mußte auch der Jude

in jeder Form aus Deutschland verschwinden. Mit ihm war ein Zusammenleben nicht mehr möglich; denn in ihm sahen und erkannten wir den Zerstörer unseres völkischen Glückes. Man muß Europa in den letzten Jahrzehnten erlebt haben, um zu wissen, welch' grauenhaften Terror die jüdische Rasse über unser Volk ausgeübt hat. Wir wollen auch in Deutschland nicht wieder in jenen Wirrwarr unserer Kleinstaaterei, unseres konfessionellen Haders, unseres Klassenkampfes zurückkehren. Wir werden als Nationalsozialisten eherne Wache beziehen, daß im Rahmen des Deutschen Reiches der Vorrang des Deutschtums gewahrt bleibt. In einem Staatssystem des 20.Jahrhunderts und der kommenden Jahrhunderte kann man auch müde, faule Drohnen, Müßiggänger, Parteigänger fremder Ideen nicht mehr brauchen. Wir sind ein schaffender Staat: Millionen unserer Deutschen sind Arbeiter des Geistes oder der Faust. Schauen Sie unsere Betriebe an, wie dort allüberall von früh bis abend und von abend bis früh sich die Menschen mühen, wie sie schaffen, wie das große Glück unserer Nation darin liegt, tütig sein zu dürfen. Wir haben ja auch das Elend erlebt, als Millionen unserer Volksgenossen unter dem Schutz einer sogenannten marxistischen Sozialgesetzgebung arbeitslos auf den Straßen herumirrten. Als der Führer im Jahre 1933 die Macht übernahm, zählte Deutschland 8 Millionen Erwerbslose.

Auch der Bauer steht ebenso wie der Arbeiter im Mittelpunkt unserer Betrachtungen. Damit der Bauer die heimische Scholle bebauern konnte, damit wir in der Frucht des Ackers eine der großen Gnadengaben des Himmels erblicken können, für die wir bei jeder Ernte dem Gott unseres Volkes auf den Knieen danken, und damit dieses Werk der bäuerlichen Kultur als Grundlage unserer Gemeinschaft sichergestellt werden konnte, mußten die Erbhöfe geschaffen werden, und diese große Aufgabe ist nun auch durchgeführt worden.

25.4.1942

Die Wehrhaftmachung unseres Volkes war für uns Deutsche eine geschichtliche Selbstverständlichkeit. Nur die Völker, die bereit sind, mit der Waffe in der Hand für die Wohlfahrt der Gemeinschaft einzutreten, sind fähig, diese stolze Aufgabe zu erfüllen.

An der Spitze unseres Reiches steht in Adolf Hitler nicht nur der gewaltige Schöpfer unserer Weltanschauung, nicht nur der Gründer des größten Reiches, sondern auch der genialste Feldherr, den das deutsche Volk jemals in seiner Geschichte gehabt hat. Wir grüßen mitten in diesem großen Krieg, der in seine entscheidendste Phase eintritt, in Gedanken alle die mit uns Kämpfenden, alle die Völker, die sich zu diesem Ideal bekennen, die das Verrottete, Vermottete, das Fäulnisbazillentragende der früheren Zeiten zu beseitigen gedenken und neuen Formen entgegenstreben, jedes Volk auf seine Art. Diese Art der Völker, die Art der Sprache, die Pflege der Trachten, die Pflege des Nationalcharakters sollen ja gerade für uns ein tragendes Element der Beglückung sein. Nicht die Nivellierung, nicht das Prinzip des sogenannten "juste milieu" sollen im Mittelpunkt unserer Betrachtung stehen, auch nicht die Vermassierung der Völker durch übersteigerte Disziplinierung. So wird die Möglichkeit gegeben sein, daß wir mit unserer nationalsozialistischen Rechtsordnung die Autorität der Führung der Gemeinschaft und die freischaffende stolze bewußte Persönlichkeit des Volkstums kombinieren.

Die Internationale Rechtskammer wird daher von diesen Idealen größter Art, wie sie unserer Generation gestellt sind, ausgehend allen Völkern helfen, zu ihrem Recht zu kommen. Dieses Recht sieht jedes Volk darin, daß es auf seine Weise seinem völkischen Gemeinschafts- und Glücksideal entsprechen kann. In Europa soll nicht eine Angst vor der deutschen Führung dieses Raumes herrschen, sondern alle Völker sollen die gewinnende Über-

zeugung haben, daß das starke Deutsche Reich auch eine Stärkung jeder Volksindividualität mit Lebensrecht in Europa darstellt. Wir werden uns daher bemühen, die einzelnen Landesvertretungen zu frei sich äußernden Vertretungen ihrer völkischen Rechtsideale zu machen, mit ihnen zusammenzukommen, da und dort zu tagen und die großen Probleme auf weite Sicht zu erörtern.

Neben diesem idealen Streben stehen eminent praktische Aufgaben. Dieses Europa in seiner heutigen staatlichen Gliederung bedarf eines engeren über die Grenzen sich auswirkenden staatlichen Gemeinschaftslebens. Eine Fülle von Aufgaben zwingt heute die Völker in gemeinsame Beziehungen auf allen Gebieten des Lebens, der allgemeinen Verwaltung, des Verkehrs, der Wirtschaft, der Staatsangehörigkeit, der polizeilichen Sicherungsfaktoren usw.. Überall ist die Notwendigkeit gegeben, die gegenseitigen Beziehungen in von beiden Teilen freiwillig akzeptierten, für beide Teile nützlichen Normen zu regeln.

Diesem großen, unmeßbaren und in seiner Bedeutung gar nicht überschaubaren Aufgabenfeld der schöpferischen Rechtsfindung wird die Internationale Rechtskammer gern ihre Arbeit leihen. In einem Zeitpunkt, in dem die Technik über die Ätherwellen die Verbindung mit den Völkern erleichtert, in dem nach dem siegreich beendeten Krieg die in diesem Krieg siegreichen Völker schon um des gemeinsamen Kriegserlebnisses willen enger zusammenwachsen werden, wird selbstverständlich das gegenseitige Hin- und Herwogen des Lebens über die Grenzen Europas immer schöner, gemessener, sicherer und rechtsklarer werden müssen. Hier wird es darauf ankommen, vieles, was sich in diese Rechtsbeziehungen, in die gegenseitigen rechtsformalen Normierungen der Staaten im Laufe der Jahrzehnte an altmodisch überflüssigem Kram eingeschlichen hat, zu beseitigen und auch hier

der modernen Welt der Einfachheit, der Präzision, der Klarheit, der Zielsicherheit und Zweckmäßigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Hier wird es eine Art völliger Reformierung der zwischenstaatlichen Rechtsbeziehungen geben. Es wird nicht so sein, daß jeder, der über die Grenze gehen will, nun als Feind angesehen wird, sondern man wird ihm helfen, über die Grenze zu kommen. Er wird wissen, daß er jenseits der Grenzen als Freund aufgenommen wird. Die Fülle der allgemeinen Beziehungen, die heute auf der Welt lagert, in Gestalt der Devisenschutzbestimmungen, der Reiseerschwerungen, der Paßschwierigkeiten und Verkehrshemmungen aller Art, wird einer zweckmäßigeren Lösung gern Raum geben.

Auch eine Fülle von anderen Momenten gibt immer wieder Anlaß, die juristischen Beziehungen zwischen den Ländern zu pflegen. Sie brauchen nur die Gesetz- und Verordnungsblätter der einzelnen Länder Europas nach den internationalen Rechtsabmachungen oder rechtswichtigen Übereinkommen durchzusehen, um zu ermessen, auf welch' ungeheures Feld der Tätigkeit der Internationalen Rechtskammer ich hierbei anspiele.

Das Recht ist ein Ideal; das Recht ist eine Norm; das Recht ist eine Wirklichkeit. Es ist ein Ideal, das notwendig ist, weil es gerade gesittete junge Völker brauchen als Ergänzung zur Sitte und als Ergänzung zu der nun immer notwendiger werdenden Zusammenfassung und Zusammenballung der staatlichen Macht. Das Recht ist das Schutzorgan des Volkes, auch des schwachen einzelnen Menschen. Der Große, Mächtige in einem Staatsgebilde kann sich leicht, seine Lebenssphäre durchsetzend den Raum schaffen, den er braucht. Der kleine Volksgenosse aber bedarf der Rechtszone, die ihm die Gemeinschaft gewährleistet, in der er leben, wirken und sich entwickeln kann. Man darf die Sehnsucht der europäischen und auch der anderen jungen Völker nach dieser Entwicklung ruhig als das Sozialkriterium unserer Zeit

bezeichnen. Die Sehnsucht nach Rechtssicherheit, die Sehnsucht nach der Erfüllung des möglichst hochwertigen Verwirklichungsprinzips der allgemeinen Gerechtigkeit ist so stark, daß sie einer elementaren Macht seelischer Potenz entspricht. Hier ist auch ein großes Stück Erziehungsarbeit zu leisten. Manchmal täuscht man sich über den durchschlagenden Erfolg der Exekutivmaßnahmen, wenn man sie rein betrachtet nach der Zweckmäßigkeit der Gewaltanwendung schlechterdings gegenüber den gewaltunfähig Unterworfenen. Das Recht ist also ein notwendiger Bestandteil der sozialen Idee. Das Recht gehört als Norm in den Aufbau der Staaten.

Freilich konnte in die internationale Rechtskammer keine staatliche Gemeinschaft aufgenommen werden, in der etwa die bolschewistischen Prinzipien der Willkür, der Vergewaltigung der Massen oder der Omnipotenz der Tscheka irgendwie zum Durchbruch kommen würden. Desgleichen konnte in die Internationale Rechtskammer keine staatliche Gemeinschaft aufgenommen werden, die in sich das Prinzip trägt, daß das Gewinnstreben des Einzelnen unter allen Umständen auch den nationalen Belangen voranzugehen habe. Daher ist die Zeit für die Möglichkeiten der im anglo-plutokratischen ebenso wie im bolschewistischen System bestehenden Rechtsprinzipien vorbei. Gerade hier liegt einer der Hauptangriffspunkte der Weltpropaganda gegen uns. Sie entsinnen sich, mit welchem Nachdruck man gerade darauf hinwies, daß die autoritären Systeme das Recht des Einzelnen vergewaltigten, während die sogenannten liberalistischen Systeme das Recht des Einzelnen in den Vordergrund, ja in den Höchstrang ihrer Rechtsauffassung stellten. Das Elend der Massen in England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ganz zu schweigen von dem völlig unvorstellbaren Elend der russischen Massen, das wir aus eigener Anschauung im Osten kennengelernt

haben, spottet jeder Beschreibung. Man muß daher mit Fug und Recht das schärfste Verdammungsurteil über jene Heuchelei ausdrücken, die dieses in Form gebrachte Vergewaltigungsunrecht der sogenannten Demokratien der Welt uns gegenüberstellen will, die wir nur eine Sorge haben, unsere Völker und Volksgenossen zum Glück, zur Freiheit und segensreichen Entwicklung des Einzeldaseins emporzuführen.

Wir können daher sagen: das Recht lebt überhaupt nur in uns, lebt nur in den Gemeinschaften, die dem einzelnen Volksgenossen die Stimme des Blutes zubilligen und sagen: "Weil Du Volksgenosse bist - ganz gleich, ob Dich eine arme oder eine reiche Mutter geboren hat, ob Du in einem Hinterhaus oder in einem Palast zur Welt gekommen bist -, wenn Du Dich als Volksgenosse bewährst, dann wirst Du einmal des Höchstranges in der Gemeinschaft für fähig erklärt werden." Und diese Auffassung wird sich durchsetzen. Wir sind so selbstsicher und zukunftsklar, daß wir mit diesen liberalistischen pseudojudäischen Methoden einer sogenannten Rechtskultur der Demokratien sehr rasch fertig geworden sind.

Wir haben daher in der Internationalen Rechtskammer die Aufgabe, uns als das Rechtsgewissen dieser jungen Völker im Kampfe gegen den Bolschewismus und den Plutokratismus zu bezeichnen. Hier soll ein Areopag von Männern erstehen, die sich aus den Völkern dieser kämpfenden Nationen sammeln, in der klaren Erkenntnis, daß die Methoden von früher versagt haben, daß nunmehr die neue Welt, eine neue Epoche beginnt, die der Arbeit, der Ehre, der Tapferkeit, der stolzen Gemeinschaft, des nationalen Aufstieges und der volksgenössischen Persönlichkeit.

Seien Sie bedankt für Ihr Erscheinen. Die Hauptstadt des Großdeutschen Reiches Adolf Hitler grüßt Sie,

die Sie aus allen Ländern hier zusammengekommen sind, grüßt die Vertreter aller Länder, die der Internationalen Rechtskammer angehören. Wir deutschen Rechtswahrer sind glücklich, Sie hier bei uns begrüßen zu können. Seien Sie überzeugt, daß wir uns als Ihre Freunde, als Ihre Kollegen, als Ihre Kameraden ansehen. Wir sind glücklich, zu wissen, daß wir ein groß' Stück des Weges nun zurückgelegt haben. Was noch kommen wird an Kämpfen, ist nur die Auswertung dessen, was unsere braven Soldaten gemeinsam geleistet haben. Ob das nun der Heldenmut unserer Soldaten im Osten ist, die in den letzten Monaten das schwerste soldatische Schicksal, das jemals einem Volk zugemutet wurde, mit Stolz und Würde getragen haben, ob es der fanatische Heldenmut unserer Verbündeten ist, ob das die Kämpfer im fernen Osten sind, die in der jugendlich aufstürmenden Kraft ihrer Rasse mit den überlebten Formen der Welt fertig werden - es ist immer dasselbe Ringen dem Licht entgegen. Möge der ewige Herrgott so, wie er unsere Völker gesegnet hat, damit sie dieser Zukunft entgegenschauen dürfen, wie er unseren Völkern die Führer gegeben hat, die bestimmt sind, diesem Schicksal als Meister entgegenzutreten, auch unserer Arbeit seinen Segen verleihen!

--

9

Berlin

Sonntag, den 26. April 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

Montag, den 27. April 1942

11^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht in Begleitung des Bevollmächtigten Dr. Heuber die Werbestelle des Generalgouvernements in Berlin, Unter den Linden, und besichtigt die in ihren Räumen befindliche Ausstellung von Werken, die deutsche Maler im Generalgouvernement geschaffen haben. Der Herr Generalgouverneur kauft verschiedene der ausgestellten Gemälde an.

13^{00} Besprechung mit Reichsminister Rosenberg.

15^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Gerteis und Finanzpräsident Dr. Senkowsky im Ministeramt.

16^{00} Besprechung mit Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller, Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Gerteis und Finanzpräsident Dr. Senkowsky.

19^{21} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München

Dienstag, den 28.April 1942

bis

Donnerstag, den 3o.April 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

END OF

VOL. # 18

R.6

END OF

VOL. #18

R.6

END OF

VOL. # 18

R.6

END OF

VOL. #18

R.6

END OF

VOL. #18

R.6

END OF

VOL. # 18

R. 6

END OF

VOL. # 18

R.6

END OF

VOL. # 18

R.6

END OF

VOL. #18

R.6

END OF

VOL. # 18

R.6

VOL. II. 19

R 6.

VOL. # 19

R 6.

8C

Freitag, den 1.Mai 1942

bis

Sonnabend, den 16.Mai 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

X/9

Kressendorf

Sonntag, den 17. Mai 1942

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

X/9

Kressendorf

Sonntag, den 17. Mai 1942

19^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

IX/9

Krakau

Montag, den 18. Mai 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

11^{15} Überreichung des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse an Staatssekretär Dr. Bühler

11^{45} Besprechung mit Pressechef Gaßner

16^{00} Besprechung mit DRK-Oberstführer Dr. Heller und seinem Stellvertreter Dr. Graeger.

16^{15} Besprechung mit SA-Oberführer Peltz

20^{00} Der Herr Generalgouverneur besucht einen Vortrag von Colin Roß im Ostinstitut.

21^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IX/9

Krakau

Dienstag, den 19. Mai 1942

9^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

12^{00} Feierliche Amtseinführung des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen in der Regierung des Generalgouvernements SS-Obergruppenführers Krüger in Anwesenheit von Vertretern aus Partei, Staat und Wehrmacht.

III/9 Der Herr Generalgouverneur ergreift das Wort zu folgender Ansprache:
Meine Herren! Ich habe Sie hier zusammengebeten, um mit Ihnen den Abschluß des organisatorischen Aufbaues des Landes "Generalgouvernement" als Nebenland des Großdeutschen Reiches heute feierlich zu vollziehen.

Als wir zu Beginn unserer Arbeit die ersten organisatorischen Grundlagen aufbauten, schuf ich einen "Chef des Amtes" und neben ihm den "Höheren SS- und Polizeiführer" als Leiter der Exekutive. Im Laufe der nun schon fast 3 Jahre währenden Entwicklung hat sich die Regierung des General/gouvernements herausgebildet, und in immer stärkerem Maße die Notwendigkeit gezeigt, im Generalgouvernement die präziste und klarst überschaubare Organisation der polizeilichen Exekutive aufzubauen.

Ich möchte den heutigen Anlaß benutzen, um Ihnen, Parteigenosse Krüger, in unser aller Namen - darüber hinaus im Namen aller Polizei- und SS-Kräfte des Generalgouvernements - des Führers und meine Anerkennung für die angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten dieses Raumes gerade auf dem Gebiet der Sicherheit geleistete Aufbauarbeit zum Ausdruck zu

bringen. Ich habe diese Anerkennung wiederholt den Polizei- und den SS-Kräften gegenüber ausgesprochen und möchte das heute in besonders feierlicher Weise tun, weil mir ein so schöner Anlaß dazu gegeben ist.

Nachdem die Regierung des Generalgouvernements aufgebaut ist, sind nunmehr auch die gesamten Fragen des Polizei- und Sicherheitswesens in engstem Einvernehmen mit Parteigenossen Himmler besprochen worden. Das Ergebnis dieser Besprechungen liegt in einem Führererlaß vor, der die Frage der Zusammenarbeit von Generalgouverneur und Polizei im Generalgouvernement endgültig regelt. Der wesentlichste Inhalt dieses Führererlasses ist in einer Urkunde niedergelegt, die ich Ihnen, Parteigenosse Krüger, nunmehr zu übergeben den Vorzug habe. Sie lautet:

Im Namen des Deutschen Volkes verleihe ich dem Höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement SS-Obergruppenführer und General der Polizei Friedrich Wilhelm Krüger für die Dauer seines Amtes als Leiter des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement die Amtsbezeichnung "Staatssekretär".

Der Führer
Adolf Hitler

Auf Befehl des Führers überreiche ich Ihnen diese Urkunde. Ich sichere Ihnen den Schutz des Reiches für die Durchführung Ihrer Arbeiten zu. Ich frage Sie, ob Sie gewillt sind, der Aufforderung des Führers entsprechend, als sein getreuer Gefolgsmann die Sicherheit in diesem Lande zu gewährleisten.

(Staatssekretär Krüger: "Ich bin gewillt!")

19.5.1942

Ich heiße Sie herzlichst als Staatssekretär in dem Ihnen übertragenen Aufgabengebiet willkommen und wünsche Ihnen für Ihr schweres und verantwortungsvolles Amt alles das Beste.

Staatssekretär Krüger erwidert mit folgenden Worten:

Für die an mich gerichteten Worte der Anerkennung darf ich Ihnen, Herr Generalgouverneur, meinen wärmsten Dank zum Ausdruck bringen. Ich habe mich besonders gefreut, daß Sie, Herr Generalgouverneur, meiner Männer gedacht haben, die fast drei Jahre hier im Einsatz stehen. Wir wollen jener gedenken, die ihr Letztes, ihr Leben, im Einsatz und im Kampfe für die Sicherheit dieses Gebietes hingegeben haben.

Herr Generalgouverneur! Schenken Sie mir Ihr Vertrauen, das die Voraussetzung für die Erfüllung der mir gestellten Aufgaben ist, dann glaube ich Sie versichern zu können, daß dieses Gebiet weiterhin zum Gedeihen Ihres Generalgouvernements in Ordnung gehalten werden wird.

12^{45} F r ü h s t ü c k

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. Veesenmaier.

19^{30} Der Herr Generalgouverneur besucht die Erstaufführung

"Die Schneider von Schönau"
Komische Oper von Jan Brandts-Buys.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

• (Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

X/9

Krakau

Mittwoch, den 20. Mai 1942

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{00} Besprechung mit Vertreter im Amt Stahl.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

10^{45} Besprechung mit Staatssekretär Krüger

11^{00} Besprechung mit Präsident Bauder

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Präsident Bauder, Oberbaurat Hofer, Notar Gutbrod, Stadthauptmann Pavlu, Architekt Dr. Pohl und Pgn. Aldinger.

12^{00} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur Verordnungsentwürfe zur Unterzeichnung vor.

12^{15} Besprechung mit Präsident Watzke

12^{30} Besprechung mit Pressechef Gaßner

12^{45} Besprechung mit Vertreter im Amt Stahl

14^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

19^{22} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Wien

LX/9

Donnerstag, den 21. Mai 1942

bis

Mittwoch, den 27. Mai 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Sonnabend, den 23. Mai 1942

Besprechung zwischen dem Führer und dem Generalgouverneur in Berlin.

Der Führer hat den Herrn Generalgouverneur aus Anlaß seines Geburtstages zu einem Essen in die Reichskanzlei eingeladen. Der Herr Generalgouverneur hat den Ehrenplatz neben dem Führer eingenommen. Der Führer hat in denkbar zufriedener und anerkennender Weise mit dem Herrn Generalgouverneur während des ganzen Mittagessens über die Aufbauarbeit im Generalgouvernement gesprochen.

Kressendorf / Krakau

Donnerstag, den 28.Mai 1942

8^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf nach seinem Aufenthalt im Reich.

10^{05} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg in Krakau.

10^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple

12^{15} Besprechung mit dem Staatssekretär für Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger

12^{45} Besprechung mit Pressechef Gaßner

13^{05} Empfang der Amtsleiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP.

Vertreter im Amt Stahl spricht Reichsleiter Dr. Frank im Namen der Amtsleiter des Arbeitsbereiches zum Geburtstag die besten Wünsche aus und überreicht eine Geschenkmappe, in der die wichtigsten Ereignisse der bisherigen Parteigeschichte im Generalgouvernement zusammengestellt sind.

Reichsleiter Dr. Frank dankt in herzlichen Worten für die Glückwünsche und das Geschenk. Er weist auf das große Interesse hin, das der Führer allen Geschehnissen im Generalgouvernement und insbesondere der Tätigkeit der Partei entgegenbringt,und verlangt eine Steigerung der Parteiarbeit in den kommenden Monaten, die ihren Höhepunkt im zweiten Parteitag des Generalgouvernements, zu dem eine Reihe prominenter Gäste aus dem Reich zu erwarten sei, finden müsse.

28.5.42

14^{25} Besprechung mit Geheimen Oberbaurat Rattinger, Oberbaurat Hofer und Baumeister Stuchlik.

14^{40} Besprechung mit Intendant Stampe und Kapellmeister Antolitsch vom Staatstheater.

Der Herr Generalgouverneur macht davon Mitteilung, daß auf Grund seiner Besprechung mit dem Führer vom 23. Mai das Staatstheaterorchester "so zusammenbleiben müsse, wie es war", d.h.,daß alle bereits eingezogenen Musiker aus der Wehrmacht entlassen und Neueinberufungen nicht mehr stattfinden würden.

15^{00} Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk

Der Herr Generalgouverneur dankt im Namen des Führers für ein Geschenk des Zeitungsverlages und teilt mit, in welch' anerkennender Form der Führer sich über Krakau und seine kulturellen Leistungen geäußert hat.

15^{10} Besprechung mit Hauptschriftleiter Stöppler und Verlagsleiter Strozyk.

15^{20} Empfang der leitenden Persönlichkeiten der Philharmonie des Generalgouvernements, des Chefdirigenten Hindemith, des stellvertretenden Chefdirigenten Erb, des Intendanten Haslinde sowie der Referentin Mikorey.

Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß das geplante Pfitzner-Konzert infolge Erkrankung des Meisters nicht stattfinden könne und daß diese Tatsache durch eine kurze Zeitungsnotiz der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden solle.

28.5.42

In der Unterredung werden dann Angelegenheiten der Philharmonie behandelt. Insbesondere legt der Herr Generalgouverneur großen Wert auf die Einarbeitung des auf seine Initiative hin gebildeten Chores, dessen Leitung in den Händen des stellvertretenden Chefdirigenten Erb liegt. Die Chormitglieder sollten für jede Probe und Aufführung eine finanzielle Entschädigung und wenn möglich auch Sonderzuweisungen erhalten, sodaß sie jeder Zeit zur Verfügung stehen könnten.

Die Philharmonie des Generalgouvernements müsse es als ihre Hauptaufgabe ansehen, die alte deutsche Kulturstadt Krakau mit deutschem Kulturwollen zu erfüllen. Den Vortrag beschwingter Musik müsse sie anderen Orchestern überlassen.

16^{00} Besprechung mit Herrn Naux (Treuhand-Verwertung)

19^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/9

Freitag, den 29. Mai 1942

7^{10} Abfahrt des Sonderzuges vom Bahnhof Krakau nach Spala.

14^{07} In Tomaschow melden sich Gouverneur Kundt und Kreishauptmann Glehn beim Herrn Generalgouverneur.

14^{45} Ankunft Waldbahnhof Spala. Dort melden sich die Gouverneure Dr. Fischer und Zörner beim Herrn Generalgouverneur. Der Herr Generalgouverneur wird durch den Chef des Stabes beim MiG. Oberstleutnant von Wedel begrüßt.

Anschließend Fahrt mit Kraftwagen zum Hause des MiG. Dort wird der Herr Generalgouverneur durch den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement General der Kavallerie von Gienanth begrüßt.

T e e m p f a n g beim MiG.

16^{00} Beginn der militärischen Vorträge.

17^{00} Besichtigungsfahrt mit Pferdewagen durch den Wald.

18^{30} Rückkunft zum Sonderzug.

19^{25} Fahrt zum Hause des MiG.

19^{30} A b e n d e s s e n im Hirschsaal.

IV/9

Warschau

Samstag, den 30. Mai 1942

3^{35} Abfahrt des Sonderzuges von Spala nach Warschau.

7^{55} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof Warschau.
Der Herr Generalgouverneur wird beim Verlassen des Zuges durch Gouverneur Dr. Fischer begrüßt.
Anschließend Fahrt zum Schloß Belvedere.

10^{30} Sitzung im Konferenzzimmer des Schlosses Belvedere.
Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Staatssekretär K r ü g e r
Abteilungspräsident Dr. S i e b e r t
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur Z ö r n e r
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r

Im Verlauf der Sitzung erscheinen noch:
Präsident B a u d e r
Präsident N a u m a n n

(Protokoll siehe Beiakten)

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Oberfeldkommandanten in Warschau Generalmajor Rossum in Anwesenheit der drei Verbindungsoffiziere.

13^{30} M i t t a g e s s e n im Deutschen Haus, gegeben von Gouverneur Dr. Fischer.

16^{00} T e e im Schloß Belvedere.

30.5.1942

19[00] Der Herr Generalgouverneur besucht das im Stadttheater für verwundete Soldaten veranstaltete Konzert.

Unter Leitung des Kapellmeisters Dörrie bringt das aus polnischen Musikern bestehende Orchester zum Vortrag:

"Die Moldau, sinfonische Dichtung
von Smetana,
das Violinkonzert von Paganini,
die I.Sinfonie von Brahms.

21[05] Nach Schluß des Konzerts begibt sich der Herr Generalgouverneur zu Fuß nach dem Palais Blanka, wo von Stadthauptmann Leist ein Abendessen gegeben wird.

Auf einen Willkommensgruß des Stadthauptmanns Leist erwidert der Herr Generalgouverneur mit folgenden Worten:

Herr Stadthauptmann! Wir sind gern Ihrer Einladung gefolgt und danken Ihnen herzlich für Ihre Gastfreundschaft. Für mich persönlich möchte ich sagen, daß mein Eindruck von der Arbeit, die Sie unter Führung meines alten Parteigenossen Dr. Fischer leisten, hervorragend ist. Möge Ihnen bei Ihrer Arbeit auch weiterhin Glück beschieden sein!

23[35] Abfahrt des Sonderzuges vom Bahnhof Warschau-Ost nach Lublin.

Lublin

Sonntag, den 31. Mai 1942

3^{45} Ankunft des Sonderzuges in Lublin.

9^{15} Abfahrt der Wagenkolonne vom Bahnhof Lublin.

9^{25} Besichtigung des nach der Judenumsiedlung neu hergerichteten Ghettos.

9^{40} Rundfahrt durch die Stadt Lublin und Besichtigung des bisher von Juden bewohnten Stadtteils.

10^{20} Fahrt zum Stadtpark.

10^{40} Besuch des Reserve-Kriegslazaretts durch den Herrn Generalgouverneur.

10^{50} Fahrt zum Ausflugsort Lindenhorst.

Das Erholungsgebiet "Lindenhorst" liegt 4 km von der Stadtmitte Lublins entfernt und hat früher als Kindererholungsstätte gedient. Es soll nunmehr den Reichsdeutschen von Lublin eine Ausflugsmöglichkeit bieten. Diese Erholungsstätte, die unter anderem Kinderspielplätze, einen Reitplatz und eine Imbißhalle mit einem schönen Ausblick auf die Stadt den Besuchern zur Verfügung stellt, soll Mitte Juni eröffnet werden.

11^{40} Fahrt zum Distriktsgebäude.

31.5.1942

11[5o] Sitzung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes.

An dieser Sitzung nehmen teil: Der Herr Generalgouverneur, die Gouverneure Zörner, Dr. Wächter, Kundt und Dr. Wendler, die drei Verbindungsoffiziere Oberst Fischer, Oberst von Tschammer und Osten und Oberstleutnant von Dazur, Amtschef Oberregierungsrat Engler und einige Abteilungsleiter des Distrikts, Abteilungspräsident Dr. Siebert.

Gouverneur Zörner eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie, die Herren Gouverneure und die Herren Ihrer Begleitung an diesem schönen Sonnen- und Sonntag in unserer Distrikthauptstadt begrüßen. Wir Lubliner freuen uns besonders darüber, wenn Sie, Herr Generalgouverneur, zu uns in diesen Landwirtschaftsdistrikt, der auch landschaftlich so schön ist, kommen, der, als wir hier mit unserer Arbeit anfingen, noch als wilder Osten galt, schwer zu erreichen, primitiv in seiner Lebensweise für die hier beschäftigten Deutschen. Inzwischen hat sich das wesentlich geändert. Heute ist Lublin eine Stadt geworden, in der alle Deutschen gern weilen. Sie nehmen auch alle die kleinen Unannehmlichkeiten bei ihrer Arbeit für den Führer und Großdeutschland gern in Kauf und freuen sich von Herzen, wenn sie Ihre Anerkennung erlangen. Lublin ist jetzt mit seinen Unterkunftsmöglichkeiten, mit seiner Verpflegung, mit seinen deutschen Lokalen und Kaffeehäusern, mit seinem Lichtspielhaus und seinem Stadttheater so reichhaltig ausgestattet, daß wir uns manchmal wie in einer deutschen Stadt vorkommen. Dieses Empfinden haben auch unsere Soldaten, sei es, daß sie aus der Heimat hierher kommen oder als Verwundete in den Lazaretten Unterkunft finden. Mögen unsere Soldaten nach Lublin, nach Samosz oder Pulawy kommen, sie fühlen sich bei uns wie zu Hause. Ein Hauch der deutschen Heimat umweht sie, werden sie

doch von deutschen Schwestern und deutschen Ärzten betreut. In diesen schönen Sommermonaten macht das Lubliner Land auch sonst beinahe einen heimatlichen Eindruck.

Herr Generalgouverneur, Sie sind diesmal an einem Sonntag nach Lublin gekommen. Und so haben wir denn auch unser Programm sonntäglich ausgestaltet. Ich habe keinen Gefolgschaftsappell angesetzt, weil eine größere Anzahl unserer Gefolgschaftsmitglieder heute in Pulawy oder in Naleczow zum Wochenende Erholung findet. Wir werden sie vielleicht dort begrüßen können.

Wir tagen hier in einem Saale, der früher einmal der Schalterraum der Finanzverwaltung gewesen ist. Im Einvernehmen mit den Wehrmachtsstellen haben wir ihn dann entsprechend umgebaut, die Finanzkassen sind in ein neues Gebäude verlegt worden. Das Distriktsgebäude beherbergt nur die Diensträume der eigentlichen Distriktsverwaltung. Die übrigen Abteilungen wie Ernährung und Landwirtschaft, Justiz, Wirtschaft, Gesundheitswesen, sind außerhalb dieses Hauptgebäudes untergebracht.

Amtschef Oberregierungsrat Engler gibt darauf einen kurzen Überblick über die Arbeit der Distriktsverwaltung. Er habe es, so führt er aus, als seine Hauptaufgabe angesehen, den Grundsatz der Einheit der Verwaltung nach Möglichkeit durchzuführen. Selbstverständlich seien bei dieser Aufgabe immer gewisse Hemmungen und Schwierigkeiten zu überwinden. Aber gerade im Distrikt Lublin sei für die Zusammenarbeit der einzelnen Abteilungen des Möglichste erreicht worden.

31.5.1942

Der Distrikt Lublin zählt wie alle anderen Distrikte zehn Kreishauptmannschaften, sieben bezw. demnächst neun Landkommissariate und zwei Stadtkommissariate. Die Arbeit im Distrikt könne als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Die Kreishauptmänner setzten sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben mit ihrer ganzen Persönlichkeit ein. Eine der Hauptaufgaben der Kreishauptmänner sei die Erfassung der Getreidekontingente gewesen. Hier sei ein sehr gutes Ergebnis gezeitigt worden, die Kreishauptmannschaften hätten bis zu 70 %, einige sogar über 100 % abliefern können. Auch in diesem Jahre werde man bestrebt sein, schon frühzeitig die Erntekontingente zu erfassen.

Die Unterbringung der Kreishauptmannschaften sei im allgemeinen gut. Eine besonders primitiv untergebrachte Kreishauptmannschaft solle im Herbst dieses Jahres an einen günstiger gelegenen Ort verlegt werden.

In Cholm, der Zentrale der Ukrainer, habe der Herr Generalgouverneur seinerzeit die Kathedrale eingeweiht. Der ukrainische Erzbischof bitte um die Zurückgabe weiterer Häuser und Güter. Die Distriktsverwaltung gehe aber von dem Standpunkt aus, daß nur das zurückgegeben werden könne, was einwandfrei als früheres ukrainisches geistliches Eigentum nachgewiesen werde.

Hinsichtlich der Umsiedlung sei im Laufe des Jahres eine Aktion durchgeführt worden, die vielleicht bessere Erfolge gezeitigt hätte, wenn sie in engerem Einvernehmen mit der Verwaltung geschehen wäre.

Die Landarbeiter, die aus dem Distrikt hinausgeschickt würden, würden zunächst durch ein Lager geschlaust. Auch hier sei das Ergebnis recht erfreulich. Die Arbeiter, die aus dem Reich zurückgekommen

seien, hätten im allgemeinen gute Berichte über ihren Aufenthalt im Reich gegeben. So könne man erwarten, daß auch fürderhin die Forderungen des Reiches für Arbeitervermittlung erfüllt werden könnten.

Man sei jetzt im Begriff, den Baudienst zu organisieren. Er sei bislang im Distrikt Lublin noch nicht so aufgezogen gewesen wie beispielsweise im Distrikt Krakau. Angesichts der zahlreichen Meliorationsarbeiten sei die Hilfe des Baudienstes unbedingt vonnöten . Die Musterungen seien im Gange und zum Teil schon durchgeführt.

Die allgemeine Sicherheit sei in den meisten Teilen des Distrikts mehr oder weniger gewährleistet. Gegen das Auftreten von Partisanen und Banditen werde mit dem nötigen Nachdruck eingeschritten werden. Im allgemeinen verhalte sich die polnische Bevölkerung verhältnismäßig ruhig, soweit sie nicht durch bolschewistische oder Einflüsse der Widerstandsbewegung aufgehetzt werde. Auch für die Stadt Lublin könne man eigentlich von irgendwelchen Schwierigkeiten mit der polnischen Bevölkerung nicht sprechen.

Vor kurzem habe man aus der Stadt Lublin etwa 40 000 Juden herausgenommen. Man habe diejenigen Juden, die in Fabriken arbeiteten, oder als Heimarbeiter im deutschen Interesse tätig seien, in ein neues Ghetto eingesiedelt. Es handle sich um 3000 bis 4000 Juden. Außerhalb der Stadt Lublin gebe es noch verschiedene stark jüdisch bevölkert kleine Städte und ein Lager, das dauernd mit Juden belegt sei. Man hoffe, im Laufe der Zeit eine möglichste Säuberung des Distrikts von Juden zu erreichen. Es habe sich herausgestellt, daß gerade im Distrikt Lublin der Jude die Drohne war und daß die Bevölkerung froh ist, diese Elemente, von denen sie bedrückt worden sei, los geworden zu sein. Die Polen begännen einzusehen, daß die deutsche Verwaltung einen ganz

wesentlichen Unterschied gegenüber der polnischen Verwaltung bedeute. Die Gerechtigkeit, Objektivität und Unbestechlichkeit der deutschen Verwaltung machten auf die Polen Eindruck.

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß von allen Dienststellen des Distrikts vorbildliche Arbeit geleistet und durch ernste Arbeit aus den einzelnen Dienststellen das nur irgendwie Mögliche an Leistung herausgeholt werde.

Landwirtschaftsrat Barth gibt hierauf einen eingehenden Überblick über den Aufbau der Pferde -, insbesondere der Vollblutzucht.

Der Herr Generalgouverneur richtet zum Schluß der Sitzung folgende Worte an Gouverneur Zörner und seine Mitarbeiter:

Herr Gouverneur! Nachdem mir vorhin schon SS- und Polizeiführer Globoznik einen Bericht über die Sicherheitslage erstattet hat, nehme ich mit Genugtuung von den Berichten Ihres Amtschefs und des Landwirtschaftsrats Barth Kenntnis. Im übrigen ist ja die Situation des Distrikts bekannt: der Distrikt Lublin ist die große Ernährungshoffnung des Generalgouvernements. Ich nehme an, daß so wie bisher unter Ihrer Führung, Herr Gouverneur, und unter der bewährten Mitarbeit Ihrer Männer die Entwicklung des Distrikts auch weiterhin erfreulich sein wird.

Ich bin heute sozusagen auf der Durchfahrt wieder einmal hierher gekommen. Ich freue mich, an diesem schönen sonnenstrahlenden Tag feststellen zu können, wie befriedigend überall, auch in der Stadt Lublin, die Arbeit vorangeht. Ich gedenke hier vor allem des Umstandes, daß Sie durch Schaffung eines Grüngürtels

und durch Anlage von Ausflugspunkten dafür sorgen, daß sich hier deutsches Leben in gemütvoller Weise verwurzeln kann. Das wird sicherlich dazu beitragen, daß sich auch im ganzen deutschen Volke das Vorstellungsbild von Lublin als einer deutschen Stadt - wir können in diesem Jahre der Tatsache gedenken, daß Lublin seit nunmehr 600 Jahren eine deutsche Stadt ist, - festigen wird. Lublin ist ja auch einer der wichtigsten Vororte und ein Rückhalt des ganzen Kriegsgeschehens. Sie werden vielleicht in den kommenden Wochen und Monaten erneut angesichts der kriegerischen oder sonstigen Ereignisse gewiße Schwierigkeiten verspüren. Aber Sie sind hier genügend geschützt, und ich bin dessen gewiß, daß es keinerlei ernste Schwierigkeiten im inneren Betrieb des Distrikts geben wird. Ich glaube auch, daß Sie mit einem schönen Ernteergebnis rechnen können, sind doch die Vorbereitungen für die Ernteerfassung schon getroffen. Die Stimmung der Bevölkerung ist im allgemeinen befriedigend. Einige Schwierigkeiten, die es hinsichtlich der Übersteigerung von Exekutivmaßnahmen gegeben hat, werden wir überwinden. Im übrigen ist es ja nicht unsere Aufgabe, den Polen das Leben schön zu machen, sondern aus diesem Gebiet eine weitere Kraftreserve für den Sieg unseres deutschen Volkes zu schaffen. Ich weiß, daß diese Aufgabe bei Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern in besten Händen liegt.

Schluß der Sitzung 12 Uhr 15 Minuten.

31.5.1942

13^{00} M i t t a g e s s e n im Saal des Deutschen Hauses.

Gouverneur Zörner ergreift das Wort zu folgender Begrüßungsansprache:

Herr Generalgouverneur! Es ist mir eine große Freude, Sie mit Ihrem engeren Mitarbeiterstab und die Herren Gouverneure der anderen Distrikte an diesem schönen Sonntag bei uns begrüßen zu können. Weiter begrüße ich als Vertreter der Wehrmacht Herrn Generalmajor von Altrock, als Vertèrter der Polizei den Herrn SS- und Polizeiführer Globoznik. Alle, die wir hier in Lublin als deutsche Männer tätig sind und für den deutschen Sieg arbeiten, haben das Bestreben, entsprechend Ihren Weisungen aus diesem Lande das herauszuholen, was der Führer und was Deutschland für die Erringung des Sieges braucht. Im Distrikt Lublin steht die Landwirtschaft als wichtigster Wirtschaftsfaktor absolut im Vordergrund. Daher soll und wird dieses Überschußgebiet von uns so bearbeitet werden, daß wir wirklich imstande sind, für den Existenzkampf unseres Volkes aus diesem Lande das Möglichste herauszuholen.

Herr Generalgouverneur, ich hoffe, daß wir im Laufe dieses Tages noch Gelegenheit haben werden, Ihnen weitere Schönheiten dieses Landes zwischen Weichsel und Bug, dieses Ihres Distriktes Lublin zu zeigen. Ich bitte meine Lubliner Deutschen, mit mir auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und unserer Gäste zu trinken.

Der Herr Generalgouverneur richtet darauf folgende Worte an Gouverneur Zörner: Herr Gouverneur! In meinem und im Namen der Gäste möchte ich unser aller herzlichen Dank für Ihre freundlichen Begrüßungsworte zum Ausdruck bringen. Ich freue mich, wieder einmal nach Lublin gekommen zu sein, dieser vorgeschobenen deutschen Hochburg, und ihre allmähliche

31.5.1942

Weiterentwicklung in Augenschein nehmen zu können. Die Aufgaben, die der Führer dem unendlich wichtigen Raum des Generalgouvernements gestellt hat, sind angesichts des entscheidenden Kriegsgeschehens gewachsen. Aber die Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellen, werden nach altbewährter nationalsozialistischer Kampfmethode gemeistert. Ich weiß, daß der Distrikt Lublin bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern in guten Händen ist, daß hier soldatische deutsche Nationalsozialisten am Werke sind. Ich kann Ihnen nur die Versicherung abgeben, daß ich immer gern an den Distrikt Lublin denke und mir,im Geiste auch auf der Krakauer Burg immer wieder an Ihren schwierigen Aufgaben teilnehmend, vorstelle, wie sehr Sie in treuer Kameradschaft diesen Schwierigkeiten gegenübertreten.

Ich war vor wenigen Tagen beim Führer und hatte Gelegenheit, mit ihm eingehend über die Aufgaben dieses Raumes im Zusammenhang zu sprechen. Da konnte ich zu meiner großen Freude und stolzen Genugtuung feststellen, daß der Führer von unserer Aufgabe eine umfassende uns alle auszeichnende Kenntnis besitzt. Wir werden vielleicht mit größeren Erweiterungen unseres Aufgabengebietes zu rechnen haben. Und dann werden wir, Herr Gouverneur Zörner, bei der alten Methode bleiben, die wir ~~uns~~ als alte Generalgouvernementsmänner seit fast drei Jahren angewendet haben. Ich habe dem Führer die Erklärung abgegeben, daß ich nur das eine Ziel habe, ihm, seiner Wehrmacht und dem deutschen Volke zu dienen. Das Generalgouvernement ist auch in seinem staatlichen Teil eine Kriegseinrichtung; alles ist hier kriegswichtig und unterliegt dem Ernst der Kriegszeit. Ich kann ruhig sagen, daß wir vor keiner Aufgabe zurückschrecken werden, daß wir alles daransetzen werden, um diese Notwendigkeiten mit allen Mitteln notfalls auch jenen

beizubringen, die, seien es nun Polen, Ukrainer oder sonstige Fremdvölkische, versuchen sollten, sich gegen unsere autoritäre Führung in diesem Raum zu stellen. Möge Ihnen, Herr Gouverneur, möge Ihren Mitarbeitern, möge dem Amtschef und dem SS- und Polizeiführer Globoznik, möge den deutschen Soldaten auch weiterhin das Glück beschieden sein, am Werke des Führers mitzuarbeiten!

Ich trinke auf das Wohl des Herrn Gouverneurs Zörner und aller Deutschen des Distrikts Lublin.

15^{15} Abfahrt mit Kraftwagen nach Naleczow.

16^{00} Ankunft im Hause des Gouverneurs Zörner, der Villa Gioia in Naleczow.

Anschließend Besichtigung einiger Kameradschaftsheime von Abteilungen der Distriktsverwaltung.

17^{00} K a f f e e t a f e l im Garten der Villa Gioia.

18^{20} Vorlage der Um- und Neubaupläne der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Pulawy durch Professor Dr. Christiansen-Weniger und Kreishauptmann Brandt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sein Einverständnis mit Durchführung der vorgelegten Pläne und spricht Professor Dr. Christiansen seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus. Er ersucht Prof. Dr. Christiansen, sich wegen der Durchführung der Pläne mit Hauptabteilungspräsidenten Naumann in Verbindung zu setzen. Weiter erklärt der Herr Generalgouverneur die geplanten Bauvorhaben für kriegswichtig. Er verfügt, daß nach Fertigstellung der Bauten von einer Einweihungs- oder Eröffnungsfeier

31.5.1942

unter allen Umständen Abstand genommen wird.

20^{15} A b e n d e s s e n in der Villa Gioia.

21^{00} Lichtbildervortrag des Prof. Dr. Christiansen-Weniger über die Türkei (Anatolien).

23^{40} Abfahrt des Sonderzuges von Naleczow nach Krakau.

Krakau

Montag, den 1.Juni 1942

7^{50} Ankunft des Sonderzuges in Krakau.

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

8^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

12^{25} Der Herr Generalgouverneur empfängt H.Schneider-München.

12^{35} Besprechung mit dem stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement Stahl.

15^{30} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an der Sitzung der Hauptabteilungsleiter im Kleinen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes.

(Siehe Beiakten)

18^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

18^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

18^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Dienstag, den 2. Juni 1942

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{50} Vortrag des Herrn Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{45} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch Anweisung für eine Zeitungsnotiz über die Hauptabteilungsleitersitzung vom 1. Juni.

Im Anschluß werden die Programme für die Besuche des Reichsjugendführers Axmann und des Slowakischen Kriegsministers Catlos in Krakau besprochen.

Präsident Ohlenbusch berichtet dann aus seinem Arbeitsgebiet. Dabei regt er den Bau eines Lazarettzuges in einer der Waggonfabriken des Generalgouvernements an, der im Namen des Reichsleiters nach dem Vorbild verschiedener Reichsleiter des Reiches der Wehrmacht zum Geschenk gemacht werden solle. Die Kosten würden sich auf ca. 2 Millionen Zloty belaufen.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden und ersucht Präsident Ohlenbusch, in Besprechungen mit Präsident Gerteis die Möglichkeiten des Baues eines solchen Lazarettzuges zu untersuchen.

Weiter teilt Präsident Ohlenbusch mit, daß vom jetzigen Zeitpunkt an das Generalgouvernement 14tägig im Reichsprogramm des Rundfunks, und zwar in der Zeit von 21 Uhr bis 22 Uhr unter dem Motto: "Musik aus dem Generalgouvernement" in Erscheinung treten werde. Für diese Sendungen würden Orchester des Generalgouvernements (Philharmonie, Staatstheaterorchester, Orchester der Stadt Warschau, Kapellen der Luftwaffe und des Heeres usw.) eingesetzt.
Auch für die "schöne Musik" von 17 bis 19 Uhr werde das Generalgouvernement in Zukunft eigene Sendungen bestreiten. Nötig sei dazu der Einbau einer Regiezelle im Staatstheater Krakau.

2.Juni 1942

11[oo] Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe einer

1. Verordnung über den Ausgleich von Vermögensverlusten (Ausgleichsverordnung)
2. Verordnung über die Beschlagnahme von Vorkriegsforderungen zum Zwecke des Ausgleichs von Vermögensverlusten
3. Verordnung über die Errichtung einer Ausgleichsstelle für das Generalgouvernement
4. Verordnung über die Meldepflicht polnischer Offiziere im Distrikt Galizien
5. Verordnung über die Feststellung des Haushaltsplanes des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1941
6. Verordnung über die Errichtung einer Bewirtschaftungsstelle für Baustoffe im Generalgouvernement
7. Dritten Verordnung über die Ernährungs- und Landwirtschaft im Distrikt Galizien
8. Siebten Verordnung über die Einführung von Vorschriften der allgemeinen Verwaltung im Distrikt Galizien

vor. Ministerialrat Plodeck gibt zu den ersten drei Verordnungsentwürfen als zuständiger Abteilungsleiter nähere Erläuterungen und erklärt dabei, daß die anfänglichen Bedenken der Hauptabteilung Finanzen wegen der Errichtung einer Ausgleichstelle beseitigt worden wären.

2.6.1942

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe, desgleichen einige von Herrn Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh vorgelegte Disziplinarurteile.

11[2o] Besprechung mit Rechtsrat Dr. Hammerle.

Rechtsrat Dr. Hammerle berichtet, daß die Übernahme des Sonderdienstes durch den Staatssekretär für das Sicherheitswesen bevorstehe. Offen stünden noch einige wichtige Fragen, die in der kommenden Verordnung festgelegt werden müßten. Zweckmäßig wäre vor allem, daß der Inspektion des Sonderdienstes ein gewisses Aufgabengebiet übertragen werde.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsrat Dr. Hammerle, alle diesbezüglichen Fragen mit Staatssekretär Dr. Bühler eingehend zu besprechen, und gibt dafür folgende Richtlinien:

Der Sonderdienst ist ausschließlich eine Einrichtung des Generalgouvernements. Er untersteht befehls- und gliederungsmäßig, organisatorisch und finanziell ausschließlich dem Generalgouverneur. Der Inspekteur des Sonderdienstes wird ebenso wie sämtliche Dienstgrade vom Generalgouverneur berufen und abgesetzt. Der Vorschlag hierzu wird vom Staatssekretär für das Sicherheitswesen unter Gegenzeichnung des Chefs der Regierung vorgelegt. Der Inspekteur des Sonderdienstes untersteht dem Generalgouverneur unmittelbar. Er tritt gleichzeitig zum Stabe des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen. Der Sonderdienst gilt nicht als Polizei; er untersteht daher in keiner Weise dem Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei oder dessen

2.6.1942

Organen im Lande.

Rechtsrat Dr. Hammerle weist dann darauf hin, daß über seine Person die verschiedensten Gerüchte im Umlauf seien, insbesondere darüber, daß der Herr Generalgouverneur ihm sein Vertrauen entzogen habe.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß dies nicht der Fall sei, und erklärt sich bereit, in nächster Zeit auf der Burg eine Veranstaltung mit dem Sonderdienst und seinem Inspekteur durchzuführen.

11^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

11^{45} Besprechung mit Hauptbannführer Förschle in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

Gegenstand ist die Gestaltung des Programms aus Anlaß des Besuches des Reichsjugendführers Axmann in Krakau.

11^{50} Besprechung mit SA-Oberführer Peltz in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

SA-Oberführer Peltz legt Reichsleiter Dr. Frank die Vorschläge der Obersten SA-Führung für die Spiegelfarbe der SA des Generalgouvernements zur Genehmigung vor. Er macht davon Mitteilung, daß der Amtschef der Obersten SA-Führung Anfang Juli einen Besuch im Generalgouvernement beabsichtige.

Anschließend berichtet er von den großen Schwierigkeiten, die sich bei der Beschaffung von Gewehren und Munition für die SA-Wehrmannschaften zeigten. Man benötige ungefähr 5000 Gewehre.

2.6.1942

Der Herr Generalgouverneur empfiehlt wegen dieser Frage die Verbindung mit dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement und dem Chef der Rüstungsinspektion aufzunehmen. Auch Gouverneur Kundt habe seines Wissens Waffen zur Verfügung. Am besten sei ein Besuch beim Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, bei dem man gleichzeitig die offizielle Einladung zur Teilnahme am 2. Parteitag des Generalgouvernements überbringen könne. Er würde es wärmstens begrüßen, wenn an den Feierlichkeiten aus Anlaß des Parteitages bereits eine Formation der SA-Wehrbereitschaften teilnehmen könne.

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt Senatspräsident Dr. Schmauser.

12^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialrat Kolbach in Anwesenheit von Präsident Watzke.

Auf eine Frage von Hofrat Watzke, ob eine Entscheidung über den Wirkungsbereich des Auftrages von Staatssekretär Dr. Mühlmann, unter dessen Verwaltung immer noch einige wichtige Museen ständen, gefallen sei, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er Staatssekretär Bühler bereits die Weisung gegeben habe, daß dieser Auftrag erloschen sei.

Hofrat Watzke teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß die Hauptabteilung Forsten zwecks Schulung von Nachwuchskräften forstliche Fachkurse im Rahmen der Institute von Lemberg eingerichtet wissen wolle. Die Möglichkeit dazu sei jederzeit gegeben.

2.6.1942

12[45] Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt stellt dem Herrn Generalgouverneur Ministerialdirektor Ebert (Berlin), Oberlandforstmeister Franke (Berlin), Oberlandforstmeister Leiber (Berlin) und Oberlandforstmeister Heimstedt (Berlin) vor.

Bei dieser Gelegenheit gibt der Herr Generalgouverneur seine Einwilligung zu Errichtung von forstlichen Fachkursen im Rahmen der Lemberger Institute.

13[00] Besprechung mit Verlagsleiter Strozyk.

15[30] K a f f e e - Empfang sämtlicher Staatssekretäre und Hauptabteilungsleiter.

16[15] Gruppenaufnahme des Herrn Generalgouverneurs mit den Herren seiner Regierung.

18[30] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

Krakau

Mittwoch, den 3. Juni 1942

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{55} Vortrag des Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{00} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Der Herr Generalgouverneur verfügt auf Antrag:

1. die Verteilung des Veit Stoss-Preises in voller Höhe erfolgt noch in diesem Jahr, und zwar aus Anlaß der Eröffnung der Ausstellung "Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement" im August oder September.

2. Aus Anlaß der 400jährigen Wiederkehr des Todestages von Kopernikus hat das Institut für Deutsche Ostarbeit eine große Publikation über Kopernikus zur Veröffentlichung zu bringen. Die Bestände der Staatsbibliothek über dieses Sachgebiet stehen zu diesem Zweck dem Institut für Deutsche Ostarbeit zur Verfügung. Herrn Präsidenten Watzke ist von dieser Entscheidung Mitteilung zu machen.

3. Eine Verwendung des Schachweltmeisters Aljechin kommt aus verschiedensten hochwichtigen Gründen nicht infrage. Eine Verwendung Aljechins kann lediglich in seiner Eigenschaft als Schachmeister stattfinden. Direktor Dr. Coblitz erhält den Auftrag, sich wegen Errichtung einer Schachschule unter Leitung von Aljechin-Bogoljubow mit Präsident Ohlenbusch in Verbindung zu setzen.

3.6.1942

11[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt Oberst Giese.

Oberst Giese überbringt eine Einladung zur Teilnahme am Eintopfessen im Anschluß an die Kundgebung in einer Flugzeughalle am 4. Juni. Der Herr Generalgouverneur sagt seine Teilnahme zu.

18[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/9 Krakau

Donnerstag, den 4. Juni 1942

8^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg zu Krakau.

9^{35} Besprechung mit Oberleutnant von Dazur.

9^{40} Fahrt zum Flughafen.

9^{55} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf dem Flughafengelände.

Dort wird der Herr Generalgouverneur von Generalleutnant Sommé und Hauptabschnittsleiter Stahl begrüßt. Im Anschluß daran schreitet er die Front einer Ehrenformation der Hundertschaft des Generalgouvernements ab.

10^{00} Beginn der Feier aus Anlaß der Übereignung von Urkunden an die Sieger im Leistungskampf der Betriebe.

Nach Begrüßungsworten des Hauptabschnittsleiters Stahl ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Die heutige Kundgebung ist für uns Deutsche im Generalgouvernement eine große Freude. Es ist das erste Mal, daß wir im Namen unserer nationalsozialistischen Bewegung den deutschen Arbeiter, das deutsche Arbeiten im Generalgouvernement selbst in den Mittelpunkt einer Feier stellen. Wir haben hier in mühevollem Aufbau den Staat errichtet, den der Führer befohlen hat, das Generalgouvernement. In diesem Generalgouvernement liegt die gesamte Reichsautorität zusammengeballt zur größten Kriegsaufgabe, die diesem Zwischenland zwischen Ostfront und Heimat gestellt ist. Wir haben in diesem Raum neben dem Staat die Partei aufgebaut, die NSDAP, diese vom Führer dem deutschen Volk geschenkte genial gefaßte Glaubensordnung unserer Nation, und haben damit für alle Zukunft dokumentiert, daß hier die Fahne des

des Reiches Adolf Hitlers, die Fahne des nationalsozialistischen Befreiers Europas nie wieder niedergeholt wird. Hier wird nie wieder ein Polen oder etwas Ähnliches erstehen. Dieses Gebiet bleibt für alle Ewigkeit deutsch!

Und so ist es mir heute sowohl als Generalgouverneur wie als Reichsleiter, sowohl in meiner Eigenschaft als Chef dieses Nebenlandes des Großdeutschen Reiches wie auch als Führer der Parteiorganisation in diesem Raum eine große Freude, die Männer und Frauen zu begrüßen, die als deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen der Stirn und der Faust sich in diesem Raum betätigen.

Ich danke Euch, daß Ihr aus der Heimat, aus den altgewohnten Verhältnissen von zu Hause zu uns hier in den Osten gekommen seid, daß Ihr nunmehr unermüdlich, fleißig, brav, tapfer und sauber das ideale deutsche Arbeitertum vertretet, das uns in der Welt in die Höhe geführt hat. Nicht die Schwätzer, nicht die Träumer, nicht die Gaukler und die phantasiebegabten Phrasendrescher schaffen Werte und Werke und bauen ein Volk auf, auch nicht die, die sich allerorts immer wieder in Stimmungen verlieren, sondern die hart entschlossenen werkbereiten Gestalter unseres Gemeinschaftsschicksals sind es, diese Arbeitsmänner und Arbeitsfrauen, denen die mit der Waffe kämpfende Front den Nachschub, die Sicherung der Arbeitsleistung, die Sicherung der Munition, der Waffen, der Nahrung und das Transports verdankt. Gerade wir in diesem Raume können ermessen, welche Leistung das ist. Wenn wir daran denken, daß für den gesamten Nachschub der Ostfront vom äußersten Norden bis zum äußersten Süden über

3

zwei Drittel des Gesamtbedarfs durch das Generalgouvernement nachgefahren werden müssen, daß alle Verbindungslinien von der Front in die Heimat fast zu vier Fünfteln wieder über das Generalgouvernement laufen, so können wir ermessen, welche Bedeutung Eure Arbeit, Kameraden und Kameradinnen, für das Kriegsschicksal dieser Zeit hat.

Ihr seid aber vor allem die Träger des großen Sozialismus, von dem die Bewegung Adolf Hitlers ausging. Schauen wir gerade hier im Osten an, wie sich die Front gegen uns bildet, diese Front der Plutokraten und der Sowjetunion, der Juden und all' derer, die damit zusammenhängen. Sie gönnen uns den Sozialismus Adolf Hitlers nicht. Die Plutokraten der Welt haben davor gezittert, daß ihre eigenen Massen gegen diese Skandale der plutokratisch kapitalistischen Wirtschaft aufstehen würden. Deshalb sollte auch das nationalsozialistische Regime Adolf Hitlers vernichtet werden. Heute können sich Millionen unserer Volksgenossen in Sowjetrußland selber überzeugen, was von diesem Sowjetparadies zu halten ist, von den Elendsheimstätten, von den verkümmerten Menschen, von den Verwahrlosungs- und Elendszentralen aller Art. Da steht man erschrokken still und sagt sich: es war die höchste Zeit, daß der Führer diesen Entschluß zum größten und entscheidungsvollsten Sieg unseres Volkes gefaßt hat. Wehe uns, wenn der Jude in der Form der Sowjetrussen über unser deutsches Volk gekommen wäre! Dann wäre es mit allem Glück, aller Freude, allem Aufbau vorbei gewesen, aber auch mit aller ehrlichen Arbeit in Deutschland.

Deshalb stehen wir hier als Sozialisten. Und, meine lieben Arbeiter und Arbeiterinnen, für mich als alten Pargeigenossen ist es eine besondere Freude,

4.6.1942

heute in Eurer Mitte zu sein. Wir haben hier ein grosses Gemeinschaftswerk zu vollführen. Denken Sie immer daran, daß dieses Land durch das Blut bester deutscher Männer im Waffenrock deutsch wurde. Das wurde nicht erschwätzt, nicht erhandelt, auch nicht in irgend welchen diplomatischen Diskussionen dem deutschen Raum zugefügt, sondern durch das deutsche Schwert und dadurch, daß Tausende deutscher Männer bereit waren, unter den Fahnen Adolf Hitlers lieber den Tod als eine Niederlage hinzunehmen. In 18 Tagen wurde dieser polnische Schlendrian vernichtet und zerstört. Immerhin kostete dieser Krieg gegen Polen bestes deutsches Blut.

Daher ist es unmöglich, daß sich in diesem Raum irgendeine Form von Kriegsgewinnlertum breitmacht. Es ist ausgeschlossen, daß sich hier jemand privat maßlos bereichern zu können glaubt, und ich werde wie ein Wütender dagegen ankämpfen, ganz gleich, in welcher Stellung sich jemand befindet. Ich werde niemanden schonen, der glaubt, daß aus dem Blut der besten Deutschen und aus dem Schweiß bester deutscher Männer der einzelne hier kommerzielle Gewinne machen kann. Wir werden sie alle entdecken, einen nach dem anderen, und ich erkläre, daß von diesem Augenblick an jeder vor meiner verfolgenden Faust zittern soll. Ich werde dazwischen schlagen, wo sich nur Spuren davon zeigen, daß sich jemand am Gemeinschaftsgut vergreift oder irgendwie sonst glaubt, daß dieses Gebiet oder ein anderes irgendwo von deutschen Truppen erobertes Gebiet nur dazu da wäre, damit er persönlich schmutzige Geschäfte machen kann. Wir sind hier nicht zum Spaß und Vergnügen; dieses Land ist kein paradiesischer Tummelplatz für solche Gelüste, sondern es ist die ernste Kampfbahn eines weltgeschichtlichen Versuches, das Weichselland für alle Zukunft dem deutschen Raum einzufügen und eingefügt

4.6.1942

zu halten. Wer sich des Ernstes dieser Entschlossenheit des Führers und seines Reiches nicht bewußt bleibt, der wird es spüren.

Der Krieg tritt in seine entscheidende Phase ein. Allüberall sind die Versuche spürbar, die geschlossene Front unseres Volkes vielleicht doch noch im letzten Augenblick lockern zu können. Man täusche sich nicht über die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, mit allen, aber auch allen Mitteln jeden Versuch zu zerschmettern, diese Front unseres Volkes irgendwie zu erschüttern. Und Sie, meine Arbeiter und Arbeiterinnen, die Sie an maßgebender Stelle hier die innere Front halten, sie seien von mir gerade auch im Generalgouvernement aufgerufen, mit in der vordersten Kampffront dieser inneren Linie zu marschieren. Die Fahne des Führers ist die Fahne des sozialistischen Freiheitskrieges gegen Hunger und Terror. Der Sieg Adolf Hitlers und seiner Wehrmacht wird der Ausdruck für den beglückenden Frieden sein, der dann für alle Zukunft der Not unseres Volkes ein Ende machen wird.

Es bedarf dieser letzten großen Anstrengung. Wir können und müssen jetzt von jedem Deutschen das Höchste verlangen. Aber dieses Höchste wird auch vom Führer ununterbrochen anerkannt. Ich erinnere Euch daran, daß das erste Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes ein deutscher Arbeiter bekommen hat, in Anerkennung nicht etwa nur der hervorragenden Leistung dieses einzelnen Ausgezeichneten, sondern darüber hinaus in Anerkennung all' deseen, was Millionen bester deutscher Männer und Frauen nunmehr in Werken ohne Zahl leisten. Wir werden dann aber auch im Generalgouvernement die Aufgaben erfüllen, die uns der Führer in so grandioser Weise gestellt

hat. Wir sind gegenüber dem Osten zur Zeit noch das letzte staatlich völlig durchorganisierte, wirtschaftlich und parteipolitisch geformte Gebiet. Daher ist es klar, daß gerade in den kommenden Monaten sich die Verantwortung in diesem Gebiet steigern wird. Mein Appell über diese Versammlung hinaus an alle Deutschen dieses Raumes geht dahin, in jeder Form das eigene Interesse zurückzustellen und sich allein den Gemeinschaftsaufgaben zuzuwenden.

Der Führer hat in seiner letzten Reichstagsrede schon jenes große Wort von der absolutesten restlosen Hingabe an das Gemeinschaftswerk gesprochen. Wir sind hier die Träger der Heimat als Idee. Jeder von uns trägt die Heimat in sich. Wir sind die Träger des Werkes der Zukunft, und leuchtenden Auges schauen wir in dieses große Land im Osten, das uns für alle Zukunft die Nahrungssorgen nehmen wird. Dafür bedeutet es für uns eine stolze Aufgabe. Wenn heute einmal der Krieg vorüber ist und die siegreichen Fahnen Adolf Hitlers allüberall an Türmen und Häusern flammend aufgehen, wenn die Siegeshymnen erklingen, und wenn die Fahnen sich dann ehrfürchtig senken vor den toten Leibern der in diesem Kriege Gefallenen, dann können wir dessen gewiß sein, daß dies in alle Zukunft hinein der letzte Krieg unseres Volkes war. Dann werden wir dank Adolf Hitlers Genialität den Raum haben, der den immer wachsenden Geschlechtern unseres Volkes Brot, Leben und Freiheit sichert. Dann wird aus dem Opfer dieser Zeit der größte Segen erstehen, den jemals ein Volk der Welt vom ewigen Herrgott empfangen durfte.

Es ist kein leichtes Lied, dieses Lied des deutschen Kampfes, das immer nur lautet: Opfer, Opfer, Opfer, - das immer nur lautet: Arbeit, Arbeit, Arbeit -, das immer nur sagt: Leistung, mehr Leistung

4.6.1942

noch mehr Leistung. Wir haben als Deutsche kein leichtes Leben auf dieser Welt. Die Generationen, die vor uns waren, mußten den Kampf auch bestehen. Auch sie waren immer wieder von Not und Hunger und Elend umgeben. Auch sie haben den Kampf bestanden, oder es drohte Unheil, wenn sie den Kampf nicht bestanden hatten.

Aber einmal wird ein anderes Lied ertönen, und das heißt dann: Leben, Freude, Arbeit, Glück. Es ist kein leichtes Leben, als Deutscher geboren zu sein. Es war für uns, gerade auch für die Generation, die diese zwei Kriege nun miterlebt, kein Leichtes, was uns das Schicksal auferlegte. Und wir können hier nur alle sagen: jede Verknappung an Lebensmitteln, alles, was auf diesem Gebiete noch kommen wird, jede Verknappung an Kleidern und Schuhen, jedes Transportunglück, alles, was uns das Leben erschwert, muß in Gemeinschaftsarbeit ausgeglichen werden. Wir wollen aber dafür sorgen, daß an dem, was uns bleibt, jeder seinen gerechten Anteil hat.

Das Generalgouvernement als Staat verpflichtet sich feierlich zu einer höchstmöglichen Fürsorge für die arbeitenden Menschen in diesem Raum. Ich habe die Regierung des Generalgouvernements angewiesen, dafür zu sorgen, daß die Lebensverhältnisse der deutschen arbeitenden Menschen hier so gestaltet werden, daß sie auch gern bei uns sind. Und sie sollen den Eindruck haben, daß sie für mich die wichtigste Gruppe der Bevölkerung sind. Vergessen Sie aber nie, daß wir von der Gesamtbevölkerung dieses Raumes nur ein Prozent ausmachen. Daraus können Sie wieder ermessen, wie schwierig die Ordnungs- und Führungsaufgaben auch in diesem Raume sind. Vergessen Sie das vor allem nie, wenn da und dort an dem, was noch nicht erreicht ist, Kritik laut werden sollte.

4.6.1942

Vergessen Sie auch nicht, daß wir hier nicht frei arbeiten und schalten und wirken können, sondern daß wir aus einem völlig zerstörten Gebiet unter den denkbar schwierigsten Umständen das zu machen hatten, was wir heute sehen. Immerhin schauen wir mit Stolz auf dieses Werk. Erst vor wenigen Tagen hat der Führer Gelegenheit genommen, mir persönlich in der Reichskanzlei seine Anerkennung für das Gemeinschaftswirken aller Deutschen in diesem Raum in großartiger Weise zum Ausdruck zu bringen.

So dürfen wir, arbeitende Kameraden und Kameradinnen, diesen heutigen Festtag der Auszeichnung von Musterbetrieben in der stolzen Gewißheit begehen, daß, wenn ich wieder einmal Diplome verleihe, eine weitere große Reihe von Musterbetrieben des Generalgouvernements mit dem Diplom der deutschen Arbeit wird versehen werden können.

Wir wollen uns in die Augen sehen, ich Euch und Ihr mir, ich sitze auf meiner Burg nicht abgeschlossen und abgezirkelt, sondern ich bin ebenso wie Sie in dieses Land geschickt, um eine ganz wahnsinnig schwierige Aufgabe zu erfüllen. So können wir auch nur Arm in Arm diesen Marsch gehen. Wir brauchen uns gegeneinander nicht falsch zu verstehen. Wenn ich daher in aller Härte sage, was gesagt werden muß, so soll das Euch nur die Gewißheit geben, daß hier alte entschlossene Nationalsozialisten am Werke sind. Den Ton kennt Ihr aus dem Deutschen Reich, es ist hier derselbe. Der Nationalsozialismus bringt dem deutschen Leben den Inhalt. Wenn man heute da und dort noch auf die Partei und das Regime kritische Bemerkungen häuft, so möchte ich demgegenüber sagen: welche Bewegung hätte jemals auch nur annähernd das für Deutschland geleistet, was die NSDAP Adolf Hitlers getan hat. Wir sind nicht jedem bequem, das wissen wir; aber das ist unser

4.6.1942

Stolz. Wenn uns die Kapitalisten und Pfaffen nicht mögen, dann wissen sie, warum. Das beruht auf Gegenseitigkeit.

Ich habe Euch also zu danken und aufzufordern, mir zu geloben, daß Ihr in diesem härtesten Kampf immer entschlossen seid, Eure letzte Kraft in den Dienst für den Sieg Adolf Hitlers und seiner Wehrmacht einzusetzen. Ich verspreche Euch dafür: wenn wir gesiegt haben, wollen wir 8 Tage lang ein Riesensiegesfest in Krakau feiern. Da räume ich die Staatskasse des Generalgouvernements aus und lade Euch alle als meine Gäste ein. Aber bis dahin kann ich das nicht, da muß ich mit dem Geld knauserig sein wie der Alte Fritz.

Ich kann meine Aufgabe hier nur erfüllen, weil ich mir in Gestalt dieser deutschen Menschen, die hier ideal wirken, zum größten Teil alte verhauene, zu Trotz und Tod entschlossene Parteigenossen hereingerufen habe. Hier kann ich keine alten Wackelgreise und müde Philister brauchen, keine papiernen Aktenstiere, sondern nur Männer, die die Sonne sehen und nicht beschreiben, die Arbeit machen und sie nicht nur dirigieren. Hier brauche ich diesen frischen Luftzug. Im übrigen geht bei uns die Sonne zuerst im ganzen Deutschen Reich auf; daher sind wir auch diejenigen, die am frühesten aufstehen und zweifellos am spätesten ins Bett gehen. Das soll unser Ehrgeiz sein, daß nicht nur die einzelnen Betriebe, sondern das ganze Generalgouvernement am Schluß unserer Arbeit vom Führer selbst das Diplom eines deutschen Musterbetriebes erhalten wird. -

Nun erwarte ich Euer Gelöbnis.

Ein Arbeiter des Flugzeugausbesserungswerkes spricht hierauf das Gelöbnis.

4.6.1942

Hauptabschnittsleiter Stahl verliest dann den Text eines an Reichsorganisationsleiter Dr. Ley gerichteten Begrüßungstelegramms.

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl auf den Führer ausgebrachten Sieg-Heil und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.- Nach der Feier nimmt der Herr Generalgouverneur an einem Eintopfessen in der Kantine des Flughafenbetriebes teil.

4.6.1942

15[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirektor Lehmann.

Ministerialdirektor Lehmann berichtet über den Stand der Militärjustiz und teilt die allgemeinen Grundlinien der Entwicklung der Militärjustiz mit.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß ihm künftig Urteile der Militärgerichte über Polen und Ukrainer im Tenor bekanntgegeben werden. Ministerialdirektor Lehmann sagt dieses zu.

16[00] General Becker berichtet über den Stand der ordnungspolizeilichen Organisation im Generalgouvernement und über die Vorgänge im Distrikt Lublin. Weiter ersucht er den Herrn Generalgouverneur, sich im Hinblick auf den Fall Heydrich wieder ein Begleitkommando zuzulegen.

Der Herr Generalgouverneur billigt die im Distrikt Lublin ergriffenen Maßnahmen und beauftragt General Becker, die Frage eines neuen Begleitkommandos mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger zu besprechen.

16[15] Besprechung mit Pressechef Gaßner und Hauptschriftleiter Stöppler.

Die beiden Herren berichten über ihren Besuch in Preßburg.

Der Herr Generalgouverneur gibt anschließend Anweisungen über die pressemäßige Behandlung des demnächst stattfindenden Catlos - und Axmannbesuches.

4.6.1942

16^{50} Besprechung mit Oberbaurat Hofer.

17^{00} Besprechung mit dem Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann.

Hauptabteilungsleiter Naumann macht eingehende Ausführungen über die Pferdezucht im Generalgouvernement. Man müsse drei verschiedene Gruppen unterscheiden:

1. Vollblutzucht und Rennen.

Es sei notwendig, die Rennen in Lemberg und Lublin (im nächsten Jahr auch in Warschau) auf verordnungsmäßige Grundlage zu stellen. Die Verordnung werde demnächst zur Unterschrift vorgelegt.

2. Dienst am Pferde.

Die Verordnung darüber sei bereits rechtskräftig geworden.

3. Die allgemeine Zucht.

Bei Übernahme der Zivilverwaltung sei vereinbart worden, daß die Wehrmacht unter der Leitung von Oberlandesstallmeister Rau das Pferdewesen im Generalgouvernement im Auftrage des Generalgouverneurs betreuen solle. Das Generalgouvernement bezahle die neu anzukaufenden Pferde, während die Wehrmacht für die Unkosten an Futter und Stallungen und den Oberlandesstallmeister aufkomme. Rau führe das Kommando über die Gestüte.

Richtig wäre es nun, wenn die Regierung des Generalgouvernements diesen Zweig übernehmen würde. Dazu wäre es notwendig, daß man allmählich mit der Ausbildung einer Reihe von Gestütskommandanten beginne, um dann beim Fallen der Entscheidung einen gewissen Apparat zur Verfügung zu haben.

4.6.1942

Bis jetzt habe das Generalgouvernement 900 Staatshengste im Besitz. Man müsse die Gefahr vermeiden, daß die Gestüte des Generalgouvernements sich zu reinen Heeresgestüten entwickelten.

Der Herr Generalgouverneur führt die Errichtung eines Staatsgestüts-Betriebes als eine Notwendigkeit aus und ersucht Hauptabteilungsleiter Naumann, die von ihm als notwendig erachteten Vorarbeiten in Angriff zu nehmen.

Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt dann, daß er in der nächsten Woche mit Staatssekretär Backe zwecks Lieferung von Lebensmitteln aus dem Generalgouvernement verhandeln werde, und fragt an, ob er dabei mit den Zahlen, die er in der letzten Hauptabteilungsleitersitzung vorgetragen habe, operieren könne.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstanden. Dabei müsse aber von Hauptabteilungsleiter Naumann daraf hingewiesen werden, daß diese Zahlen die äußerste Leistung des Generalgouvernements auf diesem Gebiet darstellten. Die Lieferungen dürften auch nicht in das Reich direkt gehen, sondern müßten an die Wehrmacht und an die Lazarette im Generalgouvernement abgeführt werden.

Hauptabteilungsleiter Naumann erklärt in diesem Zusammenhang noch, daß lediglich die Lieferung von 50 Millionen Stück Eiern ins Reich vorgesehen sei.

Der Herr Generalgouverneur ersucht zum Schluß Hauptabteilungsleiter Naumann, zur kommenden Besprechung über die Landwirtschaftliche Zentralstelle einen Vertreter zu schicken.

4.6.1942

17[20] Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

18[45] Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV/9

Krakau

Freitag, den 5. Juni 1942

7^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

10^{30} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10^{55} Besprechung mit Ministerialrat Wille.

Dem Herrn Generalgouverneur teilt der Präsident der Hauptabteilung Justiz in der Regierung des Generalgouvernements Wille mit: der frühere Gouverneur des Distrikts Galizien habe sich vorgestern erschossen. Damit ist der Fall Lasch abgeschlossen. Der Prozeß gegen ihn findet nicht statt.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß der Präsident der Hauptabteilung Justiz die Akten des Falles Lasch zur Einsicht durch den Staatssekretär anfordern soll.

Hauptabteilungspräsident Wille berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß im Reich die Frage einer Vereinheitlichung des Patentrechts erörtert werde. Er habe bislang diese Frage dilatorisch behandelt. Inzwischen habe der Gesandte Albrecht in einem persönlichen Schreiben an den Gesandten von Wühlisch um Auskunft gebeten, ob in dieser Angelegenheit schon etwas geschehen sei. Er, Präsident Wille, habe dem Staatssekretär Dr. Bühler Vortrag gehalten, und daraufhin sei nach Berlin die Antwort gegeben worden, daß zwar der Gedanke der Vereinheitlichung des Patentrechts an sich bestechend wäre, doch könne sich vorläufig die Hauptabteilung Justiz noch nicht entschließen, das Patentamt des Generalgouvernements vorzeitig aufzugeben und damit die gesamte Patentfrage im Generalgouvernement vom Reich abhängig zu machen.

5.6.1942

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß hinsichtlich der Vereinheitlichung des europäischen Patentrechts, einer Auflösung des Patentamtes des Generalgouvernements und der Einfügung des Patentsrechts in dasjenige des Reiches es vorläufig beim bisherigen Zustand zu verbleiben habe.

Hauptabteilungspräsident Wille teilt weiter mit, daß bisher Landesverrat- und Spionagefälle immer an das Reichskriegsgericht abgegeben worden seien. Von seiten der Wehrmacht werde jetzt angesichts der Überlastung der Militärjustiz ein anderes Verfahren gewünscht. Nun frage sich, ob man evtl. eine Zweigstelle des Volksgerichtshofes im Generalgouvernement errichten solle. Die Hauptabteilung Justiz wie auch das Reichsjustizministerium seien damit nicht einverstanden, vor allem habe sich auch Staatssekretär Dr. Freisler mit Nachdruck dagegen gewendet. Man sei deshalb auf den Gedanken gekommen, einen eigenen Volksgerichtshof im Generalgouvernement zu schaffen. Für die Regelung dieser Frage werde ein Sachberater beigezogen werden, der Hilfsrichter beim Volksgerichtshof gewesen sei.

11[15] Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Dr. Paersch

Präsident Dr. Paersch gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige Währungslage.

Er legt sodann dem Herrn Generalgouverneur einige Exemplare gefälschter 50-Groschen-Stücke vor. Diese Geldstücke seien, wie Präsident Dr. Paersch ausführt, in ziemlich großem Umfange hergestellt worden. Die Emissionsbank habe sich daher veranlaßt gesehen, die 50-Groschen-Stücke im Betrage

5.6.1942

von etwa 3 Millionen Zloty aus dem Verkehr zu ziehen.

11^{30} Besprechung mit Ministerialrat Plodeck

Auf die von dem Herrn Generalgouverneur an Ministerialrat Plodeck gerichtete Frage über seine Stellungnahme zu den Wirtschaftskammerorganisationen erwidert Ministerialrat Plodeck, daß er in Abwesenheit seines Chefs, des Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft, keine amtliche Erklärung zu dieser Frage abgeben könne.

Der Herr Generalgouverneur betont, daß er diese Organisation für völlig überorganisiert ansehe und daß er in der morgigen Sitzung in dieser Richtung wirken werde.

Ministerialrat Plodeck teilt weiter mit, daß sich der Landeshauptmann Kate - Oberschlesien an ihn wegen des gemeinsamen Erwerbs der Grube Jaworschno durch das Generalgouvernement und die Provinz Oberschlesien gewendet habe.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt Ministerialrat Plodeck, unverzüglich bei Staatssekretär Dr. Bühler alle geeigneten Schritte zu tun, damit im Benehmen mit Gauleiter und Oberpräsidenten Bracht die Sicherstellung des Betriebes der Grube Jaworschno im Dienste des Generalgouvernements herbeigeführt werden kann.

11^{50} Besprechung mit Arbeitsführer Hinkel.

Oberstarbeitsführer Hinkel berichtet dem Herrn Generalgouverneur über den Aufbau und den

5.6.1942

Einsatz des polnischen Baudienstes. Auf Grund der einschlägigen Verordnung sei nunmehr im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Arbeit die Erfassung und Musterung der polnischen Mannschaften durchgeführt. Erfreulicherweise sei in diesem Jahre die Erfassung wesentlich besser gewesen als im vergangenen Jahr. Von den etwa 140 000 Mann, die erfaßt worden seien, seien schon rund 80 000 gemustert und würden jetzt planmäßig eingestellt. Die Musterung sei befriedigend verlaufen; gegenüber einem Ergebnis von nur 10 % im vorigen Jahr seien es diesmal 90 bis 95 %. Die noch fehlenden Mannschaften würden durch entsprechende Strafmaßnahmen angehalten, sich zur Musterung zu stellen, und man habe mit diesen Strafmaßnahmen gute Erfolge erzielt.

In der vorigen Woche sei Reichsarbeitsführer Hierl mit ihm in Lemberg gewesen, wo eine eingehende Aussprache über alle in Betracht kommenden Probleme stattgefunden habe. Im übrigen könne er feststellen, daß der Einsatz von Reichsarbeitsdienst-Führern im Generalgouvernement wie auch im weiteren Osten von großem Segen gewesen sei. Deshalb halte der Reichsarbeitsführer es auch für geboten, daß er, Oberstarbeitsführer Hinkel, bis auf weiteres im Generalgouvernement bleibe.

Der Herr Generalgouverneur spricht Oberstarbeitsführer Hinkel seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

12[lo] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Direktor Leux und die Sachverständigen Berisch und Grimm von der Treuhandverwertungsstelle.

5

5.6.1942

Dem Herrn Generalgouverneur werden einige Silbergeräte vorgelegt, die als Gastgeschenke bzw. auch als Sportpreise Verwendung finden sollen.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth, eine Liste der übergegebenen Gegenstände anzufertigen und für die Verwahrung der Silbersachen Sorge zu tragen.

II/9 15^{00} Trauerakt für Blutordensträger Stabamtsleiter Pg. Kastein im Haus der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Ansprache:

Kamerad Kastein! Der Augenblick ist gekommen, da sich Dein Führer von Dir verabschiedet. Im Namen des Führers Adolf Hitler senke ich dankbar mein Haupt vor Dir und weihe Dir den letzten Gruß des größten Deutschen beim Flug in die Ewigkeit. Der Führer hat Dir, Kamerad Kastein, in Anerkennung Deines heldischen Opfertodes für Deutschlands Größe die Ehre des soldatischen Begräbnisses zuteil werden lassen. Wie die anderen heroischen Gefallenen des deutschen Freiheitskrieges wirst auch Du Deine Siegesfahrt in die Unsterblichkeit antreten. Dein Führer verabschiedet sich von Dir. Das Reich verabschiedet sich von Dir. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei verabschiedet sich von Dir.

Der Führer dankt Dir für den heldischen Einsatz Deines Lebens. Du hast ihm unter Einsatz Deiner Kraft gedient, Du hast ihm die Kraft Deiner Seele geweiht. Du lebtest aufrecht und stark seinem Vorbild nach. Das Reich Adolf Hitlers dankt Dir.

5.6.1942

Du hast ihm in seiner Größe gedient, Du hast Dich aufgeschwungen zu der Erkenntnis, daß dieses Reich der Inhalt unseres Lebens ist, und hast es zum Inhalt Deines Lebens gemacht. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei dankt Dir für den Glauben, für den Opfermut, mit denen Du die größte Idee aller Zeiten mutvoll vertratest.

Nicht zuletzt steht vor Dir der Reichsleiter und Generalgouverneur dieses Kampfgebietes und nimmt bewegten Herzens Abschied von Dir, der Du an gefährlichster Stelle in schwerer Stunde Dein Leben hingabst. Ziehe hin in die unsterbliche Höhe des Unausdenkbaren. Alles, was wir Menschen vermögen, ist gebannt an diese Erde. Was Du uns jetzt voraus hast, ist die Unsterblichkeit. Mögest Du beim ewigen Herrgott Fürsprecher sein für unseren Führer, für unsere Waffen, für unseren Sieg und für unseren Glauben und mögest Du in der Millionenzahl der ewigen Seelenflammen nun auch Dein Leuchten im Äther erkennen lassen.

Frau Kastein! Vor Ihnen verneigen wir uns. Sie haben dem Führer und Vaterland das gegeben, was der Inhalt Ihres Lebens war. Wir können nur in Demut vor diesem Opfer schweigen und Ihnen versprechen, daß der Opfertod Ihres heldischen Mannes unvergessen bleiben wird. Indem wir uns von ihm verabschieden, hat ein Höherer, der ewige Herrgott, der unser Leben in sich trägt, sein Schicksal zu dem seinen gemacht. Ihr Schicksal, Frau Kastein, wird das unsere sein. Der Führer läßt Ihnen danken.

5.6.1942

16[20] Fahrt vom Hause der NSDAP nach Kressendorf.

17[50] Der Herr Generalgouverneur führt ein telefonisches Gespräch mit Reichsminister Dr. Lammers.

Gegenstand dieses Gespräches ist der Erlaß über die künftige Benutzung des Salonwagens.

Grundsätzlich wird vereinbart, daß der Herr Generalgouverneur 2 Mal im Monat den Salonwagen für Fahrten auf den Strecken Krakau - Berlin und München - Wien - Krakau benutzen darf. Reichsminister Dr. Lammers wird dem Reichsverkehrsminister Dr. Dorpmüller eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

19[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Kressendorf nach Krakau zum Institut für Deutsche Ostarbeit.

20[00] Besuch des Vortrages von Prof. Dr. Kienle im Ostinstitut über das Thema:

"Das Weltsystem des Kopernikus und
das Weltbild unserer Zeit".

21[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg)

Krakau

Sonnabend, den 6. Juni 1942

8^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

9^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Prof. Dr. Kienle, der in Begleitung von Direktor Dr. Coblitz erschienen ist.

9^{25} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Beschränkung von Grundeigentum aus Gründen der Reichsverteidigung im Generalgouvernement
2. einer Zweiten Verordnung der Verordnung vom 31. August 1940 über die Behandlung feindlichen Vermögens und
3. eines Erlasses zur Schutzbereichsverordnung vom Juni 1942

zur Unterschrift vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe.

Über eine Verordnung über das Verbot der Taufen von Juden wird vom Herrn Generalgouverneur eine neue Besprechung angesetzt.

9^{45} Arbeitsbesprechung über die Kammerorganisation der gewerblichen Wirtschaft im Königssaal der Burg.

(S. Beiakten)

2

6.6.1942

12[30] Feierliche Begrüßung des Reichsjugendführers Axmann im Haus der NSDAP in Anwesenheit der Leiter der Arbeitsgebiete des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur widmet dem Reichsjugendführer folgende Begrüßungsworte:

Reichsjugendführer! Lieber Parteigenosse Axmann!

Als Reichsleiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP heiße ich Sie, Reichsjugendführer, bei uns herzlich willkommen. Nachdem Sie schon früher unserem Aufbauwerk aufrichtiges Interesse gewidmet haben, kommen Sie nun in einem Augenblick zu uns, in dem die Regierung des Generalgouvernements vom staatlichen Sektor aus durch den Erlaß einer die Jugendfürsorge betreffenden Verordnung dafür gesorgt hat, daß im Rahmen der staatlichen Organisation den Plänen der Hitlerjugend des Reiches - ich kann ruhig sagen - in programmatischer Weise entsprochen ist. Aus diesem Anlaß werden wir beide zu der Jugend des Generalgouvernements sprechen, und Sie können uns dabei die Richtung aufzeigen, wie Sie sich die Jugendarbeit der Partei im Generalgouvernement vorstellen.

Die Partei sieht und strebt in einem schweren Kampf einem großen Ziel entgegen. Wir haben hier ein großes Bollwerk machtvoll aufgerichtet, wir haben die deutschen Menschen weltanschaulich und führungsmäßig in der Hand, wir sorgen dafür, daß die Sauberkeit dieses Raumes gewährleistet bleibt und daß die deutschen Menschen hier nach den großen Zielen des Führers nationalsozialistisch ausgerichtet werden.

6.6.1942

In diesem Gesamtrahmen bedeutet für uns in diesem Raum die Jugend alles. Sie ist die große Hoffnung dafür, daß dieser Raum in aller Ewigkeit deutsch bleiben wird. Sie soll hier seelisch-geistiges Heimatempfinden in sich einwurzeln lassen und dadurch der eigentliche Träger und Gestalter des Deutschtums in diesem Raum werden. Diese Aufgabe ist neben der Schule und den anderen Einrichtungen, die sich mit der Jugend beschäftigen, der Hitlerjugend in führender Form gestellt. Sie soll hier die absolute Vorrangstellung in der Betreuung der Jugend haben und zusammen mit der Schule dafür sorgen, daß unser völkischer Nachwuchs in diesem Raum mustergültig ist.

Parteigenosse Axmann, Ihr Name leuchtet nunmehr neben dem Namen des Reichsleiters Baldur von Schirach über der deutschen Jugend. Wir sind stolz und froh, den Jugendführer des Reiches, der unter Baldur von Schirach in seiner Person auch oberster Repräsentant der Partei und des Reiches auf dem Gebiete der Jugendführung ist, in unserer Mitte zu wissen. Ich heiße Sie nochmals in unserer aller Namen herzlich willkommen. Ihr Besuch ist für uns eine große Freude und Anspornung.

Reichsjugendführer Axmann dankt in einer kurzen Ansprache für die warmen Worte der Begrüßung des Reichsleiters.

IX/9

Krakau

Sonntag, den 7. Juni 1942

8^{38} Der Herr Generalgouverneur begrüßt auf dem Hauptbahnhof in Krakau den slowakischen Verteidigungsminister General Catlos.

9^{00} Frühstück zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers General Catlos im Kasino der Burg.

11^{00} M o r g e n f e i e r der Hitlerjugend im Staatskasino aus Anlaß des Besuches des Reichsjugendführers Arthur Axmann in Krakau.

Nach einleitenden Worten des Hauptbannführers Förschle an die Kundgebungsteilnehmer, unter denen sich als Ehrengast General Catlos befindet, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Exzellenz! Lieber Kamerad Axmann! Meine Herren, Kameraden und Kameradinnen, Parteigenossen!

Wieder einmal vereint uns eine festliche Stunde in diesem Raum. Wir haben durch ein Grundgesetz des Generalgouvernements der Hitlerjugend auch im staatlichen Rahmen die totale Führung der Jugend im engsten Zusammenwirken mit der Schule übertragen. Damit ist durch die Herstellung der Personalunion in der Führung der Jugendarbeit, in der Partei und im Staat im Generalgouvernement ein gewaltiger Fortschritt erzielt und nunmehr eine Entwicklungsgang möglich, der für die gesamte Jugendarbeit im Osten Vorbild sein wird.

Meine lieben Jungen und Mädel! Damit seid Ihr im Namen des Führers zur ernsten Aufgabe aufgerufen, mitzuhelfen, daß dieses Land, das durch den Heldenmut der deutschen Soldaten und der Soldaten der mit uns verbündeten Völker, als deren einen starken und stolzen Vertreter wir hier General Catlos begrüßen können, dieses Land, das durch den Opfertod vieler Tausender bester Deutscher erorbert wurde, nunmehr

7.6.1942

durch Gemeinschaftsarbeit dem deutschen Lebensraum immer enger eingefügt wird. Für Euch ist das die stolzeste und schönste Sendung, die der Führer einem jungen Leben überhaupt geben kann.

In seinem Buch "Mein Kampf" schreibt der Führer: "Es wird aus jedem Krieg dann der Segen entstehen, wenn der Opfertod und die Hingabe besten Blutes sich für alle Zukunft dadurch fruchtbar zeigt, daß neuer Lebensraum dem Volk sieghaft zuwächst." Dies ist hier im Generalgouvernement, in diesem alten deutschen Führungsland des Ostens der Fall; aus dem Opfertod der Helden des Polenkrieges wächst hier eine stolze Ordnung, ein stolzes Nebenland des Reiches empor. Ihr, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, seid nunmehr aufgerufen, in die Zukunft hinein das zu sichern und zu erhalten, was die Generation Euerer Väter erobert hat. Wir werden einmal abtreten, und Ihr werdet dann an unserer Stelle die Fahne unseres Führers ergreifen. Ihr werdet dann in diese Aufgabe hineingestellt werden, auf Euch wird der Segen eines großen Schicksals herableuchten, Eure Seelen wird das Bewußtsein durchdringen, daß es eine der gewaltigsten Aufgaben der Welt ist, sich als deutscher Mann, als deutsche Frau zu bewähren. Wir kommen aus einem ewigen göttlichen Wollen heraus. Unserem Volk ist Größtes bestimmt, und dieser Generation von deutschen Menschen ist vom ewigen Schicksal das größte Reich aller Zeiten vorgedeutet. Dieses Großdeutschland, von dem wir sprechen, ist nicht nur groß, weil es in sich das größte Territorium, das jemals deutsch war, bergen wird, sondern es soll auch groß sein vor allem durch den großen Charakter des Volkes, durch die große seelische und geistige Haltung dieser Nation, die zu Höchstem berufen scheint.

3

7.6.1942

Wenn wir nun im Oktober dieses Jahres auf das zurückschauen, was die deutsche Führung in diesem Raume in drei Jahren vermocht hat, und wir das, was wir an Schmutz, Zerstörung, Terror, Ohnmacht, an Elend, Seuchen und Verwahrlosung übernommen haben, vergleichen mit dem leuchtenden Bild einer werdenden gesunden Ordnung in diesem Raum, eines Lebens, das sich überall entfaltet und auch zum Segen der fremdvölkischen Bewohner dieses Raumes wird, dann könnt Ihr, meine jungen Freunde, ermessen, daß dieses Werk auch vor dem ernstesten und kritischsten Beurteiler bestehen kann. Heute ist in diesem Land eine Klarheit und strenge Sauberkeit spürbar.

Wir können sagen: "Jeder Deutsche, der in diesen Raum kommt, findet hier seine Heimat." Und auch Ihr, meine Jungen und Mädel, sollt hier Eure wirkliche Heimat finden. Ihr sollt in diesen Raum hineinwachsen, und er soll um Euch wachsen und in Euch hineinwachsen. Ihr sollt hier die starken Wurzeln eines neuen deutschen Lebensraumes tragen, der einmal so wird wie Württemberg oder Baden oder die Mark Brandenburg, wie Bayern oder die Ostmark. Wie Wien oder Hamburg sollen auch Krakau und Warschau, Lemberg, Lublin oder Radom hineinwachsen in die deutsche Gemeinschaft des Lebens und des Heimatempfindens.

Wir kommen und gehen in dieses Land nicht als Gewaltherrscher. Unsere Absichten sind nicht terroristischer oder unterdrückerischer Art. Wir behüten wohlgefügt in die Interessen des großdeutschen Raumes die Lebensrechte auch der Polen oder Ukrainer in diesem Raum. Wir haben den Polen und Ukrainern weder ihre Kirchen noch ihre Schulen und ihre Erziehung genommen. Der Deutsche will nicht gewalttätig entnationalisieren; wir sind uns selbst genug, und wir wissen, daß man in unsere Gemeinschaft hineingeboren werden muß und daß es eine Auszeichnung

ist, ihr anzugehören. Daher können wir auch mit diesem Werk vor der Welt bestehen.

Ich möchte Euch, meine lieben Jungen und Mädel, danken, daß Ihr so tapfer und mutig seid und daß Ihr meinem Ruf in diesen Raum mit Euren Eltern gefolgt seid, und ich möchte Euch dafür versprechen, daß meine ganze leidenschaftliche ge ergriffene Anteilnahme Eurem Schicksal gelten soll. Mein persönlicher Ehrgeiz wird sein, Euch die besten Schulen, die besten Erziehungsanstalten Eurer Hitlerjugend-Organisation, die vorbildlichsten Heimstätten, Sportplätze und alle Entwicklungsmöglichkeiten mit allen Mitteln aufzubauen und aufzurichten. (Starker Beifall)

Ihr seid dabei aufgerufen nach dem stolzen Wort des Führers in seiner letzten Reichstagsrede, wonach man jetzt nicht von den Rechten des Einzelnen zu sprechen hätte, sondern von den Pflichten, Euch klar zu sein, daß diese Zeit den schwersten Kampf unseres Volkes bedeutet. Ihr müßt Euch klar sein, daß in dem Augenblick, in dem wir hier in diesem Raum friedlich beim Strahlen unserer Fahnen zusammensitzen, Tausende von deutschen Soldaten und Soldaten unserer Verbündeten im schwersten Kampf um die Durchsetzung des Lebensanspruches unserer Nation stehen, daß dort Männer fallen, die auch Kinder haben, die auch Familie besitzen, deren Frauen bangen, und daß in diesen Wochen und Monaten über viele deutsche Jungen und Mädel die schwere und kummervolle Stunde gekommen ist und kommen wird, in der die Meldung kam und kommt, daß der Vater oder ältere Bruder für Deutschlands Größe gefallen ist. Diesem Opfer müßt Ihr Euch immer auch bei Euren Ansprüchen vertraut fühlen.

Wir sind in diesem Land nicht, um Feste zu feiern oder um irgendwie Kommerziell-Geschäftliches im Einzeldasein zu erringen trachten, und wir sind nicht

dazu da, irgendwelchen Geschäftemachern den Weg zu bahnen, sondern allein dazu, die größte idealistische Sendung unserer Zeit zu erfüllen, den Osten, das von altersher große Traumfeld der deutschen Nation, in die Jahrtausende hinein sicherzustellen. (Beifall) Seit Jahrhunderten träumten unsere Vorfahren von diesem gewaltigen Geschehen.

Schaut Euch die Stadt Krakau an: sie war Hansestadt genauso wie Hamburg oder Bremen oder Lübeck oder Danzig; Krakau war deutsche Hansestadt mit deutscher Gemeindeform, deutschem Recht, deutschen Bauten und deutschen Menschen. Deutsche Künstler besten Blutes haben das Stadtbild geformt. Nur weil wir in unserem Reich schwach wurden, weil wir uns zerfetzten und innerlich aufrissen, weil fürstliche Willkür oder sonstiger Hader, konfessioneller und ständischer Streit unsere Nation uneins machte, gingen diese Positionen verloren.

Aber nun steht hinter uns ein Reich, geschaffen wie ein eherner Block, gefügt wie vom Herrgott selber, zusammengeschweißt zu einem Jahrtausende überdauernden Wollen. Dieses Reich Adolf Hitlers und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird uns Vorbild sein und der Ansporn und das Reservoir aller Kräfte, damit wir diesen Kampf diesmal anders bestehen und durchhalten können, als ihn die armen aber großen kämpfenden Deutschen des Mittelalters in diesem Raum zu führen vermochten.

Ihr müßt Euch immer wieder in Eure Herzen einprägen: der Einzelne ist nichts, er ist ein kleiner Tropfen im Strom unseres Volkes, ein Blatt am Baum unserer Nation. Keiner kann irgendwie ändern, wann und wie er geboren wird, wie er sein Leben führt und wie er es endet. Wir müssen in uns die Hingabe an den göttlichen Willen tragen, der uns in diese Zeit hineingestellt hat. Wir Nationalsozialisten wissen auch, daß das nicht müde Resignation oder demütige Denkungsart darstellt; wir knieen nicht vor

Menschen und wir verdunsten unsere Gehirne nicht durch Weihrauch. Wir schauen in die Sonne, in das Blühen und Gedeihen der Welt, wir tragen die Sonne eines großen völkischen Bewußtseins in uns und wir wissen, daß der Herrgott unser Werk dann segnen wird, wenn wir uns als tapfere deutsche Männer und Frauen bewährt haben.

So, meine Kameraden und Kameradinnen, möchte ich Euch sehen. Ich möchte Sie, Kamerad Axmann -, das ist mein Wunsch - der Sie die Jugendarbeit im Generalgouvernement verantwortlich führen, bitten, mit den Jungen und Mädeln in dieser Richtung zu arbeiten. Wenn wir dann am kommenden Parteitag des Sieges in Nürnberg die Partei des Generalgouvernements dem Führer vorführen, soll die Hitlerjugend des Generalgouvernements dem Führer mit blitzenden Augen und hocherhobenen Hauptes, mit flammenden Herzen und zielklaren Geistes zeigen, daß im Osten das ganze deutsche Volk wieder eine Jugend erlebt. (Starker Beifall) Mein Ziel, Parteigenosse Axmann, der ich Sie als Vertreter des Führers in der Jugendarbeit der Partei und des Deutschen Reiches mit besonderer Herzlichkeit hier begrüße, ist es, daß ich als Generalgouverneur und als Reichsleiter alles tun will, Ihnen in diesem Raum zu helfen, der deutschen Jugend die Gedanken Adolf Hitlers zum Lebensinhalt zu machen.

(Lang anhaltender Beifall)

Nach den Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs ergreift Reichsjugendführer Axmann das Wort zu Ausführungen über die Jugendarbeit im Ostraum.

Mit der von Hauptbannführer Förschle ausgebrachten Führerehrung und den Liedern der Nation findet die Feier ihren Abschluß.

Krakau

Sonntag, den 7.Juni 1942

13[lo] M i t t a g e s s e n zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers Generals Catlos und des Reichsjugendführers Axmann im Danziger Saal der Burg zu Krakau.

Während des Essens konzertiert auf dem Hofe der Burg ein Musikkorps der Luftwaffe.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Begrüssungsansprache:

Exzellenz! Reichsjugendführer! Meine Herren!

Ich habe die hohe Ehre, im Namen der Regierung des Generalgouvernements Sie, Exzellenz, auf das herzlichste in unserer Mitte zu begrüßen. Auch Sie, Parteigenosse Axmann, begrüße ich von ganzem Herzen im Namen aller Deutschen des Generalgouvernements.

Wir freuen uns sehr, daß Sie, Exzellenz, die Reise ins Generalgouvernement angetreten haben, um hier auf der alten deutschen Burg zu Krakau ein neues Freundschaftszeichen der deutsch-slowakischen Verbindung und Verbrüderung zu erleben. Wir sind stolz darauf, daß wir in Ihnen den führenden Soldaten der tapferen slowakischen Armee begrüßen dürfen, haben wir es doch auch dem heroischen Einsatz der slowakischen Verbündeten zu verdanken, daß dieses Land, das Generalgouvernement, an seiner Ostgrenze von Konflikten und Sorgen fern gehalten wird. Die Slowakei und das Generalgouvernement sind Nachbarn: auf viele hundert Kilometer erstreckt sich die gemeinsame Grenze. Und das Leben wird sich - dessen bin ich gewiß - über diese Grenze hin und her entwickeln zum Segen und Vorteil des deutschen und des slowakischen Volkes.

Die große Gemeinschaft, die wir hier erleben, die uns unser genialer, unvergleichlicher Führer Adolf Hitler gegeben hat, hat im slowakischen Volk eine begeisterte Hingabe an das gemeinsame europäische Ordnungsziel gefunden.

7.6.1942

Das großdeutsche Reich, das nationalsozialistische Reich Adolf Hitlers wird diese Freundschaft und diese Bereitschaft des slowakischen Volkes zur Einordnung in die gemeinsamen Notwendigkeiten unseres Kontinents nie vergessen. Die Slowaken waren im Feldzug gegen Polen die einzigen Verbündeten, die wir hatten. Damals im September 1939 war es nur die Slowakei, die sich als fremdes Land mit den deutschen Fahnen verbündet hatte. Daß dieser Krieg für uns im Generalgouvernement den Ausgangspunkt unseres Lebens bildet, ist auch als ein hohes Verdienst der slowakischen Nation anzuerkennen.

So verbindet mich als den Generalgouverneur dieses Raumes in diesem Augenblick mit Ihnen, Exzellenz, der stolze Gedanke an die Vereinigung unseres und des slowakischen Volkes im Kampf gegen die polnischen terroristischen Unmenschen.

Dieses Land ist und bleibt für alle Zukunft deutsch. Diese Grenze, die an der Tatra gezogen ist, ist im Schutze des Führers geborgen. Und so werden wir auch in langen Jahrhunderten des Blühens und Gedeihens unser Gemeinschaftsleben in diesem Raum führen. Seien Sie überzeugt, Exzellenz, daß ich, was von meiner Seite aus geschehen kann, alles daran setzen werde, um die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern immer enger zu gestalten.

Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl des slowakischen Staatspräsidenten Tiso, auf Ihr Wohl, Exzellenz, auf das Wohl der tapferen slowakischen Armee und des slowakischen Volkes. -

In besonders herzlicher Weise gilt mein Gruß auch Ihnen, Parteigenosse Axmann. Sie haben die Schwierigkeiten der Reise ins Generalgouvernement nicht gescheut. Ich habe heute Morgen in der Kundgebung der Hitlerjugend zum Ausdruck gebracht, daß Sie bei Ihrer Arbeit auf mich sowohl als Chef des Staates wie als Reichsleiter stets rechnen können.

7.6.1942

Sie dürfen überzeugt sein, daß ich für die Aufgabe, die Sie als Reichsjugendführer haben, stets volles Verständnis zeigen werde. Ich trinke auf Ihr Wohl.

Der slowakische Verteidigungsminister General Catlos erwidert mit folgenden Worten:
Exzellenz! Meine Herren! Ich bin Ihnen, Exzellenz, sehr dankbar dafür, daß ich Gelegenheit habe, heute hier weilen zu dürfen. Das ist für mich persönlich, für die gesamte slowakische Armee und den slowakischen Staat eine große Ehre.

Ich war mit Euer Exzellenz damals in Lemberg, als Galizien dem Generalgouvernement einverleibt wurde. Damals habe ich sehen können, welche Zustände dort herrschten. In den letzten Wochen bin ich nun wieder in Lemberg gewesen und habe dort einen gewaltigen Unterschied zu den damaligen Verhältnissen feststellen können. Und ich kann nur sagen: heute kann man sofort sehen, wo deutsche Ordnung, wo deutsche Autorität und deutsches Regime herrschen.

Ich war vor drei Jahren in Krakau. Damals war diese Stadt voller Juden und zeigte ein Bild der Unordnung. Und heute? - Wenn ich mir Krakau heute ansehe, dann kann ich nicht verstehen, wie es möglich ist, innerhalb dreier Jahre diese große Ordnung zu schaffen. Ich war auf dem Fest der deutschen Jugend und habe dort erlebt, wie eine Idee die ganze deutsche Nation eint; wie die Jugend von dem Gedanken an den Führer beseelt ist.

Die ganze deutsche Nation ist jetzt ihrer historischen Aufgabe gerecht geworden. Sie hat eine Arbeit geleistet, die in uns, den anderen Völkern und Nationen, die Erkenntnis reifen ließ, daß nur unter deutscher Führung und deutschem Regime in der ganzen Welt jene Ordnung aufgerichtet werden kann, die für die Zukunft nicht wieder Konflikte und Kriege

erstehen lassen wird. Die ganze Welt wird dann so konsolidiert sein, daß wir alle in Zukunft für unsere Völker ruhig arbeiten können.

Ich persönlich möchte Ihnen, Exzellenz, nochmals als Soldat der slowakischen Armee meinen Dank zum Ausdruck bringen. Wir haben im Norden unseres Landes eine gemeinsame Grenze mit dem Generalgouvernement. Bisher war Polen unser Nachbar, und etwas weiter nach Osten die bolschewistische Union. Damals war immer etwas nicht in Ordnung, immer gab es Konflikte. Wir sind ein kleines Volk. Die Polen hatten stets spekuliert, sie wollten uns immer etwas wegnehmen. Andererseits war die bolschewistische Propaganda bei uns sehr gefährlich. Unser Volk stand ja als slawisches Volk dem durch die Bolschewiken repräsentierten russischen Volk näher.

Nun haben wir eine große Grenze im Norden mit dem Generalgouvernement gemeinsam. Wir haben vom Norden her keine Bedrohung mehr zu befürchten und können jetzt in Ruhe leben, ohne gestört zu werden. Das danken wir vor allem auch Ihnen, Exzellenz, und Ihrer Tatkraft.

Ich habe dank Ihrer freundlichen Einladung Gelegenheit gehabt, zu sehen, welches Leben in Krakau herrscht. Ich konnte feststellen, welche Kraft und welcher Wille hier am Werke sind. Das bedeutet auch für uns Slowaken eine starke moralische Unterstützung.

Das große historische Werk, das Sie, Exzellenz, hier im Generalgouvernement vollbracht, die Arbeit, die Sie für Großdeutschland und den Führer leisten, erfüllt uns mit Bewunderung. Wir sind stolz darauf, daß wir mit unserer kleinen Armee zusammen mit unseren deutschen Verbündeten für unser gemeinsames Interesse, für ein neues Europa kämpfen dürfen.
Ich erhebe mein Glas und trinke auf Ihr Wohl, Exzellenz.

7.6.1942

15^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Stadion.
In seiner Begleitung befinden sich unter anderen General Catlos und Reichsjugendführer Axmann.
Im Stadion finden Vorführungen der H.J. statt.

17^{00} T e e - Empfang zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers General Catlos in Haus Kressendorf.

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

IV/9

Montag, den 8. Juni 1942

bis

Sonntag, den 14.Juni 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 9. Juni 1942

18^{00} In der Neuen Aula der Friedrich-Wilhelms-Universität spricht der Herr Generalgouverneur vor Dozenten und Studenten über das Thema:

Rechtsidee und Volksgemeinschaft.

(S.Anlage)

Anlage

Auf Einladung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin sprach Generalgouverneur Reichsminister Dr. Hans Frank über das Thema:

Rechtsidee und Volksgemeinschaft.

Nach kurzen einleitenden Worten des Rektors der Berliner Universität Prof. Dr. Kreuz begann Reichsminister Dr. Frank mit seinem Vortrag. Er führte aus:

Meine Kameradinnen und Kameraden! Ich bin gern der Einladung gefolgt, in einem ernsten geistesgeschichtlichen Augenblick über ein tiefes, das ganze deutsche Volk angehendes Problem zu Ihnen zu sprechen. Ich komme von Krakau, von einer stolzen Burg im Osten, die inmitten eines Landes aufragt, das jetzt in einen grandiosen weltgeschichtlichen Ablauf hineingestellt ist. Ich sehe von dieserBurg aus die endlosen Ströme deutscher Soldaten nach Osten ziehen, die Ströme, in denen der unerschöpfliche Kraftquell unserer Nation liegt, die den Krieg siegreich beenden wird.

Dieser Krieg mit seinen gewaltigen Ereignissen zwingt alle Lebensgebiete unseres Volkes in seinen Bann. Für uns Juristen ist es nicht nur selbstverständlich, sondern stets der stolze Zug der Bildung gewesen, die uns Rechtswahrern zuteil wurde, daß wir das Recht niemals als Selbstzweck ansahen, sondern es als mit dem Gemeinschaftsleben unseres Volkes unlösbar verbunden betrachteten. So verstehen wir auch, daß jetzt das Recht in den Dienst des Krieges einbezogen wird.

Die Beeinflussung des Rechts durch den Krieg wird oft in das gefährliche Wort umgedeutet: "inter arma silent leges". Dieses alte Wort, daß das Recht verstummt, wenn die Waffen sprechen, kann ich in seiner Totalität nicht anerkennen. Der Jurist wird den Vorrang des Krieges immer anerkennen. Ich bin jedoch der Meinung, daß im Kriege mit allen den feinen sozialen Nervenzonen vor allem die Rechtsempfindlichkeit des Volkes unbedingt der strikten Beachtung bedarf. So darf denn das Recht im Kriege nicht hintangestellt oder beiseite geschoben werden, sondern - in den Dienst des Krieges gestellt - ist es mit in die Notwendigkeit des Krieges uneingeschränkt einzubeziehen und wird daran mit/wirken, den Entscheidungskampf der Waffen um jeden Preis mit einem Siege zu beenden. Das bedeutet, daß sowohl in Gesetzgebung wie auch in Rechtssprechung unserer Nation das gesichert wird, was an äußeren Ordnungsnotwendigkeiten und an inneren Wertsicherungen für den Sieg Voraussetzung ist. So werden der Soldat wie der Bürger und jeder andere, der unter der Rechtsautorität des Reiches steht, diesen Kriegsdienst des Rechtes führen.

Wir stehen heute in der Periode der Entwicklung des neuen Reiches. Alles kann nur unter dem geschichtlich-substantiellen Gedanken stehen: wie gestaltet sich dieses Reich, wie wird es? Dieses Reich, das durch den Sieg die größte Ausdehnung seines Machtbereiches erlangen wird, die es jemals in der Geschichte hatte, es bedarf auch hier der inneren Ordnung, die ihm Ewigkeit verleihen wird. Noch nie war ein Reich denkbar ohne Recht - oder gegen das Recht. Reich und Recht gehören, wie die weltgeschichtliche Erfahrung lehrt, zusammen. So muß dieser Kriegsdienst des Rechtes als eine aus der normalen Entwicklung des Rechtslebens herausgeschnittene Sonderzone mit Eigengesetzlichkeiten angesehen werden.

Nach der Machtübernahme war die deutsche Gesetzgebung stets bemüht, das Recht mit dem wirklichen Empfinden des Volkes in Einklang zu bringen. Wir haben durch die Erbhofgesetzgebung, durch die Weiterbildung des Reichrechts, durch die Schaffung des Arbeits-, Wehr-, Kultur- und Rasserechts die großen notwendigen Voraussetzungen der totalen Neuordnung unseres Gemeinschaftslebens so rechtzeitig gestaltet, daß daraus die Elemente des Sieges durch ein völlig umgewandeltes, mit neuem Glauben, mit neuen Impulsen, mit neuen Entschlossenheiten und Geschlossenheiten erfülltes Volk geschaffen wurden. Diese Tat des Führers als des größten Gesetzgebers der deutschen Geschichte ist und bleibt die monumentalste Leistung der deutschen Rechtsgeschichte überhaupt.

Unmittelbar nach dem Kriege hoffe ich dem Führer den Entwurf des großdeutschen Volksgesetzbuches vorlegen zu können, an dem seit vielen Jahren die besten Köpfe des deutschen Rechts planen. Dieses Volksgesetzbuch wird die Erkenntnisse nationalsozialistischer Rechtspflege endgültig zusammenfassen. Doch sind schon alle bisherigen Gesetze so rechtzeitig errichtet worden, daß sie jetzt für den Krieg eine völlige Wandlung des Volksbewußtseins herbeigeführt haben. Die Vollendung dieser Wandlung wird das Volksgesetzbuch mit sich bringen, indem es Rechtsidee und Volksgemeinschaft endgültig zu einem harmonischen Zusammenklang bringt und das durchsetzt, was wir im 20. Jahrhundert von einer volksgenössischen Gemeinschafts-Rechtsordnung erwarten.

Ich möchte auch heute mein schon so oft wiederholtes Bekenntnis dahin ablegen: ich glaube an die Möglichkeit der Verbindung von autoritärer Staatsführung und richterlicher Unabhängigkeit. Ich glaube

an die Möglichkeit des Einbaues von Rechtssicherheit im weitesten Sinne in die autoritäre Staatsführung.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Worte, die der Führer in seiner letzten Reichstagsrede gesprochen und in denen er sich selber als obersten Gerichtsherrn des deutschen Volkes bezeichnet hat. Dem Führer ist an diesem Tage vom deutschen Volke eine Vollmacht gegeben worden. Diese dem Führer gegebene Vollmacht stellt in der deutschen Rechtsgeschichte eine außergewöhnliche Neuerung dar. Für die deutsche Rechtswelt ist damit eine der schwersten Entscheidungen gefallen. Der Führer hat sich dem deutschen Rechtsleben als Richter vorangestellt. Und wir können als Nationalsozialisten und als Deutsche im Interesse des Rechtes dieses unmittelbare Eintreten des Führers in richterliche Funktionen nur begrüßen. Es kann kein Zweifel mehr darüber sein, daß der Führer der oberste Gerichtsherr des deutschen Volkes ist. Andererseits ist es aber eine Frage, inwieweit neben diesen totalen richterlichen Funktionen des Führers richterliche Arbeit in Deutschland wird tätig sein können. Der Führer hat mit mir gerade im Hinblick auf seine Erklärung in der letzten Reichstagsrede anläßlich unseres Beisammenseins am 23.Mai 1942 darüber gesprochen und mich bevollmächtigt, folgendes zu sagen:

Der Führer ist der Überzeugung, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der deutschen Richter ihre Aufgaben hervorragend erfüllt. Er wird deshalb nur dafür sorgen, daß da, wo aus der Rechtsprechung in einzelnen Fällen Gefahren für die einheitliche Führung des Reiches entstehen können, die Rechtsprechung mit dem Kriegsziel in Einklang gebracht wird. Es ist klar, daß nach unserer Anschauung nur ein Richter Recht sprechen kann. Indem der Führer als

6

oberster Richter selber die Funktion der Rechtsprechung übernommen hat, sind Richterbegriff und Richterfunktion durch den Führer in einer Weise bestätigt worden, die wir Nationalsozialistischen Rechtswahrer nur begrüßen können.

Es ist nun Aufgabe der zukünftigen Entwicklung, die Möglichkeiten der deutschen Rechtsprechung voll wahr zu nehmen. Und hier müssen wir von folgenden Grundsätzen ausgehen: Ein Volk läßt sich nicht durch Gewalt beherrschen, ein Volksleben ohne Recht ist undenkbar. Gewalt ist nur ein technisches Moment, das nie an die Stelle des Rechtes treten kann. So lebt das deutsche Volk aus seinem Recht als freies Volk und kann nie durch Gewalt zur Volksgemeinschaft gezwungen werden.

Der Deutsche trägt in seinem Rassecharakter ein Merkmal, das unendlich ernst zu nehmen ist: eine ungewöhnliche Rechtsbedürftigkeit und Rechtsempfindlichkeit. Aus dem Sehnen nach Gerechtigkeit und Recht sind die schönsten Motive unseres nationalen Lebens entstanden. Jedoch bedarf wie alle kulturellen Werte auch das Recht des staatlichen Schutzes. Es geht andererseits aber nicht an, daß in einem Staat einem Mitglied der Gemeinschaft Ehre, Freiheit, Leben, Eigentum genommen werden, dass man es verstößt und verurteilt, ohne daß es zuvor gegen die erhobenen Anklagen hat Stellung nehmen können. Hierin kann uns die Wehrmacht ein Vorbild sein: dort ist jeder so lange freies, geachtetes und gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft, bis ein Richter - unabhängig über ihm stehend - zwischen Anklage und Verteidigung abgewogen und geurteilt hat.

Audiatur et altera pars - auch der andere werde gehört! Es ist das alte heilige Bild des deutschen Rechts: hier steht der Vertreter der Gemeinschaft,

der Staatsanwalt, der die Anklage erhebt, - dort der Beschuldigte, der in freier Rede zu den gegen ihn erhobenen Anwürfen Stellung nehmen und als freier Mann sein Recht verteidigen kann. Über beiden aber thront unabhängig im tiefsten Sinne des Wortes ein Richter, der nach seinen Gesetzen und seinem gerechten Empfinden zwischen beiden abwägt und das endgültige Urteil fällt.

Wir wollen uns gerade hier vor der werdenden Rechtswahrergeneration mit Freude und Stolz allen Verleumdungen der Rechtsarbeit entgegen zum Richtertum bekennen und sagen, daß die Rechtsarbeit eine der stolzesten Sendungen völkischer Bewußtheit darstellt. Wir sind so gut deutsche Nationalsozialisten wie jeder andere auch, und daher müssen wir uns gerade jetzt, wo so gern und so leicht und mit billigen Worten Kritik an der Arbeit des Rechtswahrers geübt wird, im Interesse des Reiches Adolf Hitlers zu unseren rechtlichen Aufgaben bekennen.

Wir haben einen stolzen Stand. Wir werden in diesem großen Reiche vor allem daran denken, daß Tausende und Abertausende von Mitarbeitern des deutschen Rechtslebens für des Führers und des Reiches Sieg gefallen sind und daß eine Fülle von deutschen Rechtsmännern mit den höchsten Ehrenzeichen dieses Krieges begabt wurden. Für uns ist es daher gewiß, daß das Rechtsleben und der Rechtsstand in Deutschland ihre große Zukunft haben.

Die Germanen haben ihr Staatsleben nur durch die Rechtsprechung geoffenbart. Und es ist ja heute nicht so, daß in Deutschland eine bestimmte Gruppe die Befugnis, die Germanen für sich in Anspruch zu nehmen, allein gepachtet hätte. Vielmehr kann kein Zweifel daran bestehen, daß man ohne den Gedanken

der volksgenössischen Rechtshilfe in den germanischen Stämmen, also ohne deren hohen Sinn für Recht und Gerechtigkeit nicht von ihrem Gemeinschaftsleben würde sprechen können.

Wenn der Richter im Namen des Volkes, im Namen der völkischen Gemeinschaft, angetan mit den Zeichen seiner Würde, begabt mit dem Stab des Reiches und des Rechtes, Recht sprach, dann war dies bis in die jüngste Zeit hinein eine symbolische heilige Handlung im Dienste der Gemeinschaft, und alle Häupter neigten sich vor dieser Figur, weil sie die tragende Gestalt der Ewigkeit unserer Gemeinschaftsgerechtigkeit ist.

Wir stehen daher in der Geschichte unseres Reiches mit vollem Bewußtsein für diese Rechtsidee ein. Die Rechtsidee aber bedeutet: Schutz dem Volksgenossen im gemeinnützigen Wirken. Die Entziehung von Freiheit, Ehre, Leben und ehrlich erworbenem, sozial-gerechten Eigentum soll nur möglich sein im Wege des richterlichen Spruches: "Keine Volksgemeinschaft ohne Recht". In diesem Bewußtsein bitte ich den Führer jedes Mal, wenn ich ihn sehe: "Führer, schütze Du uns und unser deutsches Recht!"

Der Wahrnehmer und Wahrer des Rechtes ist der Richter. Indem er nicht nur die Funktion der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen, sondern auch dessen Interessen gegenüber der Gemeinschaft vertritt, ist der Richter ein Vermittler, ein Ausgleich zwischen Gemeinschaft und Individuum. In Hinsicht auf die übermächtige Autorität des Staates ist der unabhängige Richter der einzige, der wirklich den einzelnen Bürger zu schützen in der Lage ist. Er kann seine Klagen weiterleiten, dem individuellen Schutzbedürfnis entsprechen. Wenn aber diese Instanz verlorengeht, dann befindet sich der Volksgenosse plötzlich ohne Schutz

und Hilfe, ohne Schirm und Hort und ist der Allgewalt des Staates schutzlos preisgegeben. Fiele der Richter fort oder würde seine Autorität wanken, so würde auch das Vertrauen des Volkes in den Staat und seine Akte verschwinden; denn hier ist die Instanz, die allein wahrhaft zwischen beiden abwägen kann.

Das Recht ist also nicht nur ein Hort des Vertrauens zwischen Volk und Führung, es ist auch ein Wahrer der Freiheit. Genau so wenig, wie ein Volk ohne Recht leben kann, kann es auch nicht ohne Freiheit bestehen. Freiheit aber bedeutet auch die Möglichkeit der geistigen Entfaltung. Wir sind kein Volk der slawisch-jüdischen Vermassung und verfallen nicht dem Wahn der geistigen Nivellierungsmöglichkeit von 80 Millionen. Im Anfang, Mittelpunkt und Ziel unseres völkischen Lebens steht die schöpferische Persönlichkeit. Sie ist Ausdruck unserer völkischen Kraft, der Stärke und des Lebenssinnes von Reich und Volksgemeinschaft. Diese schöpferische Persönlichkeit äußert sich darin, daß sie sich immer wieder in der jungen Generation den Problemen einer neuen Zeit mit neuen Offenbarungen und neuen Glaubensinhalten leidenschaftlich verschreibt.

Wir glauben an diese idealistische Kraft unserer Nation und werden uns gegen alle Formen von vatikanischem Index oder jüdischer Überzensierung von früher sperren. Die schöpferische Persönlichkeit einer Nation ist die höchste Gnade. Ihr den Weg zu bereiten, ist Aufgabe der Gemeinschaft; denn sie zu unterdrücken ist in jedem Falle der Gemeinschaft schädlich.

So, wie der Geist sich frei zu entfalten hat und das Genie gefördert werden muß, darf man auch die wissenschaftliche Erkenntnis nicht hemmen wollen. Es geht nicht an zu behaupten, daß die Wissenschaft, wie sie im Jahre 1933 gewesen, fortan also bleiben müsse. Es gibt keine nationalsozialistische Physik.

Ich bin mir bewußt, daß ich im Augenblick der einzige in diesem Saal bin, der dies alles aussprechen kann. Aber ich bin ein genau so alter Parteigenosse wie alle die anderen und habe ein Recht, zu sprechen wie jene. Ich werde immer in vorderster Reihe mit meiner Treue zum Führer stehen und habe als Führer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes die Erziehung des jungen Rechtswahrers auf seine zukünftigen Aufgaben unter mir. Ich habe die Akademie für Deutsches Recht gegründet, habe das Reichsrechtsamt der NSDAP gegründet und wache über die nationalsozialistische Klarheit des Rechtes. Ich glaube an ein ewiges heiliges Recht, dessen saubere Anwendung allein unser Volk für die Erfüllung der Aufgaben reif machen kann, zu denen der Führer es berufen hat.

Ich weiß, daß Justiz und Richtertum dauernd Angriffen ausgesetzt sind, und habe mich immer aufs schärfste dagegen gewendet. Ich weiß aber auch, daß Richter sein eines der höchsten, größten und verantwortungsvollsten Ämter im deutschen Volksaufbau darstellt. Wohl sind Fehler und Irrtümer in der Rechtssprechung vorgekommen, und diese Irrtümer sind schlimm, weil sie in ihren Auswirkungen für die Volksgemeinschaft schädlich sein können. Indessen kann man deshalb nicht auf die Justiz verzichten wollen, die in ihrer menschlichen Organisation wie jede andere Institution auch ihre Fehler hat, genau so wenig, wie man die Medizin verwerfen wird, wenn eine ihrer Arzneien fehlschlägt oder weil es trotz ihrer Bemühungen immer noch Krankheiten gibt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß das Reich des Führers viele Jahrhunderte zu bestehen haben wird. Wir müssen daher das völkische Rechtsbewußtsein und den Vorrang der schöpferischen Persönlichkeit bejahen;

denn eine Volksgemeinschaft ohne Recht ist nach deutscher Staatsauffassung undenkbar. Deshalb sei dem Führer auch gedankt, daß er selber die Sorge für die Rechtsprechung durch den Einsatz seiner eigenen Persönlichkeit übernommen hat.

Das Recht steht über dem Volke; denn das Volk ist ihm unterworfen. Das Recht steht auch unter dem Volke; denn es dient ihm. Vor allem aber: das Recht ist im Volke; denn in ihm lebt es und wird durch das völkische Rechtsbewußtsein fortgebildet. Die von uns aufgestellten Gesetze aber, denen wir als Ausdruck unseres Rechtsbewußtseins dienen, bestimmen das Leben unseres Volkes.

So soll die Kritik am Recht unsere Aufgabe sein; denn wir wollen diese Kritik um des Rechtes willen üben. Genau so wollen wir aber auch die Irrtümer des Richters bekennen um des Richters willen. Wir wollen uns jedoch auch in Zukunft weiterhin so fanatisch und entschlossen gegen Angriffe auf uns wehren, wie jene Angriffe auf uns gedacht sind. Ich persönlich wie auch meine Mitarbeiter am Recht, wir dienen ja alle einem Ziel, der Größe und Stärke unseres Reiches. Wir wollen als deutsche Männer und Frauen weiter kämpfen, für ein wahres, echtes Recht eintreten und ihm, seiner Größe und Heiligkeit unsere Arbeit und Anstrengungen weihen. Und wir sind deshalb keine schlechteren Nationalsozialisten als alle anderen.

Ich bin mir bewußt, daß der Kampf um das deutsche Recht und um die Gestaltung der Rechtspflege noch lange nicht beendet ist, sondern noch viele Jahre andauern wird. Möge der deutsche Richter seiner Aufgabe bewußt bleiben, Diener des Rechts und der Gemeinschaft, Gefolgsmann des Führers und Kämpfer der Wahrheit zu sein!

Bei aller Härte dieser Zeit und dem Bewußtsein der neu beginnenden monumentalen Epoche des größten Reiches unseres Volkes bleibt uns ein Leitsatz: Recht und Reich, Rechtsidee und Volksgemeinschaft sind untrennbar miteinander verbunden, so wie der Führer mit seinem Volke eine unlösbare Einheit bildet.

IX/9 Kressendorf/Krakau

Montag, den 15.Juni 1942

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouvernèurs in Trzebinia.

10^{00} Ankunft auf der Burg.

10^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

11^{00} Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger.

11^{20} Besprechung mit Staatssekretär Krüger.

12^{00} Besprechung mit Chefdirigent Hindemith / Philharmonie und Intendant Stampe / Staatstheater.

Gegenstand der Besprechung sind die Pläne der Philharmonie des Generalgouvernements und des Staatstheaters für die Ende September beginnende Winterspielzeit.

Der Herr Generalgouverneur läßt dabei dem Chef der Kanzlei des Generalgouverneurs Kammergerichtsrat Dr. Keith den Auftrag übermitteln, Oberst Weiß folgende Mitteilung zukommen zu lassen:

Die Angelegenheit der u.k-Stellung der Orchestermitglieder des Staatstheaters Krakau ist als endgültig bereinigt anzusehen; dem Generalgouverneur ist unverständlich, daß entgegen der ihm vom Führer gegebenen Weisung noch andere Stellen in diese Angelegenheit hineinreden wollen. Seit dem unmittelbaren Eingreifen des Führers ist das Reichspropagandaministerium nicht mehr zuständig.

Bei dieser Gelegenheit weist Intendant Stampe darauf hin, daß eine Erhöhung der Eintrittspreise für das Staatstheater geplant sei.

15^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

IV/9 Krakau

Dienstag, den 16.Juni 1942

11^20 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^30 Besprechung mit Pressechef Gassner.

11^40 Besprechung mit Bankdirigent Dr. Paersch.

12^00 Besprechung mit DRK - Oberstführer Dr. Heller.

Oberstführer Dr. Heller teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er in der Angelegenheit des vermissten Soldaten Grau Ermittlungen angestellt habe. Es sei ihm gelungen, die Adresse eines Kameraden des Grau, nämlich eines Soldaten Feighammer bzw. dessen Vaters festzustellen. Es sei auch gelungen, die Feldeinheit des Soldaten Feighammer zu ermitteln. Man bemühe sich nun, mit diesem Soldaten F. in Verbindung zu treten, werde auch dem Vater des F. schreiben, ob er etwas Näheres wisse. Die Herstellung einer Verbindung mit dem Soldaten F. sei aber nur über die hiesige Frontleitstelle möglich. Erst wenn es gelungen sei, den Standort der Feldeinheit des Soldaten F. zu finden, werde er, Dr. Heller, in der Lage sein, einen besonderen Kurier dorthin zu schicken.

Auf ein Ersuchen des Herrn Generalgouverneurs erklärt sich Oberstführer Dr. Heller bereit, dem Herrn Generalgouverneur jeweils Mitteilung von dem Eintreffen von Lazarettzügen in Krakau zu machen.

Wie Oberstführer Dr. Heller mitteilt, hat das Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes unter dem 19. Mai 1942 eine Eingabe an die Regierung des Generalgouvernements betr. Ausgestaltung des Deutschen Roten Kreuzes im Generalgouvernement gerichtet. Nach der bisherigen Regelung habe sich, so führt

16.6.1942

Dr. Heller aus, das Deutsche Rote Kreuz im Generalgouvernement nicht frei entfalten können, da es bisher an bestimmte Anordnungen des Generalgouverneurs als Reichsleiters der Partei gebunden gewesen sei.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß Staatssekretär Dr. Bühler ihm am nächsten Tage Vortrag über diese Eingabe des Präsidiums des DRK halten soll.

12^{10} Besprechung mit Hauptschriftleiter Stoeppler und Schriftleiter Lojewski.

Hauptschriftleiter Stoeppler gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Krakauer Zeitung. Er berichtet weiter von der ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen dem Verlagsleiter Strozyk und den Schriftleitern der Krakauer Zeitung. Dank der Tatsache, daß die Wehrmacht von der Einberufung von Schriftleitern der Krakauer Zeitung zum Wehrdienst abgesehen habe, sei auch weiterhin eine ungestörte Arbeit gesichert.

Gegenstand der Besprechung ist weiter die Rede, die der Herr Generalgouverneur am 9. Juni 1942 in der Neuen Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin vor Professoren und Studenten der Juristischen Fakultät gehalten hat, über das Thema: Rechtsidee und Volksgemeinschaft. Hauptschriftleiter Stöppler und Schriftleiter Lojewski berichten von dem großen Eindruck, den diese Rede auch in Pressekreisen gemacht hat.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatssekretär Dr. Krohn vom Reichsjustizministerium in Gegenwart

16.6.1942

des Hauptabteilungspräsidenten Ministerialrats Dr. Wille und des Rechtsanwalt Dr. Wolfgramm.

Staatssekretär Dr. Krohn gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über seine Tätigkeit und seine Aufgabe als Reichskommissar für die Behandlung des Feindvermögens. Ihm unterständen die Verwalter der feindlichen Unternehmungen und Vermögensmassen. Er sei für diese seine Tätigkeit aus dem Reichswirtschaftsministerium zum Reichsjustizministerium abgeordnet worden. Da es sich bei diesen Vermögensmassen um Objekte handle, die vielfach stark in die Rüstungsaufgabe eingespannt sind, handle es sich um eine sehr interessante Aufgabe. Bei der Verwaltung des Feindvermögens werde im allgemeinen eine gewisse Rücksicht geübt, man sei bestrebt, die infrage kommenden Objekte gewissermaßen konservativ zu verwalten. Im allgemeinen könne gesagt werden, daß es z.B. in Deutschland zur Zeit vielmehr amerikanisches Vermögen gebe als deutsches Vermögen in Amerika, während früher das Verhältnis umgekehrt gewesen sei. Das bringe den Vorteil mit sich, daß man den Amerikanern gegenüber mehr freie Hand habe. Immerhin sei eine gewisse Vorsicht am Platze, da man nicht wisse, wie stark das Vermögen der Deutschen, die in Amerika geblieben seien, sei. Diese Deutschen würden natürlich durch irgendwelche Vergeltungsmaßnahmen getroffen werden. Außerdem müsse man auf die deutschen Interessen in Süd- und Mittelamerika Rücksicht nehmen. Die Verwaltung des diplomatischen Vermögens in Gestalt der Botschaftsgebäude usw. beruhe auf Gegenseitigkeit, wie ja überhaupt die alten diplomatischen Formen noch immer etwas ritterlich seien.

16.6.1942

Rechtsanwalt Dr. Wolfgramm nimmt als Verwalter des Feindvermögens im Generalgouvernement zu der Frage Stellung, wie bisher das Feindvermögen hier behandelt worden ist. Insgesamt betrage nach bisherigen Schätzungen das englische, belgische und französische Vermögen, das in Industriewerken und anderen Objekten investiert worden sei, etwa 1,5 Milliarden Zloty, kapitalmäßig gesehen etwa 500 Millionen Reichsmark. Da das amerikanische Vermögen bisher noch nicht berücksichtigt sei, rechne man mit einem erheblichen Zuwachs. Die Frist für die Anmeldung des Feindvermögens laufe am 30. Juni ab. Bei einem einzigen Finanzinspekteur seien 40 amerikanische Grundstücke angemeldet worden. Sie gehörten vielfach Polen, die nach Amerika emigriert seien. Die zahlreichen Grundstücke, die bisher in Besitz von Juden gewesen seien, habe man im Gegensatz zu dem im Reich eingeschlagenen Verfahren nicht unter besondere Verwaltung gestellt, sondern sie in der Verwaltung der Treuhandstelle belassen. Zu den von seiner übrigens ganz kleinen Dienststelle verwalteten Grundstücken gehörten unter anderem Werke der Erdölindustrie, Textilfabriken und andere.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Rechtsanwalt Wolfgramm, ihm genaues Zahlenmaterial über den Umfang des Feindvermögens im Generalgouvernement zu geben.

Staatssekretär Dr. Krohn berichtet dem Herrn Generalgouverneur von der im Reich hinsichtlich der Behandlung des Feindvermögens geübten Praxis und stellt dabei fest, daß im allgemeinen diese Werte für das Reich konserviert würden. Man habe bisher stets davon Abstand genommen, von diesen Werten etwas abzugeben. Dieses Verfahren wünsche er auch für das Generalgouvernement eingeschlagen zu sehen, umso mehr, da man ja auch an die Kriegsteilnehmer denken müsse und deshalb vorzeitige Verfügungen nur

schädlich sein könnten. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, ihn in diesem seinen Bestreben zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, diesem Wunsche des Staatssekretärs Dr. Krohn zu willfahren.

12^{50} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Kammersänger der Berliner Staatsoper Marcel Wittrisch und den Pianisten Wille in Gegenwart des Referenten bei der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda Dr. Jänicke.

13^{10} M i t t a g e s s e n .

16^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf. Dort ist Kammersänger Marcel Wittrisch Gast des Herrn Generalgouverneurs.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur "Urania" in Krakau: Liederabend des Kammersängers Marcel Wittrisch.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg).

I 9

Krakau

Mittwoch, den 17.Juni 1942

10^{10} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{15} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{00} Besprechung mit Oberstarbeitsführer Hinkel.

Oberstarbeitsführer Hinkel berichtet dem Herrn Generalgouverneur von einer vorbereitenden Besprechung, die er mit Reichsarbeitsführer Hierl über das Einschalten eines gewissen Prozentsatzes aktiver Führer in den polnischen Baudienst gehabt hat. Der Reichsarbeitsführer plane die Einsetzung eines Sonderbeauftragten für Baudienstangelegenheiten, der ihm für den Führereinsatz von Reichsarbeitsdienstführern und gleichzeitig als Leiter des Baudienstes dem Generalgouverneur verantwortlich sein solle. Der Baudienst bleibe also eine gouvernementseigene Einrichtung; nur die Disziplinargewalt der aktiven Führer gebe der Reichsarbeitsführer nicht aus der Hand. Damit sei die Gewähr gegeben, daß im Generalgouvernement nur gute Führer zum Einsatz gelangten, deren Tätigkeit im Generalgouvernement als Vorbereitungszeit gewertet werden solle.

Der Herr Generalgouverneur ist mit dieser geplanten Regelung einverstanden, weist aber darauf hin, daß der Baudienst unbedingt als Einrichtung des Generalgouvernements erhalten bleiben müsse. Er ersucht Oberstarbeitsführer Hinkel, nach Besprechungen mit Staatssekretär Dr. Bühler und der Hauptabteilung Innere Verwaltung einen dementsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

17.6.1942

Oberstarbeitsführer Hinkel erklärt dann, daß die Ostbahn von ihm 20 000 Baudienstmänner für dringende Arbeiten angefordert habe. Er sei daher gezwungen, andere Baustellen stillzulegen. Diese Maßnahme führe aber zu gewissen Schwierigkeiten mit dem Stadthauptmann. Gleichzeitig führe der Baudienst Arbeiten an einer Unterkunft des Sonderdienstes durch, der als Gegenleistung die Bewachung eines Straflagers, in das Baudienstpflichtige, die sich der Erfassung entzögen, gebracht würden, übernommen habe. Es erhebe sich nun die Frage, ob man den Wünschen des Stadthauptmanns und des Sonderdienstes auf Gestellung von Baudienstmännern weiterhin entsprechen könne.

Der Herr Generalgouverneur steht auf dem Standpunkt, daß die Bauarbeiten der Ostbahn als vordringlich anzusehen seien, während man den Wünschen des Sonderdienstes, wenn irgend möglich, entgegenkommen solle.

Oberstarbeitsführer Hinkel verweist anschliessend auf Presseartikel, die von Dienststellen in die Krakauer Zeitung lanciert würden und in denen Leistungen des Baudienstes als solche dieser Dienststellen hingestellt würden. So beanspruche z.B. in einem dieser Artikel die Abteilung Straßenbau die Freihaltung der Nachschubstraßen während des Winters als ihr Verdienst, während doch in Wirklichkeit diese Freihaltung dem Einsatz des Baudienstes zu danken sei. Dadurch werde in die Reihen seiner Baudienstführer eine große Erbitterung hineingetragen

17.6.1942

Der Herr Generalgouverneur gibt Oberstarbeitsführer Hinkel die Ermächtigung, in seinem Namen Schritte zur Richtigstellung zu unternehmen, und regt im übrigen einen Empfang des Führerkorps des Baudienstes auf der Burg an. Bei dieser Gelegenheit könne man die Leistungen des Baudienstes in der Presse ins richtige Licht rücken.

Zum Schluß weist Oberstarbeitsführer Hinkel auf die großen Verzögerungen hin, die dadurch entständen, daß auf Grund einer Anordnung der gesamte Posteinlauf im Staatssekretariat geöffnet werden müsse. Beim Baudienst käme es darauf an, auf aus dem Lande kommende Anforderungen möglichst rasch Befehle zu erteilen. Staatssekretär Dr. Bühler habe sein Ersuchen um direkte Postzuleitung abgelehnt.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Oberstarbeitsführer Hinkel um eine schriftliche Begründung.

11^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch berichtet, daß von der Hauptabteilung Propaganda in Lublin eine Sonderaktion gestartet werde. Man verteile über die Woits und den Ukrainischen Ausschuß Flugblätter; Bildplakate würden angebracht, die unter dem Motto stünden: "Bolschewistische Banden ziehen raubend, plündernd und mordend durch Euer Land, setzt Euch zur Wehr, achtet auf Verdächtige, verständigt die Polizei, bewacht die Ernte usw."; insgesamt würden 17 000 polnische und 300 000 ukrainische Flugblätter verteilt. Auch die Polizei gebe ein Merkblatt zur Unterrichtung der Bevölkerung aus. Weiter würden

in den Dörfern Film- und Rundfunkwagen eingesetzt. Die polnische und ukrainische Presse erschienen mit einer Sondernummer. -

Als Auftakt für den zweiten Parteitag des Generalgouvernements im August schlägt Präsident Ohlenbusch eine grosse kulturelle Veranstaltung vor.

Der Herr Generalgouverneur will für diesen Zweck mehr das Kämpferische, z.B. Fanfarenklänge der Hitlerjugend, hervorragende Sänger für die Standardlieder des Dritten Reiches in den Vordergrund gerückt wissen.

Für den dritten Jahrestag des Generalgouvernements sei folgendes Grundprogramm zu beachten:

am 25.Okt.abends: Neueinstudierung von "Julius Cäsar" von Händel,
am 26.Okt.abends: Festkonzert der Philharmonie,
vormittags lo Uhr: Festakt auf der Burg
mittags: Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz.

Präsident Ohlenbusch fügt hinzu, daß SA-Oberführer Peltz eine große Sportübung der SA-Wehrbereitschaften vorbereite.

In Lemberg solle mit Zustimmung von Reichsminister Dr. Goebbels eine deutsche Vollbühne entstehen. Unterstützung zur Zusammenstellung eines Ensembles sei zugesagt worden. Die Stadt Lemberg habe aber den Intendanten des Mainzer Theaters Oberspielleiter Tessner bereits als Kulturbeauftragten der Stadt in ihre Dienste genommen, während er Herrn Tessner als Intendanten des neuen Städtischen Theaters Lemberg verpflichten wolle.

Der Herr Generalgouverneur ist mit einer Bestallung Tessners zum Intendanten einverstanden.

Anschließend äußert der Herr Generalgouverneur seine volle Zufriedenheit über die von Präsidenten

17.6.1942

Ohlenbusch herausgebrachten "Blätter für Deutsche Kultur im Generalgouvernement", wünscht aber noch die Hereinnahme sonstiger Nachrichten.

Präsident Ohlenbusch lenkt die Aufmerksamkeit des Herrn Generalgouverneurs auf die Tatsache, daß in den gemischten Chor der Philharmonie Deutsche und Polen aufgenommen würden. Die Leistung eines Polen im Rahmen der Philharmonie werde von der polnischen Presse zu stark herausgestellt.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Ohlenbusch, diese Angelegenheiten mit dem Chefdirigenten Hindemith zu bereinigen. Als oberster Grundsatz müsse dabei gelten, daß es zu keinerlei Verletzung des deutschen Gefühls kommen dürfe.

Präsident Ohlenbusch schlägt dem Herrn Gene/ralgouverneur zur Bestreitung der Rundfunksendungen des Generalgouvernements im Reichsprogramm die Bildung einer Staatskapelle des Generalgouvernements vor, in der Chefdirigent Hindemith ernste, Kapellmeister Erb beschwingte und Kapellmeister Antolitsch Opern- und Operettenmusik dirigieren sollten. Die SS sträube sich gegen ein Auftreten der Philharmonie im Reichsrundfunkprogramm.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Ohlenbusch freie Hand zur Bildung eines solchen Staatsorchesters des Generalgouvernements. Im übrigen präzisiert er aber seinen Standpunkt dahin, daß das Generalgouvernement die Tatsache nicht zu verbergen brauche, daß seine Philharmonie aus polnischen Musikern bestehe. Man wisse das im Reich, und wenn das Reich das Auftreten der Philharmonie aus diesem Grunde nicht wünsche, dann verzichte man eben.

17.6.1942

12[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsbankvizepräsident Lange, Reichsbankrat Jähne, die in Begleitung von Bankdirigent Dr. Paersch erschienen sind.

13[15] Feierliche Verabschiedung von Ministerialrat Wolsegger in Anwesenheit der Staatssekretäre, der Hauptabteilungsleiter und des Generals von Höberth im Kanonensaal der Burg.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Abschiedsansprache:

Ministerialrat Dr. Wolsegger! Im Namen des Führers und Reiches verabschiede ich Sie hiermit aus den Diensten des Generalgouvernements. Ich darf dabei dem Dank und der Anerkennung des Führers für Ihre Dienstleistung im Generalgouvernement Ausdruck verleihen und Ihnen sagen, daß wir, die wir Sie nun seit Jahren als einen wertvollsten und wichtigsten Mitarbeiter auf hervorragenden Plätzen des Generalgouvernements kennen, Sie ungern ziehen lassen. Sie sind für uns alle eine vorbildlich aufrechte deutsche Verwaltungspersönlichkeit gewesen und haben an entscheidender Stelle mitgeholfen, jenes charakteristische Element des Verwaltungslebens und der Verwaltungsart in diesem Gebiet aufzubauen, das meines Erachtens in der Verwaltungsgeschichte des großdeutschen Raumes geschichtsbildend sein wird.

Diese Kombination von persönlichem taterprobten Einsatz, gepaart mit der Tradition des verwaltungserfahrenen deutschen Beamten im besten Sinne des Wortes, ist die Voraussetzung für die Erfüllung der großen Aufgaben, die in diesem Raum gestellt sind. Eine wahrhaft kleinste Zahl von deutschen Männern hat hier eine Millionenmasse fremden haßer-

füllten, antideutschen Volkstums in die Gemeinschafts ordnung des neuen Europa.einzufügen. So steht das Generalgouvernement, vielfach umzuckt von den Blitzen einer schwierigsten Entwicklung, aber doch in sich festgefügt, als ein stolzes Bollwerk einer bis jetzt noch von niemandem wieder erreichten Verwaltungskunst da. Das, was wir hier geschaffen haben, muß uns erst noch nachgemacht werden. Daher können wir unser Auge mit Stolz erheben und gegenüber jeder Form von bösartiger, entstellender, subversiver Kritik gegen unsere Arbeit gerade auf das leuchtende Vorbild von Männern hinweisen, wie Sie es, Ministerialrat Wolsegger, darstellen.

Voll innerer Beglückung danke ich Ihnen im Namen der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements. Ich weiß, daß Sie sich an dem neuen hervorragenden und geschichtlich entscheidenden Platz, auf den Sie vom Führer gestellt werden, daß Sie in Ihrer Heimat an der Südgrenze des Reiches als Regierungspräsident im Reichsgau Kärnten und als wesentlich führender Mitarbeiter beim Chef der Zivilverwaltung des neuen Bereiches Ukraine erneut sich bewähren werden.

Zum Zeichen meiner Anerkennung und zur Erinnerung an /dieses Landes, dem Sie in so hervorragender Weise gedient haben, überreiche ich Ihnen dieses Bild. Mein Wunsch ist es, daß es Sie stets an uns erinnern möge, mein weiterer Wunsch, daß Ihnen noch ein reiches Erleben aus verdienstvoller Arbeit beschieden sein möge.

Ministerialrat Wolsegger dankt dem Herrn Generalgouverneur für die Worte der Anerkennung seiner Arbeit und betont dabei, daß es ihm nicht leicht falle, aus diesem Gebiet zu scheiden. Nach einem

17.6.1942

Rückblick auf seine Beamtenlaufbahn in österreichischen Diensten und vor allem auf die drei Phasen seiner Tätigkeit im Raum des Generalgouvernements spricht er die Bitte aus, nach Beendigung seiner aktiven Beamtendienstzeit in diesem Lande als Pionier deutscher Kultur und deutscher Landwirtschaft wirken zu dürfen.

13^{30} M i t t a g e s s e n .

16^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

Krakau

Donnerstag, den 18.6.1942

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

9^{55} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{00} Polizeisitzung im Königssaal der Burg.

(S. Beiakten)

13^{30} M i t t a g e s s e n .

15^{55} Besprechung mit Oberst Fischer.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein von Ministerialrat Wille die Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Draeger-Königsberg, Dr. Wohler-Danzig Dr. Block-Kattowitz und Froboese-Posen.

Die Oberlandesgerichtspräsidenten waren in Kattowitz zur Besprechung allgemeiner Fragen zusammengetroffen und haben anschließend auch der Hauptstadt des Generalgouvernements einen kurzen Besuch abgestattet, um mit der Hauptabteilung Justiz gemeinsam interessierende Fragen ihrer Arbeitsgebiete zu besprechen.

16^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsstatthalter Sprenger.

20^{00} Zweite Serenade im Gotischen Hof des Ostinstituts.

Die Philharmonie des Generalgouvernements bringt unter Stabsführung ihres Chefdirigenten Rudolf Hindemith das Brandenburgische Konzert Nr. 3 in G-dur (Haydn), die Oxfordsinfonie und das Violin-Konzert A-dur von Mozart zu Gehör. Solist ist Fritz Sonnleitner.

Anschließend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Freitag, den 19.Juni 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{35} Der Herr Generalgouverneur bespricht mit Hauptabschnittsleiter Stahl Parteiangelegenheiten.

11^{45} Hauptabschnittsleiter Stahl stellt dem Herrn Generalgouverneur den neuen Parteirichter Grothmann vor.

11^{50} SA-Oberführer Peltz berichtet dem Herrn Generalgouverneur im Beisein von Hauptabschnittsleiter Stahl über die SA-Wehrbereitschaften.

SA-Oberführer Peltz weist darauf hin, daß die Aufbauarbeit durch Versuche des NSKK, Leute aus der SA-Wehrbereitschaft in seine Reihen zu ziehen, etwas gestört werde. Die Frage der Waffen- und Munitionsbeschaffung sei immer noch nicht ganz geklärt. Im großen und ganzen mache die Arbeit aber große Fortschritte; so seien im Distrikt Radom bereits 12 000, in Warschau 8 000 Wehrmänner erfaßt. Zum Zweiten Parteitag des Generalgouvernements werde eine straff organisierte Formation in Erscheinung treten können.

Der Herr Generalgouverneur will weniger Gewicht auf die große Anzahl als auf das Erscheinungsbild der Männer gelegt wissen. Die Störungsversuche des NSKK solle Pg. Stahl mit den zuständigen Stellen bereinigen.

12^{00} Besprechung mit Ministerialrat Dr. Siebert in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur instruiert die beiden Herren über den Ablauf des anschließend stattfindenden Empfanges des Polnischen Hauptausschusses im Königssaal.

IV/IX/9/2

19.6.1942

12[00] Im Königssaal der Burg zu Krakau empfängt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten des Polnischen Hauptausschusses Grafen Adam Ronikier, die Beiräte Stanislaus Wachowiak, Janusch Machnicki, Dr. Heinrich Wolter, Waclaw Kryczanowski und Ludwig Piotrowicz. Anwesend sind unter anderem die Staatssekretäre Dr. Bühler, Dr. Boepple, SS-Oberführer Dr. Schöngarth, Pressechef Dr. Gassner, Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Dr. Föhl.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses folgende Ansprache:

Ich wollte einen ganz konkreten Anlaß benutzen, um an die Herren des Polnischen Hauptausschusses einige Worte zu richten. Mir wurde vor einigen Tagen gemeldet, daß sich 750 000 Arbeiter aus dem Generalgouvernement für die Arbeit im Deutschen Reich zur Verfügung gestellt haben. Ich erblicke darin eine schöne loyale Haltung der Bevölkerung. Angesichts der Bedeutung, die heute die Arbeit für das Reich, für die ganze Wirtschaft und für den Sieg hat, liegt darin auch eine solche Unterstützung der europäischen Gemeinschaftsinteressen, daß ich mich veranlasst sehe, auch Ihnen, meine Herren, zu danken. Im Hinblick auf die große Unterstützung, die Sie diesem großen Werk der Arbeiterverschickung ins Reich haben zuteil werden lassen, werden Sie es wohl verstehen, wenn ich sofort wieder mit der Bitte komme, mir zu helfen, daß mindestens noch weitere 150 000 Arbeiter ins Reich gehen.

Wir können uns bei dieser Gelegenheit auch einmal über Ihre Wünsche und über das unterhalten, was Sie in Ihren Herzen bewegt. Das Schicksal derer, die Ihnen anvertraut sind, ist oft sehr hart und beklagenswert; aber das Schicksal aller Völker ist beklagenswert. Ich darf Sie daran erinnern, daß es

nur dank der Tapferkeit und dem heldischen Mut unserer deutschen Truppen geglückt ist, auch dieses Land vor den bolschewistischen Horden zu bewahren. Aber ich möchte Ihnen, meine Herren, die Versicherung abgeben, daß wir, nachdem Sie einen so schönen loyalen Willen gezeigt haben, Ihnen im Rahmen des Möglichen helfen wollen.

Ich wollte Ihnen das auch im Namen prominenter Mitglieder der Regierung sagen, und erwarte von Ihnen, daß Sie mir Ihre Wünsche unterbreiten.

Der Präsident des Polnischen Hauptauschusses Graf Adam Ronikier bringt in seiner Erwiderung zum Ausdruck, daß die Mitglieder des Polnischen Hauptausschusses schon längst das Gefühl gehabt hätten, daß ein Gesamt/bericht über die Tätigkeit des Hauptausschusses erstattet werden müsse. Bei Gründung des Polnischen Hauptausschusses vor mehr als zwei Jahren als alleinigen Trägers der freiwilligen sozialen Fürsorge, sei man sich klar darüber gewesen, daß alle damit verbundenen Aufgaben, Verpflichtungen und Lasten auf die Schultern des Hauptausschusses fallen müßten. Nach der Bestätigung der Satzung des Hauptausschusses durch den Herrn Generalgouverneurs habe man mit dem organisatorischen Aufbau begonnen. Dank der materiellen Hilfe der deutschen Amtsstellen und Behörden haben wir unsere Aufgabe bis zu einem gewissen Grade erfüllen können. Ein besonderer Dank gebühre hier vor allem dem Herrn Generalgouverneur und dem Hauptabteilungspräsidenten Dr. Siebert wie auch anderen Herren der Regierung. Das dem Präsidenten Dr. Siebert gegebene Versprechen sei eingehalten worden. Man habe sich dabei stets im Rahmen der Satzungen gehalten und sich an die Weisungen der deutschen Aufsichtsbehörde angepaßt.

19.6.1942

Graf Ronikier gibt dann einen Überblick über die Einrichtungen und Leistungen des Hauptausschusses und macht nähere Angaben über die Zahl der betreuten Personen, wobei er besonders der Fürsorge für die Kinder gedenkt.

An finanziellen Mitteln habe der Hauptausschuß von seiten der Regierung in der letzten Zeit monatlich je 2,4 Millionen Zloty erhalten; dazu kämen die freiwilligen Spenden der polnischen Bevölkerung, die in den letzten Monaten durchschnittlich 900 000 Zloty betragen hätten. Eine gewisse Schwierigkeit werde der Spendensammlung von einigen Kreishauptmannschaften in den Weg gelegt. Die Stadtverwaltung von Warschau habe ihren monatlichen Zuschuß von 3 Millionen auf 2,4 Millionen kürzen müssen. Trotzdem erhalte man in Warschau 75 Küchen und 45 verschiedene andere Institute aufrecht.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Dr. Siebert an, für die Ermöglichung von Spendensammlungen in allen Kreishauptmannschaften Sorge zu tragen.

Graf Ronikier bringt hierauf folgende Wünsche zum Vortrag:

1. Erhöhung der staatlichen Zuschüsse
2. erhöhte Zuwendung von Lebensmitteln an die polnische Bevölkerung
3. Verteilung von Textilien und Schuhwaren an die polnische Bevölkerung
4. Ermöglichung einer rationellen Organisierung der Spendensammlung durch die polnischen Institutionen
5. Hebung der Autorität des Polnischen Hauptauschusses.

19.6.1942

Der Herr Generalgouverneur nimmt die Wünsche des Polnischen Hauptausschusses entgegen und sagt wohlwollende Prüfung dieser Wünsche zu. Er ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, ihm demnächst einen ausführlichen Bericht zu erstatten.

X/9/6

19.6.1942

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Beisein des Gesandten von Wühlisch den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Woermann.

13^{10} Der Herr Generalgouverneur empfängt Staatsrat von Stauss.

13^{15} F r ü h s t ü c k .

15^{45} Der Herr Generalgouverneur empfängt Karl Schill, Schauspieler des Staatstheaters Krakau, in einer privaten Angelegenheit.

17^{15} Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer.

Der Herr Generalgouverneur verweist Präsident Dr. Frauendorfer in Sachen "Verhaftung eines Arbeitsamtsgehilfen und Gegenargumente zur beabsichtigten Gründung einer Hauptgruppe Arbeit in der Zentralkammer" zur Besprechung an Staatssekretär Dr. Bühler.

17^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal der Burg zwei Gruppen reichsdeutscher Schriftleiter (München und Wien), die auf Einladung des Pressechefs der Regierung des Generalgouvernements Studienreisen durch das Generalgouvernement unternommen haben. In seiner Ansprache wies er auf die Probleme des Raumes hin, der heute seine Aufgabe als Brücke zwischen dem Reich und dem Osten zu erfüllen hat und hob ganz besonders die außerordentlichen Leistungen der Kreishauptmänner hervor, die mit wenigen deutschen Mitarbeitern zahlreiche wichtige Aufgaben in vorbildlicher Weise lösen.

18^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Haus Kressendorf.

IX/9/7

Kressendorf

19.6.1942

19 30

Empfang in Haus Kressendorf.

Der Herr Generalgouverneur empfing in Haus Kressendorf Staatsrat von Stauss, einen der größten und bedeutendsten Wirtschaftsführer des Grossdeutschen Reiches und Geheimrat Woermann, Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes und gab ihnen zu Ehren einen Empfang.

An ihm nahmen der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler, der Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, General von Höberth als Vertreter der Wehrmacht und andere hohe Persönlichkeiten teil.

Der Generalgouverneur begrüßte im Namen der Regierung des Generalgouvernements Staatsrat von Stauss und Unterstaatssekretär Woermann in einer Ansprache und erläuterte, welch' großes Gewicht die Regierung des Generalgouvernements auf beste wirtschaftliche und wirtschaftlich-vertragliche Beziehungen mit den großen Zentren des deutschen und europäischen Wirtschaftslebens lege. Das Generalgouvernement sei nicht etwa nur ein Agrarland, sondern bemühe sich, der Industrie immer mehr Raum und Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Die Voraussetzungen dazu seien reiche Bodenschätze, eine günstige verkehrspolitische Lage und vor allem das Vorhandensein einer zahlreichen willigen Arbeitskraft, wie sie die Bevölkerung dieses Raumes darstellt. Er begrüße in den beiden Herren die Vertreter von Reichszentralen deren regstes fürsorgliches Interesse von Anfang an dem Generalgouvernement und seinen schweren Aufgaben gegolten habe.

Staatsrat von Stauss dankte zugleich im Namen von Unterstaatssekretär Woermann dem Generalgouverneur

in verbindlichen Worten und versicherte, daß die deutsche Wirtschaft regstes Interesse nehme an dem so erfolgreichen Wirken der Führung des Generalgouvernements und daß die Entwicklung der industriellen Kapazitäten im Generalgouvernement eine der erfreulichsten Positionen im Aufbauwerk des Deutschen Reiches darstelle. Die Zukunftsmöglichkeiten des Generalgouvernements seien dabei von ganz besonderer Eindruckskraft. Er werde sich mit anderen Wirtschaftsführern des Deutschen Reiches auch in Zukunft gern bemühen, der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Generalgouvernements, die ja völlig im Interesse des Großdeutschen Reiches und seiner Industrie und Wirtschaft liege, seine beste Förderung zuteil werden zu lassen.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IX/9

Krakau

Sonnabend, den 20.Juni 1942

9^{50} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{30} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{40} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur im Beisein von Staatssekretär a.D. Dr. Mühlmann die Entwürfe einer

1. Verordnung über Entschädigung von Flurschäden anläßlich militärischer Übungen im Generalgouvernement
2. Verordnung zur Änderung von Vorschriften über die Erhebung der vereinheitlichten Umsatzsteuer
3. Verordnung über die Außerkurssetzung der Münzen aus Stahl zu 50 Groschen
4. Verordnung über die Errichtung eines Amtes für die Pflege der Kunst- und Kulturgüter

vor.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungsentwürfe, die letzte jedoch vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptabteilungsleiter, die bisher dazu nicht gehört worden sind.

10^{50} Fahrt nach Haus Kressendorf.

12^{00} Fahrt von Haus Kressendorf nach Trzebinia. Von Bahnhof Trzebinia tritt der Herr Generalgouverneur im Salonwagen seine Fahrt ins Reich an.

München

Sonntag, den 21.Juni 1942

6^{40} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in München.

15^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs am Staatsakt für Corpsführer Hühnlein.

9

Montag, den 22. Juni 1942

bis

Montag, den 29. Juni 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München, Schoberhof und Hersching.

W/9

Wien

Mittwoch, den 1.Juli 1942

7^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Wien.

13^{00} M i t t a g e s s e n im Hotel Imperial.

19^{15} Vortrag des Herrn Generalgouverneurs Dr. Frank im Festsaal der Akademie der Wissenschaften, Universitätsplatz Nr. 2, über das Thema:

"Das Recht und die europäische Erneuerung."

Rektor der Universität Wien Prof.Dr. Fritz Knoll eröffnet den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Herr Generalgouverneur! Gauleiter! Meine Damen und Herren! Als Rektor der Universität Wien eröffne ich den heutigen Vortragsabend. Herr Generalgouverneur, ich begrüße Sie aufs herzlichste und danke Ihnen schon jetzt für die große Bereitwilligkeit, mit der Sie unserer Einladung gefolgt sind, vor uns einen rechtswissenschaftlichen Vortrag zu halten. Ich begrüße weiter die Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, ist aus dem kleinen Kreis, den wir uns eigentlich vorgestellt hatten, eine gewaltige Versammlung geworden. Ich bitte, darin ein Zeichen zu sehen, daß Sie, Herr Generalgouverneur, dies Mal in Wien willkommen sind, nicht so wie in der Systemzeit, wo man Sie als ungebetenen Gast bezeichnet hat. (Heiterkeit). Die Art und Weise, wie Sie, Herr Generalgouverneur, sich damals

in Wien bei Ihrem unerbetenen Eintreffen in der Dollfuß-Zeit verhalten haben, hat einen so hervorragenden Eindruck gemacht, daß Sie in Wien eine geradezu volkstümliche Persönlichkeit geworden sind. Das macht sich heute Abend auch wieder geltend. Ich darf der Freude der Universität Wien und aller Anwesenden über Ihr Kommen Ausdruck verleihen und bitte Sie nun, zu uns zu sprechen.

Generalgouverneur, Reichsleiter und Reichsminister Dr. Frank:

Magnifizenz! Volksgenossinnen und Volksgenossen! Für die mir soeben zuteil gewordene herzliche Begrüssung danke ich Ihnen allen mit besonderer Ergriffenheit. Die heutige Stunde einer weltgeschichtlichen Zeit ist wiederum in ernste Kampfgedanken eingesponnen. Und so ist es mir in diesem Augenblick, da ich nun nicht zu Ihnen als Generalgouverneur sprechen, also nicht über die große Aufbauarbeit und Leistung des Deutschen im Osten berichten, sondern da ich zu Ihnen heute im wissenschaftlichen Rahmen als Mann des Rechts über ein den Nationalsozialismus angehendes Problem reden werde, ein umso herzlicheres Bedürfnis, dem Gefühl Ausdruck zu verleihen, daß gerade die Stadt Wien mich zu diesem Vortrag eingeladen hat. Von Krakau nach Wien ziehen alte Bande der Verbundenheit: das stolze Schloß, die hochragende Burg zu Krakau stand schon viele Jahrzehnte unter Führung Wiens. Ich möchte deshalb gerade an dieser Stelle meinen Vortrag damit beginnen, daß ich in meiner Eigenschaft als Generalgouverneur feststelle, wie sehr die kolonisatorisch vorbildliche Leistung unserer ostmärkischen Volksgenossen in diesem Raum der jetzigen, in alle Zukunft hinein sich nun mehr festigenden deutschen Verwaltungsarbeit vorgearbeitet hat. Ohne dieses unermüdliche

1.7.1942

Wirken der politisch sehr versierten, technisch ausgezeichnet aufgebauten alt-österreichischen Verwaltung der früheren Zeit wäre es uns auch nicht möglich gewesen, in den Distrikten Galizien und Krakau die Verwaltung so aufzubauen, wie es in der Tat geschehen ist. Mit besonderer Genugtuung erfüllt mich deshalb der Anteil gerade auch des ostmärkischen Elements an der Durchsetzung dieses Führungsanspruches im Osten. Das allein zeigt schon den Einklang der großen deutschen Sendung, die über uns liegt.

Als ich bis zum Beginn des Krieges gegen den Bolschewismus im Generalgouvernement am weitesten nach Osten hin stand, blickte ich unmittelbar in das Gesicht des Bolschewismus. Wir haben Gelegenheit gehabt, zu erkennen, welch' teuflische Fratze nach Europa hineinbleckte und wie grauenhaft die Verzerrung zu werden drohte, wenn aus diesen Tiefen moralischen, staatlichen und gesellschaftlichen Verfalls jemals eine Linie für eine Führung Europas erstehen sollte. Wie beglückend ist es daher für mich, in diesem Raum zu stehen, in welchem mich das Gesicht Europas in einer der monumentalsten und schönsten Schöpfungen der Barockkunst anstrahlt. Man wird im Osten ernst, man wird sich dessen bewußt und kann ermessen, was mit dem Begriff "Europa" an Zusammenhängen vorstellbar ist.

Ich kann daher nur immer und immer wieder sagen, daß dieses europäische Bedürfnis, die Kultur vor dem bolschewistischen Verfall, vor den bolschewistischen Eingriffen und Zersetzungen aller Art zu retten, im Bereich der Aufgaben unserer Zeit liegt. Und gerade jetzt, da wiederum durch das Generalgouvernement die Truppen unserer großen Nation und die unserer Verbündeten, die Italiener, die Ungarn, die Rumänen, die Slowaken und alle Freiwilligen Europas marschieren, erwacht in uns das stolze Gefühl, daß das Gesicht des

1.7.1942

Bolschewismus sich nie wieder über Europa erheben, aber das Gesicht Europas immer heller und immer glückhafter strahlen wird. Daß dieser Krieg, dessen siegreicher Beendigung wir vielleicht nahe stehen, mit dem Siege Europas unter der Führung Deutschlands und Italiens enden wird, ist unbestreitbar.

(Lebhafter Beifall)

Damit wird nun jene große Aufgabe über uns erstehen, die sich mit dem Begriff der europäischen Neuordnung verbindet. Sie werden mir als Mann des Rechts nunmehr heute die Güte erweisen, mir einige Ausführungen über dieses Thema zu gestatten.

Es ist klar, daß ich die europäische Neuordnung als Thema für meinen heutigen Vortrag unter dem Gesichtspunkt des Rechts gewählt habe. Ich sehe in dieser europäischen Neuordnung den Ausdruck der Notwendigkeit, wie sie Adolf Hitler und der Duce Benito Mussolini in ihrem grundlegend wichtigen welthistorischen Dokument vom September vorigen Jahres niedergelegt haben. Danach sollen die europäischen Völker zu einer Neuordnung zusammengefaßt werden, in der der Gesichtspunkt der völkischen Kameradschaft und der gegenseitigen Rechtssicherung aller Nationen Europas mit dem großen Ziel der totalen Erfassung der europäischen Lebensmöglichkeiten gestaltet werden sollen.

Diese europäische Neuordnung ersteht im schärfsten Gegensatz gegen jene Mächte, für die sowohl die europäische Führung wie die europäische Geschichte kein Ausdruck des Eigenlebens war, nämlich gegen England und Rußland. England gehört seiner ganzen geschichtlichen Formierung nach außerhalb Europas; es betrachtet Europa nur als eine der Bedingungen für die Aufrechterhaltung seiner Weltmacht. Und Rußland erstreckte sich nach Europa nur zerstörend und

drohend, es war , wie das der große Schwede Kjellen einmal sagte, die große Weltmacht im Schatten.

Daher ist diese europäische Neuordnung eine Neuordnung der kulturellen Möglichkeiten der Völker dieses Erdteils. Freilich wurden Versuche, Europa, diesen merkwürdigen, durch Schmerz und Leid erschütterten, aber auch durch schöne Dokumente ohnegleichen ausgezeichneten Erdteil, immer wieder neu zu ordnen, im Laufe der Zeit ohne Zahl gemacht. Ich möchte sie nicht im einzelnen anführen. Immer wieder zeigte sich die Idee, die Staaten des europäischen Kontinents durch ein mehr oder weniger festgefügtes Gemeinschaftsorgan zusammenzuschließen. Man wollte damit erreichen, daß irgendwie die Gesamtpotenz Europas in der Weltraumordnung in Erscheinung treten könnte. Alle diese Versuche haben in der Regel an das überragende Wirken einzelner ganz großer europäischer Persönlichkeiten angeknüpft, die, aus dem nationalen Rahmen aufsteigend, mit ihrer einmaligen geschichtlich potentiierten Leistung den Rahmen des eigenstaatlich völkischen Wirkens sprengten und größten Einfluß auf die europäische Gesamtgestaltung auszuüben vermochten. Wir sehen das unter Ludwig XIV., wir sehen es bei Napoleon Bonaparte und verschiedenen Führern früherer und späterer Zeiten. Wir sehen den kläglichen Versuch etwa in der Form des Völkerbundes, dieser Pseudoorganisation eines machtgierigen Ausbeuter- und Vertragssystems. Irgendwie aber leuchtete der Gedanke immer voran - sei es im Negativen oder Positiven - : es müßte irgendwie gelingen, die europäische Gesamtpotenz in ein Gefüge der Ordnung zu bringen, um daraus rückstrahlend zwei Momente sicherzustellen: 1) die Möglichkeit, innerhalb Europas den dauernden, den ewigen, den über alle Zukunft hinaus strahlenden Frieden endgültig zu gewährleisten, - 2) dafür zu sorgen, daß im Rahmen dieses Friedenssystems die kulturelle Eigenentwicklung der europäischen Völker gewährleistet werden könnte.

1.7.1942

So ist denn auch eines der wesensbedingenden Elemente dieser Neuordnung immer gewesen, daß ein maßgeblicher Zeitgedanke, gedacht von einer führenden Persönlichkeit, über Europa erstrahlte und dieser Gedanke übervölkisch zu wirken vermochte.

Nun ist es kein Zweifel, daß angesichts dieser aus dem geschichtlichen Ablauf sich ergebenden Bedingung einer Neuordnung Europas heute der Zeitpunkt nahe gerückt zu sein scheint, in dem dieses immer wieder aufgegriffene Problem einer endgültigen Lösung entgegengeführt werden wird. Wir haben ja eine in diesem Europa absolut führende Persönlichkeit: den Führer Adolf Hitler können wir heute als den Repräsentanten des größten und mächtigsten Reiches der Erde bezeichnen. Er ist die schlechterdings alles überragende Persönlichkeit, neben der in gleichem schöpferischen Rahmen die großartige Gestalt Benito Mussolinis, des Gestalters des Faschistischen Italiens, steht. Unzweifelhaft stellen diese Persönlichkeiten, durch engste Freundschaft miteinander verbunden, in ihrer Gesamtkraft etwas so Ungeheures an Energie, etwas so einmalig Weltgeschichtliches an Genialität, Gestaltungskraft und Missionsstärke dar, daß ihnen gegenüber Persönlichkeiten wie die eines Napoleon Bonaparte, eines Ludwig XIV., eines Richelieu völlig zurücksinken.

Aber wir verfügen auch über eine charakteristische Zeitidee, über Ideen, die, sozusagen geschichtlich in Europa geworden, so alldurchdringend wirksam sind, daß sie selbst von den Feinden unseres Systems übernommen werden müssen, wollen sie sich überhaupt in dieser Zeit noch behaupten. Das ist der Gesamtkomplex jener beiden Gruppen, die ich die autoritäre Ideengruppe und die Substanzideengruppe nenne. Die autoritäre Ideengruppe wird durch die Staatssysteme des Nationalsozialismus und des Faschismus schlechthin repräsentiert und hat die Bedeutung, daß innerhalb einer

völkischen Gemeinschaft die Autorität des Staates absolut gesichert sein muß und, von Mehrheitsabstimmungen, parlamentarischen oder sonstigen wirtschaftsinteressierten Parteikämpfen unabhängig, ausschließlich der geschichtlich idealen Sendung des eigenen Volkes zu dienen hat. Mit dieser autoritären Ideengruppe hängt der Vorrang des Staates vor der Wirtschaft, der Vorrang des Heroischen vor dem Kommerziellen, der Vorrang der idealen Staatsauffassung vor der materiellen Staatsauffassung zusammen. So sehr sie auch sonst im einzelnen verschieden sein mögen, in diesem Punkt sind Faschismus und Nationalsozialismus völlig identisch.

Die substantielle Ideengruppe geht auf Rasse, Boden, Arbeit, Staat und völkische Ehre als die schlechterdings unabdingbaren, aus Raum- und Zeitumständen sich formenden Grundprinzipien einer völkischen Gemeinschaft ein. Sie entsinnen sich, daß nun gerade, sowohl was die autoritäre Idee wie die substantielle Idee des Nationalsozialismus und des Faschismus betrifft, unsere Gegner, unsere Feinde schon ungeheuer weit vorangeschritten sind, uns zu imitieren, weil sie die Notwendigkeit einsehen: wollen sie überhaupt den Kampf gegen uns führen, so müssen sie das, was uns stark gemacht hat, im Kriege schnell einführen. Herr Roosevelt geht damit ebenso um wie Churchill. Und Sie werden unsere Freude verstehen, wenn wir bei jedem Programmpunkt Churchills und jeder inneren Entwicklung der Lage der Vereinigten Staaten von Nordamerika immer wieder mit Rotstift anmerken können, welche Punkte unseres Programms man nunmehr zu verwirklichen unternommen hat. Kein Wunder - denn eine überragende Zeitidee, wie sie von den Persönlichkeiten unseres Führers und des Duce geschaffen wurde, muß sich ja in einer solchen Zeit alldurchdringend durch-

setzen.

Nun ist es ganz klar, daß demnach die europäische Neuordnung von Voraussetzungen ausgehen kann, wie sie in dieser Kraft noch niemals vorhanden waren. In dieser europäischen Neuordnung steht wieder einmal der alte Kampf zur Entscheidung, die Frage, ob Rom oder Karthago siegen wird, ob es möglich ist, den Gesamtzusammenhang der geistgeschichtlichen Erlebnisse dieses Gebäudes europäischer Kultur fortzuführen, oder ob diese Kultur nur verkaufbare Ware sein soll. Daher kommt es bei der europäischen Neuordnung zum ersten Mal in der Geschichte darauf an, daß die europäischen Völker aus diesen Zeitideen heraus den notwendigen Schluß ziehen, daß es sich hier nicht darum handelt, einen Völkerbund zu schließen, sondern die oberste Moral der Führung Europas durch die geschichtlich berufenen Nationen sich bewähren zu lassen. Wir werden keine Vertragspakte abschließen, die Scheinrechte geben, sondern die Wirklichkeit Europas und die echten Lebensbedürfnisse schützen und stützen.

Und daher tritt wie immer bei dieser europäischen Neuordnung der Begriff des Staates in den Mittelpunkt. Bei allen diesen Versuchen in der Geschichte erhob sich ja immer wieder die Frage: inwieweit verträgt sich die eigene souveräne Staatlichkeit der kleineren Völker Europas mit der Möglichkeit, innerhalb einer Gemeinschaft der europäischen Völker zu existieren? Dieser Eigenstaat der Völker aber ist etwas, was diese Völker in zunehmendem Maße dann in Gefahr zu bringen vermag, wenn die Eigenstaatlichkeit mit den von der Führung Europas für die Gesamtheit Europas als notwendig erkannten Lebensgrundsätzen in Konflikt kommt.

Deshalb ist und kann es nicht das Ziel der kleineren Völker sein, einen so gefährdeten Eigenstaat mit höchsten Souveränitätsrechten aufzurichten oder

durchzuhalten, sondern das Ziel müßte sein, die Garantie der eigenvölkischen Entwicklung durch die Führung Europas zu erlangen. Das ist ehrlich, sachlich und klar. Und so geht es auch nicht darum, nun etwa in papierenen Formulierungen, im Wege von Mehrheitsabstimmungen oder auf andere Weise einen gegenseitigen Ausgleich der Faktoren herbeizuführen, sondern es gilt, die Führung Europas durch die siegreichen Mächte in diesem Kriege zur moralischen Grundlage der völkischen Existenz aller Völker Europas emporzuentwickeln. Selbstverständlich ist dabei gerade die Garantie solcher völkisch-kultureller Eigenentwicklung für die Völker wichtiger als das müßige und Europas Haushalte wahnsinnig belastende Wehrmachtsspiel kleiner Staaten. Europa hätte unmöglich gesunden können, wenn das frühere System beibehaltenworden wäre. Bedenken Sie, daß ein Staat wie die Tschechoslowakei sich anmaßte, 70 kriegsstarke Divisionen aufzurüsten, denken Sie daran, was sich Jugoslawien oder Länder ganz kleinen Umfanges an Lasten aufbürdeten. Und was hat sich das gute alte Polen an Wehrmachtslasten aufgebürdet! Wie lange aber hat es gedauert, bis dieses ganze herrliche Wehrmachtssystem vor dem Anprall der starken deutschen Wehrmacht zusammengebrochen ist! In einigen Stunden, Tagen, Wochen war der ganze Zauber dahin. Aus diesen Realitäten der Geschichte wird eben Europa die Schlußfolgerung zu ziehen haben, daß die europäische Neuordnung nicht in der Fortsetzung eines ganz Europa gemeinsam schwächenden Wahnsinns sogenannter eigenstaatlicher Höchstsouveränität selbst kleiner Völker bestehen kann, sondern daß Europas Aufgabe darin besteht sich der offensichtlich vom Schicksal bestimmten und durch die siegreiche Kraft der deutschen und verbündeten Heere bewährten Führung anzuvertrauen.

1.7.1942

Nun soll aber diese europäische Neuordnung nicht zum Inhalt haben, daß wir uns unseren Nationalsozialismus und die Italiener sich ihren Faschismus als Exportartikel allen Völkern Europas aufzuzwingen vorgenommen haben. Nicht darum geht es, sondern in dieser europäischen Neuordnung - vorausgesetzt, daß die staatliche Existenz mit den Notwendigkeiten der Führung und den Gemeinschaftsinteressen Europas vereinbar ist, - kann jedes Volk auf seine Fasson selig werden. Ich brauche nur auf das Beispiel der Slowakei hinzuweisen, die sich heute wie eine Insel der Glücklichen mitten in Europa unter dem Schutze Großdeutschlands entwickelt um allen Völkern Europas sagen zu können, daß man unter dem Schutz der großen Mächte sehr wohl gedeihen, leben und sich entwickeln kann. Es soll also nicht ein Weltanschauungskampf derart durchgeführt werden, daß wir alle Völker unbedingt mit unseren Ideen durchdringen.

Notwendig wird allerdings sein, daß innerhalb Europas auf die Dauer klar gelegt wird, daß Sendboten der neuen Zerstörer Europas auch dann nicht geduldet werden, wenn sie sich hinter sogenannten Neutralitätsformeln verstecken wollen. In diesem Kampf Europas um seine Existenz und seine Zukunft wird vielleicht das Bekenntnis zu den notwendigen modernen Ordnungsprinzipien wichtiger sein als die Hoffnung, sich durch Neutralitätsreserviertheit aus dieser notwendigen Gemeinschaft heraus halten zu können.

Und so werden dann auch Deutschland und seine Verbündeten diese Neuordnung Europas entsprechend den vom Führer und vom Duce aufgestellten Grundsätzen in die Hand nehmen. Sie haben auch ein Recht dazu:

11

1.7.1942

Millionen der besten deutschen Männer stehen im Felde; sie ringen nicht nur für Deutschland, sondern den Boden, den sie allüberall unter Einsatz ihres Blutes erkämpfen, erobern sie für Europa.

(Lebhafter Beifall)

Wenn das bolschewistische Riesenreich unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht und der Wehrmacht der Verbündeten zusammenbricht, dann wird aus diesen Ländern ein Segen für Europa erblühen. Und damit wird vor allem ein Umstand beseitigt, der nun einmal sehr nüchtern ist, der in theoretischen oder wissenschaftlichen Abhandlungen sehr wenig Beachtung findet oder gefunden hat, der aber doch von größter Wichtigkeit ist: die Ernährungssituation Europas. Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der immer schwieriger werdenden Ernährungslage, dem Nachlassen der Bodenkraft, dem Wachsen der Bevölkerungsdichte die Lebenssituation der europäischen Völker vor der Katastrophe gestanden hätte, wenn nicht mit dem Entschluß des Führers, dem bolschewistischen Überfall zuvorzukommen, dieser uns allen notwendige Lebensraum im Osten hätte erobert werden können.

Daraus können wir ohne weiteres erkennen, welche Bedeutung dieser deutsch-italienische Krieg gegen den Bolschewismus, gegen England für die europäische Neuordnung mit sich bringt. Nach diesem Kriege wird keine Macht der Welt sich mehr gegen Deutschland erheben können. (Stürmischer Beifall).

Dieses Ergebnis ist das entscheidende Voraussetzungsfaktum für die europäische Neuordnung. Dabei wird es dann eine europäische Kameradschaft auf Leben

und Tod geben. Wir wollen - das haben die Deutschen in der Geschichte immer bewiesen - die anderen Völker weder vergewaltigen noch ausbeuten noch ausplündern noch ihnen ihr Lebensrecht nehmen, sondern wir wünschen, daß diese Völker zur Besinnung auf Europa kommen. Denn es ist viel wichtiger, daß etwa die Holländer begreifen, daß im russischen Osten, den ihre eigenen Freiwilligen mit erobert haben, auch neues Siedlungsland für sie und ihr Volkstum entsteht, als daß sie dauernd ihren Kolonien und ihren Inseln nachweinen. Das englische System für Europa war das Scheinrecht einer Art Liberalität und einer bloß geduldeten kommerziell unterbauten Demokratie mit öligen Phrasen, die in Wirklichkeit Not und Elend in Europa zu einem Dauerzustand gemacht haben.

Die europäische Neuordnung ist daher als Kameradschaft der europäischen Völker auf der Grundlage der deutsch-italienischen Führung und der gegenseitigen gerechten Arbeitsteilung aufzufassen. Diese Arbeitsteilung der europäischen Völker wäre nun an sich schon etwas, was sich in völligem Gange befindet. Hunderttausende, ja Millionen Arbeiter aus allen Völkern Europas sind heute im Dienste des Krieges tätig, Hunderttausende sind in Deutschland tätig, Hunderttausende sind voller Mühe, an diesem gemeinsamen europäischen Erleben mitzuwirken. Daraus erwächst, wie ich hoffe, zum ersten Mal in der europäischen Geschichte eine Gemeinschaftsstimmung, die trotz aller Unkenrufe, trotz aller Versuche der feindlichen Gegenpropaganda, trotz aller selbstverständlich da und dort immer wieder vorkommenden Schwierigkeiten in der Gesamtlinie etwas ganz

Neuartiges darstellt.

Im Rahmen dieser europäischen Neuordnung, die sich unter der deutsch-italienischen Führung aufbaut, möchte ich nun dem Recht seine Mission sicherstellen. Ich komme damit auf den Kern meines Vortrages. Ich beginne damit, daß ich wiederum meine seit jeher im Rahmen der Bewegung vertretenen Argumente ganz klar formuliere: es gibt kein Reich ohne Recht; es gibt kein Recht ohne Richter, und kein Richter kann ohne echte Macht, die ihm von oben gewährleistet wird, Recht sprechen.

Kein Reich ohne Recht - auch das unsere nicht!
Kein Recht ohne Richter - auch das deutsche nicht
Kein Richter ohne echte Macht nach oben - auch der deutsche nicht!

Für mich, der ich seit jeher innerhalb der Bewegung den Rechtsgedanken jeder/mann gegenüber vertreten habe, ist es wahrlich keine Freude, erleben zu müssen, daß da und dort immer wieder Stimmen laut werden, die da sagen: man braucht für den autoritären Staat, in dem wir leben, keine Richter oder keine unabhängige Rechtsprechung. Ich werde mit dem ganzen Fleiß meiner Ideen immer wieder bezeugen, daß es schlimm wäre, wollte man etwa polizeistaatliche Ideale als ausgeprägt nationalsozialistische Ideale hinstellen, hingegen aber altgermanische Rechtsanschauungen völlig zurücktreten lassen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Die Partei hat in Punkt 19 ihres Programms den Grundsatz aufgestellt, daß wir das deutsche Gemeinrecht errichten wollen. Dieses deutsche Gemeinrecht ist etwas Heiliges. In unserem Volke gibt es keine stärkere

1.7.1942

Leidenschaft als die Rechtssehnsucht, das Rechtsgefühl und das Gerechtigkeitsbedürfnis. Man kann auch nicht immer nur das Germanentum zitieren und einen der wertvollsten Bestandteile germanischer Charakterologie zurücktreten lassen, die darin liegt, daß das Recht und der Richter oberster Sinn der Staatsübung ist. Wir wollen uns darüber klar sein, daß der Nationalsozialismus als Idee und als Inhalt des Staates das Recht bejaht. Es war für mich eine der schönsten Stunden, als sich der Führer selber als obersten Gerichtsherrn des deutschen Volkes bezeichnet hat. Das Recht ist nämlich die einzige Form, in der eine Staatsidee ewig werden kann.

(Lebhafter Beifall)

Die Menschen sterben dahin. Die größten Ideen, die sie prägen und lehren, die sie im Rahmen einer Zeit aus sich heraus wachsen spüren, bleiben in dem seelischen Atem ihrer völkischen Gemeinschaft. Wenn aber das Recht, der Rechtssatz, die gemeinschaftliche Übung dieser Ideen über die bedingte Lebensdauer selbst noch so schöpferischer Persönlichkeiten hinaus nicht gewährleistet sind, dann wird es anders gelagerten Persönlichkeiten immer wieder möglich sein, mit dem revolutionären Impuls neuer Zeiten das Gefüge des wohlbewahrten stolzen Gebäudes zu erschüttern.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat daher mit Stolz den Punkt 19 in ihr Programm aufgenommen. Mein unvergeßlicher Parteigenosse Theodor von der Pfordten, der erste Mann des Rechts in der Bewegung, der im November 1923 fiel, hat mir damals, als ich noch junger Student war, dies als Vermächtnis mit auf den Weg mitgegeben. Und in seinem Sinne werde

ich nicht müde werden, alle aufzurütteln und auch die so sehr geschmähten deutschen Richter immer wieder auf zurichten.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe mich noch nie so stolz zu dem Beruf des Rechtes bekannt wie in den Zeiten, in denen man über einen Stand ununterbrochen Schmutzkübel ausleeren zu können glaubte.

Wenn der Richter, angetan mit den Zeichen des Reiches, in unserem Volke Recht spricht, dann handelt er aus der Macht einer völkischen Gemeinschaftsübung heraus, die über dem Einzelleben steht. Freilich müssen diese Richter aber auch Persönlichkeiten dieser Zeit sein, die Bedürfnisse des nationalsozialistischen Reiches verstehen, und sie müssen Sinn dafür haben, daß gerade, weil sie so hoch gestellt sein sollen, auch ihre Leistung so sein muß, daß vor ihr die billige Kritik verstummt.

Der Führer hat mit Recht in seiner letzten Reichstagsrede gesagt, daß diese Einzelübung, die mancher Richter vollzieht, vom Übel für die Gemeinschaft sein könnte. Wir wissen aus der Geschichte, wie notwendig es immer wieder war, daß höchste Staatsautorität den Richter zu dieser Bewußtheit seines eigenen hohen Amtes aufrief.

Wenn wir an die europäische Neuordnung denken, dann muß auch der Rechtskultur Europas in dieser Neuordnung ihr wohlgemessener Platz zuerteilt werden. Wir können dabei einmal ruhig folgendes bekennen: das Recht, die Rechtsübung, die Rechtsanschauung sind älter als die Justiz. Die Justiz ist die Erscheinungsform des Rechtes, die wir seit einigen Jahrhunderten in Deutschland sich entwickeln sehen, und zwar bei den

1.7.1942

Juristen, den um das Recht Wissenden, den Fachgebildeten. Das Recht selbst aber ist ein Jahrtausende alter Bestandteil unserer völkischen Gemeinschaftsordnung. Es geht daher nicht um den Juristen, auch nicht so sehr um die Justiz. Man könnte sich vorstellen, daß Rechtsübung, Rechtssprechung auch durchaus von Nichtjuristen und Nichtfachgelehrten auf diesem Gebiete möglich wären, sofern allerdings einige Voraussetzungen in jedem Fall erfüllt sind. Diese Elementarinhalte des Rechts müssen in jedem Fall gewährleistet sein, soll überhaupt von Rechtsübung gesprochen werden können. Diese Elementarinhalte bedeuten, daß kein Volksgenosse Leben, Freiheit, Ehre und ehrlich erworbenes Eigentum sowie sonstige lebensbedingende Güter soll ohne Richterspruch verlieren können.

(Lebhafter Beifall)

Es kann und darf nicht Übung werden, daß ohne Richterspruch diese volksgenössischen elementaren Güter zu allenfalls willkürlich aufzuopfernden, beiseite zu schiebenden und völlig gleichgültigen Dingen degradiert werden können.

Wenn Recht in einer Gemeinschaft sein soll, ist es aber auch notwendig, daß jeder, der angegriffen oder beschuldigt wird, sich muß verteidigen können.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Sonst kann eine Volksordnung auf die Dauer nicht bestehen. Nicht um das Recht wäre mir dann bange, sondern um den Staat. Das Recht bleibt ewig, heilig, ein unerreichtes Ideal der Gemeinschaft, stark und stolz, eine wahrhaft göttliche Sendung über dem müden Leben der Menschen. Das Recht ist daher auch die

große Sehnsucht dieser Zeit. Alle irren, die Stärke mit Brutalität verwechseln. Stark ist, der das Recht nicht fürchtet.

Daher müssen wir bei dieser europäischen Neuordnung den Punkt 19 unseres Parteiprogamms in den höchsten Rang der gemeinschaftsbildenden Faktoren dieser Zeit stellen. Das Recht ist nämlich der Schutz des Kleinen im Volke; er hat keine Waffen, er hat keine andere Autorität. Er ist der kleine Spielball des Schicksals und lebt sein Dasein in der Form, die ihm aufgegeben ist. Er müht sich in Arbeit und sorgt und kümmert sich um Familie, Ehre, Leben. Er würde vergehen, wenn er nicht die Hoffnung hätte, daß über ihm die Gerechtigkeit der Gemeinschaft im Rahmen der Staatsaufgaben eine gesicherte Heimstätte hat.

(Lebhafter Beifall)

Und da Europa zu Millionen und Abermillionen aus den sogenannten kleinen Leuten besteht, die in Wirklichkeit die großen verantwortlichen Träger allen völkischen Gemeinschaftsschicksals sind, hat das Recht innerhalb der europäischen Neuordnung eine grandiose Bedeutung.

Aber nicht nur, daß der Staat, nicht nur, daß die europäische Gemeinschaft im Recht geschützt wird, - das Recht ist auch ein Elementarbestandteil der Kultur. Denn das Recht sichert etwas, was man nicht hoch genug einschätzen kann: es sichert die schöpferische Persönlichkeit. Vielleicht ist es manchmal zu stark betont worden, daß der Einzelne nichts, die Gemeinschaft alles ist. Unser Grundsatz: Gemeinnutz vor Eigennutz - ist jetzt eine Selbstverständlichkeit geworden. Umso mehr müssen wir uns aber immer dessen

bewußt sein, daß das nicht heißen darf, daß nun die Persönlichkeit des einzelnen Volksgenossen deshalb weniger Schutz, weniger Gewicht haben sollte, weil der Vorrang der Gemeinschaft vorab mit einem Wert versehen ist, wie er unserem Programm entspricht. Man kann nämlich ein Volk und eine Kultur wirklich nur sichern, wenn man der schöpferischen Persönlichkeit auch rechtlich jenen Entwicklungsraum gewährleistet, der dem Fortschritt der Wissenschaft, des Erkennens, des Forschens und der künstlerischen Leistung schlechterdings entsprechen muß. Diese schöpferische Persönlichkeit ist es, um die wir das Schicksal zu bitten haben. Die Genies kann man nicht antreten lassen; die Genies schenkt uns das Schicksal. Die Genies sind da und machen sich bemerkbar und müssen gehört werden, oder sie werden sterben und dann später ihre Wirkung beginnen. Aber welch' glückliches Maß, wenn die Rechtssicherheit und die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung mit einem autoritären Gemeinschaftssystem unseres Reiches als kombinierbar angesehen wird! Hierdürfen wir uns auch nicht davor fürchten, zu bekennen, daß es nicht notwendig ist, die wissenschaftliche Forschung auf dem Standpunkt von 1933 festzuhalten. Es gibt keine nationalsozialistische Physik oder Chemie, und es gibt nicht die Möglichkeit, daß unsere Bewegung in alles einbezogen wird, daß, bevor noch jemand einmal zu forschen, zu lehren und zu arbeiten beginnen darf, auf wissenschaftlichem Gebiet eine solche Vielfalt von Instanzen eingeschaltet wird, daß der junge Mann schon zum alten Eisen gerechnet werden muß, ehe er überhaupt die staatliche Lizenz erhalten hat.

(Heiterkeit)

1.7.1942

Unser Staat und unser Reich sind so stark, daß sie mit jedem Professor fertig werden.

(Erneute Heiterkeit)

Daher soll man ruhig die Wissenschaft , ihre Eigenheiten und auch die künstlerischen Grundgesetze sich entwickeln lassen, auf dass sich das Genie durchzusetzen vermag. Es ist eine große Freude, daß der Führer selber in dieser Beziehung immer klarer und deutlicher wird. Ich glaube, daß das aus der Erfahrung heraus geschieht, daß jeder Mißbrauch mit dem autoritären Gedanken auf geistigem Gebiet zu verurteilen ist.

Für uns bedeutet im Rahmen der europäischen Neuordnung genau wie im Reich das Recht den Schutz des kleinen Volkes gegenüber dem großen, den Schutz der kleinen wirtschaftlichen Potenz gegenüber der großen, den Schutz der kleinen Mächte gegenüber den großen und vor allem den Schutz des kleinen Europa gegenüber den großen Räumen der Welt. Das strahlt aus unserer Überlegung und unserer Einstellung zur Rechtsidee auf die große Überzeugung aus, daß so wie im Reich auch innerhalb der europäischen Neuordnung das Recht seine Sendung erfüllen wird, nicht aber nur die Allgewalt der Staaten, die heute notwendigerweise im Vordergrunde steht. Heute allerdings müssen wir uns zur absoluten disziplniertesten Einheit bekennen, die überhaupt nur möglich ist; denn das Schicksal hat uns mitten in den größten Krieg geführt, der gewonnen werden wird, weil Deutschland unter einer absolut und überall sich durchsetzenden Führung steht. Der Sinn des Sieges ist das Recht unseres Volkes auf das Leben und auf die eigengesetzliche Entwicklung, das wir dann endlich für uns und Europa in alle Zukunft ~~in alle~~ hinein erkämpft haben.

1.7.1942

Dieses Recht ist eine merkwürdige Macht. Ich weiß - und ich sehe es aus Tausenden Briefen von Volksgenossen, die mir von überall zukommen, - wie dieses Rechtsbewußtsein in unserem Volke aufsteigt, wie man jetzt versteht, was wir im Rahmen des rechtswissenschaftlichen Lebens immer gesagt haben, daß die Gerechtigkeit das Fundament der Gemeinschaft ist. Viele, die früher dieses Wort verspottet haben, sind vielleicht in Lagen gekommen, wo sie sagten: wäre doch ein Richter da! Und ich trage in mir ein Bekenntnis und einen flammenden Entschluß: ich habe nur einen Feind, und er ist das Unrecht in jeder Form. Dieses Unrecht darf nicht irgendwie sein oder sich entwickeln. Das Recht wird es unserem Volke lohnen.

Das Recht ist auch eine menschliche Einrichtung. Die Menschlichkeit hat als Begriff an Wert verloren, man leugnet sie sogar. Es gibt viele, die sagen: die Menschlichkeit ist etwas Müdes, irgendetwas, was sich mit der Stärke dieser Zeit nicht verträgt. Ich bin anderer Meinung. Jeder Staat, auch der unsere, muß es sich zum Grundsatz machen, daß seine Methoden der geschichtlichen Aufgabe, die ein Staat jeweils zu erfüllen hat, zu entsprechen haben, daß aber in keinem Fall Menschlichkeit einen Staat gefährden kann; denn mit jeder Staatsmethode ist Menschlichkeit immer noch vereinbar.

(Lebhafter Beifall)

Gerade wir als Nationalsozialisten haben es in der Kampfzeit erlebt, welch' unmenschliche Methoden im Kampf gegen uns angewendet worden sind. Je menschlicher ein Staat, desto deutscher ist er, - je rechtlicher ein Staat, desto unzerstörbarer ist er, - und

je größer ein Reich ist, desto größer muß das Rechtsbewußtsein derer sein, die für dieses Reich verantwortlich zeichnen.

Die europäische Neuordnung wird dieses Recht des Reiches segnen. Und wir werden über die Trauernden, über die Gequälten, über die Unschuldigen und alle die, denen Unrecht geschah, einmal in Gerechtigkeit den Ausgleich suchen. Das Recht und die europäische Neuordnung mögen im Einklang den Segen über die Welt bringen!

(Lang anhaltender, sich immer wieder erneuernder stürmischer Beifall).

Der Leiter der Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften Professor Dr. Schönbauer schließt den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Eine ehrenvolle Pflicht ist es, die mich auf dieses Rednerpult ruft. Ich habe den herzlichen und warmen Beifall aller Zuhörer in Worte zu kleiden, habe aber vor allem im Namen der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät wie im Namen der Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften zu Wien herzlich dafür zu danken, daß Sie, Herr Generalgouverneur, meiner Bitte folgend, wieder einmal in Wien sprachen und in dieser Weise sprachen. Als Sie am 13. Mai 1933 als junger bayrischer Justizminister nach Wien kamen, da bezeichnete Ihr Kommen, daß ein wahrhafter Umbruch stattgefunden hatte: das Bismarck'sche Reich, der deutsche Bundesstaat, war dahin, das neue Deutschland war erstanden. Als Sie dann im Juni 1938 uns

wieder mit Ihrem Besuche erfreuten und die Gesellschaft für Rechts- und Staatswissenschaften in die Akademie für Deutsches Recht aufnahmen, da waren Sie der Künder des werdenden Großdeutschen Reiches; denn mit der Rückgliederung der alten deutschen Erblande war der entscheidende Schritt zum großdeutschen Reich getan.

Heute nach 4 Jahren durften wir Sie nun wieder mit herzlicher Freude in unserer Mitte sehen und Ihren Worten lauschen. Sie haben uns heute ergriffen, waren Sie doch zugleich Künder des kommenden Europa, das in harten Kämpfen und unter unsäglichen Opfern heute geboren wird. Aber vor diesem Kampf stand eine Idee, es war die Idee des Abendlandes, des stärksten Trägers der Kultur in Vergangenheit und Gegenwart. Für diese Idee des Abendlandes haben Sie, Herr Generalgouverneur, als Künder und als Führer der Rechtswahrer vorbildlich gewirkt. Alle unsere Arbeit dient ja der Vorbereitung für dieses große Werk, das nun dank der genialen Führung Adolf Hitlers und Benito Mussolinis allmählich zur Tat wird.

Jeder arbeitet auf seinem Platz. Der Soldat bringt zwar die größten Opfer, aber auch wir in der Heimat glauben, ein wenig mitarbeiten zu können. Der Rechtswahrer hat aus Ihren Worten aufs neue die Gewißheit erhalten, daß seine Arbeit wirklich Dienst am Volke ist, daß sie geleistet wird für Führer und Volk, für Reich und Vaterland und auch für das kommende neue Europa.

Sie haben uns durch Ihr Beispiel immer gelehrt, daß ein deutscher Rechtswahrer sein nicht bedeutet: ein Paragraphenreiter oder Formaljurist sein, sondern ein Hüter und Wahrer des Rechts, jenes Teils der sittlichen Ordnung, ohne die kein Volk bestehen kann.

23

1.7.1942

In diesem Zeichen haben Sie den Rechtswahrerbund gegründet, Sie haben die Akademie für Deutsches Recht ins Leben gerufen, und auch die Gründung der Internationalen Rechtskammer geschah im Zeichen des Rechts und der Gerechtigkeit.

Alle haben heute Ihren Worten ergriffen gelauscht weil sie fühlten: das ist eine Botschaft, die an die Herzen und nicht nur an den Verstand appelliert und zugleich auch auf die stürmischen Kräfte für alle Zukunft hinweist. Wir danken Ihnen deshalb von ganzem Herzen. Daß Sie Wien für diese Ausführungen gewählt und in so warmen lieben Worten der Leistungen der Ostmärker für die Kolonisation im Osten gedacht haben, dafür sei Ihnen unser besonders herzlicher Dank gesagt.

Wir wollen uns aber auch dessen bewußt sein, daß nur ein Mann diese Worte hat finden können, der selber zu den ältesten und treuesten Kämpfern des Führers gehört, der Blutordensträger von 1923 ist, der mit der Idee des Dienstes am Volk und mit dem Dank für den Führer erfüllt ist, der deshalb die Worte findet, die auch andere begeistern können. So ist es mehr als eine bloße Formalität, wenn wir Ihre Anwesenheit und die so vieler Vertreter von Partei, Staat und Wehrmacht benutzen, um am Schlusse dieser Veranstaltung jenes Mannes zu gedenken, der es uns überhaupt erst ermöglicht hat, in diesem wunderschönen Saal von einem kommenden Europa, seiner Neuordnung und den Aufgaben des Rechts zu sprechen. Ihm sei daher unser ehrfürchtiger Gruß gewidmet.

Unser Führer Adolf Hitler - Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

1.7.1942

20[30] A b e n d e s s e n und Empfang im Palais Schönborn, gegeben von Reichsamtsleiter Dr. Frhr du Prel, Generalsekretär der Union Nationaler Journalisten-Verbände.

22[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach München.

Donnerstag, den 2.Juli 1942

bis

Sonntag, den 5.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in München, Schoberhof und Hersching.

Krakau

Montag, den 6.Juli 1942

7^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia.

10^{30} Ankunft auf der Burg.

12^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

15^{30} Besprechung mit Pressechef Dr. Gassner.

16^{00} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{30} Abfahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

IV/9 Krakau

Dienstag, den 7.Juli 1942

10^{40} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{45} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

11^{05} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Vertreter im Amt Stahl und Oberbereichsleiter Kobusch. Zu dieser Besprechung wird später SA-Oberführer Peltz hinzugezogen.

12^{10} Besprechung mit Parteirichter Standartenführer Brodmann

12^{15} Ständchen des Musikzuges 30 (Steiermark) der Hitlerjugend mit Trommlerkorps unter Leitung des Gebietsmusikstammführers Jesrang.

Gebietsmusikstammführer Jesrang meldet dem Herrn Generalgouverneur die Beendigung des Einsatzes dieses Musikzuges im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur spricht dem Musikzug und seinem Leiter seinen Dank und seine Anerkennung für den Einsatz und die vortrefflichen musikalischen Darbietungen aus.

12^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{55} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Bankdirigent Dr. Paersch in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Bankdirigent Dr. Paersch berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß russische Fallschirmabspringer im Distrikt Lemberg gefälschte Banknoten, die in der russischen Staatsdruckerei hergestellt seien, in Verkehr gebracht hätten. Es sei Vorsorge getroffen worden,

7.7.1942

daß die im Umlauf befindlichen gefälschten Noten als solche erkannt und aus dem Verkehr gezogen würden. - Was die Fälschung der 50-Groschen Stücke angehe, so sei es schon einigen Fällen gelungen, die Urheber dieser Fälschungen festzunehmen. Sie würden ihrer strengen Bestrafung zugeführt. Für künftige Fälle werde sich die Einführung der Todesstrafe für Geldfälschungen empfehlen.

Bankdirigent Dr. Paersch legt sodann dem Herrn Generalgouverneur eine Übersicht über die Spartätigkeit im Generalgouvernement vor.

Weiter kann Bankdirigent Dr. Paersch von einem starken Abfall der Preise in Warschau berichten, der wohl in der Hauptsache auf die bevorstehende Ernte zurückzuführen sei.

13^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Polizeioberst Sendel, der sich in seiner neuen Stellung als Befehlshaber der Schutzpolizei meldet.

13^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

16^{05} Besprechung mit dem Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit Dr. Coblitz.

Direktor Dr. Coblitz überbringt dem Herrn Generalgouverneur eine Einladung zur Eröffnung der Ausstellung

"Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland".

Er überreicht dem Herrn Generalgouverneur gleichzeitig einen Katalog der ausgestellten Kunstwerke.

7.7.1942

Der Sinn dieser Ausstellung, so führt Dr. Coblitz aus, sei es, die künstlerische Leistung einer alten deutschen Stadt und des ihr zugehörigen deutschen Siedlungsgebiets in der bedeutsamsten Zeit ihrer Entfaltung zu zeigen. Historisch gesehen sei es von besonderem Wert, daß schon vor Veit Stoß große deutsche Künstler im polnischen Raum gewirkt hätten. Ein besonderes Verdienst habe sich Dr. Behrens vom Institut für Deutsche Ostarbeit um die Gestaltung der Ausstellung erworben.

Direktor Dr. Coblitz bittet den Herrn Generalgouverneur um die Genehmigung, den Dreifaltigkeitsaltar aus der Kreuzkapelle der Burgkathedrale in die Ausstellungsräume verbringen zu lassen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich damit einverstanden.

Direktor Dr. Coblitz beklagt sich sodann über das geringe Entgegenkommen, das Hauptabteilungspräsident Watzke hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Bibliotheken, Archiven usw. für die praktische wissenschaftliche Arbeit des Instituts zeige. Dieses Verhalten mache es zu einem gewissen Grade unmöglich, eine echte Forscherarbeit durchzuführen.

Direktor Dr. Coblitz berichtet weiter über die Tagung der Ostinstitute in Wien und kann feststellen, daß im Rahmen dieser Tagung das Institut für Deutsche Ostarbeit angesichts seiner vortrefflichen Einrichtungen und der großzügigen finanziellen Unterstützung von seiten der Regierung des Generalgouvernements allgemein Beachtung gefunden habe.

7.7.1942

Gegenstand der Besprechung ist dann noch der neue Satzungsentwurf über die Verleihung des Veit-Stoß-Preises, der die Billigung des Herrn Generalgouverneurs findet. Dieser Preis soll zum ersten Male anläßlich der Eröffnung der Ausstellung

"Deutsche Künstler sehen das Generalgouvernement"

zur Verteilung kommen.

Direktor Dr. Coblitz gibt dem Herrn Generalgouverneur ferner einen Überblick über die Publikationen des Instituts für Deutsche Ostarbeit. In diesem Zusammenhang weist er auf die Tatsache hin, daß die "Zeitschrift für Erdkunde" eine Nummer dem Generalgouvernement gewidmet habe.

Weiter gibt Direktor Dr. Coblitz seiner Freude darüber Ausdruck, daß es dank dem Entgegenkommen des Gouverneurs Dr. Wächter gelungen sei, in Lemberg eine Zweigstelle des Instituts zu errichten, für die ein früheres Palais mit ausreichenden Räumen zur Verfügung gestellt worden sei.

Der Herr Generalgouverneur spricht Direktor Dr. Coblitz seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus.

16[2o] Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch.

Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch macht dem Herrn Generalgouverneur Mitteilung von der bevorstehenden Eröffnung einer Wehrmachtsausstellung auf dem Adolf-Hitler-Platz und in der Tuchhalle und bittet den

7.7.1942

Herrn Generalgouverneur, an der Eröffnungsfeier teilzu nehmen.

Die Anregung des Präsidenten Ohlenbusch, für die in den wehrwirtschaftlichen Betrieben arbeitenden Polen eine Werkzeitung herauszugeben, findet den Beifall des Herrn Generalgouverneurs, der Präsident Ohlenbusch anweist, sich dieserhalb mit Kammergerichtsrat Dr. Keith in Verbindung zu setzen.

16^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann.

17^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Kressendorf

Mittwoch, den 8.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

IX/9

Krakau

Donnerstag, den 9.Juli 1942

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.

10^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

11^{10} Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Bühler.

Stadthauptmann Pavlu berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß sein Verhältnis zu Gouverneur Dr. Wendler sich immer schwieriger gestalte und daß Gouverneur Dr. Wendler ihn von der Stellung als Stadthauptmann entfernt wissen wolle. Die Zusammenarbeit mit dem früheren Gouverneur Wächter sei eine ausgezeichnete gewesen, und er verhalte sich auch dem neuen Gouverneur gegenüber vollkommen loyal. Er bitte den Herrn Generalgouverneur um sein Eingreifen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen zwangsläufig die Autorität der deutschen Verwaltung leiden müsse und eine gedeihliche Arbeit für die Zukunft in Frage gestellt sei.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, unverzüglich eine Besprechung mit Gouverneur Dr. Wendler und Stadthauptmann Pavlu abzuhalten und dabei die aufgetauchten Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Er ermächtige Staatssekretär Dr. Bühler zu der Erklärung, daß Stadthauptmann Pavlu das vollste Vertrauen des Generalgouverneurs besitze und daß der Generalgouverneur sich von einem Gouverneur nicht die Person des Stadthauptmanns vorschreiben lasse. Auch solle Gouverneur Dr. Wendler eröffnet werden, daß Krakau in erster Linie die Hauptstadt der Regierung des Generalgouvernements sei und daß daher die rechtliche Stellung des Stadthauptmanns eine

andere sein müsse als die der übrigen Stadthauptleute im Generalgouvernement. In Zukunft bedürften Anweisungen des Gouverneurs, die die Stadt Krakau beträfen, der vorherigen Genehmigung des Generalgouverneurs bzw. seines Stellvertreters.

In diesem Zusammenhang streift der Herr Generalgouverneur den Gedanken, ob nicht eine Verlegung des Sitzes des Chefs des Distrikts Krakau nach Tarnow oder Reichshof die zweckmäßigste Lösung darstelle.

11[3o] Besprechung mit Finanzpräsident Dr. Senkowsky in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Präsident Dr. Senkowsky berichtet eingangs über Haushaltsfragen und erklärt, daß die Einnahmenentwicklung im allgemeinen zufriedenstellend sei. Ein gewisser Produktionsausfall des Tabakmonopols, der während der Wintermonate infolge Betriebseinschränkung eingetreten sei, könne zur Zeit aufgeholt werden. Kleinere Einnahmeausfälle, deren Ursachen in kommenden Betriebsstillegungen oder -einschränkungen zu suchen seien, werde man immer einkalkulieren müssen. Der Haushalt für das Jahr 1942 werde bis Anfang September verhandlungsreif sein und bereits im September - 4 Monate früher als im vorigen Jahr - würde die Hauptabteilung Finanzen die Haushaltsanforderungen für das Rechnungsjahr 1943 hinausgeben.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß Bankdirigent Dr. Paersch über die Einnahmenentwicklung ein tristes Bild entworfen habe. Hier müsse es Aufgabe des Staatswirtschaftsausschusses sein, diese Probleme zu erörtern und eine exakte Unterrichtung des Generalgouverneurs vorzubereiten.

9.7.1942

Dr. Senkowsky erklärt dann, daß der bisherige Betrieb der Kurhäuser in den Staatsbädern keineswegs entsprochen und er daher ab 1.Juli 1942 den Regiebetrieb eingeführt habe. Das Schwimmbad in Krynica, in dem sich die Polen in starkem Maße breitmachten, müsse ausschließlich den deutschen Besuchern vorbehalten bleiben.

Der Herr Generalgouverneur erteilt dazu seine Genehmigung..

Anschließend weist Dr. Senkowsky darauf hin, daß bei den Verhandlungen über den Stellenplan auch ein organisatorischer Einbau der Hauptabteilung Finanzen nötig sei, da der Einbau des Stellenplans in den Haushalt Angelegenheit dieser Hauptabteilung sei. Bis jetzt verhandle der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung als persönlicher Referent des Staatssekretärs allein.

Der Herr Generalgouverneur spricht sich für eine gewichtige Einschaltung der Hauptabteilung Finanzen bei den Verhandlungen aus.

Dr. Senkowsky legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe für die neuen Gebrauchsmünzen zu 10, 20 und 50 Groschen und 1 Zloty vor, über die der Herr Generalgouverneur seine Befriedigung ausspricht.

Mit dem Antrag der Werke des Generalgouvernements, demzufolge die Staatskasse den bei der Ostag-Gründung entstandenen Verlust übernehmen solle, erklärt sich der Herr Generalgouverneur einverstanden.

9.7.1942

Weiter berichtet Dr. Senkowsky, daß die Verhandlungen über den Parteihaushalt beendet seien. Er bitte, daß der Partei in Zukunft keine Sonderzuweisungen (z.B. 6 % aus dem Erlös der Führermarke) gemacht würden.

Dieser Vorschlag findet die Billigung des Herrn Generalgouverneurs.

Dr. Senkowsky erklärt noch, daß er der Partei einen Erlaßentwurf zur Mitunterzeichnung zugeschickt habe, auf Grund dessen von den Treuhandbetrieben, deren Ertrag irgendwie Staatseinnahme ist, keine Spenden für das Winterhilfswerk erhoben werden dürfen. Dagegen nehme Oberbereichsleiter Ollesch scharf Stellung. Durch die Einführung von Kinder- und Erziehungsbeihilfen an die Volksdeutschen werde der Haushalt des Generalgouvernements mit 14 Millionen belastet, während die Partei vor Einführung dieser Beihilfen an den gleichen Personenkreis 15 Millionen an Unterstützungsgeldern verausgabt habe. Praktisch würde also der Betrag weiterhin verbraucht, wenn auch der Verteiler ein anderer geworden sei. Er habe sich auch bereit erklärt, aus dem Gesamtertrag aller Treuhandbetriebe ein Defizit der Partei, das evtl. infolge dieses Einnahmeausfalls entstehen könnte, zu decken.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Erlaßentwurf seine Zustimmung.

9.7.1942

12^{30} Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. eines Erlasses über die Entlastung der Regierung wegen der Rechnung über die Haushaltseinnahmen und -aufgaben im Rechnungsjahr 1939
2. einer Verordnung zur Regelung und Überwachung des Verkehrs mit gewerblichen Erzeugnissen
3. Verordnung über die Zulassung von Ausnahmen von verbrauchssteuerrechtlichen Bestimmungen
4. einer Verordnung über den grenzüberschreitenden Güter-Kraftverkehr zwischen dem deutschen Reich, dem Generalgouvernement und dem Protektorat Böhmen und Mähren
5. einer Dritten Verordnung über die Arbeits- und Sozialversicherung im Distrikt Galizien
6. eines Erlasses über die Kontrolle von amtlichen Bekanntmachungen in Tageszeitungen

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichsredner Pg. Studentkowsky in Gegenwart von Hauptabschnittsleiter Stahl und Präsident Ohlenbusch.

13^{00} F r ü h s t ü c k

9.7.1942

16[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Dienststelle der Baudirektion am Scharfenbergplatz Nr.4.

Professor Bieber-München erläutert sein Modell für den Bau eines neuen Regierungsgebäudes, das in der Gegend des jetzigen Regierungsgebäudes errichtet werden soll. Auch Architekt Stahl macht Ausführungen über ein von ihm ausgearbeitetes Projekt.

Bei der Unterhaltung taucht der Gedanke auf, ob man das neue Regierungsgebäude nicht an der Weichsel mit Front zur Burg erstehen lassen solle.

Anwesende:

Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär a.D. Dr. Mühlmann, Präsident Dr. Senkowsky, Geh.-Oberbaurat Rattinger, Baurat Hofer und andere.

17[20] Besprechung mit Staatssekretär a.D. Mühlmann und Geh.-Oberbaurat Rattinger.

17[45] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Krakau

Freitag, den 10. Juli 1942

10^{10} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

12^{00} Besprechung mit Präsident Dr.Lauxmann und Staatssekretär Dr.Boepple.

Präsident Dr. Lauxmann legt dem Herrn Generalgouverneur ein Heft mit sämtlichen im Generalgouvernement bisher erschienenen Briefmarken und Dienstmarken vor.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Freude über die künstlerische und technische Gestaltung der Marken Ausdruck. - In diesem Zusammenhang ersucht er Präsident Dr.Lauxmann, dafür Sorge zu tragen, daß die Bestempelung der Marken in einer Form erfolge, die vor allem die Ortsnamen erkennen lasse.

Präsident Dr.Lauxmann bemerkt, daß die großen Ämter bereits angewiesen worden seien, Feststellungen darüber zu treffen, in welchen Bezirken und in welcher Anzahl solche undeutlichen Bestempelungen zu beobachten seien.

Präsident Dr. Lauxmann gibt dann dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über den Ausbau der Fernsprechleitungen im Generalgouvernement. Die Deutsche Post Osten habe aus der polnischen Zeit 490 km Leitungen übernommen. Mitte des Jahres 1941 sei die Länge der Fernsprechleitungen auf 1.320 km angewachsen und betrage zur Zeit 2.000 km. Von den Fernsprechleitungen werde der überwiegende Teil durch die Wehrmacht in Anspruch genommen. Das öffentliche Fernsprechnetz sei jetzt so ausgebaut, daß von Krakau nach fast allen größeren Städten des Reiches telefoniert werden könne. Der Telefondienst werde durch

10.7.1942

25 Fernsprechämter wahrgenommen. Interessant sei die Tatsache, daß von den Fernsprechteilnehmern des Generalgouvernements zweieinhalb Mal soviel Fernsprechgespräche geführt würden wie von den Fernsprechteilnehmern im Reich.

Präsident Dr.Lauxmann berichtet dem Herrn Generalgouverneur weiter über den Brief- und Paketverkehr im Generalgouvernement. Im Paketverkehr sei leider festzustellen, daß zahlreiche Sendungen verloren gingen. Im ersten halben Jahr 1942 habe man 367 Personen des Diebstahls an Postsendungen überführen können. Mit Überfällen auf Postgut müsse man ebenfalls rechnen. So seien neuerdings wieder im Kreise Pulawy 80.000 Zloty geraubt worden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob im Generalgouvernement eine Zensur von Briefsendungen möglich sei, erwidert Präsident Dr.Lauxmann, daß diese Möglichkeit zwar technisch bestehe, man aber leider in Krakau nicht über die dazu erforderlichen Einrichtungen verfüge. Eine Überwachung des Telefonverkehrs in der Richtung, ob Dienstgespräche von dritten Personen gehört werden könnten, sei auch nicht im ausreichenden Maße möglich. So habe man z.B. feststellen müssen, daß die Widerstandsbewegung offenbar imstande sei, mit Hilfe eines Apparates sich in Gespräche einzuschalten, und bisher sei es nicht gelungen, entsprechende technische Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

10.7.1942

12[25] Besprechung mit Pressechef Gassner.

Im Laufe der Besprechung berichtet Dr.Gassner dem Herrn Generalgouverneur von dem großen Eindruck, den die Wiener Rede des Herrn Generalgouverneurs vom 1.Juli 1942 auch in Pressekreisen des Reiches gemacht hat.

12[30] Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich legt zunächst dem Herrn Generalgouverneur zwei gebundene Mappen vor, enthaltend

1. einen Tätigkeitsbericht der Handelszentrale Dietrich Dirksen-Danzig
2. einen Tätigkeitsbericht der Firma G.L. Gaiser-Hamburg.

Hauptabteilungspräsident Dr.Emmerich berichtet dann über eine Besprechung, die er in Berlin über die Gründung der Karpaten-Öl-A.G. gehabt hat. Es müsse festgestellt werden, daß die Kontinentale-Öl-A.G. mit den deutschen Gruben nicht ganz einig geworden sei, weil diese gewisse Befürchtungen hegten. Darüber seien des längeren Verhandlungen geführt worden. Er, Präsident Dr.Emmerich, habe sich mit Finanzpräsident Dr. Senkowsky über die Frage in Verbindung gesetzt, ob das Generalgouvernement als Anteilseigener einspringen solle. Die Dinge hätten sich neuerdings insofern zugespitzt, als die Bohrleistung abgefallen sei. Deshalb wolle auch die Dienststelle des Vierjahresplan einen Sachverständigen in das Gebiet schikken, der die Dinge technisch etwas schärfer anfasse, als das bisher geschehen sei.

10.7.1942

Präsident Dr.Emmerich nimmt weiter zur Kohlensituation Stellung, die besonders auf der Südstrecke angespannt sei, was darauf zurückgeführt werden müsse, daß die Züge zum Teil auf beiden Gleisen ostwärts führen und dadurch der Rückverkehr außerordentlich gehemmt werde. Gleichwohl müsse dafür Sorge getragen werden, daß bestimmte Eiltransporte unter allen Umständen durchgeführt würden. Im allgemeinen seien aber die Verhältnisse immer noch einigermaßen zufriedenstellend geblieben, umso mehr, als nicht allzu viele Betriebe hätten stillgelegt zu werden brauchen. Besonders trübe sei allerdings die Situation im Distrikt Galizien. An eine Kohlenlagerhaltung sei hier nicht zu denken, und deshalb müsse mit möglichster Beschleunigung eine Großaktion für die Nutzbarmachung der dortigen Braunkohlenvorkommen in Angriff genommen werden.

Er habe zusammen mit Generaldirektor Budin von den Hasag-Werken eine eingehende Verhandlung mit Generalleutnant Schindler über den Verkauf der Eisenhütte Tschenstochau und der Munitionsfabrik Kamiena gehabt. Generaldirektor Budin habe in Tschenstochau sehr viel geleistet, und seiner Initiative sei es zu danken, daß aus dem veralteten Hochofenbetrieb wieder ein leistungsfähiges Werk geworden sei. Budin interessiere sich auch stark für die Herstellung von Koksgenerator-Wagen, die besser und billiger als Holzgeneratoren seien.

Die Zusammenarbeit mit dem Reich auf wirtschaftlichem Gebiet werde etwas durch die neue Organisation der Reichsvereinigung beeinflußt, die von Präsident Kehrl geleitet werde. Für das Generalgouvernement sei es deshalb von Vorteil, daß hier die Organisation

10.7.1942

der Zentralkammer bestehe, die es ermögliche, etwas Ähnliches wie im Reiche zu schaffen.

Aus der kürzlich im Reich veranstalteten Spinnstoffsammlung sei auch ein Teil Kleidungstücke ins Generalgouvernement gekommen.

Die Ernteerfassung sei von der gewerblichen Seite aus gut vorbereitet.

Der Herr Generalgouverneur teilt dem Präsidenten Dr. Emmerich mit, daß in seiner Abwesenheit lebhafte Verhandlungen über die Zentralkammer stattgefunden hätten. Bei dieser Gelegenheit habe er den Präsidenten der Kammer Frhr v. Gregory als einen tatkräftigen und zielbewußten Wirtschaftspolitiker kennengelernt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Emmerich, daß es mit der Öl- und Benzinversorgung im General gouvernement insofern schlecht bestellt sei, als vom Reich erneute Anforderungen in dieser Beziehungen gestellt würden. Bisher habe man sich immer noch einigermaßen helfen können, und man bemühe sich auch vor allem, eine Entlastung durch die Verwendung von Erdgas herbeizuführen. Leider fehle es für die Aufnahme des Erdgases an den notwendigen Stahlflaschen.

13^{00} M i t t a g e s s e n .

Anschließend hat der Herr Generalgouverneur mit Oberbaurat Stürzenacker eine kurze Besprechung über die Errichtung einer Außenstelle des Instituts für Deutsche Ostarbeit in Lemberg.

10.7.1942

15[10] Besprechung mit Kapellmeister Erb, stellvertretendem Chefdirigenten der Philharmonie des Generalgouvernements, und der Referentin Fräulein Mikorey in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

17[00] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

V/9

Krakau

Sonnabend, den 11.Juli 1942

10^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh.

12^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Staatsbibliothek.

12^{10} Abschluß des ersten Lehrganges der Verwaltungsakademie Krakau.

Vor den Teilnehmern dieses Lehrganges hält der Herr Generalgouverneur in Gegenwart der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple sowie mehrerer Hauptabteilungspräsidenten und der Verbindungsoffiziere Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur folgende Ansprache:

Ich möchte zunächst allen Teilnehmern an diesen, angesichts der sommerlichen Temperatur nicht restlos angenehmen Veranstaltungen, meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck bringen. Es ist wahrlich eine Kunst, in diesen Tagen in einer Woche 24 Fachvorträge von Regierungsvertretern über sich ergehen zu lassen. Ich selber verfüge über diese Kunst kaum, kann also ermessen, was Sie geleistet haben.

Die Verwaltungsakademie Krakau wird heute ihren ersten Lehrgang schließen, d.h., daß die Teilnehmer an diesem Lehrgang von jetzt ab Akademiker sind. Sie können sich darauf berufen, daß Sie nun einen Einblick in die Verwaltung und Führung, in die Sicherheits-, Ernährungs-, Verkehrs-, Wirtschafts- und Justizsituation unseres Generalgouvernements genommen haben. Die Teilnehmer an diesem Kursus werden sicherlich den Eindruck haben, daß das Generalgouvernement als das Nebenland des Großdeutschen Reiches,

11.7.1942

als das älteste seit Kriegsbeginn 1939 besetzte neue Gebiet eine in sich wohlgefügte, klar ausgegliederte, ruhig geleitete, zweckmäßig geführte und aufgebaute Verwaltung besitzt. In der Geschichte des Verwaltungsrechts, des Staatsrechts und der Staatsorganisation ganz allgemein gibt es kein Vorbild für das Generalgouvernement. Sie können die Geschichtsbücher aller Zeiten und Völker durchblättern, Sie werden ein so merkwürdiges Gebilde wie das unseres Generalgouvernements nicht finden, das über eine weite Form von eigenstaatlichen Quasi-Souveränitätsrechten verfügt, gleichzeitig aber in größtem Umfange in die Zuständigkeiten des Reiches eingeschaltet ist.

Aus dieser merkwürdigen Verfassung sind denn auch die Hauptschwierigkeiten in der Führung dieses Raumes entstanden. Sie lagen zunächst einmal darin, daß wir hier praktisch mit einem absoluten Minimum an Personal beginnen mußten. 1939, als wir begannen, zählte die gesamte Belegschaft des Generalgouvernements vielleicht 500 Köpfe. Und es ist selbstverständlich, daß diese Altgeneralgouvernementler, diese alten Kämpfer in diesem Raum bei uns heute so eine Art Verwaltungselite darstellen.

Weiter ist es auch durchaus begreiflich, daß man von Anfang an unseren Weg mit schärfster Beobachtungskraft verfolgte, daß man vom Reich aus uns hier als ein völlig Neues heranwachsen sah und daß hierbei vor allem die Einstellung des Führers zu uns, zu diesem neuartigen, diesem laboratoriumsmäßigen, diesem kolonisatorisch-imperialen Anfangsstadium eines werdenden weiten Raumgebildes unseres Reiches eine wesentliche Rolle spielte. Es war ja auch die erste und entscheidende Tat des Führers, daß er seine schützende Hand über den Generalgouverneur und seine Handlungen immer wieder hielt.

11.7.1942

Sie haben nun in die einzelnen großen Bereiche Einblick genommen. Sie gehen jetzt wieder hinaus in die Distrikte, Kreise und Städte unseres Generalgouvernements, und ich hoffe, daß wir in absehbarer Zeit schon einen zweiten Kursus wieder werden eröffnen können. Das Interesse, das Sie hierbei an Ihrer eigenen Fortbildung gezeigt haben, ist ein Interesse, das die Führung des Generalgouvernements aus vollem Herzen bejahen und unterstützen kann. Gerade hier in diesem neuen Gebiet soll ein Grundsatz ganz deutlich ausgesprochen sein: wir kennen nur eine Möglichkeit der Entwicklung im Generalgouvernement - die Leistung. Wir sind bei den Berufungen zu den höheren Funktionen unseres Staates nicht auf irgendwelche Prüfungsschemata des Reiches angewiesen; hier besteht absolut die Möglichkeit, daß jeder, auch der kleinste Beamte und Angestellte, zu den höchsten Stellungen im Generalgouvernement aufsteigt. Das ist, wie Sie das vielleicht schon in den letzten Monaten haben beobachten können, auch mein Bestreben: ich will diesen Aufstieg aus dem Generalgouvernement selbst heraus fördern.

Es ist also nur erwünscht, daß mit diesen Fortbildungsabsichten unserer Beamten und Angestellten von der Führungsseite aus die klare Einstellung bestätigt wird, daß jeder fleißige, ehrliche, saubere Beamte und Angestellte, der hier seine Pflicht erfüllt, der regen Geistes in die Welt schaut, der nicht müde ist und nicht im alten Trott marschieren zu können glaubt, der nicht die Tradition als oberstes Ziel seines Lebens fortzusetzen gedenkt, sondern, dem Goethe'schen Prinzip folgend, dessen eingedenk ist, daß man im Leben nur etwas gilt, wenn man zu dem, was man übernommen hat, das eigene schöpferische Plus gesetzt hat, - daß dieser fleißige und saubere Beamte

und Angestellte seinen Platz bei uns findet, daß wir diese Aktivisten der Verwaltung zu uns heranziehen, von denen wir leider im Reich allüberall nicht eine allzu große Zahl finden.

Dieses nationalsozialistische Prinzip des Kämpfertums mit der notwendig gemessenen Form und Grundhaltung des Beamtenmäßigen zu kombinieren, scheint kein Gebilde geeigneter zu sein als ein neues Machtgebilde wie das des Generalgouvernements. Tatsächlich hat sich denn auch hier dieser kämpferische Typ der Beamten und Angestellten herausgebildet. Ein K Kreishauptmann, ein Inspektor beim Kreishauptmann oder ein sonstiger Mitarbeiter oder eine sonstige Mitarbeiterin, die im Generalgouvernement an einer räumlich und personell verhältnismäßig kleinen Dienststelle tätig sind, werden das Empfinden haben, welches Übermaß von Verantwortung und Energie sie angesichts der Größe des jeweiligen Raumes und der Zahl der Bewohner zu tragen haben. Bei uns hat ja die persönliche Leistung eines Deutschen einen viel grösseren Spielraum als innerhalb einer entsprechenden Position des Reichsgefüges. Ein Kreishauptmann mit einem Kreis von 7 000 qkm Fläche und einer Bewohnerzahl von vielen Hunderttausenden hat selbstverständlich einen weiterreichenden Wirkungskreis als ein Landrat im Reich.

Dazu kommt aber nun bei uns noch das Charakteristische, was ich als das erste Fundament unseres Verwaltungsapparats ansehe, nämlich dieEinheit der Verwaltung, die Zusammenfassung aller Staatsfunktionen in einer Person. Von dieser Einheit hängt gerade die Wirkungskraft, die befehlsmäßige Strahlkraft der Person in unserem Verwaltungsdienst ab. Was hier ein

deutscher Eisenbahn- oder Postbeamter, ein deutscher Polizist im Vergleich zu dem entsprechenden Beamten im Reich zu leisten hat, liegt nicht darin, daß etwa der Beamte im Reich weniger leistete, sondern es liegt in der Häufung der Arbeit. Der Eisenbahnbeamte muß sich neben seinen sonstigen Pflichten um die Ernährung und das Unterkommen, um die Gesunderhaltung seiner Leute kümmern. Die Aufgabe des hiesigen Beamten liegt vor allem auch in der Betreuung des fremdvölkischen Personals. Bei der Einheit der Verwaltung muß immer berücksichtigt werden, daß es sich schlechterdings dabei um nichts anders handelt als um die Durchsetzung des Persönlichkeitsprinzips, des kämpferischen persönlichen Verantwortungsbewußtseins.

Wir haben von Anfang an dafür gesorgt, daß Überschneidungen von Zuständigkeiten und Verantwortungen auf ein Minimum herabgedrückt werden. Trotzdem sind sie auch bei uns vorhanden. Seien Sie überzeugt, daß es auch bei uns diese Schwierigkeiten gibt. Auch ich kann manchmal beobachten, wie dieses Teuflein Bürokratismus, dieses Teuflein Ressortpartikularismus und das Teuflein Ressortegoismus bereits auch im Generalgouvernement ihr lockeres Wesen zu entwickeln beginnen. Wir müssen sie bekämpfen, weil wir sonst unseren Nimbus verlieren und sagen würden: im Generalgouvernement ist alles so wie im Reich.

Neben dieser Einheit der Verwaltung spielt bei uns die Kleinheit der Verwaltung eine große Rolle. Diese Kleinheit der Verwaltung, diese Kleingehaltenheit unserer deutschen Besetzung, diese zahlenmäßig so geringe Menschenmenge, die wir aus Deutschland hierher bekommen haben und auch in Zukunft bekommen werden, wird beibehalten werden müssen. Denn man täusche sich nicht: das Kriegsende wird uns nicht einen

gewaltig großen Zustrom von neuen Kräften bringen, sondern mit Kriegsende werden die neuen gigantischen Räume intensiv zu besetzen sein. Also wir werden immer mit einer Kleinheit der Verwaltung rechnen müssen. Und sie wird dazu führen, daß die Verantwortungsgrundlage immer wieder erweitert wird. Hierbei bedarf es dann einer Zusammenarbeit der Regierungszentrale mit den territorialen Zuständigkeiten der Distrikte und Kreise. Es geht nicht an, hier sinnlos zu schematisieren oder zu zentralisieren, es geht nicht an, daß die großen notwendigen Gemeinschaftsformulierungen in diesem Raum normativ aufgeteilt würden in Wirkungsbereiche der Einzelrepräsentanz. Deshalb muß ich auch die Regierung gegen allzu weitgehende Dezentralisierungsbestrebungen in Schutz nehmen; denn sie bringt ja ihre Formulierungen mit Verordnungskraft nicht deshalb, um die Kreise oder Städte zu ärgern oder zu reizen, sondern sie will nur dafür sorgen, daß nicht ein wildes Durcheinander entsteht.

Wir können nun aber auch von einer Feinheit der Verwaltung reden. Sie soll bei uns besonders gepflegt werden. Wir wollen die Feinheit der Verwaltung nicht darin erblicken, daß sie sich in möglichst gedrechselten Formularien offenbart, in einer Überfülle von Berichterstattungen, vielleicht überhaupt in einer Art Barock der Verwaltungskunst und Verwaltungskunde, sondern die Feinheit der Verwaltung muß darin liegen, daß es uns immer mehr glückt, mit einem möglichst geringen Aufwand an Personal, Raum und Sachbedürfnis die größtmögliche Wirkung zu erzielen. Die Feinheit der Verwaltung soll eine Auslese der jeweils für eine Stelle Geeignetsten und Berufenen ermöglichen.

11.7.1942

Im Reich wird ja auch dagegen gesündigt, und wir selber können uns auch nicht davon freisprechen. Das ewige Geschimpfe über den bürokratischen Beamten, das ewige Klagelied über die Schwerfälligkeit der Verwaltung, das ewige Klagen über den Zuständigkeitswirrwarr wird dadurch nicht beseitigt, daß man das Klagen zum Schimpfen und das Schimpfen zu einer wahrhaft alles vernichtenden Dauerkritik macht. Man kann eigentlich immer nur positiv die Frage stellen: welche Technik ist für den Staat die beste? Und diese Staatstechnik ausbauen heißt an dieser Feinheit der Verwaltung arbeiten. Man wird im 20. Jahrhundert imstande sein, den technischen Notwendigkeiten zum Durchbruch zu verhelfen. Allerdings bei uns im Generalgouvernement, wo man um eine Telefonverbindung kämpfen muß, wo die Zugverbindungen unter aller Kanone sind, solange dieser Druck der Wehrmachtsleistung über uns lagert, wo wir mit allen möglichen anderen Schwierigkeiten, räumlicher und sonstiger Art zu kämpfen haben, wäre es vermessen, schon von einer Feinheit der Verwaltung, der Verwaltung als Idealbild, zu sprechen. Aber die Frechheit ist das Kennzeichen der Ostmenschen. Wir haben gar keine anderen Absichten als die, zu erklären, daß das, was wir hier geschaffen haben, ein nationalsozialistischer Staatsmusterbetrieb sein soll und sein wird.

Die Feinheit der Verwaltung bedingt vor allem auch das charakteristische Bild der Menschen, die hier in der Verwaltung tätig sind. Ich bin sehr glücklich und zufrieden, wenn ich auf die drei Jahre zurückblicke, die wir nun demnächst im Oktober vollendet haben werden. Wenn ich an die Gefahren denke, die die Neubesetzung eines Gebietes in charakterlicher Beziehung mit sich bringt, so kann ich nur feststellen, wie verschwindend wenige Menschen diesen Gefahren

zum Opfer gefallen sind, den Gefahren, die in der Korruption, einer minderwertigen Lebensführung oder einem unkameradschaftlichen Verhalten liegen. Ich möchte hier ausdrücklich feststellen, daß die charakterliche Beurteilung, die saubere Lebensführung unserer Beamten und Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, einwandfrei dasteht. Das festzustellen freut mich um so mehr, als die Arbeit in unserem Raum nicht leicht ist.

Eine Feinheit der Verwaltung zu erzielen, ist in einem Augenblick schwierig, in welchem man von jedem Beamten verlangen muß, daß er um sein Leben, seine Wohnung, seinen Raum kämpft, daß er bereit ist, die Opfer zu bringen, die in einem solchen Raum gebracht werden müssen. Wieviele sind nicht aus unseren Reihen von den Fremdvölkischen weggemordet worden! Es wird als eines der Ruhmesblätter der deutschen Beamtengeschichte stets bestehen bleiben, was hier ein einsamer deutscher Eisenbahnbeamter, ein Post- oder Forstbeamter, was ein Kreishauptmann oder seine Außenämter leisten an isoliertem Festhalten deutscher Führung unter Hunderttausenden teilweise haßerfüllten Menschen.

Wir kommen alle aus unserer deutschen Heimat, sind aber allmählich doch die Fremde gewohnt geworden, und dadurch ist ein bedeutsames Bildungsmerkmal für die gesamte deutsche Beamtenschaft erstanden. Denn aus den Erfahrungen des Generalgouvernements wird sich traditionell die neue Schulungsform aller Beamten- und Angestelltenkategorien aufbauen, die in den zeitlich nach dem Generalgouvernement gekommenen neuen Gebieten eingesetzt werden. Ich habe einmal scherzhafter Weise gesagt, daß jeder Gouverneur oder Kreis-Hauptmann ohne weiteres geeignet sei, den schwierigsten

diplomatischen Posten des Großdeutschen Reiches bei irgendeiner Großmacht sofort zu übernehmen. Was der einzelne an Instinktsicherheit, an Klarheit, an persönlichem Einsatz, an Humor und charakterlicher Kraft braucht, das ist schon anzuerkennen.

Es gehört viel dazu, im Leben stark, stolz und froh zu bleiben. Auch der Beamte, obwohl er allgemein als der sogenannte gesicherte Stand hingestellt wird, geht einen schweren Lebensweg. Und die allgemeine billige Formulierung, daß der Beamte, weil er es im Leben so sicher hat, unendlich viel glücklicher ist als derjenige, der sich im freien Wirtschaftskampf oder im freien Leben durchkämpfen muß, ist gefährlich. Denn gerade diese Festgefügtheit der Bezüge, dieses immer im Gleichmaß dahinleben müssen ist schwierig, und die Zahl der Zloty, die bei uns gezahlt wird, ist angesichts der Lebenshaltungskosten in diesem Raum so gering, daß man, wenn im Reich etwa Kritik geübt werden sollte, nur sagen muß; diese Kritik ist völlig unberechtigt und wird von uns auch nicht hingenommen. Was freilich die Regierung, was die einzelnen Hauptabteilungsleiter, die Gouverneure und Kreishauptmänner an Fürsorgemaßnahmen für die deutschen Beamten leisten, wird von mir auch anerkannt.

Es ist klar, daß mit vielen anderen Momenten aus dem Reich auch da und dort Stimmungsmomente hereingebracht werden. Viele von den Alten, die hier seit 1939 gedient haben, kommen oft zu mir und sagen: es war 1939 und 1940 viel gemütlicher als jetzt, wo so viele neue hereinkommen, über alles und jedes meckern, alles besser wissen wollen, aber gar keine Ahnung von dem haben, was die Alten, die zuerst gekommen waren, unter den schlimmsten Verhältnissen und bei der Ungeklärtheit der Probleme zu leisten hatten. Aber wir

haben dagegen teilweise schon eine Art Selbsthilfe. Ich habe den Begriff der Ostdiensttauglichkeit geprägt, und der Führer hat ihn genehmigt. Und wir werden viele von hier abschieben, wenn sie sich nicht in diese großzügige, etwas weitgespannte Form des Lebens in diesem Raum einzufügen vermögen. Wir sollen hier Ostpolitik treiben, und ich werde den Grundsatz deutlich zum Ausdruck bringen, daß Ostluft frei macht. Wir müssen hier ein anderes Format haben. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir uns nun von allen den Grundsätzen freimachen, auf denen das deutsche Leben beruht, von den Grundsätzen der Anständigkeit, der Moral und der sauberen Lebenshaltung. Aber es heißt, daß man irgend jemandem, der in diesen Raum gestellt ist, eine klare Aufgabe gibt und daß man ihn in Ruhe arbeiten läßt, so lange, bis er seine Aufgabe gemeistert hat. Wenn er sie gemeistert hat, dann wird er meine Anerkennung finden.

Das persönliche freie Feststehen auf dem eigenen Grunde ist der Ausgangspunkt unserer ein Weltreich aufbauenden Persönlichkeiten. Hier muß die neue Ethik eines neuen Deutschtums erwachsen, das nun endlich die Enge beseitigt und die spießige Gegeneinandergestelltheit aufhören läßt, die das Leben nur danach betrachtet, ob es dem anderen nicht vielleicht doch am Ende besser geht, wo nur der eine auf den anderen schaut, anstatt daß man sagt; ich bin mir selbst genug, ganz gleich, was der andere ist. Diese Konkurrenzsucht darf bei uns nicht einreißen und sich auch nicht in irgendeiner Form durchsetzen, so daß sie zu gegenseitigen Verunglimpfungen oder Verdächtigungen führt. Bedenken wir immer die Größe der Zeit, bedenken wir immer, daß in diesen Tagen das Größte geschieht, die Zerstörung des gewaltigsten Territorialreiches der Welt unter den Schlägen unserer heroischen deutschen Wehrmacht, daß daraus überhaupt

neue Lebensformen, neue Lebensauffassungen, neue Lebensbedingungen für unser Volk erwachsen, die den Rahmen von alledem sprengen, was wir bisher erlebt haben.

Ich habe mich über diesen Kursus vor allem auch deshalb gefreut, weil er mir die Gewähr zu geben scheint, daß mit ihm und in dem von mir dargelegten Sinne das neue Bild der deutschen Verwaltungspersönlichkeit geschaffen werden kann. Bei uns kann man nicht sagen, daß die Führung bei der Bewegung und die Verwaltung beim Staat ist. Hier ist vielmehr zum ersten Mal eine große nationalsozialistische Kombination möglich. Daher sehe ich auch darauf, daß bei den führenden Persönlichkeiten die Kombination von Partei- und Staatsamt soweit wie möglich gegeben ist. Wir haben hier die Führungspersönlichkeit im Staat, die selbstverantwortliche charakterliche Autokratie des einzelnen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen, und das ist das schlechterdings nationalsozialistische Prinzip der Staatsführung. Daß dabei die Autorität und die Disziplin aufrechterhalten wird und die Befehlsklarheit gesichert ist, ist selbstverständlich. Deshalb müssen auch wir gerade das soldatische Element immer wieder als unser Vorbild betonen.

Ich kann sagen, daß wir mit Stolz auf unsere Arbeit und Sie auf Ihre Arbeit blicken können. Es besteht hier kein Unterschied zwischen Ihnen und mir. Was Sie an Sorgen besitzen, besitze ich vielleicht in gehäuftem Masse. Seien Sie sich dessen immer bewußt, daß jeder von uns, die wir durch das Schicksal in eine hohe Position gekommen sind, oft mit Sehnsucht und Trauer an irgendeine Entwicklungsphase des eigenen Lebens zurückdenkt, wo man, wohlbehütet in einem großen Arbeitspensum, sich in Ruhe und fast be-

haglich auch seines Lebens freuen konnte. Aber die Sorglosigkeit oder die Behaglichkeit ist nicht das Ziel, sondern das Ziel ist die Diensterfüllung bis zum letzten.

Der Ostruf ertönt. Hier in diesem Osten, in dem wir die Sonne zuerst sehen, sollen dem Generalgouvernement nach dem Siege mit Freiheit und Frieden seine Funktionen im ersten kolonial-imperialen Aufbau der großdeutschen Nation zuteil werden. Seien Sie stolz darauf, daß Sie dabei gewesen sind! Es wird für Ihr Leben immer eine der beglückendsten Erinnerungen sein.

(Lebhafter Beifall)

12^{55} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{10} M i t t a g e s s e n.

16^{00} Besprechung mit Pressechef Dr.Gassner.

17^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr.Bühler und Krüger und dem Hauptabteilungspräsidenten Naumann.

Gegenstand der Besprechung ist der Entwurf eines Erlasses über den

Ernte-Ausnahmezustand.

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Krakau

Sonntag, den 12.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.

Krakau

Montag, den 13.Juli 1942

9^{25} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Regierungsgebäude.

9^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr.Bühler und Staatssekretär Dr.Boepple.

9^{40} Beginn der Regierungssitzung.

Der Herr Generalgouverneur leitet die Regierungssitzung mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Ich habe Sie nach längerer Zeit wieder zu einer Regierungssitzung zusammen gerufen, um mit Ihnen einige Themen zu erörtern, die zeitgemäß und zeitbedingt sind.

Seit unserer letzten großen Regierungssitzung hat sich nun im wesentlichen das ereignet, was wir erwartet haben. Der gewaltige Angriff im Osten ist, aufs intensivste vorbereitet, losgebraust, und der Krieg hat damit, wie wir alle hoffen dürfen, die entscheidende Schlußphase erreicht. Für das Generalgouvernement ist festzustellen, daß, wie schon zur Vorbereitung des beginnenden und vorauszusehenden Abwehrkampfes gegen die Sowjetunion im Jahre 1941, so auch diesmal für die Vorbereitung der kriegerischen Ereignisse in diesem Sommer das Generalgouvernement im weitesten Umfange herangezogen worden ist. Ich kann auch weiter feststellen, daß den seitens der Wehrmacht an das Generalgouvernement gestellten Anforderungen in jeder Weise hat entsprochen werden können. Die Transport-, Ernährungs-, Unterkunfts-, Bauanforderungen sind einschließlich der finanziellen Anforderungen vom Generalgouvernement vollauf gedeckt worden. So hat also das Generalgouvernement als Staat

wie als Einheit deutscher Energien die Aufgaben erfüllt, deren Erfüllung man von ihm verlangte. Das muß uns mit einer großen Genugtuung erfüllen; denn die Schwierigkeiten, diesen stets steigenden Anforderungen des Reiches zu entsprechen, wachsen leider auch.

Die Lage des Generalgouvernements ist heute so, daß von einer eigenen Wirtschaftspolitik, eigenen Verkehrspolitik, eigenen Ernährungspolitik in diesem Lande selbstverständlich nicht mehr gesprochen werden kann, sondern daß in den wesentlichen und umfangreichsten Voraussetzungen des Binnenlebens dieses Nebenlandes das Reich und seine Bedürfnisse den totalen Vorrang besitzen. Das hat zur Folge, daß bei einem Binnenblick ins Generalgouvernement, bei einer kritischen Würdigung der Binnensituation unseres Landes dieser Gesichtspunkt nicht deutlich genug betont werden kann.

Es ist ganz selbstverständlich: daß, wenn sich etwa die Verkehrslage des Generalgouvernements so entwickelt, daß für die Eigenbedürfnisse unseres Nebenlandes kaum mehr Raum bleibt, wenn sich die Ernährungslage unseres Gebietes und seiner Bevölkerung angesichts der Anforderungen aus Kriegsgründen weiterhin kritisch gestaltet, so muß die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung dafür ablehnen. Die Erfüllung der Reichsobliegenheiten und der Reichsauflagen, die weit über das eigentliche Substanzvermögen dieses Raumes hinausgeht, ist nur möglich, wenn demgegenüber die Eigenbedürfnisse dieses Raumes rücksichtslos reduziert werden. Daraus ergibt sich auch die stete Notwendigkeit, jenen sinnlosen Kritisierereien an dem Binnenzustand im Generalgouvernement seitens aller Regierungsstellen mit

Energie entgegenzutreten, jener Kritik, die ohne Rücksicht auf diesen dauernd betonten Vorrang der Reichsinteressen an Zuständen geübt wird, für die nicht die Regierung des Generalgouvernements die Verantwortung trägt, sondern die eben die notwendige Folge des Reichsvorranges darstellen. Ich werde künftig solche Kritiken - als da sind mangelnde Ernährung der Arbeiter in den Rüstungsindustrien, mangelnde Kohlenversorgung in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, mangelnde Verkehrserfüllung in den verschiedensten Gebieten, mangelnde Unterkunft, mangelnder Wohnraum usw. - mit Keulenschlägen zurückschlagen. Ich denke nicht daran, mir dauernd von Reichsstellen, die keinen Dunst und keine Ahnung von den Dingen haben, Kritik in den Weg schmeißen zu lassen für Folgen, die als zwangsläufig anerkannt werden müssen, weil das Generalgouvernement nicht imstande ist, wirklich das alles aus Eigenem zu leisten, was von ihm verlangt wird, und man daher zu Mehr-Leistungen schreiten muß, die auf Kosten der Binnensubstanz gehen.

Ich möchte das nur am Rande feststellen. Ich glaube, jeder Vernünftige - und es soll ja auch in den Berliner Zentralen noch einige Vernünftige geben - wird auf die Dauer einsehen, daß in einem Gebiet wie diesem nicht ununterbrochen die Auspowerung betrieben werden kann, wie es jetzt geschieht, ohne daß das zu ernsten Folgen führt.

Verglichen mit anderen Gebieten ist die <u>Lage des Generalgouvernements</u> immer noch verhältnismäßig gut: wir stehen sicherheitsmäßig, ernährungsmäßig und auch der Gesamtlage nach immer noch wesentlich besser da als andere Gebiete.] Das darf uns aber nicht beruhigen, weil doch immerhin einige ernste Anlässe

gegeben sind, die eine innere Umwandlung auch in diesem Gebiet erkennen lassen. In einigen Teilen des Generalgouvernements, vor allem in den Distrikten Lublin und Galizien, hat sich angesichts des Eindringens fremder aufrührerischer und die Sicherheit zerstörender Elemente eine merkliche Unruhe gezeigt. Es ist gar kein Zweifel, daß hier die Sicherheitskräfte des Generalgouvernements in einem schweren Abwehrkampf stehen. Es ist meine gern geübte dankbare Pflicht, in diesem Augenblick derer zu gedenken, die aus dem Korps des Sicherheitswesens des Generalgouvernements im Dienste für Führer und Reich das Leben hingegeben haben. Eine ganze Reihe hervorragender tapferer Polizei- und SS-Männer und auch sonstiger Deutscher ist im Kampf mit minderwertigen Subjekten gefallen.

(Die Sitzungsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen).

- Ich danke Ihnen.

Im Mittelpunkt der heutigen Erörterung soll die Verkündung des

Ernteausnahmezustandes

stehen. Es ist ganz klar, daß in diesem schwersten Jahr des Krieges mit allen, aber auch allen Mitteln zur Verfügung der deutschen Dienststellen, also der Regierung des Generalgouvernements hereingebracht werden muß, was nur irgendwie vom Felde weggeholt werden kann. Wir können heuer nicht irgendwie mit normalen Mitteln rechnen, etwa mit dem normalen Ausgleich von Ware und Preis, von Ware und Entgelt, sondern wir müssen unter allen Umständen, notfalls unter Anwendung der härtesten Methoden, dafür sorgen, daß wir unsere Scheunen in einem Zeitraum, in welchem allein es möglich ist, nämlich spätestens bis November dieses Jahres voll bekommen. Wir werden außerordentliche Maßnahmen ergreifen. Ich habe am Sonnabend auf Vorschlag meiner Staatssekretäre eine

13.7.1942

Verordnung über den Ernteausnahmezustand unterzeichnet. Er stellt eine völlige Neuerung in der Verwaltungsgeschichte des Großdeutschen Reiches dar, bedeutet aber, daß heuer auf diesem Gebiete äußerst ernste Maßnahmen zur Anwendung kommen werden. Wir werden vor nichts zurückschrecken, um den Ertrag der Ernte in unserem Sinne sicherzustellen.

Im übrigen darf ich die Erwartung hegen, daß die Ernte einigermaßen erträglich wird. Wir können durchaus damit rechnen, daß wir den Anforderungen, die schon jetzt von allen Seiten an uns herantreten, werden entsprechen können. Eins sei auch deutlich gesagt: ich werde auch diesmal meinem Prinzip treu bleiben und dafür sorgen, daß abgesehen von dem Eigenbedarf des Generalgouvernements, der unter allen Umständen gesichert werden muß, die Wehrmacht dieses Raumes einschließlich der Lazarette und einschließlich der durchziehenden Truppen vom Generalgouvernement ernährt wird. Darüber hinaus wird aber eine weitere Leistung an das Reich selbst wohl kaum möglich sein. Inwieweit wir dieses Programm angesichts der sehr ernsten und täglich ernster werdenden Ernährungssituation und Verkehrslage unseres Landes werden durchhalten können, steht dahin. Sicher ist, daß, bevor die Deutschen im Reich verhungern, die Polen verhungern. Das heißt, daß ich vor nichts zurückschrecken würde, um allenfalls mit den äußersten Mitteln des Generalgouvernements unserer Heimat zu helfen.

[22; In zunehmendem Maße beschäftigt man sich mit dem Benehmen der Deutschen im Lande. Es ist kaum mehr erträglich, wie sehr das Gewinnstreben der hereinströmenden deutschen Menschen zu charakterlichen und anderen Schwierigkeiten führt. Hier wird ein ziemlich radikales Durchgreifen notwendig sein. Diesen Leuten muß nunmehr auch klar gemacht werden, daß die Zeit des Sturmes und Dranges im Generalgouvernement

wie überhaupt im Osten vorbei ist. Sie belieben sich offenbar immer noch an die seligen Zeiten von 1939 und 1940 zu erinnern.

Wir planten ursprünglich die Durchführung einer großen Volkszählung im Generalgouvernement. Sie ist notwendig geworden, damit wir einigermaßen zuverläßige Grundlagen erhalten können. Ich nehme an, daß infolge dieser Ernteausnahmesituation und der damit gehäuften Arbeit der Außenbehörden es erwünscht sein wird, wenn wir den Termin dieser Volkszählung vom 1.Oktober auf den 1.Dezember dieses Jahres verlegen. Wir wollen dann diese große Volkszählung im Generalgouvernement vorbereiten und durchführen, und wir werden damit endlich einmal eine Grundlage für die Fülle der Verwaltungs- und Behördenarbeit erhalten,hinsichtlich deren man bisher mehr oder weniger auf Schätzungen angewiesen war.

Meine Herren, ich wollte Ihnen diesen knappen Überblick geben, Sie sollten aus dieser knappen Fassung meiner Ausführungen vor allem aber auch eines entnehmen: trotz der Schwierigkeiten der Zeitläufe und der ungewöhnlichen Situation, in der wir das Generalgouvernement begründet haben, beginnen sich die verwaltungsmäßigen Einrichtungen ebenso wie die Führungseinrichtungen allmählich einzuspielen. Ich stelle ganz allgemein fest, daß sich die Autorität der Staatsorgane in unserem Gebiet zunehmend gefestigt hat. Auch ist für unsere Einrichtungen in diesem Nebenlande des Großdeutschen Reiches eine wesentliche Autoritätssteigerung feststellbar. Sie bedeutet eine Normalisierung des behördlichen Lebens einerseits, bringt allerdings andererseits auch die große Gefahr mit sich, daß infolge dieser Normalisierung eine immer wieder spürbare Einlahmung der Initiative und anderer Erscheinungen zu beobachten sind. Wir dürfen daher

trotz dieser Normalisierung der Behördenstruktur und des behördlichen Arbeitens nie vergessen lassen, daß wir hier als eine zahlenmäßig ganz kleine Minderheit Millionen fremden Volkstums zu beherrschen haben. Daß dieses Experiment bis jetzt geglückt ist, ist kein Beweis dafür, daß es in alle Zukunft hinein weiter glücken wird. Mit aller Härte und Entschiedenheit muß daher auch von den Herren draußen bei ihren Behörden immer wieder verlangt werden, daß das Verhalten gegenüber dem polnischen und auch den anderen Fremdvölkern sich nicht etwa abschwächt und abweichelt. Wir müssen absolut dafür sorgen, daß dieser Abgrund zwischen Deutschen und Polen aufrechterhalten wird. Es muß daher daran festgehalten werden, daß nur schärfstes Durchgreifen und intensivstes Vertreten des Großdeutschen Machtstandpunktes allein imstande sind, die Autorität der Macht aufrecht zu erhalten. Einige sehr ernste Sabotagefälle der letzten Zeit haben gezeigt, daß es angesichts der Versuche, die immer wieder unternommen werden, unser Land in Unruhe zu bringen, nur mit schwerster Mühe möglich ist, die allgemeine Ordnung grundsätzlich aufrecht zu erhalten. Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Wenn Sie daher in Ihren eigenen Bereichen immer wieder die Erfahrung machen, daß Sie mit den Polen und anderen Fremdvölkern zufrieden sein können, weil sie brav arbeiten, dann vergessen Sie nicht, daß Tag und Nacht in zunehmendem Maße gerade auf das Generalgouvernement stimmungsmäßig ein verzweifelter Angriff beabsichtigt ist, weil ja die Tatsache, daß Hunderttausende von Polen ihre Dienstleistung im Interesse des Deutschen Reiches erfüllen, für die Feindpropaganda eine Belastung darstellt. In diesem Lande eine beständige Unruhe, eine Häufung von Sabotageakten herbeizuführen, ist ja eines der merkbarsten Ziele der Feindpropaganda. Deshalb müssen auch alle Regierungsinstanzen die Bemühungen unserer Sicherheits-

faktoren unterstützen. Es muß durch restloses Durchgreifen dafür gesorgt werden, daß das Minimum an Zahl durch ein Maximum an Energie ausgeglichen wird. Das soll nun nicht bedeuten, daß wir einen brutalen Ausrottungsfeldzug gegen alles beginnen werden, was im Lande polnisch ist. Aber wir müssen es durchsetzen, daß jeder Versuch einer Obstruktion oder einer Sabotage an unserem Gemeinschaftswerk im Keime erstickt wird. Für unsere Wehrmacht, die draußen weit im Osten auf den Nachschub in diesem Lande angewiesen ist, könnte das geradezu tödlich wirken. Es hat sich erwiesen, daß durch einen einzigen Sabotageakt auf einen Zug eine Verspätung des Militärtransports um viele Stunden herbeigeführt wurde. Sie sehen daraus, wie wichtig es ist, daß die Schärfe dieser Aktion unmittelbar und spürbar einsetzt.

Ich erteile nun zunächst dem Hauptabteilungspräsidenten Naumann das Wort zu seinem Referat über den

Ernte-Ausnahmezustand.

Ausführliches Protokoll der Regierungssitzung
s. Beiakten.

15^{30} Ständchen der Chorvereinigung Königshütte im Königssaal.

Der Chor befindet sich unter der Leitung von Studienrat Paul Rodewald auf einer Einsatzfahrt durch das Generalgouvernement. Er bringt vor dem Herrn Generalgouverneur verschiedene Lieder, teilweise mit Instrumentalbegleitung zu Gehör.

13.7.1942

15^{45} Besprechung mit Direktor Dr. Coblitz.

Thema der Besprechung ist das Programm für die Eröffnung der Kunstausstellung:

"Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland".

Direktor Dr. Coblitz überreicht dabei dem Herrn Generalgouverneur die neueste Nummer der Zeitschrift "Burg".

16^{15} Besprechung mit Pressechef Dr. Gassner.

16^{4o} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

X/9

Krakau

Dienstag, den 14. Juli 1942

10^{15} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{20} Der Herr Generalgouverneur empfängt Herrn Richard Schneider-München.

11^{15} Besprechung mit Präsident Dr. Watzke.

Präsident Dr. Watzke übergibt dem Herrn Generalgouverneur das Manuskript der Landeskunde des Generalgouvernements zur Durchsicht. Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, für das Werk ein Vorwort zur Verfügung zu stellen.

Präsident Dr. Watzke macht davon Mitteilung, daß die Möglichkeit bestehe, in Paris den größten Teil des Chopin-Nachlasses für die Staatsbibliothek Krakau zu erwerben. Der Herr Generalgouverneur ist mit dem Erwerb des Nachlasses durch die Regierung des Generalgouvernements einverstanden.

Präsident Dr. Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Sammelband über die Neuerwerbungen der Staatsbibliothek Krakau und die neuesten Nummern verschiedener polnischer Zeitschriften.

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Ostinstitut.

11^{35} Feierliche Eröffnung der Ausstellung:

"Altdeutsche Kunst aus Krakau und dem Karpatenland."

2

14.7.1942

Nach dem Vortrag des Ersten Satzes aus dem Beethoven'schen Streichquartett Opus 18, gespielt vom Sonnleitner-Quartett, begrüßt Direktor Dr. Coblitz den Herrn Generalgouverneur und geht anschließend kurz auf das Wesen und den Zweck der Ausstellung ein.

Darauf ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

IV/9

Als in den blitzenden sonnenstrahlenden Tagen des September 1939 die deutschen Truppen in dieses Gebiet einmarschierten, brachten sie das Bewußtsein mit, daß sie in ein altes deutsches Land zurückkehrten. Über dieses Land war eine ewige Wiederkehr deutscher Einflußwogen hinweggebrandet, die allerdings immer wieder angesichts der Ohnmacht der eigenen deutschen, völkischen Heimat des Mittelalters im Nichts verschwanden. Wie in der Welt die staatlichen Konstruktionen nur Bedingnisse des Glückes einer an sich vorhandenen völkischen Pracht, gleichsam Wege zu einer und derselben Entwicklungsglücksmelodie sind, so war es völlig gleichgültig, wie das deutsche Reich an sich bestellt war oder wie die deutsche Heimat im Laufe der Jahrhunderte organisiert war. Entscheidend war, daß deutsche Menschen und Persönlichkeiten in diesem Raum unvergängliche Dokumente deutscher Leistung und deutschen Vorstoßenwollens gesichert hatten.

Für uns ist es daher klar gewesen, daß von dem ersten Tag unseres Wirkens in diesem Raum an, da wir auf Befehl des Führers dieses größte Nebenland des Großdeutschen Reiches konstruierten, dieses Bewußtwerden der persönlichen Vorleistung großer deutscher Menschen für uns Gesetz unseres Handelns sein sollte. Wir waren zunächst einmal zur Wiederfindung

geschritten. Wir hatten in diesem Raum das gefunden, was deutsche Menschen uns hier vorgearbeitet hatten. Große Namen tauchen hier auf, die weit über diesen Raum hinaus die Annalen der Kunstgeschichte der Welt erfüllen. Veit Stoß, Hans Dürer, Flötner und wie sie alle heißen mögen, haben in diesem Raume großartig und unsterblich gewirkt.

Mit dieser Wiederfindung stießen wir aber von den schon allgemein bekannten Kapiteln der Kunstgeschichte in diesem Raum immer weiter vor. Bis dahin war es unbekanntes Gebiet.

Was wir heute in dieser Ausstellung zusammengetragen finden, sind geradezu erschütternde Dokumente von am Rande gleichsam stehen gebliebenen Werken, die gerade in ihrer schlichten Eindruckskraft dem deutschen Wesen der Zeit, um die es sich handelt, näher und verwandter erscheinen als manche monumentalen Meisterwerke. Hier geht es nicht um Könige und Kaiser, um große reichs- oder weltgeschichtliche Zusammenhänge, sondern um einen Ausklang dessen, was die Welt so wundersam erfüllt hat, des deutschen Gemütes und der deutschen Glaubenskraft.

Diese Wiederfindung alten deutschen bescheidenen Kulturgutes muß uns daher in dieser Feierstunde mit einer ganz besonderen seelischen Ergriffenheit erfüllen. Mit dieser Wiederfindung muß deshalb verbunden sein, eine Wiedererweckung dieser zarten, kaum gehauchten künstlerischen Vorgänge, wie sie sich in diesen Dokumenten einer früheren Periode zeigen. Diese Wiedererweckung soll unsere Aufgabe hier im staatlichen Rahmen sein. Sie soll es uns auch ermöglichen, daß wir uns nicht mit der Wiederfindung

begnügen, nicht etwa mit der historiographischen Feststellung der Tatsache: wir waren hier einmal, hier haben wir einmal gearbeitet, wir wissen darum, daß wir uns damit feierlich begnügen, etwa um einen historischen Anspruch auf die Wiederbesetzung dieses Gebietes zu erlangen. Nein, der Sinn der nationalsozialistischen Kolonisation in diesem Raum soll die Wiedererweckung sein; wir wollen alle die zarten Fäden, die aus dem geschichtlichen Raum bis hierher reichen, wieder anknüpfen. Wir wollen versuchen, ob es uns gelingt, neben dem äußeren Bewußtseinskontakt auch den seelisch-schöpferischen wieder herzustellen, ob es möglich wäre, mit der Wiederfindung und der Wiedererweckung eine Wiedererstehung der schöpferischen Kraft deutschen Menschentums in diesem Raum zu erzielen. Das wäre freilich die Krönung unserer kunstgeschichtlichen Tätigkeit, diese Erweckung der schöpferischen Kraft in diesem Raum.

Und deutsche Menschen sollten gerade an den Dokumenten, wie wir sie heute hier zusammengetragen haben, ihre besondere Anregung finden. Stellen Sie sich vor, unter welchen Notzeiten, unter welchen ungewöhnlichen Verfolgungskampagnen die deutschen Menschen hier Jahrhunderte hindurch gelebt haben. Wir haben dafür die Bilder aus der Zeit von heute, wo ein einsamer deutscher Beamter unter Hunderten und Tausenden von fremdvölkischen leben und arbeiten und wirken muß. Nehmen Sie dazu nun noch eine feindliche, antideutsche Staatsmacht, und dann werden Sie ermessen, wenn Sie etwa in das Gesicht einer dieser Madonnen aus dem Jahre 142o blicken, welch' ungeheurer Glaube, welch' ungeheure Selbstbesonnehheit und welche Besinnung auf das Problem menschlichen Daseins

dazu gehört, um inmitten dieses brandenden Hasses gegen alles Deutsche in ein Stück Holz, in ein Stück Marmor oder in ein Stück Metall die ganze Glaubenskraft des deutschen Gemüts zu lenken. Das war nicht die wohlbehütete Welt von Nürnberg oder Wien oder Straßburg, nicht irgendwie eine selbstverständliche Mitgetragenheit durch die Zeitgenossen, das war hier der trotzige, in sich geschlossene, kraftgestaltete Mut: es ist gleich, was um mich ist, in mir ist Deutschland und über mir ist Gott! Ein Ungeheures in der Kunstgeschichte! Und Sie brauchen nur zu ermessen, welche Kunstwerte allenfalls die Engländer in Räumen zurückzulassen pflegten, in die sie einmal verschlagen waren, um zu begreifen, wie stolz wir darauf sein können, daß die deutsche Kolonisation hier im Osten gerade in diesen künstlerischen Symbolen eine ihrer wertvollsten Leistungen für alle Zeiten niedergelegt hat.

Ich bin glücklich, dem Institut für Deutsche Ostarbeit, insbesondere Ihnen, Direktor Dr. Coblitz, und Ihren Mitarbeitern dafür danken zu können, daß Sie diese Ausstellung vorbereitet haben. Wir wollen bewußt an die Wiedererstehung der deutschen Kunst in diesem Raum glauben. Wir wollen es diesen bescheidenen, schlichten schöpferischen Gestaltern von früher gleich tun, die so groß waren, daß sie mit ihrem Namen anonym hinter das Werk zurücktraten.

Es tut dieser Zeit gut, wenn vor der Größe des Opfers, das die besten Deutschen an der Front oder in der Heimat bringen, wir Menschen immer daran denken, daß die wahre Größe unseres Volkes nicht nur der Wille, sondern die stets ungestillte Sehnsucht ist.

14.7.1942

Im Anschluß an die Eröffnungsfeier hält Prof. Dr. Frey-Breslau einen einführenden Vortrag.

Dann findet ein erster Rundgang durch die Ausstellung statt.

12^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

13^{00} Empfang von Schriftleitern aus der Mark Brandenburg und Studentinnen und Studenten vom Zeitungswissenschaftlichen Institut Wien, die sich auf einer Besichtigungsreise durch das Generalgouvernement befanden, im Königssaal.

13^{45} F r ü h s t ü c k .

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf.)

/9

Krakau

Mittwoch, den 15.7.42

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Generalleutnant Schindler.

Generalleutnant Schindler berichtet dem Herrn Generalgouverneur vom Stand der Rüstungsproduktion im Generalgouvernement:

Die Produktion befinde sich infolge einer tatkräftigen Rationalisierung ständig im Steigen. Bei großen Industrieunternehmungen des Reiches zeige sich das Bestreben, im Generalgouvernement Niederlassungen zu errichten. Die Heinkel- und Opel-Werke planten die Errichtung großer Betriebe. Eine ziemliche Vergrößerung erführen die Hasag-Werke, denen wahrscheinlich das Monopol für die Fabrikation eines neuen Koks-Generators übertragen werde.

In diesem Zusammenhang erklärt der Herr Generalgouverneur, daß der Führer die Verschiebung der Industrialisierungs-Grenze von der Westgrenze des Generalgouvernements an seine Ostgrenze verfügt habe. Die Regierung des Generalgouvernements sei für jedes neue Industriewerk im Raume des Generalgouvernements dankbar.

Generalleutnant Schindler berichtet weiter, daß in Kamienna, Kielce und Tschenstochau sehr viel Infanteriemunition produziert würde, während in Starachowice und in Stalowa-Wola vor allem Flakgeschütze hergestellt würden. Der größte Teil der Pferdefahrzeuge für die Ostfront werde in Kielce und Tschenstochau fabriziert. Zur Zeit sei man mit der Errichtung einer zentralen Munitionsanstalt beschäftigt,

in der die im Reich hergestellte Munition gefüllt werde.

Große Schwierigkeiten bereitete die Transportlage und vor allem der dauernde Wechsel der Arbeitskräfte. Da die Versorgung der Familienangehörigen der Arbeiter mit Lebensmitteln vollkommen unzureichend sei, würden die Arbeiter zum Zwecke der Lebensmittelhamsterung ständig ihre Arbeitsplätze verlassen. Die Rüstungsinspektion sei daher gezwungen, fortlaufend 20 bis 30 % Arbeiter mehr zu beschäftigen, als sie tatsächlich benötige. Zur Behebung dieser Mißstände müßte sich die Regierung des Generalgouvernements entschließen, nur denjenigen Polen und ihren Familienangehörigen, die in deutschen Diensten arbeiteten, Lebensmittelkarten zu verabreichen; den anderen sollten Lebensmittelkarten, Wohnraum, Strom und Heizung usw. entzogen werden.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß diese Regelung versuchsweise bereits in einigen [illegible] Kreisen durchgeführt werde und man eine Ausdehnung auf das ganze Generalgouvernement plane.

Generalleutnant Schindler spricht sich dann dagegen aus, Arbeitskräfte zu verhaften und ins Reich zu transportieren. Durch ein solches Vorgehen werde das Vertrauen der Arbeiterschaft gestört und die hiesige Rüstungsindustrie schwer geschädigt. Im Gegensatz zu den wirklichen Verhältnissen glaube man in Berlin immer noch, daß im Generalgouvernement noch überschüssige Facharbeiter vorhanden seien. Dies

treffe zwar insofern zu, als ein großer Teil (vielleicht 50 %) der Facharbeiter nicht erfaßt werden könne. Diese Arbeiter betätigten sich lieber im Schleichhandel. Wenn es gelänge, durch eine restlose Ernteerfassung den Schleichhandel ziemlich unmöglich zu machen, könne man vielleicht mit einer Erfassung dieser Facharbeiter rechnen. Im Reich fehlten circa 800 ooo Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur erwidert darauf, daß von der Regierung des Generalgouvernements am 1.August ein Ernte-Ausnahmezustand verhängt werde, der die restlose Erfassung aller Lebensmittel durch die deutsche Verwaltung zum Ziele habe. Ein starkes Eindämmen des Schleichhandels werde die Folge sein.

Generalleutnant Schindler berichtet über die Arbeit der Juden in der Rüstung: Zur Zeit beschäftige die Rüstungsinspektion 30 ooo Juden, die in Arbeitslagern zusammengefaßt seien. Fast die gesamten Reparaturen an Uniformen und Stiefeln sowie die Fertigstellung von Pelzen für die Ostfront würden von ihnen geleistet.

Die Produktion laufe im großen und ganzen sehr gut, natürlich seien täglich große Schwierigkeiten zu bewältigen. Ein großes Hindernis bilde z.B. der Umstand, daß Manganerze aus der Slowakei zuerst ins Reich geliefert werden müßten und von dort dann ins Generalgouvernement kämen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Generalleutnant Schindler, solche besonderen Fälle ihm schriftlich mitzuteilen, damit er sich für eine Abstellung einsetzen könne.

15.7.1942

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialdirigent Dr. Emmerich Generaldirektor Dipl.-Ing. Kuchinka (Witkowitz), Generaldirektor Hummelberger (Poldi-Hütte), Generaldirektor Dr. Frhr von Ringhoffer (Tatra), Direktor Hofmann (Starachowice und Ostrowiec), Direktor Dr. Richter (Stalowa-Wola), Dr. Zimmermann und Diplomkaufmann Fischer.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich führt eingangs aus, daß der Besuch der Herren der Eisenindustrie aus dem Protektorat schon längst geplant gewesen sei und daß die von Reichsmarschall Göring angeordnete Neuorganisation der Eisenwirtschaft des Reiches die Reise zum jetzigen Zeitpunkt habe ratsam erscheinen lassen. Man habe gemeinsame Besprechungen darüber geführt, wie die Eisenindustrieen des Generalgouvernements und des Protektorats im Rahmen dieser Neuorganisation den ihnen gebührenden Platz erhalten könnten.

Die vor kurzem ins Leben getretene Reichsvereinigung Eisen habe die Aufgabe, in der Eisenwirtschaft Großdeutschlands und seiner Einflußgebiete die "Leistungssteigerung und Rationalisierung der Erzeugung und des Absatzes" durchzuführen. Leiter sei Kommerzienrat Röchling. Herr Röchling sei gleichfalls zum "Reichsbeauftragten für Eisen und Stahl in den besetzten Gebieten" ernannt worden, wodurch die Zuständigkeit der Reichsvereinigung Eisen auch auf das Generalgouvernement ausgedehnt worden sei. Im Protektorat mit seiner bedeutenden und organisatorisch bisher selbständigen Eisenindustrie bestehe wie im Generalgouvernement das gleiche Interesse daran, daß die Einflußmöglichkeit der beiden Industriegruppen in der zentralen Reichsvereinigung sichergestellt werde.

15.7.1942

Generaldirektor Kuchinka sei sowohl Präsident der "Vereinigung der Eisenwirtschaft des Protektorats" wie Verwaltungsrat-Vorsitzender der Eisenhütten-gemeinschaft Ost des Generalgouvernements. Die Zusammenarbeit zwischen Generalgouvernement und Protektorat auf dem Gebiete der Eisenindustrie habe sich nicht nur durch die betriebliche Verbundenheit, sondern durch die Zusammenarbeit der beiderseitigen Organisationen durchaus bewährt.

Es habe der Wunsch bestanden, daß der Herr Generalgouverneur besonders angesichts der Tatsache, daß das Generalgouvernement ein eigenes Zollgebiet bildet, sich dafür einsetze, daß bei aller Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Reichsvereinigung Eisen eine die besonderen Verhältnisse des Generalgouvernements berücksichtigende Gruppe gebildet werde. Auch die Wünsche des Protektorats gingen in der gleichen Richtung.

Wahrscheinlich werde nach dem neuesten Stand der Entwicklung eine direkte Intervention des Herrn Generalgouverneurs nicht nötig sein. Der jetzige Besuch der Herren aus dem Protektorat werde zu einer ausgedehnten persönlichen Fühlungnahme benutzt.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß man in der Industrialisierung des Generalgouvernements erst am Anfang stehe. Im Gegensatz dazu sei das Protektorat eines der dichtest industrialisierten Gebiete mit einer Fülle von Rohstoffquellen, Produktionsstätten und einer großen Facharbeiterschaft.

Das Generalgouvernement sei nunmehr ein stabiles Gebiet geworden. Seine Lage als Durchgangsland des Reiches nach dem Osten erweise sich immer günstiger.

15.7.1942

Die weitgehende Zerstörung aller Industriestätten im weiteren Osten machte es erforderlich, daß sich das Generalgouvernement zu einer äußerst wichtigen Heimstätte für den großdeutschen Wirtschaftsbereich entwickeln müsse. Er freue sich, wenn diese Entwicklung über den eigentlichen Kriegsbedarf hinaus eine Strukturänderung des Generalgouvernements ermögliche.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich erklärt, daß eine Zusammenarbeit zwischen den Industrieen des Generalgouvernements und des Protektorats von besonderem Vorteil sei, da zwischen den Stammhäusern im Protektorat und den stützungsbedürftigen Betrieben im Generalgouvernement eine rationelle Arbeitsteilung Platz greifen könne. Im früheren Polen sei in den einzelnen Industriebetrieben alles hergestellt worden, und diese Methode könne unmöglich wirtschaftlich sein.

Dipl.Ing. Kuchinka, Generaldirektor der Witkowitzer-Eisenwerke, die die Betriebsführung der Berg- und Hüttenwerke in Starachowice sowie der Ostrowiecer Hochöfen- und Werke-A.G. übernommen haben, erklärt, daß man zur Zeit feststelle, inwieweit man bei Berücksichtigung der derzeitigen Anforderungen die künftige Gestaltung der beiden Werke in Angriff nehmen könne. Nach dem Kriege komme auf dem eisenschaffenden Sektor in den Starachowicer-Werken die Herstellung von Stahl infrage. Eine gewisse Erleichterung liege darin, daß in Starachowice auch jetzt schon Hartmetalle für Werkzeuge erzeugt würden. Als Friedensbeschäftigung sei also eine Fabrikation von Werkzeugen durchaus möglich.

15.7.1942

In den Ostrowiecer-Werken solle auf Grund reicher Überlegungen der eisenschaffende Sektor ebenfalls aufrecht erhalten werden. Nicht unbedingt erforderlich sei, daß Kohle und Erze am Sitz des Unternehmens vorhanden seien. Bei Verhüttung reichhaltiger Erze ergebe sich eine starke Einschränkung des Koksverbrauches. Eine große Rolle werde die Frage spielen, ob man später die Erze von Kriwoj Rog für den polnischen Raum zur Verfügung habe. Der Ausbau der Wasserwege sei dabei besonders wichtig.

Im übrigen könne bei der kommenden friedensmäßigen Fabrikation eine Angleichung mancher Fabrikationszweige der beiden Werke zu den Witkowitzer-Werken als Stammwerk erfolgen. Weiter müsse in Betracht gezogen werden, daß geplant sei, in Südrußland noch einen Teil der dortigen Eisenindustrie bis zu einer gewissen Grenze nach dem Osten wiederaufleben zu lassen. Zur weiteren Verarbeitung der dort erzeugten Halbfabrikate könnten die Betriebe im Generalgouvernement in starkem Maße herangezogen werden.

Die Betreuung der Stalowa-Wola-Werke habe am 1.Oktober 1941 begonnen. Das Werk sei als reines Edelstahlwerk aufgezogen. Man bemühe sich jetzt, die Ausrüstung für die kommende Friedensproduktion zu ergänzen und die Erzeugung zwischen Starachowice und Stalowa-Wola abzustimmen, damit beide Werke nicht einmal die gleiche Fabrikation aufwiesen. Zu diesem Zwecke solle in Stalowa-Wola mehr Elektronstahl erzeugt werden. Abzuwarten sei, ob Stalowa-Wola für eine Ausfuhr konkurrenzfähig werden könne.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich hält dies auf Befragen für durchaus möglich, da nach dem Kriege auf dem Edelstahlgebiet große Engpässe auftraten würden, sodaß das Werk genügend Zeit für eine Rationierung habe.

15.7.1942

Generaldirektor Dr.Frhr von Ringhoffer erklärt, daß er im Generalgouvernement frisch aufbauen müsse, da die Warschauer Fabrik seines Unternehmens vernichtet worden sei. Geplant würden von ihm ein Betrieb zur Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen (insbesondere Pflüge) und der Neuaufbau des Automobilverkaufes bzw. die Errichtung von großen Reparaturwerkstätten.

Der Herr Generalgouverneur äußert stärkstes Interesse an der Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen im Generalgouvernement.

Das wichtigste Problem liege darin, das Verkehrsnetz so auszubauen, daß ein Transport der Rohstoffe ins Generalgouvernement leicht möglich sei. Die Erze in der Lysa-Gora seien für einen Abbau nicht geeignet. Der wesentliche Pluspunkt des Generalgouvernements sei seine günstige Lage. Der Führer denke sich das Generalgouvernement vorerst als Dauereinrichtung und notwendiges Zwischenglied zwischen der Wirtschaftsstruktur des Großdeutschen Reiches und des gewaltigen Ostraumes. Bei ihm, dem Generalgouverneur, und bei allen Regierungsstellen des Generalgouvernements würden alle Industrialisierungspläne die wärmste Unterstützung finden.

Nach dem Kriege müsse das Generalgouvernement zu einer eigengesetzlichen Wirtschaftsform kommen, es könne nicht immer Anhängsel bleiben. Eigene Preise ~~und Löhne~~, die aus vielerlei Gründen über denen des Reiches lägen, könnten innerhalb großer Konzerne ausbalanciert werden. Man könne nicht mit Rohstoffquellen rechnen, aber ungeheure Möglichkeiten böten die Lage des Generalgouvernements und seine Arbeitskräfte.

15.7.1942

Die Rohstoffversorgung der Fabrikationsstellen des Generalgouvernements müsse so eingerichtet werden, daß die beste Nutzung für die Gemeinschaftswirtschaft des Großdeutschen Reiches entstehe. Große Bedeutung falle dem Ausbau der Wasserwege zu.

Generaldirektor Kuchinka ist ebenfalls der Überzeugung, daß ein Wirtschaftsraum seine eigene Struktur und seine Sonderheiten habe. Auch für das Protektorat treffe das zu. Die Industrie des Protektorats habe darauf bestanden, ihre eigenen Verbände weiter behalten zu dürfen; denn nur so könnten die wirtschaftlichen Sonderheiten der Protektoratswirtschaft bewahrt werden. Das gleiche gelte auch für die Wirtschaft des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß es ihm vor allem auf den Erfolg ankomme. Das Deutsche Reich sei ein Weltreich geworden, brauche neue Formen und müsse wirtschaftlich sehr großzügig denken. Zu enger Zentralismus sei nicht gut.

13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl, Distriktsstandortführer Gouverneur Dr.Fischer und SA-Oberführer Peltz Obergruppenführer Mappes, Brigadeführer Orth und Obersturmbannführer Schänzlin im Königssaal.

16^{40} Regierungsrat Braun legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Dienstpflicht in den SA-Wehrbereitschaften
2. einer Verordnung über die Strafordnung in den SA-Wehrbereitschaften
3. einer Fünften Devisen/Verordnung für das Generalgouvernement

vor.

15.7.1942

Der Herr Generalgouverneur will vor Unterzeichnung der ersten beiden Verordnungsentwürfe noch mit Staatssekretär Dr.Bühler, Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz eingehend Besprechungen pflegen. Der Fünfte Devisenverordnungsentwurf für das Generalgouvernement wird von ihm unterzeichnet.

17^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal General der Kavallerie Frhr von Gienanth, die Oberfeldkommandanten Generalleutnant Beuttel, Generalleutnant Moser, Generalleutnant von Höberth und Generalmajor Rossum.

Bei dieser Gelegenheit erklärt der Herr Generalgouverneur,daß im Vordergrund der Arbeit der Regierung des Generalgouvernements die kommende Ernteerfassung stehe. Zur Lagerung des zu erfassenden Getreides benötige die Regierung von der Wehrmacht alle irgendwie frei zu machenden Baracken, da die vorhandenen Lager zu klein seien.

General Frhr von Gienanth sichert dem Herrn Generalgouverneur die geforderten Räume zu. Auf seine Anordnung würden im Generalgouvernement alle verfügbaren Baracken und auch mehrere Hallen auf Eignung zur Lagerung von Getreide untersucht.

17^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Eröffnung der Wehrmachtsausstellung:

"Der Weltkampf gegen Bolschewismus und Plutokratie"

zum Adolf-Hitler-Platz.

17^{35} Der Herr Generalgouverneur trifft in Begleitung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement General der Kavallerie Frhr von Gienanth auf dem Adolf-Hitler Platz ein und schreitet die Front der dort aufgestellten Ehrenformationen des Heeres, der Luftwaffe und

15.7.1942

einer Hundertschaft des Arbeitsbereiches NSDAP Generalgouvernement ab.

Nach dem Präsident Ohlenbusch einleitend Wesen und Zweck der Ausstellung dargelegt, Generalleutnant von Höberth einen Rückblick auf die Heldentaten der deutschen Wehrmacht gegeben und im Auftrage des MiG die militärischen Schaustücke der Ausstellung unter die Obhut der Regierung des Generalgouvernements gestellt hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr General! Meine Herren! Das Generalgouvernement ist stolz darauf, heute auf diesem Platz der alten deutschen Stadt Krakau die Wehrmachts-Ausstellung eröffnen zu können. Ich vollziehe diesen Akt, indem ich den Geist derer in unsere Mitte segnend herbeirufe, die diese Beutestücke mit-errungen haben: es ist das ewige unsterbliche deutsche Soldatentum, das sich nunmehr anschickt, unter der Führung Adolf Hitlers dem deutschen Volk das größte Reich aller Zeiten zu erkämpfen und zu erstreiten und damit für unser deutsches Volk und sein nationalsozialistisches Reich eine Zukunft in Frieden, Freiheit und Ehre sicherzustellen. Daß von diesem Reich nicht etwa nur den Völkern der mit uns verbündeten Nationen, sondern dem gesamten europäischen Kontinent ein neues Erblühen erstehen wird, wissen wir. Die Helden unseres Volkes, die, stets voranleuchtend, die Kampfflagge des Dritten Reiches, des Reiches Adolf Hitlers mit unsterblichem Ruhm umgeben, seien in Dankbarkeit gegrüßt!

Möge von dieser Ausstellung den Deutschen im Generalgouvernement immer wieder das Bewußtsein der Opfer nahe gebracht werden, die für diesen Raum gebracht werden mußten. Der Soldat hat diesen Raum

15.7.1942

unter dem Einsatz seines Lebens erkämpft. Wenn nicht Tausende und Abertausende deutscher Männer bereit gewesen wären, in den flammenden Krieg für die Freiheit auch dieses Raumes zu ziehen, dann wäre heute deutsches Leben in diesem Raum weder in Verwaltung noch im Staat noch in der Wirtschaft noch in der Kultur möglich. Daher muß sich das Leben in diesem Raum dieser soldatischen Voraussetzung, dieses soldatischen Inhalts des deutschen Daseins bewußt bleiben.

Wir haben diesen Dank an den deutschen Soldaten dadurch abzustatten, daß wir dem deutschen Reich hier ein Nebenland aufbauen, in dem auch der einst von der Front zurückkehrende deutsche Frontsoldat eine gesicherte Heimstätte für sein Fortkommen und seinen Fortschritt finden wird. Dafür zu sorgen, sei eine der Dankespflichten der Regierung des Generalgouvernements.

Ich eröffne die Wehrmachts-Ausstellung, indem ich Sie bitte, Ihre Blicke zum allmächtigen Herrgott zu erheben: Möge er unseren Führer Adolf Hitler in seinen Schutz nehmen! Der Führer und oberste Befehlshaber der deutschen Wehrmacht Adolf Hitler Sieg-Heil!

Anschließend findet ein Rundgang des Herrn Generalgouverneurs und der Ehrengäste durch die Ausstellung statt.

18^{15} Der Herr Generalgouverneur nimmt an einem Tee in den Räumen des Propagandaklubs, Johannisgasse 1 teil.

18^{40} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

Kressendorf

Donnerstag, den 16.7.1942

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia im Salonwagen nach M ü n c h e n .

Donnerstag, den 16.Juli 1942

bis

Sonnabend, den 25.Juli 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

In dieser Zeit hält der Herr Generalgouverneur am 20. Juli an der Universität München einen Vortrag über das Thema:

"Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft"

und am 21.Juli in der Universität zu Heidelberg einen Vortrag über das Thema:

"Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung."

Rede des Generalgouverneurs, Reichsministers

Dr. F r a n k

am 20.Juli 1942

im Großen Hörsaal der Universität München über

das Thema:

"Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft."

Magnifizenz! Volksgenossinnen und Volksgenossen! Kameraden! Ich komme von einer stolzen Burg im Osten, dem Dienstsitz des Generalgouverneurs zu Krakau. Dort ist das kriegerische Geschehen unmittelbar spürbar, das durch den Sieg der Wehrmacht Adolf Hitlers einem neuen Europa die Bahnen bereitet. Es ist kein Zweifel, daß dieser Krieg im Osten, in den das deutsche Volk schicksalsbewußt eingetreten ist, nicht nur die Entscheidung für die Größe unseres Volkes und seine endgültige Entwicklung bringt, sondern darüber hinaus für die gesamte europäische Kultur von schicksalhafter Bedeutung sein wird. Man darf diesen Krieg im Osten nicht als vergleichbar ansehen mit kriegerischen Ereignissen früherer Jahrhunderte. Dieser kühne Versuch, die Drohung aus dem Osten für alle Zukunft abzuwenden, ist schlechterdings einmalig. Wir, die wir seit 1939 als unmittelbare Nachbarn in die Fratze des Bolschewismus gesehen haben, wir konnten ermessen, welch' todbringende Gefahr durch das bolschewistische Blut- und Gewaltsystem für unsere gesamte europäische Kultur aufstieg. Das Heldenringen des deutschen Soldaten unseres nationalsozialistischen Reiches ist daher einer der größten Kulturbeiträge des deutschen Volkes im Dienste Europas. Und es ist vielleicht eines der charakteristischen Merkmale dieses Ringens im Osten, daß die bedeutsamste Kulturnation, die aus der Antike herüber die grandiosen Leistungen und Methoden des imperialen Reichsdenkens Roms im Faschismus erneuerte, Seite an Seite mit unserer Wehrmacht die italienische Wehrmacht Mussolinis in den Kampf für Europa gegen Osten entsandt hat.

Jetzt, da wir vor der Errichtung des größten Reiches der deutschen Nation und vor der Neuordnung Europas stehen, ist es notwendig, daß die Gedanken ihre schöpferische Ausprägung erhalten, die berufen sind, den Inhalt dieses Reiches ideell und organisatorisch festzulegen. Mit der Verantwortung, die das

20.Juli 1942

Deutsche Reich als größter Machtblock des werdenden Europa zu tragen hat, ersteht eine europäische Kulturaufgabe, die darin liegt, nicht nur das zu retten, was Europas kulturelle Sendung bedeutete, sondern neues Wachstum aus den mit frischem Lebenssaft erfüllten Wurzeln eines neuen Europas zu ermöglichen. Ich freue mich, daß ich hier als einer der Träger der großen Ostaufgaben sprechen kann. Wir haben in den Osten Ordnung und Klarheit der Entwicklung gebracht und allen verleumderischen Entstellungen der Feindseite gegenüber stelle ich fest, daß das mir vom Führer anvertraute polnische Volk des Generalgouvernements noch nie so klar, sachlich und auch vorteilhaft regiert wurde, wie das unter der deutschen Führung geschieht.

Die große geistige Sendung, die das deutsche Volk zu erfüllen hat, muß vom ganzen Volke erfaßt werden. Ich darf mich hier in diesem Raume mit Stolz zum Akademikertum des deutschen Volkes rechnen, das seine Blutopfer genau so gebracht hat und bringt wie alle anderen Schichten unseres Volkes.

(Lebhafter Beifall)

Ich muß mich im Zusammenhang mit dem Thema des heutigen Abends weiterhin mit Nachdruck gegen eine wesentlich übersteigerte, manchmal völlig unverständliche Kritik am Wirken und an der Arbeit des Juristen wenden, wie sie sich bedauerlicherweise bemerkbar gemacht hat. Ich bin stolz darauf. in diesem Hörsaal, in dem so große Lehrer der Rechtswissenschaft das Wissen um das Recht uns jungen Studenten vermittelt haben, mich auch als Jurist bekennen zu dürfen, weil bei der Schaffung der neuen Gemeinschaft der europäischen Völker dem Rechte und der Rechtsidee

in der Gestaltung des volksgenössischen Daseins und in der Gestaltung der Beziehungen der einzelnen Volkstümer Europas untereinander eine maßgebliche Bedeutung zukommen wird.

Der Führer hat in einer seiner letzten Reden begeistert von jenem Licht gesprochen, das durch die Jahrtausende von der Akropolis in Athen herüberstrahlt in unsere Zeit. Dieses Licht der Antike hat Europa das Bewußtsein der Bedeutung der schöpferischen Persönlichkeit gegeben, dieser schöpferischen Persönlichkeit als Ausdruck der jeweiligen Kulmination von Kräften, die aus dem rassischen Urgrund eines Volkstums aufstiegen. Gegenüber dem Massenterror des Bolschewismus der schöpferischen Persönlichkeit ihre Wirkungsmöglichkeit zum Vorteil einer höheren Entwicklung der Kultur, die mit dem Namen Europa verbunden ist, sicherzustellen, das ist die Aufgabe des Rechtes, das ja nicht vergewaltigt, das nicht der Unterdrückung dient, sondern das ein lebensförderndes Element innerhalb der Gemeinschaft sein will.

Wenn wir von dem Rechte als Grundlage der Volksgemeinschaft heute sprechen, sind gerade wir als Juristen, als Rechtswahrer uns darüber klar, daß dieses Recht in seiner ausgeschliffenen Formalität nicht bis zur letzten Exaktheit aufrechterhalten werden kann im Augenblick eines schicksalshaften Ringens um die Gesamtexistenz eines Volkes. Das berühmte Wort, wonach Gesetze und Rechtsordnung während des Waffenganges schweigen, gilt sicherlich auch für unsere Zeit, in der eine gewisse Einschränkung der Persönlichkeitssphäre des einzelnen zum Vorteil des Ganzen notwendig ist. Es ist selbstverständlich, daß sie in einem Kriege hingenommen werden muß und auch hingenommen wird, auch wenn sie das Gesamtdasein des einzelnen im weitesten Umfang berührt. Des weiteren ist klar, daß die

20.7.1942

Rechtsarbeit im Kriege bestimmt ist durch den Vorrang jener rechtlichen Maßnahmen, die die stärkste Sicherung vor Hochverrat, Landesverrat usw. zum Ziele haben. Selbstverständlich ist weiterhin, daß darüber hinaus die Rechtsordnung im Kriege vor allem zu dienen hat der Sicherung des Kriegsbedarfes an sich, der Sicherung des soldatischen Daseins in jeder Form. Darüber brauche ich heute nicht zu sprechen, denn über diese Selbstverständlichkeiten sind wir uns alle klar. Auch daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, zeigt sich nirgends gewaltiger und eindrucksvoller als im Kriege. Das Volk nimmt alle die daraus sich als notwendig ergebenden Einschränkungen in mustergültiger Disziplin auf sich, ganz besonders im Hinblick darauf, daß der Führer selbst jedes Opfer mitbringt. Es gibt niemand im deutschen Volke, der nicht den Ernst der Stunde begriffen hätte und der nicht ermessen könnte, daß dieser Krieg mit dem Sieg Deutschlands enden wird, weil jede andere Möglichkeit die Vernichtung unserer völkischen Existenz bedeutete.

Nach diesen Feststellungen ist es nunmehr meine Aufgabe - und ich bin vielleicht als Nationalsozialist, als Reichsleiter und alter Mitkämpfer des Führers als Einziger in der Lage, mich dieser Aufgabe zu unterziehen -, zu der Kritik Stellung zu nehmen, die in allmählich unerträglich werdender Form am Recht, an den Richtern, an den Rechtsanwälten und an sonstigen Rechtswahrern geübt wird und die oft jedes erträgliche Maß übersteigt.

(Stürmischer Beifall)

Das Recht ist der Inhalt der Volksgemeinschaft schlechthin. Die Volksgemeinschaft kann man nicht anders als auf dem Wege des Rechtes erfassen. Es gibt keine andere Form. Wenn man in der germanischen-ari-

schen

20.7.1942

Staatsidee denkt - wie wir Nationalsozialisten das ja tun-, dann muß man umso mehr im Rechte ein heiliges Gemeinschaftsgut sehen und darf nie vergessen, daß der Sinn des Germanentums darin lag, der asiatischen Barbarei und Willkür wie das Licht der Finsternis gegenüberzutreten. Man soll daher auch wissen, daß, wenn man das Recht als Inhalt der Volksgemeinschaft leugnet, man die Volksgemeinschaft selbst leugnet. Selbstverständlich wissen gerade auch wir, daß die Rechtspraxis manchmal auch kritikwürdige Erscheinungen hervorbringt. Es ist selbstverständlich, daß es schlechte Gesetze gibt, daß nicht jeder Richter seiner Aufgabe gewachsen ist und daß sich unwürdige Elemente im Rechtsstande da und dort zeigen. Der Führer selbst hat Gelegenheit genommen, manchmal seiner ernsten Kritik Ausdruck zu verleihen. Aber es ist unmöglich, von Volksgemeinschaft zu sprechen, die Diener des Rechtes aber aus dieser Volksgemeinschaf als ausgeschlossen zu betrachten und mitten im Kriege mit Schmutz zu bewerfen.

(Lebhafter Beifall)

Der Führer hat mir die Aufgaben des Reichsleiters des Reichsrechtsamtes und des Führers des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes übertragen, und es ist daher meine Pflicht, es als der deutschen Volksgemeinschaft abträgig zu erklären, wenn im "Schwarzen Korps" Rechtsanwälte als Kloakentierchen bezeichnet werden.

(Stürmischer Beifall)

Das Recht hat die Substanzwerte unseres Volkes zu sichern. Es sind dies die Rasse, der Boden, die Arbeit, der Staat und die Ehre unseres Volkes. Nach diesen Gesichtspunkten hat sich die nationalsozialistische Reichsgesetzgebung Adolf Hitlers zu dem bisher

monumentalsten Gesetzgebungswerk der Geschichte emporentwickelt. Sie ist der Ausgangspunkt einer Ordnung geworden, die zum mindesten so mustergültig und in die Zukunft weisend ist, wie das irgendeine revolutionäre Ordnung früherer Jahrhunderte war. Die Sicherung der Autorität der Staatsführung in unserer Rechtsordnung ist vollkommen. Das nationalsozialistische Rechtsdenken sieht ähnlich wie der Faschismus in der obersten Staatsführung einen mit absoluter schicksalshafter Vorbedeutung begabten Gemeinschaftsdienst. Zu diesem Dienst am Volke und am Einzelnen hat sich die nationalsozialistische Reichsführung von Anfang an bereiterklärt. Wenn man auf die zehn Jahre der Regierung Adolf Hitlers nunmehr zurückblickt, so ist festzustellen, daß die Forderung, dem Reiche zu geben , was des Reiches ist, als in vollem Umfange geglückt bezeichnet werden muß, und zwar auf den beiden Gebieten, sowohl dem der Substanzwertsicherung, wie dem der Autoritätssicherung.

Um ein so gigantisches Gesetzgebungswerk in die Tatsachen/welt überzuführen, genügt es aber nicht, daß grundlegende Gesetze, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen irgendwo in einem Gesetz- und Verordnungsblatt schwarz auf weiß stehen, sondern dazu ist eben notwendig ein klargefügter Dienst am Recht. Es ist unmöglich, von irgend jemand zu verlangen, daß die Technik des Staates keinerlei fachlicher Vorbildung bedürfe und daß es ohne weiteres ausreicht, ein guter Redner zu sein, um zugleich einen fabelhaften Verwaltungspraktiker darstellen zu können. Daß das ein Irrtum ist, muß festgestellt werden nicht im Interesse des Rechtsstandes oder der Rechtswahrer, sondern im Interesse des Reiches. Gewiß, das Recht ist älter als die Juristen. Aber die Gesundheit ist auch älter als die Ärzte. Gewiß gab es einmal eine

20.7.1942

Zeit, in der Recht geübt wurde - sagen wir einmal recht und schlecht -, bevor es Juristen gab. Man kann gewiß auch sagen: es wäre vielmehr Recht auf der Welt, wenn es weniger Juristen gäbe. Das alles ändert aber nichts daran, daß jeder, der nicht als Rechtsfachmann geschult ist, vor dem Reichsgesetzblatt hilflos ist.

(Heiterkeit)

Alle kritischen Betrachtungen ändern nichts daran, daß auch die Technik des Staates nach dem Fachmann ruft. Freilich ist das Nichtfunktionieren eines Maschinenaggregats leichter feststellbar als das Nichtfunktionieren der Technik des Staates. Eine Lokomotive, die unfachgemäß betreut wird, bleibt stehen. Der Staat aber schleppt sich leider auch dann noch fort, wenn er unfachmännisch betreut wird. Immerhin ist man zur Erkenntnis gekommen, daß angesichts des immer komplizierter werdenden Lebens die Betreuung der Gemeinschaftsordnung einen fachlich gebildeten Beruf braucht. Wer den Dienst am Recht als Spezialaufgabe innerhalb der Volksgemeinschaft beseitigen wollte, der müßte zuerst die normative, formale Gesetzgebung beseitigen. Man müßte zu dem mit der Glocke ausgestatteten Dorfausrufer zurückkehren. Es ist sehr schwierig, jemand diese Dinge klarzumachen, der von Rechtsbegriffen oder vom Dienst am Rechte keine Ahnung hat und von dieser Art Betätigung in der Volksgemeinschaft überhaupt nichts wissen will.

Demgegenüber können wir nur sagen: das Recht enthält eine der entscheidendsten germanischen Kultursendungen, die es gibt. Ohne Recht keine Gemeinschaft! Wenn es aber das Recht in diesem Sinne geben soll, muß es auch den Betreuer dieses Rechtes geben, und zwar den geschulten Betreuer. Und dann muß es auch den geben, der den Gesetzgeber bei seinen Formulierungen unterstützt und darüber hinaus

jene Männer des Rechtes, die den Willen des Gesetzgebers, der mit 80 Millionen rechnen muß, übertragen in die Schicksalsgestaltung des einzelnen Volksgenossen.

Sie wissen, daß ein großer Kampf geht um die so viel erörterte Unabhängigkeit des Richters. Man hört oft die Meinung, daß die Unabhängigkeit des Richters etwas wäre, was der autoritären Staatsführung unseres Reiches widerspricht. Ich bin der Auffassung - und ich beweise es,- daß die Unabhängigkeit, wie wir sie verstehen und wie sie auch vernünftig verstanden werden muß, dem Richter als ein Wesenselement beigegeben ist, soll er überhaupt Richter sein.

(Stürmischer Beifall)

Der Gesetzgeber äußert seinen gesetzgeberischen Willen aus den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des ganzen Volkes. Das Schicksal der völkischen Gemeinschaft ist dem Gesetzgeber wichtiger als das Schicksal des Einzelnen. Aber der Kleine im Volke, auf dem die gesamte Last der Gemeinschaft ruht, kann sich in sein Schicksal nur finden, wenn er glaubt, daß ihm Gerechtigkeit wird. Wenn man dem kleinen Mann im Volke den unabhängigen Richter nimmt, dann macht man ihn schutzlos.

(Lebhafter Beifall)

Unabhängig ist der Richter nicht von dem Willen des Gesetzgebers, er ist nur unabhängig davon, daß in der Entscheidung der Angelegenheit des einzelnen Volksgenossen Gesichtspunkte vorherrschend werden, die nicht aus diesem Einzelfall geboren sind. Der Richter ist unabhängig, kann man sagen, von jedem, der eben in diesem Falle nicht Richter ist. Von jedem muß der Richter unabhängig sein, der in diesem Einzelfalle eines Volksgenossen etwas anderes vertritt als die allgemeine Norm, die für 80 Millionen gilt, und die der Richter zu Grunde zu legen hat. Diese Unabhängigkeit des Richters ist eines der ältesten germanischen

Kulturgüter. Für sie einzutreten ist nicht demokratisch-liberalistisch-parlamentarisch-jüdische dekadente Reaktion oder Derartiges, sondern das Eintreten für diese Unabhängigkeit des Richters ist so germanisch, wie nur irgendetwas sein kann.

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen sie als Inbegriff unserer Gemeinschaftsordnung ansehen. Die Autorität des Reiches, verkörpert in der schicksalshaften Figur des Führers, ist völlig unberührbar durch das Einzelschicksal. Es ist nicht möglich, daß ein Richter eine Gefahr für das Reich sein kann. Es ist nicht möglich, daß Unabhängigkeit des Richters in der Entscheidung des Falles eines Volksgenossen das Reich gefährdet. Sie ist nur eine Gefahr für diejenigen, die auf dem Boden des Reiches vielleicht etwas anderes wollen als das Recht. Deshalb muß ich mich als Führer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes im Rahmen der mir vom Führer gegebenen Vollmacht dagegen verwahren, daß man die Männer und Träger des Rechtes etwa als geringwertigere Volksgenossen ansehen will wie alle anderen. Die Rechtsanwälte sind ein würdiger und wichtiger Beruf. Auch sie sind nicht Trabanten des liberalistisch-demokratischen Systems. Sie tragen in sich eine der heiligsten Ideen der völkischen Gemeinschaft, nämlich die, daß immer auch der andere Teil gehört werden soll, daß niemand verurteilt werden soll, der nicht gehört wurde, zu dem, was man ihm vorwirft. Er soll dem Volksgenossen machtvolle Hilfe sein im Ringen um sein Recht. Dieser Rechtsanwalt ist kein Kloakentier, er wühlt nicht in Schmutz und Unrat, er ist eine der wichtigsten Gemeinschaftsfiguren unseres Volkes. Wir können geradezu die Kulturhöhe eines Reiches und Staates daran messen, welchen Rang und welches Ansehen Richter und Staatsanwälte innerhalb einer Gemeinschaft genießen.

(Stürmischer Beifall)

20.7.1942

Daß es größte Bedeutung hat, die Rechtsfindungsmethode sicherzustellen, ist klar. Denn die persönlichen Repräsentanten der Rechtsfindung können mit menschlichen Fehlern begabt sein, es können ihnen vielleicht Irrtümer unterlaufen, wie das allgemein menschlich sein soll.

Die Autorität des Reiches, die Autorität des Führers wird die Gerichtsbarkeit in Schutz nehmen. Es wird möglich sein, unsere völkische Gemeinschaft dadurch zu sichern, daß der Volksgenosse nur dann verurteilt wird, wenn er im Rahmen eines vorgeordneten Verfahrens seinen Richter gefunden hat. Viele haben mir, als ich diese Ideen immer wieder vertrat, früher gesagt: was wollen Sie? Die Richter sind schlecht, sie sind alte Männer, die sind nicht sehr tapfer, sie sitzen da und zittern; das Leben aber ist frisch und klar und gerade. Da kann ich sagen: die Richter sind Volksgenossen, es gibt unter ihnen Männer verschiedenen Charakters, wie in allen Berufen. Aber ich selber habe in über 2400 Prozessen, die ich im Dienste der Bewegung in der Kampfzeit persönlich geführt habe, im ganzen deutschen Reich keinen Richter gefunden, der das Recht gebeugt hat.

(Stürmischer Beifall)

Es ist notwendig, daß das gerade von mir als dem auf diesem Gebiet berufensten Nationalsozialisten einmal so vieler negativen Kritik gegenüber festgestellt wird. Es gab viele, die früher sagten: paßt denn das noch in das 20.Jahrhundert? Da sitzen oben am Gerichtstisch so einige Männer in merkwürdiger Tracht, davor steht als Unglückswurm der Volksgenosse. Vor ihm erhebt sich feierlich der Staatsanwalt, und neben ihm steht der Rechtsanwalt - gibt es nicht eine direktere Methode, um das Ergebnis herbeizuführen? - Ja, die direkte Methode ist, daß man den Richter, den Staatsanwalt und den Verteidiger ausschaltet und die

20.7.1942

Staatsexekutive direkt auf den Einzelnen losläßt mit der Wirkung, daß der Mann, den man auf diese Weise etwa um seine Freiheit brachte, nicht vor der Öffentlichkeit als Schuldiger überführt ist; das hat die weitere Wirkung, daß sich dann in weiten Kreisen die Meinung bildet, es wäre noch besser, wenn selbst ein schlechter Richter da wäre, der wenigstens auch als schlechter Richter Gelegenheit gibt, daß der Angeklagte gehört wird. Das ist aber das Entscheidende, daß das Vorgehen der Staatsexekutive, ein rein polizeiliches oder sonstiges Vorgehen, als unterhalb des richterlichen Verfahrens stehend angesehen wird.

Ich glaube, wir alle könnten es schaffen, daß das Reich Adolf Hitlers die Richter bekommt, die in seinem Dienste alles das erfüllen werden, was als Staatsschutz notwendig ist. Als ich im Jahre 1939 auf dem Tag des Deutschen Rechts in Leipzig sprach und dort diese Grundsätze vor vielen Tausenden darlegte, gab es manchen, der sagte: die direkte Methode ist doch die bessere. Heute bekomme ich unterbrochen Zuschriften aus den Kreisen der Rechtswahrer und vor allem aus den Kreisen unserer Parteigenossen mit dem Inhalte: es ist doch vielleicht richtiger, wenn man es so macht, wie Sie das vorgeschlagen haben. Das Rechtsgefühl und das Interesse an der Rechtssicherheit sind die Grundlage des Interesses, das die Volksgenossen an der Gemeinschaft nehmen. Daher halten sie den Dienst am Recht, der durch die Rechtswahrer als Richter, Rechtsanwalt, Rechtspfleger, Notar usw./ - geübt wird mögen sie aus der Fülle von Irrtümern menschlicher Art noch so sehr der Kritik unterstellt werden - immer noch für besser wie jede Form des Polizeistaats.

(Stürmischer Beifall)

Und ich habe diesen Rechtsdienst im Namen der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, gestützt auf Punkt 19 des Parteiprogramms, der das deutsche

20.7.1942

Gemeinrecht dem deutschen Volke zusichert, zu vertreten.

Auch im Kriege ist das Postulat einer Rechtskultur für die Entwicklung unserer völkischen Ordnung wichtig. Der Führer selbst hat mir vor kurzer Zeit persönlich gesagt, daß weitaus die Mehrzahl aller deutschen Richter ihre Pflicht getreu erfüllt. Wenn dieser Krieg beendet sein wird, der den Führer mit so ungeheuren Aufgaben belastet, daß man sich davon keine Vorstellung machen kann, dann wird das Postulat der Rechtskultur eine deutlichere Ausprägung erlangen, als das in der Notzeit des Krieges geschehen kann. Aber wichtig ist, daß es im Kriege nicht erlischt, daß nicht ein Schaden entsteht durch sinnlose Kritik an Rechtseinrichtungen und Persönlichkeiten der Rechtsarbeit in unserem Reich. Es darf nicht den Anschein bekommen, als ob das Recht in unserem Reiche schutzlos werden sollte. Das Recht ist der persönliche Schutz unseres Volkes. Ich muß immer wieder daran erinnern, daß die Millionen Männer im feldgrauen Rock in ihrer Militärgerichtsbarkeit einen ausgeprägten Persönlichkeitsschutz besitzen. Kein Soldat verliert im strafrechtlichen Sinne Ehre, Leben oder Freiheit ohne Richterspruch. Das muß auch für das Volk gelten.

Der Führer selber hat sich zum obersten Gerichtsherrn des Reiches wiederholt bestätigt und damit gesagt, daß er die richterliche Funktion so höchstwertig ansieht, daß sie in Personalunion ausgeübt wird von dem obersten Gestalter unseres Schicksals. Das sei ein Appell an alle unsere Richter, sich am Führer als obersten Gerichtsherrn auch ein Vorbild zu nehmen. Wir, die wir so stolz sind auf unsere Rechtsaufgabe, sollen auch dafür sorgen, daß die Richter und alle anderen Rechtswahrer in ihrem Wirken immer mehr dem entsprechen, was das Reich Adolf Hitlers verlangt.

20.7.1942

Es ist selbstverständlich, daß manches, was ich hier ausführe, bei Ihnen den Eindruck erweckt, als ob es ein Zukunftsprogramm wäre. Denn die Wirklichkeit spricht leider oft eine andere Sprache. Ich selber würde jetzt auch viel lieber meine Aufgabe im Osten allein erfüllen. Aber ich muß doch aus vielen mir zugebrachten Erlebnissen und Tatbeständen schließen, daß manches große Wort des Führers falsch verstanden wird und daß es sogar Parteigenossen gibt, die glauben, es sei nun an der Zeit, mit diesem mittelalterlichen Kram der Justiz völlig sozusagen zu brechen. Es soll das auch in den Gerichtssälen selbst in Erscheinung treten. Es sollte das nicht sein! Denn die Partei hat in Punkt 19 ihres Programms die Verpflichtung übernommen, dem deutschen Volk ein deutsches Gemeinrecht zu geben, und es ist daher klar, daß da, wo ein Richter - angetan mit den Hoheitszeichen des Reiches - im Namen des deutschen Volkes Recht spricht, die Weihe der ältesten sittlichen Tradition unseres Volkes gewahrt zu bleiben hat.

(Lebhafter Beifall)

Gerade wir als Nationalsozialisten wissen, wie schwer alles das in der Tat durchzuhalten ist. Aber ich werde mit der letzten Kraft mich dafür einsetzen, daß der Punkt 19 des Parteiprogramms genau so Bedeutung hat wie alle anderen Punkte dieses Parteiprogramms. Ich rufe daher alle Rechtswahrer im Deutschen Reich auf, nicht müde zu werden, nicht den Mut und die Kraft zu verlieren, sondern sich jedermann gegenüber mutvoll durchzusetzen, wenn sie ihre hohe Funktion üben.

(Starker Beifall)

Wir werden den Kampf um die Verwirklichung der nationalsozialistischen Rechtsidee auf den Fundamenten der

der geschichtlichen Bezogenheit unserer Bildung, unserer Gesetzestradition und vor allem der Gerechtigkeitssehnsucht unseres Volkes durchführen. Denn wenn auch die Juristen erst vierhundert Jahre in Deutschland sind, - das deutsche Rechtsgefühl ist so alt wie das deutsche Volk selbst, und dieses Rechtsgefühl ist das, was der einzelne Volksgenosse mitbringt, wenn er sich mit den Dingen des Rechtes beschäftigt. Es ist nicht die Gewalt allein, die den Staat stark macht. Brutalität aber ist niemals mit Stärke identisc DieBrutalität ist der Ausdruck der übersteigerten Gewalt. Wir wissen, daß das bolschewistische System die Brutalität als Grundsatz eingeführt hat. Ich sage: stark ist nur, wer das Recht nicht fürchtet. Stark ist vor allem der, der nicht völlig die Menschlichkeit als unvereinbar mit dem Staatswirken bezeichnet. Die Menschlichkeit ist auch eine der Methoden des Rechtes. Verständnis für den Kleinen im Volke, für seine Nöte, für die vielfachen Fährnisse seiner Existenz, soll und kann und wird auch Inhalt nationalsozialistischen Staatshandelns sein. Mit dieser Menschlichkeit ist auch vereinbar die Methode, daß nun nicht auf alles und jedes nur noch die Todesstrafe angewandt wird.

(Lebhafter Beifall)

Es ist eine der schönsten Kultursendungen der Rechtstradition gewesen, die feinen und wichtigen Unterschiede zu machen, die dieses oder jenes Handeln für die Volksgemeinschaft an Gefährdung in sich birgt. Man entwertet aber die Höchststrafen, wenn man nur sie immer anwendet, und das ist nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Volksgemeinschaft. Deswegen setze ich mich, wo immer es irgend geht, dafür ein, daß mindestens in weitem Umfange von Gnadenerweisen

Gebrauch gemacht wird. Auf keinen Fall darf es dahin kommen, daß ein Urteil von vornherein dann anerkannt wird, wenn es die Todesstrafe ausspricht, der Kritik aber dann unterliegt, wenn das nicht geschieht. Wir müssen die Erkenntnis gewinnen, daß jede Zeit ihre Aufgabe zu erfüllen hat, daß sie aber auch nur ein Teil der Ewigkeit eines Volkes ist und daß daher nicht aus einer Zeit heraus ein Samen aufgehen darf, der die Hoffnungen der Zukunft zunichte machen würde. Daher haben wir denen, die ununterbrochen nur Kritik an den Männern des Rechtes üben und die in einer wirklich dieser Kriegszeit nicht entsprechenden Weise unseren Stand herabzureißen suchen, mit Ernst und Nachdruck entgegenzutreten und sie zu fragen: Glaubt ihr nicht, daß 80 Millionen Deutsche in der Rechtsordnung das Fundament des Glückes unseres Volkes erblicken?

Wir sind dankbar für jede Kritik am Recht. Wir üben sie selbst. Wir sind dankbar für sachliche Kritik an einem Urteil, und wir üben sie selbst. Wir sind aber nunmehr auch entschlossen, nicht weiter Schmutzkübel über uns ausleeren zu lassen.

(Stürmischer Beifall)

Die Rechtswahrer erfüllen ihre Pflicht in der Heimat und an der Front, wie alle anderen Volksgenossen auch. Was soll die Witwe eines gefallenen Rechtsanwalts denken, wenn sie lesen muß, daß ihr Mann ein Kloakentier war? Man soll sich nicht täuschen, der Nationalsozialismus Adolf Hitlers lebt und das Bild des Führers ist der Sonne zugewandt und wir, die ältesten Kämpfer in seinem Dienst, wir bitten ihn: Führer, schütze auch den Rechtswahrer!

20.7.1942

Ich habe hier gegenüber der Universität ein Haus gebaut. Dieses Haus des Deutschen Rechts habe ich bestimmt einer Idee, der Rechtsidee. Ich habe bei der Einweihung dieses Hauses als Aufgabe gestellt, das Volksgesetzbuch der deutschen Nation zu schaffen. Unendliche Arbeit wird daran geleistet, um das gesamte Ideengut dieses Jahrhunderts in unserer völkischen Rechtsordnung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe dieses Haus auch errichtet als Gedenkstätte für meinen alten Kampfgenossen Theodor Vonderpfordten, der im November 1923 in den Reihen des Führers fiel. Er hat mir wenige Tage vor seinem Tod in einer ernsten Aussprache das Vermächtnis mitgegeben, ohne Ansehung der Person und ohne Rücksicht auf irgendetwas mein Leben einzusetzen und die Aufgabe meines Lebens zu identifizieren mit der Rechtsidee.

Tausende von Jahren ziehen durch unser Volksbewußtsein. Es waren uns immer wieder Höhen der Geschichte beschieden, auf denen die Tiefen folgten, aus denen dann wieder der Aufstieg begann. Eines aber blieb immer gleich strahlend: der lautere Sinn unseres Volkes, der Glaube an eine höhere Sendung des Daseins und an das unzerstörbare Recht unseres Volkes.

(Stürmischer Beifall).

IV/9 Heidelberg

Dienstag, den 21.Juli 1942

13^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Heidelberg, Hotel Europäischer Hof.

19^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Neuen Universität.

19^{35} Vortrag des Herrn Generalgouverneurs Reichsministers Dr. Frank in der Aula der Neuen Universität über das Thema:

Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung.

Da bereits vor Beginn des Vortrages die Aula überfüllt ist, wird der Vortrag auch noch auf einen anderen Hörsaal durch Lautsprecher übertragen.

Der Rektor der Universität Heidelberg, Staatsminister, SS-Brigadeführer Professor Dr. Schmidthenner leitet den Vortragsabend mit folgenden Worten ein:

Herr Reichsminister! Reichsleiter! Kameraden der Universität! Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen! Die Universität Heidelberg hat die Ehre, heute den Herrn Generalgouverneur, Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank bei sich zu sehen und seinen Vortrag über das Thema: Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung zu hören. Herr Reichsminister, es ist das erste Mal, daß wir die Ehre haben, Sie in den Mauern unserer Universität begrüßen zu können. Ich heiße Sie und Ihre Begleiter auf das herzlichste bei uns willkommen. Vor allem danke ich Ihnen, daß Sie uns von den wenigen Tagen, die Sie in der Heimat zur Verfügung haben, den heutigen Tag schenken.

(Lebhafter Beifall)

21.Juli 1942

Der gegenwärtige Krieg beendet ein Weltzeitalter und führt ein neues Weltzeitalter, das Zeitalter der großen Räume, herauf. Über den Rechtsgedanken und die Neuordnung der europäischen Welt werden wir heute aus berufenem Munde hören. Mir scheint es besonders zweckmäßig, diese Frage vor der Heidelberger Universität zu erörtern, einmal angesichts ihrer alten Auslandsmission, die sie besitzt, zum anderen angesichts der Tatsache, daß wir zur Zeit einen Ferienkurs für Ausländer durchführen, endlich auch angesichts der Tatsache, daß wir auf dem Wege über die neuen großen Institute, die zur Zeit im Entstehen begriffen sind, auch die Ausrichtung auf Europa und die Welt erfahren haben.

Indem ich Ihnen nochmals für Ihr Kommen und Ihre Bereitwilligkeit herzlichst danke, uns diesen Vortrag zu halten, darf ich Sie, Herr Reichsminister, bitten, das Wort zu ergreifen.

Der Herr Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank ergreift hierauf das Wort zu seinem Vortrag über das Thema:

Der Rechtsgedanke und die Europäische Neuordnung.

Er führt aus:

21.7.1942

Magnifizenz! Kommilitoninnen und Kommilitonen! Volksgenossinnen und Volksgenossen!

Ich bin außerordentlich glücklich über den liebenswürdigen Empfang, den Sie Magnifizenz, mir im Namen der altberühmten Heidelberger Universität bereitet haben. Ich bin der Einladung herzlich gern gefolgt, im Rahmen einer Universitätsveranstaltung über einen Kreis von Problemen zu sprechen, der immer mehr mit dem ansteigenden Sieg der deutschen Waffen im Osten in das Bewußtsein Europas eintritt.

Ich komme aus dem Osten, aus dem Teil des europäischen Kontinents, in dem zur Stunde in diesen Tagen und Wochen die großen Schlachten geschlagen werden, in dem das deutsche Schwert, von ungeheurer Tatkraft vorwärtsgestoßen, dem Feinde Europas die Vernichtung bereitet, der die bolschewistische Fratze der Verzerrung, der Verelendung, der tyrannischen Unterdrükkung aller kulturellen Werte auf seinem Antlitz trägt.

Dieses Ostgebiet ist das weite Tor, das Adolf-Hitler nicht nur dem deutschen Volke, sondern ganz Europa aufgetan hat. Es ist mehr als nur ein politisch diplomatisches Zusammenwirken, es ist ein schicksalhaftes Symbol der Wiedererweckung europäischer Gemeinschaftsbewußtheit, daß Seite an Seite neben unseren unvergleichlichen herrlichen deutschen Soldaten die Verbündeten Europas stehen und marschieren und kämpfen und bluten, vor allem die italienischen Soldaten Benito Mussolinis, die zusammen mit den deutschen Kameraden den Schicksalskampf dort drüben führen. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die alte Kapitale Rom den Geist, den das imperiale

21.7.1942

Denken der Antike einst geformt hat, heute im engsten Verein mit dem nationalsozialistischen Reichsgedanken einer neuen Welt entgegenbrausen läßt. Daran sind alle die andern Völker beteiligt. Ihre Soldaten marschieren durch unser Land mit einem Ziel, der aufgehenden Sonne entgegen, die unser Gebiet zuerst begrüßt. Sie marschieren im grauen Staube, sie marschieren in Regendünsten und sie legen Bresche für Europas Jugend und Zukunft. Das leuchtende Hoffen einer neuen Welt ersteht dort drüben unter den Schlägen der stärksten soldatischen Macht, die die Welt jemals gesehen und die Adolf Hitler geschaffen hat.

Aus diesem Lande, aus diesem Bereich, aus diesem Getriebe kommen wir alle immer wieder gern in die Heimat zurück. Sie ist es, die uns hinausgeschickt hat, für die der Kampf dort drüben geführt wird, auch jener Kampf, der dann einsetzt, wenn die Organisation der neuen Verwaltung und Staatsführung dort drüben aufzurichten ist. Wir können sagen, daß die Tausende und Abertausende deutscher Männer, die über Millionen fremder Völker heute regieren, aus den besten Traditionen der deutschen Verwaltungskunst kommen, und daß sie das Unmögliche möglich gemacht haben.

So ist denn für uns die Heimat das seelisch-herzliche Band. Wenn man von der alten deutschen Burg in Krakau, diesem monumentalen Werk, an dem die Jahrhunderte gebaut haben, nach dem Westen in die deutsche Heimat zurückschaut, dann weiß man, daß die Geschlechter, die durch viele Jahrhunderte hindurch vor uns in den Osten gezogen sind, dies nicht umsonst getan haben.

Europa steht vor der Neuordnung, vor einer endgültigen Formung der Beziehungen der Völker Europas. Ganz selbstverständlich ist die Grundlage dafür jenes monumentale Programm, das der Führer des Großdeutschen Reiches, Adolf Hitler , und der Duce Italiens, Benito

21.7.1942

Mussolini, im September vorigen Jahres verkündet haben, - jenes Programm, welches vorsieht, daß sich in gegenseitiger aufgeschlossener Kameradschaft die Völker Europas zu einer Art Gemeinschaftsvertretung ihrer Interessen zusammenfinden, daß eine Art nützlichen Interessenausgleiches zwischen den Belangen, den Kräften und den Bedürfnissen der einzelnen Völker Europas stattfindet, daß damit dann aber auch dieser europäische Kontinent für alle Zukunft aufgehört haben wird, seinen Völkern das schwere Los aufzuerlegen, stets abhängig zu sein von der Willkürherrschaft der angelsächsischen Weltmächte, die Ozeane nach Belieben sperren können, - daß an die Stelle dieser Abhängigkeit endlich wieder die freie und autarke Entwicklung Europas treten wird.

Nicht um zu entnationalisieren, nicht um zu terrorisieren, nicht um mit Gewalt irgendein Regime, das wir allen andern vorziehen, anderen Völkern aufzuoktroieren, wird diese europäische Neuordnung aufgebaut, sondern nur zu dem Zwecke, die brennendste Lebensnot von den europäischen Völkern durch gemeinschaftlich geplante Arbeitsteilung zu nehmen. Bis dahin aber wird der Krieg seine harte, eherne Sprache sprechen, er wird von allen Völkern, die an ihm teilnehmen, noch große Opfer verlangen. Wenn aber je ein Krieg notwendig war, dann war es dieser, den der Führer zur Abwehr der bolschewistischen Vernichtung Europas begonnen hat, nach ~~-~~ dem der Angriff der Sowjetunion unmittelbar bevorstand.

Dieser Krieg im Osten ist es daher, der auch mir persönlich immer wieder in meinem großen Aufgabengebiet der Rechtsbetreuung des deutschen Volkes die Gedanken eingibt. Das deutsche Volk steht vor der

21.7.1942

Erringung des größten territorialen, staatlichen und völkischen Raumes, den es je in seiner Geschichte besaß. Dies ist ein Empfinden, das zunächst einmal noch gar nicht in die breiten Massen unseres Volkes vielleicht so gedrungen ist, weil die drängende Not der Zeit, die Probleme der persönlichen Sorgen, das Hineinbezogensein in den Schmerz der großen gemeinsamen Trauer und der stete Kampf um das Leben und seine Nöte so manchem hindern, aus dem Grauen dieser Zeit des Krieges das Leuchten der Zukunft zu spüren. Aber wir dürfen bei allem, was auf dieser Welt geschieht,- und sei es der größte Krieg aller Zeiten - nie vergessen, daß alles Geschehen um die Menschen und für die Menschen unter einem höheren schicksalhaften Zusammenhang steht; denn in Zusammenhang mit diesem Kriege ist die endliche Befriedung dieses Kontinents für alle Zukunft sicherzustellen. Der größte Krieg wird bestimmt auch der letzte Krieg Europas gewesen sein. Und mit diesem Ergebnis ist der Sieg gekrönt, mit diesem Ergebnis aber auch jedes Opfer gerechtfertigt, das der Führer im Namen der Zukunft unseres Volkes, selber vorbildlich vorangehend in der Hingabe an sein Land und Volk, von allen Volksgenossen fordert.

Die europäischen Völker werden in diesen großen Zusammenhängen ihre Aufgabe gewiß erfüllen. Die europäische Jugend schaut nicht mehr auf die enge Bedingtheit ihrer irgendwie historisch oder sonst gewordenen Grenzen allein, sondern fühlt hier den Pulsschlag einer neuen, man möchte fast sagen, wieder menschlicher werdenden Zeit, einer Zeit, die über die Härten dieser Epoche hinweg das Blühen und die Farben, den Idealismus und sogar den romantischen Schimmer des Lebensglücks in den Mittelpunkt des Daseins rückt. Jedes Empire trägt in sich die Hoffnung auf die kommende Romantik. So trägt auch diese Zeit das tiefe Sehnen in sich, daß in Ergänzung des großen geschicht-

lichen Zwanges und der großen geballten Wucht der Massenenergien einmal wieder das persönliche Glück des Einzelnen als Segen erstrahlen wird. Und daraus erfolgt die große Sendung, in dem dann endlich befriedeten Europa jene Tradition wieder aufzunehmen, die vom Führer in einer seiner letzten Reden in so schöner Weise dahin präzisiert wurde, daß er sagte: Seit Jahrtausenden leuchtet das herrlich strahlende Licht Athens durch Europa. Dieses Licht Athens, dieses Licht der Persönlichkeit, dieses Licht der Kultur ist es, das über Europa aufgehen wird. Und wir - gerade auch die Jungen dieser Zeit - haben diese Sendung dahin zu erfüllen, daß wir der Kulturbezogenheit Europas unser Leben weihen.

Der Nationalsozialismus Adolf Hitlers bedeutet zunächst die Voraussetzung für die Existenz unseres Volkes. In ihm liegt die Kultursendung auch unserer Gemeinschaft. Volk und Raum und unsere Kulturbedürfnisse sind in gewaltigem Aufstieg; die Sehnsucht nach der kulturellen Bestimmung des Lebens wächst. Es ist klar, daß die Millionen unserer Soldaten, zurückgekehrt und das kriegerische Erleben noch in ihrem Bewußtsein tragend, voll echten Durstes sich an die Quellen der geistig-seelischen Kräfte Europas begeben werden.

Im Rahmen einer so altbewährten Leuchte des geistigen Europa, der Heidelberger Universität, ist es daher auch ein Glück für mich, zu wissen, daß jener Beruf des Akademischen wieder erstehen wird, der so vielfach verkannt wird. Die Akademie der Antike war eines der ersten Sammelbecken der geistigen Kräfte dieses werdenden Europa. Und die akademische Welt ist es, die diese Tradition auch heute noch priesterlich wie eine Opferschale zu tragen hat. Das Universitätsleben, das durch die deutsche Geistesgeschichte leuchtet, wird wiedererstehen, wenn die Studenten und

Studentinnen, wenn die jungen Lehrkräfte, vereint mit den alten und gestützt auf die besten Traditionen, sich in diesen Räumen der besten europäischen Kulturmission bewußt bleiben.

Ich bin stolz darauf, diese akademische Note zu besitzen, und freue mich, daß die Akademiker, so sehr sie manchmal verkannt werden, wie alle anderen in diesem Kriege ihre Opfer bringen und ihre Leistungen vollführen.

Im Rahmen dieser akademischen Aufgabe und dieser Sendung der Kultur müssen wir uns daher auch der Rechtsaufgabe bewußt bleiben. Europa bildet ja noch keine echte Rechtsgemeinschaft im ausgeprägten Sinne, vielleicht ist es durch politische Machtüberlegungen zu sehr aufgespalten, zu stark in diplomatisch-wirtschaftliche Verstrickungen verfallen, als daß sich schon jenes Band von Volk zu Volk hätte binden können, das eigentlich den Kern der völkischen und zwischenstaatlichen Beziehungen ausmachen sollte, sodaß nämlich auch die zwischenstaatlichen Beziehungen nach Art der volksgenössischen anzusehen wären. Der Begriff des Völkerrechts mangelte immer seiner letzten kohstruktiven Vollendung, fehlte es doch stets an jenem Organ, das imstande gewesen wäre, mit der Autorität einer echten Exekutive Rechtssprüche mit Urteilakraft Staaten gegenüber zu vollstrecken. Wenn nun aber zwei Mächte, von denen die eine, Großdeutschland, von dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers, die andere, das Italien Benito Mussolinis, vom Faschismus geschaffen worden sind, entschlossen sind, die Führung über den gerechten friedlichen Ausgleich Europas zu gewährleisten, dann wird es sicherlich möglich sein, daß alle fried- und rechtliebenden Völker Europas den Schutz dieser beiden Mächte finden. Damit ist zum ersten Male in der geschichtlichen Entwicklung Europas eine zentrale Potenz entstanden, die den bisherigen

21.7.1942

Mangel völkerrechtlicher Konstruktion beseitigt.
Die Autorität unseres Reiches wird es in Zukunft nicht gestatten, daß auf diesem Kontinent Kriege ausbrechen, die dem Kontinent schaden könnten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der absolut klaren Entwicklung der rechtlichen Beziehungen zwischen den Völkern.

Das Problem der europäischen Neuordnung liegt damit in dem Willen Europas begründet, zu dieser Gemeinschaft zusammenzuwachsen, die jedem eigenbestimmten Volk die eigene Schicksalsgestaltung ermöglicht, die jedem dieser Staaten eine mit Europa vereinbare Souveränität gewährleistet, die darüber hinaus aber die Verpflichtung aller europäischen Völker zum Inhalt hat, soweit sie mit der eigenen völkischen Bestimmung dieser Völker vereinbar ist, an der gemeinsamen Kulturaufgabe der Wiederaufrichtung Europas mitzuarbeiten.

Diese europäische Neuordnung ist es, die den Inhalt der von mir schon erwähnten Deklaration Benito Mussolinis und Adolf Hitlers vom September vorigen Jahres ausmacht. Wie unterscheidet sie sich doch von den Plänen der Herren Churchill und Roosevelt, die die Welt nur immer und ewig als Ausbeutungsdomäne für plutokratisch-kapitalistische Privatinteressen großer Gesellschaften ansehen können, die, verbrämt durch billige längst abgedroschene Phrasen von demokratischer, liberalistischer, jüdischer Weltauffassung, von Freiheit reden, in Wirklichkeit aber unterdrücken, die von Gerechtigkeit schwätzen, in Wirklichkeit aber die Rechtsübung zum Handelsobjekt von Börsenkreisen degradieren, die von Freiheit der Wirtschaftsbeziehungen sprechen, in Wirklichkeit aber die Welt nur einteilen nach dem Prinzip der besten Aufsaugungsmöglichkeiten aller nutzbringenden Werte in allen irgendwie beherrschbaren Völkern und Territorien der Erde.

21.7.1942

Es ist selbstverständlich, daß wir mit dem Siege diese Verpflichtung zur europäischen Neuordnung übernehmen. Der Führer hat das wiederholt zum Ausdruck gebracht. Niemand in der Welt wird später einmal Europa ungestraft angreifen. Dieser europäische Kontinent, seit Jahrhunderten aufgewühlt und zum Blutrausch entfacht durch sinnloses Raufen um sinnlose Grenzen, wird endlich zur Ruhe kommen. Welch' ein Segen daraus für die Völker Europas ersteht, ist zunächst gar nicht abzusehen, ganz abgesehen davon, daß alle Völker Europas eingeladen sind, an diesem großen Betreuungswerk der im Osten erstehenden neuen Ländergebilde wirtschaftspolitisch, siedlungsmäßig und national mitzuarbeiten, - eine Aufgabe von einer Größe wie sie Europa noch nie gestellt war, mit der verglichen etwa die Betreuung der hinterindischen Inseln durch Holland ein Kinderspiel war. Es handelt sich hier um Ländereien von einer gewaltigen Fruchtbarkeit, von einer gigantischen Möglichkeit der Fruchtbringung für ganz Europa. Hier liegt die Aufgabe der europäischen Neuordnung. So entsteht denn auch ein neues Lebensgefühl. Das Müde, das Bequeme, das Enge und Sterile wird dann verschwinden, es wird eine neue, junge Welt erstehen, an die wir glauben, weil wir die Fanatiker dieses Jahrhunderts sind, an die wir aber auch glauben, weil wir die Realisten der weltpolitischen Praxis geworden sind. Nicht als verblendete Träumer, sondern als klare Erkenner der Möglichkeiten dieser Zeit können wir das alles sagen. Jeder Soldat, der nach dem Osten gezogen ist, jeder, der diese Länder gesehen hat, weiß, daß dort für Europa auf Jahrhunderte hinaus segensreiche Arbeit ermöglicht ist. Freiwillige sollen alle dazu aufgerufen sein, keinerlei Zwang soll Europa mehr bedrücken. Man soll vor dem Großdeutschland Adolf Hitlers keine Sorge haben, man braucht uns nicht zu fürchten, als hätten wir etwa

tyrannische Gelüste, nein: das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers will Europas Kultur in jeder Weise fördern und die europäischen Völker kameradschaftlich betreuen.

Von diesem Recht der Völker komme ich zum Recht des Volkes. Die große Aufgabe dieser Zeit ist es, sich darüber klar zu werden, daß jener Irrtum nicht bestehen darf, der einer Fehldeutung des Begriffs der Autorität des Staates entspringt, nämlich dem, daß die Rechtsordnung mit autoritärer Staatsführung nicht vereinbar wäre. Ich bin vom Führer als Betreuer des Rechtslebens der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eingesetzt. Unsere Bewegung hat in Punkt 19 des Parteiprogramms dem deutschen Volke das deutsche Gemeinrecht als Programmpunkt sichergestellt. Dieses deutsche Gemeinrecht soll und wird der Ausdruck eines unseren eigenen rassmäßig bedingten, lebensgesetzlichen Bedürfnissen entspringenden Rechtes sein. Die Entstehung dieses Rechtes wird geraume Zeit beanspruchen; aber im wesentlichen Bereichen ist bereits eine fundamental revolutionäre Neugestaltung der Rechtsordnung im Reich gesetzgeberisch erfolgt. Die große Substanzgesetzgebung des Reiches war es, die Adolf Hitler zum größten Gesetzgeber der deutschen Geschichte gemacht hat. Zum ersten Mal wurde der Begriff der Rasse in die Gesetzgebung eingeführt. Dieser Rassebegriff bedeutet einen der - man möchte fast sagen,- heiligen Bekenntnispunkte unserer Bewegung. Das Bekenntnis zu diesem würdig-wertvollen Rassekern unseres deutschen Volkes hat auch in der Gesetzgebung seinen bedeutsamen Niederschlag gefunden.

Der zweite große Substanzwert, der Boden unseres Volkes, hat seinen gewaltigen Schutz gefunden in Gestalt der Schaffung der Erbhöfe, der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und des Bauernstandes.

21.7.1942

Der dritte Substanzwert, die Arbeitskraft unseres Volkes, hat seinen herrlichen Ausdruck in der Neugestaltung des Begriffs des Arbeiters schlechthin gefunden, der nunmehr nicht etwa als Prolet verurteilt ist, seine dunklen Wege zu gehen, der sich nicht mehr in klassenkämpferischen Irrwahn zu bewegen suchen muß, sondern der als Arbeiter der Stirn und Faust ein vollwertiges, gleichgeachtetes Glied der völkischen Gemeinschaft wurde.

Der Staat selbst, das Reich als Geschichtsfigur unseres Volkes, hat als großartigen Ausdruck die fundamentale Gestaltung Großdeutschlands durch Adolf Hitler erhalten. Dazu tritt die nationale Ehre mit allem, was damit zusammenhängt, mit der Wehrkraft, dem selbstbewußten, zielklaren und flammenden Bekenntnis zur Nation. In wie vielfältiger Beziehung liegt nicht dieser Substanzwert unserer Gesetzgebung zu Grunde! Ich möchte diese fünf großen Substanzwerte Rasse, Boden, Arbeit, Staat und Ehre daher als das große Programm der Gestaltung des deutschen Gemeinrechts ansehen.

Die Akademie für Deutsches Recht hat ununterbrochen ihre Arbeit an der Schaffung des deutschen Volksgesetzbuches auch während des Krieges fortgesetzt. Das deutsche Volksgesetzbuch wird alle diese Ideen zusammenfassen, es wird in Ablösung des bürgerlichen Gesetzbuches und alles dessen, was wir noch als veraltet in unserer Gesetzgebung empfinden, einmal das deutsche volksgenössische Leben mit einer neuen Grundlage versehen, die der heutigen Zeit, ihren Erfahrungen, Nöten und Bedürfnissen entspricht.

So sehen wir, daß auf dem Gebiet der Gesetzgebung bis zu Beginn dieses Krieges eine monumentale Arbeit an der Erstehung des Rechtes geleistet wurde. Freilich ist ein Problem nicht mehr ganz in Ordnung gebracht worden: es ist das Verhältnis des Einzelnen

zurRechtsübung, der Bewegung zur Rechtswirklichkeit und des Staates zur Justiz. Wir leiden in Deutschland sehr unter den Nachwirkungen einer Voreingenommenheit gegenüber den juristischen Belangen, die aus der jahrhundertealten Entfremdung zwischen dem eigentlichen Justizdasein und dem volksgenössischen Dasein hervorgegangen ist, einer Entfremdung, die man immer künstlich geschürt hat, die aber in Wirklichkeit gar nicht so kapital war. Es gab eine Zeit schon vor hundert Jahren, in der man den wissenschaftlichen Charakter des Rechts bestritt. Es gab eigentlich nie eine Zeit in Deutschland, in der nicht der Jurist in den Mittelpunkt schwerster kritischer Betrachtungen gestellt wurde. Das wissen gerade wir Juristen, wir Rechtswahrer am besten, die wir uns allerdings durch alle diese Erfahrungen und dieses Vorwissen nicht davon haben abbringen lassen, unsere geistige Kraft in den Dienst des Rechtes zu stellen. Es ist heute so etwas wie eine neue Welle antijuristischer Stimmung, betontester Ablehnung des juristischen Denkens und Handelns spürbar. Gerade an dieser Stelle, im Rahmen einer der ältesten Universitäten Deutschlands, die auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft so unendlich vieles und Großartiges schon geleistet hat, müssen wir Rechtswahrer bekennen, daß wir stolz darauf sind, Diener und Träger und Arbeiter des Rechts zu sein.

Man soll daher auch in alledem und bei allen diesen kritischen Momenten sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß wir nationalsozialistischen Rechtswahrer uns als genau so gute Nationalsozialisten ansehen, wie es andere Nationalsozialisten sind. Wir sind darum auch keineswegs gewillt, etwa deshalb, weil gegen uns da und dort Verdächtigungen ausgesprochen

oder Angriffe gerichtet werden, nun unsere Rechtsaufgabe im Dienste des Volkes weniger zu erfüllen. Man soll in dieser Zeit ernsthaftester Sorge der völkischen Gemeinschaft überhaupt nicht einen Stand oder eine Gruppe herausgreifen und sagen: alle halten sie die Volksgemeinschaft, nur die Juristen nicht. Das darf man nicht sagen; auch die Juristen gehören zur Volksgemeinschaft. Hunderte von ihnen erfüllen draußen wie die andern ihre Pflicht, viele von ihnen sind für des Vaterlandes Größe gefallen. Es ist nicht erträglich, und ich finde es nicht schön, wenn in einer Zeitung wie dem "Schwarzen Korps" geschrieben wird, daß die Rechtsanwälte Kloakentiere sind. Was soll wohl die Witwe eines gefallen Rechtsanwaltes denken, wenn sie da in einem Blatt der Bewegung lesen muß, daß ihr Mann zu einem Stand gehört hat, der angeblich diese schimpfliche Bezeichnung verdient. Daher muß dieses Bewußtsein wieder Platz greifen, dass das Recht ein heiliges Gut der Gemeinschaft ist. Man kann nicht von Germanentum reden, wenn man nicht vor allem davon spricht, daß das germanische Element in der Geistesgeschichte im Hinblick auf die Rechtskultur des Volkes von wesentlicher Bedeutung ist.

Es ist klar, daß die Juristen erst 400 Jahre in Deutschland ihr Amt ausüben, und daß das Recht älter ist; aber die Gesundheit des Volkes ist auch älter als die medizinische Fakultät. Das sind keine Argumente, mit denen man heute im Ernst solche Probleme erörtern kann. Wenn man das Reichsgesetzblatt aufschlägt und nun etwa einem fachlich in der Gesetzeslektüre nicht Beschlagenen dieses Gesetzblatt anvertraut, dann wird das vielleicht schreckliches Unlustempfinden erwecken, und es muß schon zu einer starken und außergewöhnlichen beherrschten Bezogenheit der Gehirntätigkeit gekommen sein, um mit solchen

Dingen fertig zu werden. Aber sehr schwierig ist es, die Gesetze in die Tat umzusetzen. Die Kritik des Einzelnen an der Verwirklichung eines allgemein normierten Gesetzesinhalts ist unendlich viel stärker als das Interesse des verordnenden Staatsorganes an der Textierung des einzelnen Paragraphen.

Daher ist es selbstverständlich, daß Rechtsarbeit eine fachliche Arbeit darstellt. Es ist unmöglich, den Dienst am Recht des Volkes durch Dilettanten ausüben zu lassen.

Man muß daran denken, daß es nicht nur eine Technik im maschinellen Sinne gibt, - es gibt auch eine "Technik des Staates." Jeder wird zugeben, daß eine Lokomotive oder ein Automobil, damit sie fahren, des technisch Geschulten bedürfen. Er muß es zugeben, weil der technisch auf diesem Gebiete nicht Erfahrene eine Maschine nicht in Gang setzen könnte. Aber auch die Technik des Staates bedarf der Hilfe erfahrener Staatstechniker. Nur bleibt leider das Fahrzeug Staat nicht stehen, wenn ein Dilettant die Verwaltungsapparatur vergiftet, sondern es schleppt sich leider mühselig weiter dahin. Wir müssen uns darüber klar sein, daß daher die Erziehung zur Beherrschung der technischen Aggregate eine der wichtigsten Gemeinschaftsaufgaben darstellt, die es überhaupt geben kann. Auch an dieser Stelle geht daher mein Appell an die geistige deutsche Jugend, sich zur Rechtswissenschaft zu bekennen, ihr beizutreten und sich dem juristischen Studium zu verschreiben als einem der bedeutungsvollsten und kulturreichsten Studien, die wir in unserer völkischen Gemeinschaft haben.

Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß die Universitäten der Rechtswissenschaft, der Verwaltungswissenschaft und dem Dienst am Recht den wohlgemessenen Anteil in ihrem inneren Aufbau gegeben haben.

21.7.1942

Wohin kämen wir, wohin käme irgendeine völkische Gemeinschaft, die innerhalb des Verwaltungsbereiches immer mehr in dilettantisch-chaotische Zustände versänke! Man muß sich nun leider damit abfinden, daß dies notwendig ist. Wenn man aber keine Juristen will, dann muß man die Entwicklung unserer völkischen Gemeinschaft um 1.400 Jahre zurückschrauben. Dann muß man vor allem die Herausgabe des Reichsgesetzblattes sofort einstellen und dafür sorgen, daß es irgendwie ein geheimer Code jedem ermöglicht, seinen eigenen Weg im Leben zu gehen. Eine allgemeine Ordnung könnte dann nicht aufrechterhalten werden.

Deshalb brauchen wir vor allem den Richter in der Gemeinschaft. Der Richter ist nicht irgendein überflüssiges Wesen, ist nicht ein verächtliches Instrument einer liberalistischen versunkenen Epoche, sondern eine der germanischsten Gemeinschaftsfiguren, die die Geschichte kennt. Um diesen Richter und seine stolze Stellung in der Gemeinschaft geht es, wo immer es um die Freiheit unseres Volkes geht. Man soll den Richter in Ehren halten. Daß die Richter irren, verdanken sie nicht ihrer juristischen, sondern ihrer menschlichen Eigenschaft. Daß sie Fehler machen, hängt damit zusammen, daß selbst Nichtrichter manchmal Fehler machen können.

Daß die Richter nicht immer nur Urteile fällen, die allen Interessen entsprechen, hängt justament damit zusammen, daß dem Richter immer aufgegeben wird, innerhalb eines Streites, eines Konfliktes eine Entscheidung zu treffen.

Selbstverständlich muß dieser Richter auch unabhängig sein. Diese Unabhängigkeit bedeutet aber nicht, daß er nun etwa von einem politischen Willen im Reich unabhängig wäre. Es wird keinem Richter einfallen, gegen den politischen Willen des Reiches irgend wie anzugehen.

21.7.1942

Daß die Unabhängigkeit des Richters notwendig ist, ergibt sich aus folgendem: Wenn ich den Richter zur rein abhängigen Figur wie jeden anderen Beamten mache, dann übt der Richter nicht Rechtssprechung aus, sondern er vollzieht Befehle. Das heißt: in jedem Einzelfall eines Volksgenossen müßte dann vorher dem Richter die Entscheidung von einer anderen Instanz aufgegeben worden sein. Dann brauche ich den Richter nicht. Die Unabhängigkeit des Richters bedeutet: bei der Entscheidung des Einzelfalles ist dafür zu sorgen, daß die Entscheidung nur im Namen des Gesetzes und in Anwendung des Gesetzes, nicht aber in Anwendung irgendwelcher anderer Gesichtspunkte gefällt wird.

Diese Unabhängigkeit ist aber auch eins der heiligen Fundamente einer germanisch-völkischen Gemeinschaft; sie ist unabdingbar. Freilich ist der Richterstand heute aus Juristen zusammengesetzt. Das mögen viele bedauern, aber jeder Richter, auch ein besorgter und vielleicht übertrieben entschlußunfreudiger Richter hat den großen Vorzug: er hört den, den er verurteilt, bevor er das Urteil spricht; er gibt dem, den er verurteilen soll, Gelegenheit, zu wissen, weswegen er ihn verurteilen soll; er gibt ihm auch Gelegenheit, sich dagegen zu verteidigen, was ihm vorgeworfen wird. Diese fundamentale Regelung war von jeher deutsch.

NHI Wir haben dafür gesorgt, daß niemand verurteilt wird, es sei denn er sei gehört worden, - daß niemand verurteilt wird, es sei denn, er hätte sich verteidigen können. Möge uns ein gütiges Schicksal dies bewahren! Das Glück unseres Volkes hängt davon ab. Ich spreche in diesem Falle nicht als fanatischer Jurist, sondern als Deutscher.

Wir hatten zu anderen Zeiten auch ein großes Ideal, das mit dem Reich verbunden war, wir hatten das Ideal ~~das-mit-dem-Reich-verbunden-war~~ des Kaisertums.

21.7.1942

Heute ist es die leuchtende Figur des Führers, die uns den Führerstaat zur geschichtlichen Erlebniszone größten Ausmasses gemacht hat. Niemals aber darf es einen Polizeistaat geben, niemals! Das lehne ich ab.

Ich bin daher als Nationalsozialist und als Führer der deutschen Rechtswahrer berufen, mich gegen diese dauernden Verunglimpfungen des Rechts und der Rechtswahrer in jeder Form zu verwahren. Ich habe den Angriff nicht gesucht, ich würde während des Krieges über diese Probleme nicht sprechen, wenn sie nicht von anderer Seite dauernd in der hämischsten Weise aufgerollt würden. Solange die deutschen Rechtswahrer ihre Pflicht erfüllen, wird und muß man sie in diesem ihren Amt gewähren lassen. Ich verwahre mich dagegen, daß man einen Stand lediglich aus Gehässigkeit und dauernder nörgelnder Kritiksucht angreift und verunglimpft. Das ist unerträglich, weil wir als Reich stark sind, weil unsere innere Ordnung festgefügt ist und weil wir keinerlei Form der Opposition, keine Parteien mehr kennen. Deshalb muß ich sagen, dass nationalsozialistisches Reich und nationalsozialistische Richter eine untrennbare Einheit geworden sind. Vor wenigen Tagen erst hat der Führer mir gesagt, er glaube und sei fest davon überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der deutschen Rechtswahrer ihre Aufgabe hervorragend erfüllt. Dieses Wort des Führers gebe ich mit großer Freude an Sie weiter, meine Kameradinnen und Kameraden.

Auch das Gerede von dem Rechtsanwalt als einer liberalistisch-dekadenten, jüdischen Figur ist nichts weiter als ein lächerliches Wortgeplänkel und soll nur dazu dienen, Schutzfaktoren auszuschalten. Ich meine, daß der Rechtsanwalt nunmehr, genau so wie alle anderen Faktoren des öffentlichen Dienstes von den Juden und sonstigen zerstörenden Elementen geläutert

und gereinigt, eine Figur in unserer Gemeinschaft darstellt, die notwendig ist. Das gilt von allen andern Rechtsberufen auch. Selbstverständlich müssen wir dafür sorgen, daß die Qualität der Menschen und Persönlichkeiten, die in diesem Rechtsberuf tätig sind, immer besser, immer zeitentsprechender, immer sozial aufgeschlossener, immer dem 20. Jahrhundert näher wird. Man darf nicht aus Kritiksucht eine Gesamteinrichtung vernichten wollen, die nun einmal in unserem Volke ihrem Wesen nach verwurzelt ist.

Solange das deutsche Volk lebt, so lange besitzt es ein echtes Rechtsgefühl. Es gab früher viele, die immer sagten: diese Anschauung sei vielleicht doch nicht auf die Dauer haltbar. Viele von denen, die mir das damals gesagt haben, haben sich heute bekehrt. Viele Einzelbriefe, die mir aus dem deutschen Volke ununterbrochen geschrieben werden, zeigen, wie stark die Sehnsucht nach Gerechtigkeit in unserem Volke lebt, wie empfindlich unser Volk in diesem Punkte ist. Daher muß auch unsere Bewegung diesem seelischen Bedürfnis unseres Volkes nach Gerechtigkeit entsprechen. Wir wollen ja eine echte, klare und wahrhafte Volksbewegung bleiben, wir wollen keine Zwangsanstalt, sondern eine echte, klare Volksgemeinschaft deutscher Männer und Frauen, deutscher Jugend und deutscher werktätiger Menschen aller Stände, die sich getreu dem Befehl des Führers zum Schicksalskampf um ihn scharen.

Aber auch ein anderes muß mit dem Recht immer verbunden sein: die Menschlichkeit. Die Menschlichkeit - ein Wort, das man manchmal schon nicht mehr zu sprechen wagt, wie wenn es ein fremdes geworden wäre. Europa will menschlich sein. Das heißt: es ist nicht notwendig, daß auf alles und jedes immer und dauernd nur Todesstrafen gesetzt werden. Wir wollen menschlich sein; es gibt keinen Staat, der dadurch Schaden leiden würde, daß er menschlich ist.

Daraus wollen wir lernen, und wir wollen immer und immer wieder betonen: das Recht, seine Kultur und der Rechtsdienst sind zu dem Zwecke für die deutsche Volksgemeinschaft aufgerichtet, damit sie dem kleinen irrenden, dem kleinen fehlenden Volksgenossen eine Heimstätte des Schutzes sind. Er hat niemand anderen. Wie stände es mit der Not unseres Volkes, wenn man ihm den Rechtsschutz und den Richter nähme? Diese kleinen Menschen haben ja keine Waffe, sie sind schutzlos. Daher muß diese Menschlichkeitsübung auf dem Wege des Rechts unserem Volke in jeder Weise gesichert werden. Die Kritiker am Rechtsleben und die steten Verunglimpfer der Rechtsberufe mögen es wissen, daß ich auch hier nicht als Mann der Rechtswahrer, sondern als Deutscher spreche.

So glaube ich denn, daß in diesen kulturvollen Bezogenheiten auch das Recht seine neue Sendung innerhalb unserer Gemeinschaft erfüllen wird, so sehe ich es auch, wenn die Millionen unserer Soldaten, in ihren Reihen stehend und kämpfend, doch des Wehrmachtrechtsschutzes gewürdigt werden. Keinem deutschen Soldaten geht Leben, Freiheit, Ehre verloren, es sei denn auf Grund einer klaren Verurteilung mit Richter und Rechtsspruch. Jeder Volksgenosse soll des gleichen Rechtes teilhaftig sein. Wir müssen uns darüber immer wieder klar werden, daß auch im Zusammenhang mit dem letzten Reichstagsbeschluß, der dem Führer für diese außerordentliche Zeit letzter Kräfteanspannung außerordentliche Vollmachten gibt, gerade vom Führer betont wurde, daß er nicht als Führer allein, sondern als oberster Gerichtsherr, als oberster Richter des Volkes seine Entscheidung trifft. Dies ist eine Verpflichtung für die Richter, sich klar zu sein, daß mit ihren Entscheidungen auch dem Ernst dieser Zeit entsprochen werden muß. Entscheidend ist es aber auch vor allem für jene, die

dauernd das Rechtsleben verunglimpfen. Wenn sich der Führer selber als obersten Gerichtsherrn bezeichnet, so ist das eine Ehre für den ganzen deutschen Rechtsstand.

Wir haben also die Verpflichtung, uns zu unserer Aufgabe zu bekennen. Ich bin über nichts so traurig, wie wenn ich immer wieder da und dort höre, daß der eine oder andere in diesen Rechtspositionen glaubt, manchen außerordentlichen Aktionen nachgehen zu sollen. Wenn der Richter, angetan mit dem Ornat des Reiches, der das Hoheitszeichen unserer völkischen Gemeinschaft trägt, im Gerichtssaal erscheint, dann muß von ihm jene Macht ausstrahlen, die durch die Jahrhunderte hindurch unserem Volke vorangeleuchtet hat, und die da bedeutet, daß die Gerechtigkeitsübung allein das Fundament des Staates ist.

So sehe ich denn aus dieser Rechtsübung und Rechtsüberzeugung unseres Reiches, ausstrahlend nach Europa, die Neuordnung erstehen, die an die Stelle des Gegensatzes von alles Recht Besitzenden und jeden Rechtes baren Untertanen die große kameradschaftliche Gemeinschaft von Führer und Volksgenossen setzt, die durch gemeinsame Rechtsübung verbunden sind. Der Führer selber nimmt an dieser Gerechtigkeitsübung, wie Sie wissen, persönlich das größte Interesse. Man kann ihm dafür nur danken, und wir können von uns aus dem Führer nur geloben, daß auch wir alles tun wollen, um in seinem Sinne der Gerechtigkeitsübung in diesem Reich zu entsprechen. Wir bitten nur den Führer, er möge sein Augenmerk auch darauf lenken, daß nicht durch unwürdige und völlig unsachliche Kritik am Rechtsleben oft ein Zustand entsteht, der zu dem Aufwand in keinem Verhältnis steht.

Wir stehen vor der gewaltigen Aufgabe der Ordnung des größten Reiches unserer Nation. Dazu aufgerufen zu sein, ist die großartige Sendung dieser

21.7.1942

Generation des Rechtswahrertums. Lassen Sie uns daher in dieser Gemeinschaft einer beglückenden Arbeit uns zusammenfinden! Über die Gräber unserer Gefallenen, über die Opfer dieses Krieges hinweg mögen Reich und Recht und Führer untrennbar sein!

(Langanhaltender stürmischer Beifall).

Professor Dr. Krause, Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg, schließt den Vortragsabend mit folgenden Worten:

Herr Reichsminister! Alle Ihre Zuhörer sind bewegt über die bedeutsamen und weitreichenden Gedanken, die Sie hier vor uns entwickelt haben. In Ihren Ausführungen haben Sie uns die Aufgabe vor Augen gestellt, die vor allem dem Rechtswahrer naheliegt, die aber gleichzeitig auch eine innerdeutsche und darüber hinaus eine europäische Aufgabe mit allen ihren geistigen Auswirkungen darstellt. Das wird uns um so klarer, wenn wir daran denken, vor welchen Problemen denn bisher die Rechtswahrer gestanden haben. Gerade hier von Heidelberg aus ist zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts von Anton Thibaut jener Ruf über die Notwendigkeit eines bürgerlichen Rechts für Deutschland erklungen. Ein ganzes Jahrhundert hat Arbeit und Mühe darauf verwenden müssen, diesen Gedanken zu verwirklichen, um es überhaupt erst einmal innerhalb Deutschlands zu einer Rechtseinheit zu bringen. Wir erinnern uns dessen, daß vor 5 Jahren in eben diesem Saale und vor vielen Zuhörern, die damals wie heute zugegen waren, jene Rede mit dem bald berühmt gewordenen Titel gehalten worden ist: Abschied vom BGB.

21.7.1942

Damals war das Reich einheitlich, kraftvoll und unangreifbar. Aber alle unsere Blicke waren absolut nach innen gerichtet. Alle Probleme, die vor uns standen, auch das der Erneuerung unseres Rechts schienen nur uns selber anzugehen und an unseren Grenzen halt zu machen. Heute aber hat sich das Blickfeld gerade auch des Rechtswahrers unendlich geweitet. Bei der Erfüllung aller Aufgaben, die uns gestellt sind, insbesondere der Aufgabe, verantwortlich in jenen Gremien und Ausschüssen mitzuwirken, die an der Entstehung des neuen deutschen Volksgesetzbuches arbeiten, müssen wir uns immer und ständig dessen bewußt sein, wie von dem, was inmitten Europas geschieht, die geistigen Auswirkungen und Ströme über unsere Grenzen hinweg nach allen Richtungen in Europa hineingehen werden.

Wir danken Ihnen, Herr Reichsminister, daß Sie uns die Größe der Aufgabe wieder vor Augen geführt haben. Wir danken Ihnen ganz besonders für die Worte, die Sie für die sittliche und menschliche Würde wie für die Notwendigkeit des Richtertums gefunden haben. Ihnen diesen Dank im Namen der Universität Heidelberg und im Namen Ihrer bis zum letzten Wort gefesselten Zuhörer übermitteln zu dürfen ist mir eine ganz besondere Freude.

Wir alle sind uns aber dessen bewußt, daß die Erfüllung dieser weitreichenden, über die Grenzen Deutschlands hinausgehenden Aufgaben mit ihrer geistigen Auswirkung auf Europa undenkbar wären, ohne die politische Tat und ohne das große politische und militärische Geschehen unserer Zeit. Wir gedenken in dieser Stunde in Treue, Ehrfurcht und hingebender Liebe des Führers. Unser Führer Adolf Hitler: Sieg-Heil, Sieg-Heil, Sieg-Heil!

Kressendorf

Sonntag, den 26.Juli 1942

8^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt zum Hause Kressendorf.

12^{35} Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Ohlenbusch, Pressechef Gaßner und Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

17^{00} Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler.

Gegenstand der Besprechung ist die Herausgabe einer Broschüre mit dem Titel:

Die Rechtsidee im Umbruch der Zeit.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Veröffentlichung nachstehenden Nachrufes für den verstorbenen Geh.-Oberbaurat Rattinger:

Nach kurzem schweren Leiden starb in München am 24.Juli 1942 mein Sonderbeauftragter für Bauvorhaben, der Geh. Oberbaurat Richard Rattinger. In dem Verstorbenen verliere ich einen bewährten Mitarbeiter am Aufbau des Bauwesens des Generalgouvernements, dem das Generalgouvernement eine Reihe hervorragender Bauten mit zu verdanken hat. In ihm ging eine Persönlichkeit von lauterstem Charakter, edler Bildung und hervorragender Geistesstärke von uns. Was er in langen Friedensjahren in treuer Pflichterfüllung im Dienste der deutschen Wissenschaft schuf, krönte er durch hingebungsvolle Diensterfüllung im Generalgouvernement.

Sein Leben und sein Wirken waren Vorbild. Seine Menschlichkeit bleibt uns Verpflichtung.

Krakau-Burg, den 27.Juli 1942

Generalgouverneur
Dr. Hans Frank

Krakau

Montag, den 27.Juli 1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{30} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Nach einiger Zeit wird Staatssekretär Dr.Boepple zugezogen.

11^{55} Besprechung mit Regierungsrat Braun in Anwesenheit der Staatssekretäre Dr. Bühler und Dr. Boepple.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Beseitigung bolschewistischer Wirtschaftsformen auf dem Gebiete des Handwerks, des Einzelhandels und der Kleinindustrie
2. einer Verordnung über die Beseitigung bolschewistischer Wirtschaftsformen auf dem Gebiete der Verwaltung von Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken
3. einer Verordnung über das Amt für die Pflege alter Kunst.

12^{35} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{45} Besprechung mit Hauptbannführer Förschle in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

13^{20} Besprechung mit Reichshauptamtsleiter Dr. Dresler und Verlagsleiter Strozyk.

Gegenstand der Besprechung ist eine Herausgabe einer Broschüre, die die Reden des Herrn Generalgouverneurs in den Universitäten Berlin, Wien, München und Heidelberg zum Inhalt hat.

27.7.1942

15^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Pressechefs Gassner im Königssaal 11 Schriftleiter aus dem Reich, die eine Pressefahrt durch das Generalgouvernement gemacht haben.

18^{05} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Sonderzug im Hauptbahnhof Krakau.

18^{20} Abfahrt des Sonderzuges nach Galizien.

V/9

Besichtigungsreise

des Herrn Generalgouverneurs durch die Kreise Tarnopol, Czortkow, Kolomea und Stanislau dee Distrikts Galizien vom 28.Juli bis 30.Juli 1942.

Reiseteilnehmer:

Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Wächter
Gesandter von Wühlisch
Oberst Fischer
Bevollmächtigter Dr. Heuber

Abteilungspräsidenten:

Dr. Senkowsky
Dr. Lauxmann
Dr. Emmerich
Dr. Eißfeldt
Ohlenbusch
Naumann

Hauptabschnittsleiter Stahl
Kammergerichtsrat Dr. Keith
Amtschef Losacker
Pressechef Gassner
Schriftleiter Hirche
Arzt Dr. Ruppert
Regierungsrat Gnauck
Assessor Dr. Jänsch
SS-Hauptsturmführer Pfaffenroth

Tarnopol

Dienstag, den 28.Juli 1942

7^{00} Gouverneur Dr. Wächter besteigt mit Amtschef Dr. Losacker im Hauptbahnhof Lemberg den Sonderzug.

8^{30} F r ü h s t ü c k im Sonderzug.

12^{00} M i t t a g e s s e n im Sonderzug.

12^{58} Ankunft des Sonderzuges in Tarnopol.

Vor dem Bahnhof wird der Herr Generalgouverneur von einer ukrainischen Abordnung begrüßt. Danach schreitet der Herr Generalgouverneur in Begleitung des Gouverneurs Dr. Wächter und des Kreishauptmanns von Harbou die Front einer Abteilung des Sonderdienstes ab.

Anschließend Fahrt mit Kraftwagen zum Stadthaus. Dort werden dem Herrn Generalgouverneur der Ortskommandant, die Dienststellenleiter und die Vertreter der Partei vorgestellt.

Nach einer Fahrt durch die Stadt begibt sich der Herr Generalgouverneur mit seiner Begleitung in das Gebäude der Kreishauptmannschaft.

14^{00} Dienstbesprechung im Sitzungssaale der Kreishauptmannschaft.

Die Dienstbesprechung wird eingeleitet durch einen Vortrag des Kreishauptmanns von Harbou über die Struktur und die Verwaltungsorganisation des Kreises Tarnopol.

Kreishauptmann von Harbou führt aus, daß im Kreise Tarnopol besonders in den östlichen Bezirken der schwere Boden vorherrsche, der ausgezeichnete Erträge liefere. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des

28.7.1942

Kreises Tarnopol sei derart, daß in den Städten die Polen etwa zur Hälfte gegenüber den Ukrainern die Bevölkerung ausmachten. Die in der Stadt Tarnopol wohnhaft gewesenen Juden seien jetzt zum großen Teil abtransportiert worden. Der Kreis zähle etwa 480 000 Einwohner, darunter 36 000 Juden. Die Bevölkerung bestehe zum überwiegenden Teil aus Ukrainern geschart um Tarnopol, das früher ein Mittelpunkt des ukrainischen Lebens gewesen sei. Die polnische Minderheit sei stark zurückgedrängt und werde von den Ukrainern mit Haß verfolgt.

Der Einfluß des alten österreichischen Beamtentums lasse angesichts der Haltung der stark radikal werdenden Jugend und der Bauernbevölkerung mehr und mehr nach. Das sei zu bedauern, weil diese alten Beamten in ihrer Disziplinierung und Arbeitsgewöhnung das gegebne Element der Vermittlung wären. Man versuche deshalb, den Einfluß dieser Beamten zu stärken. Dass hänge die alten österreichischen Gendarmen in den Gemeinden keinen Widerhall mehr fänden, hänge damit zusammen, daß die Bauern angesichts der immer größer werdenden Ernährungsschwierigkeiten eine ziemlich geschlossene Front bildeten. Nahezu alles, was sie an Brotgetreide besäßen, werde ihnen weggenommen. Die Nähe zum Reichskommissariat Ukraine lasse auch politische Gesichtspunkte besonders stark in den Vordergrund treten: vielfach kämen unerwünschte Elemente ins Land, die bolschewistische für die bolschewistische Idee würben. Die Bevölkerung verhalte sich gegenüber dieser Propaganda unterschiedlich. Wo die Jugend dazu neige, der deutschen Führung nicht zu folgen, gewinne diese Propaganda Boden. Wo ältere verständige Leute ein Dorf führten, sei der Widerstand der Bevölkerung gegen die behördlichen Maßnahmen gering. Die üblen Wirkunger

der Propaganda und der Gerüchtemacherei zeigten sich besonders bei der Werbung für die Arbeiterverschickung ins Reich. Hier müßte eine wirkungsvolle Propaganda von seiten der Regierung einsetzen, um so mehr, als bisher nur geringes Werbematerial von der Zentrale gekommen sei.

Auffallend sei die Haltung der Bevölkerung des Kreises in der Gegend von Tarnopol gegenüber derjenigen in den Karpatenkreisen. In den Karpatenkreisen verhalte sich die Bevölkerung trotz größter Ernährungsschwierigkeiten durchaus loyal, während in den wohlhabenden Gegenden eine widersetzliche Stimmung festzustellen sei. Man müsse leider auf diese stimmungsmäßige Haltung der Bevölkerung Rücksicht nehmen, wenn man überhaupt in seinen Verwaltungszielen weiterkommen wolle. Ein Beispiel dafür seien die Verhältnisse auf dem Gebiet der Arbeit. Man habe festgestellt, daß für die Werbung von Arbeitern für das Reich mit Polizeimaßnahmen nichts zu erreichen sei.

Die Mitarbeit der Ukrainer im engeren Verwaltungssektor und insbesondere in der Kommunalverwaltung sei leidlich. Der Stellvertreter in der Leitung des Gemeindeverbandes zeige zwar eine große Arbeitsfreude, betrachte sich aber im übrigen doch als Anwalt der Ukrainer dem Kreishauptmann gegenüber.

Man habe sehr stark mit einer vollen Reprivatisierung gerechnet. Seit einigen Wochen habe sich das Gerücht verstärkt, daß jetzt nach einem Jahr des Bestehens der Verwaltung die Reprivatisierung des bäuerlichen Grundbesitzes wieder eingestellt werde. Wenn man den bäuerlichen Besitz nicht reprivatisieren könne, dann sollte man besser von jeder Art kleinerer Maßnahmen absehen, um so mehr, da die Bauern ja schon die Verwaltung und Nutznießung hätten.

28.7.1942

Was die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse angehe, so herrsche im wesentlichen der Kleinbesitz vor. Dieser Umstand nötige dazu, auf die Stimmung der kleinbäuerlichen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Von den Kleinbauern würden alle möglichen Leistungen verlangt: neben der Ablieferung des Getreides Gestellung von Fuhrwerken und Scharwerksleistungen, Gestellung von Arbeitskräften und von Hilfskräften für die Verwaltung.

Die Liegenschaftsverwaltung habe etwa 130 Güter in Eigenbewirtschaftung, gleich 5 bis 7 % des gesamten landwirtschaftlichen Besitzes. Das sei ein ganz geringer Prozentsatz gegenüber den bäuerlichen Anliegen. Dass die bäuerliche Bevölkerung von den Liegenschaftsverwaltungen zu allen möglichen landwirtschaftlichen Hilfsleistungen und besonders zur Gestellung von Arbeitskäften herangezogen würde, habe in bäuerlichen Kreisen große Mißstimmung hervorgerufen. Die Kleinbauern, denen zur Zeit der Sowjetherrschaft Land zugeteilt worden sei, empfänden es mit großem Unwillen, daß sie jetzt auf ehemals polnischen Besitzungen arbeiten müßten. Er versuche daher ständig, die Liegenschaftsverwaltung zu veranlassen, sich diesen Verhältnissen etwas mehr anzugleichen.

Eine Anordnung der Liegenschaftsverwaltung in Lemberg laufe darauf hinaus, daß der gesamte bäuerliche Pferdebestand in Betrieben unter 3 Hektar den Liegenschaften abgegeben und in Betrieben von 3 bis 6 Hektar Größe nur je 1 Pferd gehalten werden solle. Damit würden 80 % der bäuerlichen Betriebe ohne Pferd sein. Eine solche Maßnahme dürfe unter keinen Umständen durchgeführt werden. Man könne nicht einfach die Verhältnisse des Reiches den hiesigen Verhältnissen zu Grunde legen. Das Pferd sei hier das einzige Transportmittel, und der Bauer könne überhaupt nur arbeiten, wenn ihm zwei Pferde zur Verfügung ständen.

28.7.1942

Große Unruhe sei in bäuerlichen Kreisen auch durch die Landplanung der Landinspektion entstanden. Auch wenn einmal deutsche Landgüter geschaffen werden sollten, dann dürfe eine solche Maßnahme doch nicht forciert werden.

Das dem Kreise auferlegte Kontingent von 48 000 t Brotgetreide werde nicht erfüllt werden können. Angesichts der Auswinterungsschäden stehe die Ernte sehr schlecht. Gleichwohl seien alle Vorbereitungen getroffen, damit das bestmöglichste Ergebnis erzielt werden könne. Als besonders wichtige Aufgabe im landwirtschaftlichen Sektor werde die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich angesehen. Leider seien bisher die Erfolge der Werbung recht gering gewesen. Im vergangenen Herbst habe die schwierige Transportlage eine Beförderung von Arbeitern auf der Eisenbahn unmöglich gemacht. Auch seien aus dem Reich Nachrichten gekommen, daß dort die Ukrainer ebenso behandelt würden wie die Polen. Dazu sei noch eine starke Agententätigkeit gekommen. Auf diesem Gebiete sei nur etwas zu erreichen, wenn die Landkommissariate eng mit der Bevölkerung zusammenarbeiteten und Polizei nur herangezogen werde, wenn die zur Arbeit beorderten Leute nicht kämen.

In den letzten Wochen habe man das Hauptaugenmerk auf den Zustand der Straßen gelegt. Das Land sei straßenmäßig sehr gut erschlossen; feste Straßen führten in die Bezirksstädte, und es gebe auch Querverbindungen. Um so bedauerlicher sei der Zustand der Strassen selbst, der kaum einen Kraftfahrzeugverkehr ermögliche. Auf Initiative des Gouverneurs Dr.Wächter habe man deshalb nach Abschluß der Bestellungsarbeiten bis zum Beginn der Ernte umfangreiche Straßenbauarbeiten durchführen lassen. Leider werde diese Arbeit ständig gestört. So sei z.B. die Arbeit der Firma Niehoff vor 3 Wochen plötzlich abgebremst wor-

worden, weil die für die Distriktsstraßen zur Verfügung gestellten Mittel nachträglich von der Hauptabteilung Straßenbauwesen gekürzt worden seien. Nach Abberufung der Firma hätten dann die Scharwerker damit beschäftigt werden müssen, die Steine für die Abrechnung zu schichten. Diese Firma hätte in 4 oder 5 Wochen die Straße bis Tarnopol herstellen können.

Auf dem Gebiete des Hochbaues empfinde man die Baubeschränkungen als besonders schmerzlich. Die Finanzlage verhindere die Durchführung sowohl größerer Projekte wie kleiner Ausbesserungsarbeiten, die angesichts des Wohnraummangels für die Deutschen von größter Wichtigkeit wären. Von der Kreishauptmannschaft selbst könne in dieser Beziehung nur wenig getan werden, weil die Zuweisung von Mitteln an den Kreis nur sehr gering sei.

Was den Aufbau der Dienststelle angehe, so habe sich die Einrichtung der Landkommissariate sehr günstig ausgewirkt. Man sei auch bestrebt, ihnen in immer stärkerem Maße Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Allerdings mache sich der Mangel an Personal sehr fühlbar.

Im übrigen sei man bestrebt, im Sinne der Einheit der Verwaltung wie einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit alle Dienststellen des Kreises Tarnopol zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit zu bringen. Hier habe man auch schon in der letzten Zeit recht gute Erfolge gehabt.

Kreislandwirt Graf Reichersberg gibt zunächst eine Schilderung der Bodenstruktur des Kreises. Er führt dann weiter aus, daß im laufenden Jahr die anhaltende Nässe großen Schaden verursacht habe. Dies sei auch mit darauf zurückzuführen, daß die Bolschewisten die Abflußgräben völlig sinnlos zugeschüttet hätten. Die Wasserwirtschaftsinspektion sei jetzt

28.7.1942

im Begriff, die Schäden wieder wettzumachen. Unter anderem werde ein vier bis fünf Kilometer langer Vorfluter angelegt. - Angesichts der klimatischen Verhältnisse des Kreises verbleibe nur wenig Zeit für die Feldbestellung. - Die landwirtschaftliche Nutzfläche betrage458 ooo Hektar, landwirtschaftliche Betriebe gebe es etwa 72 ooo, von denen 50 ooo eine Größe bis zu 3 Hektar hätten. Die Liegenschaftsverwaltung habe 125 Betriebe mit einer Gesamtnutzfläche von 45 ooo Hektar in Bewirtschaftung, davon in Eigenbewirtschaftung 27.400.

Die Herbstbestellung habe nur unter den größten Schwierigkeiten angesichts der lang andauernden Niederschläge durchgeführt werden können, es sei nur mit Einsatz von Judenkommandos ermöglicht worden, das auf den Feldern stehende Getreide hereinzuholen.
In normalen Jahren sei im Kreise Tarnopol eine Fläche von 135- bis 140 ooo ha im Herbst bestellt worden.
Zur Zeit der Sowjets seien 110 ooo ha bestellt gewesen.
Im vorigen Jahre hätten nur 100 ooo ha bestellt werden können. Die Auswinterungsschäden hätten zur Folge gehabt, daß 26 % der Fläche hätten umgebrochen werden müssen. Die restierenden 73 ooo ha könne man auch nicht voll und ganz als mit Winterung bestellt rechnen, der Ertrag werde geringer sein, da man bestellte Flächen habe stehen lassen, die man in normalen Jahren umgebrochen hätte. Er rechne als Durchschnittsertrag mit einem Ertrag von 8 dz je Hektar und würde dann auf eine Brotgetreide-Ausbeute von 56 ooo t kommen. Für eine Anbaufläche von mindestens 130 ooo ha müßte aber Saatgetreide ven in einer Menge von etwa 20 ooo t zur Verfügung bleiben, sodaß also nur etwa 32- bis 35 ooo t Brotgetreide übrigblieben. Das Brotgetreidekontingent betrage 46 ooo t, sodaß dann ein Minus von 10 ooo t entstehe. Es werde aber ohne

weiteres möglich sein, dieses Minus in diesem Jahre durch einen Mehrertrag an Gerste, die als Brotgetreide anerkannt sei, zu decken. Das Gerstekontingent betrage 25 300 dz, 3 dz vom Hektar.

Die Kartoffelanbaufläche habe nicht wesentlich erhöht werden können, weil nicht genügend Saatgut zur Verfügung gestanden habe.

Die Milchablieferung sei im Kreise Tarnopol gewaltig gesteigert worden. Von einer Lieferung von 200 ooo Litern im Monat habe man es im Juni auf 2 Millionen Liter gebracht. Dadurch sei der Kreis Tarnopol an die erste Stelle im Distrikt hinsichtlich der Milch- und Butterlieferung gekommen.

Das Eierkontingent sei mit einer Anlieferung von 9 Millionen Eiern zu 40 % eingehalten worden.

Die Viehablieferung gehe auch zufriedenstellend vor sich, trotzdem seit vergangener Woche an die Wehrmacht die fünffache Menge der bisherigen Lieferung abgegeben werden müsse.

Der Herr Generalgouverneur gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß eine solche Erhöhung der Fleischlieferungen von der Wehrmacht gefordert werden, trotzdem doch die kämpfende Truppe etwa 1.800 km entfernt von den Grenzen des Generalgouvernements stehe.

Hauptabteilungspräsident Naumann weist darauf hin, daß von seiten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft nur an den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement geliefert werde. Im übrigen sei ihm bisher von der Forderung der Lieferung einer fünffachen Menge Vieh nichts bekannt gewesen.

28.7.1942

Der Herr Generalgouverneur ersucht Hauptabteilungspräsidenten Naumann, die Sachlage aufzuklären, und gibt weiter dem Wunsche Ausdruck, den zuständigen Wehrmachtsinspektor im Laufe des Tages zu sprechen.

Kreislandwirt Graf Reichersberg führt dann weiter aus, daß der Ernteerfassung große Schwierigkeiten entgegenständen. Die Hauptschwierigkeit bestehe aber darin, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung infolge der zweijährigen Sowjetherrschaft unter einem starken Mangel an Textilien und Schuhwerk leide. Die Preise der Wirtschaftsartikel ständen zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produktion in keinem Verhältnis. Für ein Paar Schuhe mit Holzsohlen die 25 Zloty kosteten, müsse der Bauer zwei Kälber verkaufen, da er für ein Kalb durchschnittlich nur 12 bis 13 Zl. erhalte.

Hauptabteilungspräsident Naumann sieht darin den Beweis dafür, in welchem schreienden Mißverhältnis die amtlichen Preise der landwirtschaftlichen Produkte zu den amtlichen Preisen für gewerbliche Produkte stehen. Daher habe er auch immer die Forderung erhoben, eine vernünftige Preisgestaltung auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produkte herbeizuführen.

Kreislandwirt Graf Reichersberg weist darauf hin, daß angesichts dieser Sachlage der Bauer für den freien Tauschhandel sehr empfänglich sei. - Für die diesjährige Getreideerfassung, die innerhalb 8 bis 12 Wochen durchgeführt werden müsse, seien alle Vorbereitungen getroffen. In den einzelnen Gemeinden des Landes habe man sich Ukrainer namhaft machen lassen, die als Verbindungsmänner eingesetzt werden sollten. Ihre Aufgabe sei, den draußen eingesetz-

ten Polizeiorganen jeder Zeit die notwendigen Aufklärungen zu geben. Durch ständige Prüfungen in den Gemeinden werde man auch in der Lage sein, festzustellen, wie die Anlieferung vor sich gehe.

Bei Dienstbesprechungen mit den Vögten und Schulzen in den einzelnen Bezirken habe man den Eindruck gewonnen, daß sie guten Mutes seien und ihre schweren Verpflichtungen erfüllen zu können glaubten.

Die Lagerräume für die Aufnahme der Ernte seien im Kreise Tarnopol vorbereitet. Man verfüge über einen Lagerraum für insgesamt 32 ooo t bei einer normalen Schütthöhe von 1,1o m. Günstige Witterung vorausgesetzt, könnte die Schütthöhe auf 2 bis 2 ½ m erhöht werden. Verschiedene Holzbaracken seien bereits aufgestellt, ein großer Bau mit 3 Hallen zu je 5 ooo t sei in Arbeit.

Leider sei infolge des Mangels an Arbeitskräften mit den Erntearbeiten zu spät begonnen worden, trotzdem hoffe man, Lagerraum mit einer Aufnahmefähigkeit von 25 ooo t zu schaffen, da man auch noch Kirchen und Schulen für diesen Zweck zur Verfügung habe.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Graf Reichersberg, daß die Bauern, wenn sie sich auch heute schon im Besitz der Felder befänden, Wert darauf legten, Eigentümer zu sein. Vom Standpunkt der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft könne die Reprivatisierung nur begrüßt werden.

Der inzwischen erschienene Leiter des Straßenbauamtes Bofinger nimmt zu der Frage Stellung, weshalb Straßenbauten im Kreise Tarnopol abgebrochen werden mußten. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin,

28.7.1942

daß die Haushaltsmittel für die Straßenbauten direkt von der Zentrale in Krakau angewiesen würden. Im Falle der Firma Niehoff habe er plötzlich feststellen müssen, daß die bewilligten Mittel bereits ausgegeben worden seien. Auf Anfrage bei der Zentrale in Krakau sei ihm gesagt worden, daß die betreffende Straße nicht weitergebaut werden solle. Es handle sich im vorliegenden Falle um die Straße Tremplowa-Tarnopol.

Der Herr Generalgouverneur ordnet eine Nachprüfung dieses Falles an.

Landkommissar Labuda-Zborow berichtet, daß das Landkommissariat am 1.Juni eröffnet worden sei. Es umfasse den nordwestlichen Teil des Kreises Tarnopol und liege beiderseits der großen Straße Lemberg-Tarnopol und der Eisenbahnlinie Lemberg-Tarnopol. Die räumliche Ausdehnung des Gebietes betrage ~~100 qm~~ 2000 qkm mit etwa 100 ooo Menschen. Davon seien 80 % Ukrainer, 14 % Polen und 6 % Juden. Volksdeutsche gebe es so gut wie gar nicht. Etwa 200 Reichsdeutsche seien in den verschiedensten Stellen tätig. Das Landkommissariat gliedere sich in 7 Sammelgemeinden mit 81 Dörfern und 3 kleinen Städten. Die größte Längenausdehnung dieses Gebietes betrage etwa 55 bis 60 km, die größte Breite 33 km. Die Einrichtung einer deutschen Verwaltungsstelle in einem solchen Gebiet habe sich als notwendig erwiesen, da die Ukrainer, die bisher dort tätig gewesen seine, die Aufgabe verwaltungs- und führungsgemäß nicht bewältigen könnten. Die Ukrainer hätten die Einrichtung einer deutschen Stelle nicht gern gesehen, weil sie darin eine Einengung ihrer eigenen Möglichkeit erblickten. Sie hätten aber bald einsehen müssen, daß es in ihrem

eigenen Interesse liege, wenn eine deutsche Stelle die Aufgaben in die Hand nähme, und sie gäben selber zu, daß sie nicht in der Lage gewesen wären, in der kurzen Zeit diese Aufgaben zu meistern. Auch wachse die Einsicht, daß ihre völkischen Belange bei den Deutschen gut aufgehoben seien. Sie versuchten jetzt, eine Jugend heranzubilden, die ihre Wünsche später verwirklichen könnte.

Das Landkommissariat Zborow zeige überwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Wald gebe es dort nur sehr wenig, Industrie überhaupt nicht. Es müsse jetzt verwaltungsmäßig die Grundlage dafür geschaffen werden, damit die landwirtschaftliche Erzeugung auf ein Höchstmaß gebracht werden könne. Der Bezirkslandwirt müsse weitgehend unterstützt und die Vögte müßten in ihrer Autorität gestärkt werden.

Der Schwerpunkt der Arbeiten in den letzten Wochen habe beim Straßenbau gelegen. Wer den Zustand des Straßenbaues vor dem 15. Juni mit dem jetzigen Zustand vergleiche, müsse zugeben, daß schon Erfolge erzielt worden seien. Gleichwohl könne man die bisherigen Ergebnisse nicht etwa schon als zufriedenstellend bezeichnen; denn die Straßen genügten bei weitem nicht deutschen Ansprüchen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Straßenbaumeistern des Bezirks habe gute Erfolge gezeitigt; sie sei ein Beweis dafür, daß eine Angliederung dieser Außenstellen der Hauptabteilung notwendig sei, zumindesten aber ihnen ein Weisungsrecht gegeben werden müsse. Eine vordringliche Arbeit sei die Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich gewesen. Wenn dies auch eigentlich eine Aufgabe des Arbeitsamtes sei, so sei doch die Hilfe des Landkommissars dringend notwendig gewesen, um auf die Vögte und Schulzen einwirken zu können.

28.7.1942

Auf diese Weise habe man erreicht, daß bis jetzt 5 ooo Menschen nach Deutschland vermittelt werden konnten. Insgesamt wolle man 10 ooo Menschen aus diesem Bezirk herausholen. Leider sei immer noch mit einer starken Gegenpropaganda zu rechnen.

Von besonderer Bedeutung sei die Hereinbringung der Ernte, ihre Erfassung und Weiterleitung an die zuständige Stelle. Alle hierfür erforderlichen Maßnahmen seien eingehend besprochen worden. Die Bauern müßten zum Teil ihr gesamtes Brotgetreide abgeben, was naturgemäß auf die Stimmung in der Bevölkerung ungünstig einwirken werde. Deshalb müsse dafür gesorgt werden, daß den Bauern zum Ausgleich Textilien und Schuhwerk gegeben würde.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, daß in den bäuerlichen Kreisen eine entsprechende wirksame Propaganda getrieben werde. Den Bauern müsse gesagt werden, daß Deutschland in dem größten Krieg aller Zeiten stehe, es müsse ihnen klar gemacht werden was der deutsche Mensch im Reich leiste und welche Ernährung er dort erhalte. Die Propaganda müsse sich eben auch um die Ukrainer und Polen kümmern.

Landkommissar Labuda bemerkt, daß nach Möglichkeit die Bevölkerung aufgeklärt werde. Die beste Propaganda sei allerdings immer der eigene Einsatz und die eigene Leistungsfähigkeit.

Stadtkommissar Saltner-Tarnopol berichtet, daß die Stadt Tarnopol eine Einwohnerzahl von insgesamt 37 ooo habe, davon je etwa 12 5oo Polen und Ukrainer und 350 deutschstämmige Einwohner. Wenn sich auch die jüdische Gruppe vor der Besetzung durch die Sowjets

um 4ooo ermäßigt habe, so mache sie doch immer noch mehr als ¼ der gesamten Bevölkerung aus.

Eine der ersten Sorgen der polnischen Stadtverwaltung sei es gewesen, den in Tarnopol herrschenden großen Wohnungsmangel zu bekämpfen, und zwar durch Ausweitungsbauten im Inneren der Stadt und durch Schaffung einer Stadtrandsiedlung. Heute gelte es vor allem, genügenden Wohnraum für die Deutschen zu schaffen und zu diesem Zweck zerstörte Wohnungen und Bauten wiederherzustellen. Von der Regierung des Generalgouvernements sei für den Distrikt Galizien eine Erleichterung in der Möglichkeit des Bauens geschaffen worden; jedoch reiche diese Hilfe für eine grundlegende Verbesserung der Lage nicht aus. Das deutsche Hotel werde dauernd von einer größeren Anzahl von Reichsdeutschen bewohnt, die sonst keine Unterkunft fänden. Eine weitere Zusammendrängung des Judentums halte er aus sanitären Gründen für unmöglich ganz abgesehen davon, dass die von den Juden bewohnte Altstadt in ihrem gegenwärtigen Zustande von anderen Menschen nicht bewohnt werden könne.

Eine weitere Hauptaufgabe sei die Wiederherstellung der Straßen und die Instandsetzung der Bürgersteige, die stark gelitten hätten. Da die polnische Stadtverwaltung nur wenig, die sowjetische Stadtverwaltung überhaupt nichts für den Straßenbau getan habe, befänden sich diese seit zwei bis drei Jahren in einem jeder Beschreibung spottenden Zustand. Auf diesem Gebiet habe er bisher allerdings gute Fortschritte erzielen können, nur wirke sich ebenso wie beim Wohnungsbau auch hier der Mangel an Arbeitskräften, an Gespannen und sonstigen Transportmitteln sehr hemmend aus.

28.7.1942

Die Straßenreinigung und die Fäkalienabfuhr sei in den letzten Monaten vor dem Ausbruch des Krieges so vernachlässigt gewesen, daß sich die Senkgruben in einem furchtbaren Zustand befänden. Hier habe die Stadt eine große Anzahl von Gespannen einsetzen müssen. Weiter sei die Ausweitung der Kanalisation notwendig. - Mit der Wiederherstellung und Neuschaffung von Grünflächen wolle man auch gleichzeitig sanitäre Maßnahmen durchführen. In den letzten Monaten sei ein beträchtlicher Rückgang der ansteckenden Krankheiten zu verzeichnen.

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, allerdings eng verknüpft mit der städtischen Fürsorge, hätten sich große Schwierigkeiten infolge der von den Sowjets geschaffenen Lage ergeben. Die Sowjets hätten die für ukrainische und polnische Kinder vorgesehenen Waisenhäuser liquidiert und die Insassen nach Tarnopol gebracht. Zu Ende des Jahres 1941 sei deshalb eine größere Anzahl von Waisenkindern, deren Heiamtort nicht mehr festgestellt werden könne, der städtischen Fürsorge zur Last gefallen.

Die Stadt Tarnopol habe bislang kein Wasserwerk besessen. Es sei wohl in den letzten Jahren des polnischen Staates von der Stadtverwaltung die Errichtung eines solchen Werkes geplant gewesen. Er versuche nun, Mittel für den Ausbau eines solchen Werkes zu erhalten, und werde im nächsten Jahr einen entsprechenden Antrag bei der Regierung einreichen. Die Stadt verfüge zwar über 125 öffentliche Brunnen und auch über eine größere Anzahl von Privatbrunnen, aber die Wasserverhältnisse seien doch so schlecht, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden müsse.

16

28.7.1942

Das durch Bombenwurf stark beschädigte Elektrizitätswerk habe durch Fachleute schnell wieder instand gesetzt werden können, sodaß eine notdürftige Versorgung gewährleistet sei. Allerdings stehe das Werk ständig vor der Gefahr, angesichts der immer knapper werdenden Kohlenbelieferung den Betrieb einstellen zu müssen. Die Bewirtschaftungsstelle für Kohle tue zwar ihr möglichstes, aber die Lage sei doch so, daß überhaupt keine Wintervorräte herangebracht werden konnten, sondern der bestehende Vorrat aufgebraucht werden mußte. Da als Hauptabnehmer des Stromes die Wehrmacht und die Ostbahn in Betracht kämen, habe er sich an diese beiden Stellen mit dringenden Ersuchen gewendet, leider ohne großen Erfolg.

Die Stadt Tarnopol verfüge abgesehen von dem Elektrizitätswerk und dem Schlachthof über keine größeren Unternehmungen. Daher sei die Finanzgebarung in sehr bescheidenen Grenzen gehalten. Deshalb müsste das der Gemeinde an Grundstücken und Gebäuden zustehende Eigentum sobald als möglich wiederhergestellt werden, damit der Stadt aus diesem Vermögen wie die der Einkünfte zufließen könnten. Die Stadt habe früher als Kreisfreie Stadt größere Einnahmen an staatlichen Steuern gehabt, was jetzt nicht mehr der Fall sei. Hier müsse also ein Ausgleich geschaffen werden.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß sich bei der Besprechung des Verordnungsentwurfs über die Reprivatisierung die Notwendigkeit ergeben habe, baldmöglichst eine Verordnung über die Rückgabe bzw. die Feststellung des Eigentums des ehemaligen polnischen Staates und der Gemeinden zu erlassen. Dieser Verordnungsentwurf werde von den Hauptabteilungen

28.7.1942

Finanzen und Innere Verwaltung ausgearbeitet und im Laufe des Jahres herauskommen.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich weist darauf hin, daß die Strecke von Krakau nach Tarnopol im ganzen Generalgouvernement den stärksten Engpaß darstellt. Er könne deshalb nur den Rat geben, sich mit der Wehrmacht in Verbindung zu setzen und an sie ein entsprechendes Ersuchen zu richten. DerWehrmacht müsse eben gesagt werden, daß sie sich ja auch nicht in diesem Raum aufhalten könne, wenn nicht die Versorgungsbetriebe wenigstens mit einem Minimum an Kohle bedacht würden.

Hauptabteilungspräsident Naumann nimmt zur Frage der Reprivatisierung Stellung. In der letzten Sitzung in Krakau habe er den Vorschlag gemacht, man solle jetzt das lebende und tote Inventar, daß zum Teil von den Russen in Kolchos-Betrieben hereingenommen worden sei, und die Gebäude, deren Eigentumsverhältnisse in den verschiedenen Gebieten auch etwas unklar seien, zurückgeben. Eine generelle Rückgabe habe er zur Zeit nicht unterstützen wollen. Nach Ausführungen, die Staatssekretär Krüger gemacht habe, ist sei es dann nicht zur Annahme dieses Vorschlages gekommen, sondern man habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage des Eigentums überhaupt nicht wieder in der Form behandelt werden solle. Man habe darauf hingewiesen, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gewisse Bedenken geäußert habe, zum anderen, daß, wenn man jetzt die Frage des Eigentums in die Debatte werfe, viele überhaupt erst hellhörig werden würden. Diese Bauern hätten vielleicht geglaubt, sie seien schon Eigentümer, da sie

die restlose Bodennutzung hätten, sie könnten behalten, was sie ernteten, sie könnten das Vieh, das sie aufzögen, verkaufen und den Erlös in ihre Tasche stecken.

Kreislandwirt Graf Reichersberg ist der Ansicht, daß es sich in diesem Fällen um Bauern handle, die über wenig Intelligenz verfügten. Er habe vor einem Jahr den Eindurck gewonnen, daß damals der Bauer keinen Unterschied zwischen Nutznießung und Eigentum gemacht habe. Mittlerweile habe sich dann die Ansicht der Bauern geändert.

Hauptabteilungspräsident Naumann bemerkt, daß den Bauern, wenn sie jetzt ablieferten, auch die Prämienware in Gestalt von Textilien usw. gegeben werde. In dieser Beziehung werde Galizien genauso behandelt wie das alte Generalgouvermement. Allerdings seien gewisse Schwierigkeiten für die Herstellung der Prämienscheine wegen Papiermangels aufgetaucht, diese Prämienscheine hätten nicht bis zum 21.Juli hergestellt werden können. Sie würden aber bis zum Beginn der Ablieferung zur Verfügung stehen.

Für den Kreis Tarnopol sei ein Kontingent von 46 ooo t Brotgetreide und ein Kontingent an Futtergetreide umgelegt worden. Wenn man zu Grunde lege, daß dieser Kreis immerhin eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 450 ooo Hektar habe und es freigelassen worden sei, ob das Kontingent Brotgetreide in Roggen, Weizen oder Gerste abgeliefert werde, dann müsse es auf jeden Fall gelingen, diese Menge aufzubringen.

28.7.1942

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabteilungspräsident Ohlenbusch, daß er sich seit einiger Zeit der Versorgung der fremdvölkischen Bevölkerung mit Propagandamaterial angenommen habe. Wenn er jetzt zum ersten Mal in diesen Kreis komme, dann beweise das, daß es bisher an einer Berichterstattung gemangelt habe, die vom Kreis zur Hauptabteilung gelangen müsse. Eine Propaganda wirkungsvoller Art werde ihm nur möglich sein, wenn alle ihm zur Verfügung stehenden Propagandamittel wie Film, Rundfunk, Plakate, Flugblätter usw. eingesetzt werden könnten. Er könne diese Mittel aber nur einsetzen, wenn er vorher eine Propagandaerkundung durchgeführt habe. Er habe schon den Einsatz von Filmwagen für Galizien vorgesehen. Leider stehe nicht genügend Benzin zur Verfügung, auch mangle es an einer Verbindung der Kreise mit der Abteilung im Distrikt. Er sei aber überzeugt, daß sich diese Verhältnisse in nächster Zeit bessern würden.

Gouverneur Dr. Wächter dankt am Schlusse der Dienstbesprechung dem Herrn Generalgouverneur dafür, daß er mit seinen Mitarbeitern nach Tarnopol gekommen sei. Es sei ein ganz eigenartiger Fall, daß der Staatschef mit seiner Regierung zur ersten Instanz gehe und einer solchen Sitzung beiwohne. Im übrigen habe die Besprechung gezeigt, wie sehr in Galizien alles noch im Anfang stehe. Er und seine Mitarbeiter seien mit dem, was bisher geschehen, gearbeitet und geleistet worden sei, noch lange nicht zufrieden.

Was die Kritik an den Zuständigkeiten angehe, so werde man diese Beschwerden in jeder Kreishauptmannschaft hören. Das gelte besonders für die Zuständigkeit auf dem Gebiete des Straßenbaues. Eine Einflußnahme auf diesen Kompetenzenaufbau sei zu-

mindest in der Sphäre der Kreishauptmannschaft und des Distrikts sehr erwünscht.

Was im besonderen den Straßenbau angehe, so werde der Distrikt gern einen außerordentlichen Beitrag dadurch leisten, daß die Kreishauptmannschaften mit ihrem Apparat hinsichtlich des Einsatzes von Menschen und Gespannen tätig seien. Selbstverständlich habe auch die Distriktsverwaltung das größte Interesse daran, daß zunächst die Durchgangsstraßen in Ordnung gebracht würden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, daß die Einrichtung der Landkommissariate überall durchgeführt worden sei bis auf den Distrikt Radom, wo es allerdings auch schon Ansätze dafür gebe.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky nimmt zu der Frage Stellung, wie die Straßenbauvorhaben finanziell durchgeführt werden sollten. Wenn immer wieder darüber geklagt werde, daß in der Beschränkung der Baumittel auf 20 ooo Zloty eine Erschwerung liege, so weise er darauf hin, daß diese Summe von 20 ooo Zl. die Grenze zwischen einmaliger Bauausgabe und laufender Bauausgabe darstelle. Bei den Summen, die über 20 ooo Zl. hinausgehen, handle es sich um einmalige Ausgaben, die besonders einzustellen seien. In Zukunft werde diese Schwierigkeit wesentlich geringer sein. Es würde allerdings einer vorausschauenden Arbeit vor allem der Kreishauptmänner und auch der ~~Dirst~~ Distriktsverwaltung bedürfen. Die Schwierigkeiten entständen ja hauptsächlich durch die Notwendigkeit der nachträglichen Berichtigung.

28.7.1942

Kreishauptmann von Harbou berichtet dann noch kurz über die kulturellen Einrichtungen im Kreise Tarnopol. Zur Verfügung ständen ein Wehrmachtskino und ein ukrainisches Theater, das auch von Deutschen besucht werde. Spielgruppen kämen gelegentlich nach Tarnopol. Abgesehen von einem kleinen Kasino bestehe leider nicht die Möglichkeit, in Tarnopol ein großes deutsches Haus aufzumachen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Kreishauptmann von Harbou, daß die benötigten Mittel fristgemäß von Lemberg angefordert würden, daß ihre Auszahlung aber vielfach zu spät erfolge. Im allgemeinen erhalte man nur 40 oder höchstens 60 % der benötigten Summe.

Finanzpräsident Dr. Senkowsky führt dieses Unstimmigkeiten darauf zurück, daß die Finanzgebarung der Kommunalverbände noch nicht funktioniere.

Der Herr Generalgouverneur weist Finanzpräsident Dr. Senkowsky an, dafür Sorge zu tragen, daß die Kreishauptmannschaften rechtzeitig in den Besitz der für die sie bestimmten Haushaltsmittel gelangen.

Der Herr Generalgouverneur faßt dann das Ergebnis der Besprechung zusammen und stellt fest, daß er sowohl wie die Mitglieder der Regierung einen sehr erfreulichen Eindruck von der Arbeit im Kreise Tarnopol gewonnen hätten.

Schluß der Sitzung 15 Uhr 40 Minuten.

28.7.1942

15^{45} Besprechung mit Hauptabteilungspräsidenten Naumann, Kreislandwirt Graf Reichersberg, Wehrmachtsinspektor Soltau in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple und Gouverneur Dr. Wächter.

Gegenstand der Besprechung ist die erhöhte Anforderung von Fleisch seitens der Wehrmacht.

Hauptabteilungspräsident Naumann führt aus, daß sich die Anforderungen der Wehrmacht im allgemeinen im Rahmen der monatlich zu liefernden Kontingente gehalten hätten. Die Tatsache, daß plötzlich eine Verfünffachung des regelmäßigen Kontingents eingetreten sei, sei offenbar darauf zurückzuführen, daß für die kämpfende Truppe plötzlich größere Fleischmengen zur Verfügung gestellt werden mußten. Bei der Dienststelle des Militärbefehlshabers müsse natürlich Klarheit darüber bestehen, daß das ihm zur Verfügung stehende Kontingent bei derartig erhöhten Anforderungen eines Tages ausgeschöpft sein werde.

Wehrmachtsinspektor Soltau ist ebenfalls der Ansicht, daß eine vorsichtige Wirtschaft am Platze sei. Es werde auch dafür Sorge getragen, daß in die Viehbestände mit aller Schonung eingegriffen werde. So werde z.B. keine tragende Kuh genommen und überhaupt jeglicher Raubbau an der Viehwirtschaft vermieden.

16^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Ukrainischen Kreiskomitees.

Der Leiter des Komitees richtet folgende Ansprache an den Herrn Generalgouverneur:

28.7.1942

Herr Generalgouverneur, Herr Reichsminister!
Im Namen des Ukrainischen Kreiskomitees und im Namen der ukrainischen Bevölkerung des Kreises Tarnopol ist mir die Ehre widerfahren, auf diesem seit Jahrtausenden heiß umkämpften und verteidigten, nicht nur mit dem Schweiß, sondern auch mit dem Blut des ukrainischen Volkes reich durchtränkten Boden Podoliens Sie herzlichst und mit vollster Freude willkommen zu heißen.

Vor allem in innigster Dankbarkeit für die vor einem Jahre erfolgte Befreiung unserer Heimat vom frevelhaften Bolschewismus bringen wir jetzt im Moment des gewaltigen Ringens um Neuordnung und Freiheit unsere Ergebenheit dem Führer des deutschen Volkes mit seiner Regierung und der unbesiegbaren Wehrmacht entgegen. In diesem entscheidnden weltgeschichtlichen Ringen aller europäischen Völker und der ganzen Kulturwelt für die bessere Zukunft stehen die Ukrainer mit ganzer Seele und mit innigstem Herzen an der Seite des deutschen Volkes.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir unsere Dankbarkeit und Anhänglichkeit durch Taten beweisen müssen, da von dem Ausgang dieses Ringens auch das Schicksal unseres Volkes abhängt. Wir sind überzeugt, daß in der Neuordnung nach dem siegreichen Ausgang dieses Weltkrieges die ihm gebührende Stellung in der europäischen Volksgemeinschaft einnehmen wird.

Wir sind also zu jedem Opfer bereit und erachten es für unsere heilige Pflicht, durch Einsatz aller unserer Arbeitskräfte die Front der Arbeit zusammen mit dem deutschen Volk zu stärken, um den vollen Sieg und die Befreiung Europas zu erringen.

Seit einem Jahre stehen wir im Distrikt Galizien unter der+deutschen Verwaltung, die unter Ihrer erprobten Führung, Herr Generalgouverneur, auf dem

28.7.1942

Prinzip des Kriegseinsatzes, aber auf der wohlwollenden Gerechtigkeit und der Rechtmäßigkeit wirkt und in dieser Richtung weiterentwickelt wird. Zu Ihrer Verwaltung stehen wir mit vollem Vertrauen, und wir bitten auch, uns und unserer Mitarbeit Ihr Vertrauen schenken zu wollen.

Wir bitten ferner, wenn seitens mancher unserer ukrainischen Volksgenossen irgendwelche Übergriffe oder ein Versagen vorgekommen sein sollte, solche Fälle mit Nachsicht und Milde - wenn auch Kriegsgesetze hart sind - behandeln zu wollen mit Rücksicht darauf, daß durch anormale Verhältnisse zur Polenzeit und zur Zeit des schrecklichen bolschewistischen Joches die ukrainische Bevölkerung Galiziens als gewissermaßen krank zu betrachten und behandeln ist. Insbesondere war es die Jugend, die sich durch jene anormalen Verhältnisse der Führung der älteren entzogen hat und jetzt erst der vollen Gesundung entgegengehen, um sich der rechten Führung zu fügen.

Die einheimische ukrainische Bevölkerung ist milde mit hochentwickeltem Gerechtigkeitssinn und Begriff der imponderabilen Werte. Für milde und rechtmäßige Behandlung und - ich wende den populären Ausdruck an - für das gute Wort ist er bereit sein letztes Hemd abzugeben.

Es bleibt mir noch hervorzuheben, daß wir bei unserem Herrn Kreishauptmann ~~und immm~~ volles Verständnis und immer schnellste Unterstützung in unseren berechtigten Wünschen und volles Entgegenkommen erfahren und daß wir ihm für sein gerechtes Entscheiden und scharfes Eingreifen großes Vertrauen und den besten Willen für Mitarbeit entgegenbringen.

Herr Generalgouverneur, ich bitte, die Zusicherung unserer Treue zum Führer und zu Ihnen entgegennehmen zu wollen. Wir erklären, daß wir zu jeder Mitarbeit

mit Ihrer Regierung und zu jedem Opfer bereit sein werden, um die Zertrümmerung und Beseitigung des depravierenden Bolschewismus und aller Feinde Europas zu erkämpfen und den Endsieg zu erringen. Unser Schicksal ist aufs engste mit dem Schicksal des deutschen Volkes verbunden. Der Sieg des deutschen Volkes ist auch unser Sieg.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Sprecher der Delegation für diese Worte. Er nehme die Erklärung des Komitees zur Kenntnis und werde alles tun, um den gerechten Belangen des ukrainischen Volkes zu entsprechen.

Der Herr Generalgouverneur unterhält sich sodann mit den Mitgliedern des Komitees, die ihm eine eindrucksvolle Schilderung von den Verhältnissen im Kreise Tarnopol, von den Schrecken der Polenzeit und der bolschewistischen Herrschaft geben.

DerHerr Generalgouverneur setzt die Mitglieder der Delegation davon in Kenntnis, daß die ukrainischen Institute in Lemberg, die der Ausbildung von Ärzten und Juristen dienen sollen, wieder eröffnet werden sollen. Er richtet dan Appell an die Delegation, hier tatkräftig mitzuhelfen und dafür zu sorgen, daß baldmöglichst wieder eine ukrainische Intelligenz erstehe. Wenn ein Land wie Galizien 5 Millionen Ukrainer zähle, dann müsse doch eigentlich der ukrainische Volksteil auch in der Verwaltung eine ganz andere Rolle spielen, als das bislang der Fall gewesen sei. Die deutsche Verwaltung werde sich gern der Mitarbeit des ukrainischen Volksteils bedienen, um so mehr, da ja doch die Selbstverwaltung in der Hand der Ukrainer bleiben müsse. Er spreche der Delegation ~~teilnehmern~~ den Dank für das Treuegelöbnis

aus und sei der Überzeugung, daß der Gouverneur und der Kreishauptmann im Einvernehmen mit ihm, dem Generalgouverneur, den ukrainischen Belangen entsprechen würden.

16[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees.

Der Sprecher der Abordnung richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Worte:
Beehrt durch die Möglichkeit, im Namen des Polnischen Hilfskomitees in Tarnopol sich vorstellen und Sie, Herr Generalgouverneur, begrüßen zu dürfen, empfinde ich die angenehme Pflicht, Ihnen für die Erlaubnis unserer Betätigung auf dem sozialen Gebiet und für die großzügige Hilfe, die Sie uns sowohl in finanzieller Beziehung als auch in Naturalleistungen zu teil werden lassen, meinen wärmsten Dankbarkeitsgefühle zum Ausdruck zu bringen.

Mit dem Gefühl der freudigen inneren Bewegung unterstreiche ich auch die Gewogenheit und Objektivität des gegenwärtigen Herrn Kreishauptmanns uns gegenüber, sodaß unsere Gemeinschaftsarbeit die besten Früchte zu zeitigen verspricht.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich anschließend nach den Verhältnissen der im Kreise Tarnopol ansässigen Polen.

Der Sprecher der Abordnung berichtet, daß von der Gesamtbevölkerung des Kreises Tarnopol von insgesamt etwa 480 ooo Menschen rund 40 % Polen seien. Genaue Angaben könnten nicht gemacht werden, da in manchen Familien ein Teil sich zu den Polen, ein anderer zu den Ukrainern zähle. Dies sei auf die

28.7.1942

aus und sei der Überzeugung, daß der Gouverneur und der Kreishauptmann im Einvernehmen mit ihm, dem Generalgouverneur, den ukrainischen Belangen entsprechen würden.

16[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Abordnung des Polnischen Hilfskomitees.

Der Sprecher der Abordnung richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Worte:
Beehrt durch die Möglichkeit, im Namen des Polnischen Hilfskomitees in Tarnopol sich vorstellen und Sie, Herr Generalgouverneur, begrüßen zu dürfen, empfinde ich die angenehme Pflicht, Ihnen für die Erlaubnis unserer Betätigung auf dem sozialen Gebiet und für die großzügige Hilfe, die Sie uns sowohl in finanzieller Beziehung als auch in Naturalleistungen zu teil werden lassen, meinen wärmsten Dankbarkeitsgefühle zum Ausdruck zu bringen.

Mit dem Gefühl der freudigen inneren Bewegung unterstreiche ich auch die Gewogenheit und Objektivität des gegenwärtigen Herrn Kreishauptmanns uns gegenüber, sodaß unsere Gemeinschaftsarbeit die besten Früchte zu zeitigen verspricht.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich anschließend nach den Verhältnissen der im Kreise Tarnopol ansässigen Polen.

Der Sprecher der Abordnung berichtet, daß von der Gesamtbevölkerung des Kreises Tarnopol von insgesamt etwa 480 ooo Menschen rund 40 % Polen seien. Genaue Angaben könnten nicht gemacht werden, da in manchen Familien ein Teil sich zu den Polen, ein anderer zu den Ukrainern zähle. Dies sei auf die

28.7.1942

Zugehörigkeit zur römisch-katholischen bzw. griechisch-katholischen Kirche zurückzuführen. Wer sich zur griechisch-unierten Kirche bekenne, der solle Ukrainer sein. Gleichwohl hätten sich viele Angehörige der griechisch-katholischen Kirche zum Polentum bekannt. Es komme häufig vor, daß ein polnisches Kind in einer griechisch-katholischen Kirche getauft werde. Im allgemeinen bestehe die Sitte, daß die Tochter die Nationalität der Mutter, der Sohn diejenige des Vaters annehme. Die römisch-katholisch Kirche werde von einem Bischof mit dem Sitze in Lemberg geleitet. Leider hätten die Bolschewisten die schöne Dominikanerkirche in Tarnopol absichtlich zerstört, und die polnische Bevölkerung sei jetzt am Werke, die angerichteten Zerstörungen zu beiseitigen.

Die polnische Bevölkerung des Kreises gehöre überwiegend dem Handwerkerstande an. Die Intelligenz sei fast zu 80 % von den Bolschewisten wegegeschleppt oder ermordet worden. - Die Tätigkeit des polnischen Hilfskomitees bestehe hauptsächlich in der Verabreichung von Mittagessen. In der Stadt Tarnopol würden auf diese Weise 350 bis 400 Polen versorgt. Vorräte habe man vielleicht für 2 Wochen, Kartoffeln gebe es überhaupt nicht.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie das Verhältnis der Ukrainer zu den Polen sei, erwidert der Sprecher der Abordnung, daß es für ihn schwer sei, darüber zu sprechen.

Kreishauptmann von Harbou bemerkt dazu, daß der Gegensatz stärker geworden sei. Es sei allerdings nicht leicht, ein objektives Urteil über diese Dinge zu gewinnen.

28.7.1942

Der Herr Generalgouverneur will dafür gesorgt sehen, daß die Polen von den Ukrainern nicht unterdrückt werden.

16[45] Fahrt zum Liegenschaftsbetrieb Mikulcine.

Hier werden dem Herrn Generalgouverneur die Pferde- und Rindviehbestände gezeigt. Ferner werden die Schweineställe besichtigt.

18[00] Fahrt nach Miszkowice.

18[25] Ankunft in Miszkowice.

A b e n d e s s e n in Miszkowice. Danach Besichtigung des Parkes. Ein ukrainischer Chor bringt ukrainische Lieder zum Vortrag.

21[00] Rückfahrt nach Tarnopol.

(Übernachtung im Sonderzug)

Mittwoch, den 29.Juli 1942

7^{35} Abfahrt der Wagenkolonne vom Bahnhof Tarnopol.

8^{30} In Trembowla wird der Herr Generalgouverneur vom Bürgermeister begrüßt.

8^{50} Kreishauptmann von Harbou verabschiedet sich von dem Herrn Generalgouverneur. Kreishauptmann Kujat meldet sich beim Herrn Generalgouverneur.

9^{10} In Kopizince wird der Herr Generalgouverneur von der ukrainischen Bevölkerung begrüßt. In einer Ansprache versichert der ukrainische Bürgermeister dem Herrn Generalgouverneur, daß die ukrainische Bevölkerung immer treu bleiben und am Aufbau mithelfen werde. Er dankt für die Befreiung vom bolschewistischen Joch. - Von einer Ukrainerin werdem dem Herrn Generalgouverneur Salz und Brot gereicht.

9^{30} An der Grenze der Stadt Czortkow wird der Herr Generalgouverneur von zahlreichen Ukrainern zu Pferde begrüßt.

9^{35} Empfang des Herrn Generalgouverneurs und der Reiseteilnehmer vor der Kreishauptmannschaft. Kreishauptmann Kujat stellt dem Herrn Generalgouverneur den Stadtkommandanten und die Behördenleiter vor. Von der zahlreich vertretenen ukrainischen Bevölkerung wird der Herr Generalgouverneur lebhaft begrüßt.

29.7.1942

Der Leiter des Ukrainischen Kreiskomitees Dr. Michael Roslak richtet an den Herrn Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Generalgouverneur! Es ist unserem Kreiskomitee eine besondere Ehre und Freude, einen so erhabenen Gast in unserer Stadt begrüßten zu dürfen. Im Namen der ukrainischen Bevölkerung unseres Kreises heißen Sie auf das herzlichste willkommen. Ihre Ankunft in unserer Stadt erinnert uns unmittelbar an jene großen Tage, als hier ungefähr vor einem Jahr die siegreichen Truppen unter dem deutschen Banner einmarschiert sind. Sie haben uns vom Joch unserer Erzfeinde befreit und die bolschewistische Gefahr auf immer von uns gebannt. Die Erinnerung an jene Tage ist immer lebendig, und Ihre Person macht uns diese Erinnerung zur Wirklichkeit.

Geruhen Sie, Exzellenz, zur Kenntnis zu nehmen, daß das gesamte ukrainische Volk sich wohl dessen bewußt ist, was es der deutschen Wehrmacht zu verdanken hat. In diesem Bewußtsein bringen wir Ihnen als dem höchsten Vertreter der deutschen Macht in diesem Lande unsere innigste Dankbarkeit zum Ausdruck für die Taten des heldenmütigen deutschen Soldaten, der im gewaltigen Ringen in Osteuropa auch für unsere Sache und für die Zukunft des ukrainischen Volkes gefochten hat und weiterhin kämpfen wird.

Ich versichere Sie, daß wir nicht nur mit unseren Gefühlen bei den deutschen Helden im Osten sind, sondern daß wir auch mit Taten zum Gedeihen dieses großen Kampfes beitragen wollen.

Obwohl wir hier weit entfernt von großen Zentren leben, verstehen wir wohl die großen weltpolitischen Zusammenhänge, welche dem heutigen Kriege zu Grunde liegen. Infolge dessen sind wir fest überzeugt, daß

die Mitarbeit des ukrainischen Volkes an der Herbeiführung des Sieges der deutschen Waffen für uns eine Notwendigkeit geworden ist, die unseren eigensten nationalen Interessen entspricht. Wir werden daher alles daransetzen, daß sie ungeachtet der schwierigen Verhältnisse der Kriegszeit erfolgreich sein wird.

Unser Komitee hat sich als seine erste Aufgabe den deutschen Behörden gegenüber gestellt, diese Mitarbeit auf das beste auszubauen. Der Kreishauptmann wird Ihnen, Herr Generalgouverneur, sicher bestätigen können, daß wir es mit dieser Mitarbeit durchaus ernst und aufrichtig meinen.

Ich darf noch dankbar erwähnen, daß seitens des Herrn Kreishauptmanns den durch die vorhergegangenen Kriegswirren entstandenen Problemen der ukrainischen Bevölkerung größtes Verständnis entgegengebracht wird.

Im Geiste unserer traditionellen Freundschaft begrüßen wir Sie, Exzellenz, als unseren teuren Gast gemäß unseren herkömmlichen Gebräuchen.

Geruhen Sie, diese Gaben als Symbol unserer Gastfreundschaft so herzlich zu empfangen, wie wir Sie, Herr Generalgouverneur, herzlichst empfangen und willkommen heißen.

Dem Herrn Generalgouverneur werden auf einem großen geschnitzten Holzteller Proben der landwirtschaftlichen Erzeugung überreicht.

Mit den Worten: "Wir ukrainischen Kinder grüßen Sie herzlichst, Herr Generalgouverneur," bietet ein ukrainisches Mädchen dem Herrn Generalgouverneur Brot und Salz, ein anderes einen Blumenstrauß.

29.7.1942

Der Herr Generalgouverneur dankt für die Gaben und den herzlichen Empfang und verspricht, alles zu tun, was in seiner Macht liegt, um dem ukrainischen Volke zu helfen.

Der Herr Generalgouverneur wird dann noch von Angehörigen des BDM begrüßt.

9^{50} Bei der Fahrt durch die Stadt Czortkow wird der Herr Generalgouverneur von der Bevölkerung herzlich begrüßt. Bis zur Grenze der Stadt wird die Wagenkolonne von zahlreichen ukrainischen Reitern begleitet.

10^{10} Ankunft in der Tabakfabrik Jagielnica.

Eine volksdeutsche Fabrikarbeiterin überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Blumenstrauß, eine Ukrainerin eine Anzahl verschiedenartiger getrockneter Tabakblätter.

Der Leiter des Betriebes Direktor Semrat, der noch vier andere Tabakfabriken unter sich hat, hält einen Vortrag über die Tabakfabrikation. Er führt dabei aus, daß 60 % des galizischen Tabaks als Zigarettentabak Verwendung finden. Der Tabak werde vorwiegend zur Herstellung der Möve-Zigarette gebrauch Trotz der bolschewistischen Zerstörung sei es im vorigen Jahre gelungen, die Tabakernte hereinzubringen. In diesem Jahre rechne man mit einer Ernte von 5,6 Millionen Kilogramm, was einer Produktion von 5,6 Milliarden Zigaretten entsprechen würde. Direktor Semrat spricht dann von den verschiedenen Tabaksorten und ihrer Anpflanzung. Von der Belegschaft berichtet er, daß im allgemeinen bei ihnen eine große Arbeitswilligkeit festzustellen sei.

29.7.1942

Unter Führung des Direktors Semrat findet darauf eine Besichtigung der der Tabakaufbereitung dienenden Räume statt.

10^{35} F r ü h s t ü c k im Kasino der Fabrik.

Während des Frühstücks bringen ein Chor des Ukrainischen Kreiskomitees unter Leitung des Komponisten Prof. Berezowskyj und ein Chor der Ukrainischen Delegatur in Zaleszcyki unter Leitung von H. Smereczanskyj ukrainische Lieder zum Vortrag. Daran schließen sich Volkstänze, ausgeführt von Schülern des ukrainischen Staatsgymnasiums Czortkow.

Kreishauptmann Kujat ergreift dann das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführt:
Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie bei uns mit besonderer Freude willkommen heißen und Ihnen danken, daß Sie unter Führung des Herrn Gouverneurs Ihre Reise durch diesen südöstlichen Teil Ihres Hoheitsbereiches gelenkt haben. Ich begrüße auch Herrn Staatssekretär Dr. Boepple, Herrn Gouverneur Dr. Wächter, den Bevollmächtigten Reichsamtsleiter Dr.Heuber, Hauptabschnittleiter Stahl, Herrn Oberst Fischer, Herrn Vizegouverneur Losacker und alle anderen Vertreter von Wehrmacht, Partei, SS. Das Gebiet des Kreises Czortkow bildet mit seiner Schwarzerde einen der fruchtbarsten Teile des Generalgouvernements überhaupt. Unsere Hauptaufgabe liegt daher auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft. So ist denn auch das uns in diesem Jahre auferlegte Kontingent von 82 ooo t das höchste, das bisher einer Kreishauptmannschaft auferlegt wurde.

Der harte Winter und das späte Frühjahr stellten uns vor schwere Probleme. Infolge des frühem Eintritts

des Winters konnten nur 25 % der Fläche bestellt werden. Aber dank des Einsatzes der Männer von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft ist es gelungen, doch noch 97 % der nutzbaren Ackerfläche zu bestellen. Die neue Ernte steht bevor, schon beginnt das Korn in den südlichen Teilen der Kreishauptmannschaft zu fallen. Es gilt jetzt, dieses Getreide zu erfassen.

Sehr schwierig liegt für uns das Verkehrsproblem, haben die galizischen Straßen doch den Ruf, die schlechtesten Straßen in ganz Europa zu sein. Auf Anordnung des Herrn Gouverneurs haben wir einen Monat der Straße eingeführt und die gesamte Bevölkerung in den Dienst dieses Monats gestellt. Mit primitivsten Mitteln ist es uns gelungen, die durch Frostausbrüche beschädigten Straßen einigermaßen wieder herzustellen. Auch ist in kürze damit zu rechnen, daß auf sämtlichen Schienenwegen die Wagen wieder rollen.

Die Formen der Selbstverwaltung wurden wiederhergestellt, Gemeindeverbände und Landgemeinden wieder neu gebildet. Sie arbeiten im allgemeinen zufriedenstellend, sodaß jetzt das Gebiet dem Generalgouvernement verwaltungsmäßig angeglichen ist. Die Bevölkerung, die zu 70 bis 80 % aus Ukrainern besteht, ist froh, dem bolschewistischen Joch entronnen zu sein. Der herzliche Empfang, den Sie, Herr Generalgouverneur, hier erlebt haben, wird Ihnen ein Beweis von der loyalen Einstellung der Bevölkerung geben. Wenn auch noch einige Teile der Bevölkerung diese oder jene Maßnahme nicht ganz verstehen, so wird doch mit Hilfe des Ukrainischen Kreiskomitees das Verständnis für solche Maßnahmen erheblich gefördert werden.

Die Hauptaufgabe ruht naturgemäß auf den Schultern weniger deutscher Männer. Diese Aufgabe würde nicht erfüllt werden können, wenn unsere Arbeit durch

29.7.1942

Zuständigkeitsfragen gehemmt werden würde. Wir danken Ihnen deshalb, Herr Generalgouverneur, daß Sie durch die Einführung der Einheit def Verwaltung uns die Möglichkeit gegeben haben, Konflikte zu vermeiden. Unser Dank kann nur darin bestehen, daß wir mit aller unserer Kraft das Vertrauen, daß Sie in uns setzen, rechtfertigen. Wenn Sie, Herr Generalgouverneur, in kürze einmal wieder die Kreishauptmannschaft besuchen, dann werden Sie sich an Ort und Stelle von dem Fortgang der Arbeit überzeugen können. Ich trinke auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs und unserer Gäste.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Kreishauptmann, im Namen der Gäste danke ich Ihnen für den freundlichen Willkommensgruß. Sie hatten die Liebenswürdigkeit, darauf hinzuweisen, daß das Interesse des Generalgouverneurs und der Regierung, das sie den Kreishauptmännern entgegenbringen sehr erfreulich sei. Ich kann Ihnen versichern, daß in der Arbeit des Kreishauptmanns für mich die unterste Grundlage jener Einheit besteht, die, vom Generalgouverneur zum Gouverneur und von diesem zum Kreishauptmann laufend, sich bis zum Volkstumsvertreter fortsetzt. Das ist das starke Rückgrat, aus dem allein das märchenhafte Wunder Generalgouvernement entstanden ist. Ich darf sagen, daß das Generalgouvernement heute unter den gesamten seit 1939 besetzten Gebieten eine Insel absolut klarer Entwicklung darstellt, ~~an~~ einer Entwicklung, an der niemand rütteln wird und die sich mit allem Nachdruck in dem allein beschrittenen Bahnen fortsetzt, zum Wohle des Führers und des Reiches.

29.7.1942

Wir sind in Galizien vor über einem Jahr eingezogen und angetreten. Die schweren Schäden, die über diesem Lande lagen, die ungeheure schwere Erbschaft, die wir übernahmen, machten uns ein Jahr lang Sorge. Nunmehr ist es aber unter der bedeutsamen Führung des Parteigenossen Dr. Wächter zu einem Erblühen, einem Erstarken und Wiedergesunden gekommen. Ich kann Ihnen nur wünschen, Herr Kreishauptmann, daß Sie, der Sie an dieser Stelle stehen, mit Tatkraft an die Lösung der Probleme herangehen können, immer in dem Bestreben, mehr vorwärts zu schreiten als etwa negativ zu kritisieren.

Sie haben auch einen kleinen Tadel mit Ihren Worten verbunden, ich habe ihn wohl verstanden, er sei an den Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft weitergeleitet. Hinsichtlich der Festlegung des Kontingents kann ich Sie leider von Schuld nicht freisprechen. Wenn Sie uns zu so fürstlichem Gastmahl einladen, so ist die Stunde zum mindesten nicht günstig gewählt, eine Bevorzugung in der Kontingentslieferung herbeizuführen. Ich nehme an, daß auch für Sie das Wort gilt: ein guter deutscher Mann und daher schlechter Diplomat. - Ich trinke auf Ihr Wohl!

12^{00} Abfahrt der Wagenkolonne.

12^{55} Ankunft in Zaleszczyki.

13^{00} Motorbootfahrt des Herrn Generalgouverneurs und einiger Reiseteilnehmer auf dem Dnjestr.

13^{35} Besichtigung der zerstörten Dnjestr-Brücke

29.7.1942

14^{00} M i t t a g e s s e n im Hause des Landkommissars von Zalesczyki.

14^{40} Weiterfahrt der Wagenkolonne nach Uscieczko.

15^{00} Übergang der Reiseteilnehmer auf einer Behelfsbrücke auf das andere Ufer des Dnjestr.

Anschließend Weiterfahrt nach Sniatyn über Horodenka.

In Horodenka wird der Herr Generalgouverneur von der ukrainischen Bevölkerung herzlich begrüßt.

16^{45} Ankunft in Sniatyn. Dort wird der Herr Generalgouverneur vom Kreishauptmann Dr. Gorgon begrüßt, ebenso von einem ukrainischen Komitee.

17^{10} Besichtigung der Grenze, des Zollamtes Kulaczyn und des rumänischen Zollhauses.

18^{00} Weiterfahrt nach Kolomea. Hier wird der Herr Generalgouverneur vom Bürgermeister der Sammelgemeinde begrüßt. Bürgermeister Pschuku richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:
Herr Generalgouverneur, wir haben uns hier in dieser Stadt versammelt, um Sie herzlich willkommen zu heißen und Ihnen im Namen der Bevölkerung unseres Kreises diese Früchte zu überreichen. Von allem, was wir in unserem Kreise an Feldfrüchten haben, bieten wir Ihnen eine Probe.

Der Herr Generalgouverneur dankt dem Bürgermeister für diese Gabe und den Willkommensgruß und richtet dann einige Fragen an ihn. Auf diese Fragen antwortet der Bürgermeister, daß eine gute Ernte zu erwarten sei, wenngleich im Frühjahr die Ernteaussichten nicht günstig gewesen seien. Man beginne schon

10

29.7.1942

jetzt mit der Ernte. Bürgermeister Pschuku berichtet dann noch von den Schrecken der bolschewistischen Herrschaft.

19[05] A b e n d e s s e n im Hause des Kreishauptmanns Dr. Gorgon.

(Übernachtung im Sonderzuge, der inzwischen nach Kolomea geleitet worden ist).

Donnerstag, den 30.7.1942

8^{15} Einige im Osteinsatz stehende BDM-Mädchen bringen vor dem Salonwagen des Herrn Generalgouverneurs einige Lieder zum Vortrag und überreichen dem Herrn Generalgouverneur einen Blumenstrauß.

8^{55} Abfahrt der Wagenkolenne vom Güterbahnhof Kolomea.

Auf der Fahrt von Kolomea nach Zabie wird der Herr Generalgouverneur in den Ortschaften von der ukrainischen Bevölkerung lebhaft begrüßt, so besonders in dem Orte Bistyn. Hier hört man auch zum ersten Mal die Töne der Trembita, eines dem Alphorn ähnlichen Blasinstruments.

10^{00} Ankunft in Kossow.

Der ukrainische Bürgermeister Demeter Lukaniecz begrüßt den Herrn Generalgouverneur und versichert ihn der Treue der ukrainischen Bevölkerung, die von der deutschen Regierung eine Anerkennung dessen erhoffe, was die Ukrainer geleistet hätten.

Ein junges ukrainisches Mädchen überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Blumenstrauß mit den Worten: Am Tage Ihrer Ankunft begrüßen wir Sie, Herr Generalgouverneur, mit Heil-Hitler.

Allgemeine Beachtung findet bei den Reiseteilnehmern eine Ausstellung von Gegenständen huzulischer Volkskunst. Ausgestellt sind Töpfereien, Holzschnitzereien und Teppiche. Der Obmann des Ukrainischen Komitees Prof. Kohot berichtet an Hand der ausgestellten Gegenstände dem Herrn Generalgouverneur über das Entstehen und den derzeitigen Stand des huzulischen Kunstgewerbes.

30.7.1942

11[30] Ankunft in Zabie.

Vor dem "Schäferhaus", in welchem eine Versuchsstation für Almenwirtschaft untergebracht ist, hat eine ukrainische Delegation Aufstellung genommen. Der Bürgermeister der Sammelgemeinde Zabie richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:
Herr Generalgouverneur! Als Bürgermeister der Sammelgemeinde in Zabie grüße ich Sie und die hohen Gäste, die zu uns zu Besuch gekommen sind, und reiche Ihnen nach alt-ukrainischer Sitte zum Empfang Salz und Brot. Im Namen der ukrainischen Einwohner danke ich für den hohen Besuch und verspreche Ihnen Treue, Gehorsam und loyale Mitarbeit für unser gemeinsames Wohl und für eine bessere Zukunft. Das ukrainische Volk ist fest davon überzeugt, daß es ~~M~~ ohne Hilfe des deutschen Volkes nie befreit worden wäre. Darum bitte ich Sie, den Ausdruck unseres Dankes und unserer Verehrung, die wir dem Führer Großdeutschlands, unserem Befreier und dem Befreier aller Kulturvölker Europas, schulden, entgegenzunehmen.

Der Vorsitzende des Ukrainischen Komitees von Zabie begrüßt den Herrn Generalgouverneur ~~begrüßt~~ mit folgenden Worten:
Euer Exzellenz! Als Vorstand der Ukrainischen Delegatur in Zabie, im Namen der ukrainischen Bevölkerung gestatten Euere Exzellenz vom innigsten Herzen Sie zu bewillkommnen, und versichere, daß unserseits werden allerlei Bemühungen zugelegt, damit durch gewissenhafte Arbeit der deutschen Wehrmacht zum Siege über Juden- bolschewistische Herrschaft und demselben zum Wiederaufbau des neuen Europa Hilfe leisten zu können.

30.7.1942

11[45] M i t t a g e s s e n auf der Terrasse vor dem Schäferhaus.

Während des Mittagessens bringt eine Trachtengruppe eine huzulische Hochzeit zur Darstellung. Daran schließen sich Tanzvorführungen.

12[30] Abfahrt von Zabie.

13[05] Kreishauptmann Dr. Gorgon verabschiedet sich an der Kreisgrenze von dem Herrn Generalgouverneur. Kreishauptmann Dr. Albrecht-Stanislau meldet sich hier beim Herrn Generalgouverneur.

13[30] Ankunft in Worochta und Besichtigung des Sägewerks.

Vor dem Sägewerk wird der Herr Generalgouverneur durch den ukrainischen Pfarrer Kuniczki begrüßt, der dem Herrn Generalgouverneur die Versicherung abgibt, daß die ukrainische Bevölkerung in Treue zum Reich stehe und immer bei Deutschland bleiben wolle.

Das Sägewerk Worochta wird hierauf vom Herrn Generalgouverneur einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Oberleiter Weth gibt dem Herrn Generalgouverneur eine Schilderung der Verarbeitungsmethoden. Er weist dabei insbesondere auf den Charakter der "Worochta-Fichte" als einer in ihrer Dauerhaftigkeit in Europa einzigartigen Holzart hin. Unter anderem wird ein 290 Jahre alter Stamm gezeigt. Wie Oberleiter Weth weiter mitteilt, hätten 50 % des Baudienstes und 70 % des Heimatdienstes, die im Werke beschäftigt gewesen seien, leider infolge Ernährungsschwierigkeiten hätten entlassen werden müssen.

30.7.1942

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt zu bedenken, daß in dieser Gegend fast nichts wachse. Er hoffe jedoch, daß die neue Ernte eine Besserung der Ernährungsverhältnisse ermöglichen werde.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das gesamte Holz der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werde.

14^{20} Weiterfahrt zum Tatarenpaß (Jablonica-Paß).

15^{05} Besichtigung des Grenzpolizeipostens Jablonica.

16^{15} Kurzer Aufenthalt in dem Gästehaus der Sicherheitspolizei und SS in Tatarow.

17^{00} Ankunft in Jamna.

Besichtigung der Eisenbahnbrücke, von der sich ein Blick in das schöne Prut-Tal bietet.

17^{25} Ankunft in Jaremcze.

Hier wird der Herr Generalgouverneur durch einige Baudienstführer begrüßt.

17^{45} Gemeinsame Kaffetafel im Hause der NSDAP.

Ein ukrainischer Chor bringt einige Lieder zum Vortrag.

Eine ukrainische Delegation begrüßt den Herrn Generalgouverneur. Der Sprecher der Delegation, Pfarrer Wladimir Pylypeć richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

709

30.7.1942

Als Vertreter des ukrainischen Volkes begrüße ich Sie, Herr Generalgouverneur, im Namen der Ukrainer des hiesigen Bezirks. In Ihrer Person begrüßen wir auch den Führer und die siegreiche Wehrmacht. Gleichzeitig danken wir herzlich für die Befreiung aus dem bolschewistischen Joch. Die Ukrainer Galiziens haben ihre deutschfreundliche Gesinnung während der Polenherrschaft mit Blut und Tod büßen müssen, sie haben in jener Zeit mit Deutschen zusammen in polnischen Gefängnissen gesessen. In dem gewaltigen Ringen im Osten sind wir jetzt keine passiven Zuschauer. Wir stehen zwar nicht in der Kampflinie, obwohl wir jeder Zeit dazu bereit sind, wir stehen aber doch in einer Front, die ebenfalls für den endgültigen Ausgang des Krieges wichtig ist, nämlich in der inneren Front der Arbeit. Ob ein Beamter in seinem Amt, ob ein Bauer in seiner Wirtschaft, ob ein Arbeiter hier in der Heimat oder drüben in Deutschland auf seinem Posten steht, jeder tut seine schwere Pflicht und steht eisern, damit der Soldat im Osten auch weiterhin seine schwere Pflicht erfüllen kann. Das alles leisten wir, das alles werden wir in Zukunft leisten, in tiefem Vertrauen auf den Führer, in tiefem Vertrauen auf Großdeutschland, in der festen Überzeugung, daß auch das ukrainische Volk im neuen Europa einen würdigen Platz finden wird.

Als ehemaliger Frontsoldat bin ich kein Freund von langen Reden, und deshalb schließe ich mit den Worten: wir grüßen den Führer, wir grüßen unseren Generalgouverneur, wir grüßen die siegreiche Wehrmacht, und ich persönlich grüße die beste Luftwaffe der Welt, die deutsche Luftwaffe.

30.7.1942

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: ich danke Ihnen vielmals für Ihre schönen Worte, mit denen Sie den Opferwillen des ukrainischen Volkes zum Ausdruck gebracht haben. Ich werde hier im Generalgouvernement dafür sorgen, daß Ihre Volksgenossen Frieden und Schutz genießen. Vor allem liegt mir auch, auch Ihnen für die hervorragende treue aufopfernde Arbeit des ukrainischen Volkes im Generalgouvernement zu danken, von der Sie mit Recht sagen, daß sie eine der schönsten Voraussetzungen des Kampfes um die Freiheit für ganz Europa darstellt. Es wird stets ein Ruhmesblatt in der Geschichte bleiben, wie tapfer und blutbewußt sich die Ukrainer gegen jede Form von Terror gewendet haben. Wie sehr auch der Herrgott das Schicksal Ihres Volkstums in seine segnende Hand genommen hat, erkennen Sie daraus, daß der Führer Adolf Hitler mit seinen Soldaten auch ihm die Freiheit gegeben hat.

Ich bin sehr beglückt über die Aufnahme, die mir das ukrainische Volkstum auf meiner Reise bereitet hat. Seien Sie überzeugt, daß ich die herzliche Begrüßung, die mir überall von seiten der ukrainischen Bevölkerung zu teil wurde, nie vergessen werde. Ich freue mich, in Ihnen nicht nur den Vertreter Ihrer ehrwürdigen Kirche, sondern auch den ehemaligen Frontsoldaten begrüßen zu können. Möge aus dem Geist, der das ukrainische Volk beseelt, auch etwas Schönes entstehen!

Dem Herrn Generalgouverneur werden hierauf einige Geschenke überreicht.

Der Herr Generalgouverneur erwidert dem Sprecher, von dem ihm die Gaben überreicht werden, mit den

30.7.1942

Worten: Es bleibt mir immer nur übrig, Ihnen meinen Dank zu sagen und zu erklären, daß ich alles, was Sie mir zu geben vermögen, durch eine würdige Behandlung des ukrainischen Volkes danken werde.

A b e n d e s s e n im Sonderzuge.

20^{00} Abfahrt des Sonderzuges nach Lemberg.

Lemberg

Freitag, den 31.Juli 1942

6^{20} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof in Lemberg.

9^{00} Begrüßung des Herrn Generalgouverneurs durch Gouverneur Dr. Wächter und die Vertreter von Partei, Wehrmacht und Staat im Hauptbahnhof.

Vor dem Hauptbahnhof ist eine Ehrenformation des Sonderdienstes aufgestellt, deren Front der Herr Generalgouverneur abschreitet.

Der Herr Generalgouverneur und die übrigen Reiseteilnehmer begeben sich darauf im Kraftwagen zum Distriktsgebäude.

9^{40} Eintreffen im Distriktsgebäude.

10^{00} Überreichung von Kriegsverdienstkreuzen und Kriegsverdienstmedaillen durch den Herrn Generalgouverneur an 41 Angehörige der Distriktsverwaltung.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

Meine Herren! Ich habe den Vorzug, Ihnen heute in Vertretung des Führers die Auszeichnung des Kriegsverdienstkreuzes und der Kriegsverdienstmedaille zu überreichen. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um Ihnen im Namen des Führers und des Reiches die Anerkennung für Ihr treues und hervorragendes Wirken in diesem schwierigen Aufgabengebiet des Ostens zum Ausdruck zu bringen. In einem Zeitpunkt, in dem sich die Weltgeschichte in gigantischen Ausmaßen zu formen beginnt, erhalten Sie eine Auszeichnung, die Sie mit Fug und Recht als völlig verdient ansehen dürfen. Ich freue mich, sie Ihnen persönlich am Vortage des Jahrestages der Eingliederung des Distrikts Galizien

31.7.1942

in das Generalgouvernement überreichen zu können.

10[10] Dienstbesprechung im Großen Sitzungssaal des Distriktsgebäudes.

Gouverneur Dr. Wächter eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:
Herr Generalgouverneur! Ich darf Sie heute am Vortage des ersten Jahrestages, da der Distrikt Galizien, von Ihnen in den Verband des Generalgouvernements übernommen wurde, in der Hauptstadt Lemberg aufs herzlichste begrüßen. Sie haben eine dreitägige Reise durch das jüngste Gebiet des Generalgouvernements gemacht. Sie sind von Tarnopol, einer Stadt, die durch den Krieg schwer gelitten hat, hinaus gefahren in die weiten Flächen podolischen Landes, von dort an den Dnjestr in das Karpatenvorland, von dort hinaus in die schönen Karpatenlande. Sie haben dabei die Mannigfaltigkeit dieses Gebietes gesehen und kennengelernt, haben aber auch aufs unmittelbarste die Probleme gesehen, die uns, Ihre Mitarbeiter, in diesem Gebiet nun ein Jahr lang bewegen. Sie haben die Fülle dieses Landes, aber auch die Armut einzelner Teile dieses Landes gesehen, Sie haben seine bunte Bevölkerung an sich vorüberziehen lassen, eine Bevölkerung, die ~~in~~ uns in ihrer breiten Masse aufgeschlossen gegenübersteht. Sie haben auch die heiklen Probleme erkannt, die sich aus der Bevölkerungsstruktur, aus der Spannung der Intelligenzschicht und der übrigen Masse des Volkes grgeben.

Sie haben auf diese Weise einen kleinen Querschnitt durch eine einjährige Arbeit bekommen, die uns allen gegenüber dem gesamten Problem des Generalgouvernements insofern Sonderprobleme gestellt hat, als wir den Distrikt Galizien zweieinhalb Jahre

später in den Verband des Generalgouvernements aufgenommen haben, als wir nacharbeiten müssen und auf vieles nicht mehr rechnen können, was dem alten Generalgouvernement zur Verfügung stand. Sonderprobleme waren es auch insofern, als nach zwanzigjähriger polnischer Herrschaft zwei Jahre Sowjetherrschaft über dieses Land gegangen sind, die überall ihren unauslöschlichen Stempel aufgedrückt haben, so in der Wirtschaft, die gänzlich sozialisiert wurde, in der Zerstörung der Verkehrswege, insbesondere aber auch in der seelischen Haltung der Bevölkerung, die durch die zweijährige asiatische Herrschaft außerordentlich stark mitgenommen wurde.

Wenn daher Ihnen gegenüber, Herr Generalgouverneur, im Verlaufe dieser Reise und vielleicht heute durch den Vortrag des einen oder anderen Ihrer Mitarbeiter auf diese Sonderlage hingewiesen wird, so bitte ich Sie, das nicht so zu verstehen, als wollte der Distrikt Galizien in Anspruch nehmen, in irgendeine unterschiedliche Haltung gegenüber den anderen Distrikten des Generalgouvernements zu kommen, sondern ich bitte es so aufzufassen, daß gerade Ihre Mitarbeiter hier mit ganzem Herzen und ganzem Einsatz dabei sind, daran arbeitend, dahin strebend, daß auch dieses jüngste Gebiet des Generalgouvernements möglichst schnell und weitgehend mit dem übrigen Generalgouvernement verwächst, sich ihm einordnet und damit ein dienendes Glied dieses stolzen Gebietes des Reiches wird. Ich bitte auch, die Ausführungen meiner Mitarbeiter in diesem Sinne zu verstehen, die aus der unmittelbaren Verbindung mit den Problemen, aus dem täglichen Hineingestelltsein in die lebendigen Dinge dieser Umwelt immer wieder dahin streben, diese Eingliederung möglichst schnell vorwärtszutreiben. Ich

bin überzeugt, daß Sie, mit den Herren der Regierung durch dieses Land fahrend, nun auch um so klarer diese unsere Bemühungen erkannt haben werden.

Weiter bitte ich Sie, Herr Generalgouverneur, zu glauben, daß alle Ihre Mitarbeiter in Distrikt Galizien mit dem, was sie bisher geschaffen haben, noch nicht zufrieden sind. Wir alle sind der Überzeugung, daß wir im ersten Anfang stehen, daß bisher noch nicht allzu viel geschehen ist, zum mindesten für die Erfüllung unserer heißen Wünsche. Wir alle sind aber der Hoffnung, daß wir im zweiten Jahre des Bestehens des Distrikts Galizien in immer steigendem Maße vorwärts kommen werden. Zufrieden und glücklich sind wir allerdings, an der Erfüllung einer Aufgabe mitarbeiten zu dürfen, die schön, groß und würdig ist, von deutschen Männern angefaßt zu werden.

Wir haben uns im Distrikt Galizien in diesen spannungsvollen und schwierigen Monaten des ersten Jahres richtig zusammengefunden, mußten wir uns doch in dieser vielfach eigenartigen und besonderen Lage immer auf das gemeinsame Gefühl einstellen, daß wir hier für das Reich stehen, - auf das gemeinsame menschliche Gefühl der Kameradschaft und der Zusammenarbeit. Ich darf Ihnen die Versicherung geben, Herr Generalgouverneur, daß Sie sich im Distrikt Galizien auf Ihre Mitarbeiter verlassen können. Wir werden mehr und mehr mit den Aufgaben verwachsen, wir werden zusammenstehen und werken mit dem einen Ziel, daß auch dieser südöstlichste Eckpfeiler des Generalgouvernements möglichst bald ein geordnetes, sicheres und stolzes Gebiet Ihres Generalgouvernements und damit unseres großen deutschen Reiches werden möge.

31.7.1942

Amtschef Losacker gibt als einer der Männer, die von der ersten Stunde an am Aufbauwerk Galiziens mitgeholfen haben, einen Überblick über die Lage Galiziens. Er geht dabei von der völligen Verschiedenartigkeit der Übernahmesituation von der des Generalgouvernements im September 1939 aus. Die Gleichheit der Landschaft, das deutsche Bild des Landes und der Distriktshauptstadt Lemberg hätte darüber hinwegtäuschen können, daß das Gift bolschewistischer Zersetzung und Zerstörung in diesem Lande und dieser Stadt Lemberg außerordentlich stark gewirkt habe. Wie ganz anders nehme sich dieses Lemberg gegenüber dem Bilde aus, welches man von sowjetischen Städten habe! Trotzdem habe der sowjetische Terror, wenn auch kürzere Zeit, so doch kaum weniger spürbar im Distrikt Galizien gewütet als in den sonstigen weiten Bereichen der Sowjetunion. Der Auftakt dazu sei zunächst langsam und behutsam gewesen. Aber seit dem Winter 1940 verstärke sich das Tempo, mit dem die Sowjets die gesamten kulturellen Beziehungen nach dem Westen zerstörten, die Familienbindungen beseitigten, die ethischen und religiösen Grundlagen vernichteten. Hand in Hand damit gehe die Ausrottung der führenden Einwohnerschaft dieses Gebietes und damit wieder die Angleichung aller Lebensverhältnisse an die Verelendung der Sowjetunion. Eine Klique anonymer Sowjetkommissare, hauptsächlich Juden, habe die Macht ausgeübt, einer den anderen belauernd, jeder in der Furcht lebend, von der seelenlosen Unbarmherzigkeit des Systems ausgerottet zu werden. Nach einem Jahre Verwatlungstätigkeit in diesem Gebiet könne festgestellt werden, daß es den Sowjets in einem die Erwattungen übersteigenden Maße gelungen sei, die russisch-sowjetische Verelendung und Lethargie auch diesem Lande aufzuprägen.

31.7.1942

Man komme aber auch um die weitere Feststellung nicht herum, daß es den Sowjets im Rahmen einer deutschen Rechtsbegriffen hohnsprechenden Zielsetzung gelungen sei, auf einigen Gebieten Verwaltungsergebnisse zu erzielen, die zunächst doch als außerordentlich angesehen werden müßten. Sie hätten es fertiggebracht, die landwirtschaftliche Erzeugung in diesem Gebiet ziemlich stark zu erfassen. Sie hätten die Bevölkerung zur Arbeit gezwungen; sie hätten außerordentlich hohe Steuererträge und auch auf dem Gebiete der Erdölförderung eine hohe Produktion gehabt. Diese Verwaltungsergebnisse hätten sie allerdings nur mit einem außerordentlichen Personaleinsatz erreicht. In jeder der 5 ooo Ortschaften des Distrikts Galizien hätten mindestens 3 Sowjetkommissare gesessen. In Lemberg allein seien 30 ooo Männer der GPU stationiert gewesen. Daß die Sowjets abgesehen von dem gewaltigen Personaleinsatz mit den brutalsten Mitteln vorgingen, sei verständlich, da ja die Voraussetzung für den Erfolg in einer größtmöglichen Anzahl von Exekutivkräften liege. Daraus sei für die deutsche Verwaltung der Schluß zu ziehen gewesen, daß man sich bei Durchsetzung seiner Verwaltungsziele im Distrikt Galizien nicht zu sehr von den sowjetischen Härtegraden entfernen dürfe. Denn die Bevölkerung wäre sonst allzu geneigt gewesen, in die Ernsthaftigkeit der Weisungen der Distriktsverwaltung Zweifel zu setzen. Das schließe aber nicht aus, daß man sich bemüht habe, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dieses Gebietes, die der deutschen Verwaltung durchaus loyal gegenüberstehe, pfleglich und gerecht zu behandeln.

31.7.1942

Für die Situation, die die wenigen deutschen Männer vor einem Jahre zu bewältigen gehabt hätten, sei zunächst festzustellen, daß die Russen in Verfolg des Prinzips der Lähmung jeder Eigenverantwortlichkeit und Selbständigkeit auch auf dem gemeindlichen Sektor die Selbstverwaltung völlig abgeschafft hätten. Sie hätten das Gebiet in vier Oblasten eingeteilt, und zwar mit dem Sitz in Lemberg, Tarnopol, Stanislau und Drohobycz. Das einzige, was die deutsche Verwaltung von dem sowjetischen System zunächst einmal unberührt gelassen habe, seien die Oblast-Grenzen gewesen. Man habe sie gebraucht, weil die landwirtschaftliche Erfassung auf die Gebiete abgestellt gewesen sei. Die Unterteilung sei diejenige der Rayons gewesen, die ohne jede Selbstverwaltung und Verantwortlichkeit von Kommissaren und Rayonchefs besetzt gewesen sei. Die Rayons seien nach dem Weggang der Russen von Ukrainern besetzt worden. Als man die Verwaltung übernommen habe, seien diese Rayonschefs zum größten Teil oder insgesamt bestätigt worden oder hätten ihre Arbeit unter Führung der deutschen Militärbehörde verrichtet. Die Ukrainer hätten diese Aufgabe weniger fachlich als politisch erfüllt. Als der für den Verwaltungsaufbau Verantwortliche sei er sich sofort klar darüber gewesen, daß es gegolten habe, diese Rayons möglichst bald mit einem Schlage abzuschaffen. Dabei habe man Rückschläge in der Verwaltung in Kauf nehmen müssen. Das regionale Prinzip habe doch irgendwie in die Bevölkerung Eingang gefunden, insbesondere habe die Tätigkeit der ukrainischen Politiker bei der Bevölkerung einen Widerhall gehabt. Die Arbeit der deutschen Verwaltung sei daher durch die Rayons sehr erschwert worden. Deutsche dafür heranzuziehen, sei unmöglich gewesen, da die Rayons zwei oder drei Sammelgemeinden umfaßten, also bei

weitem nicht einem Landkommissariat oder einer Kreishauptmannschaft vergleichbar waren. Man habe allerdings befürchtet, daß die Ukrainer, wenn sie blieben, sich zwischen die Bevölkerung und den Kreishauptmann als den Mann erster Instanz schieben, daß sie sich dann bei der Bevölkerung die Segnungen des deutschen Regimes zuschreiben, während alle unpopulären Maßnahmen auf die deutsche Verwaltung geschoben werden würden. Eine Anknüpfung an diese Rayoneinteilung sei nicht möglich gewesen, ebenso wenig eine solche an die polnische Gemeindeeinteilung, hätten doch die Polen die Gemeinden nach dem Prinzip zusammengestellt, daß der ukrainischen Mehrheit auf dem flachen Lande durch die Angliederung von Kreisstädten eine polnische Mehrheit entgegengesetzt worden sei.

In diesem Stadium habe man mit erschreckender Deutlichkeit erkannt, wie sehr es den Russen gelungen sei, den ganzen Stamm von Menschen, auf die man hätte zurückgreifen könne, zu beseitigen. Man habe außer politischen Eiferern und de n alten Beamten des österreichischen Regimes, auf die man alle Hoffnungen setzen mußte, kaum irgendwelche brauchbaren Leute gefunden. Deshalb seien gleich im Anfang Verwaltungskurse in Lemberg, Tarnopol und Stanislau eingerichtet worden, die sich hauptsächlich von seiten der Ukrainer eines starken Zuspruchs erfrauten. Die gemeindliche Selbstverwaltung habe so einen durchaus zufriedenstellenden Standpunkt erreicht. Auch sei die völlige Angleichung an die Rechtsverhältnisse des Generalgouvernements gelungen, da das Prinzip der Sammelgemeinden sich für die Autorität des Kreishauptmannes als desjenigen, der der Bevölkerung gegenüber als Repräsentant des Reiches auftrete, in der ganzen Vergangenheit des Generalgouvernements überaus bewährt habe.

31.7.1942

Die Nationalisierung aller Betriebe, der Hotels, der Restaurants, der Ladengeschäfte, des Handwerks und ihre Zusammenfassung in Basen und Trusts habe ein unüberschaubares Gewirr von Organisationen geschaffen, in die die Bevölkerung mit zynischer Brutalität hineingepreßt worden sei. Jeder, der geglaubt habe, seinen Betrieb in Selbstverantwortung weiterführen zu können, sei bald auf dem kalten Wege der Besteuerung eines besseren belehrt worden. Es seien ihm soviel Steuern aufgebürdet worden, daß er den Betrieb nicht habe weiterführen können. Die Verschickung nach Sibirien sei die Folge der Nichtzahlung der Steuern gewesen; das Vermögen des Betreffenden sei damit dem Staat verfallen.

Die wenigen deutschen Männer, die auf dem Gebiet der Wei Wirtschaft arbeiten, ständen vor Aufgaben von geradezu gigantischem Ausmaß. Bei allen Mühen und Sorgen, die die Beseitigung des Wirtschaftschaos mit sich bringe, sei es doch schon gelungen, im Distrikt Galizien eine gewisse Wirtschaftspolitik zu treiben. Man habe unwirtschaftliche Kleinstbetriebe stillgelegt, Zusammenschlüsse seien erfolgt, man habe die Umstellung von Fabrikationsprogrammen auf die kriegsbedingten Notwendigkeiten in Angriff genommen.

Auch auf dem Gebiet der Landwirtschaft sei eine Rationalisierung, wenn auch noch nicht so weitgehend wie auf dem Gebiet der Wirtschaft, im Entstehen. Unter dem Sowjetregime hätten die Bauern eine Landwirtschaftssteuer und daneben auch noch eine Kultursteuer zahlen müssen. Diese Kultursteuer sei lediglich nach politischen Gesichtspunkten gehandhabt worden, während die Landwirtschaftssteuer eine Mischung von Grundsteuer und Eigentumssteuer gewesen sei.
Die Kultursteuer habe sich in Prozenten der Landwirtschaftssteuer ausgedrückt. Der Kulake, der mit seiner

31.7.1942

Leistung das Niveau überragte, sei von vornherein mit 100 % Kultursteuer belegt worden, sodaß sein Besitz bald in die Hände der Sowjets kam, während der Kolchos-Bauer nur 10 % dieser Steuer zu bezahlen brauchte.

Die Russen hätten dem Distrikt Galizien ein Kontingent von 360 ooo t auferlegt. Es wäre aber jedenfalls den Russen nicht gelungen, die Erfüllung dieses Kontingents zu erreichen, denn sie hätten schon im ersten Jahr Getreide aus der Ukraine eingeführt. Von diesem russischen Kontingent habe man unter der deutschen Verwaltung 40 % aufbringen können. Damit habe der galizische Bauer die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuscht, müsse man doch die sehr schlechte Ernte und auch die Kriegsverhältnisse berücksichtigen, wozu noch die Überschwemmungskatastrophe im südlichen Teil des Landes gekommen sei. Das jetzt dem Distrikt Galizien auferlegte Kontingent liege unter dem, was die Russen seinerzeit dem Lande auferlegt hatten, wobei allerdings zu berücksichtigen sei, daß der Distrikt Galizien mit dem früheren Gebiet nicht gleichbedeutend sei. Man hoffe, daß das geforderte Kontingent voll und ganz abzuliefern, ohne daß die Durchführung des Ernteausnahmezustandes aktuell zu werden brauche. Allerdings werden die ganze Härte der Ernteausnahmebestimmungen gegen diejenigen angewendet werden, die ihrer Ablieferungspflicht nicht genügten.

Daß die Bevölkerung des Distrikts Galizien im großen und ganzen mit der Verwaltungsleistung und Verwaltungsführung zufrieden sei, zeige sich besonders in der sehr hohen Zahl der Vermittlungen von Arbeitskräften ins Reich. In nur viereinhalb monatiger Wer-

bung sei es gelungen, dem Reich 150 ooo Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Gauleiter Sauckel habe das Ersuchen gestellt, im Wege einer weiteren Aktion noch 100 ooo Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen.

Der Herr Generalgouverneur weist mit Nachdruck darauf hin, daß eine solche Weisung nur über die Hauptabteilung Arbeit von der Distriktsverwaltung entgegengenommen werden könne. Das Generalgouvernement unterstehe keiner Reichsbehörde, von der es irgendwelche Weisungen entgegenzunehmen habe. Auch wäre es zweckmäßig gewesen, wenn der Regierung des Generalgouvernements über diesen Fall Bericht erstattet worden wäre.

Amtschef Losacker führt weiter aus, daß man bis jetzt von den verlangten 100 ooo Mann weitere 75 ooo Arbeitskräfte habe erfassen können. Auch der Rest von 25 ooo Arbeitern werde bis zum 10.August ins Reich transportiert werden können. Damit seien 6 % sämtlicher arbeitsfähigen Menschen des Distrikts Galizien erfaßt.

Ein erfreuliches Ergebnis habe auch der Arbeitseinsatz beim Baudienst gehabt. Im Distrikt Galizien arbeiteten 10 ooo Baudienstmänner, sie seien für die Ostbahn, für die Wehrmacht und sonstige wichtigen Betriebe eingesetzt. Ihre Aufgabe sei Ausbau und Neubau von Bahnhöfen, Kabelverlegung, Brückenbau, Tunnelbau, Herstellung von Dämmen und Vorflutern, Schlagen von Bauholz usw.. Das Niveau der Arbeitsleistung sei zufriedenstellend. Allerdings zeige sich auch hier wieder großer Unterschied zwischen Stadt- und Landbevölkerung. Der Stadtbevölkerung gegenüber sei es immer viel schwieriger sich durchzusetzen als gegenüber der politisch nicht so versuchten Landbevölkerung.

31.7.1942

Auch auf dem Gebiete des Straßenbaues sei angesichts des katastrophalen Zustandes der Straßen ein umfangreicher Arbeitseinsatz erfolgt. In Ergänzung der Arbeit der Abteilung Bauwesen sei die Bevölkerung aufgerufen worden, die Straßen in Ordnung zu bringen. Den Kreishauptmännern seien in dieser Beziehung ausführliche Weisungen erteilt worden, die auch technische Einzelheiten hinsichtlich des Einsatzes des Baudienstes enthielten. Die errichteten Straßen hätten natürlich fachmännischen Gesichtspunkten nicht standhalten können, hätten aber für die nächsten Monate den Ansprüchen des Distrikts genügt. Verschiedene Gebietsteile seien durch diesen Straßenbau überhaupt erst dem Verkehr erschlossen worden.

Im übrigen habe der Straßenbau auch im Distrikt Galizien stark eingesetzt. Zunächst habe es gegolten, die wichtige Straße Lemberg-Brody in Richtung Kiew, dann die Straße Lemberg-Tarnopol und die Verbindungsstraße Rawaruska-Lemberg instand zu setzen. Leider habe der frühe Beginn des Winters große Rückschläge gebracht. Beim Straßenbau habe sich dann auch der große Mangel an Steinmaterial sehr störend bemerkbar gemacht. Brauchbares Steinmaterial gebe es eigentlich nur in den Karpaten, und daher hätten die Steine von weit her herangebracht werden müssen. Von den 250 ooo cbm Steinmaterials hätten nur 10 % mit Waggons befördert werden können. Man sei daher überwiegend auf den Transport mit Panjewagen angewiesen gewesen.

Die Verkehrsverhältnisse seien im übrigen auch durch die Zerstörung der Brücken in einer Gesamtlänge von 7 ooo m gekennzeichnet. Was durch Kriegshandlungen nicht zerstört war, sei der Überschwemmungskatastrophe im Herbst vorigen Jahres zum Opfer gefallen. Bis Ende Mai seien 4 ooo m Brücken wiederhergestellt worden, und

in der Zwischenzeit hätten weitere 1 ooo m Brückenbau insbesondere durch Einsatz des Baudienstes vollendet werden können. Bis Ende des Jahres würden alle Brükken im Distrikt Galizien, auch die noch fehlenden Eisenbahnbrücken, wieder fahrbar sein.

Straßenbau und Brückenbau seien angesichts der überaus ungünstigen Eisenbahnverhältnisse von großer Wichtigkeit. Das Eisenbahnnetz sei an sich schon außerordentlich dünn, dazu kämen die Zerstörungen und der Umstand, daß es von einem ganz gewaltigen Truppennachschub fast ausschließlich beansprucht werde.

Die Ungunst der Eisenbahnverhältnisse wirke sich bei der Kohlenversorgung ganz erschreckend aus. Abgesehen von der Unmöglichkeit, die Amtsräume zu heizen, was im vergangenen Winter unter der Gefolgschaft infolge chronischer Erkältungskrankheiten große Ausfälle gebracht habe, habe man die Elektrizitäts- und Gaswerke nur mit größter Mühe durchhalten können. Man habe deshalb den Straßenbahnverkehr in Lemberg für einige Zeit stillgelegt, Theater und Kinos seien geschlossen worden, auch Operationssäle in Krankenhäusern, soweit sie nicht Wehrmachtszwecken dienten, seien unbeheizt geblieben. Im Monat März habe man statt 16 ooo t nur 837 t Kohle bekommen. Inzwischen sei auf Grund einer Besprechung, die am 29. Juli unter Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Boepple stattgefunden habe, eine Besserung eingetreten. Der Distrikt Galizien solle nunmehr für die landwirtschaftliche Versorgung wöchentlich 2 4oo t Kohle = 3 Kohlenzüge erhalten, und zwar ausschließlich für Druschzwekke. Diese Züge rollten zur Zeit. Außerdem seien zwei Kohlenzüge wöchentlich mit 1 6oo t zugesagt, die für die übrigen Versorgungsbetriebe und die Wirtschaft laufen sollten.

31.7.1942

Die Erhebungen hätten ergeben, daß die Gas- und Elektrizitätswerke über irgendwelche Vorräte für den Winter nicht verfügten. Eine kleine Entlastung könne nur durch die Auswertung der hiesigen Verhältnismäßig geringen Kohlenverkommen gebracht werden. Außerdem könne in der Umgebung von Lemberg und Stanislau Torf gestochen werden. Die Arbeiten seien mit aller Energie in Angriff genommen, und die Arbeitergestellung für diese Betriebe werde mit großer Härte durchgeführt. Neben Insassen von Zwangsarbeitslagern und Juden müsse auch die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften dort arbeiten. Die Kohlenvorkommen in der Gegend von Rawaruska und Kolomea könnten nur eine kleine Entlastung bringen. Im Bezug auf die Kohlenversorgung sei man auf die Eisenbahn angewiesen. Im übrigen sei man jedoch bestrebt gewesen, die Transportverhältnisse gründlich zu ändern. Man habe sich angesichts der ungünstigen Lage der Ostbahn hauptsächlich auf Lastwagenverkehr umstellen müssen. Man habe ein einziges Unternehmen für den Verkehr eingesetzt, und dieses Unternehmen sei in der ersten Zeit zu einem Begriff geworden. Die galizischen Verkehrsbetriebe unterhielten sieben Verkehrslinien, daneben auch einen Verkehrsdienst mit Warschau und Krakau. Es sei dem Unternehmen gelungen, in der kurzen Zeit 7 4oo t über 2oo ooo km zu befördern. Das ungünstige Verhältnis zwischen Werksfahrzeugen und Fahrzeugen, die den Verkehrsbetrieben zur Verfügung ständen, habe die Distriktsverwaltung gezwungen, eine Regelung einzuführen, nach welcher für jeden Transport von Gütern eine Genehmigung der zuständigen Stelle bei den Kreishauptmannschaften erforderlich sei. Dadurch werde es ermöglicht, Werksfahrzeuge aus dem Werke zu ziehen und für den Gütertransport im öffentlichen Interesse zu beordern und außerdem die Transporte zusammen-

zulegen. Jeder, der über Lageraum verfüge, sei angewiesen, ihn anzubieten, und demgemäß werde über sein Fahrzeug verfügt. Für Fernfahrten seien wieder besondere Genehmigungen erforderlich. Gerade der Ausbau des Verkehrswesens sei von größter Bedeutung.

Die Rolle, die gerade die schnelle Vermittlung der Güter von dem Platz, an dem sie liegen, zu dem Platz, an dem sie benötigt werden, spielt, dürfe bei der Entwicklung der Preise nicht übersehen werden. Die hohen Schleichhandelspreise seien durch die Tatsache hervorgerufen, daß man eigentlich wirklich alles aus dem Lande herausgeholt habe. Die bei den einzelnen Ortschaften durchgeführten Polizeikontrollen hätten erwiesen, daß Vorräte nicht mehr vorhanden seien. Man habe zur Bekämpfung des Schleichhandels und aus anderen Gründen mit der Konzentrierung der Juden in den Kreisstädten begonnen. An diese Konzentrierung schließe sich dann die Umsiedlung der Juden an. Dieser Umstand wirke auch stark entspannend auf die gesamte Preisentwicklung. Darüber hinaus müßten aber das Verteilungssystem und der Verteilungsapparat vervollkommnet werden. Gegen den verbleibenden Rest des Schleichhändlertums werde man mit den drakonischsten Mitteln vorgehen müssen.

Alle diese Arbeiten seien mit einem zahlenmäßig ganz geringen Personal bewältigt worden. An diesem Zustand werde sich auch in Zukunft nicht viel ändern. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, zu dezentralisieren. Die Kreishauptmänner und Landkommissare könnten ohne weiteres eine große Verantwortung übertragen erhalten. Je mehr man die Verantwortung von oben nach unten verlagere, desto besser komme man vorwärts, und desto besser werde das Verwaltungsergebnis sein.

31.7.1942

Sehr große Schwierigkeiten habe man im Anfang mit dem Personal gehabt. Die Rückschläge, die in dem ersten Aufbaujahr eingetreten seien, seien insgesamt auf das Verhalten der Leute zurückzuführen, die als untüchtig oder mißliebig gegolten hätten. Jetzt zeige sich aber doch, daß sich aus der Reihe der von Anfang an im Generalgouvernement tätigen Männer eine ganze Anzahl herausschäle, die im besten Sinne des Wortes Ostpioniere seien . Mit diesen Männern könne man die großen Aufgaben des Generalgouvernements erfüllen. Bezirkslandwirte, Männer des Zollgrenzschutzes,der Ostbahn, der Deutschen Post Osten täten unverdrossen und still ihre Pflicht. Es sei ein großes Erlebnis für diese Männer gewesen, daß der Herr Generalgouverneur ihnen heute die Hand drücken und das Kriegsverdienstkreuz überreichen konnte. Auch im kommenden Jahre würden die Männer des Distrikts mit voller Zuversicht und Schaffenskraft die Probleme meistern, die dem Distrikt Galizien gestellt würden.

Der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung Rechtsanwalt Dr. Bauer gibt einen Überblick über die Verwaltungsorganisation im Distrikt Galizien. Die territoriale Gliederung der Kreishauptmannschaften als der unteren Verwaltungsbehörde des Distrikts habe unter verschiedenen Vorzeichen gestanden: die räumlich und sachlich überdimensionalen Aufgaben hätten zu einem äußerst sparsamen Einsatz der fachlich berufenen Menschen gezwungen, ferner zu der Notwendigkeit, die nichtdeutsche Bevölkerung weitgehend zur Mitarbeit beim Aufbau der Verwaltung des Distrikts heranzuziehen. Die schlechten Erfahrungen, die man mit dem Einsatz reichsdeutschen Personals aus den anderen Distrikten gemacht habe, hätten ebenfalls dazu genötigt, Nichtdeutsche in starkem Maße

F28

heranzuziehen, vor allem auch aus der politischen Notwendigkeit heraus, sie in der Selbstverwaltung zu verwenden. In Verwaltungskursen seien 811 Absolventen ausgebildet worden, die im wesentlichen dazu ausreichten, um so wohl für die Hoheitsverwaltung wie für die Selbstverwaltung genügendes Personal zur Verfügung zu stellen.

Die Erfahrung zeige, daß die Wahrung des deutschen Ansehens und die Erfüllung der Aufgaben der Verwaltung vor allem eine Frage der Auswahl bei der Spitzenbesetzung sei. Darunter verstehe er die Spitzenstellungen in der Distriktsverwaltung selbst bis herunter zu den Kreishauptmannschaften und Landkommissariaten.

Der Distrikt Galizien sei in 13 Kreishauptmannschaften eingeteilt und habe eine einzige Stadthauptmannschaft. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Errichtung einer Stadthauptmannschaft untunlich sei. Die vorhandenen Schwierigkeiten hätten es verboten, an die intensive Verwaltung der polnischen Zeit oder die noch intensivere Verwaltung der österreichischen Zeit anzuknüpfen. Die Gliederung der Kreishauptmannschaften mit durchschnittlich etwa 350 ooo Einwohnern weiche stark von derjenigen des alten Generalgouvernements ab. Die Unmöglichkeit, in den letzten Ort, das letzte Dorf des Kreises zu gelangen, habe zur Anknüpfung an die bewährte Einrichtung der Landkommissiariate geführt. Man habe sich aber dabei von vornherein vor Augen gehalten, daß die allmähliche Loslösung des Landkommissariats durch das Anstreben einer vierten Verwaltungsinstanz unter allen Umständen vermieden werden müssen. Deshalb sei in der Dienstanweisung vorgesehen worden, daß der Landkommissar nur mit seinen wesentlichen Aufgaben und mit dem Recht

der Weisung an die ihm unterstellten Organe der Kommunal- und Staatsverwaltung zu fungieren habe. Um dem Versuch einer gewissen Verlagerung entgegenzutreten, habe man von vornherein die Besetzung der Landkommissariate auf nicht mehr als 3 Reichs- und 3 Volksdeutsche beschränkt. Bei 13 Kreishauptmannschaften beständen 24 Landkommissariate und 27 Stadtkommissariate. Zur Zeit seien die Landkommissariate mit nicht mehr als 2 Reichsdeutschen besetzt. Das sei zum Teil auf die Personalnot zurückzuführen. Diesem Mangel versuche man durch Heranziehung von fachlich qualifiziertem nichtdeutschen Personal zu steuern. Im Herbste dieses Jahres werde in der Verwaltungsschule ein Wiederholungskursus stattfinden, mit dem Ziele, die fähigsten und der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtigen Ukrainer und Polen in die Hoheitsverwaltung zu überführen.

Auf die Auswahl der Landkommissare habe man ganz besonderen Wert gelegt. Das sei auch haushaltsrechtlich sehr wichtig, da die Stellung der Land- und Stadtkommissare als Endstellung der mittleren Bürolaufbahn und Eingangsstellung des höheren Dienstes betrachtet werde. In Zukunft solle im Distrikt Galizien niemand Kreishauptmann werden, der nicht ein Landkommissariat und möglichst auch ein Stadtkommissariat geleitet habe. Es werde nicht zugelassen, daß ein Kreishauptmann sein Gebiet in Landkommissariate aufteile und sich so praktisch zur Stellung des Regierungspräsidenten entwickle. Er solle vielmehr seinen ausgedehnten Landkreis, der normaler Weise aus drei bis vier polnischen Starosteien bestehe, unmittelbar betreuen. Es solle auch durch Einführung von Dienstreisetagebüchern dem Kreishauptmann Gelegenheit gegeben werden, über das Ergebnis der Bereisung

seines Gebietes Rechenschaft abzulegen. Wie das Beispiel von Lemberg-Grodec, Lemberg-Land und Horodenka zeige, könne durch Zusammenlegung Personal erspart werden. Angesichts der Dreistufigkeit der Verwaltung hätten alle Verwaltungsbehörden ein Mindestmaß an täglicher Verwaltungsarbeit. Das führe zu einer Mindestbesetzung, die vielleicht bei einer kleineren Kreishauptmannschaft nicht voll in Anspruch genommen sein könne, die aber angesichts des möglichen Anfalls größerer Arbeit bestehen müsse. Bei der Zusammenlegung von Lemberg-Grodec und Lemberg-Land habe man eine Vermehrung des Personalbestandes der übernehmenden Kreishauptmannschaft von einem Drittel in Kauf nehmen müssen. Zwei Drittel der Gefolgschaft von Lemberg-Grodec habe man auf die übrigen Kreishauptmannschaften verteilen können.

Im Zeichen der Einheit der Verwaltung sollte man versuchen, die räumlichen Bereiche der Fachverwaltungen mit denen der allgemeinen Staatsverwaltung zusammenfallen zu lassen. Das möge angesichts der Personalnöte, in denen die Finanzverwaltung, die Arbeitsverwaltung, die Postverwaltung und andere steckten, sehr schwierig sein, vielleicht auch deshalb, weil die Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten infolge der Darunterlagerung einer nichtdeutschen Verwaltung anders lägen. Als Ideal aber müsse es angesehen werden, die räumlichen Bereiche aller Verwaltungen zusammenfallen zu lassen, da es sonst Friktionen gebe.

Die territoriale Gliederung der Hoheitsverwaltung könne insofern noch nicht als beendet angesehen werden, weil die Durchführung des Erlasses vom 3.Okt.1941 immer noch ausstehe. In diesem Erlaß sei die Rückgabe der durch den deutsch-sowjetischen Interessenvertrag abgetrennten ehemaligen Gebiete Ostgaliziens

31.7.1942

RawaRuska, Sokal an den Distrikt Lublin vorgesehen gewesen. In diesem Zusammenhang weise er auf die ganz unmögliche rein politische Grenzziehung an der grünen Grenze zwischen San und Bug hin. Der Bahnhof von Sokal liege im Gebiet des Distrikts Lublin. Ähnliche Erscheinungen habe man auch andererwärts. Die einfachste und schnellste Lösung sei die, daß einer der maßgebenden Beamten der Regierung mit einem Beauftragten der Distriktsverwaltung eine Besichtigung dieses Gebietes vornehme. Ein völkisch geschlossenes Gebiet werde durch diese Teilung auch in seiner ~~Reiehe~~ Rechtseinheit zerrissen, weil im Distrikt Lublin im allgemeinen noch russisches Recht herrsche, während auf der Seite des Distrikts Galizien österreichisches Recht gelte. Die Abteilung Justiz habe bereits einen Vorstoß gemacht, bisher leider ohne Erfolg.

Die quantitative und qualitative Besetzung des Distrikts Galizien fordere dazu heraus, Erfahrungen der Reichsbehörden, insbesondere des Reichsministeriums des Inneren für eine klare organisatorische Gliederung der inneren Verwaltungsbehörden und weiter für eine Einheitlichkeit nicht nur im Behördenaufbau, sondern auch in derGeschäftsverteilung, Geschäftsbehandlung, Aktenordnung und aller Vorgänge, die tagtäglich im Bereich der Verwaltung anliefen, zunutze zu machen. Deshalb sei eine Geschäftsordnung erlassen worden, die für Distrikt und Kreishauptmannschaften gleichermaßen gelten

Im Distrikt Galizien beginne die Selbstverwaltung bei den Kreishauptmannschaften in Form der Gemeindeverbände, die nach der Vorschrift über die Bildung dieser Verbände mit den Kreishauptmannschaften zusammenfielen. Auch hier habe man auf dem Personalsektor große Schwierigkeiten gehabt. Wenn auch die Gemeinde-

verbandsarbeit im wesentlichen von nichtdeutschem Personal verrichtet werde, so gibt es doch gleichwohl nur eine absolut deutsche Selbstverwaltung. Da sich der Begriff der Selbstverwaltung nach heimatlichen juristischen Anschauungen dem einer parlamentarischen Organisation nähere, könne man hier eigentlich nur von sogenannter Selbstverwaltung sprechen. Der Begriff der Selbstverwaltung im engeren Sinne sei nicht mehr angebracht.

Trotz der schwierigen Verhältnisse seien die Gemeindeverbände heute im wesentlichen aufgebaut. Allerdings fehle zu ihrem Aufbau noch die Rückgabe des Vermögens der in den Kreishauptmannschaften aufgegangenen ehemals polnischen Starosteien. Es werde nicht zweckmäßig sein, von den Gemeinden nun ins Einzelne gehende Verzeichnisse und Nachweisungen zu fordern, sondern man könnte sie ermächtigen, über die Kreishauptmannschaften das am 1.September 1939 in ihrem Besitz befindliche Vermögen wieder an sich zu nehmen. Zu einer Verfügung darüber müßte allerdings die Bestätigung der Distriktsverwaltung eingeholt werden.

Von größter Wichtigkeit sei das Aufgabengebiet des Straßenbaues. Hier stehe die Distriktsverwaltung im Gegensatz zur Hauptabteilung Bauwesen, die ihre Selbständigkeit mit einem Nachdruck verfechte, der einer besseren Sache würdig wäre. Die Frostausbrüche dieses Frühjahres und die Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres hätten die Nachteile der unterlassenen Eingliederung der Bauabteilung in der Kreisstufe schlagend erwiesen. Ohne den Einsatz des Baudienstes, der Insassen der Zwangsarbeitslager und des von den Kreishauptmännern eingerichteten Katastrophendienstes wären die Ausfallstraßen wochenlang blockiert

gewesen. Von der Hauptabteilung Innere Verwaltung habe man nun die Genehmigung erhalten, im Bereich der Gemeindeverbände Kreisbauämter einzurichten, denen die zusätzliche Aufgabe der Betreuung der Gemeindestraßen gestellt werde, die für die Erfassung der Ernten nicht minder wichtig seien als manche Distrikts- und Kreisstraßen. Darüber hinaus habe man sich auch jener Kreisstraßen angenommen, die nicht in das Strassenbauprogramm der Abteilung Bauwesen aufgenommen seien. Es sei untragbar, daß man zwar den Gemeindeverbänden die Pflicht zur Zahlung der Straßenbaukosten auferlege, aber eine ausschlaggebende Bestimmung über das Bauprogramm im Bereich des Kreises versage. Gewiß handle sich hier um eine Frage übergeordneter Bedeutung, denn der Ausbau der Distriktsstraßen und vielleicht auch einiger Kreisstraßen müsse zentral gelenkt werden, - dem stehe aber eine klare Eingliederung des Straßenbaudienstes in der Kreisstufe in keiner Weise entgegen.

Bei der Bildung der Land- oder Sammelgemeinden als der untersten Organe der sogenannten Selbstverwaltung habe man ebenfalls abweichend von den Erfahrungen der übrigen Distrikte auch angesichts der Personalschwierigkeiten zu anderen Lösungen gegriffen. Man hätte es mit Rücksicht auf das räumliche Ausmaß und der Einwohnerzahl begrüßt, wenn man es bei der ursprünglichen Bezeichnung "Sammelgemeinde" belassen hätte, weil in den Sammelgemeinden auch Städte oder Städtchen im Sinne des polnischen Gesetzes über die territoriale Selbstverwaltung enthalten sei. Man habe diese großen räumlichen Gebilde aus den verschiedensten Gründen gewählt, so vor allem wegen der Personalschwierigkeiten, weil gewisse Gemeinden in der Lage

sein müßten, neben ihrem eigentlichen Aufgabenbereich noch andere Aufgaben zu übernehmen. Um eine engere Bindung der Sammelgemeinden an die Kreishauptmannschaften und überhaupt an die Staatsverwaltung herbeizuführen, habe man festgelegt, daß der Vogt nicht etwa aus dem Bereich der Dörfer, die heute in einer Gemeinde vereinigt seien, gewählt, sondern als hauptamtlicher Vogt vom Kreishauptmann ernannt werde.

Bei der Bildung der Sammelgemeinden hätten auch politische Momente berücksichtigt werden müssen. Aus der Unzahl von Städten, Städtchen und bisherigen Sammelgemeinden habe man nunmehr 337 Sammelgemeinden gebildet und 45 Städte als Selbstverwaltungskörper belassen. Den in die Sammelgemeinden aufgenommenen Städte und Städtchen habe man ihre Selbständigkeit nicht genommen, und zwar aus dem Grunde, um ihnen die besonderen Steuervergünstigungen im Rahmen dieser Sammelgemeindeverwaltung zu erhalten. Man habe ein instrumentum sui generis geschaffen.

Zur Sicherung einer einheitlichen Verwaltung im Bereich der Selbstverwaltung auf der Ebene der Land- und Sammelgemeinden habe man eine Verwaltungs- und Dienstordnung vorbereitet, die der Hauptabteilung Innere Verwaltung vorliege und eigentlich in ihrem ersten Teil eine Landgemeindeordnung sei. Diese Verwaltungs- und Dienstordnung enthalte in ihrem zweiten Teil eine Geschäftsordnung, die den klaren Ablauf der Verwaltungsarbeit sichern solle, außerdem die politische Kontrolle der Vögte in der Landgemeindeverwaltung, daneben aber auch eine einheitliche Verwaltungsführung zu gewährleisten habe.

Am 8.August begännen die ersten dreiwöchigen Krse für Gemeinderevisoren, in denen 61 durchweg juristisch vorgebildete nichtdeutsche Beamte und Angestellte der Landgemeindeverwaltung geschult würden.

31.7.1942

Man wolle zunächst im Referat "Gemeindefinanzen" des Distrikts eine Revisionsabteilung aufziehen, aus der dann, sobald Erfahrungen vorlägen, die Kreishauptmannschaften mit einem oder zwei Revisoren besetzt werden sollten. Mit den Revisionen sei sehr bald begonnen worden, weil jede Prüfung Mängel enthüllt, die sich sonst leicht weiterfortsetzten. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung werde eine Dienstanweisung für die Gemeinderevisoren ergehen. Man denke dabei nicht nur an die Sicherung der einheitlichen Verwaltungsführung, sondern auch an die politisch doch immerhin in Betracht zu ziehende Notwendigkeit der dauernden Überwachung einer Gemeindeverwaltung, die im wesentlichen mit Nichtdeutschen besetzt sei. Bei Erlaß der neuen Landgemeindeordnung müsse auch daran gedacht werden, die Sammelgemeindeverwaltung bzw. die Vögte zur Ortspolizeibehörde zu machen.

Zu Gunsten der im Distrikt Galizien beschäftigten Beamten habe man schon seit Monaten darum gebeten, daß im Hinblick auf die Einführung des Stellenplans in den alten Distrikten des Generalgouvernements dem Distrikt Galizien eine Planstellenreserve zur Verfügung gestellt würde. Die Beamten, die im den Distrikt Galizien gekommen seien, seien infolge der bisherigen Regelung schlechter gestellt als die Beamten in den alten Distrikten.

Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert kann sich in den wesentlichen Punkten der Auffassung des Vorredners anschließen. Die Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements arbeite mit der Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Galizien aufs beste zusammen. Die Hauptabteilung habe aus der Distriktsabteilung eine ganze Reihe von Anregungen erhalten, die man vielleicht so-

gar für das ganze Generalgouvernement als vorbildlich erklären könne. Selbstverständlich habe man von der Hauptabteilung aus dem Distrikt namentlich hinsichtlich des Aufbaues und der Struktur möglichst freie Hand gelassen, was angesichts der Verhältnisse im Distrikt Galizien durchaus gerechtfertigt sei. Man sei dazu um so eher in der Lage gewesen, als man wisse, daß die Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Galizien in guten Händen liege.

Von ganz besonderem Interesse sei der im Distrikt gemachte Versuch, die fremdvölkische Bevölkerung möglichst stark in den deutschen Verwaltungsapparat einzuspannen. Angesichts der Personallage im Reich könne man auf die Dauer unmöglich um dieses Problem herumkommen. Die Erfahrung, die man gerade im Distrikt Galizien mit einem großen Teil dieser Kräfte aus fremdvölkischen Kreisen gemacht habe, seien nur als günstig zu bezeichnen. Auf diese Weise sei es gelungen, die Abgabe eines großen Teils weiterer Beamter aus dem Reich oder dem Generalgouvernement zu verhindern. Wenn Deutschland ein Weltreich werden solle, dann müsse man versuchen, mit den besten, andererseits aber auch mit möglichst wenigen Kräften auszukommen, im übrigen sich jene Elemente dienstbar zu machen, die, wenn auch fremdvölkischer Zugehörigkeit, guten Willens seien.

Was die Grenzbereinigung zwischen San und Bug angehe, so sei auch der Regierung bekannt, daß hier eine Lösung gefunden werden müsse. Die Regierung habe sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß während des Krieges eine gewisse Stetigkeit herrschen solle. Staatssekretär Dr. Bühler habe auf verschiedene Anträge von Gouverneuren, die sich auf Grenzbereinigungen oder -umschichtungen bezogen hätten, seinerzeit einen Erlaß unterzeichnet, nach welchem bis auf weiteres diese Bereinigungen unterbleiben sollten. Wenn aber der Herr Generalgouverneur die Durchführung einer Grenz-

bereinigung für notwendig halten solle, dann würde zweifellos keine Schwierigkeit bestehen, den Wünschen eines Distrikts zu entsprechen.

Die für die Rückgabe des Vermögens an die Gemeinden notwendigen Anordnungen und Verordnungen seien in Vorbereitung. Selbstverständlich müßten die Gemeinden wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden, da sich eine Gemeindeverwaltung nur durchführen lasse, wenn der Gemeinde das erforderliche Vermögen zur Verfügung stehe.

Die Verhältnisse auf dem Gebietes des Straßenbaues seien allgemein bekannt. Die Hauptabteilung Straßenbau habe bisher aus gewissen Gründen die ihr hinsichtlich der Kreisstraßen und der Gemeindestraßen obliegenden Aufgaben nicht erfüllt. Nachdem die Hauptabteilung Bauwesen es bis auf weiteres ablehne, sich eingliedern bzw. angliedern zu lassen, bleibe nichts anderes übrig, als den Gemeinden, Gemeindeverbänden und Kreishauptmannschaften eine gewisse Selbsthilfe zu überlassen. Es sei sehr erfreulich, daß gerade im Distrikt Galizien die Kreishauptmänner eigene Kreisbauämter errichteten und es auf diese Weise möglich sei, die absolut notwendigen Straßenausbesserungen durchzuführen.

Die Frage, ob eine Gemeinde Sammel- oder Landgemeinde heißen solle, halte er nicht für so bedeutungsvoll, als daß man nicht in Erwägungen eintreten könnte, ob man nicht den geäußerten Wünschen Folge leiste. Maßgebend sei wohl der Gesichtspunkt gewesen, daß es im Generalgouvernement nicht nur Sammelgemeinden, sondern auch Landgemeinden gegeben habe. Er werde die Frage nochmals untersuchen.

31.7.1942

Angesichts der Lage der Sammelgemeinden werde man dahinkommen müssen, künftighin den hauptamtlichen Bürgermeister und Vogt einzuführen. Neben dem hauptamtlichen Vogt werde noch der eine oder andere Beamte stehen müssen, wenn man bedenke, daß manche Gemeinden 20- bis 25 ooo Einwohner hätten.

Die Frage der Planstellenreserve werde man auch wohlwollend behandeln können. Für das Jahr 1942 werde eine Erfüllung dieses Wunsches allerdings nicht mehr möglich sein, da die Stellenplanverhandlungen abgeschlossen seien. Im übrigen seien die Wünsche des Distrikts Galizien für den Stellenplan erfüllt, es habe fast gar keine Schwierigkeiten gegeben. Er habe das Bestreben, die Einweisung in den Stellenplan möglichst bald erfolgen zu lassen. Man werde bereits in den nächsten Tagen in die Beratung des Stellenplans für 1943/44 eintreten müssen. Dazu sei es notwendig, daß in Berlin möglichst viele besetzte Stellen nachgewiesen würden; denn je mehr man besetzte Stellen nachweisen könne, desto leichter seien die Verhandlungen in Berlin.

Was die Frage der Verwaltungsvereinfachung angehe, so sei es erfreulich, zu hören, daß die Kreishauptmänner trotz der geringen Zahl der deutschen Angestellten und Beamten in der Lage seien, die Aufgaben zu erfüllen, die man ihnen gestellt habe. Die Wünsche, die von den einzelnen Distrikten laut geworden seien, würden in einem demnächst ergehenden Erlaß erfüllt werden. Man werden den Kreishauptmännern eine ganze Reihe von Zuständigkeiten geben können, andererseits au von der Regierung Zuständigkeiten auf die Distrikte verlagern.

31.7.1942

Abteilungsleiter Rechtsanwalt Dr. Bauer hält eine Neuordnung der Uniformfrage für dringend geboten. Besonders den Beamten des Außendienstes sei schon vor vielen Monaten eine Regelung dieser Frage zugesagt worden. Für das deutsche Ansehen sei diese Frage von großer Bedeutung. Was bei der Ausrüstung des Baudienstes geschehen sei, müßte auch für den Bereich der übrigen Beamtenschaft möglich sein. Verschiedene Beamte hätten sich schon den erforderlichen Stoff beschafft, es werde ihnen aber keine Erlaubnis zum Uniformtragen gegeben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß das Tragen der feldgrauen Uniform unter keinen Umständen gestattet werden könne. Er müsse darauf bestehen, daß die in dieser Beziehung mit dem Reich getroffenen Abmachungen unbedingt eingehalten würden.

Abteilungsleiter Rechtsanwalt Dr. Bauer bemerkt, daß die Einführung der feldgrauen Uniform nicht zur Diskussion stehe. Andererseits sei die blaue Uniform besonders für die Beamten des Außendienste völlig unzweckmäßig.

Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft Dr. Gareis gibt einen eingehenden Bericht über die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Distrikt Galizien. Wenn das Erfassungsergebnis im Distrikt Galizien im vorigen Jahr im allgemeinen unbefriedigend gewesen sei, so sei dies auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, mit denen man zu kämpfen gehabt habe. Die Ernte des vorigen Jahres habe kaum 50 % einer normalen Ernte betragen. Die Transportschwierigkeiten auf der

Eisenbahn hätten dazu geführt, daß auf den Bahnhöfen 20 ooo t Kartoffeln verdorben seien. Sehr günstig habe die schon im Juli vorigen Jahres ergangene Anweisung gewirkt, nach welcher die Bauern das, was sie früher an Eigentum besessen hätten, zur Herbstbestellung wieder erhalten würden.

Dr. Gareis gibt dann in eingehenden Ausführungen ein anschauliches Bild von den Ergebnissen der Arbeit, die von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des Distrikts Galizien im abgelaufenen Jahre geleistet worden ist.

Hauptabteilungspräsident Naumann gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Kontingente insbesondere beim Getreide wahrscheinlich 100 %ig hereinkommen würden. Er müsse aber darauf hinweisen, daß die Hauptabteilung im Distrikt Galizien für dieses Jahr noch einmal ein Aufbaujahr gewährt und das Kontingent noch nicht in voller Höhe umgelegt habe. Man habe jetzt schon für zwei Jahre, also auch für die Ernte 1943 die Kontingente herausgegeben, damit beim Anbau im Herbst darauf Rücksicht genommen und die Flächen für den Brotgetreideanbau umgelegt werden könnten, deren es bedürfe, um eine ausreichende Versorgung des Generalgouvernements zu gewährleisten. Im nächsten Jahre werde dieses Kontingent noch um einige 10 ooo t erhöht werden müssen.

Was die Angleichung der Rationssätze des Distrikts Galizien an diejenigen des Generalgouvernements angehe, so sei es im Interesse der Leistung, die das Generalgouvernement zu erbringen habe, notwendig gewesen, einheitliche Rationssätze für die nichtdeutschen Normalverbraucher ab 1. August einzuführen. Dadurch werde eine etwas bessere Versorgung der A- und

B-Karten-Inhaber im Laufe dieses Wirtschaftsjahres ermöglicht.

Der Frage der Treibstoffversorgung für die Herbstbestellung habe man schon seit Mai dieses Jahres große Aufmerksamkeit zugewendet. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe sich größte Mühe gegeben, 12 ooo t Treibstoff zu bekommen. Leider hätten angesichts der Kriegsnotwendigkeiten dem Generalgouvernement für die Herbstbestellung nur etwa 4 3oo t zur Verfügung gestellt werden können. Außerdem hätten die Mengen, die den Distrikten zur Verfügung stehen sollten, ab 1.Juli gekürzt werden müssen. Infolgedessen werde es außerordentlich schwierig sein, in diesem Herbst die Felder 100 %ig zu bestellen. Daher müßten wieder an das Pferd hohe Ansprüche gestellt werden.

Mit der Hauptabteilung Forsten wäre sich die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft darüber klar, daß Gutswald in bestimmtem Umfange an die Liegenschaftsbetriebe zurückgegeben werde, damit ein abgerundetes Ganzes entstehe.

Es stehe fest, daß die 24 ooo Pferde, die für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Liegenschaftsgüter gebraucht würden, nicht etwa aus den sämtlichen Betrieben unter 6 ha Größe genommen würden. Es brauche nur ein ganz kleiner Teil ein Pferd abgeben.

Er hoffe, daß man gutes Erntewetter bekommen werde, damit die Lagerraumfrage nicht noch größere Schwierigkeiten bereite, als sie ohnehin bereite, wenn man berücksichtige, daß bis zum 30.November das gesamte Getreide erfaßt werden müsse. Wenn es gelinge, eine trockene Ernte hereinzuholen, dann werde es möglich sein, mit dem vorhandenen und dem noch zu erstellenden behelfsmäßigen Lagerraum auszukommen. Hoffentlich würden dann auch die Schwierigkeiten, die in den Monaten Juni und Juli in den Karpatengebieten zwangsläufig aufgetreten seien, im nächsten Jahr nicht wieder auftraten. Wenn die 120 ooo t Brotgetreide, die den Bedarf des Distrikts Galizien ausmachten, frist- und fachgemäß gelagert werden könnten, werde

man in den sogenannten Hungermonaten des nächsten Jahres nicht mit den gleichen Schwierigkeiten wie in diesem Jahre zu rechnen brauchen.

Leiter der Abteilung Wirtschaft Dr. Brandel gibt einen eingehenden Bericht über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Distrikt Galizien.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich nimmt zu einigen der vom Vorredner berührten Fragen Stellung. Während früher einmal der Distrikt Warschau vor allem verkehrs- und versorgungsmäßig das Hauptsorgenkind gewesen sei, sei es jetzt der Distrikt Galizien. Über die Kohlensorgen des Distrikts habe man schon in Tarnopol gesprochen. Man gehe zweifellos hinsichtlich des Kohlenproblems ~~su~~ einem sehr ernsten und unerfreulichen Winter entgegen. Dies treffe aber auch für das Reich zu. Es sei nicht daran zu denken, daß im Reich eine Hausbrandversorgung stattfinde, die mit der vorjährigen vergleichbar wäre.

Die durch den Distrikt Galizien führenden Eisenbahnlinien seien transportmäßig die Lebensadern für die Teile der Front, auf denen sich gegenwärtig die großen Entscheidungen anbahnten. Jede Transportkapazität, die etwa noch zusätzlich herausgewirtschaftet werden könnte, habe von vornherein als militärisch beschlagnahmt zu gelten. Der sogenannte Zivilsektor, zu dem auch der Ernährungssektor und die Versorgungsbetriebe gehörten, müsse durch ständige Verhandlungen mit den militärischen Stellen versuchen, seine Rechte zur Geltung zu bringen. Deshalb werde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Versorgung dieses

Aufmarschgebietes auch mittelbar im Interesse der Wehrmacht liege. In diesem Raume könnten sich ja Truppenteile nicht aufhalten, könnten auch nicht durch ihn hindurch bewegt werden, es könnten Transporte nicht durchgeführt werden, wenn nicht elektrischer Strom erzeugt werde und in diesem Raum der normale Blutkreislauf mit allen in Kauf zu nehmenden Einschränkungen nicht wenigstens bis zu einem gewissen Grade funktioniere. Alles, was man sich unter ungewöhnlichen Maßnahmen gerade auf dem Gebiete der Kohlenversorgung vorstelle, werde genau überlegt: das Fahren von Umwegstrecken, das Benutzen der Vorkarpatenbahn usw. seien Dinge, die bei den Verhandlungen mit der Ostbahn täglich besprochen würden. Es werde vielleicht bekannt sein, daß man zum Teil schon Kohlenzüge für den Distrikt Galizien durch die Slowakei gefahren habe, weil angesichts der Engpässe, die sich beim Übergang vom Reich zum Generalgouvernement bilden, weitere Züge nicht durchgeführt werden könnten. Alle diese Dinge würden forciert, das äußerste werde dabei herausgeholt, vor allem unter dem Gesichtspunkt, ob nicht militärische Dienststellen ihre Anforderungen noch etwas zurückstekcen könnten, ob nicht aus dem zur Verfügung stehenden Kohlenkontingent für die Versorgung etwas abgezweigt werden könnte.

Er habe schon im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß der Distrikt in starkem Maße an die Selbsthilfe denken müsse. Diese Selbsthilfe könne, energiemäßig gesehen, einmal vom Erdgas kommen, zum anderen von der Erschließung der Braunkohle. Die Erdgasleitung von Stryj nach Lemberg hoffe man bis zum Winter unter allen Umständen fertigstellen zu können. Der Termin für den Bauabschluß sei mit der Unternehmer-

firma für den 1. November vertraglich festgelegt. Die Baugenehmigung, die als bürokratisches Hemmnis noch ausgestanden, aber das Heranrollen des Materials und die Dispositionen der Firma nicht gehindert habe, sei von Präsident Bauder erteilt worden.

Was die Braunkohle angehe, so seien künftig noch einige Beamte der Hauptabteilung 8 Tage durch das Gebiet gefahren, um an Ort und Stelle die Schwierigkeiten, die etwa noch ressortmäßig auftreten könnten, zu überwinden. Noch nicht geklärt sei die Frage der Zuteilung der Feldbahnlokomotiven. Er habe telegrafisch an den Militärbefehlshaber die Bitte gerichtet, sich bei zwei Dienststellen, bei denen diese Lokomotiven eingesetzt seien, für die Freigabe einzusetzen. Wichtig sei auch der Ausbau des Bahnhofes, auf dem der Übergang von der Feldbahn auf die Ostbahn erfolge.

Die Neuorganisation der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements sei durch die Gründung der Karpaten-Öl-A.G. sichergestellt. Diese Gesellschaft werde die Einheitsgesellschaft des Generalgouvernements sein und ihren Sitz in Lemberg erhalten. Dadurch werde zum Ausdruck gebracht, daß das Schwergewicht der Erdölwirtschaft des Generalgouvernements in Galizien liege. Es müsse alles getan werden, um der Erdölproduktion die Arbeit zu erleichtern. Dazu gehöre in erster Linie die Versorgung mit Kohle, ferner die ausreichende Versorgung der Arbeiter. Wenn die Erdölwirtschaft nicht als Rüstungsbetrieb, sondern als A-Betrieb klassifiziert worden sei, so sei die Unterscheidung zwischen diesen beiden Arten von Betrieben zunächst rein bürokratisch. Es könne gar kein Zweifel sein, daß bei der Dringlichkeit der

31.7.1942

Erdölproduktion den Erdölbetrieben die gleiche Förderung zu Teil werden müsse wie den Rüstungsbetrieben.

Der Erdölkonsum müsse aus dringenden militärischen Gründen eine drastische Einschränkung erfahren. Vom Reihh seien Auflagen gemacht worden, die man nicht ohne weiteres hingenommen, sondern die noch in der vergangenen Woche Gegenstand einer eingehenden Besprechung mit dem Leiter der Mineralölabteilung des Reichswirtschaftsministeriums Dr. Fischer gebildet hätten . Die militärische Situation erfordere, daß bei der gegenwärtigen Anspannung alle Kräfte eingesetzt würden, um zu verhindern, daß die sich bietenden militärischen Möglichkeiten etwa durch Unbeweglichkeit der Truppenteile nicht ausgeschöpft werden könnten. In der Mineralölzuteilung werde so verfahren, daß die Hauptabteilung Wirtschaft bzw. die Bewirtschaftungsstelle den Hauptkontingentsträgern ein Unterkontingent gebe. Dann sei es Sache der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, zu entscheiden, wie sie die zugeteilten Mengen, die unter dem Motto des Erntenotstandes der Landwirtschaft zugewendet würden, auf die einzelnen Bedarfsträger und Zwecke verteile, d.h. auf die Distrikte und auf die Verwendungszwecke, nämlich für die Herbstbestellung, für den Herantransport von Holz zur Errichtung von Lägern für Getreide usw.. Ob die für die Drosselung der Zuteilung genannte Zahl wesentlich verbessert werden könne, sei kaum anzunehmen. Aber gerade die Kreishauptmänner müßten alle Möglichkeiten der örtlichen Selbsthilfe unbedingt sich nutzbar machen.

Was die Versorgung des Distrikts Galizien mit gewerblichen Gütern, Textilien usw. we angehe, so seien die weiteren Ostgebiete natürlich auch als

31.7.1942

Konkurrenten ernster Art aufgetreten. Versorgt werde das Gebiet mit Textilwaren, Leder usw. aus eigener Produktion und aus dem, was das Reich dem Generalgouvernement zuwende. Es ist selbstverständlich, daß der Distrikt Galizien im Rahmen der allgemeinen Bewirtschaftung nicht nur paritätisch behandelt würde, sondern daß man auch durchaus willens sei, dem Distrikt, wo es gehe, mehr zuzuteilen. In Galizien seien große Lücken in die Bestände gerissen worden, und deshalb solle der in der Bevölkerung herrschende Notstand gelindert werden.

Bei der Übernahme der früheren Sowjetwirtschaft im Distrikt Galizien handele es sich um eine organisatorische Aufgabe, die weit über das hinaus gegangen sei und noch hinaus gehe, was man im Altgeneralgouvernement kennengelernt habe. Hier könnten nur mit den klaren Richtlinien gearbeitet werden, wie sie der Leiter der Abteilung Wirtschaft entwickelt habe.
Er sei auch durchaus der Auffassung, daß für die Treuhandbetriebe unbedingt privatwirtschaftliche Gesichtspunkte hinsichtlich der Betriebsführung entscheidend sein müßten, sei doch die Betriebsführung durch den Staat für den großen Teil der hiesigen Verwaltung nur ein Übergang zur späteren Privatwirtschaft. Es sei also nicht denkbar, daß für diese vorübergehende Bewirtschaftung durch den Staat zunächst ganz andere Maßstäbe angelegt würden, als sie später bei der Überführung der Betriebe in die Privathand selbstverständlich herrschen würden. Auch er spreche sich unbedingt gegen eine Subventionspolitik aus.

Das Problem der Waren-Menge und des kontrollierten Preises, die bis zum gewissen Grade miteinander im Wettbewerb ständen, müsse so gelöst werden, daß eine Zusammenarbeit mit dem Amt für Preisüberwachung und

31.7.1942

dem Amt für Preisbildung einsetze.

Nach der Besetzung des Distrikts Galizien sei zunächst mit dem Treibstoff sehr großzügig umgegangen worden. Der Treibstoff habe in Lagern gelegen und zum großen Teil nicht nach der Ukraine abtransportiert werden können, weil die Bahn noch nicht fertiggestellt war. Man habe angesichts der Transportnot zunächst einmal dazu animiert, Kraftwagen hereinzuholen, wo es möglich gewesen sei, und habe mit dem Treibstoff so großzügig arbeiten können, daß jetzt die Einschränkungen gerade im Distrikt Galizien besonders ernst würden. Allgemein sei es so, daß man von dem Gesamtkontingent, welches man mit Berlin vereinbare, einen bestimmten Teil dem gewerblichen Sektor, einen bestimmten Teil der Landwirtschaft zuteile. Die Verbrauchsträger im gewerblichen Sektor ständen mit ihren Forderungen absolut starr. An der Spitze stehe die Ostbahn, die gewaltige kriegsnotwendige Bauten hier im Lande durchzuführen habe. Es sei nicht möglich, das Ostbahnkontingent zu kürzen; denn das würde bedeuten, daß die Arbeiten an den zusätzlichen Strecken eingestellt oder wesentlich eingeschränkt werden müßten.

Ein weiteres Kontingent sei das der Hauptabteilung Bauwesen. Auch hier spielten kriegswirtschaftliche Erwägungen und Notwendigkeiten eine Rolle. Eine Einschränkung des Kontingents würde eine Einschränkung des Straßenbaues bedeuten.

Der Vertreter der Distriktsstandortführung Pg. Lochmann berichtet über den Aufbau der Partei im Distrikt Galizien und über die im Distrikt und in den Standorten geleistete Arbeit.

31.7.1942

Stadthauptmann Dr. Höller gibt darauf eine eingehende Schilderung von der Aufbauarbeit, den wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verhältnissen der Stadt Lemberg.

Am Schluße der Dienstbesprechung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort. Er führt aus: Ich möchte zunächst dem Herrn Geuverneur und den Referenten für die Ausführungen danken, mit denen sie uns ein deutliches Bild von der Lage des Distrikts Galizien gegeben haben. Ich werde morgen beim Staatsakt Gelegenheit haben, einiges über die Leistungen zu verkünden, die im vergangenen Jahre, in diesem Jahr schwersten Ringens um die Neuordnung in diesem Raum vollbracht worden ist. Ich glaube, Sie alle stehen unter dem Eindruck, daß der Distrikt Galizien einer der leistungsfähigsten und zukunftsreichsten Teile des Generalgouvernements ist. Gerade Sie werden aus Ihrer Arbeit in diesem Raum erkennen können, welch' geniale Lösung der Führer durch die Angliederung des Distrikts Galizien an das Generalgouvernement und dadurch an das Großdeutsche Reich gefunden hat. Mir wurde das bei meiner Rundfahrt durch die vier Grenzkreise besonders eindrucksvoll nahegebracht. Überall finden wir, daß durch diesen Distrikt, der im Wetterwinkel Europas liegt, die unmittelbare Verbindung des Großdeutschen Urraumes, wenn ich ihn im Vergleich zu dem kommenden gewaltigen Gebieten des Ostens so nennen darf, über Rumänien mit den Ländern in Südosteuropa gegeben ist.

Der Distrikt Galizien hat in diesem ersten Jahre seine schweren Sorgen gehabt. Es obliegt mir, den engeren Kreis der Mitarbeiter des Gouverneurs Dr. Wächter darauf hinzuweisen, daß auch der Fall des

31.7.1942

Gouverneurs Dr. Lasch eine solche schwere Sorge in diesem Winter war. Ich möchte aber ebenso feststellen, daß dieser Fall, so beklagenswert und ungewöhnlich eindrucksvoll weithin wirkend er auch gewesen sein mag, nunmehr völlig abgeschlossen ist. Vor allem steht fest, daß sich um ihn herum nicht irgendwie eine weitere Fäulnis innerhalb der Verwaltung des Distrikts Galizien gezeigt hat. Es ist deahalb auch möglich, daß man sich hier offenen Auges ansieht und sich die Versicherung abgibt, daß auf Sie alle, meine Herren, die Sie hier versammelt und jetzt in Galizien tätig sind, auch nicht der leiseste Vorwurf fällt und daß die Verwaltung des Distrikts Galizien vollkommen einwandfrei darsteht. Ihnen, Gouverneur Dr. Wächter, habe ich ja immer schon mein großes Vertrauen entgegengebracht. Ich danke Ihnen für alles, was Sie durch Ihr persönliches Vorbild, durch Ihr mannhaftes Eintreten, durch Ihren stürmischen Tatendrang geleistet haben. Ich bin stolz auf den Distrikt Galizien, das ganze Deutsche Reich kann es sein.

Ich möchte dann noch zu einigen sachlichen Fragen Stellung nehmen. Die wichtige Frage der Reprivatisierung werde ich morgen durch Kundgebung einer Verordnung lösen. Die Frage der Grenzbereinigung in Galizien wird ebenfalls durch eine von mir zu erlassende Verordnung geregelt werden. Die Durchführung der Ernte scheint mir in besten Händen zu liegen. Ich glaube auch, daß die Möglichkeit der Einbringung des Kontingents in Galizien die Grundlage für die Sicherung des Gesamtergebnisses im Generalgouvernement sein wird.

Über die Lage sonst brauche ich nichts mehr Besonderes mehr zu sagen. Dass die kommenden Monate

für das ganze große Deutsche Reich unendliche Schwierigkeiten bringen werden, ist klar. Ganz gleich, wie sich der Krieg weiterentwickelt - er wird sich dank dem grandiosen Vormarsch unserer herrlichen Wehrmacht sicher siegreich entwickeln -, so wird doch jedenfalls der vor uns liegende Winter der schwierigste sein, den unser Volk je erlebt hat. Sie müssen bedenken, daß es im Deutschen Reich selbst heute um die Sihherung der Substanz der Arbeitskraft unseres deutschen Volkes, um die Sicherung und Aufrechterhaltung der Wehrmachtsbedürfnisse geht. Sie selber, die Sie immer wieder in die Heimat kommen, werden feststellen, wie unendlich erschwerend und stets schwieriger werdend die Lage unserer Heimat auf allen Gebieten wird, wie aber andererseits der Geist der Truppe, der Geist des Sieges in unserem Volke steigt und wie gerade durch die Ereignisse in den letzten Wochen der Ausblick in eine große Zukunft sicherer ist denn je. Lemberg, die alte deutsche Stadt, wird wieder in einem stolzen großen deutschen Reich erblühen.

Gouverneur Dr. Wächter: ich danke Ihnen, Herr Generalgouverneur, im Namen meiner Mitarbeiter und in meinem eigenen Namen herzlich für die Worte, die Sie zu uns gesprochen haben. Ich darf Ihnen versichern, daß all' Ihre Mitarbeiter, aufs engste verbunden und geschlossen, einträchtig zusammenstehend und zusammenarbeitend, auch in den nächsten für das Reich entscheidenden Monaten ihre Pflicht erfüllen werden.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

IV/9

F51

31.7.1942

19[00] Festakt aus Anlaß der Eröffnung des Schauspielhauses Lemberg.

Die Feier wird eingeleitet durch die Leonoren-Ouvertüre von Ludwig van Beethoven.

Gouverneur Dr. Wächter übergibt nach einer Ansprache, in der auf die kulturelle Bedeutung der Stadt Lemberg als der östlichsten Großstadt des Generalgouvernements hinweist, das neue Haus dem Stadthauptmann Dr. Höller.

Stadthauptmann Dr. Höller übernimmt das Schauspielhaus in die Obhut der Stadt Lemberg. Er sei sich, so führt er aus, der Verantwortung voll bewußt, die er damit übernehme, gehe es doch um die Aufgabe, das Haus mit dem Geiste wahrer Kunst zu erfüllen und es zu einem leuchtenden Ausstrahlungspunkt deutscher Kultur zu machen. Über diesem Hause liege bereits eine ~~solche~~ deutsche Tradition. Er versichere, daß er der Betreuung dieses Hauses jenes Maß von Sorgfalt zuwenden werde, das der Größe der ihm gestellten Aufgabe entspreche. Er danke dem Stadtbaudirektor und seinen Mitarbeitern dafür, daß sie trotz aller Schwierigkeiter zum Jahrestag der Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement den Bau fertigstellen konnten.

Der Herr Generalgouverneur ergreift hierauf das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur! Herr Stadthauptmann! Deutsche Männer und Frauen! Der Augenblick, in dem wir uns zur Einweihung des Schauspielhauses der Stadt Lemberg zusammenfinden, ist in Ihren Worten, Herr Gouverneur und Herr Stadthauptmann, eindrucksvoll dargestellt worden. Es ist wahrlich eine Stunde der Weihe, dass wir mitten in dem größten weltgeschichtlichen Geschehen aller Zeiten eine Kulturstätte dieser Art im Namen

des Führers und des Reiches hier im Osten aufrichten.

Der deutsche Soldat kämpft den schweren Kampf um die Zukunft unseres Volkes; er kämpft, wie Sie, Herr Gouverneur, schon so schön gesagt haben, den Kampf um die Kultur Europas. Das Schauspielhaus der Stadt Lemberg wird dieser Tradition entsprechen. Mit dieser Stätte der Kunst wird dafür gesorgt werden, daß der Geist, dessen Atem wir alle in unserer Brust tragen, dieser urdeutsche kulturelle Sendungsgeist, der nunmehr durch zwei Jahrtausende hindurch Europa durchleuchtet und erwärmt, erhellt, beglückt und bereichert, wie kaum ein Segen dieser Welt jemals fruchtbarer aufsteigen konnte, nunmehr hier wiederkehrt.

Die Lage dieser Stadt Lemberg an einem der großen Brennpunkte europäischer Arbeit, europäischen Verkehrs, europäischen Druchdringens aller Bedürfnisse, Neigungen und Strömungen bestimmt sie dazu, in Zukunft ein Sammelbecken zu sein, von dem aus in die Lande strahlend das deutsche Aufbauwerk des Ostens geistig und seelisch befruchtet werden wird. Dieses Streben nach den höchsten und letzten Werten des Daseins war von je her unsere Aufgabe und wird immer unsere Aufgabe bleiben.

Der deutsche Soldat, gerade er, der in der erschütternden Stunde seiner Hingabe für das Vaterland, für Führer und Reich in seinem letzten Bewußtsein immer wieder diesen großen Glauben behalten muß, daß sein Opfer bestimmt ist, der Höherentwicklung seines Volkes zu dienen, einer Höherentwicklung, die rückstrahlend sein Opfer wertet und weiht, gerade er soll in diesem Schauspielhaus die Werke unserer großen Dichter kennenlernen, die ein Gleichnis des Lebens sind.

31.7.1942

Die Engländer haben auch ein Weltreich gezimmert; sie haben auch die Grenzen dieses Binnenraumes gesprengt. Sie haben aber nirgendwo Theater und Kulturstätten errichtet. Sie sind in die Lande gezogen, um dort ihren eigenen"kulturellen"Sendungen die Bahn zu brechen und das Licht ihres geistigen Gehalts leuchten zu lassen. Nein, sie waren keine Kulturträger Sie haben Börsen gebaut, sie haben Gefängnisse gebaut, haben Zwingburgen des Kapitals in allen Ländern errichtet und stets nur allen unterdrückten Völkern des Empire die haßerfüllte Welt des Kolonialkapitalismus gezeigt. Wie anders das Weltreich der Deutschen, das die deutsche Wehrmacht nunmehr zimmert, wie ganz anders gedacht, wie so sehr gesehen von der Solidarität aller berufenen Völker, wie so sehr getragen von der Mission,den Frieden dieses Kontinents durch kameradschaftliche Arbeitsteilung zwischen den Völkern unter Führung der berufenen Nationen endlich sicherzustellen, wie so ganz anders auch der Ausdruck dieses Führungswillens des Deutschen Reiches hier im Osten! Da werden Theater, Schauspielhäuser, Konzertsäle, Philharmonien gegründet und damit dem weiten Bogen der schönsten Träume des menschlichen Daseins die Bahn geebnet. Welch' ein Gegensatz!

Wir errichten in Lemberg das Schauspielhaus in einer Zeit, in der durch englische Bomben das Gautheater in Saarbrücken ~~durch Bomben~~ zerstört wird. Welch' ein Unterschhied: dort der brutale, haßerfüllte Menschenfeind, dem nun die Maske vom Gesicht gerissen wird und der in seiner brutalen Nacktheit enthüllt vor den Völkern dasteht, - hier die leuchtende Gestalt Adolf Hitlers in ihrer reinen Schlichtheit, in ihrer gottgesandten Schicksalskraft!

31.7.1942

Eingerahmt von den unsterblichen Weisen Beethovens geht diese Weihestunde vor sich. Beethoven, der in sich die Kraft des Westdeutschtums vereint, er, der ringende Geist, der von sich alles stieß, was ihn krank machte, der aber in sich die Ahnung des großen Kommenden trug, hat die Eroica im Gedanken an den größten Mann Europas geschrieben. Klingen seine Weisen nicht, wie wenn sie für den Führer bestimmt gewesen wären? Ist dieses eben verrauschte Vorspiel zum Fidelio nicht ein Ausdruck dieses Freiheitssehnens unserer Nation geworden? Sind diese Klänge in ihrer ewigen Wiederkehr nicht Ausdruck der Sehnsucht unseres Volkes nach der Freiheit, klingen nicht die Trompetenstöße in dies Erleben hinein, als kündeten sie die Öffnung des Tores in die Zukunft?

So schufen die großen Künstler unseres Volkes, unser Schicksal erahnend. Wir können nur dem Himmel für die Segnung danken, das er uns zu Zeitgenossen Adolf Hitlers, zu Mitgestaltern seines Werkes werden ließ. Beethoven, dessen Neunte Sinfonie heute Abend erklingen soll, hat über sich und sein Volk hinaus an den großen Einklang des Menschlichen auf dieser Welt gedacht. Diese Neunte Sinfonie, die Verklärung des Wortes Schillers, eines anderen ganz großen Gestalters der deutschen Kultur, ist ein Aufblick zur Freude, ist ein Ertönenlassen des letzten Zieles alles Wirkens staatlicher oder sonstiger Art auf dieser Welt, ein Erkennen dessen, was uns nun aus dem Ringen dieser Zeit erblühen soll, - was werden und wahr werden wird, so wahr es einen Gott gibt, daß endlich Friede wird in Europa, daß die Menschen froh werden, daß die Völker aufblicken werden und aus diesem Druck, aus dieser Not, aus den Wunden dieser Zeit über die Gräber dieser Epoche hinaus eine glückliche wiederum im großen Glauben geeinte Welt aufsteigen wird.

31.7.1942

Diesen Glauben haben wir von 1919 an in unserer Bewegung getragen. Und dieser Glaube hat uns die Kraft gegeben, aus einer kleinen Schar von wenigen Männern die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei aufzubauen, die dann das idealistische Ringen mit der Wirklichkeit aufnahm, die gegen uns war. Sie hat uns in allen diesen kämpfereichen Jahren gehalten, sie wurde vom Führer selbst getragen in den schweren, schweren Monaten des letztvergangenen Winters.

Es ist ein tiefernster und doch beglückender Augenblick, in dem wir dieses Haus weihen. Vor knapp 14 Monaten wütete in dieser Stadt der bolschewistische Terror, überall zeigte sich frech das rote Banner mit Hammer und Sichel, allüberall wurde in diesem Raume, in dieser Gegend, in diesem Lande Europa zerstört. Und heute weihen wir dieses Schauspielhaus der deutschen Kunst. Es gibt Stunden, die solche Werte und solche Weihe in sich tragen, daß man sie nicht in Worte zu fassen vermag. Man kann dann nur die besten Geister des Volkes bitten, in unserer Mitte zu sein.

Wir werden als Deutsche dieses Gebiet nie mehr verlassen. Der Distrikt Galizien wird für alle Zukunft ein untrennbarer Bestandteil Großdeutschlands bleiben. Damit wird auch dieses Schauspielhaus der Stadt Lemberg in den großen Kulturkreis der deutschen Sendung einbezogen und seine große Aufgabe erfüllen. Mit der Neunten Sinfonie eröffnen wir dieses Haus. Möge sie vielen Deutschen Freude spenden, vielen Menschen, die verzweifeln wollen, und allen denen, denen die graue Not in das Auge dringt und die da glauben, mit dem Leben nicht mehr fertig werden zu können, die unter der Mühsal und Last der ihnen geschenkten Tage zusammenbrechen, neue Hoffnung geben, damit sie an dieser Stätte wieder den glühenden, klingenden Glauben an ein frohes Leben gewinnen, emporsteigend aus den Tiefen zur göttlichen Sendung des Menschen! Wir haben als Deutsche so viele Not und

31.7.1942

so viel Elend erlebt, so viel wurde uns aufgebürdet, daß nun der Glaube an die kommende Freude der Inhalt unseres Ringens sein soll. Daraus wollen wir auch die Kraft nehmen, mit den Nöten dieser Zeit fertig zu werden.

Die Kultur kann man nicht bannen, man kann über die Kultur kaum reden, man kann sie nur erleben. Man kann sie nicht klassifizieren, man kann über sie keine Bücher schreiben. Man kann die schöpferische Persönlichkeit dankbar begrüßen, wenn sie da ist; man kann sie niemals schaffen.

Die Sinfonie, die wir nun hören werden, ist geschrieben von einem Meister, der taub war, der die Töne, die er in seinen Noten schrieb, nicht mehr hören konnte, der sie nur in sich ahnte, der sich mit jedem Blatt seiner Partitur weiter hineinfühlen mußte in das, dem er Ausdruck zu geben versuchte. Er, der so Gequälte, dem gerade jener Sinn genommen war, der ihm als Musiker, als Komponist, als Meister der Töne der wertvollste war, er, der auf dieser Welt sein Leben wie eine Strafe verspüren mußte, er, der ein Martyrium auf sich nahm wie kaum ein Mensch vor und nach ihm, - wem widmete dieser Beethoven seine Neunte Sinfonie? - Nicht dem Schmerz, nicht seinem Martyrium, nicht seinem Ichfühlen, sondern der Freude. Welch' ein Symbol! Denken wir immer darüber nach, seien wir immer dazu bereit, den Aufblick in uns wieder und wieder zu finden!

Wir haben hier im Osten schweres erlebt. Die Aufgabe, die man uns gestellt hat, war furchtbar, war unerhört. Aber die Soldaten und alle Deutschen hier haben wacker zugegriffen, und wir haben versucht, hier etwas zu schaffen, immer in der Hoffnung, daß aus der Schwere dieser Zeit einmal die Freude kommen wird.

31.7.1942

Beethoven war kein bequemer Bürger, er war freiheitlich gesonnen und kritisierte an allem herum. Er war für die damalige Polizei ein unbequemer Zeitgenosse. So sehr er sich vor eleganten Schmeichlern verschloß, so hatte er doch andererseits eine leuchtende Güte gegenüber dem einfachen Menschen. Wenn wir Beethoven hören, dann wollen wir erkennen, daß die Freude, die wir erstreben, nicht die Freude weniger Auserwählter sein soll, sondern daß diese Freude zum ersten Mal einganzes Volk von vielen Millionen erfassen soll. Der Gewinn dieses Krieges darf nicht das Glück nur wenigen Menschen geben, sondern er soll das Glück einem ganzen großen Volke in allen seinen Schichten bringen. Auf dem Territorium dieses großen weiten Reiches sollen auch andere Völker ihren Raum finden können. Ich denke hier gerade an die Ukrainer, die in ihrem Schicksal so viel mit uns gemeinsam haben, die als brave, tüchtige Bürger im Generalgouvernement ihre Pflicht erfüllen. Auch sie sollen ihre kulturelle Sendung im Rahmen des Generalgouvernements finden, auch sie sollen etwas von dem Glück verspüren, einem großen Weltreich anzugehören.

So freue ich mich denn, Herr Gouverneur und Herr Stadthauptmann, daß Sie in so weit gespannter Arbeit dieses Haus übernehmen. Möge der beste Geist deutscher Beseeltheit über dem Hause schweben, möge immerdar von ihm der Klang der Freude ertönen!

(Lebhafter Beifall).

Unter der Leitung des Musikdirektors Fritz Weidlich gelangt darauf die Neunte Sinfonie von Ludwig van Beethoven zur Aufführung. Mit/wirkende sind: das verstärkte Städtische Sinfonieorchester,

31.7.1942

der Chor des Opernhauses Lemberg und die Vereinigten Chöre des Instituts für Ukrainische Volkskunstpflege, ferner die Solisten:

Eugenia Pospiejewa, Sopran
Lydia Tschernych, Alt
Dr. Wassyl Tyssiak, Tenor
Zeno Dolnytzkyj, Baß-Bariton

Anschließend an die Eröffnung des Schauspielhauses findet im Foyer ein Abendessen statt.

Im Verlaufe des Essens ergreift Stadthauptmann Dr. Höller das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführt: Man habe am heutigen Abend einen Eindruck von einer Probe des Zusammenwirkens deutscher Führung und ukrainischer Darstellungskunst gewonnen. Diese Probe ukrainischer Kunst sei doch wohl recht gut ausgefallen, wenngleich sie den letzten Schliff erst durch die Arbeit des Musikdirektors Weidlich erhalten habe. Aus der Aufführung werde man den Schluß ziehen können, daß das deutsche Schauspielhaus in Lemberg mit Leistungen werde aufwarten können, die sich zum mindesten gleichwertig dem heute Gehörten an die Seite stellen könnten. Allerdings werde das auch wesentlich von der Förderung abhängen, die dieses Haus von der Regierung erhalte. Es möge vielleicht ein Zufall sein, daß die Eröffnung des Schauspielhauses mit dem Geburtstag des Finanzpräsidenten Dr. Senkowsky zusammenfalle. Er sehe schon im Geiste die Bestätigung des Schillerschen Wortes: "Seid umschlungen Millionen" Mit der Aufführung der Neunten Sinfonie sei ein neues Kapitel der Entwicklung deutscher Kunst in Lemberg aufgeschlagen worden.

31.7.1942

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Stadthauptmann! Der heutige Abend wird für uns alle ein unvergeßliches Erlebnis bleiben. Es ist schon eine kühne Tat, ein so gewaltiges Werk mit einem neuen Orchester und einem neuen Chor aufzuführen. In der Kunstgeschichte Lembergs wird dieses hohe künstlerische Verdienst seinen Platz finden, denn heute ist diese Geschichte durch ein monumentales Ereignis bereichert worden. Ihnen, Herr Stadthauptmann, die Sie auf die Iniativa des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter diesen kühnen Plan gefaßt haben, Ihnen, Herr Musikdirektor Weidlich, gilt unser aller herzlicher Dank. Gern sind wir bereit, von Krakau immer wieder nach Lemberg zu kommen. Ich glaube auch, daß es nicht nur bei dem Besuch bleiben wird, sondern daß der Finanzgewaltige des Generalgouvernements zweifellos den milden Appell würdig hingenommen hat. Es ist zwar etwas ungewöhnlich, daß man an seinem Geburtstag ein Geschenk gibt, (Heiterkeit) aber diese Einladung ist ja auch in so einmaliger Form gleich unter einer bestimmten Begrenzung erfolgt, sodaß ich hoffen möchte, Herr Präsident Dr. Senkowsky wird das Wort Schillers nicht wahr machen wollen: "Und wer's nie gekonnt, der stehle weinend sich aus diesem Bund." (Heiterkeit). Es wird im Rahmen des Möglichen alles geschehen, um der Kulturinitiative der Stadt Lemberg zu entsprechen. Ich trinke auf das Wohl des Herrn Stadthauptmann und auf das Gedeihen der deutschen Kunst in der Stadt Lemberg!

31.7.1942

Kreishauptmann Dr. Albrecht dankt namens der übrigen Kreishauptmänner dem Stadthauptmann Dr. Höller für den schönen Abend. Gleichzeitig spricht er dem Herrn Generalgouverneur seinen Dank dafür aus, daß er auf seiner Reise in die Bezirke des Huzulenlandes gekommen sei. Wer seit 1939 im Dienste des Generalgouvernements stehe, erinnere sich gern daran, welche großen Energien von der Burg in Krakau in den vergangenen zweidreiviertel Jahren bis in die kleinsten Kreisstädte ausgestrahlt seien. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, an der Gepflogenheit festzuhalten, selber an die Stätten der Arbeit der Kreishauptmänner zu kommen und ihnen dort weitere Richtlinien zu geben. Er bitte die Herren, die aus Kreisen nach Lemberg gekommen seien, auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken.

23^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hauptbahnhof Lemberg.

(Übernachtung im Sonderzuge)

END OF

VOL. #. 19

R 6.

END OF

VOL. #19

R 6.

VOL. # 20

R.6

8C

761

IV/9

Lemberg

Sonnabend, den 1.August 1942

9[30] Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Gouverneurs Dr. Wächter, des Staatssekretärs Dr. Boepple und des Obersten Fischer zum Ehrenfriedhof, wo er vor den Gräbern der Gefallenen einen Kranz niederlegt.

10[00] Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs mit seiner Begleitung vor dem ehemaligen Landtagsgebäude.

10[10] S t a a t s a k t im ehemaligen Landtagsgebäude.

Der Staatsakt wird eingeleitet durch die Rienzi-Ouvertüre von Richard Wagner, gespielt vom Standortmusikkorps Krakauunter Leitung des Stabsmusikmeisters Gerlach.

Nach Begrüßungsworten des Gouverneurs Dr.Wächter ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Herr Gouverneur! Herr General! Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements! Mitglieder der Distriktsverwaltung! Kreishauptmänner! Stadthauptmänner! Deutsche Männer und Frauen!

Wir haben vor einem Jahr den Distrikt Galizien in das Generalgouvernement aufgenommen. Es war eine feierliche Stunde, die uns angesichts der Entscheidung des Führers dieses für das Gesamtwirken Großdeutschlands außerordentlich wichtige Gebiet gebracht hat. Die Wehrmacht hatte dieses Land unter dem Einsatz besten Blutes erorbert. Es war die erste Pflicht der Vertreter des Staates, dem dankbaren Empfinden gegenüber den Opfern, die auch für dieses Land gefallen sind, bewegten Herzens Ausdruck zu verleihen.

Ich freue mich, in Ihnen, Herr General Beutel, den Vertreter des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement Generals von Gienanth besonders begrüßen

und Ihnen sagen zu dürfen, wie sehr sich die Verwaltung des Generalgouvernements stets mit der Wehrmacht verbunden weiß.

Dieses letzte Jahr gehörte zu den schwersten weltgeschichtlichen Zonen, die das deutsche Volk zu beschreiten hatte. Man kann sagen, daß die Wintermonate von 1941 auf 1942 die schwierigsten in der Entwicklung des Krieges waren. Es ist nur der Größe und der einmaligen Gestalt eines Mannes wie Adolf Hitler zu verdanken, daß in diesen Monaten trotz aller Sorgen und Erschwerungen der Sieg näherrückte denn je.

Das deutsche Volk tritt in wenigen Wochen in das vierte Kriegsjahr ein. Wir können daher auch für den Distrikt Galizien vom Generalgouvernement aus feststellen, daß inmitten dieser Erschwerungen und Schwierigkeiten dieser Zeit, die selbstverständlich rückstrahlend aus den Ereignissen an der Front, aus den ungeheuren Bedürfnissen des Nachschubes für die Ostfront, aus den ungeheuren Sorgen und Nöten, ernährungsmäßig, transportmäßig, währungsgemäß in diesem Gebiet notwendigerweise entstanden, dieses Jahr, das erste Jahr des Distrikts Galizien, wahrscheinlich zugleich auch das schwerste Jahr des Distrikts Galizien war. Dieses Aufeinanderprallen von Aufbaunotwendigkeit einerseits und rücksichtsloser Herausholung aller noch vorhandenen und gestapelten persönlichen und sachlichen Energien dieses Raumes war es, was die Schwierigkeiten dieses Jahres charakterisierte und dem Distrikt Galizien eine ähnliche Lage wie dem ganzen Generalgouvernement gab.

3

1.8.1942

Wir können angesichts dieser Betrachtung der kaum messbaren Schwierigkeiten der Lage hier im Osten die erfreuliche Feststellung treffen, daß es trotzdem geglückt ist, in diesem Jahr eine unerhört segensreiche Aufbauarbeit zu verrichten. Nicht nur, daß es gelungen ist, die gesamte Verwaltung im Raum des Distrikts Galizien im wesentlichen sicherzustellen, nicht nur daß ebenso wie die Fachverwaltungen die gesamten staatlichen Betriebe der Eisenbahn, der Post, der Monopolverwaltung, daß die Wirtschaftswerke der Industrie, die Wasser- und Elektrizitätswerke, die Ölbetriebe, die Holzwerke usw. in Gang gesetzt werden konnten - ihr Wirken und ihre Produktion konnten im ersten Jahre schon ungeheuer gesteigert werden. Das spricht an sich schon eine eindeutige Sprache. Daß von den fast total zerstörten Brücken zweidrittel wieder völlig neu errichtet werden konnten, daß es möglich war, trotz aller Schwierigkeiten die Felder zu bestellen und Saatgut hereinzubringen, daß es möglich war, die zerstörten Gebäude für die Unterbringung der Bevölkerung, für die Unterbringung von Waren und Sachen aller Art wiederherzustellen, daß auf allen Gebieten wie vor allem auf dem Gebiete der Neuherstellung von Eisenbahnlinien, des Ausbaues des Fernmeldenetzes der Post wieder die Schaffung eines gesunden Verkehrsadersystems feststellbar ist - das alles kann uns und Sie, meine Herren, die Sie für die Verwaltung des Distrikts Galizien verantwortlich zeichnen, fürwahr mit Stolz erfüllen. Ich stehe hier, um Ihnen im Namen des Reiches und des Führers Dank und Anerkennung für diese hervorragende Aufbauarbeit abzustatten.

1.8.1942

Im Distrikt Galizien kann man nun schon verfolgen, wie sehr bereits durch die innere Wucht der Probleme, durch das in den Problemen selbst liegende Lösungsprinzip ein Vorwärts der Entwicklung angebahnt worden ist. Selbstverständlich können Bahnen, Straßen Brücken, Häuser usw. mitten im Kriege auf der Nachschubstrecke zum Ostraum nicht zerstört bleiben. Aber es ist auch ein großes Verdienst, mit diesen Problemen so fertig zu werden, daß sie nicht nur gelöst, sondern so schnell gelöst werden, daß ich wohl sagen kann, im kommenden Winter wird das Generalgouvernement transportmäßig, verkehrsmäßig, ernährungsmäßig zweifellos nicht mit einem Bruchteil der Schwierigkeiten zu rechnen haben, mit denen wir im vergangenen Winter fertig werden mußten.

Die Bevölkerung dieses Raumes hat sich loyal benommen. Vor allem habe ich eine Feststellung durchaus anerkennend zu treffen, daß nämlich der erste Aufruf zur Meldung für Arbeitskräften für das Reich im Distrikt Galizien von der Bevölkerung geradezu hervorragend befolgt wurde. Es ist geglückt, in diesem Distrikt allein fast 2oo ooo Arbeitskräfte für das Deutsche Reich freizumachen, die nunmehr an wichtigsten Produktionsstätten des Reiches eingesetzt sind.

Volle Anerkennung verdient es auch, wie sich die Bevölkerung dieses Distrikts mit den Schwierigkeiten der Zeitlage abgefunden hat. Wir haben alle Läger, alle Vorräte, alles, was in diesem Lande war, zerstört vorgefunden, oder es war von den Bolschewiken weggeräumt worden. Sie haben die gesamte Wirtschafts- und Eigentumsverfassung vollkommen zerstört. Man wußte im Lande nicht aus noch ein. Trotzdem hat die

1.8.1942

Bevölkerung diese Schwierigkeiten mit Geduld getragen, und darum gebührt auch ihr die Anerkennung der Regierung des Generalgouvernements.

Nach einem Jahr der Zugehörigkeit dieses Distrikts zum Generalgouvernement können wir daher im großen ganzen feststellen, daß sich die Maßnahmen, die von der Regierungszentrale sowohl wie vom Gouverneur getroffen worden sind, durchaus bewährt haben. Daher wird an diesen Grundsätzen auch nicht gerüttelt werden In Ruhe und Stetigkeit, in Zielklarheit und unbedingter Hingabe an seine Aufgaben im Dienste des Heeres und seines siegreichen Ringens wird der Distrikt Galizien, dessen bin ich sicher, unter Ihrer hervorragenden Führung, Parteigenosse Wächter, auch im neuen Jahre seine Pflicht erfüllen.

Ich habe nun ein Versprechen, daß ich vor einem Jahr in meiner Proklamation gegeben habe, einzulösen. Nachdem sich die Bevölkerung dieses Raumes in so loyaler Weise zu dem neuen Prinzip der Ordnung bekannt hat, habe ich auf den wesentlichen Gebieten das Problem der Reprivatisierung, also der Wiedergutmachung jener Folgen, die durch die bolschewistische Wirtschaftsverfassung eingetreten sind, aufgegriffen und dafür einige Regelungen getroffen. Auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft ist es das große Problem gewesen, die Verwaltung, Nutznießung und besitzmäßige Beherrschung des Bodens wieder in die Privatwirtschaft zurückzuführen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Regierung des Generalgouvernements hat bereits kurze Zeit nach Übernahme des Landes durch die deutsche Verwaltung diese Besitzverhältnisse geregelt. Für die Landwirtschaft verkünde ich in Ergänzung dieser bereits getroffenen Regelung mit Wirkung vom heutigen Tage folgenden Erlaß:

766

1.8.1942

Am 1.August 1942 jährt sich der Tag, an dem die deutsche Verwaltung in Galizien einzog. Dieses gibt mir Anlaß, überblikkend die bisherigen Erfolge und zukünftiger Aufgaben im landwirtschaftlichen Sektor Galiziens herauszustellen.

Der Bolschewismus hat in Galizien entsprechend der marxistischen Theorie versucht, an die Stelle der Selbständigkeit des galizischen Landbewohners das Prinzip des Staats-Kolchos zusetzen. Dadurch sollte das selbstverantwortliche Landvolk zum Landproletariat herabgedrückt werden. In den zwei Jahren der sowjetischen Herrschaft war der Bolschewismus auf diesem Weg schon weit fortgeschritten. Es hätte nicht mehr lange gedauert, bis der letzte selbst-ändige Bauer zum Kolchosen degradiert worden wäre.

Die deutsche Verwaltung hat auf allen Gebieten der Landwirtschaft - soweit es Betriebsverhältnisse zulassen - die eigene Verantwortlichkeit des einzelnen Bewirtschafters von Grund und Boden in den Vordergund gerückt. Daher wurden die alten Besitzverhältnisse im wesentlichen wieder hergestellt. Darüber hinaus ist zahlreichen Bauern zusätzlich Land zur Nutzung zugewiesen worden. Es ist mein Wille, daß in dieser Richtung auch fernerhin verfahren wird. Der galizische Bauer soll seinen Besitz ordnungsgemäß bewirtschaften und über sein lebendes und totes Inventar verfügen können. Er tritt damit in den Genuß des Ertrages seiner Arbeit.

1.8.1942

Jeder Bauer, der seiner Ablieferungspflicht voll Genüge geleistet hat, soll in jeder Weise unterstützt und gefördert werden. Dieses ist auch bei der Zuweisung von neuem Land zu berücksichtigen.

Es ist mein Bestreben, mit allen Mitteln die Gesundung der Landwirtschaft Galiziens schon während dieses Krieges herbeizuführen.

Das deutsche Volk trägt in dem Kampf um die Befreiung Europas von der Geißel des Bolschewismus schwere Blutopfer. Der galizische Bauer soll den Sieg, der ein neues Europa bringen wird, durch Fleiß, Arbeit und guten Willen seinerseits nach besten Kräften unterstützen. Dazu rufe ich das galizische Volk auf.

Mit der Verkündung dieses Erlasses endet die bolschewistische Wirtschaftsverfassung. Auf dem Gebiete des Handwerks, des Einzelhandels und der Kleinindustrie habe ich mit Wirkung vom heutigen Tage folgende Verordnung für den Distrikt Galizien erlassen:

§ 1

Die von den bolschewistischen Behörden während der Zugehörigkeit Galiziens zur Sowjetunion verstaatlichten und vergemeinschafteten Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe können, soweit ihr Bestand volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist, in selbständige Privatbetriebe umgewandelt werden.

Diese

Diese Betriebe sind samt den vorhandenen zugehörigen Einrichtungen auf Personen zu übertragen, welche die im Interesse der Allgemeinheit für die Führung des Betriebes erforderlichen Voraussetzungen erfüllen. Hierbei ist in der Regel denjenigen Personen der Vorzug zu geben, die nachweisen, daß sie oder ihre Rechtsvorgänger am 1. September 1939 Inhaber der Betriebe waren. Eine Übertragung an Juden ist ausgeschlossen.

Die Übertragung der Betriebe und des Eigentums an der Einrichtung kann unter Bedingungen und Auflagen erfolgen.

§ 2

Für industrielle Betriebe, in denen am 1.September 1939 nicht mehr als 20 versicherungspflichtige Personen beschäftigt waren, gilt § 1 entsprechend.

Damit ist die bolschewistische Wirtschaftsform auf den Gebieten des Handwerks, des Einzelhandels und der Kleinbetriebe beseitigt.

Eine weitere Verordnung verkündet die Beseitigung bolschewistischer Wirtschaftsformen auf dem Gebiete der Verwaltung von Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken. Im § 1 dieser Verordnung heißt es:

Die von den bolschewistischen Behörden während der Zugehörigkeit Galiziens zur Sowjetunion verstaatlichten und vergemeinschafteten Hausgrundstücke und gewerblich genutzten Grundstücke können Privatpersonen zur Verwaltung und Nutznießung überlassen werden. Hierbei ist in der Regel denjenigen Personen der Vorzug zu geben, die

nachweisen, daß sie oder ihre Rechtsvorgänger am 1.September 1939 Eigentümer derselben waren. Eine Überlassung an Juden ist ausgeschlossen.

Die Überlassung kann unter Bedingungen und Auflagen erfolgen.

Ich habe damit die Versprechungen eingelöst, die ich in meiner Proklamation der Bevölkerung dieses Gebietes vor einem Jahr gemacht habe. Weitere Entwicklungen segensreicher Art können daher aus der loyalen Zusammenarbeit der Bevölkerung mit den deutschen Behörden erstehen. Die deutsche Verwaltung in diesem Raume ist gewillt und auch beauftragt, die Bevölkerung förderlich zu behandeln. Sie wird mit der gleichen entschiedenen und grundsätzlichen Festigkeit, mit der sie jeden Versuch der Widersetzlichkeit gegen die vom Großdeutschen Reich eingeführte Ordnung niederschlagen wird, die loyale Bevölkerung dieses Raumes schützen. Zu diesem Zweck habe ich einen weiteren Erlaß betreffend Aufgaben der deutschen Verwaltung in Galizien zum Schutze des Einzelbauern auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft herausgegeben. Dieser Erlaß zeigt den guten Willen auch der deutschen Verwaltung, mit der Pflicht zur restlosen Erfassung der Ernte in diesem Jahre die Sicherung der bäuerlichen Produktionsstätte vor allem hier im Distrikt Galizien zu verbinden.

Damit ist das Gesamtgefüge des Distrikts Galizien nunmehr auch in den letzten Teilen im wesentlichen der Rechtslage des gesamten Generalgouvernements angeglichen.

So bleibt mir denn im Rahmen dieses Staatsaktes im Zusammenhang mit der Verkündung dieser einen revolutionären Einbruch in das bolschewistische Untermenschentum der Zerstörung darstellenden Neuordnung dieses Raumes nur noch einiges vom Generalgouvernement selbst zu sagen übrig. Wir erleben im General-

gouvernement das Erstehen eines Nebenlandes, eines neuen staatlichen Gebildes im Rahmen des Großdeutschen Raumes. Es ist selbstverständlich, daß dieses völlig neuartige und neukonstruierte Gebilde da und dor t noch zu den merkwürdigsten Auffassungen Veranlassung gibt. Aber in zunehmenden Masse gewinnt die Autorität des Generalgouv ernements an Gewicht, und zwar angesichts der Steigerung der Faktoren, die in der Führung und Verwaltung dieses Raumes staatsbildend sind. Was vor 2 3/4 Jahren erst ein Anfang, eine kühne Konstruktion war, das wirkt sich nunmehr immer mehr mit dem Charakter der staatlichen Totalität im Raume ordnend aus. Das Generalgouvernement ist heute eins der geschlossensten und klarst organisierten Gebilde im Großdeutschen Machtbereich. Wir können daher - und die Regierung des Generalgouvernements weiss sich hier eins mit mir - mit Stolz auf diese Aufbauarbeit blicken.

Mit der letzten Aufbauverordnung ist der Schlußstein gelegt worden. Regierung, Verwaltung, Polizei und Sicherheit sind nunmehr fest gefügt in der Einheit des klaren Willens, dieses Land unter allen Umständen in sicherer Führung zu halten. Einheit der Führung und der Verwaltung ist der Grundsatz dieses Raumes. So, wie im Generalgouvernement neur als dem Bevollmächtigten des Reiches alle Vollmachten zusammenlaufen und er nur dem Führer untersteht, hat der Gouverneur die sämtlichen Vollmachten für den Distrikt, und die gleichen Vollmachten stehen auch dann wieder dem Kreishauptmann für den Kreis zu. An dieser Ordnung nehmen auch jene Verwaltungen teil, die im Reich völlig ausserhalb der an sich als Verwaltung zu bezeichnenden Zentrale der Staatsbetreuung bestehen.

Post und Eisenbahn sind ebenso eingefügt wie die Polizei.

Angesichts der machtvollen Entwicklung dieses neuen staatlichen Bereiches kommt es nunmehr darauf an, daß die Männer, die berufen sind, im Namen dieses neuen Landes zu handeln, sich auch immer dessen bewußt sind, daß die Autorität des Führers und des Reiches über jedem einzelnen steht und daher auch von jedem einzelnen vertreten wird. Das Generalgouvernement ist also keine theoretische Konstruktion, sondern eine eminente Wirklichkeit des Staatslebens des Großdeutschen Reiches. Die Aufbaugrundsätze des Generalgouvernements haben sich auch hier im Distrikt Galizien bewährt. Wäre dieses festgefügte Ganze nicht der Ausgangspunkt für die Bildung dieses Distrikts gewesen, dann wäre es auch nicht gelungen, im Verlaufe eines Jahres aus der eigenen Kraft des Generalgouvernements heraus hier den Aufbau zu vollziehen.

Die Wünsche des Distrikts Galizien sind dem Generalgouverneur in den letzten Tagen deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Die finanziellen Sorgen, die da und dort bestehen, die baulichen Sorgen, die Versorgungsschwierigkeiten, sie alle sind von den Regierungsstellen aufgenommen. Alle vorgebrachten Wünsche werden entsprechend dem echten und würdigen Verdienst, das sich die Männer der Verwaltung des Distrikts Galizien erworben haben, auch realisiert werden, soweit es im Bereich der Möglichkeit liegt.

Ich selber aber möchte diesen Staatsakt, der der Wiederherstellung europäischer Ordnungsprinzipien im Distrikt Galizien galt, damit schließen, daß ich Ihnen, Herr Gouverneur Dr. Wächter, unser aller beste Wünsche mit auf den Weg gebe. Ihnen persönlich, den Mitarbeitern in Ihrem Amt wie in den Kreisen wünsche ich für das kommende Jahr alles das Beste. Das Jahr, das vor uns liegt, ist das Jahr der Entscheidung. Wir

werden, wenn wir heute in einem Jahre wiederum einen festlichen Akt in Galizien begehen, aufs neue feststellen, daß der Aufbau weiter fortgeschritten sein wird, daß neue Elektrizitätswerke, neue Brücken, neue Fabriken, neue Holzwerke, neue Maschinen, daß neue Kulturstätten und Heime für deutsche Menschen errichtet worden sind. Das hineinpulsierende gewaltige und herrliche Leben dieser Zeit wird gerade den Distrikt Galizien dazu bestimmen, innerhalb des Generalgouvernements die große Brücke zum Reich darzustellen. Wer vom Osten nach Lemberg kommt, wird hier zuerst das Großdeutsche Reich begrüßen, und wer, vom Reich kommend, dem Osten entgegenfährt, wird in Lemberg den deutschen Raum in einer schönen Stadt noch einmal begrüßen können.

Zu den Plänen für Lemberg gehört insbesondere auch der Ausbau der Lemberger Messe, die ihrer alten Tradition entsprechend wieder ganz groß erstehen wird. Im Zusammenhang damit wird es zu einem Aufbau aller deutschen und kulturellen Einrichtungen in diesem Raume kommen. Wir wollen also alles tun, um Ihnen, Herr Gouverneur, und Ihren Mitarbeitern zu helfen. Wir wissen, wie Sie hier tätig sind, und schauen deshalb voller Vertrauen auf Ihre Arbeit. Möge dieses neue Jahr mit dem großen Segen, den wir für den Führer und seinen Sieg vom Himmel erbitten, auch für unsere Kleinarbeit im Generalgouvernement ein segensreiches Jahr werden!

1.8.1942

Mit dem von Gouverneur Dr. Wächter ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation findet der Staatsakt sein Ende.

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt in den Repräsentationsräumen des ehemaligen Landtagsgebäudes eine Ukrainische Delegation.

Der Sprecher der Delegation richtet folgende Ansprache an den Generalgouverneur:
Herr Generalgouverneur! Es jährt sich der Tag, an welchem wir Sie, Exzellenz, vor einem Jahr hier begrüßt haben. Wie damals sind wir auch heute als Vertreter der ukrainischen Volksgemeinschaft Galiziens vor Ihnen erschienen, um Sprecher der Gefühle[u] der Gedanken des ukrainischen Volkes zu sein. Geruhen Sie, Herr Generalgouverneur, zur Kenntnis zu nehmen, daß diese Gefühle dieselben geblieben sind; denn das ukrainische Volk ist aufrichtig und standhaft in seiner Haltung. Wir werden den deutschen Soldaten nie vergessen, der in den grauen Morgenstunden des 30. Juni vorigen Jahres auf den Straßen unserer Stadt erschienen ist. Die Gefühle, die wir in unseren Herzen für die heldenmütige deutsche Wehrmacht hegen, sind nicht still geworden; denn wir wissen, was wir ihr zu verdanken haben.

Sie hat mit ihren siegreichen Waffen einen schicksalhaften Kampf entschieden. Jahrhunderte lang dauerte das Ringen zweier Welten über die Herrschaft in östlichen Ländern Europas. Tausendjährige Geschichte des ukrainischen Volkes legt Zeugnis ab, daß dieses Volk und sein Land organisch dem europäischen Kulturkreis angehören. Durch die Entscheidung Adolf Hitlers und durch den Sieg des deutschen Schwertes ist es

endgültig an Euroap angeschlossen worden.

Der Kampf um die Zukunft ganz Europas dauert an. Und das ist der Grund, weswegen wir die Fürchte dieser historischen Sendung noch nicht genießen können. Aber diese Tatsache ist zugleich Veranlassung für uns, alles zu tun, um auch unseren Beitrag zum endgültigen Sieg zu bringen. Wir verstehen sehr gut die Notwendigkeiten des Krieges. Auch unsere Volksgenossen draußen auf dem Lande verstehen sie. Das gesamte ukrainische Volk unter der Führung des Ukrainischen Hauptausschusses erachtet es als seine erste Pflicht, in diesem Sinne sein Leben zu gestalten. Der künftige Sieg über den Bolschewismus wird auch unser Sieg sein.

Herr Generalgouverneur, ein Jahr fruchtbarer und intensiver Aufbauarbeit unter Ihrer obersten Führung liegt hinter uns. In Ihrer Person begrüßen wir heute den erhabensten Träger der obersten Gewalt in diesem Lande. Zugleich sind Sie für uns der stärkste Hort der Ordnung und des menschlichen Lebens. Aus dem Zustande der Ruine und der Verwesung, in welchem das Land vom Bolschewismus verlassen wurde, schreiten wir ununterbrochen in geregelte Verhältnisse des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, der moralischen Genesung und der nationalen Wiedergeburt.

Geruhen Sie, Exzellenz, Sie heute im Namen des ukrainischen Volkes Galiziens auf das herzlichste willkommen zu heißen und von uns die Ausdrücke seiner aufrichtigen Ergebenheit und Dankbarkeit entgegenzunehmen.

1.8.1942

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Ich bin außerordentlich bewegt über die schönen Worte, die Sie gefunden haben. Ich habe vor einem Jahr in meiner Proklamation die Bevölkerung ermahnt, sich mit der neuen Lage loyal abzufinden. Ich habe in dem Staatsakt, den ich eben in Anwesenheit der Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements, des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter, der Vertreter der Wehrmacht und verschiedener Kreishauptmänner zum Ausdruck gebracht, daß ich die Loyalität der Bevölkerung des Distrikts Galizien dankbar verspürt und zur Kenntnis genommen habe. Ich habe als Ausdruck meiner Dankbarkeit dafür nun auch heute am Jahrestage jene grundlegenden Verordnungen und Erlasse vollzogen, die die Beseitigung der bolschewistischen Wirtschaftsverfassung in diesem Raum zum Inhalt haben. Sie werden gerade daraus den ernsten Willen entnehmen können, mit dem es mir persönlich obliegt, der loyalen Art, die Sie mir und unseren Verwaltungsstellen entgegenbringen, zu entsprechen. Auf Grund dieser Verordnungen und Erlasse wird es nunmehr möglich sein, das so schwergeschädigte Volk dieses Raumes wieder in Eigentum und Nutzung des Bodens und des Gewerbes einzusetzen. Darüber hinaus wird in wenigen Wochen eine ergänzende Verordnung erscheinen, die auf dem Gebiet der Gesamtübernahme des Staatseigentums vor allem auch eine Übernahme dieses Eigentums in die kommunale Verwaltung ermöglichen wird.

So werden wir mitten im Kriege und gerade jetzt inmitten der schwierigsten Entscheidungen des dritten Kriegsjahres in die Lage versetzt, allmählich die Verhältnisse wieder zu konsolidieren und dem Volke hier wieder das echte Gefühl einer Verwurzlung mit dem Raume unter dem Schutz des Großdeutschen Reiches zu

geben. Ich möchte dabei vor allem auch den Herren des Komitees dafür danken, daß sie in so verständnisvoller Weise in den schwierigen Anfangsmonaten und dem schwierigen Anfangsjahr bei der Verwaltung des Distrikts dem Gouverneur Dr. Wächter und den Kreishauptmännern gehoffen haben. Bei meiner dreitägigen Reise, die mich durch die Kreise Tarnopol, Czortkow, Kolomea, Stanislau, durch die Orte Horodenka und Zabie führte, konnte ich immer wieder die Aufgeschlossenheit vor allem des ukrainischen Volkes in diesem Raum für den Führer und das Großdeutsche Reich feststellen. Ich bin nicht unempfindlich gegen diese Zeugnisse einer echten Bewährung. Das Schicksal des deutschen und des ukrainischen Volkes ist sehr verwandt. Wollen wir uns über alle Schwierigkeiten hinweg, die die Zeit in sich birgt, darüber klar sein, daß das Schicksal der Ukrainer aufs engste mit dem Schicksal des deutschen Volkes verbunden ist.

Ich bin dessen sicher, daß Sie auch in diesem zweiten Jahr des Bestehens des Distrikts Galizien Ihre Pflicht tun werden. Die Schwierigkeiten dieses ersten Jahres waren, was die Lebensverhältnisse angeht, außerordentlich groß. Überall fehlte es an Lebens- und Nahrungsmitteln, inmanchen Gebieten war die Ernährungslage sehr ernst. Ich darf Sie deshalb bitten: helfen Sie mit, daß wir die Ernte, mit der Gott dieses Land gesegnet hat, so intensiv wie möglich in die Scheuern bekommen, auf daß diese schwierigen Verhältnisse nicht wiederkehren. Ich rufe Sie besonders herzlich auf, bei der Ernteerfassung draußen im Lande mitzuwirken.

Ihre kulturellen Einrichtungen haben wir, soweit es der Krieg erlaubt, wiederhergestellt. Ihren kirchlichen Bedürfnissen, Ihren Bedürfnissen auf dem Gebiet

1.8.1942

der Schule und Erziehung haben wir Rechnung getragen. Wir haben sogar schon begonnen, die wissenschaftlichen Institute wieder instand zu setzen, sodaß alle Möglichkeiten gegeben sind, damit allmählich und systematisch eine Entwicklung Ihres Eigenlebens unter deutscher Führung sichergestellt wird. Was an mir liegt, soll geschehen, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

Der Sprecher der Delegation dankt dem Herrn Generalgouverneur herzlichst für diese Worte und gelobt, daß das Ukrainische Hilfskomitee auch im zweiten Jahre des Distrikts Galizien nach besten Kräften seine Pflicht erfüllen werde. Das gelte vor allem für die Ernteerfassung, in die man die ukrainischen Genossenschaften einschalten werde. Die Mitarbeit der Ukrainer am Aufbauwerk des Gouverneurs und aller deutschen Dienststellen werde im zweiten Jahre noch besser werden als im ersten.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt eine Anzahl von Wirtschaftsschriftleitern der Reichspresse, die sich zur Zeit auf einer Reise durch Galizien befinden. Er gibt den Pressevertretern eine Schilderung der Verhältnisse im Distrikt Galizien.

1.8.1942

11[35] Empfang einer polnischen Delegation durch den Herrn Generalgouverneur.

Der Sprecher der Delegation richtet folgende Worte an den Herrn Generalgouverneur:

Exzellenz! Als Vertreter der polnischen Hilfskomitees des Distrikts Galizien beehren wir uns, Euer Exzellenz zu begrüßen und Euer Exzellenz die bisherigen Erlebnisse unserer Arbeit vorzustellen.

Die polnische Bevölkerung dieses Distrikts wurde besonders schwer durch die Kriegsereignisse getroffen. Das bolschewistische Regiem hat die materiellen Lebensgrundlagen beinahe gänzlich vernichtet. Der Landwirt, Kaufmann, Industrielle, Handwerker wurden aus ihren Werkstätten verjagt, und infolgedessen wurde ihnen jede Erwerbsmöglichkeit entzogen. Ebenso wurden den freien Berufen und den Amtsangestellten ihre Verdienstquellen abgeschafft, sodaß auch diese allgemeiner und äußerster Not ausgesetzt wurden. In diesen Verhältnissen war keine Hilfsaktion zugelassen worden, nachdem dieselben von den bolschewistischen Behörden als Sabotage verboten und verfolgt wurden.

Die siegreiche deutschen Wehrmacht hat das bolschewistische Gespenst von diesen Gebieten weggejagt. Unter den neu entstandenen Lebensverhältnissen kommen jetzt zwei wichtige Probleme für die hiesige polnischen Bevölkerung als Tagesfragen in Betracht. Als erstes gilt es, sofort eine Hilfe für diejenigen zu organisieren, die sich in der dringensten Notlage befanden. Als zweites gilt es, der überwiegenden Zahl der polnischen Bevölkerung die Rückkehr an ihre Arbeitswerkstätten sowie die Schaffung eines Arbeitsverdienstes zu ermöglichen.

Dank der Tatsache, daß die Regierung Euerer Exzellenz die Organisierung der polnischen Hilfskomitees in Galizien genehmigt hat, sowie dank der Hilfe, welche

diese Komitees von der Regierung erhalten haben, waren wir im verflossenen Jahre imstande, denen zu helfen, welche dieser Hilfe am meisten bedurften.

Im Gebiete des Distrikts befinden sich am Sitze der Kreishauptmannschaften 14 Hilfskomitees, welche in den Volksküchen, Schulküchen und Waisenanstalten über 30 ooo Personen verköstigen. Außerdem bekleiden wir die Ärmsten mit dem vom polnischen Hauptausschuß uns gelieferten Kleidungsstücken. Aber gering und nicht ausreichend sind unsere Mittel, doch das Möglichste wird geleistet.

Für die Durchführung dieser Tätigkeit und für die Hilfe in dieser Arbeit sprechen wir Ihnen, Exzellenz, und Ihrer Regierung den tiefsten Dank aus.

Das zweite Problem ist innigst mit der Zahl unserer Betreuten verbunden, die Rückgabe der polnischen Arbeitswerkstätten, die seinerzeit von den Bolschewisten nationalisiert worden sind.

Wir bitten Euer Exzellenz um eine weitere möglichst entsprechende Hilfe für die Polnischen Hilfskomitees. Die Not der polnischen Bevölkerung ist wirklich sehr groß. Wir bitten Euer Exzellenz zugleich, es der polnischen Bevölkerung zu ermöglichen, daß sie zu ihren Arbeitswerkstätten zurückkehrt. Das wird in großem Maße diese Not mildern.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Präsident! Ich habe mit dem heutigen Tage als den ersten Jahrestag der Zugehörigkeit des Distrikts Galizien zum Generalgouvernement einige grundlegende Verordnungen in Kraft gesetzt, die die Reprivatisierung betreffen. Durch diese Verordnungen wird es möglich gemacht, daß Ihnen und Ihren Volksgenossen die Werkstätten, Grundstücke usw. zurückgegeben,

die Sie durch die Bolschewisten verloren haben. Die Verordnung über die Reprivatisierung wird Sie sicherlich sehr freuen, weil Sie gerade in diesem Punkt so wichtig ist und selbstverständlich für die Polen ebenso gilt wie für die Ukrainer. Es ist darin kein nationaler Unterschied gemacht. Ich darf Sie bitten, Herr Geuverneur, dafür zu sorgen, daß die polnischen Handwerker genau so zu ihrem Recht kommen wie die ukrainischen.

Das Polnische Hilfskomitee hat sich sehr bewährt. Ich kenne die Nöte und Sorgen, mit denen es zu kämpfen hat. Aber Sie werden auch davon überzeugt sein, daß wir in diesem Distrikt in eine unmögliche Lage gekommen sind. Wir sind hier in einem Zeitpunkt eingerückt, in welchem die Ernte nicht mehr hat geborgen werden können. Die Bolschewisten haben alles ausgeplündert, ein Nachschub war nicht möglich. Im übrigen Generalgouvernement ist auch schlceht bestellt. Dazu kommen die Kriegsverhältnisse, die Transportschwierigkeiten. Die Brücken waren zerstört, sodaß sich dem Nachschub größte Schwierigkeiten in den Weg stellten. Ich hoffe, daß wir mit der neuen Ernte instand gesetzt werden, auch dem polnischen Hilfskomitee zu helfen. Was von uns aus geschehen kann, wird jedenfalls geschehen, um der Not zu steuern. Es liegt auch in unserem Interesse, daß die polnische Bevölkerung an der Arbeit Freude hat und mittätig ist. Wir wollen niemanden ausrotten oder vernichten. Wir wollen nur haben, daß die deutsche Führung in diesem Raum anerkannt wird und das Volk so lebt, wie es seiner Art entspricht. Sie haben Ihre Kirchen, auch wohl Ihre Schulen, Sie haben das Polnische Hilfskomitee, und ich werde sicherlich alles billigen, was im Rahmen des möglichen ge-

schehen kann.

Wir stehen in einem schweren Krieg. Sie müssen immer daran denken, welche Opfer das deutsche Volk in diesem Krieg zu bringen hat. Tausende und Abertausende deutscher Familien erhalten jeden Tag die Nachricht, daß ihr Sohn im Kampfe mit dem Bolschewismus gefallen ist. So wäre es nur eine Gegengabe der polnischen Bevölkerung, daß sie uns bei unserem Aufbauwerk durch ihre Arbeit, durch ihren Einsatz und durch ihren Dienst hilft.

Der Herr Generalgougerneur stellt dann an die Mitglieder der Delegation einige Fragen. Die Frage, ob früher zwischen den Polen und Ukrainern Streitigkeiten bestanden hätten bzw. noch beständen, wird von dem Sprecher der Delegation bejaht.

Der Herr Generalgouverneur stellt der Delegation anheim, sich mit ihren Klagen und Beschwerden vertrauensvoll an Gouverneur Dr. Wächter zu wenden. Die polnische Bevölkerung solle nicht das Gefühl haben, daß sie schutzlos sei.

12^{05} Feierliche Umbenennung der Opern- und Museumstraße in Adolf-Hitler-Ring vor dem Opernhaus Lemberg.

Eingeleitet wird die Feier durch einen Fanfarenruf der HJ. Es folgt der Huldigungsmarsch aus "Sigurd Jorsalfar" von Edvard Grieg, vorgetragen vom Standortmusikkorps Krakau unter Leitung des Stabsmusikmeisters Gerlach.

Ein Hitlerjunge spricht das Gedicht "Adolf Hitler" von Baldur Schirach und "Gelöbnis an den Führer" von Gerhard Schumann.

1.8.1942

1500 Sänger und Sängerinnen der Vereinigten Ukrainischen Chöre Galiziens singen unter der Leitung von Prof. Saprun 3 Lieder.

Stadthauptmann Dr. Höller ergreift dann das Wort zu folgender Ansprache:
Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Männer und Frauen von Lemberg! Es ist mir eine besondere Freude, Sie, Herr Generalgouverneur, in dieser Feierstunde im Namen der gesamten Bevölkerung Lembergs aus ganzem Herzen willkommen heißen zu dürfen. Ich begrüße weiter die hohen Vertreter von Wehrmacht, Partei und Staat.

Herr Generalgouverneur, ich darf Ihnen unseren Dank dafür sagen, daß Sie der Stadt Lemberg mit Ihrer Einwilligung zur Umbenennung eines Straßenzuges auf den Namen des Führers eine besondere Auszeichnung gegeben haben. Ich habe den Straßenzug der Opern- und der Museumstraße dafür vorgeschlagen. Ursprünglich war beabsichtigt gewesen, den altehrwürdigen Rathausplatz, den Mittelpunkt des alten Lemberg, dazu auszuersehen. Wenn nun die Wahl zwischen ~~beidem~~ geschichtsgeladenen Platz und dem Zentrum der modernen Großstadt auf dieses letztere gefallen ist, dann ist das auf den Willen der deutschen Verwaltung zurückzuführen, diese Stadt auf dem Wege ihrer Entwicklung zur Großstadt weiterzuleiten.

Gouverneur Dr. Wächter:
Herr Generalgouverneur! Am Opernring zu Lemberg im Herzen dieser Stadt stehen heute versammelt Deutsche aller Gliederungen, deutsche Soldaten, deutsche Beamte, deutsche Polizisten, Deutsche aller Stände und Stämme, mit ihnen Menschen dieses Landes, dieses schönen Landes, in ihren bunten und lebendigen Trachten, freudigen Herzens, dieser Feierstunde beiwohnen

zu können. Sie haben sich im Herzen dieser Stadt zu einer Feierstunde vereinigt, der Stadt, die schon soviel Not und Leid und Sorgen gesehen, die aber schon soviel Glück und Segen erlebt hat: Not, Leid und Sorgen aus dem Osten, Glück und Segen aus dem Westen. Immer wieder rannten gegen dieses Land und gegen diese Stadt die Heere und Völker Asiens an: die Hunnen, die Türken, Tartaren verwüsteten und verheerten das Land. Und immer wieder standen die Menschen und die Heere des Westens auf, sie befreiten dieses Land von Asien.

So wurde denn vor 170 Jahren durch eine große Frau und Kaiserin auch diesses Land und diese Stadt in Europa einbezogen und eingeordnet. So kam es, daß zu jenem Zeitpunkt in immer steigendem Maße Ordnung und Segen und Glück und Kultur in dieses Land getragen wurde. Wenn wir heute hier stehen, dann grüßen uns von allen Seiten Bauten, Häuser, stolze Zeugen von Kunst und Kultur, die seinerzeit im europäischen Geiste aufgerichtet wurden.

Dann kamen die Jahre von 1914 bis 1918. Wieder rannten damals die Heere und Völker Asiens gegen dieses Land und gegen diese Stadt. Und wieder sprang der deutsche Mann, der deutsche Soldat hier für Europa in die Bresche. Und auch heute noch mahnen uns Gräben und Gräber auf den Höhen dieser Stadt, der schweren Kämpfe und der Not jener Jahre nicht zu vergessen. Dann kam der Zwischenstaat. Nach ihm rückte dann wieder Asien an mit all' seiner Gewalt, mit seinen Tausenden und Zehntausenden von Panzerwagen an. Zwei Jahre lang wurde diese schöne europäische Stadt verheert und verwüstet, zwei Jahre hindurch war hier alles grau, graue Not, Leid und Verzweiflung lebten hier. Und dann rief ein Mann auf, und das deutsche Volk stand auf, der deutsche Soldat kam in dieses Land.

1.8.1942

Auch das Pflaster dieser Stadt dröhnte von dem Marschtritt deutscher Grenadiere. Und so wurde denn durch Deutschland, durch die jungen Völker Europas, durch ihren Kampf und durch ihr Blut diesem Galiziens und dieser Stadt die Freiheit wiedergegeben. Dem Befehl des Führers allein verdanken dieses Land und diese Stadt die Wiederkehr von Ordnung, Frieden und Gerechtigkeit. Auf Befehl des Führers ist heute vor einem Jahr der Herr Generalgouverneur als Beauftragter und Vollstrecker des Willens unseres Führers Adolf Hitler in diese Stadt eingezogen, er hat das Gebiet Galiziens dem Generalgouvernement, damit dem Reich und Europa eingefügt.

Wenn wir heute hier festlich versammelt stehen, erkennen wir die Größe dieser Stunde, wir fühlen, was sie uns sagt. Wenn ich heute diesem Opernring auf Befehl des Herr Generalgouverneurs den Namen des Führers gebe, dann hat das die Bedeutung, daß dieser Stadt der Name des Führers als des Retters und des Befreiers für alle Zukunft einverleibt wird.

Auf Befehl des Herrn Generalgouverneurs heißt dieser Platz vom heutigen Tage an Adolf-Hitler-Platz!

Mit den letzten Worten des Gouverneurs Dr.Wächter fällt die Hülle von dem Adolf-Hitler-Gedenkstein!

Mit den Liedern der Nation schließt der feierliche Akt.

13^{30} M i t t a g e s s e n im Kasino Lemberg.

1.8.1942

Gouverneur Dr. Wächter begrüßt in einer kurzen Ansprache den Herrn Generalgouverneur, die Vertreter der Regierung des Generalgouvernements sowie die Vertreter der verbündeten Nationen Italiens, Ungarns und der Slowakei. Sein Gruß gilt ferner Frau Göring, die als Vertreterin des Roten Kreuzes an dem Essen teilnimmt. Er führt dann fort: Herr Generalgouverneur, wir sind alle sehr glücklich, daß Sie am ersten Jahrestage des Bestehens des Distrikts Galizien zu uns gekommen und vor allem heute beim Staatsakt so tief bewegende Worte gefunden haben. Ich darf Ihnen auch sagen, wie sehr wir Ihnen dafür danken, daß Sie heute den Befehl gegeben haben, den stolzen Platz in Lemberg nunmehr Adolf-Hitler-Platz zu nennen und damit den Namen des Führers für alle Zeiten mit dieser Stadt zu vereinigen. Wenn heute die Sonne über Lemberg scheint, so soll das für uns alle ein Symbol sein, daß nach einem Jahr, seit der deutsche Soldat dieses Land betreten und gewonnen hat, auch dieser südöstliche Eckpfeiler des Generalgouvernements dem Deutschen Reich immer weiter verbunden bleiben wird. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Herren, auf das Wohl unseres Generalgouverneurs, Reichsministers Dr. Frank zu trinken.

Der Herr Generalgouverneur erwidert mit folgenden Worten: Herr Gouverneur! Wir danken Ihnen alle für den wundervollen Aufenthalt, den Sie uns hier gewährt haben. Wir sind Ihnen besonders verbunden für jene liebenswürdige Art, in der Sie als echter Sohn Ihrer Heimat in der Verbindung von sachlicher Treue, von Pflichterfüllung und doch wieder Liebenswürdigkeit uns Ihre Gastfreundschaft gewährt haben. Vor allem

auch die Art, wie Sie als echter alter Nationalsozialist und Kämpfer des Führers diese Tage gestaltet haben, wird sie uns allen, die wir aus dem Generalgouvernement und aus dem Deutschen Reich zu Ihnen kamen, unvergeßlich sein lassen. Wir waren bis jetzt vielleicht mit Ihnen da und dort nur dienstlich verbunden, seit dieser Reise zu Ihnen sind wir kameradschaftlich, ja freundschaftlich mit Ihnen verbunden. Wir haben das Gefühl, daß hier ein Mann die Rechte des Reiches und des Führers in diesem Raum vertritt, der weiß, was das Schicksal uns aufgegeben hat, der auch erkennt, welch' große Bedeutung dieser Distrikt Galizien für die Ostfront und den Nachschub für unsere siegreiche Wehrmacht und die Wehrmacht unserer Verbündeten hat.

Der Distrikt Galizien hat in dem abgelaufenen Jahre eine elementare Vorwärtsentwicklung erfahren, insbesondere in dem letzten Halbjahr, in welchem Sie selber die Führung des Distrikts übernommen haben. Ich möchte Ihnen das Beste mit auf den Weg geben, jenes Führerwort,: "Ich dien'." Sie dienen hier einer großen Aufgabe. Es ist ja nicht so, daß nur der Soldat an der Front steht; auch Sie, Gouverneur Dr. Wächter, sind mit Ihren Männern Soldaten jener inneren Front, deren Wichtigkeit für den Ausgang dieses Krieges ebenso bedeutsam ist wie etwa die Transportleistungen unserer Bahnen, die Leistungen der Post, der Finanzverwaltung und der Verwaltung im weitesten Sinne, die Leistungen der Polizei- und Sicherheitsorgane, die Leistungen unserer Kultur- und Wirtschaftsorgane. Sie, Herr Gouverneur Dr.Wächter werden, dessen sind wir alle gewiß, diese Aufgabe meistern.

25

1.8.1942

Angesichts der Tatsache, daß heute Vertreter der verbündeten Nationen unter uns weilen, ist es mir eine besondere Freude, mich des Tages zu erinnern, an dem ich vor einem Jahre aus den Händen nicht nur des deutschen Generals von Rocques, des damaligen Vertreters der Wehrmacht, als deren Vertreter ich heute Herrn General Beutel herzlich begrüße, sondern auch des Vertreters der ungarischen Armee, des Feldmarschallleutnants von Sambosc, den ich herzlich zu grüßen bitte, die Amtsgeschäfte übernahm. Ebenso gedenke ich mit herzlicher Freude des slowakischen Verteidigungsministers Catlos, der damals unter uns weilte. Ich freue mich, daß sich uns dieses schöne Bild deutscher Einheit und der Einheit der Verbündeten darbietet, gestimmt auf einen so wundervollen melodiösen Grundakkord.

Ich glaube, Herr Gouverneur, Ihre Arbeit steht unter einem guten Stern. Möge dieser Stern auch weiter durch Ihre Arbeit leuchten, möge es der gleiche Stern sein, der über dem Werk unseres Führers, des größten Staatsmannes, leuchtet! Ich gedenke in diesem Augenblick ebenso auch des Reichsverwesers Horthy, des Duce Mussolini und des Staatspräsidenten Tiso, aller dieser Männer, die treu vereint mit ihren Völkern zu Adolf Hitler und dem Großdeutschen Reich stehen. Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl des Herrn Gouverneurs Dr. Wächter.

15^{00} Vorbeimarsch von Trachtengruppen am Kasino Lemberg.

15^{15} Vortrag des Stadtbaudirektors Hallbacher über "Die bauliche Entwicklung der Stadt Lemberg".

Besichtigung einer Modell-Schau in den Nebenräumen des Kasinos Lemberg.

1.8.1942

19[35] Empfang der Politischen Leiter im Kasino Lemberg.

Die Politischen Leiter, Standortführer und Stützpunktleiter werdem dem Herrn Generalgouverneur durch Gouverneur Dr. Wächter vorgestellt.

Gouverneur Dr. Wächter heißt den Herrn Generalgouverneur namens der Parteifunktionäre der Distriktsstandortführung Lemberg herzlich willkommen. Die Männer, so führt er aus, die sich im vergangenen ersten Jahre mit ihrer ganzen Kraft für die Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben eingesetzt hätten, vor allem für die Arbeit am deutschen Menschen, am deutschen Soldaten und deutschen Verwundeten, seien sich dessen bewußt, daß sie gerade im Parteisektor noch im Anfang ihres Wirkens ständen, hätten sie sich doch in den ersten Monaten hauptsächlich der ernsten Arbeit für den staatlichen Sektor widmen müssen. Sie würden jedoch als altbewährte Kämpfer der Partei mit ihrem ganzen Können und mit nationalsozialistischen Schwung an die ihnen im neuen Jahr gestellten Aufgaben herangehen.

Der Herr Generalgouverneur richtet an die Politischen Leiter folgende Ansprache:
Die Aufgaben, die der Partei in dem größten Distrikt des Generalgouvernements gestellt sind, sind klar. Es sind im großen und ganzen dieselben Aufgaben, wie sie die Partei im Reiche auch hat. In einer Zeit schwerster Entscheidung gilt es, dafür zu sorgen, daß die deutschen Menschen nicht erlahmen in der Führertreue, im Glauben, in der Weltanschauung,

in ihrer Haltung und Stärke. Jedes politische Mittel zur Erreichung dieses Zweckes zu ergreifen ist unsere Aufgabe, jedes politische Mittel, das diesem Zweck zuwiderläuft, kann von uns nicht anerkannt, nicht geduldet und nicht angewendet werden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß der NSDAP gerade hier im Distrikt Galizien als den größten und entscheidungsreichsten Distrikt, einem Distrikt, in welchem gleich im ersten Jahre unendliche persönliche und sonstige Katastrophen hereingebrochen waren, eine unheimliche Aufgabe in Gestalt derReinhaltung, der Stärke, des Selbstbewußtseins und der Kraftvermittlung in jeder Beziehung gestellt ist.

Ich habe das Vertrauen zu dem neuen Distriktsstandortführer Gouverneur Dr. Wächter, daß er hier als einer der ältesten und bewährtesten Parteigenossen, die in der schweren Zeit der Durchsetzung der Bewegung ihren Mann gestanden haben, - daß gerade er dazu berufen ist, in dieser Linie einwandfrei, sauber und klar den Weg zu gehen, den die Partei uns nun einmal vorschreibt. Wir können zur Partei gar nicht anders stehen als so, daß wir bekennen,: sie hat uns allen den Inhalt unseres Lebens gegeben. Wir wären als Deutsche nichts, wenn die Partei nicht wäre; sie ist unsere geistige und seelische Heimat, sie vermittelt uns den Glauben, sie hält uns am Leben und gibt unserem Dasein den letzten Sinn.

Auch dieser gigantische Krieg ist ja nichts anderes als der Ausdruck dafür, daß die NSDAP entschlossen ist, unter Führung Adolf Hitlers den Weltkampf durchzusetzen. Der Sieg in diesem Kriege wird ein Sieg der NSDAP sein, dessen müssen Sie sich immer bewußt sein, Parteigenossen und -genossinnen. Eine

ungeheure Menschenführungsorganisation ist diese Partei; über alle Bereiche sich erstreckend, alle deutschen Menschen zusammenfassend, organisierend, führend, unterstützend, beratend, ist sie ein Orden von glaubensmäßiger Geschlossenheit. Noch niemals hat es das im deutschen Volke gegeben. Wenn der Führer nichts anderes geleistet hätte, als daß er diese Partei schuf, selbst dann wäre er einer der größten Menschen gewesen.

Daß er dieser Partei nun die Aufgabe gab, einem neuen Reich Inhalt zu sein und mit dem Inhalt dieses neuen Reiches eine ganze Welt neu zu organisieren, muß uns mit großem Stolz erfüllen. Ganz gleich, wer immer hier in diesem Raum tätig ist, wer Generalgouverneur oder Gouverneur ist oder sich irgendwie in einer Funktion betätigt, - die Partei muß das eherne Rückgrat sein, an dem sich jeder wieder aufrichtet.

Die kommenden Monate werden für Sie gerade hier gewiß nicht leicht sein. Große Anforderungen werden an die Bewegung gestellt werden im Hinblick auf die Betreuung der Deutschen in diesem Raum, auf die Verwundetenbetreuung, die Betreuung durch die NSV, auf die weltanschauliche Betreuung usw., und diese Anforderungen werden beständig steigen. Es ist nicht das beste Menschenmaterial, das wir hier zuweilen beobachten können. Daher muß gerade die Partei ein entschlossener Block und ein Vorbild sein. Wir müssen uns davor hüten, daß wir kleinliche Gesinnung hier hineinschleppen, dürfen aber andererseits die Aufgabe des Ostens nicht als eine Art kolonialen Etappenniveaus ansehen lassen. Es ist eine der stolzesten und ernstesten Aufgaben, an dieser Verbindungsstelle zwischen Heimat und Osten zu stehen. Deshalb leisten

wir hier auch eminenten Kriegsdienst. Wenn das Wort wahr ist, daß die Partei Kriegsdienst geleistet hat, dann hier im Generalgouvernement. Jeder von Euch wird sich dessen erinnern, welche Ansprüche der Winter gestellt hat, welche Opfer von den Parteigenossen und Parteigenossinnen gebracht worden sind, wie wir gesammelt haben, wie unser Sammelergebnis und unsere Hilfsaktion Bewunderung und Anerkennung gefunden haben. Unser Stolz muß es daher sein, daß diese Leistungen immer weiter steigen. Und wir werden es schaffen.

Wir wollen weder Klassenhaß noch Standesdünkel noch konfessionellen Irrwahn, wir können hier nur Menschen gebrauchen, die sich als Deutsche bewähren, ganz gleich, ob sie Bayern, Ostmärker, Thüringer, Preussen, Ostpreußen, Rheinländer, Sudetendeutsche, Schlesier oder Auslandsdeutsche sind. Hier ist alles deutsch. Hier taucht auch das konfessionelle Problem nicht so auf. Wenn man sieht, wie die Polacken von dieser Eingeborenenklique beherrscht werden, dann ist es einem eigentlich unerfindlich, wie deutsche Menschen in unserem Generalgouvernement noch den Mutaufbringen, in eine katholische Kirche zu gehen. Das hat es auch nie gegeben, daß ein führendes Kolonialvolk die Religion der Eingeborenen annimmt; es ist noch keinem Engländer eingefallen, in einem indischen Tempel zu verkehren oder zu einem Medizinmann zu laufen, um sich von ihm über religiöse Dinge belehren zu lassen. Es gibt aber bei uns Deutschen solche Typen, die nicht zufrieden wären, wenn sie das nicht tun könnten. Da sehen Sie aber, wie weit wir noch davon entfernt sind, sagen zu können: wir haben uns wirklich durchgesetzt. Eins haben wir aber erkannt: den Juden. Wenn es wirklich noch eines Beweises bedurft hätte, wie richtig der Führer auf dem Gebiet des Antisemitismus gesehen hat,

dann sind es diese Juden, die wir hier besonders in Galizien, dem Urquell der jüdischen Welt, gefunden haben.

So ist denn die Partei ein stolzer Orden, der mit am weitesten im Osten steht. Der Führer blickt auf Euch. Je weniger wir im Raume sind, desto mehr wird es auf den einzelnen ankommen. Ich danke Ihnen, Distriktsstandortsführer, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kennenzulernen. Ich wünsche Ihnen und der Partei alles Beste.

Gouverneur Dr. Wächter gelobt dem Herrn Generalgouverneur, daß die Männer der Partei im Distrikt Galizien alles tun werden, um den Zielen und Forderungen der Partei gerecht zu werden. Die Worte, die der Herr Generalgouverneur heute gesprochen habe, würden ein Ansporn für die Arbeit des kommenden Jahres sein.

1.8.1942

20 Großkundgebung der NSDAP, Distriktsstandortsführung Galizien, im Opernhaus Lemberg.

Die Kundgebung wird eingeleitet durch den Königsmarsch von Richard Strauß, gespielt vom Standortmusikkorps Krakau unter Leitung des Stabmusikmeisters Gerlach. Danach spricht ein Gefreiter der Wehrmacht Führerworte. Der SA-Chor des Standortes Lemberg bringt das Lied zum Vortrag: "Siehst Du im Osten das Morgenrot".

Gouverneur Dr. Wächter eröffnet dann die Kundgebung mit folgenden Worten:
Reichsleiter! Herr Generalgouverneur! Hohe Gäste! Parteigenossen und Parteigenossinnen! Deutsche Männer und Frauen! Ein knappes Jahr, nachdem der deutsche Soldat dieses galizische Land dem Reich gewonnen hat, am Jahrestage, da Sie, Reichsleiter, aus den Händen des Führers den Distrikt Galizien unter Ihren Befehl genommen haben, an dem Tag, da Sie dem Platz vor dem stolzen Opernhaus den Namen Adolf Hitlers gegeben haben, grüßen wir Sie hier in stolzer Freude unter den Deutschen Lembergs. Es grüßen Sie, Reichsleiter, die deutschen Frontsoldaten in diesem Raum, die mit Stolz ihre Wunden aus den Kämpfen, Gefechten und Schlachten in Galizien tragen, es grüßen Sie die deutschen Frauen, die teilweise in der Tracht des Deutschen Roten Kreuzes hier erschienen sind, es grüssen Sie die Vertreter der Verwaltung, der Polizei, aller Verbände und Gliederungen, und es grüßen Sie vor allem Ihre Parteigenossen aus der Kampfzeit im Deutschen Reich.

(Lebhafter Beifall)

1.8.1942

Wir grüßen in Ihnen, Reichsleiter, Parteigenosse Dr. Frank, den Mann des Führers, den Mann der ersten Kampfzeit des Führers, der in Hunderten von Versammlungen das deutsche Volk für die nationalsozialistische Bewegung aufgerüttelt und aufgerufen hat, die nun das Reich trägt. Soldaten, Beamte, Frauen und Männer, wir alle grüßen Sie in Stolz, in Freude und in Liebe und bitten Sie, zu uns zu sprechen.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Reichsleiter Generalgouverneur Dr. Frank:

Parteigenossen und Parteigenossinnen, Soldaten!

Der erste August wird in der Geschichte dieses Landes seine Bedeutung behalten, ist doch an diesem Tage mit der Entscheidung des Führers die Stadt Lemberg, die so viel umkämpfte, die sooft in den Jahrhunderten von deutschen Soldaten eroberte und immer wieder verlorene endgültig in den Bereich des Großdeutschen Reiches zurückgekehrt. Der 1. August 1941 ist daher auch das schicksalgebende Datum für diesen Raum. Wir können dem Führer gar nicht genug dafür danken, daß er mit seinem Entschluß dieses alte Judennest, diese verwahrloste Burg von Raubrittern der Straße und der Gasse, dieses Polackensiedlungsheim endlich deutschen Fäusten anvertraut hat, die mit der Schaufel in der Hand, mit Insektenpulver und sonstigen notwendigen Bedarfsartikeln dafür gesorgt haben, daß sich ein deutscher Mensch wieder hier aufhalten kann.

(Stürmischer Beifall)

Ich muß sagen, Parteigenosse Wächter: das habt Ihr fein gemacht; in einem Jahr habt Ihr vergessen lassen, was das für ein Drecknest war. Lemberg ist wieder eine richtige stolze deutsche Stadt, deutsch geführt, deutsch den Bauten, deutsch der gedanklichen Einstellung der Führung dieser Stadt nach.

1.8.1942

Das ist ja das schöne an diesem Krieg, daß, was wir einmal haben, wir nie wieder hergeben.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist das herrliche. Freilich, das ist nicht Sache der Soldaten, auch nicht Sache von uns Verwaltungsleuten, aber, mein Gott, wir reden halt so. Es ist klar, daß wir gerade im Generalgouvernement sozusagen als die älteste Kampftruppe in der Erfahrung der Errichtung eines eroberten Landes doch wissen, was uns der Führer im Distrikt Galizien gegeben hat. Ich spreche hier nicht von den Juden, die wir hier noch haben; mit diesen Juden werden wir auch fertig. Übrigens habe ich heute gar nichts mehr davon gesehen. Was ist denn das? Es soll doch in dieser Stadt einmal Tausende und Abertausende von diesen Plattfußindianern gegeben haben, - es war keiner mehr zu sehen. Ihr werdet doch am Ende mit denen nicht böse umgegangen sein?

(Große Heiterkeit)

Immerhin, auch dieses Problem packen wir Nationalsozialisten nach unserem Parteiprogramm an. Es war gerade hier besonders deutlich.

Mein Gott, wenn ich einmal meine Memoiren schreibe und darstellen werde, wie ich mit fünf Mann in Posen einzog, um dem Auftrag des Führers zur Gründung des Generalgouvernements zu entsprechen, - das war ja nicht zu beschreiben, was da für Juden umeinanderliefen, von einer Scheußlichkeit, daß man sich wundern muß, daß die Erde ihren Betrieb nicht eingestellt hat,

(Große Heiterkeit)

Juden von einer so erschütternden Grauenhaftigkeit, daß ich glaube, auch der erbittertste Gegner der nationalsozialistischen Bewegung wäre eines anderen belehrt worden, wenn er das hätte sehen können. Diese Leute haben uns ja in der Kampfzeit immer entgegenge-

halten: die Nationalsozialisten sind vielleicht ganz gute Leute, sie meinen es auch ganz gut, aber sie sind so roh und rauh und brutal den armen Juden gegenüber. Herrgott, denen hätte man gönnen mögen, daß sie gleich nach unseren Soldaten hier einmarschiert wären, man hätte sie fragen müssen: seid Ihr noch immer nicht der Meinung, daß ohne Lösung der Judenfrage eine Befreiung der europäischen Kultur nicht möglich ist? Ich glaube, sie hätten alle brav zugestimmt.

Wir haben das Glück, daß wir hier mit den Juden so umgehen können, wie sie mit dem deutschen Volke umgegangen sind. Ich muß schon sagen: wenn man so sehr oft jammert und da und dort mitleidige Seelen kommen, dann kann man sie nur darauf hinweisen: die Juden und ihre Abkömmlinge gerade dieses Galiziens waren es, die in der schrecklichsten Notzeit des deutschen Volkes nach Berlin, Wien und überall hinkamen und von dort aus den deutschen Menschen von Grund und Boden vertrieben. Das war der berühmte Ostjude, der mit Kaftan und Peies in die demokratische Republik gezogen kam und Tausende von deutschen Menschen um Grund und Boden betrog, ja, zum Selbstmord gebracht hat. Daher will ich zur Judenfrage nur das eine sagen: dieses Problem lösen wir, es wird kein Jude mehr nach Deutschland gehen.

(Lebhafter Beifall)

Nun, die werden sich hüten. Sie müssen jetzt bei uns arbeiten. Es ist auch ganz gut, wenn die Juden einmal praktische Arbeit kennenlernen und auch sonst mit des Lebens Ernst in Verbindung gebracht werden. Der Jude ist in diesem Land kein Problem mehr, sondern höchstens geeignet, uns artgemäß zu interessieren.

1.8.1942

In einem Zeitpunkt, in welchem diese Fragen schon im vollen Anrollen im ganzen Generalgouvernement sind, feiern wir in Lemberg dieses Jahresfest der Zugehörigkeit des Distrikts Galizien zum Generalgouvernement. Vorweg gilt mein Dank und meine Anerkennung allen Deutschen in diesem Raum, allen Dienststellen des Staates, der Partei, vor allem auch unserer Wehrmacht, unserer Polizei und allen anderen Organen dafür, daß sie in so hervorragender Weise in einem Jahr aus diesem Distrikt mit so deutlich spürbarem Erfolge eine so aussichtsreiche Domäne deutscher Arbeit gemacht haben. Dieser Osten, dieses erste Stück hier im Generalgouvernement wird das Zukunftsland des deutschen Volkes. Es gibt Leute, die da sagen: ja, der Osten - ich weiß nicht, man redet soviel vom Osten, was ist mit Eurem Osten los? Die bleiben lieber in Bad Kissingen oder Mergentheim oder Tölz. Den Leuten kann ich nur sagen: der Distrikt Galizien ist durchaus nicht langweilig, das Generalgouvernement überhaupt ist nicht langweilig. Es ist mir ja auch schon gelungen, Tausende deutscher Menschen in dieses Gebiet zu locken, und bei vielen wird es mir noch gelingen. Und ich frage die Leute: ist es hier nicht hübsch und schön, gibt es hier nicht eine Zukunft für deutsche Menschen, ist es nicht herrlich zu sagen: in diesem Lande werden einmal deutsche Soldaten und deutsche Frontkämpfer ihre Heimstätten finden, ihre ~~deutschen~~ schönen Höfe, ihr ~~deutsches~~ schönes Geschäft, irgendeinen Beruf im Dienste des Staates oder der Gemeinde. Es soll nur an uns liegen, den heimkehrenden Soldaten diese Heimstätte zu bereiten.

Freilich ist das eine schwere Aufgabe. Ich bin aber fest überzeugt, daß sich die Werbekraft dieses Ostens der Heimat gegenüber durchsetzen wird. Wir haben

auch schon Tausende hereinbekommen. Ich weiß ja, wie das immer geht, wenn die Beamten nach dem Generalgouvernement zitiert werden. Am Anfang, wenn der Pappi nach dem Generalgouvernement versetzt wird, dann wandert die ganze Familie einschließlich der ältesten Verwandten tief betrübt zum Bahnhof, wie wenn der schon zum Tode verurteilt wäre.

(Heiterkeit)

Nach einiger Zeit schreibt Pappi: beruhigt Euch, es ist gar nicht so schlimm, im Gegenteil, es ist viel besser, als ich mir gedacht habe, außerdem gibt es hier in so etwas raffinierter Weise erhöhte Rationen, wie wir sie im Reich nicht haben, man lebt hier ganz gut und nett. Das macht natürlich Eindruck, und eines schönen Tages kommt Mutti auch hin.

(Stürmische Heiterkeit)

Und das Alles, ohne daß ich große Propaganda gemacht habe: einen habe ich mir geholt und am Schluß sind dann Sechse da.

(Erneute stürmische Heiterkeit)

So vermehrt sich das erfreulich in zunehmenden Maße. Gestern Abend hat mir ein Kreishauptmann gesagt, in der Heimat sei es doch am schönsten. Wundervoll - das höre ich gern, wenn einer sagt, daß er sich wie zu Hause fühle. So muß es eigentlich auch sein.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß dieser ganze Krieg den Sinn hat, den Lebensraum unseres Volkes in natürlicher Weise zu vergrößern. Wir wollen nicht haben, daß dieser Krieg etwa im Sinne der alten Kolonialkriege geführt wird. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß wir hier Kolonien gründen wollten. Wir werden es aber auch nicht zulassen, daß einige Wenige hier Geschäfte machen, daß Leute hier hereinkommen und für ein paar Monate ein Gastspiel geben, um dann mit gefüllten Taschen wieder abzuhauen. Sinn

dieses Krieges kann es nur sein, die natürliche Entwicklungsbasis unseres Volkes, so weit möglich, zu vergrößern.

Selbstverständlich sollen der Erfolg und der Sieg in diesem Kriege nicht einer kleinen Auslese nützlich sein, sondern dem ganzen deutschen Volke in allen seinen Schichten und Ständen. Das weiß ich schon: wenn ich einmal einmen Bauern einen Hof von 300 Tagewerken gebe, dann kommt er auch. So werden wir das allmählich schon schaffen, es ist gar kein Zweifel, daß wir es fertigbringen. Herrgott, in einem Jahre haben wir aus Lemberg so eine strahlend schöne Stadt gemacht, und es wäre doch gelacht, wenn sich nicht nach Beendigung des Krieges alle die Männer in die Hand spucken und dagen würden: nun geht's an die Arbeit.

Für das Generalgouvernement handelt es sich darum, mehr und mehr dafür zu sorgen, daß das deutsche Element so stark wie möglich wird. Wir müssen immer daran denken, daß wir 18 Millionen Fremdvölkische haben, 18 Millionen Polen, Ukrainer usw.. Daher ist es erwünscht, daß unter Aufrechterhaltung vor allem der natürlichen Lebensgrundlagen, die die Ukrainer hier im Lande haben, die wir jeder Zeit als unsere Freunde ansehen, in allen Zentren das deutsche Leben sich so den Weg bahnt, regt, wächst und in die Höhe wuchtet, wie das nur möglich ist. Wir würden ja auch diesen Raum wieder verlieren, wenn wir uns darauf beschränken wollten, ihn nur verwaltungsmäßig, sozusagen von oben her papiern zu regieren, und die großen, weiten Stufen des Völkischen unbeachtet ließen. Dies ist der Ostruf, der von unserer Arbeit ertönt. Es gibt schon wahrhafte Ostfanatiker, Männer und Frauen, die in diesem Raum wirken und arbeiten, die auch wissen, daß sie hier etwas für das großdeutsche Volk schaffen. Vor allem

800

1.8.1942

müssen wir auch die Fesseln sprengen, die die bisherigen Vorstellungen des deutschen Menschen gefangen hielten. Wir waren gewohnt, in dem Idyllischen, Kleinen, Behaglichen das einzige Ziel des Lebens zu sehen, wir müssen uns aber endlich daran gewöhnen, daß das Weite, Große, das Ausgedehnte auch ein Ziel des deutschen Menschen sein muß. Wir sind heute an der Weichsel und am Dnjestr und vielleicht morgen an der Wolga in derselben Lage wie einmal vor 800 Jahren an- unsere Vorfahren an der Elbe waren. Damals ragte der slawische Gürtel weit hinein in das heutige deutsche Reich. Die haben damals auch nicht gezagt und gezittert, sondern haben erklärt: dieses Land wird zuerst vom deutschen Schwert und dann vom deutschen Pflug endgültig deutsch gemacht. Und es ist geglückt.

(Lebhafter Beifall)

Wer da nun sagt: ja, mein Gott, haben wir denn soviele Menschen für dieses große Land? - dem kann man nur sagen: für dieses große Land hier werden auch die Menschen kommen, die Kinder werden kommen und wachsen, unser Volk wird wachsen. Jawohl, unser Volk ist nicht alt und müde und unfruchtbar. Ein Volk, das diesen Krieg so führt, ein Volk, das einen Adolf Hitler hervorgebracht hat, ist so fruchtbar, daß auf Tausende von Jahren hinaus ein Lebensstrom nationaler Kraft sich ergießen wird.

(Lebhafter Beifall)

Wir hocken aber nicht herum wie die englischen Lords, die da Tantiemen beziehen und auf ihre Hilfsvölker bauen, sondern wir werden mit einem Knüppel jedem auf den Schädel hauen, der da glaubt, bei uns eindringen zu können. Wir sind ein Herrenvolk. Das bedeutet aber nicht, daß wir glauben, da sitzen und Zigarren rauchen zu können und die anderen arbeiten zu lassen.

1.8.1942

Bei uns im Lande gibt es ja auch solche Brüder, die sich als Angehörige eines Herrenvolkes aufspielen. Nun, die Lustigen haben wir gleich wieder hinausgebracht. Das gibt es nicht, daß einer hier den Herrn spielt und sagt: ich bin Deutscher, ich bin Herr, und die anderen sollen für mich arbeiten, vor allem auch die Deutschen; das ist etwas, woran wir uns auch noch gewöhnen müssen: weniger arbeiten wollen wir nicht, wir wollen so arbeiten, dass es für das ganze Volk einen gewaltigen Aufstieg bringen wird. Wir wollen es nicht dem kapitalistischen Kolonial-Imperialismus der Engländer, Franzosen und Amerikaner gleichtun, die diesen Herrenstandpunkt in ihre Kolonisation trugen. Wir sind hier keine Kolonie, sondern Siedlungsraum . Und wenn der Siedlungsraum noch so weit nach Osten geht, es wird immer noch deutsche Menschen, deutsche Persönlichkeiten, deutsche Männer und Frauen geben, die von früh bis abends schaffen, die deshalb gesund und kräftig und auch entschlossen sind, ihren Hof zu verteidigen, die den Mut haben, zur Waffe zu greifen, die vor allem die Gewähr dafür geben, daß sie zusammen mit allen Schichten unseres Volkes eine würdige Zukunft neu aufbauen.

Die Tantiemeknechte und Dividendenbezieher, die traurigen, können wir auch nicht gebrauchen. Ich bin froh, daß ich diese kapitalistischen Gesellschaften aus dem Reich nicht hier habe, ich kann sie nicht brauchen. Ich bin absolut entschlossen, die Dinge so weit wie möglich staatssozialistisch zu machen. Der Nationalsozialismus gibt uns die Handhabe dazu. Jede Fabrik, die ich erwische, führe ich in das Gemeineigentum unserer völkischen Gemeinschaft. Jede Bank, alle Betriebe, die sich hier auftun, müssen damit rechnen, daß sie sozialisiert werden. Ich wünsche, daß da, wo deutsches Blut geflossen ist, sich auch

1.8.1942

der Nationalsozialismus in der reinsten Form durchsetzen soll.

(Lebhafter Beifall)

Das ist es, was wir vor allem immer und immer wieder in unseren Kundgebungen, in unseren parteigenössischen Verlautbarungen,aber auch im Lande draußen darstellen müssen.

Das Generalgouvernement hat sich aus dem Nichts, aus weniger als nichts als Staat gebildet. Es versorgt sich selbst, ist finanziell und ernährungsmäßig unabhängig. Es ist eine Wohltat, daß ich finanziell nicht von anderen ~~anderen~~ abhängig bin. Es ist ein großes Glück, daß man hier seinen eigenen Weg gehen kann. Wir wirtschaften aus Eigenem, stolz und souverän. Und alles rührt sich in diesem Lande. Wie stolz bin ich in den letzten Tagen gewesen! Vor einem Jahr gab es hier noch keine Straßen, keine Wege, keinen Bahnen, keine Brücken, und jetzt sind 2/3 aller zerstörten Brücken im Distrikt Galizien vollkommen wiederhergestellt, die Straßen so weit gerichtet, daß man auf ihnen wieder fahren kann. Das ist fürwahr eine Leistung, wenn man bedenkt, daß man nur ein beschränktes Personla zur Verfügung hat, daß man auf fremdvölkische Arbeitskräfte angewiesen ist, daß es eine Zeit dauert, bis man den Juden so weit hat, daß er mit der Schaufel umgehen kann. Und das alles ist in einem Jahr geschehen.

Wir können auch sonst zufrieden sein. In diesem Lande herrschen einigermaßen Friede und Ordnung. Die Bevölkerung hat sich mit dem Schicksal abgefunden. Wir quälen sie nicht, wir sind vernünftig und sagen, daß wir jeden, der arbeitet und loyal ist, auch loyal behandeln wollen. Wir ernähren die Bevölkerung, so weit wir es können, - ich kann auch kein Getreide erzeugen, wenn es nicht aus dem Boden kommt. Die Hühner sind

brav, Eier haben wir genug. Das andere kommt auch, sodaß ich sagen kann: wenn diese Ernte herein ist, kann ich beruhigt auf Urlaub nach der Heimat fahren. Die Währung ist in Ordnung, der Zloty gilt zwar nicht viel, aber immerhin ist er stabil.

(Heiterkeit)

Die Finanzen des Landes sind auch in Ordnung, Schulden haben wir keine. Solche, die wir hätten übernehmen müssen, haben wir abgelehnt.

(Erneute große Heiterkeit)

Im allgemeinen kann ich sagen, daß dieses Nebenland des Großdeutschen Reiches mit jugendlicher Schwungkraft regiert wird und sich immer mehr stabilisiert. In dieser Staatseinrichtung ist eine echte Autorität vorhanden. Wir sind uns klar darüber, welche Verantwortung auf uns liegt. Wir haben daher das große Prinzip der Einheit der Verwaltung durchgeführt. Wie in mir alle Vollmachten zusammenlaufen und ich ausschließlich nur dem Führer unterstehe, so unterstehen die Gouverneure nur mir und die Kreishauptleute wieder den Gouverneuren. Jeder einzelne dieser Männer ist auf Hieb und Stich geprüft und ausgesucht. Mir kommt es nicht darauf an, ob einer in einem Examen durchgefallen ist, sondern ob er ein ganzer Kerl ist. Jeder hat also die Möglichkeit, im Staatsdienst vorwärts zu kommen, wenn er sich durchzusetzen vermag. Das gilt für diese Form, die wir befehlen, die eben darin liegt, daß man in dem Staat nicht etwas Feindliches, sondern etwas Nützliches sieht, auch nicht eine alte lederne Barockmaschine mit,weiß Gott, welchen bürokratischen Floskeln. Wir verwalten hier ein Land, das zehnmal so groß ist wie Sachsen, mit einer Anzahl von Beamten, die 1/20stel dessen beträgt, was Sachsen an Beamten hat. Und es geht doch ganz gut:

die Straßenbahnen fahren, die Gerichte und die Schulen sind in Ordnung, wir bekommen auch alle unser Essen. Es ist klar, daß wir auf dem Gesamtgebiet der Vereinfachung der Verwaltung eine große Arbeit leisten. Gerade das ist ein wichtiger nationalsozialistischer Gesichtspunkt. Der Staat soll sich nicht so weit ausweiten, daß er unangenehm und drückend wirkt. Er soll zwar mächtig, stolz und stark sein, aber nicht aufdringlich und unhöflich. Wenn wir diese Grundsätze sämtlich auf die Deutschen anwenden, dann muß es doch gelingen, und die Leute werden dann sagen: im Generalgouvernement ist das Leben eigentlich viel gemütlicher als im Deutschen Reich. Und wenn ich das erst erreicht habe, dann kommen sie alle zu mir.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit)

So stehen wir denn ein Jahr nach der Übernahme des Distrikts Galizien vor neuen Aufgaben. Der Distrikt Galizien ist im Aufstieg. Nun liegt es an Euch, Ihr deutschen Volksgenossen, Eure Arbeit in diesem Distrikt weiterfortzusetzen. Es ist klar: die Mahnung, das Vorbild, das dauernde Hinterhersein, das Erspüren allein tut es nicht, sondern in jeder einzelnen Ader muß es rollen, jeder muß Verständnis dafür haben, daß nicht das Ichsüchtige, nicht der Kleinkram des Einzelnen, sondern das große Ganze im Vordergrund steht. Hier muß jeder zunächst einmal Opfer bringen; und wenn einer sagt: das Opfer ist zu groß, - dann kann ich ihm nur entgegnen: welche Opfer bringen die Menschen an der Front, wo gäbe es in der Heimat überhaupt ein Opfer, gleich dem Opfer, das jemand bringt, der an der Front steht?

(Lebhafter Beifall)

1.8.1942

Danach muß man nun auch seine ganze Lebensart einrichten. Allen jenen Meckerern und Kritikern gegenüber kann man nur sagen: diese Leute haben keine Ahnung vom Ernst der Zeit. Damit hängt es zusammen, daß Ihr, meine deutschen Volksgenossen gerade hier in Lemberg, - Ihr seid ja noch sehr wenige, einige Tausende wohl unter Millionen Fremdvölkischer, - nun ganz besonders zusammenhalten müßt. Eine eherne geschlossene Front, eine Kampfgemeinschaft müßt Ihr sein, die bereit ist, im Bewußtsein ihres Deutschtums lieber auf der Festung zu fallen, als sie jemals wieder aus der Hand zu geben.

(Lebhafter Beifall)

Die Anforderungen, die im kommenden Winter an Euch, Volksgenossen und Volksgenossinnen werden gestellt werden, werden wahrscheinlich noch schwerer sein, als die des letzten Winters. Dieser Krieg ist kein vorüberhuschender Gedanke, sondern der letzte gigantische Kampf, den diese Erde kennt. Daher kann er auch nur mit außerordentlichen Mitteln gekämpft und bestanden werden. Es kommt nicht immer nur auf den Begriff "Großdeutschland" an, sondern darauf, daß sich dieses Großdeutschland aus Menschen aufbaut, die groß denken und groß handeln und sich in großer Gesinnung bewähren. Dieser Krieg hat nicht zum Ziel einen wie immer gearteten Friedensvertrag, sondern er hat zum Ziel die endgültige Entscheidung über die Lebensnot unseres Volkes. Wenn dieser Ostfeldzug, der notwendigste Feldzug, der jemals geführt werden mußte, siegreich bestanden ist, dann hat diese Lebensnot unseres Volkes für alle Zukunft ihr Ende. Gerade wir hier im Generalgouvernement, die wir nun schon seit einigen Jahren mit diesem Ostproblem vertraut sind, die wir uns schon einigermaßen eingerichtet haben, müssen diese Dinge kennen und verstehen, wir müssen uns mit ihnen ununterbrochen mutig und groß

auseinandersetzen. Wir können hier nicht den Typ von mickrigen bebrillten Gouvernannten und engherzigen Spießern brauchen, hier brauchen wir den frischen Luftzug. Und ich habe einmal gesagt: der Spruch, der da lautet: Stadtluft macht frei - müßte ergänzt werden in: Ostluft macht frei. Wir wollen einmal etwas exzerzieren, was zwanzigstes Jahrhundert im Kriege heißt und was leuchtet in der Abkehr von Muckertum und Spießertum.

Aber die Nationalsozialisten werden den richtigen Weg schon finden. Ich weiß, daß die Bewegung in ihrer alten programmatischen Schule genau so ehern ihr Ziel verfolgen wird wie überall.

Ihr seid aber auch das Rückgrat im Kampf der Deutschen hier im Lande. Dieser Kampf ist nicht leicht. Auch hier wieder muß festgestellt werden, wieviele Todesopfer dieser Aufbau des Landes und der Bewegung die Deutschen gekostet hat, wie gerade auch die nationalsozialistische Uniform und das Kleid des Parteigenossen immer wieder bedroht worden sind, wie erst unlängst im Distrikt Lublin unser Parteigenosse Kastein am hellen Tage erschossen worden ist. Also der Kampf ist kein Kinderspiel.

Es ist daher klar, daß die Partei einen ernsten Führungswillen zu zeigen hat. Bei aller Kraft, die in uns liegt und die uns den alten Humor erhalten hat, sind wir doch entschlossen, die Sorgen der Bewegung und des Führers zu tragen. So hat denn auch die Partei diese Sorgen in vierfacher Ausstrahlung auf sich zu nehmen. Die Partei ist erstens die Organisation des Willens der Deutschen in diesem Lande, zweitens die Organisation der Haltung der Deutschen in diesem Lande, drittens die Organisation der Disziplin und der Führertreue.

1.8.1942

Die Parteigenossen haben den Willen der Deutschen hier im Lande zu repräsentieren und immer wieder auf alles ausstrahlen zu lassen. Dieser Wille geht dahin, daß wie der Distrikt Galizien so das ganze Generalgouvernement für alle Zukunft Bestandteil des Großdeutschen Reiches zu bleiben und dass die Weichsel einmal ein deutscher Strom zu sein hat, wie es das heute bereits der Rhein ist.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Wille muß über unsere Generation hinausragen, er darf nicht nur getragen sein von den alten Fanatikern der Bewegung, er wird von der Hitler-Jugend aufgenommen und in die kommenden Generationen hineingetragen werden.

Die Partei ist hier die Organisation der Haltung der Deutschen. Diese Haltung hat sich von der Haltung irgendwo sonst zu unterscheiden, sie muß stolz, aufgeschlossen, großzügig, beschwingt,aber doch klar sein, sie darf nicht in träumerische Zustände abgleiten. Sie muß bei aller Härte der Entschliessung doch elastisch sein und darf bei aller Kenntnis der großen Zusammenhänge nie vergessen, daß alle großen Gedanken nur Sprüche bleiben, wenn sie nicht in der Kleinarbeit des Tages verwirklicht werden.

Die Partei ist ein Organ der Disziplin der Deutschen im Lande. Ich wünsche sehr, daß hier keine Etappe entsteht - diese schreckliche Wort "Etappe" darf es hier nicht geben. Ich weiß ja, daß es nicht geschehen wird, ich bin mir dessen bewußt, daß es möglich ist, mit solchen Erscheinungen immer wieder fertig zu werden. Aber es muß ein ernster Appell für die, die hier im Lande sind, sein, daß sie sich die Kraft des Geistes und der Seele und des Körpers bewahren als ein für die Durchführung dieser Aufgabe notwendiges Gut.

1.8.1942

Vor allem ist hier aber die Partei auch die Organisation der Führertreue. Das ist unser Vorbild nicht nur, es ist der Inhalt unser menschlichen Vorstellung geworden: Adolf Hitler, ihm haben wir diesen ganzen Aufstieg ja allein zu verdanken. Denken Sie Adolf Hitler aus der Geschichte weg, was wäre das Los des deutschen Volkes geworden? Wir können reden unddebattieren, wir können aufbauen, was wir wollen, - der größte von uns ist ein Knirps gegenüber Adolf Hitler.

(Lebhafter Beifall)

Man muß sich darüber klar sein, daß ein solcher Mann nur alle 10 ooo Jahre kommt und daß ein Volk, das einen solchen Mann an seiner Spitze weiß, an sich schon begnadet ist. Die Partei, die sein eigenstes Werk ist, die Geist von seinem Geist, Organisation von seiner Genialität, Seele von seiner Seele ist, muß nun aber auch an Führertreue, an Hingabe für sein Werk und seinen Sieg das letzte leisten. Adolf Hitler hat in den letzten Monaten des Krieges die schwersten Stunden für uns alle getragen, er hat sich für uns alle gesorgt. Als uns der russische Gigant und die russischen Tyrannen große Schwierigkeiten bereiteten, da war er es, der treu und still und kraftvoll und geschlossen und gebannt in seine ihm vom Schicksal aufgegebenen Ziele festhielt, der nie wich und nie wankte, der seinen Weg ging, der über sich die Sterne hatte und in sich die ewigen Spuren seines Werkes. Das sind die Betrachtungen Adolf Hitler gegenüber, die uns allein ziemen, nicht aber das, was da und dort manchmal aufsteigen würde, wenn die Partei nicht da wäre. Wir haben die Führertreue zu bewähren; denn wir haben sie als die politischen Soldaten des Führers genau so mit dem Einsatz unseres Lebens zu zeigen, wie es die Soldaten der Wehrmachttun. Der Führer hat heute

das Volk restlos hinter sich. Es gibt hier keinen Abgrund zwischen ihm und dem Volke. Und für uns in diesem östlichsten Gebilde des Großdeutschen Reiches ist es selbstverständlich, daß wir beherzigen, was er in seinem Buche "Mein Kampf" über die Ostaufgabe geschrieben hat, daß es die Aufgabe dieses Jahrtausends ist.

Adolf Hitler hat gerade auch hier in der Bewegung seine getreuesten und fanatischsten Trabanten zu sehen. Ich freue mich, daß Ihr alle so schön in Schwung seid. Es beglückt mein Herz, wenn ich Euch sehe, die Jungen und alten SA-Männer, die Männer des NSKK und der SS, die Männer aller Gliederungen der Bewegung und die alten Parteigenossen, wenn ich sehe, wie Ihr zusammensteht, wie die Hitler-Jugend marschiert und trommelt mit einer Selbstverständlichkeit, als wäre sie seit Jahrhunderten im Lande. Jawohl, es ist selbstverständlich; wir kommen nicht, um zu betteln oder zu winseln oder um unseren Anspruch auf dieses Gebiet und diesen Raum anerkennen zu lassen. Wenn einer fragt: warum oder wieso regiert Ihr in diesem Lande? - dann antworten wir: warum oder wieso fragst Du? Wer diese Frage etwa unversichtig stellt, der wird nie wieder fragen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben also in diesem Lande für unsere Bewegung eine große Aufgabe zu sehen. Eins weiß ich aber, daß nämlich die alten Parteigenossen unter Ihrer Führung, Parteigenosse Dr. Wächter, in diesem Raum genau so ihre Pflicht tun werden wie im ganzen Generalgouvernement.

Es freut mich besonders, daß die deutschen Menschen hier an diesem Ort und in diesem Distrikt so herrlich auch mit unseren Soldaten zusammenarbeiten. Auch ist es mir eine herzliche Freude, in Euren Reihen

die Verwundeten begrüßen zu können, die wissen und hören und sehen sollen, was aus dem Landesteil und auch den Ländern geworden ist, die sie unter Einsatz ihrer Gesundheit miterobert haben. Sie sollen wissen, daß hinter ihnen nicht feige Spießer herlaufen, die sich den Wanst vollfressen und auf den Erfolg des Soldaten den kapitalistischen Erfolg eetzen wollen. Nein, hinter ihnen steht der nationalsozialistische Kämpfer und hinter dem marschiert das nationalsozialistische deutsche Volk. Das ist die Linie, die wir einhalten.

(Lebhafter Beifall)

Die Juden der ganzen Welt mögen darüber ihre Greuelhetze loslassen. Sie können sagen, das an jedem Laternenpfahl mindestens zwei Polen aufgehängt sind, - ich kann ihnen nur erwidern: soviele Laternenpfähle haben uns die Polen gar nicht übriggelassen, soviele gibt es in diesem gesegneten Kulturlande nicht. Aber sie sollen ruhig greueln; wir werden arbeiten. Sie mögen auch immer wieder sagen, daß die deutsche Herrschaft unbeliebt wäre. Nun, wenn der Führer kommen und sagen würde: meine lieben Polen, wollt Ihr, daß meine Verwaltung bleibt oder sich zurückzieht, dann würden vielleicht manche Polen sagen: bitte, zieht Euch zurück. Aber außerdem kommt es nicht darauf an. Die Polen haben sich ihr Schicksal selber herbeigeführt. Der Führer war es ja, der mit diesem Lande stets den Frieden halten wollte, er hat diesen Burschen die Hand hingehalten und einen Vertrag mit ihnen geschlossen. Nachher haben sie dann ihr Schicksal selber verschuldet. Dieses Schicksal war notwend-i dig, denn früher oder später hätten wir dieses Polen kassieren müssen.

(Heiterkeit)

1.8.1942

Wir sind in der glücklichen Lage, ein Jahr nach der Eingliederung des Distrikts Galizien ins Generalgouvernement feststellen zu können, daß die Arbeit weitergeht. Für uns ist es in diesem Augenblick auch schön, zu wissen, daß dieses Land weit, weit im Osten mitverteidigt wird, daß, je weiter die Soldaten im Osten und Süden voranmarschieren, dieses Land immer mehr in den Binnendeutschen Raum einbezogen wird, sodaß eigentlich Krakau und Lemberg schon weit, weit im Hinterland gegenüber der Front liegen, die sich im Osten erstreckt.

Die Arbeit allerdings, die hier geleistet werden muß, wird sich steigern. Meine lieben Deutschen im Lande, macht ja Euch ja darauf gefaßt, daß die Anforderungen an Eure Arbeitskraft steigen und steigen und daß es nicht einfacher, sondern schwieriger werden wird. Ich werde das Letzte von Euch verlangen müssen, um diesen Ansprüchen zu genügen; denn der Nachschub an die Front ist das Entscheidende. Wenn ich Euch das Benzin, das Holz nehmen muß, dann weiß Euer Gouverneur, daß es geschieht, weil die Front es braucht. Dagegen gibt's gar keine Widerrede. Wenn wir die Verwundeten bei uns aufnehmen, dann sind es unsere liebsten Gäste, und dann werden alle Deutschen gern auf die Milch verzichten, damit die Verwundeten sie bekommen. Da gibt's auch keine Widerrede. Und die Gänse werden wir mästen, damit sie zu Weihnachten wiederum die Verwundeten bekommen.

(Lebhafter Beifall)

Ich freue mich über jeden Brief, den ich aus der Heimat erhalte, und in welchem mir jemand schreibt: mein Gott, wenn ich nur schon wieder im Generalgouvernement wäre. Darüber freue ich mich, weiß ich doch, daß sich unsere NSV, unsere Parteiorganisation damit jedem deutschen Soldaten und jedem Verwundeten in

51

1.8.1942

Erinnerung gebracht hat, daß so mancher, der früher vielleicht gefragt hat: wozu immer die Partei? - schon gemerkt hat, was die Partei als sozialer Faktor bedeutet. Die Partei ist genau so ~~wenig~~ wie unsere Wehrmacht aus dem deutschen Leben nicht mehr weg zu denken. Diese beiden sind die Säulen, auf denen der Führer das Reich errichtet; sie sind auch die Säulen, auf denen wir stehen. Vom Schwarzen Meer bis zum Eismeer hin läuft die Front. Der Nachschub für diese Front geht weit über die Hälfte des Gesamtbedürfnisses durch das Generalgouvernement. Diese stolze Feststellung verpflichtet uns, zu arbeiten, zu arbeiten und wieder zu arbeiten.

Wenn dann der Krieg einmal beendet ist, wenn die Siegesbanner wehen, wenn endlich die Freiheitsstunde unseres Volkes geschlagen hat, wenn die Siegesstandarten in der neuen Sonne des Schicksals unseres Volkes leuchten, wenn der Führer ~~dann~~ an der Spitze seiner Wehrmacht einmal die Schlußparade hält, dann wollen auch wir Deutschen im Generalgouvernement uns in unserer Ecke glücklich preisen und sagen: Herrgott, Du hast uns gesegnet, daß auch wir zu unserem bescheidenen Teil in größter Zeit unsere Pflicht haben erfüllen dürfen.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Nach der Rede des Herrn Generalgouverneurs singt die Lemberger SA das Lied: "Vorwärts nach Osten."

Mit der Führerehrung durch den Propagandaamtsleiter Ingomar Verhouz und den Liedern der Nation findet die Kundgebung ihren Abschluß.

21^{40} Abfahrt des Sonderzuges vom Hauptbahnhof Lemberg.

Krakau

Sonntag, den 2.August 1942

9^{57} Ankunft des Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof Krakau.

10^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg

10^{30} Besprechung mit Bevollmächtigten Dr. Heuber.

11^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Montag, den 3.8.1942 Krakau

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

10^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith

11^{05} Besprechung mit Oberbereichsleiter Eisenlohr, München

12^{00} Besprechung mit General Steinbach

12^{45} Besprechung mit den Gouverneuren der 5 Distrikte des Generalgouvernements im Königssaal über die Eingliederung der Straßenbauämter in die Distriktsverwaltung

Anwesend sind:

Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr.Boepple
der Bevollmächtigte Dr.Heuber
Präsident Dr.Senkowsky
Präsident Dr. Siebert
Präsident Bauder
Gouverneur Dr. Wendler
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Kundt
Gouverneur Zörner

Staatssekretär Dr.Bühler berichtet eingangs über seine eben beendeten Besprechungen mit den Gouverneuren, bei denen Fragen der Um- und Besiedlung des Generalgouvernements, Judenfragen und eine weitere Arbeitererfassung erörtert worden seien.

3.8.42.

Der Gouverneur von Galizien lege großen Wert auf eine Besiedlung der infolge der Ende 1939 durchgeführten Rücksiedlung freigewordenen Grundstücke und der Liegenschaftsbetriebe in Galizien.

Der Herr Generalgouverneur will dann die Frage der Eingliederung der Straßenbauämter in die Distriktsverwaltung besprochen wissen und ersucht zunächst die Gouverneure um ihre Stellungnahme.

Gouverneur Dr.Wächter erklärt, daß auf Grund seiner Erfahrungen unbedingt die Einordnung der Bauinstanzen in die Distrikts- bezw. Kreisverwaltung durchgeführt werden müsse.

Gouverneur Zörner zerstreut die Bedenken der Hauptabteilung Bauwesen, daß bei einer Eingliederung der Straßenbauämter in die Hauptabteilung Bauwesen die Gefahr bestünde, daß die Distriktsbehörden die von der Hauptabteilung Bauwesen ausgegebenen fachlichen Weisungen nicht befolgen würden.

Gouverneur Dr. Wendler klagt nicht wesentlich über den jetzigen Zustand, da er die Hauptabteilung Bauwesen an Ort und Stelle habe, sodaß sich leicht ein Einklang herbeiführen lasse, spricht sich aber ebenfalls für eine Eingliederung in die Distriktsverwaltung aus. Auch Gouverneur Dr. Fischer hält eine Eingliederung für zweckmäßig und verspricht sich daraus eine gedeihliche Arbeit.

Gouverneur Kundt setzt sich stark für die Eingliederung ein: Zur Zeit stünden die Straßenbauämter in den Distrikten und Kreisen außerhalb jeden Verhältnisses zur Verwaltung. Es existiere keine Verordnung, der zufolge die Straßenbauämter selbständige Behörden

darstellen könnten. Auch nach einem Einbau in die Verwaltung des Generalgouvernements könne Reichsminister Speer die im Gesamtreichsinteresse notwendigen Anweisungen an die Hauptabteilung Bauwesen und diese wiederum die entsprechenden Aufträge an die Gouverneure und Kreishauptleute erteilen. Bei der jetzigen Regelung ergebe sich oft die Tatsache, daß der Kreishauptmann neben sich ein polnisch geleitetes Straßenbauamt habe, auf das er keinerlei Einfluß ausüben könne. Er habe also keine Möglichkeit, das Straßenbauamt in seinem Kreis für die Ausbesserung oder den Ausbau von Straßen einzuschalten.

Ministerialrat Dr. Siebert berichtet, daß sich die Hauptabteilung Innere Verwaltung in den letzten Wochen um eine Eingliederung der Straßenbauämter in die Distriktsverwaltung bemüht habe; das Endziel sei gewesen, eine den Finanz- und Forstinspektionen parallel laufende Regelung zu erreichen. Alle Verhandlungen seien aber am Widerstand der Hauptabteilung Bauwesen gescheitert.

Präsident Bauder äußert starke Bedenken gegen eine Eingliederung, da damit die Gefahr gegeben sei, daß fachliche Weisungen der Hauptabteilung von den mittleren und unteren Verwaltungsinstanzen nicht voll befolgt würden. Er müsse jetzt im Kriege für die Auflagen aus dem Reich (Reichsminister Speer) die Gesamtverantwortung tragen und könne mit Rücksicht auf die infolge des Krieges notwendigen Gesamtplanungen nicht immer auf die Sonderwünsche der jeweiligen lokalen Stellen Rücksicht nehmen. Im Interesse des Reiches sei eine zentralistische Lenkung des Straßenbauwesens unbedingt erforderlich.

3.8.42.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß er in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur auf Grund des Führererlasses die Verantwortung gegenüber dem Reich zu tragen habe. Wenn Reichsminister Speer Straßenplanungen vorbereiten und durchführen müsse, die das Generalgouvernement berührten, so müsse er sich darüber mit dem Generalgouverneur bezw. der Regierung des Generalgouvernements besprechen und sich der Verwaltungseinrichtungen des Generalgouvernements bedienen. Die Hauptabteilung Bauwesen dürfe auf keinen Fall einen Staat im Staate bilden, denn das widerspreche der Einheit der Verwaltung. Selbstverständlich sei das Generalgouvernement nicht gegen das Reich eingestellt und alle im Reichsinteresse notwendigen Maßnahmen würden durchgeführt. Aber das Generalgouvernement sei kein Reichsgau. Auf der anderen Seite hätten die Gouverneure und Kreishauptleute als Verwaltungsträger die Verpflichtung, sich den von der Hauptabteilung Bauwesen unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Reiches herausgegebenen fachlichen Weisungen zu fügen und im Interesse dieser Maßnahmen lokale Wünsche zurückzustellen.

Nachdem am 1.Juli die geplante Eingliederung der Straßenbauämter in die Distrikts- bezw. Kreisverwaltung nicht durchgeführt wurde, gibt der Herr Generalgouverneur den Präsidenten Dr. Siebert und Bauder als Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements den dienstlichen Auftrag, den Einbau der Straßenbauämter in gemeinsamen Besprechungen vorzubereiten und am 1.September 1942 zu vollziehen. Auf der anderen Seite weist er die Gouverneure an, den Reichsnotwendigkeiten auf dem Gebiete des Straßenbauwesens strikte Rechnung zu tragen und der Hauptabteilung Bauwesen jede Unter-

stützung bei der Durchführung ihrer im Kriege besonders schweren Aufgabe zu gewähren. Sollte bis zum vorgenannten Termin keine Einigung erzielt werden, werde er persönlich in die Verhandlungen eingreifen. Er könne auf keinen Fall im Generalgouvernement einen Aufbau von Reichsbehörden oder unmittelbare Weisungen von Reichsbehörden anerkennen. Nach dem Willen des Führers müsse das Generalgouvernement als Bindeglied zwischen dem Reich und den Osten eine wichtige Funktion erfüllen.

Dem Präsidenten der Hauptabteilung Bauwesen gebe er die Versicherung, daß auch nach erfolgter Neuregelung von den Distrikts- und Kreisinstanzen alle im Reichsinteresse notwendigen fachlichen Weisungen erfüllt würden.

Der Herr Generalgouverneur beanstandet zum Schluß noch den Inhalt eines Briefes der Hauptabteilung Bauwesen an einen Gouverneur, der in seiner Form unzulässig sei. Er ersucht Staatssekretär Dr.Bühler, allen Hauptabteilungsleitern mitzuteilen, daß die Abfassung solcher Schreiben unerwünscht sei.

13^{00} Frühstück

15^{30} Fahrt zum Regierungsgebäude zwecks Teilnahme an der 8.Hauptabteilungsleitersitzung im kleinen Sitzungssaal der Regierung.

(Protokoll siehe Beiakten)

3.8.42.

17[35] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg

17[45] Empfang des Kriegsverwaltungsvizechefs Körner in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple und Hauptabteilungsleiter Naumann.

19[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.
(Übernachtung in Haus Kressendorf)

IX/1

Krakau

Dienstag, den 4.8.1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

10^{25} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

10^{50} Sitzung zur Besprechung von Sonderproblemen des Distrikts Lublin im Königssaal.
(siehe Anwesenheitsliste)

Der Herr Generalgouverneur weist eingangs darauf hin, daß verschiedene für den Distrikt Lublin wichtige Probleme eine gemeinsame Besprechung erforderten. Daraus abzuleitende Maßnahmen bedeuteten schwere Einbrüche in die Gesamtkonstruktion und müßten daher einheitlich ausgerichtet sein, wobei er vor allem Wert auf die Feststellung legen müsse, daß sie nur mit Hilfe der Behörden des Generalgouvernements durchgeführt werden können.

Er habe in der Krakauer Zeitung eine Notiz über einen Besuch des Reichsführers SS Himmler im Distrikt Lublin und von dabei getroffenen Anordnungen über bauliche Veränderungen gelesen. Es sei unmöglich, daß die Regierung des Generalgouvernements auf diese Weise davon erfahre, daß eine Reichsinstanz auf dem Gebiete des Generalgouvernements ohne Wissen der Regierungsinstanzen in Krakau Befehle erteile. Die Zuständigkeiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums lägen auf Grund des Führererlasses im Generalgouvernement in den Händen des Generalgouverneurs. Er sei zu jeder Zusammenarbeit bereit, aber es gehe nicht an, daß er aus der Zeitung von irgendwelchen Befehlen einer Reichsinstanz in einem der Distrikte des Generalgouvernements erfahren müsse.

Deshalb habe er die maßgeblichen Herren aus dem Distrikt Lublin zu dieser Besprechung nach Krakau gebeten. Auch der Distrikt Lublin gehöre zum Generalgou-

vernement, für das dem Generalgouverneur vom Führer Totalvollmacht gegeben worden sei. Er könne am einheitlichen Bild des Generalgouvernements nicht rütteln lassen. Auch Staatssekretär Krüger müsse sich in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar für die Festigung deutschen Volkstums diesem einheitlichen Bild fügen.

Auf Grund seiner Vereinbarungen mit Reichsführer SS Himmler neige er zu der Auffassung, daß die betreffende Zeitungsnotiz einen Lapsus darstelle und daß in Wirklichkeit von ihm anläßlich seines Lubliner Besuches keine definitiven Anordnungen getroffen worden seien. Das liege auch im Interesse des Reichsführers selbst, denn es wäre schlimm, wenn er als Generalgouverneur vom Reichsführer erteilte Befehle aus irgendwelchen Schwierigkeiten heraus nicht verwirklichen lassen könne, sie aber bereits in der Presse veröffentlicht wären.

Der Distrikt Lublin spiele in der Politik des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums eine besondere Rolle. Man plane dort die Errichtung besonderer Lager und Unterkünfte für eine Zusammenballung von Verhafteten; auch sollten in den Distrikt Volksdeutsche rückgesiedelt werden. Alle diese Fragen gehörten nicht in die Presse. Er könne auf keinen Fall dulden, daß an der Ordnung dieses Raumes gerüttelt und Unruhe in die Bevölkerung getragen werde. Die Sitzung solle dazu dienen, von vornherein keiner Fehlentwicklung platzgreifen zu lassen.

Staatssekretär Krüger begrüßt es, daß ihm Gelegenheit gegeben sei, im engeren Kreis über die Reise des Reichsführers SS und Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in den Distrikt Lublin Bericht zu erstatten. Der Reichsführer habe sich in erster Linie über die Sicherheitslage und weiter über Volkstums-

fragen persönlich an Ort und Stelle orientieren wollen.

Im Vordergrund habe die Überprüfung der Sicherheitslage gestanden, da sich die Meldungen über Unruhen durch polnische Banditen gehäuft hätten. Der Reichsführer habe die Gebiete von Biala Podlaska, Radczyn und Cholm, die besonders gefährdet schienen, aufgesucht. Dabei habe sich der Reichsführer überzeugt, daß die ganze Volkstumsfrage nicht unabhängig von der Sicherheitsfrage gelöst werden könne, und er habe deswegen die SS- und Polizeistützpunkte, die als Kern einer späteren volksdeutschen Siedlung gedacht seien, eingehend besichtigt. Bei dieser Gelegenheit seien von ihm allgemeine Richtlinien grundsätzlicher Art über die zukünftige Besiedlung des Distrikts Lublin gegeben worden.

Er, Staatssekretär Krüger, habe sofort nach der Rückreise des Reichsführers den Staatssekretär Dr.Bühler als den offiziellen Vertreter des Generalgouverneurs eingehend über die Absichten und Planungen des Reichsführers unterrichtet. Wenn in der Krakauer Zeitung etwa gestanden habe, daß grundsätzliche Entscheidungen oder Anordnungen getroffen worden seien, so greife das der Wirklichkeit weit voraus. Gemäß dem Führererlaß sei er als Vertreter des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums verpflichtet, den Generalgouverneur über Absichten des Reichskommissars zu unterrichten und dessen Planungen mit den Absichten des Generalgouverneurs in Einklang zu bringen. Zu seinem Bedauern habe er bei der Gouverneurssitzung am Vortage gehört, daß Staatssekretär Dr.Bühler dem Generalgouverneur über diese Angelegenheit noch nicht Bericht erstattet habe.

Auf Grund dieser Erklärungen des Staatssekretärs Krüger stellt der Herr <u>Generalgouverneur</u> folgendes fest:

4.8.42.

1) Der Inhalt des Artikels in der Krakauer Zeitung, demzufolge der Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums anläßlich seiner Reise in den Distrikt Lublin unmittelbare Befehle für die Regelung des Wohnungswesens, die Herstellung deutscher Städte und für bauliche Veränderungen erteilt habe, ist unrichtig. Staatssekretär Krüger ist zu der Erklärung ermächtigt, daß es dem Reichsführer ferngelegen habe, ohne Einholung der Stellungnahme des Generalgouverneurs in Lublin irgendwelche Befehle zu erteilen.

2) Staatssekretär Krüger ist vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums amtlich ermächtigt, dem Generalgouverneur Pläne des Reichskommissars über Siedlungsfragen im Distrikt Lublin zu entwickeln.

3) Für den Vollzug dieser Pläne ist die Zustimmung des Generalgouverneurs Voraussetzung.

Sicherheitslage im Distrikt Lublin.

Der Herr Generalgouverneur weist auf die ernsten Sorgen hin, die der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft gerade für den Distrikt Lublin als dem landwirtschaftlichen Rückgrat des Generalgouvernements über die Sicherung der kommenden Ernte geäußert habe. In den letzten Tagen seien wieder ein Polizeibeamter und ein deutscher Landwirt erschossen worden. Man müsse daher eingehende Erörterungen anstellen, wie die Sicherheit im Distrikt Lublin für die nächste und ferne Zukunft gewährleistet werden könne.

4.8.42.

Gouverneur Zörner erinnert an ein Schreiben vom 7.Juli, in dem er dem Staatssekretär der Regierung davon Mitteilung gemacht habe, daß die Bandengefahr weiter im Ansteigen begriffen sei, und Überfälle, Terrorisierung der Bevölkerung und deutscher Betriebe zunähmen; auch die Zahl der getöteten Deutschen wachse. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß nach Einbringung der Ernte die Getreideschober angezündet werden sollen. Die letzten Polizeiaktionen im Distrikt seien sehr erfolgreich gewesen und als Auswirkung spüre man ein Nachlassen der Bandentätigkeit. Auf der anderen Seite hätten sich die Banden jedoch geteilt und in Waldgegenden zurückgezogen. Dort träten sie nun in Stärke bis zu 150 Mann mit leichten und schweren Waffen auf. Eine Führung durch russische Organe müsse man weiterhin annehmen. Wenn nicht die Ernte vor der Tür stände, wären vielleicht allzugroße Besorgnisse überflüssig. In der Zeit, in der die Getreidemieten unbeschützt auf den Feldern stünden, seien größte Gefahren vorhanden, da die Banden durch ein Abbrennen der Getreideschober unermeßlichen Schaden anrichten könnten.

Als Gouverneur des Distrikts habe er die Pflicht, auf diese Situation hinzuweisen,und zu fordern, daß während der kritischen 6 Wochen, in denen die Ernte ungedroschen auf den Feldern stehe, die Bewachung verstärkt werden müsse. Er habe den Vorschlag gemacht, Wehrmachtsteile in den Distrikt zu legen, deren bloße Anwesenheit die Gefahr stark vermindere. Militärischer Einsatz sei nicht zweckmäßig, er müsse der Polizei überlassen bleiben. Der M.i.G. sei zu einer Verlegung von Truppenteilen in den Distrikt Lublin bereit.

Der technische Teil der Ernteerfassung verursache keine Sorgen: Die Distriktsverwaltung werde herausholen, was herausgeholt werden könne. Die einzige Sorge sei, das Abbrennen der Mieten zu verhindern.

4.8.42.

Der SS-u.Polizeiführer des Distrikts Lublin, SS-Brigadeführer Globocnik, erklärt, daß die Banden, die in den Monaten April, Mai und Juni den Distrikt stark beunruhigten und auf bolschewistischen Ursprung zurückzuführen waren, nicht mehr vorhanden seien; vielleicht gebe es noch einige entlaufene Kriegsgefangene. Heute treibe nur noch das von jeher vorhanden gewesene Verbrechergesindel sein Unwesen. Der Bezirk Bilgoraj sei schon immer als das Land der Verbrecher berüchtigt. In der letzten Zeit habe man ein bedeutendes Zusammenschrumpfen der Bandentätigkeit feststellen können, das nicht durch ein Abweichen hervorgerufen sei. Die Zahl der täglich Erledigten schwanke zwischen 18 und 25 und manchmal noch mehr. Die Polizei habe sogar vielfach sogenannte Verbrecherdörfer vollständig ausgeräumt. Er hege nicht die Befürchtung, daß sich das Bandenunwesen vergrößere. Die Polizeikräfte seien im Lande sehr gut verteilt.

Sicherheitsmäßig sei also die Lage weitgehend beruhigt, sodaß angesichts der vorhandenen Polizeikräfte keine Gefährdung der Ernte zu befürchten sei. Zusätzlich habe man zivile Aufsichtsgruppen für Bewachungszwecke und Sicherungsdienste herangezogen; auch ein polnischer unbewaffneter Selbstschutz werde aufgestellt.

Oberlandwirtschaftsrat Dr.Klaus, Leiter der Abteilung E.u.L. des Distrikts Lublin, schließt sich den Ausführungen von Gouverneur Zörner an. In den letzten 14 Tagen könne er ja auf Grund der bei ihm eingelaufenen Meldungen über Überfälle einen Rückgang der Bandentätigkeit feststellen. Deshalb nehme er auch an, daß jetzt nur noch reine Banditen ohne politischen Auftrag ihr Unwesen trieben. Selbstverständlich bestehe die Gefahr, daß sie sog. politischen Banditen ihre Aktivität in der Erntezeit wieder steigern würden.

4.8.42.

Die Bergung der Ernte sei eine Frage der Schnelligkeit. Für die Mieten auf den Feldern sei die Gefahr des Anzündens durch Banditen sehr groß. Bei den im Distrikt vorhandenen 300 000 Kleinbetrieben komme es darauf an, das Getreide möglichst schnell zu dreschen und in Lager zu bringen, die man besser bewachen könne.

Auch Regierungsrat Dr.Hasse, Leiter der Abteilung Innere Verwaltung des Distrikts Lublin, ist der Meinung, daß das Wichtigste eine möglichst schnelle Bergung der Ernte sei, um dadurch die Möglichkeiten eines Abbrennens der Mieten auszuschließen. Aus dem Bericht, der Staatssekretär Dr.Bühler vorgelegt worden sei, gehe klar hervor, daß man noch mit organisierten russischen Banden rechnen müsse. So hätten bei einem Überfall auf ein Gut die Banditen nur den Besitz des Gutsbesitzers, nicht aber die Lohngelder für die Arbeiter des Gutes geraubt. Diese Beispiele ließen sich genügend vermehren. Zweifellos habe man Ende Mai durch die Chełmer Aktion die Zentrale ausgehoben, sodaß die russischen Banden weitgehend vernichtet worden seien. Trotzdem aber existierten weiterhin noch systematisch geleitete russische Banden, die mit dem üblichen Räuberunwesen im Distrikt nichts gemein hätten.

Kreishauptmann Ziegenmayer (Lublin-Land) unterstreicht ebenfalls die Notwendigkeit einer möglichst schnellen Bergung der Ernte. Die meisten Überfälle hätten zu Beginn des Monats Juni stattgefunden und wären dann im Juli stark abgesunken. Die Banditen träten meistens in Stärke von 15-20 Mann auf. Gefaßte Bandenmitglieder hätten geäußert, "die Zeit der Banditen" käme erst bei der Ernte. Er habe aber den Eindruck, daß die Gefahr nicht größer geworden sei. Man könnte mit der Sicherheitslage im allgemeinen zufrieden sein, wenn nicht gerade die Ernte vor der Tür stünde.

4.8.42.

Die Gefahr, daß die Getreidemieten abgebrannt würden, sei zweifellos in starkem Maße vorhanden.

Der Kreishauptmann von Cholm Dr.Ansel kann eine wesentliche Besserung der Sicherheitslage in seinem Kreis melden und führt sie auf die größeren Polizeiaktionen im April und Mai dieses Jahres zurück. Die Zahl der Raubüberfälle habe im Juli 20 betragen, während sie vorher die Zahl von 100 überschritten habe. Die Bevölkerung arbeite im Nachrichtenwesen mit. Selbstverständlich könne man nicht von einer Befriedung des Kreises sprechen, jedoch sehe er bei der derzeitigen Sicherheitslage keine größeren Schwierigkeiten.

Der Kreishauptmann von Zamosc Weihenmeier kann auch von einer Beruhigung in seinem Kreis berichten. In letzter Zeit sei nur ein größerer Überfall verübt worden, und zwar von einer Bande, die sich in den Forst von Bilgoraj zurückgezogen habe. Die kommende Bandentätigkeit hänge weitgehend von der Frage ab, ob die restlichen russischen Banden ihre politische Aufgabe durchführen könnten und wollten, dh. ob sie die Führung über die normalen polnischen Banden sich weiterhin erhalten könnten. Die polnischen Banditen hätten kein Interesse daran, ihr Land zu vernichten.

Der Herr Generalgouverneur faßt die Erklärungen der Kreishauptleute dahingehend zusammen, daß für die kommende Ernte große Gefahr bestehe und daß daher größte Vorsicht am Platze sei. Durch sie würden im allgemeinen die Befürchtungen von Gouverneur Zörner bestätigt.

Staatssekretär Krüger macht anschließend Angaben über die Verteilung der Polizeikräfte während der Ernte

und erklärt, daß gerade im Distrikt Lublin besonders starke Kräfte stationiert und dort schachbrettförmig verteilt würden. Das Hauptgewicht werde auf eine gute Bewachung gelegt, während die Durchführung von Einzelaktionen nicht geplant sei. Der Wald von Bilgoraj werde abgeriegelt.

Die Polizei werde alles in ihren Kräften stehende tun, um den Distrikt Lublin zu sichern. Bei dieser Gelegenheit bitte er, mit den herumschwirrenden Gerüchten aufzuräumen. Bei der Reise des Reichsführers SS habe er sich unterrichten können, daß im ganzen Distrikt nicht ein einziger Ostwagen auf Fahrt gewesen sei. Man dürfe die Kreishauptleute mit ihren wenigen Gendarmeriekräften oder Sonderdienstmännern in diesem Zeitpunkt draußen nicht allein lassen.

Gouverneur Zörner erwidert darauf, daß man nach wie vor in die Kreise hinausfahre, und zwar auf Anordnung der Polizei ins sog. Autogeleitzügen von je 5 Wagen. In einer Sitzung in Cholm habe er bereits nachdrücklich auf die vielen Gerüchte über Unsicherheit und Bandentätigkeit hingewiesen. Alle Meldungen müßten jetzt vor ihrer Weitergabe genau nachkontrolliert werden und es müsse immer ein Zeuge oder persönlicher Augenschein vorhanden sein.

Hinzufügen müsse er noch, daß die Holzabfuhr im Distrikt auf über 20% zurückgegangen und teilweise ganz eingestellt worden ist, während die Holzdiebstähle sehr stark zugenommen haben. Auch der Autoritätsverlust der deutschen Verwaltung sei noch nie so groß gewesen wie in diesem Frühsommer. Dieser Autoritätsverlust könne nur durch intensive Bandenbekämpfung allmählich wieder wettgemacht werden.

Staatssekretär Krüger weist noch darauf hin, daß der Polizei wohl bekannt sei, daß die Banden nach einem

gewissen System arbeiteten. Auf Grund einer Anordnung von ihm würden daher die 66 wichtigsten Sägewerke des Distrikts Lublin dauernd kontrolliert und überwacht.

Der Herr Generalgouverneur faßt zusammen, daß nach Überzeugung der maßgeblichen Instanzen von seiten der Verwaltung und der Polizei alle Vorbereitungen zur Sicherung der Ernte getroffen seien; es frage sich nur noch, ob man ein Hereinlegen von weiteren Truppenteilen anstreben wolle.

Dazu erklärt Staatssekretär Dr.Bühler, daß er diese Frage bereits letzte Woche in Spala mit dem M.i.G. besprochen habe. Dieser sei nicht in der Lage, im Gebiete des Generalgouvernements abgekämpfte Divisionen zu stationieren, wohl aber könne er für Einsatzzwecke Teile von Landesschützenbataillonen zur Verfügung stellen.

Auf Grund dieser Sachlage beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Krüger, im Benehmen mit SS- u. Polizeiführer Globocnik,einen bestimmten Rayon des Distrikts (Bilgoraj, Biala) abzugrenzen und für dieses Gebiet in Verhandlungen mit Spala die Zurverfügungstellung von Truppenteilen zu erreichen.

SS-Brigadeführer Globocnik berichtet noch, daß in einer vorbereitenden Besprechung auch der Einsatz von Zivilangehörigen (SA-Wehrschützenbereitschaften) erörtert worden sei. Man wolle diese Leute für Aufsichtszwecke einsetzen.

Der Herr Generalgouverneur sagt für diesen Plan seine volle Unterstützung zu und beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler, im Benehmen mit dem Befehlsstab Lublin Richtlinien für diesen Einsatz auszuarbeiten.

4.8.42.

Wie Gouverneur Zörner mitteilt, wird die Fliegerschule Demblin das Distriktsgebiet während der Erntezeit mit Flugzeugen überwachen.

Umsiedlungs- und Städteplanungsfragen.

Staatssekretär Krüger führt dazu aus, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Reichsführer SS Himmler zunächst die beiden Kreise Zamosc und Lublin-Land als Besiedlungsstätten vorsehe. Er habe sich bei seiner Besichtigung in Lublin davon überzeugt, daß die SS- und Polizeistützpunkte das beste Gerippe zur Ansiedlung von Volksdeutschen darstellten. Dabei seien die sog. SS- und Polizeigüter von besonderer Wichtigkeit, deren Zahl jetzt 6 betrage und die auf 18 erhöht werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, daß in jedem Distrikt 4 bis 6 Staatsdomänen aus den Liegenschaftsbetrieben gebildet werden müßten; er werde dem Leiter der Hauptabteilung E.u.L. den Auftrag erteilen, beginnend mit dem 1.September die besten Güter zu Staatsdomänen zu machen. Es sei möglich, daß unter diese einige der SS-Güter fallen würden.

Staatssekretär Krüger fährt dann fort, daß der Reichsführer zunächst als Nahplan bis Abschluß des nächsten ~~letzten~~ Jahres in den beiden Kreisen folgende volksdeutschen Gruppen einsiedeln wolle: 1000 bäuerliche Herdstellen (1 Herdstelle für 1 Familie von ca. 6 Köpfen) für Bosniendeutsche, 1200 sonstige Herdstellen, 1000 Herdstellen für Bessarabiendeutsche, 200 für Serbiendeutsche, 2000 für Leningraderdeutsche, 4000 für Baltendeutsche, 500 für Wolhyniendeutsche und 200 Herdstellen für Flamen-, Dänen- und Hollanddeutsche,

insgesamt 10 000 Herdstellen für 50 bis 60 000 Köpfe.

Dazu stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß der obengenannte Vorschlag vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hiermit amtlich der Regierung des Generalgouvernements gemacht werde, und er beauftragt Staatssekretär Dr.Bühler und Gouverneur Zörner zur Ausarbeitung einer amtlichen Stellungnahme, die er im Namen der Regierung des Generalgouvernements dazu abgeben werde.

Staatssekretär Dr.Bühler berichtet, daß er bereits mit den Gouverneuren darüber gesprochen habe, und daß er bei allen eine positive Einstellung habe feststellen können. Ein Teilplan sei bereits ausgearbeitet worden. Außerdem habe er mit den Gouverneuren bereits vereinbart, daß auch in den übrigen 4 Distrikten die Pläne für eine Binnensiedlung zwecks Zuteilung besserer Böden an Volksdeutsche in Angriff genommen werden sollten.

Gouverneur Zörner äußert seine Zufriedenheit, daß die Umsiedlungsfrage endlich einmal amtlich von Krakau aus begonnen werde und verspricht seine volle Unterstützung.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß im Distrikt Galizien viel guter Boden brach liege und daß dort beschleunigt volksdeutsche Siedler angesetzt werden sollen. Vielleicht könne Staatssekretär Krüger das Augenmerk des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums auf diese Tatsache lenken. Er nehme diese Sitzung zum Anlaß, in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur und Reichsleiter dem SS- und Polizeiführer Globocnik für seine hervorragende Arbeit, die er auf diesem Gebiet geleistet habe und die volle Anerkennung verdiene, zu danken. Er schlage die Bildung

einer Art Umsiedlungsstabes vor, der dann auch regierungsseitig für seine Aufgaben bestellt werde. Als Grundsatz für die Arbeit müsse gelten, daß diese Aktion keine Unruhe ins Land bringe. Er könne als der politisch Verantwortliche für diesen Raum keine Unruhen in der Bevölkerung entstehen lassén.

Staatssekretär Krüger betont, daß die Umsiedlung in enger Zusammenarbeit mit den Regierungsdienststellen durchgeführt werden solle. Man werde den Volksdeutschen nach Möglichkeit ca. 30 ha Grund und Boden übereignen. Was an polnischen Kleinstbetrieben frei werde, werde im Rahmen der landwirtschaftlichen Arbeitererfassung ins Reich vermittelt. Besonders vordringlich sei eine Rücksiedlung der Bosnien- und Serbiendeutschen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß der Umsiedlungsplan von den zuständigen Stellen in Gemeinschaftsarbeit eingehend besprochen wird und erklärt seine Bereitwilligkeit, den ausgearbeiteten Plan Ende September nach zufriedenstellender Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen, vor allem einer Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, zu genehmigen, damit Mitte November als dem günstigsten Zeitpunkt mit der Umsiedlung begonnen werden könne.

Bauplanungen in Lublin.

Der Herr Generalgouverneur verweist auf die Notiz in der Krakauer Zeitung zur Reise des Reichsführers SS, in der von städtebaulichen Planungen die Rede sei.

Einen Plan mit der Bezeichnung "SS-Stadtteil von Lublin" hat Staatssekretär Bühler vor einigen Tagen von Staatssekretär Krüger erhalten und übergibt ihn in der Sitzung dem Herrn Generalgouverneur.

4.8.42.

SS-Brigadeführer Globocnik erklärt, daß es sich nicht nur um einen SS-Stadtteil handle, sondern daß dieser Plan das Kernstück des deutschen Viertels in Lublin darstelle.

Dazu stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Städteplanung im Generalgouvernement Aufgabe der Abteilung für Raumordnung in der Regierung des Generalgouvernements sei. Er könne nicht dulden, daß eine Gliederung einfach über einen Stadtteil verfüge. Es scheine wohl nur ein Plan zu sein, der der Genehmigung durch den Generalgouverneur bedürfe. Er übernehme also amtlich einen Antrag des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen, in Lublin einen SS- und Polizeistadtteil auf der Grundlage eines beiden Akten befindlichen Planes 1 : 10 000 zu errichten. Die Erklärungen von Staatssekretär Krüger, daß dieser Plan auf einem Wunsch des Reichsführers beruhe, und von SS- und Polizeiführer Globocnik, daß dieser Plan Sicherheitsgründen entspringe, nehme er zur Kenntnis.

Da Gouverneur Zörner erklärt, daß im Rahmen dieses Planes bereits an der Errichtung eines Sportplatzes gearbeitet werde, verfügt der Herr Generalgouverneur die Einstellung der Arbeit bis zur Genehmigung des Planes. Der Gesamtplan bedürfe der Zustimmung der Dienststellen des Generalgouvernements, die Verwirklichung des Bauvorhabens sei vor Erteilung einer Genehmigung durch die Regierung des Generalgouvernements ungesetzlich. Auf der anderen Seite könne die Regierung des Generalgouvernements, einen Plan, der die Sicherheit der Deutschen berühre, nicht einfach ablehnen; er müsse also von Staatssekretär Dr.Bühler mit Staatssekretär Krüger eingehend besprochen werden. Gegen die Bezeichnung "SS- und Polizeistadtteil" müsse er seine größten Bedenken äußern.

Amtlich müsse er also feststellen, daß dieser Antrag zu Protokoll eingereicht und Staatssekretär Bühler von ihm beauftragt wird, mit den zuständigen Instanzen Erörterungen darüber zu pflegen. Jede Inangriffnahme des Planes vor seiner Genehmigung sei unzulässig. -

Gouverneur Zörner will anschließend den Bau einer sehr wichtigen Verbindungsstraße von 12 km Länge im Kreis Krasnystaw besprochen wissen

Der Herr Generalgouverneur verweist Gouverneur Zörner auf Verhandlungen mit der Hauptabteilung Bauwesen und betont bei dieser Gelegenheit nocheinmal die Notwendigkeit eines Einbaues der Straßenbauämter in die Distriktsverwaltung. -

Hauptabteilungsleiter Naumann bringt zum Schluß der Sitzung die Frage der Lagerhallen von Budzyn zur Sprache, von denen 3 für die Lagerung von 70 000 t Getreide ausgebaut sind, nun aber zur Unterbringung der Heinkelwerke bestimmt wurden. In Budzyn stünden noch 8 Hallen im Rohbau, die die Heinkelwerke für ihre Zwecke ausbauen könnten. Die 3 Hallen seien für die Lagerung von Getreide von äußerster Wichtigkeit, da der Lagerraum an sich schon beschränkt wäre. General Schindler könne in dieser Angelegenheit nichts tun.

Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung eines Fernschreibens an General Thomas als der vorgesetzten Stelle von General Schindler. Er ersucht Staatssekretär Krüger, dem Reichsführer SS- Himmler, der ihm seine Unterstützung bei einer dringenden Angelegenheit angeboten habe, ebenfalls ein Schreiben zuzuleiten. Bei seinem kommenden Besuch bei Reichsmarschall Göring werde er die Sache nachdrücklichst vertreten.

Anwesenheitsliste

für die Sitzung über Fragen des Distriktes Lublin

am 4. August 1942

im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststel
Mais.	Alt E ü L.	Liklein
Fiks	Ob. Lt.	I. V.
Moroslotmüs	Ob und Polizeischow	Lublin
Rüg		

4.8.42.

12[50] Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichshandwerkmeister Schramm, Reichsinnungsmeister Jahnicke in Anwesenheit von Präsident Dr.Emmerich, Präsident Dr.Frhr. von Gregory, Hauptgeschäftsführer Neupert, Senatsrat Bergemann, Dr.Knoll und Dr.Burckhardt.

13[15] Frühstück zu Ehren des Reichshandwerksmeisters Schramm im Danziger Zimmer.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Ansprache:

Herr Reichshandwerksmeister! Ich freue mich sehr, Sie hier im Namen der Regierung des Generalgouvernements auf das Herzlichste begrüßen zu können. Wir sind sehr beglückt darüber, daß es Ihnen Ihre ungeheuren und anspannenden Dienstgeschäfte ermöglicht haben, zu uns in den Osten, nach Krakau zu kommen und daß Sie uns heute sogar die Freude machen, an der Eröffnung einer Ausstellung des Handwerks des Generalgouvernements teilzunehmen.

Es wird das Bestreben der Regierung des Generalgouvernements sein, den Belangen der handwerklichen Leistung in jeder Form schöpferisch und fördernd zu entsprechen. Inwiefern es möglich sein wird, das fremdvölkische Element mit all dem, was wir mit dem Kulturbegriff Handwerk verstehen, in Einklang zu bringen, bedarf allerdings einer eingehenden Untersuchung. Es ist selbstverständlich, daß bei einer allzu gedeihlicher Führung des Wirtschaftslebens durch einen selbstbewußten fremdvölkischen Handwerkerstand den Bestrebungen des Reiches, von fremdvölkischer Seite die gesamte Wirtschaftskraft des Landes massiert in den Kriegseinsatz zu bringen, entgegengearbeitet werden könnte.

17

4.8.42.

Unbestreitbar liegt in diesem Land eine alte durch viele Jahrhunderte hindurch gepflegte und in Tausenden von Einzelleistungen gezeigte handwerkliche Kulturleistung vor. Aus deutschen Quellen strömend der deutschen Schule urtümlich entsprossen entwickelte sich in Krakau, Sandomierz, Warschau, Lublin, Lemberg und in vielen anderen bedeutenden Orten eine echte handwerkliche Tradition, die - wiederholte Messen und Ausstellungen haben das gezeigt - durchaus europäischen Rang besitzt. Ich erinnere nur daran, daß der Ruf der Krakauer Eisen- und Goldschmiede geradezu Weltrang besaß und daß eine Fülle anderer Handwerksbetriebe in unserem Bereich hervorragende Leistungen vollbrachte.

Darüberhinaus bedeutet Ihr Besuch für uns eine große Hoffnung, da die Regierung des Generalgouvernements Sie, Herr Reichshandwerksmeister, herzlich bitten möchte, daran mitzuwirken, daß in diesem Land ein Stamm neuen, blühenden deutschen handwerklichen Lebens aufgebaut werden kann. Zu diesem Zwecke wird es unser Bestreben sein, den hereinkommenden deutschen Handwerksmeistern in jeder Form zu helfen, hier Wohnung, Unterkunft, Werkstätten, Aufträge usw. zu bekommen, und damit mitzuhelfen, hier jenes ungeheuer wertvolle Kulturgut unserer deutschen Volksgemeinschaft, nämlich das Handwerk als eine der sichersten Grundlagen der allmählichen Deutschwerdung dieses Raumes sicherzustellen.

Das deutsche Handwerk genießt mit Recht in der ganzen Welt ein hervorragendes Ansehen. Was es in diesem Land geleistet hat, spricht in stolzen Kulturdokumenten noch nach vielen Jahrhunderten. Wenn man bedenkt, daß die ganze Künstlergilde des Mittelalters ihre Belange in innungsartiger Organisationsform wahrnahm und daß diese deutschen Handwerker in allen Erscheinungsformen des täglichen Lebens hier in Krakau in dem weltberühmten Beheimkodex eine einzigartige kulturhistorische Darstellung gefunden haben, so ermessen wir daraus, welche

Bedeutung das deutsche Handwerk hier im Osten besaß. Dieser Beheimkodex ist das einzige aus dem Mittelalter vorhandene Werk in einer totalliterarischen Form. Auf mehr als 100 Gesamtdarstellungen sind sämtliche Gewerbe handwerklichen Könnens des Mittelalters dargestellt, hineingestellt in den Rahmen des damaligen Lebens. Die demnächstige Veröffentlichung dieses Beheimkodex, die unter maßgeblicher Führung des Instituts für Deutsche Ostarbeit vor sich gehen wird, wird ganz gewaltiges Aufsehen erregen und mir noch Anlaß geben, in besonderer Weise der handwerklichen Tradition in diesem Raum den Dank des Generalgouvernements abzustatten. Aus ihm sehen wir, welche schöpferische und volkstumsschöpfende Bedeutung dem deutschen Handwerk innewohnt.

Ich glaube, Herr Reichshandwerksmeister, Sie werden sich in zunehmendem Maße überzeugen können, daß Sie keinen größeren und stärkeren Bundesgenossen als die Regierung des Generalgouvernements besitzen, gerade weil die Regierung des Generalgouvernements die wichtige Aufgabe der allmählichen Rückdeutschung dieser Gebiete durchführen will. Daß es gerade die deutschen Handwerker waren, die das Magdeburger Recht in diesen Raum hereingebracht haben, verpflichtet uns dazu. Wenn wir heute ermessen, welch starker deutscher Kulturwille im deutschen Handwerk dieses Raumes wohnte, so möchte ich sagen, daß wir, wenn wir uns das Handwerk aus diesem Raum wegdenken, kaum einen Beweis für die wirkliche Bedeutung des Deutschtums in diesem Raum zu erbringen vermöchten.

Dies mag Ihnen auch eine Vorstellung geben, von welcher Bedeutung Ihr Besuch bei uns ist. Ich möchte diesen Besuch kurz den Wiederanfang der deutschen handwerklichen Kulturtradition für diesen Raum nennen und habe damit auch uns eine Verpflichtung auferlegt, wenn

ich Ihnen sage, daß Sie und das deutsche Handwerk hier im Generalgouvernement eine stolze Heimstätte finden. Ich selbst, das wissen Sie, stehe voll und ganz hinter Ihnen bei Ihrem Bemühen, den deutschen Handwerker aufrecht durch die Schwere dieser Zeit hindurchzubringen.

Der deutsche Handwerker, in seiner Leistung unendlich notwendig für die gesamte Wirtschaftspotenz unseres Volkes, führt organisatorisch gesehen einen schweren Kampf gegen die massierten, aus den Zeitaugenblicken aufsteigenden gewaltigen Probleme, die sich mit der mechanisierten und technisierten amerikanischen Wirtschaftsform, der Planwirtschaft und der möglichsten Höchstsicherung eines jeweils erreichbaren konzentrierten Massenerfolges verbinden. Daraus kommen die schweren Strukturänderungen innerhalb des Wirtschaftslebens, die selbstverständlich kriegsbedingt und kriegsnotwendig sein können, die aber doch in ihrer Auswirkung dazu führen, den Wiederanstieg einer weiteren handwerklichen Kultur zu erschweren.

Wir stehen mit Ihnen, Herr Reichshandwerksmeister, in einer Linie und ich möchte diesen Anlaß auch benutzen, um Ihrer Arbeit im Reich, die ich als von größter Bedeutung für die deutsche Kultur ansehe, meine besten Wünsche zu übermitteln.

Meine Herren, wir trinken auf das Wohl des Reichshandwerksmeisters.

Reichshandwerksmeister Schramm dankt dem Herrn Generalgouverneur für die herzliche Begrüßung. Er spricht seine Genugtuung darüber aus, daß im Generalgouvernement die Bedeutung des Handwerks nicht nur hinsichtlich der rein wirtschaftlichen Funktionen, sondern auch hinsichtlich seiner kulturpolitischen Funktionen innerhalb der deutschen Volkskörperschaft erkannt worden sei.

4.8.42.

16[00] Besprechung mit Oberst Fischer

16[35] Besprechung mit Gesandten von Wühlisch

16[40] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl und SA-Oberführer Peltz

19[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf
(Übernachtung in Haus Kressendorf)

Krakau

Mittwoch, den 5.August 1942

10^{20} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

11^{00} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl, SA-Oberführer Peltz, Hauptbannführer Förschle und Oberbereichsleiter Kebusch.

Gegenstand der Besprechung ist das nachfolgende Programm für den zweiten Jahrestag der NSDAP vom 14. bis 16. August 1942:

Freitag, den 14.August

10^{30} HJ-Fahnenweihe auf der Burg, Vorbeimarsch von 1800 Hitlerjungen;
nachmittags Gebietssportfest der HJ;

20^{00} Festabend deutscher Meister im Staatstheater unter der Leitung von Kapellmeister Antolitsch.

Samstag, den 15.August

12^{00} Arbeitstagung der Partei im Hause der NSDAP;
nachmittags Arbeitssitzung der Gesundheitsführer unter dem Vorsitz von Reichsgesundheitsführer Dr. Conti;

19^{00} Jahresmitgliederappell im Haus Urania, anschließend kleiner Empfang der Hause NSDAP.

Sonntag, den 16.August

10^{30} Fahnenweihe von 70 Standortfahnen auf der Burg, verbunden damit ein Appell der Politischen Leiter und der Wehrschützenbereitschaft;

12^{00} Vorbeimarsch auf dem Adolf-Hitler-Platz.

5. August 1942

18^{00} Sportvorführungen in der Deutschen Kampfbahn;

20^{00} Heldenehrung in der Deutschen Kampfbahn

Reichsleiter Generalgouverneur Dr. Frank stellt fest:

1. die Vorbereitungen sind in der vereinbarten Weise getroffen.

2. Hauptabschnittsleiter Stahl wird die Einzelheiten mit allen Dienststellen vereinbaren und für die Veranstaltungen auf der Burg mit Kammergerichtsrat Dr. Keith nähere Abmachungen treffen.

3. Die Krakauer Zeitung wird eine Sondernummer und die Deutsche Post Osten einen Sonderstempel herausbringen; Plakate werden angefertigt.

12^{10} Pressechef Gassner berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Eindrücken reichsdeutscher Schriftleiter auf einer Pressefahrt durch das Generalgouvernement.

12^{35} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal Reichspostminister Dr. h.c. Ohnesorge, der in Begleitung von SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Berger und Ministerialdirigent SS-Brigadeführer Köhn zu einem Besuch in Krakau weilt.

Anwesend sind Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Dr. Lauxmann und Pressechef Gassner.

5.8.1942

13[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal den Kaiserlich - Japanischen Botschafter in Berlin Generalleutnant Hiroshi Oshima, in dessen Begleitung sich Oberstleutnant Saigo, Botschaftsrat Ushiba, ~~und~~ Legationsrat Gottfriedsen und Konteradmiral Birkner befinden.

Anwesend sind Gesandter von Wühlisch und Kammergerichtsrat Dr. Keith.

13[15] Der Herr Generalgouverneur stellt im Kanonensaal Botschafter Oshima und Reichspostminister Ohnesorge die Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements und Gäste aus Partei und Wehrmacht vor.

13[30] E s s e n zu Ehren des Kaiserlich-Japanischen Botschafters Oshima und des gleichzeitig anwesenden Reichspostministers Dr. h.c. Ohnesorge.

Bei diesem Essen hält der Herr Generalgouverneur folgende Begrüßungsansprache:

Exzellenz! Herr Reichspostminister!

Ich habe die hohe Ehre, Sie, Exzellenz, und Sie, Herr Reichspostminister, im Namen der Regierung des Generalgouvernements auf das herzlichste zu begrüßen. Wir freuen uns ganz besonders, daß Sie, Exzellenz, als der Vertreter des Kaiserreichs Japan zum ersten Mal, meiner Einladung freundlich Folge leistend, zu uns nach Krakau gekommen sind.

Wir sind um so mehr bewegt, als Sie nun von einer Reise an die Front zurückkommen, wo Sie das siegreiche Vordringen unserer Wehrmacht und unserr

Verbündeten gesehen haben. Sie haben mir eben von Ihren tiefen Eindrücken erzählt und der Leistung der deutschen Soldaten bewundernden Ausdruck gegeben. Lassen Sie mich daher Ihnen sagen, in welcher Weise die unvergleichliche Tapferkeit der japanischen Soldaten und die Großartigkeit der Kriegführung Japans in jedem deutschen Herzen eingeprägt sind.

Ich glaube, die großartigste Stunde des Krieges war nächst der Stunde, da sich der Duce Benito Mussolini auf die Seite Deutschlands begab und den Kampf an unserer Seite aufnahm, doch jener Augenblick, da Japan den Krieg gegen Amerika und England begann. Ich weiß mich eins mit allen Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernements und den vielen Tausenden Deutschen des Generalgouvernements, wenn ich Ihnen, Exzellenz als dem so hochwürdigen Vertreter der japanischen Tapferkeit unsere tiefste, herzlichste und freudigste Mitempfindung an der Tapferkeit Ihres Reiches zum Ausdruck bringe.

Japan und Deutschland sind sehr verbunden: tapfere, soldatisch-kriegerische Völker, der ganzen Situation ihrer völkischen, Wirtschafts- und Allgemeinstruktur nach darauf angewiesen, Lebensraum für die wachsende Bevölkerung zu finden, einer alten Reichstradition folgend, mit einem stolzen nationalen Glauben in der Brust und gestützt auf die Tapferkeit ihrer Völker und gestützt auf das unzerstörbare gerechte Ziel, für diese Völker den Lebensraum zu schaffen, dem großen Ziel entgegenschreitend. Daß sich in diesem Bunde Italien, als dessen Vertreter wir Graf di Fossombrone in unserer Mitte begrüßen, befindet,

freut uns ganz besonders.

Wir sind Nachbarn; Japan und das Generalgouvernement sind sehr benachbart. Zwischen uns beiden liegt nur ein einziger Staat. Die Verbindungsstrecke hat allerdings eine Ausdehnung von einigen tausend Kilometern. Aber sie schrumpft täglich mehr zusammen und es ist daher so, daß diese Nachbarschaft zwischen dem Generalgouvernement und Japan stets intensiver und deutlicher spürbar wird.

Dies zum Ausdruck zu bringen, sind Sie zu uns gekommen. Daß wir uns persönlich verstehen und daß wir uns schon aus unserer Berliner Zusammenarbeit gut kennen, freut mich sehr. Mögen Sie die besten Wünsche von den Deutschen des Generalgouvernements für die hervorragende Tapferkeit Ihres Volkes mit auf den Weg nehmen!

Ich bitte Sie, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl des Herrn Botschafters zu trinken.

Herr Reichspostminister! Ich wende mich an Sie mit dem Vollgefühl einer großen Dankbarkeit. Wie hätte die Regierung des Generalgouvernements damals mit dem Aufbau des Staates beginnen können, wenn Sie, Herr Reichspostminister, uns nicht hervorragende Vertreter der postalischen Leistung für die fachmännische Betreuung der Postbedürfnisse auf dan Weg gegeben hätten. Was wir auf dem Gebiete vorgefunden haben, war typische polnische Verwahrlosung, die sich gar nicht schildern läßt. Jede telefonische Verbindung in diesem Lande in den ersten Monaten war grauenerregend. Man konnte von Glück sagen, wenn man nach langen Bemühungen leise und kaum vernehmbar von jemand Antwort bekam; meistens war es dann ein gar nicht gewünschter Teilnehmer.

5.8.1942

Diese Zeiten liegen gottlob nun hinter uns. Ich muß Ihnen sagen, was Ihre deutschen Postbeamten hier in diesem Raum geleistet und was auch die deutschen Postbeamtinnen geleistet haben, das können Sie mit Fug und Recht als eines der stolzesten Blätter in der deutschen Postchronik verzeichnen. Ich bin Zeuge dafür, was diese Männer und Frauen beginnen mußten, um hier überhaupt die postalischen Einrichtungen in Gang zu bringen.

Was wären wir ohne die Post gewesen? Ihre Bedeutung hier in diesem Raum ist deshalb sehr groß, weil wir andere Verbindungen, wie sie dem Reich im Eisenbahn- und Straßennetz usw. zur Verfügung stehen, nicht haben. Es war deshalb dringend notwendig diese Verbindung durch die Postlinien herzustellen und das war nur dank dem Opfermut Ihrer Männer und Frauen möglich.

Ich stehe nicht an, als obersterRepräsentant des Reiches und Führers in diesem Raum, zu erklären, daß Sie,Reichspostminister, stolz sein können auf die Männer und Frauen, die hier unter Ihrem Namen die Aufgaben der Post so mustergültig gelöst haben.

Ich bitte Sie, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl des Herrn Reichspostministers zu trinken.

Botschafter Oshima:

Exzellenz! Meine Herren! Exzellenz, auf das herzlichste danke ich Ihnen für Ihre freundliche Einladung sowie für die liebenswürdigen Worte, mit denen Sie mich in diesem Festsaal der

geschichtlichen Burg begrüßt haben.

Es gereicht mir zur besonderen Ehre und Freude, daß mir die Gelegenheit vergönnt war, das Generalgouvernement an Ort und Stelle studieren zu können, besonders nachdem ich den Verlauf der gigantischen Operationen der deutschen Wehrmacht festgestellt habe.

Ich danke auch dafür, daß Sie die Tapferkeit der japanischen Soldaten mit Anerkennung erwähnt haben. Aber diese Tapferkeit habe ich unzählige Male bei meiner Frontreise sehen können. Ich bewundere und verehre die Tapferkeit der deutscher Wehrmacht, die im Kriege das Entscheidende ist.

Ich erhebe mein Glas und trinke das Wohl Euerer Exzellenz und der anwesenden Herren.

Anschließend hält Graf di Fossombrone eine kurze Ansprache in Italienisch, in der er der Wehrmacht der drei verbündeten Nationen Deutschland-Italien-Japan gedenkt.

Reichspostminister Dr.h.c. Ohnesorge:

Herr Generalgouverneur! Meine Herren!
Ich habe das beglückende Gefühl, mich bei einem Freunde für die freundlichen Worte zu bedanken. Seien Sie versichert, lieber Frank, daß wir Postleute arbeiten und weiter hier tätig sind und Ihnen bei der Entwicklung Ihres schönen Landes helfen. Ich bitte meine Kollegen von der Post, Ihr Glas zu erheben und auf das Wohl des Herrn Generalgouverneurs zu trinken.

5.8.1942

15^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

16^{15} T e e - Empfang zu Ehren des Kaiserlich-Japanischen Botschafters Oshima in Haus Kressendorf.

18^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach Berlin.

X/9

Berlin

6.8.1942

8^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs in Berlin.

11^{00} Teilnahme des Herrn Generalgouverneurs an einer Besprechung der Militärbefehlshaber der besetzten Gebiete im Reichsluftfahrtministerium.

Freitag, den 7.August 1942

bis

Dienstag, den 11.August 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Berlin und München.

Krakau

Mittwoch, den 12.August 1942

7^{55} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Trzebinia und Fahrt nach Kressendorf.

10^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{35} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, zu der
11^{55} Staatssekretär Dr. Boepple hinzugezogen wird.

Staatssekretär Dr. Bühler bittet den Herrn Generalgouverneur, am heutigen Tage einen Erholungsurlaub bis Ende August antreten zu dürfen. Der Herr Generalgouverneur genehmigt diesen Urlaub und wünscht Staatssekretär Dr. Bühler beste Erholung. Er verfügt gleichzeitig, daß Staatssekretär Dr. Boepple die Vertretung des Staatssekretärs Dr. Bühler übernimmt und daß in dieser Richtung alles so, wie bisher geordnet, weiterläuft.

Dann werden einige dienstliche Angelegenheiten von besonderer Bedeutung besprochen, so die Neubesetzung der Hauptabteilung für Wissenschaft und Unterricht und die kommende Neuorganisation des Eisenbahn-, Post- und Bauwesens im Generalgouvernement. - Im übrigen berichtet der Herr Generalgouverneur von seiner Reise nach Berlin und dem Reich.

12^{35} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

12^{50} Besprechung mit Pressechef Gassner.
16^{00} Besprechung mit Referent von Palézieux.
16^{15} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith.
16^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf).

II/9

Krakau

Donnerstag, den 13. August 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf.

Krakau

Freitag, den 14.August 1942

9^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

9^{55} Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl.

10^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt die HJ-Führer und BDM-Führerinnen des Generalgouvernements in Anwesenheit von Hauptabschnittleiter Stahl, Hauptbannführer Förschle und BDM-Führerin Fischer.

10^{20} HJ - M o r g e n f e i e r im Burghof.

Die Feier wird eingeleitet durch Fanfaren des Jungvolks. Nach Liedervorträgen, die von einem Musikzug der HJ begleitet werden, und nachdem ein Hitlerjunge Worte des Führers gesprochen hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Hitlerjugend des Generalgouvernements! Ich danke Euch für die schöne Feierstunde, mit der Ihr hier den Tag eröffnet, der dem zweijährigen Bestehen des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP gewidmet ist. Es ist Euer Recht als der Jugend unseres Volkes, in den Feierstunden der Nation voranzuleuchten, so, wie es dereinst Eure Pflicht sein wird, in schweren Zeiten des Lebenskampfes unseres Volkes als selbstbewußte deutsche Männer und Frauen voranzumarschieren. Auf Euch liegt die Hoffnung unseres Volkes. Damit Euch das große Reich einmal anvertraut werden kann, kämpft die Generation der Soldaten von heute, und Hunderttausende deutscher Männer opfern ihr Leben, damit Ihr, die Jugend unseres

unsterblichen Volkes und Vaterlandes, dereinst in starker, stolzer und zähester Beharrung absolut davon durchdrungen seid, daß die Idee unseres Lebens, die Idee unseres Reiches und unseres Nationalsozialismus alles ist.

Dieses Reich, das größte Reich der deutschen Geschichte, ersteht aus dem Gemeinschaftsopfer dieser Zeit. Seid Euch, Ihr Jungen und Mädchen des Generalgouvernements, dabei auch noch alle der stolzen Aufgabe bewußt, die den Deutschen in diesem Raum gestellt ist, die der Führer seit Kriegsbeginn 1939 als die größte Aufgabe unseres Reiches bezeichnet hat. Seid Euch dessen bewußt, daß von unserer Zahl, von unserem Durchstehen, von unserem deutschen Kampf in diesem Raum die Vollendung des Sieges der Waffen über die bolschewistische Republik abhängt. Dieses Generalgouvernement soll das Bollwerk des Deutschtums im Osten werden. Und Ihr, die Jugend, seid ausersehen, in diesem Kampf mit in erster Linie zu marschieren, - eine der großartigsten Sendungen, eine der stolzesten Aufgaben, die jemals einer Generation gestellt worden ist. Tragt den Kopf hoch, seid stolz und stark, seid selbstbewußt und klar, seid mutig und tapfer und setzt Euch nicht zuletzt ein im Dienste des Glaubens an die Ewigkeit unseres Volkes.

Ich weiß, daß sich die Hitlerjugend des Generalgouvernements, vorbildlich geführt, in großartigem, stolzem Aufbau befindet. Heute am zweiten Gründungstag des Arbeitsbereichs ist es mir als Reichsleiter ebenso wie als Generalgouverneur des Gebietes eine dankbar und gern geübte Pflicht, den Führerinnen und Führern der

14.8.1942

Hitlerjugend des Generalgouvernements meine ganz besondere Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Was hier unter schwersten Voraussetzungen, unter kaum glaublichen Gegebenheiten geleistet werden musste, das wird für alle Zukunft eines der stolzesten Blätter in der Geschichte der Hitlerjugend des Großdeutschen Reiches sein.

So wünsche ich Euch, Kameradinnen und Kameraden der Hitlerjugend, daß Ihr in dem leuchtenden Glauben an den Führer und sein Werk, in dem stolzen Bewußtsein des Sieges in diesem größten Kriege aller Zeiten, in dem glühenden Willen der Hingabe an die nationalsozialistische Bewegung Euer eigenes Lebensglück in dem Lebensglück Eures Volkes findet.

Seid treu wie bisher, stolz wie nur je, tapfer wie die Soldaten, hart wie die alten Kämpfer der Bewegung und deutsch, wie die beste Generation unseres Volkes es jemals war. Dann wird auch der ewige Herrgott seinen Segen unserem Gemeinschaftswerk geben; dann wird, komme, was da kommen möge, der Herrgott mit dem Sieg unserer Waffen auch den Segen unseres Volkes verbinden. Dann seid Ihr glücklich, einmal in spätesten Jahren Eures Lebens erzählen zu können, daß Ihr schon in Eurer ersten Jugend mit ausersehen waret, an dem größten Reiche unseres Volkes mitgestalten zu dürfen.

14.8.1942

12^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{40} Der Herr Generalgouverneur empfängt Reichssportführer von Tschammer und Osten in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Sportbeauftragten Oppitz.

13^{00} F r ü h s t ü c k

16^{15} Der Herr Generalgouverneur fährt in Begleitung von Hauptabschnittsleiter Stahl zum Gebietssportfest der Hitlerjugend des Generalgouvernements in die deutsche Kampfbahn.

Vor der deutschen Kampfbahn steigt Reichssportführer von Tschammer und Osten zu.

Fanfarenrufe der Hitlerjugend begrüßen den Herrn Generalgouverneur und seinen Gast beim Betreten der Kampfbahn.

Nach der Siegerehrung hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

Herr Reichssportführer! Lieber Kamerad Förschle!

Unser aller Dank gilt Ihnen und Ihren Mitarbeitern, lieber Kamerad Förschle; das heutige Sportfest der Hitlerjugend des Generalgouvernements ist für mich und für uns alle hier eine ganz große Freude. Nicht nur Eure Leistungen, liebe deutsche Jungen und Mädel des Generalgouvernements, bereiten uns alle eine große Freude und zeigen uns, wie Ihr im letzten Jahr an Euch gearbeitet habt, sondern dieser Tag ist für uns Deutsche im Generalgouvernement, für die Sportwelt dieses Nebenlandes des Reiches auch deshalb ein Ehrentag, da der oberste Chef des deutschen Sports, unser lieber hochverehrter Parteigenosse

14.8.1942

von Tschammer von Osten bei uns erschienen ist.

(Beifall)

Lieber Parteigenosse von Tschammer und Osten! Hier grüßt Sie die Jugend des jüngsten Sportgaues des Großdeutschen Reiches. Wir sehen in Ihnen den Mann, der mitten in der größten weltgeschichtlichen Entscheidungsstunde unseres Volkes es mit eiserner, echt nationalsozialistischer Tatkraft vermocht hat, das deutsche Sportleben führer aufrecht zu erhalten. Wir wollen Ihnen hier im Generalgouvernement versprechen, daß wir getreu dem von Ihnen und Ihren Mitarbeitern dem deutscher Sportleben immer wieder eingeprägten edlen Geist echten sportlichen Lebens das Sportleben aufrichten und weiter entwickeln wollen. Es muß unser Ehrgeiz sein, daß jeder Deutsche im Generalgouvernement auch ein Sportler ist. Es muß unser Ziel sein, daß die Vertreter des Generalgouvernements im edlen Wettstreit aller deutschen Stämme Ehrenplätze einnehmen. Ich glaube, Parteigenosse von Tschammer und Osten, das, was Sie heute bei dieser leuchtenden, frohen und frischen Jugend des Generalgouvernements an Leistungen gesehen haben, berechtigt mich als den Führer dieses Nebenlandes dazu, vor Ihnen die Erwartung auszusprechen, daß die Sportler des Generalgouvernements gefährliche Konkurrenten sein werden.

(Beifall)

Sie haben aber auch heute gesehen, lieber Parteigenosse Tschammer, mit welchem Geist wir unsere schwere Aufgabe zu meistern haben. Wir sind eine kleine Gruppe entschlossener deutscher Menschen mitten in einem fremdvölkischen Raum und haben vom Führer die stolze Aufgabe erhalten, hier

14.8.1942

deutsches Leben siegreich durchzusetzen. Als Chef des Landes vermag ich festzustellen, was uns dabei der deutsche Sport hilft. Was aus ihm an seelischen Kräften aufsteigt, was im Sportleben unter regster Teilnahme des Staates, der Gliederungen der Bewegung, aller Teile der Wehrmacht, SS und Polizei entstanden ist, erfüllt mich mit größter Genugtuung. Dies soll auch der beste Garant dafür sein, daß der Sport nicht ein leeres Spiel oder ein dem Amerikanismus des Berufssports allzu sehr ähnliches Unternehmen ist, sondern der reine, edle und kämpferische Sport als Ausdruck der Manneskraft und die Pflege jener Sportarten für unsere Mädel und Frauen als Ausdruck des weiblichen Charakters. Aus der Einheit von Sport und Arbeit, Spiel und Freude sollen Mut und Zielsicherheit erwachsen.

Lieber Parteigenosse Tschammer, seien Sie überzeugt, daß ich alles tun werde, um Ihnen und Ihren Mitarbeitern im Generalgouvernement zu helfen. Sie sehen aus den Männern und Frauen, die das Sportleben führen, und aus all' den mitwirkenden Sportlerinnen und Sportlern, daß wir den Ehrgeiz haben, eine echte Position im deutschen Sport einzunehmen. Gewähren Sie uns dabei Ihre Hilfe. Aus Ihrem Besuch erkennen wir, welch' persönliches Interesse Sie am schweren Kampf im deutschen Osten nehmen.

Reichssportführer von Tschammer und Osten hält anschließend eine Ansprache, in der er dem deutschen Sport des Generalgouvernements stärkste Unterstützung zusagt und zur weiteren Leistungssteigerung auffordert.

14.8.1942

18[30] Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

19[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatstheater.

20[00] Festabend deutscher Meister im Staatstheater.

Mitwirkende: Das verstärkte Orchester des Staatstheaters unter Leitung des Kapellmeisters Antolitsch, Kammersänger August Seider-Leipzig, Tenor.

Zur Aufführung gelangen Werke von:
Wilhelm Jerger, Karl Maria von Weber, Richard Wagner und Ludwig van Beethoven.

21[50] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Sonnabend, den 15.8.1942 Krakau

10^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

10^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

11^{20} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

12^{10} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Hause der NSDAP.

12^{20} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP

Zum Abschluss der Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs ergreift der Herr Generalgouverneur, nachdem Hauptabschnittsleiter Stahl Worte der Begrüssung an ihn gerichtet hat, das Wort zu folgender Ansprache :

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Am 15.September 1939 rückte ich mit meiner Kompanie in die Quartiere, als der Feldwebel auf mich zustürmte und sagte, der Führer wünsche mich zu sprechen. Es war ein Anruf aus dem Führerhauptquartier gekommen, ich sollte, wenn irgend möglich, am gleichen oder nächsten Tage beim Führer erscheinen. Das war eine jener unvergesslichen Stunden, die jeder von uns einmal in seinem Dasein erlebt und die sein tiefstes Inneres berühren, als der Führer mir in seinem Sonderzug die Verwaltungs- und politische Aufbauarbeit in dem eroberten Polenland übertrug. Seine damaligen Worte- es handelte

sich um eine eingehende Aussprache über die gesamten Ostprobleme und das, was mir als Aufgabe dort bevorstünde, - waren eine Darlegung des Gesamtverhältnisses des Deutschen Reiches zum Osten, der Notwendigkeit, mit der historischen Entwicklung Schluss zu machen, die eine Gefahr für das Deutschtum aus dem Osten bedeutete, und dafür zu sorgen, dass irgendwie in diesem restpolnischen Gebiet eine Ordnung aufgerichtet würde, die noch mitten im Kriege die Möglichkeit böte, endgültige Verhältnisse zu schaffen.

Ich zog dann eine Zeit darauf mit 5 Mann zunächst in Posen ein, zog dann weiter nach Lodz, und Anfang November 1939 bezog ich als Generalgouverneur meinen Dienstsitz auf der Burg zu Krakau. Was ich damals in diesem Gebiet übernahm, war weniger als nichts; denn es war ein zerstörtes Nichts. Es war ein Land ohne jede Führung, ohne jede Ordnung, ohne Finanzen, ohne Wirtschaft, ohne Verkehr, ohne Gesundheit, ohne Volk, ohne Klarheit, ohne verwaltungsmässige Vorausschau, - kurz ohne alles.

Ich kann nun feststellen, dass es doch geglückt ist, aus diesem Gebiet etwas zu machen. Das Land Generalgouvernement, das so sehr umstritten und kritisiert wird, es hat seine grosse Aufgabe erfüllt und wird sie weiter erfüllen. Wir haben unter den unglaublich schwierigsten Verhältnissen versucht, das, was der Führer von uns verlangte, zu leisten, und wir haben es geleistet. Einer der schönsten Beweise für die Erfüllungskraft dieses Raumes liegt darin, dass dieses Gebiet vom ersten Tage seines Bestehens an das Deutsche Reich nicht einen Pfennig Zuschuss kostete, dass es möglich war, aus diesem Land wirtschaftlich, ernährungsmässig, transport-und menschenmässig ausschliesslich dem Reich zum Vorteil gereichende

Sukkurse aufzubauen, und dass kein Beamter aus dem Deutschen Reich hier Verwendung findet, für den nicht dieses Land aus eigener Finanzkraft aufkommt. Es ist ein Land, das im allgemeinen befriedet ist, das angesichts der Gesamtlage der besetzten Gebiete durchaus befugt ist, von sich zu sagen: mit seiner inneren geschlossenen Struktur weicht es wohltuend und vorteilhaft von manchen schwierigen Verhältnissen in anderen Bereichen ab. Es ist ein Land, dessen Zukunft auch gesichert ist. Rein wirtschaftlich gesehen, befinden sich die Industrie und die gesamten technischen Faktoren, die die Grundlage des Wirtschaftsaufbaues darstellen, in stetiger Höherentwicklung. Wir stehen unmittelbar davor, dass grosse und grösste Industrie des Deutschen Reiches in dieses Gebiet verlagert wird. Ich halte auch den Zeitpunkt für nahe bevorstehend, in welchem die etwas künstlich abgeschlossene Form des Generalgouvernements entsprechend den Notwendigkeiten des Krieges und auch den nunmehr geschaffenen Möglichkeiten des Raumes in engste Beziehungen zum Reich gebracht wird. Theoretisch sind wir immer noch Reichsausland; tatsächlich sind wir aber heute schon eines der wichtigsten Zentralgebiete des grossdeutschen Raumes zwischen Don und Atlantik.

Das müssen Sie sich nun bei der Gesamtbetrachtung der Lage der Partei am Tage des zweijährigen Bestehens unserer Bewegung hier im Raume immer wieder vor Augen halten. Sie müssen auch immer daran denken, dass das Gebiet nunmehr beinahe 160 000 qkm Fläche umfasst, also annähernd 8 mal so gross ist wie Württemberg, 12 mal so gross wie Sachsen, 2½ mal so gross wie Bayern , 2 mal so gross wie das alte Österreich, das wir 1938 übernommen haben. Und dieses Land zählt bei einer Bevölkerung von 16 Millionen Fremdvölkischer insgesamt 200 000 Deutsche. Das heisst also : knapp

15.8.1942

1,5 % der Bevölkerung dieses Raumes ist deutsch.

Es ist klar, dass es angesichts der Kriegsschwierigkeiten, die auch in unserem Vaterland spürbar steigen, in diesem Raume doppelt notwendig ist, der Bewegung die Aufgaben sicher zu stellen, die ihr zukommen.

Als ich mich vor zwei Jahren entschloss, den damaligen Stellvertreter des Führers zu ersuchen, im Generalgouvernement der NSDAP eine Heimstätte zu bereiten, war es mein Vorschlag, dieses hier zu gründende Gebilde " Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP " zu nennen. Mein Gedanke war damals, zunächst einmal überhaupt zu versuchen, jenes organisatorische Gebilde zu schaffen, das notwendigerweise zwischen einem reinen Auslandsgau der NSDAP und einem Heimatgau liegen muss. Dass dieser Gedanke richtig war und dann auch aufgegriffen wurde, freut mich; denn sowohl in Holland, wie in den neuen Ostgebieten sind weitere Arbeitsbereiche gebildet worden.

Vor zwei Jahren sah die Lage im Generalgouvernement nun so aus, als ob wir hier ein in einen Winkel gedrängtes fernöstliches Gebilde des damaligen grossdeutschen Raumes bleiben sollten. Niemand ahnte 1940, dass ein Jahr nach dieser Gründung bereits die grösste aller Auseinandersetzungen der Menschen , nämlich die zwischen Germanentum und asiatisch-bolschewistischem Regime, stattfinden würde. Niemand konnte voraussehen, dass aus dem Generalgouvernement, das ein abgeschlossener Winkel im Osten war, eine der wichtigsten Transport-,Verkehrs-und Wirtschaftsbrücken dieser Kriegsrücklage werden würde,

Das Generalgouvernement war vor zwei Jahren knapp gefestigt. Es hatte kaum eine klare Übersicht über die einzelnen Verwaltung-und Dienststellen. Im Lande lebten und wirkten Menschen

15.8.1942

und Männer, die man persönlich gar nicht kannte, die so hereingeschneit waren, die von irgendwelchen vorausgezogenen Dienststellen übernommen wurden, die man charakterlich, weltanschaulich, menschlich, deutschtümlich, möchte ich sogar sagen, gar nicht kannte.

Dann setzte die inzwischen notwendig gewordene allmähliche grosse Reinigung dieses Gesamtkörpers ein. Es ist interessant : wenn ich auf diese Aufgaben in den nunmehr fast 3 Jahren zurückblicke, so muss ich immer wieder erkennen, wie die Kolonialerfahrungen aller grossen Völker der Welt immer die gleichen sind.

Als die Partei vor 2 Jahren hier feierlich ins Leben gerufen wurde, da war es meine Absicht, der Partei in diesem Raum vor allem die Aufgabe der Durchhaltung des schwersten Punktes unseres Parteiprogramms zu übertragen, nämlich der endgültigen Durchsetzung der im Parteiprogramm und in dem Buche " Mein Kampf " von Adolf Hitler festgelegten ostpolitischen Tendenzen unserer Partei.

Nur die Bewegung konnte die Kraft, die in sich geschlossene Linie und das klara Bewusstsein aufbringen, wie sie ja allein auch imstande war, diese Auseinandersetzung weltgeschichtlich einmaligen Formats vorzubereiten. Nur mit der Bewegung kann ein neues Land im Rahmen des grossdeutschen Reiches werden, nur getragen und durchzogen von diesem Ausgangspunkt der alten Bewegung können die Männer mit den Aufgaben auch staatlicher Art fertig werden, die uns in diesen Raümen gestellt sind.

Daher war das Hineinorganisieren der Partei in diesen Raum eine absolute Notwendigkeit. Unbestritten hat die Bewegung in diesen 2 Jahren im Generalgouvernement eine grossartige Aufbau-

arbeit geleistet. Mein erstes Wort am heutigen Tage gilt daher Ihnen, meine Parteigenossinnen und Parzeigenossen, die Sie hier unter den denkbar schwierigsten Verhä-ltnissen eine Aufbauarbeit der NSDAP vollführt haben, auf die Sie in Ihrer eigenen Lebensgeschichte einmal werden stolz sein können. Ich habe mich gestern bei dem Sportfest so sehr darüber gefreut, dass gerade auch kleine Orte so hervorstachen. Ich sagte mir immer wieder: dort sitzt ein Kerl, ein alter Parteigenosse, ein Bulle, ein Bursche der alten Art, der lieber auf alles in der Welt verzichtet, als dass er die von ihm einmal gepackte Idee verlässt. Und wo das der Fall ist, da reissen wir die Menschen hoch. Das müssen wir in den kommenden Monaten und Jahren mit aller Intensivität pflegen, pflegen wir diese harten Typen; alle, die irgendwie eckig oder kantig, meinetwegen auch bissig sind, können wir in den nächsten Monaten und Jahren eher brauchen, als Weichlinge und sonstige Menschen dieser Art.

Daher ist es gerade im Generalgouvernement ein Verdienst der Bewegung gewesen, sozusagen die gesamtseelische und gesamtgeistige Situation der Deutschen im Raum in die Hand zu nehmen und sie in der Richtung zu halten. Das war umso notwendiger, weil die Verlockungen eines fremden neuen Raumes in jeder Hinsicht verderblich sind. Wenn ich heute aus meinen Erfahrungen heraus sagen wollte, wie verderblich die Wirkungen eines neuen Raumes mit den Beute-und Verdienstmöglichkeiten und Chancen sind, so könnte ich ein Mass nicht finden.

Die Hauptverlockung eines jeden neuen Landes liegt zunächst im Gewinn, im Vorteil, im irgendwie geschaffenen Sonderbetrieb auf wirtschaftlichem Gebiete; sie führt dann zu einer hereinschleichender Korruption und damit zur Zerstörung des idealen

Ausgangspunktes. Und am Schlusse steht dann das, was in früheren Zeiten zum völligen Verfall eines Volkes geführt hat: aus dem neuen Gebiet ersteht nicht neue Arbeit, sondern nur die Ermöglichung eines leichteren Gewinnes, als man ihn in der Heimat haben kann. Und hier hat eben die Bewegung die Aufgabe, immer wieder an dem Gesichtspunkt festzuhalten, dass wir genau so in dieses Land kommen müssen, wie wir es dann auch verlassen werden. Es kommt nicht darauf an, hier Reichtümer zu sammeln, billige Waren aufzukaufen oder irgendwie Geschäfte zu machen, sich treuhänderisch zu ergehen, sondern es kommt darauf an, die Front im Rücken durch ein absolut entschlossenes und zusammengeschlossenes Deutschtum zu ballen.

Das hat das Generalgouvernement vor allem dank der Bewegung auch geleistet. Die allgemeine Fürsorge seitens der Bewegung galt zunächst den Reichsdeutschen. Ich muss es offen sagen, dass ich immer das Hauptgewicht darauf lege, allen denen, die aus dem Reich kommen, dieselbe Bewegung, dieselbe politische Auffassung, dieselben Fahnen und Standarten, dieselben Uniformen der Bewegung zu zeigen, die zu sehen sie von der Heimat her gewohnt sind. Daraus folgert man dann dem äusseren Eindruck nach die Einbezogenheit des Raumes in das grossdeutsche Reich. Jeder kennt unsere braune Uniform vom Reich her. Wenn er sie nun hier auch sah, dann sagte er sich: aha, das ist schon Heimat. Jeder kennt die Form unserer Parteikundgebungen und Versammlungen, er musste sie auch hier finden, dann war er zu Hause.

Die Betreuung der Reichsdeutschen ist nach wie vor eine der Hauptaufgaben im Sinne der allmählichen Zusammenwachsung und Hineinwachsung dieses

Gebietes in das Reich.

Die zweite grosse Gruppe der Aufgabenstellung für die Partei war die Betreuung der Volksdeutschen. Das hätte der Staat nicht fertig gebracht, was die Partei auf dem Gebiete der Betreuung der Volksdeutschen und ihrer Führung geleistet hat. Ich habe eben eine Verordnung über die Familienunterstützung und die Beihilfen für die Volksdeutschen unterzeichnet. Diese Verordnung bringt eine gewaltige Wendung im Interesse der Volksdeutschen des Generalgouvernements. Hier werden die Volksdeutschen im wesentlichen den Reichsdeutschen gleichgesetzt.

Eine besondere Aufgabenstellung hatte die Partei weiter, den Fremdvölkischen, den Polen und Ukrainern gegenüber. Die Situation hinsichtlich der Polen ist insofern eigenartig, als wir einerseits das Deutschtum- ich spreche ganz offen- hier so vorwärtstreiben müssen, dass das Gebiet des Generalgouvernements in irgendwie absehbaren Jahrzehnten rein deutsches Siedlungsland wird, - als wir andererseits in den jetzigen Kriegsläuften darauf angewiesen sind, die Fremdvölkischen hier im Raume die Arbeit vollführen zu lassen, die sie im Dienste Grossdeutschlands vollführen müssen. Wir befinden uns hier in dauernden Schwierigkeiten, es sind die Kriegsschwierigkeiten, die wir zu meistern haben. Wir können jetzt nicht alles restlos sagen und vor allem auch nicht tun, was wir tun möchten. Es wäre z.B. unmöglich, an die Stelle der 110 000 polnischen und fremdvölkischen Eisenbahner der Ostbahn deutsche Kräfte zu setzen, an die Stelle der vielen Hunderttausende fremdvölkischer Arbeiter in den Rüstungsbetrieben deutsche Arbeiter zu setzen, an die Stelle der vielen Tausende fremdvölkischer Bauern und Landwirte Deutsche zu setzen. Da nun aber das Reich im zunehmenden Masse auf die Arbeitskraft dieser Fremdvölkischen angewiesen ist, gibt es keinen anderen Ausweg. Um nur eine Zahl zu nennen : das

15.8.1942

Generalgouvernement soll 600 000 Tonnen Getreide an das Reich abliefern. Das können wir nur, wenn diese fremdvölkischen Bauern und Landwirte hier im Lande imstande sind, den Boden zu betreuen, wenn man sie im Stande hält, die Ernte einzubringen und sonst überhaupt zu leben.

So stehen wir dauernd vor diesen Schwierigkeiten. Wenn Sie ins Reich kommen, dann wird es Ihnen wohl ebenso gehen, wie mir; Sie werden erfahren, dass diese Frage im Reich am meisten erörtert wird, ja, dass man dort oft den Findruck hat, wir würden die Polen schonen und nicht so mit ihnen umgehen, wie es manche Scharfmacher in Berlin vielleicht für richtig halten, während wir genau wissen, warum wir es tun müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Arbeitskraft von fast 13 Millionen Polen im Dienste des Reiches und des Krieges absolut erhalten bleibt. Ich musste Ihnen einmal als Politiker sagen, dass es nicht angeht, in einem Zeitpunkt, der so die ernstesten Probleme des Habens von Gütern in den Vordergrund rückt wie der gegenwärtige, die Fremdvölkischen , die solche Güter schaffen, irgendwie in ihrer Schaffenskraft zu schmälern. Heute liegt es ausschliesslich im Interesse des Reiches, dass diese Arbeitskraft erhalten bleibt.

Die Ukrainer bilden dabei eine besondere Ausnahme. Ich muss feststellen, dass im Interesse der deutschen Politik ein Spannungsverhältnis zischen Polen und Ukrainern aufrecht erhalten bleibt. Die 4,5 oder 5 Millionen Ukrainer, die wir im Lande haben, sind als Gegenpart gegen die Polen ausserordentlich wichtig. Ich habe daher auch immer versucht, sie in einer irgendwie gearteten politisch zufriedenen Stimmung zu halten , um ja zu verhüten, dass sie mit den Polen zusammen-

gehn.

Über die Juden brauche ich nichts Besonderes weiter zu sagen. Sie haben ihre gesamte Arbeitskraft uns zur Verfügung zu stellen. Für uns Parteigenossen ist das eine Genugtuung. Vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß hier ein Mitleid fehl am Platze wäre. Sie haben es auch nicht anders verdient, sind sie es doch, die den Krieg begonnen haben und die schuld sind an dem Tode Hunderttausender bester deutscher Männer. Im großen Umfange sind heute die Verwaltungen darauf angewiesen, einen Teil der Juden als Facharbeiter zusammengefaßt zu halten oder als Massenarbeiter zu verwenden.

Wenn ich von diesen allgemeinen Aufgaben der Partei nun zur Organisation übergehe, so kann ich sagen: diese Organisation hat sich bewährt. Sie wissen, daß ich ein Einheitsfanatiker bin, so weit mir dazu noch die Möglichkeit gegeben ist. Mein Ziel war es, hier eine einheitliche Verwaltung und eine einheitliche Partei aufzubauen. So wie wir Ende 192o/21, 1922, also vor nunmehr über 2o Jahren in München begonnen haben, so wollte ich auch hier beginnen. In den Mittel- und Ausgangspunkt der Bewegung wollte ich nicht die Gliederungen, die angeschlossenen Verbände stellen, die draußen im Reich ja schon weitere Entwicklungen des alten Urorganismus durchgemacht haben, sondern ich wollte hier in den Ausgangspunkt nur das schlichte Bekenntnis stellen: ich bin Parteigenosse der NSDAP. Ob es nun im Reich drüben Arbeitsfront, NSV, Gliederungen der SA usw. gibt, das sollte hier zunächst nicht in Erscheinung treten.

15.8.1942

Ich habe das auch so lange durchgehalten, wie die Möglichkeit und Notwendigkeit dazu bestand. Sie wissen, dass ich nun am Führergeburtstag dieses Jahres die Bildung von Gliederungen freigegeben und dass sich die SA, das NSKK, die SS usw. bereits gliederungsmässig organisiert haben. Aber auch wenn wir nun den angeschlossenen Verbänden das Leben hier ermöglichen, so muss trotz alledem Klarheit darüber bestehen, dass ich keine aufgespaltene Bewegung brauchen kann. Ich kann genau so wie im Staat nur ein absolut einheitliches Bollwerk der NSDAP anerkennen. Ich befinde mich in dieser Beziehung im engsten Benehmen mit der Parteikanzlei, wenn ich sage: wir können hier nicht eine Konkurrenz von Gliederung gegen Gliederung, von angeschlossenem Verband gegen angeschlossenen Verband brauchen, sondern massgebend darf immer nur der Gedanke sein: ich bin Deutscher, ich bin auch Parteigenosse. Denn wir sind hier zu wenige, wir können uns angesichts der 16 Millionen Fremdvölkischen diesen Luxus nicht leisten, für die es nur Gewinn wäre, je mehr wir uns spalteten. Es ist selbstverständlich, dass wir hier unsere Gliederungsfanatiker haben; ich bin ja selber auch bei einer Gliederung und begrüsse es durchaus dankbar, dass die Gliederungen aufgezogen werden. Den Wert der Gliederung bemesse ich aber danach, wie sie sich zur Einheit der Bewegung stellt. Gliederungen über oder ausserhalb der Bewegung gibt es nicht, die Partei ist die Heimat; sie wird durch nichts ersetzt. Diese gesamte Bewegung, das grösste geistige Gut, das der Führer seinem Volk geschenkt hat, muss bleiben, wie sie war. Niemals darf eine Gliederung oder ein angeschlossener Verband sie überwinden, mögen sie sich noch so gèrieren und sich noch so dick aufspielen. Die Partei ist mehr

als jeder Teil von ihr.

(Lebhafter Beifall)

In dieser Totalität der Bewegung lag einmal die Rettung unseres Volkes. Diese Einheit der Bewegung daher hier mit aller Schärfe durchzusetzen, ist die Aufgabe der führenden Parteigenossen auf dem organisatorischen Gebiet. Gewiss wollen verwöhnte Gliederungen das nicht mehr recht einsehen, sie sagen: das ist ein überwundener Standpunkt. Nein, die Partei ist etwas ewiges, sie ist das letzte ganz grosse geistesgeschichtliche Erlebnis unseres Volkes, sie ist die letzte geheimnisvolle Offenbarung des deutschen Lebens. Sie muss von uns erhalten werden, wie der Glaube erhalten werden muss, dass wir, die Träger dieses Glaubens, selbst anonym und namenlos im Dienste dieses Glaubens stehen; denn er ist der Ewigkeit bestimmt, wir aber der Vergänglichkeit.

So müssen wir denn die Bewegung des Generalgouvernements als ein erstes ganz grosses Auswogen ansehen. Als mir in Sniatyn an der rumänischen Grenze ein Parteigenosse, ein alter Haudegen der Bewegung seine Meldung machte, da hat mich das doch einigermassen erschüttert, weil ich mich daran erinnerte, dass ich damals dabei war, als wir in Rosenheim, 50 km von München entfernt, die erste Ortsgruppe gründeten, als ich damals dorthin fuhr und sagte: jetzt sind wir schon 50 km von München weg, nun haben wir schon ein gutes Stück für die Bewegung erobert. Wer hätte damals gedacht, dass in Sniatyn ein Parteigenosse eine solche Meldung machen würde. Sie müssen sich vorstellen, was das für einen alten Parteigenossen bedeutet, der die ganze Geschichte der Bewegung von den ersten Anfängen, der ersten Sterneckerversammlung, dem ersten Zusammenkommen im Restaurant Herrenstrasse miter-

15.8.1942

lebt hat. Das muss auch von Ihnen verstanden werden. Dieser Geist muss auch aus dem Generalgouvernement in die Heimat wieder zurückstrahlen. Es muss unser Sinnen sein, der Aufspaltung der Bewegung immer wieder entgegenzutreten und zu sagen: der Nationalsozialismus, die NSDAP, der Parteigenosse.

So wird, glaube ich, organisatorisch die Grundlage hier auch bestehen, wie es im Staate ja einigermassen auch geglückt ist, die Einheit zu halten, und wie ich sie vorerst noch durchhalten zu können glaube. Im Staat werde ich die Tendenz verfolgen, jene Verwaltungen, die immer mehr mit dem grossen Reichsgefüge zusammenwachsen, vom Generalgouvernement abzugeben und immer mehr ins Reich zu überführen, sodass eines Tages der letzte Schritt getan werden kann, aus dem Generalgouvernement ein oder zwei oder drei Reichsgaue zu machen, die im Gesamtgefüge des grossdeutschen Reiches aufgehen können.

Wir haben hier im wesentlichen 5 Aufgaben weltanschaulicher Art. Die erste Aufgabe, die wir in den kommenden Jahren uns stellen wollen, ist die, dass wir den Siegeswillen unseres Volkes allen Schwierigkeiten zum Trotz hochhalten. Dieser Siegeswille ist mehr als eine Siegesahnung oder eine Siegeshoffnung oder Siegeserwartung. Das ist für die Allgemeinheit, für die Partei gilt der Siegeswille, und das bedeutet: wir wissen, dass wir siegen werden. Aber die Partei kann sich mit dem Wissen nicht begnügen. Sie hat den Willen zu haben, in allem und jedem am Siege mitzuarbeiten. Selbstverständlich offenbart sich dieser Siegeswille im vierten Jahre eines Krieges nicht in hurrapatriotischen Kundgebungen. Die Not steigt. Für die Familien ist es schwierig, immer wieder

15.8.1942

die Lebensmittel zu erhalten. Wir kennen die Situation in den luftgefährdeten Gebieten. Man muss sich auch vor Augen halten, widviele Verluste an Toten und Verwundeten heute schon in fast jeder Familie beklagt werden müssen. Man muss sich darüber klar sein, dass infolge der zweifellos spürbaren Reduzierung des Nahrungsmittelkonsums die Nervenkraft nachgelassen hat. Das sind alles Mommente, über die wir uns wie in einem Laboratorium ganz klar sein müssen. Um so intensiver muss sich in dieses geistig-seelische Ermattungsmomment die Prägnanz des Willens der Bewegung einschalten. Es ist unser Krieg, es ist der Krieg Adolf Hitlers um die Befreiung des deutschen Menschen. Das erste Instrument für diesen Krieg war nicht die Wehrmacht, es war die Bewegung. Mit ihr begann man 1919 den Freiheitskrieg. Und daher können wir auch nun von der Partei nicht sagen : jetzt ist die Wehrmacht daran, - nein, wir sind daran ; denn die Wehrmacht steht in unserem Dienst, es ist die nationalsozialistische Revolution, die sie verwirklicht, es ist die Wehrmacht des nationalsozialistischen Reiches, unseres Reiches, die kämpft. Der geschichtliche Rang ist, weltgeschichtlich gesehen, so und nicht anders.

Daher können nun gerade wir in der Bewegung uns gar nicht genug tun, den Siegeswillen in den Vordergrund unseres Handelns zu rücken. Aus jedem Einzelnen der Bewegung muss ein geradezu mitreissender Fanatiker des Siegenswillens werden. Gerade für uns im Generalgouvernement, die wir sehen, was wenige Menschen vermögen, die wir auch den Opfern der Front so nah sind, ist das das Entscheidende.

Die zweite Aufgabe der Bewegung ist es, den Idealismus hochzuhalten, dafür zu sorgen, dass in

dieses Land nicht in zunehmendem Masse wirtschaftstendierende Kreise eindringen. Ich will nichts gegen die grossen Wirtschaftsunternehmungen des Reiches sagen; sie sind offenbar notwendig. Wenn ich aber erleben muss, dass in eine Gesellschaft, die hier auf Verlangen des Reiches gegründet wird, ein Generaldirektor gesetzt wird, dem wir aus unseren Mitten ein Jahresgehalt von 100 000 RM gleich 200 000 Zloty zahlen sollen, dann muss ich schon sagen: da stimmt nicht alles.(Lebhafte Zustimmung) Das sind Vorgänge, die ich nun nicht einfach so konterkarieren kann, wie ich es möchte. Wir haben dann Bedenken geltend gemacht und die Frage erörtert, warum das so sein muss usw. Hier brauchen wir die Partei, nicht nur um diesem Einzelfall zu begegnen, sondern um allgemein zu sagen: welche Vermessenheit, in einem Augenblick, in dem Millionen ihr Leben hingeben, an den Privatverdienst zu denken !

(Erneute lebhafte Zustimmung)

Ich weiss, wie schwer wir es haben, ich weiss, was wir erleben mussten, ich weiss auch, welche Bedenken und welche grossen Gesichtspunkte hier vorgebracht werden. Jeder soll hier im Lande leben können. Ich habe auch nichts dagegen, wenn der in dieses Land hereinkommende Deutsche so viel verdient, dass sich für ihn das Hereinkommen lohnt. Er muss ja dafür auch Steuern zahlen, und schliesslich kann keiner ohne Einkommen und Finanzen sein. Aber es gibt Dinge, die mitten im Kriege unerträglich sind. Der Idealismus, die Hochhaltung des Gedankens, dass wir nicht hier im Raume sind, um eine Verdienstererweiterung, sondern eine Raumerweiterung des grossdeutschen Volkes in die Tat umzusetzen, sind es, die uns verpflichten müssen.

15.8.1942

Das Dritte ist die Reichsbewusstheit. Seien wir uns darüber klar, dass nicht nur die Partei eine Einheit ist, sondern auch das Reich. Dieses Deutsche Reich, vom Führer zum grössten Reich unserer Nation erhoben, ist die gewaltigste staatliche Konstruktion aller Zeiten. Wir von der Bewegung müssen ja notwendigerweise die Pioniere der Reichszugehörigkeit dieses Raumes sein. Alles, was zum Reich tendiert, muss von der Bewegung primär vertreten werden. Die Bewegung muss sich daher auch im staatlichen Rahmen darüber klar sein, dass sie nicht im Dienste des einen oder anderen Ressorts steht, sondern insgesamt die Totalität des Reiches in ihrem Bewusstsein tragen muss. Wir haben es weder mit Staaten, noch mit Ressorts zu tun, sondern die Bewegung hat es mit dem Reich zu tun. Dieses Reich ist uns auch aus viel tausendjähriger Geschichte aufgegeben; denn das Reich beginnt nicht erst um 900, das Reich der Germanen, ideal gedacht, liegt weit, weit zurück. Es ist klar, dass dieses grosse deutsche Reich, ebenso wie die Partei, keinen Ressorts, keiner Machtgruppe gehört. Dieses Reich gehört den 80 Millionen Deutschen, es ist der Schutz und die staatliche Heimstätte dieser 80 Millionen, die Geschichtsfigur, in der das deutsche Volk lebt.

Dieses Reichsbewusstsein wollen wir hier auch pflegen. Es liegt mir sehr daran, dass die Bewegung im Generalgouvernement mit dazu hilft, dass stammespfleglich Überbetonte, Zerreissende unserer deutschen Gemeinschaft in den Hintergrund treten zu lassen und die Reichszugehörigkeit, den Deutschtumsgedanken in den Vordergrund zu rücken. Ich kann es nicht oft genug sagen, welch' grosse Freude es mir bereitet, dass hier Sachsen, Württemberg, Ostmärker, Friesen, Schleswig-Holsteiner zusammengemengt sind. Ich wünsche aber, dass die Partei hier ganz besonders betont, dass sie es nur mit Reichszugehörigen zu

tun hat, die Deutsche sind und die aus dieser Einförmigkeit und gleichmässigen Grundhaltung heraus auch die Kraft holen.

Diese Reichsbewusstheit spielt eine umso grössere Rolle, als es die Tat aller deutschen Stämme war, diesen Osten zu erobern. Es ist selbstverständlich, dass wir das in einem Gau des Reiches nicht so machen können, wie wir das hier machen können. In einem Gau des Reiches ist irgendwie immer schon sozusagen in dem gemeinsamen Urdialekt die Möglichkeit einer sonderbaren Art gegeben. Bei uns hier soll ein Dialekt-Mischmasch sein, von dem ich hoffe, dass aus ihm heraus endlich ein Hochdeutsch in seiner besten Form zur Landessprache wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Diese Reichsbewusstheit, diese Reichsbezogenheit, muss hier tatsächlich bis in die einzelnen Ausstrahlungen ihre Wirklichkeit finden. Ich hoffe, dass die Partei gerade auch hier ein Schulbeispiel für die kommenden Gebiete geben wird.

Ich komme zum nächsten Punkt - jetzt wird es sehr ernst - dem Parteiprogramm. Ich möchte haben, dass wir uns in den kommenden Jahren vor allem mit den Volksdeutschen und den Deutschen aus dem Reich wegen des Parteiprogramms einmal in Verbindung setzen. Mir liegt daran, dass gerade mitten im Kriege und im Zusammenhang mit den anderen Schwierigkeiten dieser geistig formulierte Ursprung der Bewegung, den uns der Führer auf den Weg gegeben hat, in den Mittelpunkt unserer Auseinandersetzungen und Unterhaltungen gestellt wird. Es schadet gar nicht, wenn wir vom Parteiprogramm etwas mehr sprechen, als das leider jetzt vielleicht der Fall sein muss.

15.8.1942

Das Parteiprogramm müssen wir genau so pflegen, wie die Pfaffen das Evangelium und die Bibel pflegen. Im Parteiprogramm dürfen wir nicht etwas sehen, was einmal war und angesichts der Notwendigkeiten der Tagesarbeit in den Hintergrund getreten ist. Denkt immer daran, dass die Priester seit 2000 Jahren jeden Sonntag dieselbe Geschichte erzählen. So müssen auch wir darauf zurückgehen: Womit hat die Bewegung begonnen, was hat sie gearbeitet, was hat sie getan, wie ist es weiter gegangen, welche Opfer hat sie gebracht im Kampf um die Durchsetzung des Parteiprogramms ?

(Beifall)

Man muss das immer wieder sagen. Es kommt sogar auf eine gewisse formelmässige Einprägung von Parteiprogrammpunkten an. Wir meinen oft, alle Deutschen wüssten über das Parteiprogramm Bescheid. Wie falsch wäre die Annahme, auf die Volksdeutschen angewendet. Keine Ahnung !
Es ist notwendig, dass wir uns auch geistig immer wieder auf diese Ebene begeben. Je mehr wir uns im Einzelnen von der Partei entfernen, desto verlorener sind wir, je mehr wir beim Parteiprogramm bleiben, desto stärker sind wir. Wir dürfen uns auf das Parteiprogramm stützen; denn in ihm steht alles, was das deutsche Volk für seine Zukunft braucht. Diese Schulung im Parteiprogramm muss gerade bei uns durchgeführt werden. Ich lege grosses Gewicht darauf, dass kein Parteiprogrammpunkt in Vergessenheit gerät, abgesehen davon, dass ~~ich~~ nach der feierlichen Erklärung des Führers alle Parteiführer verpflichtet sind, für die Erfüllung der Parteipunkte selbst unter Einsatz ihres Lebens zu kämpfen.

15.8.1942

Das Fünfte, was wir als Aufgabe auf uns nehmen wollen, ist die Führertreue. Es ist klar, dass die Bewegung des Führers ureigenstes Instrument ist, und vor allem ist es weiter selbstverständlich, dass die Bewegung in diesem Raum in Adolf Hitler einen der mächsten Zugpunkte der Arbeit hat. Adolf Hitler die Treue zu halten, ihm in absoluter Gehorsamkeit ergeben zu sein, ihm immer und ewig zu folgen und dafür zu sorgen, dass die Treue zu ihm ein Staatsgrundgesetz der Gemeinschaft der Deutschen wird, ist die Aufgabe der Erziehung, die die Partei zu führen hat. Über den Führer debattiert man nicht, an dem Führer pflegt man keine Kritik zu üben, den Führer lässt man in keiner Weise, auch nicht in der indirektesten Form, irgendwie in Zweifel ziehen. Der Führer steht wie die Inkarnation des Deutschtums über uns. Wir haben das Glück, den Schöpfer dieser neuen Welt der Deutschen lebendig in unserer Mitte zu sehen; spätere Generationen werden auf Bilder und Filme angewiesen sein. Wir sehen ihn wirken, und wissen, was er für jeden Einzelnen von uns tut, was er an Nöten und Sorgen und schlaflosen Nächten auf sich nimmt. Und da sollte einer herkommen und versuchen, da und dort Kritik zu üben ? Da verlange ich von den Männern der Bewegung, dass sie notfalls mit der Waffe in der Hand einen solchen Burschen zur Verantwortung ziehen.

(Stürmischer Beifall)

Diese Führertreue ist das Mark der Bewegung, sie muss es durch die Jahrhunderte bleiben. Denn das ist das Staatsgrundgesetz der deutschen Nation der Zukunft, es gibt unserer Nation die Verfassung, dass er der Führer des Volkes, der Führer der Bewegung, der Führer des Reiches ist. Hier, glaube ich, liegt nun für uns in den kommenden Monaten und

Jahren auch die schwere Aufgabe.

In diesen fünf Punkten sehe ich unsere Aufgabe auch für das kommende Jahr. Es ist für mich aber auch eine Freude, zu wissen, dass alle Ämter, Distriktstandorte, Standortführer, Stützpunktleiter, Ortsgruppenleiter hier im Raum auch in dieser Richtung tätig sind. Je weniger wir sind, desto verbissener und härter müssen wir sein.

Was unsere NSV leistet, was im letzten Winter im Generalgouvernement gesammelt worden ist, steht schlechterdings einzig da. Unsere Verwundetenbetreuung, von der Partei hervorragend gepflegt, ist ein Muster. Wieviel Briefe bekomme ich aus dem Reich von Verwundeten und Ärzten, die über die Verwundetenbetreuung im Generalgouvernement einhellig voll des Lobes sind.

Daher ist es mir auch wichtig, zu wissen, dass wir zu diesen grossen zentralen Aufgaben hier auch jene heranziehen, die sich immer noch der Arbeit sehr geschickt zu entziehen wissen. Wir müssen sie heranziehen; denn wir sind hier zu wenig Menschen. Ich habe vor, wenn es nicht anders geht, zur pflichtmässigen Einberufung für den Parteidienst und für die Hilfsorganisation zu schreiten, um damit zu zeigen, wie ernst es mir um die Parteibetreuung ist.

Die Schulung der Jugend wird in diesem Raum im wesentlichen auch von der Partei zu erfolgen haben. Ich bin sehr froh, dass wir hier einen Jugendführer haben, der wirklich mit Energie und Tatkraft an seine Aufgabe herangeht, der frech genug ist, um die Probleme zu meistern, um die es sich hier-bei meistens handelt, der aber doch so voller Takt ist, dass er uns gegenüber nicht frech ist. (Heiterkeit)

15.8.1942

Die Durchführung der Jugendarbeit muss zum Beispiel bei den Sportveranstaltungen, deren eine wir gestern gesehen haben, intensiv vorwärts getrieben werden. Jede solche sportliche Veranstaltung bedeutet ja für die Jugendlichen mehr als mancher formelle Vortrag. Selbstverständlich wird es auch darauf ankommen, dass diese jungen Leute in die nationalsozialistische Parteigemeinschaft hineinwachsen. Sie müssen auch ins Reich kommen, damit sie das Glück ihrer Arbeit im Reich erleben und mit diesem Erlebnis dann zurückkehren können.

Weiter werden wir uns auch der Rednererziehung widmen müssen. Es gibt einen Stamm von uralten, alten und weniger alten Parteirednern, die seit gut 20 Jahren im Dienste stehen. Jeder hat seinen Stil, und jeder Parteigenosse kennt diesen Stil des Redners schon. Das sind die paar Redner, die mit ganz grossen Buchstaben geschrieben werden, diese alte Garde der Redner der Bewegung, die den Sieg der Bewegung miterredet haben.

Was mir immer wieder Schmerzen bereitet, ist die Tatsache, dass der Rednernachwuchs zu wenig gepflegt wird. Wir müssen dafür sorgen, dass einige Ostfanatiker, einige solche Burschen, die reden können, die richtigen Worte zusammenfügen und nicht bescheiden und beschämt beiseiteschauen. Wir müssen also dafür sorgen, dass wir solche Redner bekommen, und wenn es auch nur 10 oder 20 im Generalgouvernement wären, die mir helfen, im Reich wiederum die Propaganda für den Osten durchzuführen. Also eine solche Rednerschule, Pg.Stahl, müssen wir intensiv pflegen. Es muss dahin kommen, dass wir wirklich aus dem Generalgouvernement einige osttypische Redner der Bewegung erhalten.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik hat die Partei mustergültiges geleistet. Was hier in wenigen Monaten geschehen ist, verdient unser aller Anerkennung.

15.8.1942

Es ist grossartig, wie hier die deutschen Menschen schon in den Betrieben erfasst, wie auch vor allem die Betriebsführer allmählich zur Bewegung gebracht werden. Ich muss auch sagen, dass sich die Wehrmacht in gewissen Vertretern ausgezeichnet einsetzt, wie überhaupt das Verhältnis zur Wehrmacht sehr gut ist. Ich glaube, dass wir für die Zukunft sozialpolitisch grosse Möglichkeiten haben, vor allem, weil ich diese Sozialpolitik der NSDAP in unserem Raum als stärkstes Gegengewicht gegen die manchmal recht deutlichen kapitalistischen Strömungen aus dem Reich ansehen muss.

Im übrigen wird die Arbeit der Partei in Erscheinung treten und weiter in Erscheinung treten in der Presse, in der Propaganda, in der Frauenarbeit und in allen den anderen Bereichen, die wir pflegen und halten. Ich möchte keines der Ämter vergessen, ich möchte sie alle anerkennend erwähnen; denn sie haben alle unter schwierigsten Verhältnissen aufgebaut und haben alle unerhört fest geschaffen.

So steht denn die NSDAP auch im kommenden Jahr vor einer Fülle von Aufgaben. Wir stehen wieder einmal in einem entscheidenden Zeitpunkt. Während unsere Truppen im Osten mit letztem Elan , mit grossartiger Entschlusskraft und Opferbereitschaft den Sieg erfechten, müssen auch wir helfen. Dabei gilt der Satz : die Partei siegt nicht in den Kanzleien, sie siegt nur im Volke. Je volksverbundener wir sind, je mehr wir innerhalb des Volkes stehen, je mehr wir der Ausdruck der Volksstimmung sind, desto stärker ist die Partei. Man könnte alle Parteien, die wir früher hatten und die wir dann beseitigt haben, daran erkennen, dass sie mehr in ihren Behörden und in ihren eigenen Organisationen als im Volke lebten.

23

15.8.1942

Deshalb muss auch hier im Generalgouvernement der Grundsatz gelten: jede Versammlung, und finde sie vor 7 Volksgenossen in einem gottverlassenen Kaff statt, ist wichtiger als jede allgemeine Anordnung, womit ich nicht sagen will, dass sie nicht befolgt werden soll.

(Heiterkeit)

Mir kommt es darauf an, immer wieder zu betonen: auch wenn einer nun nicht abgestempelter Redner ist, wenn er aber Gelegenheit hat, im Eisenbahnwagen auf einere Reise abseits des grossen Verkehrs eine kleine nationalsozialistische Versammlung von 3 oder 4 Leuten abzuhalten, dann ist das wichtiger, als dass man auf die Grosskundgebung wartet, die mit dem Reichsredner Gustav Huber oder Josef Meier in 4 Wochen stattfinden wird.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall)

Die Parteiarbeit bricht nicht ab. Selbst in Ihren TRäumen sollen Sie nur den Sieg der Bewegung sehen, und sich damit beschäftigen, was Sie in der nächsten Kundgebung sagen werden. Dann kommen Ihnen gute Gedanken. Es handelt sich darum, dass auch die praktische Arbeit geleistet wird. Und hier wünsche ich einen deutlichen Unterschied zu Meinungen festzustellen, die man da und dort im Reich hat. Wir haben im Reich schon die spürbare Tendenz zur Parteibürokratie. Das darf bei uns nicht so deutlich in Erscheinung treten. Ich wünschte sehr, dass das Generalgouvernement eine Erholungsstätte für jeden Kreisleiter sein könnte, und dass er sagen würde: Gott sei Dank, hier gibt es nicht so viel Berichte und Formularien, sondern hier hat man Gelegenheit, sich mit dem Volke zu beschäftigen. Die Partei lebt nicht in den Kanzleien und in Ämtern, sie lebt im Volke oder sie lebt nicht. In jedem weltgeschichtlichen Abschnitt muss man dafür sorgen, dass der Inhalt dessen, was den Willen eines Volkes reprüsentiert,

15.8.1942

mit dem Innhalt der Sehnsüchte des geführten Volkes identisch ist. Das ist das Entscheidende. Wenn diese Inhaltsmommente auseinander zu klaffen beginnen, dann beginnen weltgeschichtlich die Krisen; das müssen Sie sich immer vor Augen halten. Wir müssen auch für alle Sehnsüchte und Nöten des Volkes Verständnis haben, und gerade wir hier im Generalgouvernement dürfen nicht die Augen und Ohren zumachen und sagen: das sehen und hören wir nicht,- dann sehen und hören es andere - , die nicht Partei sind. Täuschen wir uns nicht darüber: die Bewegung wird bleiben, ewig und hart, wenn sie der Ausdruck der Sehnsüchte unseres Volkes ist. Das müssen wir in jeder Form pflegen.

Weiter wünsche ich nicht, dass immer gesagt wird: da draussen ist die Front. Die Partei kämpft in der Heimat, ganz abgesehen davon, dass Tausende unserer Parteigenossen an der Front stehen wie die anderen, dass Tausende aus unseren Reihen genau so gefallen sind wie die anderen Volksgenossen. Aber was hinter der Front geschieht, ist ja auch ein Kampf für die Front. Wir sollen uns nicht zurückstellen und glauben, dieser Kampf sei nicht frontwichtig. Und wenn einer sagt: was sollen im Kriege diese Veranstaltungen, warum soll man überhaupt im Kriege vom Parteiprogramm reden oder diese Dinge überhaupt in den Vordergrund rücken ? - so entgegne ich ihm: jetzt ist alles nur die Front; die Front ist der Ausdruck des nationalsozialistischen Wollens unseres Volkes.

Daher muss hier der nationalsozialistische Wille unseres Volkes gepflegt werden. Das ist unsere Aufgabe. Wir sind die Revolutionäre dieses Jahrhunderts. Auch darf nicht von irgend jemand gesagt werden: die Parteiarbeit soll während des Krieges etwas geruhsamer sein. Nein, nie und nimmer! Nach dem

15.8.1942

Kriege darf uns einer nicht sagen: jetzt ist der Krieg aus, jetzt kommt die Partei wieder. Nein, die Partei war während des Krieges auch mit dabei. Ich möchte haben, dass wir sagen: die Partei kämpft auch mit an der Front. Und voller Stolz sollen wir sagen dürfen: die Partei siegt mit an der Front; denn ihr Geist ist es, der auch die Wehrmacht erfüllt.

So sehe ich also die grosse Linie dieses Ringens. Dann kann es uns nicht genieren, wenn selbst hier im Generalgouvernement zu meinem Entsetzen Kirchen für Deutsche eröffnet werden und wenn man mir vom Reiche aus sogar sagt, das sei ein Bedürfnis. Dem gegenüber kann ich nur erklären: für uns Parteigenossen kann es keinen Zweifel geben, dass wir mit Stärke an unserem Glauben festzuhalten haben und unser Glaube heisst Adolf Hitler.

(Anhaltender stürmischer Beifall)

Mit dem von Hauptabschnittsleiter Stahl ausgebrachten Sieg-Heil auf den Führer endet die Arbeitstagung.

13^{30} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg

17^{10} Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Hauptabschnittsleiter Stahl zum Besuch von Verwundeten in das SS-Lazarett in der Nürnberger Strasse.

18^{00} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg

IV/6
B 1

15.8.1942

1910 Jahresmitgliederversammlung der NSDAP in der Urania.

Nach dem Fahneneinmarsch bringt das Musikkorps des Standorts Krakau unter Leitung des Musikmeisters Gerlach die Rienzi-Ouvertüre von Richard Wagner zum Vortrag.

Hauptabschnittsleiter Stahl eröffnet die Kundgebung mit folgenden Worten :
Ich eröffne den Jahresmitgliederappell der NSDAP anlässlich des 2.Gründungstages des Arbeitsbereiches Generalgouvernement. In engster Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Staates und der Wehrmacht hat die Partei, beginnend mit dem 1. Mitgliederappel im Jahre 1940, im Lauf e der vergangenen zwei Jahre ihre Arbeit durchgeführt.

Im Auftrage des Leiters des Arbeitsbereiches Reichsleiters Dr. Frank habe ich die Ehre, die Vertreter der Wehrmacht zu begrüssen, an ihrer Spitze den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement Herrn General von Gienanth. Ich begrüsse weiter die Generäle der Luftwaffe Sommé und Bieneck, weiter die Vertreter des Staates, an ihrer Spitze den Herrn Staatssekretär Dr. Boepple. Als Vertreter aus dem Reich begrüsse ich den Herrn Reichssportführer von Tschammer und Osten, den NSFK- Obergruppenführer Sauke, den Reichsgesundheitsführer Dr.Conti und SA-Gruppenführer Schmierer. Mit ganz besonderer Herzlichkeit begrüsse ich die Verwundeten. (Lebhafter Beifall) .

IV/6

15.8.1942

Generalgouverneur Reichsleiter Dr.Frank :

Parteigenossen! Parteigenossinnen !

Zwei Jahre sind es heute, dass wir die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei im Generalgouvernement gegründet haben. Das ist für uns ein stolzer Tag; denn die Aufgaben, die sich die Partei hier von Anfang an gestellt hatte, waren nicht einfach.

Als wir vor einem Jahr den 1.Gründungsjahrestag begehen konnten, da durfte ich feststellen, dass es gerade durch das Eintreten der Partei in das gesamtdeutsche Leben dieses Raumes überhaupt erst ermöglicht wurde, den Aufstieg in jeder Beziehung durch deutsche Arbeit zu fördern. Wenn ich heute auf dieses letztvergangene Jahr zurückblicke, so obliegt mir und den Parteigenossen aus dem Generalgouvernement zunächst einmal der ernste und grossartige Rückblick auf die weltgeschichtlichen Ereignisse dieses letzten Jahres.

Es ist ein einzigartiges Jahr der deutschen Geschichte, voll der grossartigsten Ereignisse, getragen von einem gewaltigen Ausmass des Ruhmes, der Kraft, der stolzen Bewusstheit unserer Nation, ebenso von Freude, Glück und Stolz, wie aber auch von Sorgen, von ernstesten Mühen und schwerstem Leid und Opfergang, - ein Jahr, in dem sich die Gemüter aufrichteten, aber auch die Wogen des Schmerzes an unserer Seele rüttelten.

Dieses letzte Jahr steht unter dem Zeichen des grossen Abwehrkampfes der deutschen Nation

IV/6
3

15.8.1942

gegen den drohenden bolschewistischen Überfall, den der Führer noch im letzten Augenblick durch seinen kühnen Entschluss konterkarierte. Dieser Krieg gegen das Sowjetreich ist der entscheidende Rettungsversuch, den die europäische Kultur, geführt durch Adolf-Hitler und durch den Duce Mussolini gegen den grössten Weltfeind aller Zeiten unternimmt. Wir im Generalgouvernement waren diesem Geschehen besonders nahe gerückt. Was hat dieser Krieg nicht an gigantischen unvergleichlichen Erfolgen gebracht, wie waren wir, die wir bis zum Beginn des russischen Krieges in dem äussersten Osten des grossdeutschen Vaterlandes standen, plötzlich Hinterland geworden! Tausende von Kilometern an trennenden Räumen eroberten unsere Truppen in heroischem Kampf. Dann kam der Winter mit seinen schrecklichen Sorgen und Nöten, von denen der Führer in seiner letzten Reichstagsrede gesprochen hat. Auch wir im Generalgouvernement konnten diese Leiden und Nöte unserer Truppen und unserer deutschen Menschen all überall draussen erkennen: Durch Hunger nicht bezwingbar, durch Kälte nicht bezwingbar, hielten sie einer unglaublich gigantischen titanischen Macht nicht nur stand, sondern in diesen Monaten des härtesten Winters für Europa stand unsere Wehrmacht, und unsterblicher Ruhm wurde an ihre Fahnen geheftet.

(Lebhafter Beifall)

Dies ist der Momment gewesen, in welchem sich ddas ernste schwere Geschick dieses Krieges zu ballen begann. Da trat- und das ist das zweite Ereignis dieses Jahres, auf das wir zurückschauen können, - Japan, der stolze mächtige Verbündete,

IV/6
B 4

15.8.1942

an. Für uns, die wir vom Generalgouvernement aus Japan ja sehr benachbart sind, -- liegt doch nur ein einziger Staat zwischen diesen beiden Gebieten, nämlich Russland, -

(Heiterkeit)

ist es eine besondere Freude, unseren nachbarlichen Bundesgenossen herzlich zu begrüssen. (

(Lebhafter Beifall)

Japan hat durch seinen siegreichen Vormarsch den deutschen Herzen gezeigt, dass eine Weltmacht von diesem Ausmass sich an unserer Seite tapfer und grossartig, siegreich bewährt.

Das weitere Ereignis war der Eintritt in den Krieg gegen Amerika. Für uns war es von vorneherein klar, dass diese Entscheidung kommen musste.

Demnach liegt in diesem Jahr eine Zusammengeballtheit von gigantischen Ereignissen, die uns zeigen, wie gross diese Zeit ist und wie gewaltig die Ereignisse branden. Wir erkennen: es bedarf des ganzen Beharrens und der Aufgerichtetheit zum letzten grossen Bekenntnisse, um in dieser Zeit zu bestehen.

So umstürmt und umtobt, ist das Schicksalsschiff auch dieses Landes Generalgouvernement mitten hinein gestellt in dieses Aufeinanderprallen von gewaltigsten,militärisch-soldatischen, kriegerischen Geschehnissen,von wirtschaftlichen Sorgen. Mit einer fremdvölkischen Bevölkerung von vielen Millionen haben die wenigen Deutschen dieses Raumes die aus diesen gigantischen Zusammenhängen hervorkommenden Aufgaben unentwegt zu meistern versucht. Wir können von der Partei aus an unserem Jahrestage bekennen: was Nationalsozialisten in dem grossen Streben dieser Zeit zu tun vermochten, ist

fürwahr geschehen. Nicht nur als Generalgouverneur, sondern auch als Reichsleiter danke ich Euch, Parteigenossinnen und Parteigenossen inddiesem Lande, die Ihr treu und unentwegt allen Schwierigkeiten zum Trotz mit den Aufgaben fertig geworden seid, die die Zeit uns gestellt hat.

(Beifall)

Wir wollen aber an diesem Tage auch derer Gedenken, die im Dienste der Bewegung im vergangenen Jahre vom fremdvölkischen Feind ermordet wurden.

(Die Versammlungsteilnehmer erheben sich von den Plätzen)

Die Parteigenossen, die im Kampf für die Bewegung in diesem Raum ihr Leben liessen, werden in die grosse Zahl der Opfer der Bewegung um Deutschlands Freiheit eingereiht. - Ich danke Ihnen.

In dreifacher Ausstrahlung zeigt sich das Werk des Führers. Wir Nationalsozialisten sind stolz darauf, dass das erste und zeitlich älteste Werk des Führers unsere Partei ist. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, vom Führer im Jahre 1919 begonnen, im Jahre 1920 begründet und 1925 wiederbegründet, ist die grosse weltanschauliche Heimstätte und Glaubensform des deutschen Volkes geworden. Diese Bewegung ist daher auch der weltgeschichtlich tragende Ausgangspunkt des jetzigen Zeitgeschehens. Als wir damals im Kampf um die Bewegung und ihre Ziele vom Führer zuerst die grosse Parole vernahmen, die da lautete: entweder Deutschlands Aufstieg durch das Hakenkreuz oder Deutschlands Untergang durch Hammer und Sichel des Bolschewismus, - da war es die Bewegung, die von klein auf beginnend in jahrelangen opfervollsten Mühen das deutsche Volk allmählich aufzurich-

IV/6
B 6

15.8.1942

ten suchte, die es mit einem neuen Glauben zu erfüllen und diesen neuen Glauben nicht nur das Volk zu lehren, sondern in die Tat eines neuen Reiches einzufügen wusste.

Was der Führer mit der Gründung der Partei dem deutschen Volke gegeben hat, kann man heute noch gar nicht restlos absehen. Wie sah es vorher in Deutschland aus, wie war die Lage des deutschen Volkes, des Deutschen Reiches, der deutschen Wirtschaft, des deutschen Menschen, gang gleich welchen Standes und welcher Klasse im Jahre 1932 ?

Wenn die Partei heute auf ihren Weg zurückschaut, wenn sie heute zu zeigen vermag, welche gewaltigen geistigen, sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen Umformungen durch sie herbeigeführt wurden, dann kann sie sagen : dieser grosse Verteidigungskrieg des Deutschen Reiches wird vom deutschen Volke siegreich bestanden, weil die Lehre Adolf Hitlers, sein Glaubensbekanntnis zum Nationalsozialismus das feierliche Gebet des ganzen deutschen Volkes geworden ist.

(Lebhafter Beifall)

Dieser Partei hat das Deutsche Reich auch seine Wiedererstehung zu verdanken. Und dieses nationalsozialistische Deutsche Reich ist das zweite grosse Werk des Führers. In diesem Reich schuf er die Einheitsform unserer völkischen Gemeinschaft; er überwand den lächerlichen Stammeskult, die kleinstaaterei, die ungeheuer verzerrten Formen des früheren lixberalistisch-demokratisch-parlamentarischen Systems. Er richtete in diesem Reich wieder das eherne Bollwerk deutscher Bewusstheit auf, wie es vor einem Jahrtausend von den mächtigsten deutschen Kaisern geschaffen wor-

B 7

15.August 1942

den war. Das Deutsche Reich ist heute der mächtigste Staat der Welt geworden, und zwar dank des dritten grossen Werkes des Führers, des Aufbaues der nationalsozialistischen Wehrmacht.

(Lebhafter Beifall)

Hier liegt gerade jetzt in diesem Kriege das Kennzeichen der ~~klein~~staatsschöpferischen unvergleichlichen Grösse Adolf Hitlers, dass er in eine müde gewordene Zeit hinein das Bekenntnis zum deutschen Soldatentum zur obersten Formel der Staatsaufgaben erhob. Wehe dem Volk, wehe dem Reich, wenn es gewillt wäre, sich der stolzesten Tradition, die wir Deutsche haben, nämlich der heroischen Tradition deutschen Soldatentums zu versagen! In dem Untergang der Wehrmacht läge der Untergang des Reiches, in dem Untergang des Reiches aber der Untergang des deutschen Volkes. Die Wiederaufrichtung und Wiedererstehung der Deutschen Wehrmacht im Zeitpunkt des Ringens um unsere Freiheit ist das grandiose Werk unseres Führers.

Wir im Generalgouvernement stellen uns nun diesen drei grossen Werken des Führers: Wehrmacht, Reich und Bewegung- in jeder Beziehung dienstwillig zur Verfügung. Das Generalgouvernement ist eine Schöpfung des Krieges, eine Einrichtung des Krieges. Zum Ausgangspunkt hat es die tapfere und unvergleichliche Heldentat unserer Wehrmacht in Gestalt der Eroberung dieses Landes. Es soll daher auch berufen sein, dieser Pflicht jederzeit zu genügen. Ich darf wohl feststellen, dass das Verhältnis zwischen den staatlichen und parteilichen Stellen des General-

B 8

15.8.1942

gouvernements und der Wehrmacht in unserem Nebenlande vorzüglich ist. So, ~~ist~~ wie die Wehrmacht uns bei~~n~~ unserer schweren Aufgabe hilft, so sehen auch wir nur eine Pflicht, der Wehrmacht im Generalgouvernement eine soldatische Heimat zu bereiten. Wir wünschen, dass der Soldat hier auf Schritt und Tritt spürt, wie dankbar wir ihm sind, dass er dieses Land für Deutschland erobert hat, und dass wir dieser Dankbarkeit in jeder Weise durch Pflichterfüllung gerade ihm gegenüber entsprechen werden. Diese Einbezogenheit des Generalgouvernements in die Belange der Wehrmacht ist daher die Kriegsdiensterfüllung dieses Nebenlandes im Dienste des grossdeutschen Reiches.

Als oberste Pflichtenkategorie habe ich für die Bewegung hier im Raume die Verwundetenfürsorge gestellt. Ich glaube, dass wir feststellen können; was nur irgendwie für die Verwundeten geschehen kann, haben wir trotz der vielfaltigsten Schwierigkeiten der Versorgung bis jetzt getan. Ob es mir freilich möglich sein wird, auch heuer wieder wie im vorigen Jahre die Gänse so zu verteilen, weiss ich noch nicht; aber wenn es geht, tue ich es.

(Heiterkeit)

Die Verwundetenfürsorge soll für die Partei im Generalgouvernement auch eine bleibende Aufgabe sein.

Im übrigen sind die Leistungen des Generalgouvernements im Dienste der Wehrmacht wirklich feststellbar. Wenn man bedenkt, dass eine grosse Fülle des gesamten Nachschubes für die Ostfront zu mehr als der Hälfte durch das Generalgouvernement geführt wird, so bedeutet das für die Bahnen des Generalgouvernements eine ungeheure Be-

B 9

lastung, die selbstverständlich getragen wird, die aber wieder zahlreiche Erschwernisse für die Situation dieses Landes mit sich bringt. Die durch das Generalgouvernement zu tätigenden Transportleistungen gehen allen anderen voran. Wir sind auch stolz darauf, dass es uns gelingt, aus eigener Kraft die Verpflegung der deutschen Soldaten aus dem Lande sicher zu stellen. Wir freuen uns, dass das Generalgouvernement auf dem Gesamtgebiet der wehrwirtschaftlichen Industrie einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, dass die Bedeutung unseres Landes im Gesamtrahmen der deutschen Industriekapazität weiter steigt. Wir werden dafür sorgen, dass Nachschub und Unterkunft für die Wehrmacht in unserem Gebiet so vorzüglich wie nur möglich gestaltet werden. Dass wir dabei dem Herrn Militärbefehlshaber allüberall helfen werden, ist selbstverständlich.

So glaube ich denn, dass unsere Aufgabe, aus dem Generalgouvernement ein wehrmachtnächstes Gebilde zu machen, geglückt ist.

Auch im Hinblick auf das zweite Werk des Führers dem grossdeutschen Reich gegenüber kann das Generalgouvernement mit Stolz auf seine erfüllte Arbeit sehen. Es ist doch schön, wenn ich feststellen kann, dass über 800 000 Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement allein in den letzten 1½ Jahren der deutschen Landwirtschaft und Wirtschaft zugeführt werden konnten. Das ist die mit Abstand höchste Zahl an fremdvölkischen Arbeitern, die aus einem Lande in Deutschland untergebracht wurden.

Wir können auch sehr zufrieden damit sein, dass wir dem deutschen Reich wirtschaftlich immer weiteren Nutzen versprechen, dass wir organisa-

15.8.1942

torisch für das Deutsche Reich keine Belastung, sondern eine Entlastung darstellt, dass wir auch finanziell und versorgungsmässig dem Reich helfen werden, wo immer es geht. Denn auch dem Reich gegenüber hat das Generalgouvernement nur eine Parole: wir sind ein Kind des Krieges und ein Kind des Reiches. Ich hoffe sogar, dass es immer weiter gelingen wird, die Verbindung zwischen Generalgouvernement und Reich auch verwaltungsmässig durchzuführen. Schon steigen die Möglichkeiten eines endgültigen Einbaues des Generalgouvernements in das Reich auf. Eins aber steht fest; dieses Nebenland Generalgouvernement hat den Ehrgeiz, im Gesamtrahmen der deutschen Leistung dieses Krieges den Platz zu bestellen, der ihm von dem Führer zugewiesen ist. Das Weichselland wird für alle Ewigkeit ein deutsches Land bleiben. (Lebhafter Beifall)

So kommt es, dass die Bewegung, hineingestellt in diese Aufgaben, hier ihre ganz besonderen Methoden zu befolgen hat. Wir können ruhig sagen, dass es bei der Betrachtung des Generalgouvernements im Hinblick auf die Bevölkerung eine kühne Unternehmung war, hier eine Bewegung aufzurichten. Die Einwohner dieses Gebietes, das annähernd 150 ooo Quadratkilometer umfasst, sind zum weit überwiegenden Teil fremdvölkisch. Wir Deutsche hier in diesem Raum haben daher von Anfang an die Pflicht, uns so eng und so treu zusammenzufinden, wie das nur irgendwo möglich ist, wo deutsche Menschen tätig sind. Das musste die Bewegung erreichen. Es durfte nicht sein, dass ein von deutschen Truppen erobertes und siegreich besetztes Gebiet nun zum Objekt kolonialer Wirtschaftsinteressiertheit herabsin-

B 11

15.8.1942

ken sollte. Hier handelte es sich um die Durchsetzung der grossen schöpferischen Aufgabe, die uns der Führer in seinem Buch " Mein Kampf" zum ersten Male gestellt hat: der Osten ist die Zukunft unseres Volkes.

(Lebhefter Beifall)

Wir im Generalgouvernement sind die erste Stufe dieser gigantischen Treppe, die, nach oben führend das Deutsche Reich dank Adolf Hitlers kühner welt-geschichtlicher Tat beschreiten wird.

So stehen wir von Krakau aus auf der Wache, damit dieser Geist des Nationalsozialismus und der Bewegung die deutschen Menschen hier zusammenhält;und das ist nicht einfach, das war nicht leicht, und ich kann ruhig sagen : es wird auch in den nächsten Jahren noch nicht einfach sein.

Die Erziehungsarbeit, die die Bewegung an den deutschen Menschen in diesem Raum durchzuführen hat, muss entschieden, klar und absolut idealistisch sein. Daher musste die Partei hier von Anfang an ganz anders beginnen als im Reich. Unser Volk hier im Raum sind ausschliesslich die Deutschen. Was für den Staat Generalgouvernement eine unendlich schwere Aufgabe darstellt, die Betreuung von fast 16 Millionen Fremdvölkischer, das ist für die Partei die Betreuung der vielen Hunderttausende Deutscher hier im Lande. Diese Deutschen sollen im Generalgouvernement die gleiche Betreuung, dieselbe geistige, weltanschauliche, glaubensmässige Führung und Zusammengefügtheit erfahren, wie es heute in der Heimat der Fall ist. Ja, sie müssen hier noch trotziger sein, noch härter, noch entschlossener. Ich habe bis jetzt hier auch noch kaum einen herumsitzen sehen, der sich auf die Dauer dieser entschlossenen Haltung entzogen hätte. Salontänzer, Papierathle-

B 12

15.8.1942

ten können wir hier nicht brauchen.

(Beifall)

Hier brauchen wir jene vom Nationalsozialismus erzogenen deutschen Männer und Frauen, die sich darüber klar sind, dass sie die ersten Pioniere einesReiches sind, das viele Tausend Jahre zählen soll. Wir können hier keine Menschen brauchen, die nur die Sehnsucht haben, ein neues Geschäft zu bekommen, oder irgendwo unterzuschlüpfen oder hereinzukommen. Hier brauchen wir Männer und Frauen, die wissen, dass ganz Deutschland ihnen folgen wird.

Das muss die harte Sprache unseres Gebietes sein. Ich weiss, dass da und dort manche glauben, sich in diesem neuen Gebiet bereichern zu können. Die Freude wird sehr kurz sein. Es ist unmöglich, dass in der gleichen Zeit, in der Millionen deutscher Männer bereit sind, ihr Leben für das Vaterland hinzugeben, sich in einem eroberten Gebiet gemeine Geschäfte breitmachen. Daher muss immer wieder dafür gesorgt werden, dass die klare Führung der Bewegung in jeder Weise gerade die Erziehung der Menschen in die Hand nimmt, die aus dem Reich hier hereinkommen.

Das kolonisatorische Prinzip, mit dem uns das Reich umgibt, ist sehr einfach. Wir werden in zunehmenden Masse aus Krakau eine deutsche Stadt machen. Es ist mir eine grosse Freude feststellen zu können, dass , als ich 1939 hierherkam, 300 Deutsche in Krakau waren und dass es heute über 30 000 sind.

(Lebhafter Beifall)

In Warschau leben heute fast 100 000 deutsche Menschen. Lassen Sie erst einmal den Krieg beendet sein, dann werden die Millionen deutscher Menschen hier hereinströmen und eine neue Heimat finden. Wir werden sie ihnen erhalten

B 13

15.8.1942

und keines der beschlagnahmten Geschäfte einem anderen geben als den Frontkämpfern.

(lebhafter Beifall)

Aus diesem Gedankengut heraus muss das Generalgouvernement eine tragende Werbekraft besitzen. Man muss wissen, dass wir ernstlich entschlossen sind, eine weltgeschichtlich grossartige Aufgabe mit einzuleiten.

Der Staat des Generalgouvernements hat seine Konsolidierung gefunden, er ist finanziell unabhängig; er hat die deutschen Schulen gebaut, hat die Wirtschaft aufgerichtet, die Ernährung sichergestellt, hat den Monopolen und sonstigen Staatsbetrieben, der Eisenbahn und Post die Grundlagen ihrer Existenz geschaffen, er hat dafür gesorgt, dass aus diesem Land, in das Chaos, Zerstörung, Elend eingezogen waren, wieder ein wohnliches Gebilde erstand. Wer heute durch Krakau geht, wer heute durch Lemberg, durch Warschau, Radom oder Lublin schreitet, kann billigerweise nicht bezweifeln, dass diese Bemühungen der deutschen Verwaltung im Raume Erfolge davon getragen haben. Früher haben hier die Juden herumgestanden. Was war das doch vor 1939 für ein Dreckvolk von Juden, das sich hier breitmachte. Und wo sind diese Juden heute ? Man sieht sie kaum mehr.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man sie sieht, dann arbeiten sie. Wo man sie sieht weiss man, dass es nicht der herrschende Jude von einst ist, der von hier aus nach Deutschland zog, um das deutsche Volk auszuplündern, sondern dass es jener elende Jude ist, in welchem wir Nationalsozialisten von dem ersten Tage an den Todfeind unserer Rasse gesehen haben.

B 14

15.8.1942

Und wir behandeln ihn danach. Wenn man heute etwa noch den Begriff " Galizier" hört, dann denken wir nicht mehr an die Judenschlampels von früher, sondern heute ist Galizier ein guter Deutscher, der dort seine Heimat gefunden hat. Wer hätte gedacht, dass einmal Orte wie Przemysl und Radomsko bei einem deutschen Sportfest in der Preisverteilung als Heimstätten nationalsozialistischer Hitler-Jugend genannt werden würden. Daraus kann man ermessen, wie sich allmählich deutsches Leben unter der Führung der Partei einwurzelt und wächst. Wenn ich nur die Staatsverwaltung, wenn ich nur ein- oder absetzbare Beamte im Lande hätte, dann würde auf die Dauer diese Einwurzelung nicht so möglich sein, wie dadurch, dass ich deutschen Menschen aller Kategorien hier eine Heimstätte bereite.

Dabei ist es völlig gleichgültig, wie sich die Polen dazu einstellen. Die Polen sollen in loyaler Pflichterfüllung zeigen, dass sie Verständnis dafür haben, wie sehr die deutsche Führung dieses Raumes ihnen die eigene Existenz gesichert hat. Denn wenn die Deutschen nicht in diesem Raum gewesen wären, dann wären die Bolschewiken gekommen. Und ich möchte fragen, ob es den Polen angenehmer gewesen wäre, dem Bolschewismus ausgeliefert zu sein als einer, wenn auch strengen, so doch ehrlichen und gewissenhaften deutschen Verwaltung.

Wir führen hier keinen Krieg gegen die Volkstümer. Wir wollen nicht die Vernichtung irgend eines Volkes. Was wir wollen, ist die Grösse und die lebensraumnotwendige Ausbreitung unseres eigenen Volkes. Dass wir die Stärkeren sind, hat sich gezeigt; dass wir die Zukunftsicheren sind, das muss man zur Kenntnis nehmen. Jedenfalls wird jeder

B 15

15.8.1942

Versuch der Aufsässigkeit gegen die deutsche Führung dieses Raumes von den vernichtendsten Folgen für jeden, der diesen Versuch unternimmt, begleitet sein.

(Lebhafter Beifall)

Wir werden die Energien der deutschen Führung dieses Raumes durchsetzen.

Daher hat auch die Bewegung allen Anlass, an dieser Entschiedenheit der Führung selbst segensreich ihren Anteil immer wieder zu betonen. Denn nur aus dem Nationalsozialismus kommt uns die Kraft zu diesem Wirken.

Nun will ich Euch einmal fragen, Volksgenossen: Glaubt Ihr, dass ein Gebilde wie dieses Generalgouvernement 2 3/4 Jahre bestehen könnte, wenn etwa in Berlin eine parlamentarische Zentrum-sozialdemokratisch- demokartisch- staatsparteiliche Fraktionswirtschaft in einem Reichstag vorhanden wäre? Glaubt Ihr, dass wir hier irgend eine Massnahme durchsetzen könnten, wenn in Berlin noch der " Vorwärts" oder " Die Rote Fahne " erscheinen würden?

(Heiterkeit)

Daraus kann man ermessen, was die Bewegung im weltgeschichtlichen Aspekt bedeutet. Sie allein hat die Möglichkeit gegeben, dass deutsche Menschen in ~~deutsche~~ diesem Raum klarvarbeiten können und wissen, dass sie in ihrer Arbeit von der Heimat gedeckt werden.

Im übrigen ist es auch klar, dass dieses Generalgouvernement als Schutzeinrichtung des deutschen Ostens in jeder Zukunftslage auch aus Eigenem heraus Männer haben wird, die jederzeit bereit sind, das, was sie haben, mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Deshalb ist auch für mich ~~auch~~ in diesem Raum der oberste Sport das Schiessen. Ich wünsche, dass sich jedermann hier zur Schusswaffe bekennt und mit ihr umzugehen vermag, Nicht, weil ich Sorge hätte,

B 16

15.8.1942

wie die Auslandspresse schreibt, dass wir uns alle vor den Polen sehr fürchten, oder, wie man neulich geschrieben hat, weil ich die SA eingerichtet hätte, aus Sorge, dass uns eines Tages die Polen aus dem Lande hinaushauen würden. Das möchte ich erleben! Ich kann nur sagen; schon der Versuch dazu würde bedeuten, dass Polen auch noch den letzten Rest von Lebenskraft verlieren würde. Jedenfalls müssen wir aber deutlich betonen, dass die Haltung und die Gesinnung, mit der man in diesem Raum kommt, das Entscheidende ist, ebenso die Absichten, mit denen man in diesem Raum arbeitet, und die Bekenntnisfreude, mit der man sich hier betätigt. Ein Grossdeutschland braucht grosse Menschen, der Gesinnung und der seelischen Haltung nach . Daher kann ich nur mit Stolz sagen: Ich danke Dir, Bewegung in diesem Raum, für die Hitler-Jugend, die Du uns gegeben hast, - diese Hitler-Jugend, die, aus reichsdeutschen und volksdeutschen Kindern bestehend, schon in ihren ersten Jugendjahren die Bewegung erlebt, die Jugend, die einmal unsere Fahnen übernehmen wird. Sie ist die Trägerin der Zukunft dieses Landes, aus diesen Jungen und Mädchen wird einmal die Generation erstehen, die sagt: Meine Heimat ist das deutsche Weichselland, hier bin ich geboren, hier werde ich mein Leben führen und mein Leben vollenden. Die Hitler-Jugend dieses Raumes muss unser aller Liebling sein. Wie die Partei, so muss der Staat, muss die Wehrmacht in diesem Raum mir helfen, die Hitler-Jugend zur tragenden Figur unserer Entschlossenheit werden zu lassen, in alle Zukunft hinein hier zu bauen und zu werken.

(Lebhafter Beifall)

Diese Hitler-Jugend hat sich zu unserer Freude zum ersten Mal in einem grossen Sportfest gezeigt, heuer wie im vorigen Jahre schon. Wer diese leuch-

tenden glückstrahelenden Augen der Jugend gesehen hat, als gestern Reichssportführer von Tschammer und Osten zu ihr so herrlich sprach, der musste wissen, dass dieser Kontakt von Heimat und Jugend in diesem Raum auch für mich der beste Zeuge dafür ist, dass das Werk, das ich vor 2 3/4 Jahren hier mit 5 Männern begonnen habe, den Segen des Himmels gefunden hat. Ich bin dankbar dafür, dass diese Jugend da ist; denn in ihr wird die Ewigkeit unserer Aufgabe gesichert sein.

Ebenso danke ich ganz besonders der Partei für die soziale Fürsorge, die sie ingang-gesetzt hat. Sie hat dafür gesorgt, dass der deutsche Mensch hier nicht kapitalistisch oder ständisch oder klassenmässig aufgespaltet werden kann, sondern dass wir alle Arbeiter der deutschen Sache sind gleich, wo wir stehen. Dass wir hier keinem Standesdünkel, keine Grenzziehung, keine Stammtischzirkel, keine geheimen Kartenschlagunternehmungen brauchen können, dass wir alle ein offenes grosses Gemeinschaftsleben deutscher sozialer Aufgeschlossenheit zu führen haben, das soll die Verpflichtung der Partei sein. Im deutschen Reich schleppt man noch viel zu viel von diesem traditionellen Kram von früher mit sich herum. In diesem neuen Gebiet muss die neue soziale Ethik dieses Jahrhunderts errichtet werden, die da sagt: jeder wird ohne Rücksicht auf Abstammung oder Vorbildung nur nach seinem Charakter und seiner Leistung bewertet.

(Lebhafter Beifall)

Von diesem Gesichtspunkt aus hat die Partei die grosse Aufgabe, dieser neuen sozialen Entwicklung die Bahn zu brechen. Wir wünschen, dass der deutsche Arbeiter, der deutsche Beamte, der deutsche Angestellte, auch der anständige deutsche Kaufmann

und anständige deutsche Wirtschaftler in jeder Weise hier seine Heimstätte findet und auch weiss, dass er den Schutz der Gemeinschaft geniesst und ihm, soweit es irgend möglich ist, Ungerechtigkeit ferngehalten werden muss.

In diese soziale Betreuung der Deutschen hier im Raum gehört auch, dass sich alle Deutschen dessen bewusst sind, wie wenige wir in diesem Raum sind, dass wir deshalb alle zusammenhalten müssen. Hier darf nicht das üble, dumme gegenseitige Intrigieren, das Neidhammelwesen, die Ellbogenunverträglichkeit einreissen. Ich muss mich oft über nichts so ärgern wie über diese sinnlosen Schwätzereien, diese Gerüchtemacherei und das dumme gegenseitige Tratschwesen, dasda und dort einzureissen beginnt. Das ist der Deutschen in diesem Raum unwürdig. Wir haben wahrhaftig eine grössere Aufgabe. Hier soll nicht einer dem anderen das Leben schwer machen, sondern einer soll dem anderen helfen, hier im Lande das deutsche Volk aufzurichten.

(Lebhafter Beifall)

Dabei ist es mir völlig gleichgültig, welche Leidenschaft der Einzelne hat, ob er Briefmarken sammelt, ob er Fische angelt oder auf die Jagd geht - das Jagen ist ja bei uns ein besonders gern geübter Sport - oder was er sonst treibt. Ich wünsche nur, dass die allgemeine Haltung so ist, dass jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau vor der Gemeinschaft zu bestehen vermag. Dass es bei uns mehr Wodka gibt, soll kein Anlass sein, dass hier bei uns besonders viel Wodka getrunken wird. Ich möchte auch nicht haben, dass die Leute, wenn sie aus dem Reich kommen, nun besonders traktiert werden. Man darf nicht den Eindruck gewinnen, dass hier eine Art Etappe

sich entwickeln könne. Das Generalgouvernement ist keine Etappe, es ist ein neues Land im grossdeutschen Entwicklungsprozess. Daher muss auch gerade die Partei dafür sorgen, dass die Art der hiesigen Lebensführung den Notwendigkeiten der Zeit ganz besonders entspricht.

Die Partei hat weitere grosse Aufgaben. Da ist vor allem die Betreuung der Volksdeutschen zu nennen. Diese Volksdeutschen sind die gequältesten Menschen gewesen, die es auf der Welt jemals gegeben hat. Was sie unter dem polnischen Terror gelitten haben, spottet jeder Beschreibung. Und wenn heute da oder dort ein Pole um Weichheit winselt, kann man ihm immer nur sagen: wie habt ihr die Volksdeutschen behandelt! Man soll immer und immer wieder an die Gräber der von den Polen ermordeten Volksdeutschen gehen um zu ermessen, welche Absichten Polen mit Deutschland hatte. Diese Volksdeutschen haben hier unter Hunger und Terror gelitten. Schauen Sie sich die kleinen Mädchen der Hitler-Jugend aus den volksdeutschen Gebieten an, - dank der polnischen Katastrophenpolitik sind sie so unterernährt, dass Mädchen von 18 Jahren eine Grösse wie 14jährige Mädchen im Reich haben. Das ist die ernste Sprache der Unterdrückung, der Politik systematischer Vernichtung gegenüber den Deutschen im Lande. Welch edlere Aufgabe hätte die Bewegung als die, diese Deutschen zu betreuen! Durch eine letzte gesetzgeberische Massnahme haben wir nunmehr erreicht, dass den Volksdeutschen auch finanziell in ihren Einnahmen die gleiche Situation zugebilligt werden kann wie den Reichsdeutschen. Ihr Einkommen, ihre Lebensverhältnisse werden allmählich dem deutschen Niveau völlig angeglichen. Ich hoffe auch, dass wir mehr und mehr wieder Volksdeutsche ins Land

B 20

15.8.1942

Hereinbekommen werden. Jedenfalls können sich die Tausende und Abertausende der Volksdeutschen des Generalgouvernements darauf verlassen, dass es sich die Bewegung in nunmehr beginnenden dritten Jahre ihres Bestehens zur Ehrenpflicht anrechnen wird, den Bedürfnissen der Volksdeutschen in jeder Weise zu entsprechen.

Ein weiteres hat dieses Jahr für die Bewegung gebracht: das Wiedererstehen der Gliederungen. Ich freue mich, dass insbesondere unsere SA ihr Gliederungsleben hier begonnen hat. Ich hoffe, dass auch die anderen Gliederungen der SS, des NSKK, des NSFK folgen und damitder Marschtritt der braunen Bataillone in Krakau und im Generalgouvernement erschallt, dass hier ein stolzer Zug deutscher Männer aufmarschiert, wie er einst unter den Klängen unserer Kampflieder das deutsche Volk aufgerüttet hat. Diese Gliederungen sind die militanten Einrichtungen der Bewegung. Sie sind berufen, das stolze Gerippe der kämpferischen Entschlossenheit der NSDAP darzustellen. Sie sollen mir in diesem Raum vor allem helfen, die Bewegung mit ihrem kämpferischem Geist bis in die letzte Ausstrahlung zu erfüllen. Ich freue mich, dass es gelungen ist, die Gliederungen wieder ins Leben zu rufen, und ich kann nur sagen : was von Parteiwegen geschehen kann, sie zu fördern, wird geschehen.

Wenn ich noch erwähne, dass die Arbeit der Partei im abgelaufenen Jahre vor allem auf dem Gebiet der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, der Durchführung von Sammlungen einzigartige Ergebnisse gezeitigt hat, so kann ich mich nur über diesen stolzen Erfolg unserer Arbeit freuen. Ihr, Parteigenossinnen und Parteigenossen, die Ihr heute zur Jahresmitgliederversammlung erschienen seid, seid alle in diesem Dank einbezogen.

21

15.8.1942

Als ich heute nachmittag durch Krakau fuhr und mir die Hitler-Jungen und die BDM-Mädel auf den Strassen ansah, wie sie da ganz mutterseelenallein in voller Kriegsbemahlung marschierten, mitten unter den Polaken, da musste ich sagen : Wer hätte das wohl vor 4 Jahren von den Polaken gedacht, dass das geschehen kö nne!

(Beifall)

Welches gewaltige Wunder ! Man muss darüber staunen, was unser deutsches Volk zu leisten vermag, wenn es den ihm vom Schicksal bestimmten Führer erhält.

Daher wird die Bewegung auch im Generalgouvernement der Träger von 2 Eigenschaften sein müssen, nämlich der absolutesten Führertreue und des entschlossensten Siegenswillens. Die Führertreue ist seit 1919, seit Adolf Hitler sein Werk begonnen und die Bewegung den Marschtritt eingehalten hat, den ihr der Führer aufgab, der Inhalt unseres Werkes. Was dieser einsame Mann als unbekannter Soldat im Jahre 1919 begann, das war erst die Gruppierung der Deutschen um eine Fahne, das war die Erstehung einesReiches aus dieser Fahne, es war das Werk der Bewegung unter dieser Fahne. Und Adolf Hitler wird es schaffen; er, seine Soldaten und sein Volk werden siegen und wir sind auf dem besten Wege dazu. Noch niemals war dieser Siegeswille so begründet wie nunmehr, da der Sowjetkoloss zu wanken beginnt und die Engländer in jeder Form angepackt werden. Ihre Geleitzüge gleiten dahin in den Abgrund.

(Lebhafter Beifall)

Für uns im Generalgouvernement ist es daher auch ein stolzes Gefühl, dass wir uns in der Führertreue und im Siegeswillen dieser Bewegung von niemanden im Volk übertreffen lassen wollen. Wenn da und dort die Meckerer, die Zweifler und die müden Spiesser auftreten und sagen: Weisst Du, hörst Du, hast Du schon gesehen ? - - dann soll ein Nazi aus dem Gene-

B 22

15.8.1942

ralgouvernement mit einem Hammer kommen und einem solchen Kerl auf den Schädel hauen.

(Lebhafter Beifall)

Das wäre ja noch schöner: in der Heimat gemütlich herumsitzen und meckern! Welche Opfer bringt die Heimat, denen vergleichbar, die an der Front gebracht werden? Und was für Opfer bringt der Einzelne, die mit den Leistungen des Führers vergleichbar wären. Was leistet einer von uns schon im Vergleich zu dem, was der Führer leistet. Wieviel Nächte durchwacht dieser Mann nicht in Sorge und angespanntester Verantwortung? Und wie hält er für uns alle stand, stolz und einsam, aufgerichtet wie einer der Männer, die nur alle 10 000 Jahre einmal kommen.

Und diese Gegenwart des deutschen Volkes wird sich dieses Mannes würdig zeigen. Sie wird wissen, wie sie ihm zu danken hat. Sie dankt ihm durch Siegeswillen und Führertreue. Wir im Generalgouvernement wollen uns im kommenden Jahre zusammenschliessen und wollen vom Osten aus nach dem weiteren Osten und nach der Heimat den Ostruf der Arbeit und der Aufgerichtetheit erschallen lassen. Ich werde auch im kommenden Jahre als Kapitän dieses Schiffes Generalgouvernement auf der Kapitänsbrücke ausharren und werde über alle Stürme hinweg getreu dem Führerbefehl dieses Staatsschiff dem Siege Deutschlands zuführen.

(Langanhaltender stürmischer Beifall)

Distriktsstandortführer Gouverneur Dr. Wendler:

Die Deutschen des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP geloben in dieser Stunde am Be-

B 23

15.8.1942

ginn des dritten Jahres der Arbeit der Partei dem Führer ihre Arbeit noch mehr zu lieben, noch fleissiger zu sein, noch treuer ihre Pflichten und Aufgaben zu erfüllen, noch gehörsamer hinter dem Führer zu stehn und noch mehr ihm zu helfen in seinem Werk, dem Siege für das deutsche Volk. Wir Nationalsozialisten kleiden dieses Gelöbnis wie immer in den Ruf: Unser Führer, Adolf Hitler Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!

Mit den Liedern der Nation und dem Fahnenausmarsch findet die Kundgebung ihren Abschluss.

20^{20} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg

20^{45} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Staatskasino, in dem ein Kameradschaftsabend der NSDAP stattfindet.

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs im Haus Kressendorf)

IX/6 Krakau

Sonntag, den 16.8.1942

9 35 Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg .

10 05 Der Herr Generalgouverneur überreicht in Anwesenheit des Hauptabschnittsleiter Stahl verdienten Parteigenossen sein Bild mit Widmung für treue Mitarbeit.

10 10 Der Herr Generalgouverneur überreicht verdienten Parteigenossinnen das Führerinnenabzeichen der NS-Frauenschaft.

10 25 Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit von Oberst von Tschammer und Osten den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement General der Kavallerie Freiherrn von Gienanth.

10 30 Fahnenweihe von 78 Hoheitsfahnen im Burghof.

Der Herr Generalgouverneur schreitet unter den Klängen des Musikkorps die Front der angetretenen Ehrenformationen der Politischen Leiter, der SA-Wehrbereitschaften und der HJ ab.

Nach Meldung durch den Stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP " 78 Standortfahnen der NSDAP des Arbeitsbereiches Generalgouvernement zur Fahnenweihe angetreten " hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

2

Parteigenossen ! Deutsche !

Dies ist der Hof der alten deutschen Burg zu Krakau, in dem wir nunmehr in schon fast 3 jähriger Tradition die grossen Feierstunden der Deutschen des Generalgouvernements begehen. Jahrhunderte der Geschichte schauen auf Euch herab. Von dieser Burg aus wurde jahrelang ein Land regiert, das durch viele Jahrhunderte hindurch gegen das deutsche Volk und das deutsche Reich eingestellt war. Von hier aus gingen Unsegen und Unfrieden ins Land, die Tausenden und Abertausenden von Volksgenossen unter polnischer Willkür den Opfertod brachten. Es ist einer der stolzesten Orte der Geschichte, wenn wir bedenken, dass nunmehr die deutsche Tradition , die einmal diese Burg gebaut hat, endgültig für alle Zukunft hier ihren Sitz wieder aufgeschlagen hat.

Dass wir, meine Parteigenossen und engen Mitkämpfer der Bewegung, als des Führers treueste Weltanschauungssoldaten auf diesem Burghof jetzt die Fahnenweihe vollziehen werden, die den Standorten der NSDAP im Generalgouvernement das Siegeszeichen unserer Bewegung verleihen wird, muss uns alle mit stolzer Genugtuung erfüllen. Schaut sie Euch an, diese Fahnen; sie sind triumphierendes Symbol des grössten Reiches der deutschen Nation, sie sind aber auch die stolzen kampfgewohnten Fahnen unserer alten herrlichen nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei. Diese Fahnen, - in ihrem Stock, den Ihr in der Hand haltet, gleichen sie dem stolzen aufrechten Körper des deutschen Mannes, der sie trägt. So stolz, so

gerade, so hart und so unbeugsam habt Ihr zu sein, wenn Ihr Euch zu dieser Fahne bekennt. In ihrem rotflammenden Fahnentuch gleicht sie Eurer Seele und Eurem Geist. So bekenntnisfroh, so stolz den Elementen trotzend, habt Ihr Euch zu dem Ideal dieser Bewegung zu bekennen: Das Rot des Sozialismus unserer Bewegung, das Weiss des Nationalismus unserer Bewegung und das Hakenkreuz als das stolze Symbol unser rassischen Bewusstheit ! So tragt Ihr den Fahnenstock und das Fahnentuch in Eurer Hand als die Totalität von Körper und Geist unseres Reiches. Bleibt Euch dessen bewusst !

Nur einem kleinen Teil unserer Parteigenossen ist es heute möglich, hier anwesend zu sein. Wir haben eine brennende Aufgabe für Front und Heimat durchzuführen: Ich erinnere nur an die Erntearbeit, die in diesen Tagen von allen Partei- und Staatsgliederungen im engsten Einvernehmen mit der SS und Polizei vollzogen wird.

Die heutige Feierstunde soll ein Symbol dafür sein, dass wir den zweijährigen Festtag der Bewegung mit dem Bekenntnis begehen wollen, dass sich auch im kommenden Jahre der Sieg der Bewegung fortsetzen wird. Ich bin glücklich und dankbar für die Arbeit, die Ihr geleistet habt.

Wenn nun 78 Standorte des Generalgouvernements ihre Fahnen bekommen, so ist das ein weiterer stolzer Beweis dafür, wie sich das deutsche Leben in diesem Raum weitet und verwurzelt.Immer mehr werden wir hier deutsche Heimat. Dies war auch der Sinn des Opfers, das die Wehrmacht um diesen Raum gebracht hat. Die deutschen Soldaten, die in diesem Raum gefallen sind, um ihn zu befrei-

en und uns zu übergeben, auf dass wir ihn nationalsozialistisch führen, - sie sind die ersten Zeugen des Opfers für diesen Raum gewesen. Die Parteigenossen aus unseren Reihen, die im Kampf um die Fahne in diesem Raum unter Mörderhand gefallen sind, haben dieses Ringen fortgesetzt. Alle Beamten der Polizei, des Staates usw., die im Dienste des Reiches hier gefallen sind, auch sie sind Mitgestalter der Durchsetzung des deutschen Willens in diesen Raum.

Ich danke dem Militärbefehlshaber im Generalgouvernement Herrn General von Gienanth ganz besonders für seine Teilnahme an dieser Feier. Wir, die wir alle Soldaten sind, Soldaten der Bewegung des Führers, wir fühlen uns mit dem Gedanken und dem Ringen der deutschen Wehrmacht eins. So wie der Soldat an der Front, kämpfen wir als Soldaten der Heimat für Deutschlands Sieg.

Des zum Zeichen weihe ich nunmehr im Namen des Führers, des unsterblichen deutschen Reiches und unserer herrlichen nationalsozialistischen Bewegung Eure Fahnen. Nehmt sie ! Mögen diese neuen Fahnen tapferen Menschen deutschen Blutes im Kampfe um die endgültige Freiheit unseres Volkes voranleuchten ! Mögen sie dereinst im Glanze der Siegsonne Adolf Hitlers leuchten !

Unter den Klängen des Horst-Wessel-Liedes weiht darauf der Generalgouverneur die 78 Standortfahnen durch Berühren des Fahnentuches mit der Hoheitsfahne des Arbeitsbereiches.

Mit dem vom Stellvertretenden Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP ausgebrachtem Sieg-Heil auf den Führer und den Liedern der Nation schliesst die Feierstunde.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt den Militärbefehlshaber im Generalgouvernement, General der Kavallerie Freiherrn von Gienanth, General der Flieger Bieneck und Generalmajor Ploch in Anwesenheit von Oberst Fischer und Oberstleutnant von Dazur.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal aus Anlass des 2.Jahrestages des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP in Krakau anwesende reichsdeutsche Schriftleiter.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur fährt mit dem Militärbefehlshabers des Generalgouvernement General Freiherr von Gienanth zum Adolf-Hitler-Platz.

12^{10} Vorbeimarsch von Ehrenformationen der Partei und einer Ehrenkompanie der Wehrmacht auf dem Adolf-Hitler-Platz.

12^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs mit General von Gienanth zur Burg.

13^{15} Mittagessen im Danziger Zimmer.

17^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Deutschen Kampfbahn, in der unter der Leitung des Luftwaffen-Obermusikinspizienten Professor Husadel ein Grosskonzert der Luftwaffe stattfindet.

912

18[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IK/6

Krakau

Montag, den 17.8.1942

11^{10} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

11^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple .

11^{50} Besprechung mit Oberregierungsrat Rhetz und Oberregierungsrat von Gschliesser in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple.

Der Herr Generalgouverneur verweist auf ein Schreiben des Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiters Sauckel, in dem vom Generalgouvernement die kurzfristige Gestellung von weiteren 140 000 Arbeitskräften für das Reich verlangt werde, da für kriegswichtige Aufgaben zusätzlich 1,6 Millionen ausländischer Arbeiter gebraucht würden.

Oberregierungsrat Rhetz erklärt hierzu, dass das Generalgouvernement das ihm auferlegte Soll von 120 000 Arbeitskräften bereits erfüllt habe; zusätzlich seien dann in den letzten Monaten noch 100 000 Arbeitskräfte aus Galizien ins Reich vermittelt worden.

Oberregierungsrat von Gschliesser hält den Zeitpunkt der neuen Arbeitergestellung wegen der in Gang befindlichen Erntearbeiten für sehr ungünstig. Auch die Zeit von 1½ Monaten, während der diese neuangeforderten 140 000 Arbeitskräfte gestellt werden soliten, sei zu kurz bemessen. Galizien sei von Arbeitskräften ziem-

17.8.1942

lich entblösst worden, und im alten Generalgouvernement hätten die letzten Verordnungsmassnahmen (Dienstverpflichtungen) sehr schlechte Ergebnisse gezeitigt. Trotzdem liessen sich diese Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement herausholen, wenn man zu ihrer Erfassung Polizeikräfte einsetze. Das Generalgouvernement müsse aber erreichen, dass keine weiteren Metallarbeiter, an denen bereits ein grosser Mangel herrsche, abgegeben würden und auch eine Abgabe von Arbeitskräften nach dem weiteren Osten aufhöre.

Der Herr Generalgouverneur ersucht die beiden Herren, ihm für die Besprechung mit Gauleiter Sauckel eine Zusammenstellung der bisherigen Leistungen des Generalgouvernements auf dem Gebiete der Arbeiterverschickung ins Reich auszuarbeiten, in der auch die Stellungnahme der Hauptabteilung Arbeit über die Erfassung von weiteren 140 000 enthalten sein solle.

12^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt General von Unruh und Gauleiterstellvertreter Hoffmann. Bei der Besprechung sind anwesend: Staatssekretär Dr. Boepple, Oberst von Tschammer und Osten, Oberst Fischer, Ministerialrat Dr. Siebert und Assessor von Medem.

General Unruh berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass er eine Kommission leite, die in dem besetzten Gebiet Nachprüfungen darüber zu führen habe, ob hinter der Front Kräfte für die Front und die Dienste der Front freigemacht werden könnten. Unter seiner Leitung finde die Durchprüfung der militärischen Dienststellen statt, während unter Gauleiter-Stellvertreter Hoffmann der zivile Sektor überprüft werde.

17.8.1942

Gauleiter-Stellvertreter Hoffmann erklärt, dass auf Befehl des Führers Angehörige der Jahrgänge 13 und jünger überhaupt nicht mehr freigestellt werden dürften und von den Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1908 bis 1912 nur diejenigen, die bereits einen Fronteinsatz womöglich mit Auszeichnung hinter sich gebracht hätten.

Assessor von Medem macht als Leiter der Personalstelle der Regierung davon Mitteilung, dass das im Dienste der Regierung des Generalgouvernements stehende Personal schon weitgehend überprüft worden und alle irgendwie entbehrlichen Kräfte für den Fronteinsatz zur Verfügung gestellt worden seien. Nur Schlüssel- und Fachkräfte der oben genannten Geburtsjahrgänge habe man als wirklich unabkömmlich reklamiert. Unter die neue Erfassung fielen vor allem 17 Kreishauptleute.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass er den Bestand an Personal in der Zivilverwaltung des Generalgouvernements für kaum nennenswert reduzierbar halte. Die Dienststellen des Generalgouvernements litten bereits an einer starken Unterbesetzung. Besonderes Gewicht müsse er darauf legen, dass nicht eine plötzliche Einziehung zur Wehrmacht stattfinde und dadurch die Verwaltungsarbeit des Generalgouvernements zum Stillstand komme. Vor allem dürfe nicht eine starke Schwächung der Polizeikräfte des Landes eintreten, da deren Zahl schon jetzt für die vielen Aufgaben (z.B. Arbeiter-und Ernteerfassung) nicht ausreiche. Er wolle die Arbeit der Kommission voll unterstützen, vor allem auch mit Rücksicht darauf, dass bewährter Fronteinsatz für die Laufbahn der Beamten und Angestellten nach dem Kriege eine nicht geringe Rolle spielen werde. Auf der anderen Seite müsse er aber auch unbedingt darauf sehen, dass die kriegswichtigen

17.8.1942

Arbeiten des Generalgouvernements nicht stockten. Die Anforderungen, die das Reich an das Generalgouvernement in jeder Beziehung stelle, stiegen ständig. Wenn zum Beispiel Kreishauptleute, von denen gerade die jüngeren Jahrgänge am rührigsten tätig seien, eingezogen würden, litte die gesamte Arbeit in einem Kreis schweren Schaden. Auch auf die Weiterführung der Deutschtumsarbeit könne man auf keinen Fall verzichten; die Beamten und Angestellten des Ostinstituts und des Staatstheaters seien dazu unentbehrlich.

Auf einen Hinweis von General Unruh, dass beabsichtigt sei, einen der 3 Verbindungsoffiziere abzuberufen, erklärt der Herr Generalgouverneur, dass die beiden Offiziere des Oberkommandos der Wehrmacht und des Oberkommandos des Heeres ihm für die direkte Behandlung täglich auftauchender Probleme unentbehrlich seien.

General Unruh und Gauleiter-Stellvertreter Hoffmann geben dem Herrn Generalgouverneur die Versicherung, ihre Arbeit in loyaler Zusammenarbeit mit den Dienststellen des Generalgouvernements durchzuführen und eine abschliessende Erfasstenliste über das Generalgouvernement vorzulegen, damit eine letzte Stellungnahme des Herrn Generalgouverneurs erfolgen könne.

12[45] Der Herr Generalgouverneur empfängt NSFK-Obergruppenführer Sauke und Brigadeführer Kehrberg in Anwesenheit von Hauptabschnittsleiter Stahl.

NSFK-Obergruppenführer Sauke ersucht den Herrn Generalgouverneur um Genehmigung, im Generalgouvernement die Arbeit des nationalsozialistischen Fliegerkorps aufnehmen zu dürfen. Es sei beabsichtigt, einen Standartenführer, namens Wolf, mit der Arbeit im Generalgouvernement zu betrauen. Als Grundstock dienten die 200 im Generalgouvernement bereits ansässigen

17.8.1942

NSFK-Männer.

Der Herr Generalgouverneur äussert seine Freude über diesen Entschluss des Korpsführers Christiansen und sagt der Arbeit des NSFK seine volle Unterstützung zu. Das " Nationalsozialistische Fliegerkorps Einheit Generalgouvernement " solle als Gliederung der Partei seinen Sitz im Hause der NSDAP aufschlägen. Für den Fall, dass in der SA bereits erfasste junge Männer eine fliegerische Ausbildung wünschten und zu diesem Zweck in das NSFK übertreten wollten, sagt er auf eine Bitte von Obergruppenführer Sauke seine Unterstützung zu.

13^{05} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith .

16^{00} Besprechung mit Schachmeister Aljechin in Anwesenheit von Präsident Ohlenbusch und Pressechef Gassner.

21^{00} Essen zu Ehren des Bevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Gauleiter Sauckel.

(Übernachtung auf der Burg)

IX/6 Dienstag, 18.8.1942 Krakau

10[00] Der Herr Generalgouverneur fährt mit Gauleiter Sauckel zu einer Besprechung in das Gebäude der Hauptabteilung Arbeit, Zipsergasse 2.

Zu Beginn der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Lieber Parteigenosse Sauckel! Meine Herren!

Ich möchte meine erstmalige Anwesenheit in einer Sitzung der Hauptabteilung Arbeit benützen, um Sie, lieber Parteigenosse Sauckel, im Namen der Regierung des Generalgouvernements auf das Herzlichste zu begrüssen. Wenn es eines Beweises bedürfte für den Willen der Regierungsstellen des Generalgouvernements, Ihnen bei den so ungeheuer schwierigen und grossen Aufgaben, die Ihnen der Führer gestellt hat, zu helfen, dürfte ich nicht verfehlen, auf die Erfolge zu verweisen, die die Bemühungen des Generalgouvernements gezeitigt haben. Ich freue mich, Ihnen, Parteigenosse Sauckel, amtlich melden zu können, dass wir bis jetzt über 800 000 Arbeitskräfte ins Reich vermittelt haben. Wenn man dazu die arbeitsfähigen polnischen Kriegsgefangenen im Reich zählt, so sind es weit über 1,2 Millionen Arbeitskräfte, deren Wohnsitz das Generalgouvernement darstellt. Sie sagten mir gestern zu meiner Freude, dass Sie diese Leistung des Generalgouvernements voll anerkennen.

Sie haben neuerdings das Ersuchen um die Vermittlung von weiteren 140 000 Arbeitskräften gestellt. Ich habe die Freude, Ihnen amtlich mitteilen zu können, dass wir entsprechend unserem gestrigen Übereinkommen 60 % dieser neu angeforderten Kräfte bis Ende Oktober und die restlichen 40 % bis Ende des Jahres ins Reich abgeben werden.

17.8.1942

Ich möchte den Anlass auch benützen, Ihnen, Parteigenosse Sauckel, unsere Bereitwilligkeit zu erklären, dass wir das Menschenmögliche tun werden. Ich möchte aber eine Bitte anfügen: Die Behandlung der polnischen Arbeitskräfte im Reich steht leider noch unter gewissen diffamierenden Einschränkungen. Ich weiss sehr wohl, welche nationalen Gesichtspunkte notwendig sind, um für alle Zukunft unvergessen bleiben zu lassen, was die Polen den Deutschen angetan haben. Ich verstehe auch, dass es im Interesse der nationalsozialistischen Haltung des Reiches notwendig ist, den Abstand zwischen Polen und Deutschen bleiben zu lassen. Es wäre aber doch wohl zu erwägen, ob nicht angesichts der Notwendigkeit, mit allen Mitteln Arbeitskräfte ins Reich zu bringen, da und dort im Reich eine gewisse Erleichterung der Situation der polnischen Arbeitskräfte eintreten kann. Ich kann Ihnen, Parteigenosse Sauckel, die Versicherung abgeben, dass es für uns eine ungeheure Erleichterung der Vermittlung von Arbeitskräften bedeuten würde, wenn wenigstens ein Teil dieser diffamierenden Ausnahmebestimmungen gegenüber den Polen im Reich beseitigt werden könnte. Ich glaube, dass dazu schon Möglichkeiten vorhanden wären.

Ich freue mich, dass Sie, Parteigenosse Sauckel, mir gleich in der Form helfen wollen, dass Sie mir in Ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigter für den Arbeitseinsatz eine amtliche Verlautbarung des Inhalts zur Verfügung stellen wollen, dass alle die Polen, die im Reich brav ihre Pflicht erfüllen, auch eine anständige Behandlung erfahren. Ich werde veranlassen, dass wir diese Erklärung, in Plakatform und ins Polnische übersetzt, in unseren Werbestellen zum Aushang bringen. Das wird, wie ich glaube, eine ungeheure Erleichterung in der kommenden Erfassung darstellen.

Im übrigen können wir in den kommenden Jahren auch über die Zahl von 140 000 hinaus fortlaufend weitere

17.8.1942

Arbeitskräfte ins Reich vermitteln; denn unser Ziel ist, die zweifellos in den Dörfern und kleinen nicht-erreichbaren Nestern herumvagabundierenden, für die Arbeit geeigneten, aber nicht ausnützbaren menschlichen Kräfte nach und nach zu erfassen. Im Kriege steht natürlich alles unter Termindruck. Über die Zahl der jetzigen 140 000 hinaus können Sie aber im nächsten Jahr mit einer weiteren Arbeiterzahl aus dem Generalgouvernement rechnen; denn wir werden zur Erfassung Polizei einsetzen.

Beachtlich scheint für die Regierung des Generalgouvernement noch ein weiterer Gesichtspunkt zu sein. Es ist vielleicht eine Ihrer schwersten Aufgaben - aus den Erfahrungen Ihrer letzten Reise werden Sie das bestätigen können -, im Reich dahin zu wirken, dass in die Gesamtplanung der Arbeit des Reiches im Dienste des Krieges eine endgültige Ordnung gebracht wird. Man kann in einem Gebiet wie dem des Generalgouvernements entweder sagen, ihr seid das Reservoir der Arbeitskräfte, - in diesem Falle kann man dann Arbeitskräfte herausziehen - oder: ihr seid einbezogen in das Gesamtindustrieterritorium des Reiches, - dann kann man hier Fabrikationsstätten hereinlegen. Man kann aber nicht Beides machen: Arbeitskräfte wegholen und Industrien des Reiches aufbauen. Hier bewegen wir uns in grossen Überschneidungen von Vollmachten. Jeder kommt vom Reich und sagt, er hat den Befehl, das und das zu machen, und er braucht das und das an dieser Stelle. Ich erinnere nur daran, dass wir ganz grosse Investierungsprogramme des Reiches durchzuführen haben, z.B. den Ausbau der Bahnlinien. Die Tatsache, dass von dem Gesamtnachschub an die Ostfront 2/3 - um eine vertrauliche Ziffer zu nennen - durch das Generalgouvernement geführt werden, bedeutet, dass der Ausbau der Eisenbahnstrecken im Generalgouvernement auf Befehl des Führers in die Dringlich-

keitsstufe mit dem U-Bootbau und den obersten Spitzenleistungen mit eingereiht ist. Dieses Bahnbauprogramm verschlingt eine geradezu ungeheure Zahl von Facharbeitern aus diesem Lande. Der Schrei nach Metallarbeitern ist sehr gross.

Das Weitere wäre eine Klärung der Begriffsanwendung des Facharbeiters, dass man den Begriff Facharbeiter, der in den Betrieben als lohnpolitisches Mittel zu einer gewissen Sicherstellung des Existenzminimums gern angewandt wird, auch lohnmässig als solchen anerkennt. Völlig abwegig ist die Behauptung, dass die Industrie des Generalgouvernements im Verhältnis zum Reich bei den Facharbeitern eine Überbesetzung habe.

Auch weiter ist wichtig, dass erreicht wird, dass nicht Arbeiter aus dem Generalgouvernement nach anderen Gebieten als dem Reich abgezogen werden. Ich verweise nur auf die Bestrebungen, für die neuen Ostgebiete Arbeiter aus dem Generalgouvernement abzuziehen. Ich wäre dankbar, wenn Sie, Parteigenosse Sauckel, Ihren Einfluss bei den Wehrmachtsdienststellen ausüben würden, die aus der Not des Augenblicks heraus und aus vielen zwingenden Gründen Arbeiter aus dem Generalgouvernement anfordern. Ich will hier nur ein Beispiel nennen: Wir haben zu Beginn des russischen Krieges der deutschen Wehrmacht allein 45000 Panje-Gespanne mit Kutscher, Wagen, Pferden und Sattelzeug zur Verfügung gestellt. Es wurde uns zwar versprochen, dass sie uns in spätestens einem Vierteljahr wieder zurückgegeben würden. Dass wir aber davon keinen einzigen Mann und kein einziges Pferd mehr lebend sehen, brauche ich nicht zu erwähnen.

Grosse Forderungen überschneiden sich hier überall. Ich will Ihnen vertraulich sagen, dass wir 600 000 Tonnen Getreide an das Deutsche Reich abliefern sollen. Wenn ich diese Menge abliefern muss,

- nach den Worten des Reichsmarschalls zwingt die Ernährungslage des deutschen Arbeiters das Reich dazu - , dann habe ich hier auf die Dauer gesehen nicht die Möglichkeit, etwa auch Ihnen, General Schindler, die Nahrungsmittel im bisherigen Umfange sicherzustellen. Das sind alles Fragen, die sich auf den Arbeitseinsatz störend bemerkbar machen. Gerade jetzt bedarf es wieder einer riesigen Anstrengung der Arbeiter, die Ernte hereinzubringen.

Diese Sorgen werden Sie, Parteigenosse Sauckel, immer und überall hören. Jeder Verwaltungschef wird Ihnen erklären, dass er nichts abgeben kann. Aber ich verweise darauf, dass wir wirklich etwas geleistet haben. Ich sage es nicht als Querulant, sondern als ein Mann, der über die längste Erfahrung auf dem Gebiet der Verwaltung eines besetzten Landes verfügt.

Da ich Ihnen dies alles ganz offiziell sage, verzeihen Sie mir auch noch ein menschliches Wort. Die Arbeitsleistung, die meine Männer in der Arbeitsverwaltung vollbracht haben, verpflichtet mich auch, meine Dankbarkeit den Reichsbehörden gegenüber zum Ausdruck zu bringen für die Männer, die Sie mir zur Verfügung gestellt haben. Was Dr. Frauendorfer und seine Dienststellen hier leisten mussten, um die bisher vermittelte Zahl überhaupt aufzubringen, die wir dem deutschen Reich gegeben haben, bitte ich nicht zu unterschätzen. Es ist nicht so, dass wir über eine Fülle von Polizeiorganen verfügen, dass wir einfach Polizei in die Distrikte hinausfahren lassen und von ihr die Leute zusammenfangen und in bewachten Waggons ins Reich bringen lassen können, wie einer vorgeschlagen hat. Ich habe manchmal für ein Gebiet, das immerhin annähernd 160000 qkm zählt, nur 6 bis 7 Bataillone.

Und in diesem Gebiet gibt es Grosstädte, wie z.B. Warschau mit 1,6 Millionen. Wenn man im Reich sagt, „wenn die Polaken nicht parieren, werden wir sie schnappen", so kann ich nur sagen, das sind leere Worte von irgendwelchen Scharfmachern in Berlin. Die Wirklichkeit sieht hier anders aus; das lässt sich hier nicht durchführen; denn es fehlt die Exekutive. Wir waren deshalb gezwungen, eine andere Methode einzuschlagen und haben eine gewisse freiwillige Werbung eingeführt.

Ich möchte Ihnen aber, Parteigenosse Sauckel, sagen, dass Sie sich auf das Generalgouvernement auch in Zukunft verlassen können und dass wir alles tun werden. Ich mache es als Generalgouverneur meinen Männern der Arbeitsverwaltung amtlich zur strikten Pflicht, die Erwartungen des Reiches auf diesem Gebiete zu erfüllen.

Gauleiter Sauckel:

Herr Generalgouverneur! Liebe Parteigenossen!

Der Hauptzweck meines Hierseins geht dahin, Ihnen und Ihren Verwaltungen den aufrichtigen und herzlichen Dank für die Unterstützung zu sagen, die Sie dem Arbeitseinsatz des Reiches von Anfang an haben angedeihen lassen. Bereits bei der Übernahme meines neuen Amtes wurde mir von den Dienststellen des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilt, dass der Einsatz hier ausserordentlich beachtlich und damit die Grundlage für den Einsatz fremder Arbeiter in Deutschland war. Ich möchte Ihnen sagen, dass ich hierher gekommen bin mit einem Gefühl der Dankbarkeit für diese ganz ausserordentliche Hilfe. Ich darf Ihnen auch sagen, dass

7

18.8.1942

ich gestern dem Führer auf sein Befragen erklären konnte, dass der Arbeitseinsatz aus dem Generalgouvernement bis an die Grenze des Möglichen gegangen ist und dass er in weitgehendem Masse erfüllt ist, sodass ich selbst Bedenken geäussert habe, noch weitere erhebliche Kontingente von hier abzuziehen. Wenn Sie mir nun erklärt haben, dass von den geforderten 140 000 Arbeitskräften bis Ende Oktober 60 % und der Rest bis Ende des Jahres bezw. Anfang Januar gestellt werden, so muss ich Ihnen dafür wiederum Dank sagen. Ich kann Ihnen versichern, dass dadurch die Lösung der Aufgabe einer weiteren Gestellung von 1 Million Arbeiter für die deutsche Rüstungs-und Kriegswirtschaft wesentlich erleichtert ist und dass wir durchaus der Überzeugung sind, die Arbeitsprobleme, die heute vom Führer und Reichsmarschall gestellt werden, zu lösen. Ich betone noch einmal ausdrücklich, dass der Einsatz aus dem Generalgouvernement vom Anfang an eine der wesentlichsten Grundlagen des ausländischen Arbeitereinsatzes gewesen ist.

Nun zu meiner Auffassung vom Arbeitereinsatz selbst: Ich werde unter keinen Umständen meinen Namen dazu hergeben, dass der Arbeitereinsatz, der in dieser Zeit aus den grossen und letzten Notwendigkeiten des Krieges und der Härte des Krieges heraus belastet ist und gar nicht anders als hart sein kann, niemals ein Schandmal der deutschen Nation vor der Welt darstellt. Ein Schandmal des Arbeitseinsatzes kann ich dem Führer und deutschem Volk gegenüber und vor der deutschen Arbeitsgeschichte nicht verantworten. Soweit es die Härte des Krieges zulässt, werde ich dazu beitragen, den Einsatz menschlich zu gestalten.

Ihnen soll von mir die Zusage gegeben sein, dass die in Deutschland arbeitenden Polen nach deutschen anständigen Grundsätzen behandelt werden.

18.8.1942

In Deutschland arbeiten nunmehr 5½ Millionen Fremdländische. In jedem deutschen Dorf befindet sich ein Konglommerat ausländischer Arbeitskräfte aus dem Osten und dem Westen Europas. Meine Hoffnung ist, dass es der deutschen Politik und der deutschen Führung Europas gelingen wird und gelingen muss, - und was meine Herren und ich dazu beitragen können, werden wir tun - den deutschen Menschen vom höchsten Chef einer deutschen Verwaltung oder vom verantwortlichen Leiter grosser deutscher Betriebe bis herab zum Bauern und zum letzten deutscher Arbeiter in seiner Haltung so zu gestalten, dass er den eingesetzten Ausländern gegenüber als Vorbild erscheint. Der in Deutschland eingesetzte fremdvölkische und fremdblütige Mensch muss dadurch einen natürlichen Abstand bekommen, der letzten Endes begründet sein muss auf der Überlegenheit des deutschen Blutes und des deutschen Könnens. Jeder Ausländer, der in Deutschland arbeitet, muss im deutschen Menschen seinen Meister sehen. Das muss geschehen, wenn ich in die Zukunft blicke und mir das Ende des Krieges vor Augen halte, da nach dem Kriege arbeitsmässig noch gewaltigere Probleme auftauchen werden. Dann muss ein jeder in Deutschland tätige fremde Arbeiter, mag er Pole, Franzose sein oder aus dem Südosten stammen, dem Deutschen in einer absoluten Anerkennung gegenüberstehen. So stelle ich mir das Werden des neuen Europas vor, und so will ich die Leute in Deutschland behandeln.
Ich weiss, dass die fremden Menschen für Gerechtigkeit ein absolutes Empfinden haben. Ich versichere, dass der Hauptgrundsatz meines Handelns eine gerechte Behandlung ist. Das verspreche ich

926

18.8.1942

Ihnen als dem vom Führer eingesetzten Generalgouverneur, der hier die Verantwortung trägt: Die Polen werden im Reich, wenn sie arbeiten, anständig behandelt. Sie werden im Abstand von den Deutschen gehalten, werden aber nicht diffamiert, beleidigt oder in ihren Gefühlen gekränkt. Die gewünschte Erklärung werden Sie von mir bekommen.

Nach der Ansprache des Gauleiters Sauckel verlässt der Herr Generalgouverneur die Sitzung .

10^{30} Rückfahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg

10^{40} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

11^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt Graf di Fossom - brone.

16^{00} Besprechung mit Oberst Fischer.

16^{10} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple.

16^{15} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Präsident Ohlenbusch will vom Herrn Generalgouverneur einen Aufruf an die polnische Bevölkerung wegen der Ernteerfassung unterzeichnet haben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass dieser Aufruf nach seinem Ermessen zu spät komme. Auch bestehe aufgrund der Berichte aus den Distrikten, denen zufolge die Ernteerfassung gut vorwärtsschreite, kein Anlass dazu,

18.8.1942

Präsident Ohlenbusch berichtet dann, dass verschiedene zu rigorose Handlungen der Polizei auf propagandistischem Gebiet grossen Schaden stifteten. Die Einmischungsversuche verschiedener Stellen auf propagandistischem Gebiet nähmen ständig zu. So habe zum Beispiel Gouverneur Kundt sämtliche polnischen Vergnügungsstätten schliessen lassen.

Der Herr Generalgouverneur wünscht eine genaue Darstellung der Fälle, weist aber im übrigen auf die grosse Nervosität hin, die im jetzigen Augenblick der Ernteerfassung bei den Polizeistellen herrsche.

Präsident Ohlenbusch solle sich wegen der Anordnung von Gouverneur Kundt direkt an den Gouverneur wenden und ihn um Aufklärung über die Beweggründe seines Handelns ersuchen.

16[15] Besprechung mit Hauptabteilungsleiter Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple.

Hauptabteilungsleiter Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur ein Antwortschreiben der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft auf einen Brief von Staatssekretär Backe vor, in dem von diesem die Ablieferung von 5oo ooo Tonnen Getreide für das Reich gefordert wird. Für das Generalgouvernement sei die Ablieferung eines solchen Kontingents, das die Höhe der im Jahre 1941 erfassten Gesamtmenge erreiche, unmöglich. Er habe am nächsten Tage mit Staatssekretär Backe in Berlin eine Besprechung, in der erwie am 26.6.42 abgemacht - die Lieferung von 1o5 ooo Tonnen, dazu als Idealablieferung weitere 5o ooo und der Menge vorschlagen wolle, die das Generalgouvernement über die voranschlagten 85o ooo Tonnen erfassen könne.

Der Herr Generalgouverneur ist damit einverstan-

den. Er weist Hauptabteilungsleiter Naumann an, auf die schwierige Situation des Generalgouvernements hinzuweisen: dauernder Abzug von Arbeitskräften, Errichtung neuer Industriestätten, Stationieren neuer Truppenteile und Ausbau der Lazarette. Für alle diese Menschen müsse das Generalgouvernement sorgen. Eine grössere Ablieferung könne mit dem besten Willen nicht verantwortet werden.

Weiter ersucht der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Boepple und Hauptabteilungsleiter Naumann, die Errichtung der Staatsdomänen kräftig voranzutreiben. Auch eine Beilegung des Konfliktes wegen der Beschlagnahme der SS-Güter im Distrikt Lublin müsse herbeigeführt werden.

17^{15} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs
in Haus Kressendorf)

IV/[illegible]X

Mittwoch, den 19. August 1942 Krakau

9[45] Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

1o[4o] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert

11[o5] Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

1. einer Verordnung über die Vereinfachung der Verwaltung im Generalgouvernement
2. einer Verordnung zur Änderung der Verordnung vom 3o. Juni 1941 über die Legalisation und Bestätigung von Urkunden
3. einer Verordnung über Eheschliessungen deutscher Volkszugehöriger
4. einer achten Verordnung über die Einführung von Vorschriften über die allgemeine Verwaltung im Distrikt Galizien

vor. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Verordnungen.

Die Unterzeichnung einer

Verordnung über das Verbot der Taufen von Juden im Generalgouvernement

lehnt der Herr Generalgouverneur ab.

11[3o] Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11[35] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten der Hauptabteilung Wissenschaft und Unterricht Hofrat Watzke

19.8.42

Der Herr Generalgouverneur teilt Präsident Watzke mit, dass er im Zusammenhang mit dem gegen Präsident Watzke eingeleiteten Parteiverfahren ein Schreiben an das Reichserziehungsministerium gerichtet habe. Er richtet dann folgende Worte an Präsident Watzke: Herr Präsident, ich darf Sie bitten, hier nicht über das Verfahren und die damit zusammenhängenden Dinge zu sprechen. Besprechen Sie das mit Herrn Staatssekretär Dr. Boepple. Ich selber will mit Ihnen, Herr Präsident, absolut in vollster Harmonie bleiben. Auch wenn Sie nun aus Ihrer Stellung abberufen werden, werde ich nie vergessen, was Sie hier geleistet haben. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie schwer einen solche Dinge bedrücken. Die Partei legt offenbar einen strengen Maßstab an, der wohl auch für unser Gebiet zulässig ist. Ich würde in jedem Fall für Sie eintreten, kann aber angesichts der obwaltenden Situation keinen grossen Kampf führen. Man soll nicht trotzig etwas mit Gewalt durchsetzen wollen, sondern soll, wenn einem das Schicksal die Hand bietet, mit etwas fertig zu werden, auf spätere ruhigere Zeiten warten, in denen man solche Dinge nochmals untersuchen kann.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob Präsident Watzke mit seiner Demission einverstanden sei, erwidert dieser, dass es hier um seine Ehre gehe. Er habe 36 Jahre in Ehren gedient, und jetzt brächten einige Denunzianten, die er nicht einmal kenne, irgendetwas gegen ihn vor, was sich in einem Parteiverfahren sicher als unbegründet herausstellen werde. Er habe erst gestern die Anklageschrift erhalten.

Auf eine weitere Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Boepple, dass ein Urteil noch nicht vorliege, sondern das Verfahren laufe.

19.8.1942

Hauptabteilungspräsident Watzke betont, dass er das grösste Interesse an einer Klärung habe, da es hier um seine Ehre gehe und er sich nie etwas habe zu Schulden kommen lassen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, den neuen Präsidenten der Hauptabteilung erst später einzuführen und zunächst die Dinge dillatorisch zu behandeln, und ermächtigt Staatssekretär Dr. Boepple, in diesem Sinne vorzugehen. Für ihn bleibe Präsident Watzke der verdienstvolle Beamte des Generalgouvernements, angenommen selbst, dass alles, was man ihm vorwerfe, Tatsache sei. Selbst wenn heute ein Verdammungsurteil gegen Präsident Watzke ergehe, würden seine unvergleichlich grossen Verdienste bei ihm, dem Generalgouverneur, unvergessen bleiben. Das stelle er in jeder Form fest. Im übrigen gehe aus dem Schreiben des Kultusministeriums nicht hervor, dass ein Verfahren gegen Präsident Watzke schwebe.

Präsident Watzke gibt zu bedenken, dass er eigentlich schon gemassregelt sei, ohne verurteilt zu sein. Er wisse nicht, was mit ihm jetzt geschehen solle, und sei der Verzweiflung nahe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Watzke demnächst zu empfangen und mit ihm die Dinge zu besprechen. Dann solle ihm ein Vorschlag über den einzuschlagenden Weg unterbreitet werden.

19.8.1942

12[00] Besprechung mit Stadthauptmann Pavlu

Stadthauptmann Pavlu gibt dem Herrn Generalgouverneur eine Schilderung der Entwicklung der Stadt Krakau. Es sei ihm gelungen, so führt er aus, Aufbauarbeit zu leisten. Der zur Zeit in Krakau weilende General von Unruh habe ihm gegenüber zum Ausdruck gebracht, dass das äussere Erscheinungsbild der Stadt jeder reichsdeutschen Stadt zur Ehre gereichen würde, habe allerdings die Einschränkung gemacht, dass man Krakau angesichts der Zusammensetzung seiner Bevölkerung wohl nicht als deutsche Stadt ansprechen könne. Dem gegenüber habe er auf die Geschichte der Stadt und die zahlreichen Zeugen ihrer deutschen Vergangenheit hingewiesen.

Stadthauptmann Pavlu geht dann kurz auf die Differenzen ein, die zwischen Gouverneur Dr. Wendler und ihm bestänaen, die aber beseitigt werden könnten, da Gouverneur Dr. Wendler offenbar von zum Teil unrichtigen Voraussetzungen ausgehe. Er bitte deshalb den Herrn Generalgouverneur, die rechtliche Stellung des Stadthauptmanns einer Klärung zuzuführen. Durch eine Verordnung müsste auch ausgesprochen werden, dass der Stadthauptmann der Stadt Krakau gleichzeitig staatliche Aufgaben zu erfüllen und als Leiter der Selbstverwaltung gleichzeitig die Stellung eines Oberbürgermeisters einzunehmen habe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Boepple, ihm einen Erlass des Inhalts vorzulegen, dass

1. dem Stadthauptmann der Stadt Krakau diese staatlichen Aufgaben übertragen würden,
2. angesichts des Umstandes, dass Krakau Hauptstadt des Generalgouvernements sei, Weisungen des Gouverneurs an den Stadthauptmann nur mit vorherigem Einverständnis des Generalgouverneurs bezw. der Re-

gierung gegeben werden könnten.

Stadthauptmann Pavlu weist des weiteren darauf hin, dass er für die Stadt Krakau eine klare deutsche Führung geschaffen habe. Im Dienste der Stadtverwaltung ständen 253 deutsche Beamte und Angestellte, von denen aber 57 % auf die Kriegswirtschaftsämter - Ernährungsamt, Wohnungsamt usw. - entfielen. Die Stadt zähle zur Zeit etwa 25 ooo Deutsche, die nicht im Wehrverhältnis ständen. Diese verhältnismässig grosse Zahl von Deutschen erheische die Besetzung der Wirtschaftsämter mit deutschem Personal. Weiter seien in der Stadtverwaltung, im Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk und bei der Strassenbahn 78oo Fremdvölkische beschäftigt.

Stadthauptmann Pavlu behandelt darauf einige städtebauliche Fragen. Gegenüber einer strengen Kritik, die Professor Frey z. B. an den Arkadenbauten in der Burgstrasse und der baulichen Gestaltung des Platzes vor der Burg geübt habe, weise er darauf hin, dass die Pläne für diese baulichen Umgestaltungen die Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs gefunden hätten. Selbstverständlich habe auch er das grösste Interesse an der Erhaltung wertvoller Baubestandteile, doch müssten andererseits auch die Bedürfnisse des praktischen Lebens und des Verkehrs berücksichtigt werden.

Stadthauptmann Pavlu teilt dem Herrn Generalgouverneur weiter mit, dass Graf di Fossombrone eine dringliche Anforderung zur Bereitstellung von Räumen auch für Bürozwecke an ihn gerichtet habe. Auch wünsche er, dass ein Haus für ein Kulturinstitut zur Verfügung gestellt werde.

Der Herr Generalgouverneur weist Stadthauptmann Pavlu an, Graf di Fossombrone zu ersuchen, sich in dieser Frage mit der Dienststelle des Auswärtigen Amtes, Gesandten von Wühlisch, in Verbindung zu setzen.

19.8.1942

Stadthauptmann Pavlu spricht dann noch von der Ernährungs- und Gesundheitslage der Einwohner der Stadt, die im allgemeinen als günstig bezeichnet werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur spricht Stadthauptmann Pavlu seinen Dank und seine Anerkennung für die von ihm geleistete Arbeit aus und versichert ihn seines vollen Vertrauens.

12^{20} Besprechung mit Oberst Fischer

12^{25} Besprechung mit Oberst Fischer, Hauptmann Dr. Arnhold, Direktor Dr. Lamke und Direktor Schneider in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple

Direktor Dr. Schneider, Geschäftsführer der Gesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe, gibt dem Herrn Generalgouverneur eine eingehende Schilderung der Organisation, des Aufbaues und des Wirkens dieser Gesellschaft.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Dr. Boepple, dass im Generalgouvernement vorläufig noch die Abteilung Treuhandwesen die Aufgaben zu erfüllen habe, die der von Dr. Schneider geleiteten Auffanggesellschaft in Kattowitz oblägen. Eine völlige Übereinstimmung bestehe allerdings zwischen den Tätigkeiten beider Organisationen nicht. Für das Generalgouvernement wäre es jedenfalls von grosser Wichtigkeit, eine Darstellung der Arbeitsmethoden der Auffanggesellschaft zu erhalten.

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Boepple an, sich auch als Regierungskommissar der Zentralkammer mit den Geschäftsführern der Gesellschaft für Kriegsteilnehmerbetriebe in Verbindung zu setzen. Zu den Besprechungen müsste auch Ministerialrat Plodeck hinzugezogen werden.

7

19.8.1942

12[50] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Referent von Palézieux

16[00] Besprechung mit Hauptabschnittsleiter Stahl

16[30] Besprechung mit General der Infanterie von Unruh, Gauleiter-Stellvertreter Hoffmann, Generalmajor der Flieger Konrad, Oberst Fischer, Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, SS-Obersturmbannführer Witt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple

Gauleiter-Stellvertreter Hoffmann gibt dem Herrn Generalgouverneur einen abschliessenden Bericht über die Tätigkeit der Kommission für die Erfassung wehrdiensttauglicher Deutscher des Jahrganges 19o8 und jüngerer Jahrgänge. Er teilt mit, dass die Kommission ihre Arbeit in der Stadt Krakau im allgemeinen beendet habe und nur noch die Erfassung der Angehörigen der freien Wirtschaft ausstehe.

17[00] Arbeitssitzung im Königsaal der Burg zu Krakau

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Gerteis
Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich
Ministerialrat Breithaupt
Ministerialrat Dr. Günter
Postrat Dr. Mahrle
Oberlandwirtschaftsrat Dr. Albert
Reichsbahnrat Dr. Verbeek

19.8.1942

Einleitend führt Staatssekretär Krüger aus, dass er Ende Juli an die Präsidenten der Ostbahn und der Deutschen Post Osten Schreiben gerichtet und die Frage zu prüfen gebeten habe, in welchem Umfange es möglich sei, in der Zeit des Ernteausnahmezustandes eine allgemeine Sperre für die Beförderung von Eisenbahn- und Postgepäckstücken zu verhängen, zum andern, ob es möglich sei, während dieser Zeit den Eisenbahnverkehr für Nichtdeutsche zu sperren, soweit sie nicht gezwungen seien, Fahrten zur Arbeitsstätte zu machen. Er habe darauf von beiden Präsidenten die Antwort erhalten, dass die Durchführung einer solchen Gesamtsperre praktisch nicht möglich wäre. Die Ostbahn habe schon wiederholt Versuche gemacht, den Personenverkehr einzuschränken, und zwar durch Einführung des Zwanges zur Beschaffung von Zulässungsbescheinigungen, die von deutschen Dienststellen ausgestellt würden.

Präsident Gerteis weist darauf hin, dass man bisher schon einen stark eingeschränkten Personen-Fahrplan habe. Man habe deshalb zur Vermeidung der Überfüllung der Züge ihre Benutzung von den grossen Knotenpunkten aus kartenpflichtig gemacht. Gewisse Kategorien von polnischen Bediensteten hätten bevorzugt im Interesse der Wirtschaft und Ernährung Zulassungskarten erhalten. Die Verteilung dieser Zulassungskarten auf die einzelnen Zwischenstationen sei äusserst schwierig, und der praktische Erfolg sei auch im allgemeinen nicht befriedigend gewesen.

Staatssekretär Krüger gibt zu bedenken, dass die polnischen Reisenden vielfach nicht auf den grossen Stationen, sondern auf den Vorortstationen grosser Städte die Züge bestiegen bezw. verliessen. Dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden. So mache denn nach wie vor die Überfüllung der Züge eine polizeiliche Kontrolle so gut wie unmöglich. Im Zusammenhang mit dem Ernteausnahmezustand habe man sich deshalb überlegt, ob es nicht geboten sei, den gesamten Personenverkehr, so-

weit er nicht im Interesse deutscher Dienststellen liege, überhaupt zu sperren.

Reichsbahnrat Dr. Verbeek erinnert daran, dass am 29. April durch Erlass der Genehmigungsentscheid eingeführt worden sei. Er sei dann schon am 9. Juli als praktisch undurchführbar wieder aufgehoben worden. Einmal sei der Grund gewesen, die übermässige Belastung der unteren Stellen, sodann die Tatsache, dass es der Bevölkerung vielfach gar nicht möglich gewesen sei, zwecks Ausstellung der Zulassungsbescheinigung zu den Landkommissariaten zu gelangen. Zudem habe sich auch ein Handel mit diesen Bescheinigungen entwickelt, ausserdem seien Dauerbescheinigungen mehrmals ausgegeben worden. Ferner habe Gouverneur Dr. Fischer aus Gründen der Ernährung der Bevölkerung gegen diese starke Einschränkung des Personenverkehrs Stellung genommen. Weiter habe auch die verschiedene Handhabung in der Ausstellung dieser Bescheinigungen jeden Überblick verlieren lassen. In Lublin sei man z.B. sehr engherzig, in Warschau wieder sehr grosszügig mit dieser Erteilung von Zulassungsbescheinigungen gewesen. Endlich seien die Züge so ungleichmässig belastet gewesen, dass für die Eisenbahn keine Möglichkeit bestanden habe, die Züge nach Verkehrsgesichtspunkten richtig zu bilden. Aus allen diesen Gründen sei dieser Erlass wieder aufgehoben worden, und man habe dann die Zulassungskarte eingeführt. Im gewissen Sinne sei es doch möglich, die Zahl der Leute zu kontingentieren, die in den Zügen fahren wollten.

Staatssekretär Krüger wird durch diese Darlegungen in seiner Meinung bestärkt, dass man, wenn eine Möglichkeit der Kontrolle gegeben sei, den gesamten Verkehr mit den gebotenen Ausnahmen sperren könne. Der Ernteausnahmezustand erfordere eben vorübergehend aussergewöhnliche Massnahmen.

lo

19.8.1942

Staatssekretär Dr. Boepple betont, dass von Seiten der Hauptabteilung Innere Verwaltung eine Bewältigung der mit der Ausstellung von Bescheinigungen verbundenen Arbeit durch die unteren Dienststellen für unmöglich gehalten werde. Wie frühere Beispiele gezeigt hätten, werde man dem unvorstellbaren Ansturm nicht gewachsen sein.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich ist der Auffassung, dass im Rahmen der Ernteerfassung der nächsten drei Monate vorallem Getreide, Mehl und Kartoffeln von Interesse seien, für die man den Schleichhandel verhindern müsse. Butter und Speck z. B. seien nicht saisonbedingt. Deshalb müsse man überlegen, ob nicht vielleicht auf der Eisenbahn eine drastische Beschränkung des Gepäckverkehrs Platz greifen könne.

Staatssekretär Krüger verweist in diesem Zusammenhang auf die Bekanntmachung der Regierung, nach welcher jedem Polen das Mitnehmen eines Quantums von drei Kilo Lebensmittel, z. B. von Fett oder Fleisch, gestattet sei. Er habe sich nur dagegen gewendet, dass das öffentlich bekanntgegeben werde, da dann jedes Familienmitglied eine entsprechende Menge mit sich zu führen Gelegenheit habe. Von der Schleichhandelsware werde aber auch sehr viel nicht allein auf der Bahn befördert, sondern als Expressgut und Frachtsendung aufgegeben. Er habe in der letzten Woche, ohne sich mit Präsident Gerteis vorher zu verständigen, schlagartig eine Aktion zur Überprüfung der Gepäckwagen durchführen lassen. Zahlenmässig seien die Mengen zwar nicht so erschütternd, andererseits zeige sich aber doch, dass dieses ganze Schleichhandelsgut zumeist auf der Bahn befördert werde. Beschlagnahmt worden seien u. a. 2855 kg Getreide, 4ooo kg Mehl, 8ooo kg Fleisch, 157 kg Speck, 4ooo Stück Eier u.s.w.

19. 8. 1942

Präsident Gerteis hält die angegebenen Zahlen, die sich doch offenbar auf das ganze Generalgouvernement beziehen, nicht für überwältigend. Im übrigen müsse bedacht werden, dass ja in dieser Gepäckbeförderung auch auf legalem Wege Waren der Wirtschaft wie z.B. Arzneimittel udgl. zur Versendung kämen. Einige Firmen hätten sich auch schon beschwerdeführend an ihn gewendet. Er spreche sich selbstverständlich auch für eine durchgreifende Kontrolle des Gepäcks aus; leider ständen dafür aber zu wenige Beamte zur Verfügung. Man habe auch vorgeschlagen, in Gemeinschaft mit der Polizei eine schärfere Kontrolle durchzuführen, und zwar auf die Weise, dass das Gepäck vor der Ausgabe an den Empfänger geprüft werde.

Präsident Dr. Emmerich schlägt die Einführung eines verschärften Deklarationszwanges vor, von dem sich aber Präsident Gerteis wenig verspricht, da eben doch falsch deklariert werde.

Ministerialrat Dr. Günter bemerkt, dass eine Kontrolle des Expressgutes vor der Auflieferung sich praktisch nicht durchführen lasse, weil die Aufliefer ungsstellen zu zahlreich seien und die Polizei über zu wenig Kräfte verfüge. Deshalb habe man vorgeschlagen, die Kontrolle an die Empfangsbahnhöfe zu legen. Erfahrungsgemäss gehe das Schleichhandelsgut in die grossen Städte wie Warschau, Tschenstochau, Radom usw. und in die Umgebung dieser grossen Städte. Er habe sich deshalb bereiterklärt, der Polizei die Güterböden zur Verfügung zu stellen und die Wirtschaftsbeauftragten der SS oder auch die Gewerbeaufsichtsbeamten hinzuzuziehen.

Präsident Gerteis betont, dass man immer nur im Wege der Stichproben prüfen lassen könne. Hier sei nur eine bewegliche Kontrolle möglich, die da und dort einsetze und die die Leute unsicher mache.

19.8.1942

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es in diesem Zusammenhang als unzulässig, dass von Seiten der Polizei ohne vorherige Verständigung der Generaldirektion der Ostbahn Kontrollen vorgenommen würden. Es gehe unmöglich an, dass Staatssekretär Krüger Dienststellen der Polizei solche Befehle erteile, ohne dass der verantwortliche Leiter der Ostbahn davon Kenntnis habe.

Staatssekretär Krüger erwidert darauf mit der Feststellung, dass die Widerstandsbewegung durch Beförderung von grossen Kisten als Expressgut in sehr grossem Umfange Sabotagematerial z. B. aus Warschau nach Pulawy gebracht habe. Es sei der Polizei gelungen, über 4o Kisten zu erfassen, die als Inhalt beispielsweise 5o Thermitbrandsätze, ein Kilo Sprengstoff, 6o Zünder, Sprengkapseln und anderes gehabt hätten. Diese Kisten seien teilweise an Sonderdienstmänner adressiert gewesen, als Absender sei eine Saatgutfirma Ulrich in Warschau genannt. Auf diesem Wege sei es gelungen, wertvolles Material zu gewinnen. Interessant sei dabei die Feststellung gewesen, dass die Empfänger dieser Sendungen überhaupt gar nicht existierten. So seien denn die Kisten als unbestellbar auf den Bahnhöfen angekommen. Der polnische Bahnhofsbeamte stehe in Verbindung mit der Widerstandsbewegung, und deren Vertrauensleute holten sich dann die Kisten vom Bahnhof ab. Er könne der Eisenbahnverwaltung davon nicht Kenntnis geben, weil sie von sich aus gezwungen wäre, ihren unteren Dienststellen Anweisungen für eine demnächst vorzunehmende Revision zu erteilen. Das spreche sich naturgemäss sofort herum, und so erführen es die Bahnbeamten, die für die Abfertigung dieser Gepäckstücke verantwortlich seien. Vor allem seien es polnische Bahnbeamte, die man bei dieser Gelegenheit auch habe festnehmen müssen. Aus diesen Gründen habe er Präsident Gerteis davon nicht verständigt.

19.8.1942

Der Herr Generalgouverneur hält diese Erklärung nicht für genügend und ersucht Staatssekretär Krüger dringend, künftighin den Präsidenten Gerteis vor Beginn solcher schlagartig durchgeführten Aktionen vertraulich zu verständigen. Dann könne eine solche geplante Aktion unter Mitwirkung von Eisenbahnbediensteten polizeilicherseits durchgeführt werden.

Ministerialrat Breithaupt, der in Vertretung des Präsidenten Lauxmann erschienen ist, teilt mit, dass nach statistischen Ermittlungen im Generalgouvernement täglich 9ooo Pakete befördert würden. Von diesen 9ooo Paketen enthielten etwa 18oo Lebensmittel mit einem Gewicht von etwa 75 Doppelzentnern.

Oberlandwirtschaftsrat Dr. Albert gibt zu bedenken, dass es sich dabei täglich um zehn Tonnen Lebensmittel handle.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob sich die Postverwaltung nicht bereiterklären könne, an den Zielstationen eine Paketkontrolle durchzuführen, erwidert Ministerialrat Breithaupt, dass dem das Postgeheimnis entgegenstehe.

Der Herr Generalgouverneur will diesen Einwand nicht gelten lassen, umso weniger, da sich auch die Eisenbahnverwaltung zur Durchführung einer schärferen Kontrolle bereiterkläre.

Ministerialrat Breithaupt erklärt sich mit einer verschärften Kontrolle einverstanden, gibt aber zu bedenken, dass die Durchführung einer solchen Kontrolle am Empfangsorte schwer sein werde; besser lege man sie an die Absendestelle. Hier werde auch schon eine gewisse Kontrolle durchgeführt. Im übrigen schlage er vor, die Postagenturen vom Postpaketverkehr auszunehmen und eine Auflieferung nur bei den 2oo grösseren Postanstalten zuzulassen, die ja in der Hauptsache mit deutschen Beamten besetzt seien.

19.8.1942

Der Herr Generalgouverneur begrüsst diesen Vorschla da man dann nicht zu der Massnahme der generellen Beseitigung des Postverkehrs zu schreiten brauche.

Präsident Dr. Emmerich regt an, dass aufgrund einer besonderen Bescheinigung für den Paketverkehr einer Fabrik, in deren Nähe eine Postagentur liege, eine Ausnahme gemacht werde.

Ministerialrat Dr. Günter spricht ebenfalls die Bitte aus, im Interesse der Vereinfachung des Verkehrswesens sich nur auf Stichproben zu beschränken, wenn man den Empfänger, etwa eine deutsche Firma, kenne. Man könne ja wohl annehmen, dass deutsche Firmen keinen Schleichhandel trieben.

Ministerialrat Breithaupt rechnet damit, dass angesichts der geplanten Massnahmen ein Teil des Postverkehrs in den Päckcher- oder Briefverkehr abwandern werde, da ja Briefsendungen bis zu zwei Pfund Gewicht haben könnten. Immerhin wäre es leicht zu erkennen, ob es sich um eine Lebensmittelsendung handle. Lebensmittel, die der Ernteerfassung unterlägen, kämen hier ja nicht in Frage.

Staatssekretär Krüger hält die Skizzierung einer Vereinbarung für notwendig, damit er Unterlagen dafür habe, in welcher Form die weitere Regelung vorgenommen werden solle.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Krüger, aufgrund des Ergebnisses der Sitzung zusammen mit Staatssekretär Dr. Boepple die weiterhin zu ergreifenden Schritte einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Anschliessend gibt Präsident Gerteis einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Ostbahn auf dem Gebiete des Transportwesens, der Wagengestellung und der Kohlenversorgung.

15

19.8.1942

Oberlandwirtschaftsrat Dr. Albert berichtet von der Ernteerfassung, die im allgemeinen schon jetzt als durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden könne.

18 20 Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IV

Donnerstag, den 2o. August 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

IX Krakau

Freitag, den 21. August 1942

9^{45} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

9^{55} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

10^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zu einer Besichtigung der Dunajec-Talsperre bei Roznow und des Brücken-Neubaues bei Neu-Sandez

In seiner Begleitung befinden sich Oberbaurat Baumgärtel, Leiter der Abteilung Wasserbauwesen in der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Schriftleiter Hierche von der "Krakauer Zeitung" und Bildberichter Rössner von der Bildstelle der Regierung des Generalgouvernements.

17^{45} Rückkunft des Herrn Generalgouverneurs

18^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

Kressendorf.

Samstag, den 22.August 1942

11^{00} Herr Staatssekretär Dr.Boepple berichtet dem Herrn Generalgouverneur über seine Besprechungen mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement Krüger in verschiedenen Angelegenheiten.

Der Herr Generalgouverneur ermächtigt ihn zur Fortsetzung der in diesen Besprechungen angebahnten Gemeinschaftsarbeit auf verschiedenen Gebieten. Es handelt sich hierbei insbesondere um die Komplexe SA.-Wehrbereitschaft, Güterbeschlagnahmungen im Distrikt Lublin usw.

Daraufhin empfängt der Herr Generalgouverneur in Anwesenheit von Herrn Staatssekretär Dr.Boepple den Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Herrn Ministerialrat Siebert, der über seine Besprechungen in Berlin berichtet. Darnach steht das Reichsministerium des Innern völlig auf seiten des Generalgouverneurs in der Angelegenheit unbedingte Aufrechterhaltung der Einheit der Verwaltung im Generalgouvernement. Insbesondere wurde Präsidenten Siebert mitgeteilt, daß auch Staatssekretär Stuckart gegen die Herausnahme des Bauwesens in jeder Form aus der Zuständigkeit der Regierung des Generalgouvernements sich erklärt habe. In der Angelegenheit Verleihung des deutschen Bürgerrechts teilt Staatssekretär Dr.Stuckart die Stellungnahme des Generalgouverneurs und hat, wie Präsident Siebert mitgeteilt wurde, an den Reichsführer SS-Himmler in der Richtung geschrieben, daß auch in Zukunft die Einbürgerungen von Volksdeutschen in das deutsche Bürgerrecht im Generalgouvernement im Namen des Generalgouverneurs vor sich gehen werden.Bei der Gelegenheit wurde Herrn Präsident Siebert in Berlin auch mitgeteilt, daß der Führer erst unlängst entschieden habe, daß in den neuen Gebieten

22.8.1942

alle Verwaltungsbelange ausschließlich beim jeweils Obersten Chef der Zivilverwaltung zusammenzulaufen hätten, eine Erklärung, die auch in Anwesenheit des Reichsführers SS seitens des Führers erfolgt ist und die nach Meinung des Reichsministeriums des Innern bedeute, daß auch der Führer allmählich den dauernden Neigungen der SS- u.Polizeibehörden, ihre Zuständigkeiten zu erweitern, kritisch gegenübertrete.

Im übrigen berichtete Präsident Siebert, daß das Reichsministerium des Innern auch in den Personalangelegenheiten alles tue, um den Anträgen des Generalgouverneurs zu entsprechen.

Anschließend empfing der Herr Generalgouverneur in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple den Geschäftsführenden Präsidenten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Kreisbauernführer Naumann, zur Berichterstattung über dessen Besprechungen mit Staatssekretär Backe in Berlin. Nach den dringendsten Bedürfnissen des Reiches, wie sie insbesondere auch in dem Schreiben des Reichsmarschalls Göring an den Herrm Generalgouverneur vor wenigen Tagen zum Ausdruck gebracht wurden, soll das Generalgouvernement allein an Brotgetreide einschließlich der Lieferungen an die Wehrmacht im Generalgouvernement über 700 000 to liefern. Zusammen mit den anderen ungeheuren Leistungsansprüchen auf dem Gebiete des Futtergetreides, des Fleisches, Zuckers usw., steht demnach eine völlige Umwälzung des Ernährungsplanes des Generalgouvernements bevor. Präsident Naumann trägt verschiedene Möglichkeiten vor, um angesichts dieser Sachlage den Notwendigkeiten des Reiches zu entsprechen.

Der

22.8.42.

Der Herr Generalgouverneur entscheidet schließlich, daß ein Vorschlag des Präsidenten Naumann zur Anwendung kommen soll, wonach eine Kombination von etwa 20%iger Erhöhung der Ablieferungskontingente mit einer Reduzierung der Leistungen an die fremdländische Bevölkerung des Generalgouvernements stattfinden soll. Es ist der Wille des Generalgouverneurs, daß den Anforderungen des Reiches unter allem Umständen selbst unter größten Opfern entsprochen werden soll; denn bevor das deutsche Volk hungern soll, soll ruhig die fremdländische Bevölkerung des Generalgouvernements auch die Nahrungslast des Krieges tragen. Von einer Herabsetzung der Rationen für die Deutschen im Generalgouvernement soll abgesehen werden. Angesichts der ungeheuren Wichtigkeit dieser Entscheidung setzt der Herr Generalgouverneur für Montag, den 24.August nachmittags 16 Uhr im Sitzungssaal der Regierung eine Regierungssitzung an, an der neben den Staatssekretären die Hauptabteilungsleiter sowie die Landwirtschaftsamtsleiter aus den Distrikten, die Verbindungsoffiziere der Wehrmacht und die Vertreter der Partei teilzunehmen haben.

Im übrigen berichtet Kreisbauernführer Naumann über die gefahrdrohende Entwicklung, die durch Aufhebung von Lebensmittelausfuhrbeschränkungen allenfalls für die Versorgungslage des Generalgouvernements eintreten werde. Hierüber soll Präsident Naumann in Anwesenheit des Verbindungsoffiziers des OKW im Anschluß an die Sitzung vom Generalgouverneur noch einmal besonders empfangen werden.

Kreisbauernführer Naumann übergibt dem Herrn Generalgouverneur noch den Jahresbericht der Landwirtschaftszentrale des Generalgouvernements und bittet, daß der Herr Generalgouverneur gelegentlich einmal nach der Ernte zur Besprechung der Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Zentralkammer einen Termin bestimmen soll.

Der

22.8.42.

Der Herr Generalgouverneur nimmt als Termin für diese Sitzung die erste Hälfte des Monat Oktober in Aussicht.

Im Anschluß daran empfängt der Herr Generalgouverneur den Baurat Baumgärtel von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, Leiter der Abteilung Wasserbauwesen.

Der Herr Generalgouverneur drückt dem Baurat Baumgärtel seine dankbare Anerkennung für die Leistung dieser Arbeit im allgemeinen aus und betont, daß er von seiner gestrigen Inspektionsreise an die Baustellen in Roznow und die Dunajecwerke den besten Eindruck mitgebracht habe.

Baurat Baumgärtel führt dann Klage über die von ihm gespürte angebliche Zurückstellung bezw. Schlechterbehandlung seiner Person und seiner Mitarbeiter durch die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft. Er rügt insbesondere, daß Beförderungen in seiner Unterabteilung fast nicht stattfänden, obwohl es sich hier um lauter alte hochbewährte Beamte handeln würde.

Kreisbauernführer Naumann erklärt dazu, daß diese Beförderungsschwierigkeiten in dieser Abteilung damit zusammenhängen, daß es sich bei Baurat Baumgärtel und seinen Mitarbeitern nicht um Beamte des Reichsernährungsministeriums, sondern um Beamte des Reichsnährstandes handle, wodurch sich die Verzögerungen in der Beförderung wohl erklärten; denn er mache diese Beobachtung der unterschiedlichen Behandlung dieser beiden Beamtenkategorien des Staates und des Standes in seiner gesamten Abteilung.

Der Herr Generalgouverneur beauftragte daraufhin Staatssekretär Dr.Boepple, die Beschwerde des Baurats Baumgärtel in einer gemeinsamen Aussprache, an der alle Beteiligten unter Vorsitz von Staatssekretär Dr.Boepple

teilnehmen

22.8.42.

teilnehmen sollen, zu klären.

Hierauf empfing der Herr Generalgouverneur den Präsidenten des Fremdenverkehrsverbandes und Leiters für Beamtenschulung, Landgerichtsrat Dr.Luxenberg, in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple.

Landgerichtsrat Dr.Luxenberg legte die Pläne für die Errichtung einer Zweigstelle Wien der Werbestelle des Generalgouvernements in Berlin vor. Der Herr Generalgouverneur genehmigte diese Pläne angesichts der unvergleichlichen Bedeutung Wiens für das Generalgouvernement.

Ferner legte Herr Dr.Luxenberg die Satzungen des Vereins der „Freunde des Generalgouvernements" vor. Der Herr Generalgouverneur genehmigte diese Satzungen.

Dann legte Herr Dr.Luxenberg die Pläne für die Umgestaltung des Hotels George in Lemberg vor und betonte, daß er für diesen Umbau sämtliche Genehmigungen habe, da dieser Umbau selbst von der Wehrmacht und Präsident Bauder als vordringlich kriegswichtig anerkannt sei. Der Herr Generalgouverneur genehmigte diese Pläne.

Präsident Dr.Luxenberg berichtete sodann über den Fortgang der Beamtenschulung und über den erfolgreichen Ausbau des gesamten Schulungswesens einschließlich der Pläne, vor allem auch das geeignete fremdvölkische Element zur Schulung für niedere und mittlere Verwaltungsdienste heranzuziehen. Der Herr Generalgouverneur genehmigte diese Pläne.

Im übrigen gibt der Herr Generalgouverneur den Auftrag, dafür zu sorgen, daß Dr.Luxenberg wenn irgend möglich angesichts der außerordentlichen Bedeutung seiner Arbeiten für das Generalgouvernement vom Wehrdienst befreit bleiben soll. Der Herr Generalgouverneur würde sich äußersten Falles selbst mit dem Führer in Verbindung setzen.

22.8.42. Krakau

14^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

15^{30} Vorführung des Films "Rembrandt" und der neuesten Wochenschau im grossen Saal der Burg

19^{25} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs ins Staatstheater zum Besuch der Vorstellung "Tosca"

22^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IX Sonntag, den 23. August 1942 Kressendorf

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

IX/6

Montag, den 24.August 1942 Krakau

10^{00} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

12^{00} Besprechung mit Präsident Ohlenbusch.

Präsident Ohlenbusch berichtet dem Herrn Generalgouverneur von den Vorbereitungen für die Beerdigung des bei Charkow schwer verwundeten und in einem Lazarett in Krakau seinen Verwundungen erlegenen Oberleutnants und Ministerialdirigenten im Reichspropagandaministerium Professors Dr. Karl Bömer .

Der Herr Generalgouverneur will an den am nächsten Tage stattfindenden Trauerfeierlichkeiten teilnehmen.

Präsident Ohlenbusch teilt dann mit, dass noch keine Einigung darüber bestehe, ob die Bildstelle der Regierung in die Hauptabteilung Propaganda oder in die Abteilung Presse eingegliedert werden solle. In einer Besprechung bei Staatssekretär Dr. Boepple sei man zwar überein-gekommen, der Auffassung eines Fachmanns zu entsprechen und eine Eingliederung in die Hauptabteilung Propaganda vorzunehmen, aber Pressechef Gassner halte sich keineswegs an diese Entscheidung.

24.8.1942

Der Herr Generalgouverneur setzt zur endgültigen Regelung dieser Frage für die nächsten Tage eine Besprechung unter seinem Vorsitz an, in der beide Seiten ihre Stellungnahme begründen sollen.

12[30] Besprechung mit Oberst Fischer.

Der Herr Generalgouverneur teilt Oberst Fischer mit, dass er die abschliessende Liste der von der Kommission des Generals von Unruh zum Wehrdienst erfassten Beamten und Angestellten der Regierung des Generalgouvernements geprüft habe. Er übergebe ihm ein Schreiben an General von Unruh, in dem die Unabkömmlichkeit Oberregierungsrats Dr.Schepers, Landgerichtsrats Dr. Luxenberg, seines Adjutanten Pfaffenroth und seines Fahrers Bonitz begründet sei. Oberst Fischer solle die Frei- bezw. Rückstellung dieser 4 Beamten und Angestellten bei General von Unruh erreichen; notfalls müsse der Führer selbst um eine Entscheidung angegangen werden.

Oberst Fischer berichtet dem Herrn Generalgouverneur, dass ab 1.September die Stellung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement in die eines Wehrkreisbefehlshabers umgewandelt werden soll. Territorial bedeutet das keine Änderung, nur glaube er, Oberst Fischer, dass damit ein Personenwechsel verbunden werde.

24.8.1942

12^{50} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

15^{30} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Naumann.

Hauptabteilungspräsident Naumann legt dem Herrn Generalgouverneur einen neuen Erfassungs-und Ernährungsplan des Generalgouvernements vor, der auf Grund der ins Reich zu liefernden umfangreichen Kontingentserhöhungen notwendig ist. Der Plan sieht auf der Erfassungsseite eine durchschnittliche Kontingentserhöhung um 25 % und auf der Verbraucherseite eine Reduzierung der Leistungen an die Bevölkerung des Generalgouvernements vor.

Der Herr Generalgouverneur billigt den Plan, den Präsident Naumann in der anschliessenden Regierungssitzung ausführlich darlegen wird.

15^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Regierungssitzung ins Regierungsgebäude.

16^{00} Regierungssitzung im Grossen Sitzungssaal der Regierung.

(Protokoll siehe Beiakten)

16^{50} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Boepple im Regierungsgebäude.

24.8.1942

17[1o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zur Burg.

18[5o] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung in Kressendorf)

X/6 Dienstag, den 25.August 1942 Krakau

14^{30} Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{20} Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr.Keith.

15^{25} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Naumann in Anwesenheit von Staatssekretär Dr.Boepple.

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet einige interne Anordnungen für die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, die zur Durchführung des neuen Erfassungs-und Ernährungsplanes des Generalgouvernements notwendig sind.

Hauptabteilungsleiter Naumann teilt mit, dass er dem Herrn Generalgouverneur Anfang nächster Woche den Entwurf eines Schreibens an Reichsmarschall Göring vorlegen wolle, in dem die für die Erfüllung der neuen Kontingentslieferungen an das Reich im Generalgouvernement getroffenen Massnahmen dargelegt und von Seiten der Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, der Hauptabteilung Wirtschaft und von Bankdirigenten Paersch auf die sich daraus eventuell ergebenden ernsten Folgen hingewiesen werden soll.

15^{35} Besprechung mit Bankdirigenten Dr. Paersch in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple.

25.8.1942

16[15] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Kriegerfriedhof zur Teilnahme an der Beisetzung des Oberleutnants und Ministerialdirigenten Professor Dr. Karl Bömer.

17[40] Rückkunft des Herrn Generalgouverneurs auf die Burg.

17[45] Teempfang für die aus Anlass der Beisetzung von Professor Dr. Karl Bömer in Krakau anwesenden Vertreter aus dem Reich.

19[55] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs in das Institut für Deutsche Ostarbeit zur Freilichtaufführung des Schauspiels von Wolfgang Goethe " Torquato Tasso"

Anschliessend Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf.

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf)

959

Kressendorf

IX/6

Mittwoch, den 26.August 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs

in Kressendorf.

960

IV/IX Krakau

Donnerstag, den 27. August 1942

$1o^{15}$ Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg

$1o^{2o}$ Besprechung mit Kammergerichtsrat Dr. Keith

11^{4o} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler

Der Herr Generalgouverneur empfängt seinen Stellvertreter, den Staatssekretär Dr. Bühler, und bespricht mit ihm die in der Abwesenheit des Staatssekretärs vorgefallenen allgemeinen und speziellen Regierungsgeschäfte.

Zusammenfassend stellt der Herr Generalgouverneur fest, dass der Zeitpunkt wohl näher rückt, in dem ernstlich die Frage des Verhältnisses Reich-Generalgouvernement im staatskonstruktiven Sinne einer Lösung zuzuführen ist. Insbesondere die Anträge, die Eisenbahn, die Post und das Bauwesen unter Herausnahme aus der Zuständigkeit der Regierung des Generalgouvernements auf die Reichsinstanzen überzuführen, deuten im Zusammenhang mit vielen anderen Maßnahmen darauf hin, daß das Reich immer mehr in die Notwendigkeit versetzt wird, in diesem Lande unmittelbar Regierungsfunktionen auszuüben.

Um einer solchen Entwicklung - die Frage der Überleitung der Eisenbahn, der Post und des Bauwesens schwebt ja zur Zeit noch im Führerhauptquartier - Rechnung zu tragen, beauftragt der

27. 8. 1942

Herr Generalgouverneur seinen Stellvertreter, den Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung mit der Weisung zu versehen, er möge sämtliche Möglichkeiten der Überleitung des Generalgouvernements in die Reichsverwaltung einmal durchdenken und skizzenhaft programmatisch ausarbeiten. Dieses Planen soll völlig geheim vorsichgehen und darf auf keinen Fall irgendwie vorzeitig in eine weitere Öffentlichkeit dringen. Dann würde im Zusammenhang damit eine Besprechung zwischen den engst beteiligten Stellen stattzufinden haben, und der Generalgouverneur würde einen Plan, den er akzeptieren könnte, über den Reichsminister Dr. Lammers an den Führer leiten.

Der Herr Generalgouverneur teilt dann mit, daß er angesichts der seine persönliche Stellung im Reich völlig umwälzenden Ereignisse der letzten Wochen dem Reichsminister Dr. Lammers in einem Schreiben dargelegt habe, daß er seine Stellung auch als Generalgouverneur niederlege, wenn ihm nicht das ausdrückliche Vertrauen des Führers besonders bestätigt werde. Jedenfalls sei es notwendig, daß eine Gesamtbesprechung dieser Fragen zwischen dem Führer und dem Generalgouverneur stattfände. Sonst sei ein Weiterarbeiten unter diesen Umständen schon um des' willen nicht möglich, weil

eine Fortsetzung der persönlichen Kampagne gegen den Generalgouverneur zu einer schweren Erschütterung der Autorität der Regierung des Generalgouvernements führen würde, ganz abgesehen davon, daß viele unschuldige Beamte und Angestellte des Generalgouvernements unter diesen Spannungen auch in ihrem dienstlichen Fortkommen leiden könnten. Selbst auf das Gesamtverhältnis Reich-Generalgouvernement würde sich in zunehmendem Masse eine solche Spannung auswirken, die deshalb, würde sie nicht in gütigem Übereinkommen gelöst werden können, am besten durch den Rücktritt des Generalgouverneurs gelöst werden würde. - Die Antwort des Reichsministers Dr. Lammers bezw. des Führers stehe noch aus.

Der Herr Generalgouverneur übergibt sodann mit sofortiger Wirkung die Geschäfte des Generalgouverneurs seinem Stellvertreter in der bisher üblichen Weise, da er sich voraussichtlich für die Dauer einer Woche zur Regelung der mit der Neugestaltung auf dem Gebiete des Rechtslebens zusammenhängenden Angelegenheiten ins Reich begeben wird. Bis zu seiner Rückkehr wird der Stellvertreter des Generalgouverneurs entsprechend dem Führererlaß über die Einsetzung des Stellvertreters die gesamten Vollmachten des Generalgouverneurs ausüben.

27. 8. 1942

Der Herr Generalgouverneur berichtet weiter über die Anwesenheit der Kommission des Generals von Unruh. An den von dieser Kommission gepflogenen Besprechungen haben auch Vertreter von Staat, Partei, Wehrmacht und SS teilgenommen. Aufgabe der Kommission sei es gewesen, jeweils bei allen Dienststellen die Jahrgänge 191o und jünger aus den Kategorien der Beamten und Angestellten des Generalgouvernements für den Wehrdienst freizumachen. Der Herr Generalgouverneur teilt mit, daß sich die Kommission im allgemeinen sehr sachlich und zweckentsprechend benommen habe. Es komme nur noch darauf an, für einzelne Persönlichkeiten, bei denen es sich um die Träger einzigartiger Fachstellungen handle, die Aufrechterhaltung der Freigabe zu erreichen. Die Kommission reise zur Zeit noch im Generalgouvernement herum. Er, der Generalgouverneur, habe sich die endgültige Stellungnahme zu dem Ergebnis vorbehalten, damit die Möglichkeit, allenfalls auch noch gegen Entscheidungen der Kommission Verwahrung einzulegen.

Der Herr Generalgouverneur weist ferner auf die Notwendigkeit hin, dem Deutschen Reiche in grossem Umfange mit Lebensmitteln auszuhelfen. Insbesondere würden die zusätzlich des Wehrmachtsbedarfs im eigenen Lande noch aufzubringenden 5oo ooo Tonnen Brotgetreide, 82 ooo Tonnen Kartoffeln, 5o ooo Tonnen Fleisch usw., die das Reich vom Generalgouvernement dringendst fordere, das Generalgouvernement vor die größten

Schwierigkeiten stellen. Gleichwohl müße, so verfügt der Herr Generalgouverneur, alles getan werden, damit diesen Forderungen des Reiches entsprochen werden kann.

Anschließend berichtet der Herr Generalgouverneur über die Hauptabteilungsleiter-Sitzung vom Montag dem 24. August 1942. In dieser Sitzung habe er den entscheidenden Erlaß vollzogen und die mit der Ablieferungspflicht zusammenhängenden notwendigen Maßnahmen verkündet.

Weiter teilt der Herr Generalgouverneur mit, daß ihm der Haushalt für 1943 nunmehr von der Hauptabteilung Finanzen zugestellt worden sei. Er sei im allgemeinen mit der Aufmachung und dem Inhalt des Haushalts einverstanden und habe in Aussicht genommen, eine Haushaltssitzung etwa Ende September oder Anfang Oktober abzuhalten.

Der Herr Generalgouverneur berichtet ferner über den Besuch des Gauleiters Sauckel. Gauleiter Sauckel als Reichskommissar für die Arbeiterbeschaffung habe ihm, dem Generalgouverneur, sein hohes Lob gespendet und mitgeteilt, daß das Generalgouvernement mit weitem Abstand an der Spitze der Leistungen in der Zurverfügungstellung fremder Arbeitskräfte für das Reich stehe. Es sei damit auf diesem Gebiet für die Zukunft eine spürbare Entlastung zu erwarten. Das Reich würde mit der normalen Zahl der jeweils abschiebfähigen Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement zufrieden sein, wenn die jetzt noch ausstehende

27.8.1942

Forderung von 14o ooo Arbeitskräften entsprechend dem zwischen dem Generalgouverneur und Gauleiter Sauckel getroffenen Übereinkommen erfüllt sein werde.

Endlich teilt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. Bühler noch mit, daß mit Wirkung ab 1. September 1942 die Stellung des Militärbefehlshabers im Generalgouvernement in Wegfall komme, und ein Wehrkreis "Generalgouvernement" der deutschen Wehrmacht gebildet werde. Auf den Wehrkreisbefehlshaber seien im wesentlichen die Befugnisse des bisherigen Militärbefehlshabers übergegangen.

16[30] Fahrt des Herrn Generalgouverneurs nach Kressendorf

(Übernachtung des Herrn Generalgouverneurs in Haus Kressendorf)

IX

Kressendorf

Freitag, den 28. August 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs in Kressendorf

21^{00} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Trzebinia nach München

Sonnabend, den 29.August 1942

bis

Montag, den 31.August 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres.

Ich habe im Zusammenhang mit der Entwicklung der letzten Wochen dem Führer durch ein Schreiben an Reichsminister Lammers meinen Rücktritt als Generalgouverneur erklärt unter der Voraussetzung, daß sein Vertrauen und seine Zustimmung zu meinem Werke mir entzogen sind.

Ich möchte, bevor ich gleichsam zu Protokoll eine abschließende Betrachtung meiner Arbeit im Generalgouvernement gebe, kurz in wesentlichen Zügen auf die Vorgeschichte des jetzigen Konfliktes zwischen dem Führer und mir eingehen.

/Ich habe seit 1920 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stets meinen Dienst geweiht./ Im Juni 1919 war ich ebenso wie der Führer Adolf Hitler als Bildungsoffizier anwesend bei den Vorträgen in der Universität, von denen der Führer in seinem Buch "Mein Kampf" erzählt. Dann zog der politische Entwicklungsgang und meine Entschlossenheit, unter allen Umständen in aktivstem Einsatz am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken, mich immer mehr in den Bann der Nationalsozialistischen Bewegung, deren maßgebliche Gründer ich im Rahmen der Thule-Gesellschaft bereits im Herbst 1919 näher kennen lernte.

/Als Nationalsozialist habe ich die Ereignisse vom November 1923 mitgemacht und dafür den Blutorden bekommen. Nach der Wiedererrichtung der Bewegung im Jahre 1925 begann meine eigentliche, größere Wirksamkeit in der Bewegung, die mich zunächst in zunehmendem und später fast ausschließlichem Maß als Rechtsbeistand des Führers und der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum betonten Vertreter der Rechtsinteressen des werdenden Dritten Reiches sowohl in rechtsideologischer wie rechtspraktischer Beziehung werden ließ./ Als Rechtsanwalt Dr.Frank II habe ich so in den schweren Kampfjahren in sämtlichen Oberlandesgerichtsbezirken Deutschlands die Verteidi-

gung

gung der Parteigenossen durchgeführt, Prozesse für den Führer geführt usw./ Die Kulmination dieses Werkes erblicke ich in dem großen Leipziger Reichswehrprozeß, in dem es mir gelang, die Zulassung des Führers zu dem berühmten Legalitätseid zu erwirken - ein Umstand, der der Bewegung die Möglichkeit in juristischer Beziehung verschaffte, sich großzügig zu entfalten.

Wohl in Anerkennung dieser Leistungen hatte der Führer mich schon 1926 zum Führer des Nationalsozialistischen Juristenbundes, 1929 zum Reichsleiter des Reichsrechtsamtes der Reichsleitung der NSDAP., im März 1933 zum Bayr.Justizminister, im gleichen Jahr zum Reichsjustizkommissar, 1934 zum Präsidenten der von mir gegründeten Akademie für Deutsches Recht, im Dezember 1934 zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und 1939 endlich zum Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete berufen.

So war, bin und werde ich bleiben der ausgeprägte Jurist der Kampfzeit des Nationalsozialismus,/ wobei allerdings ich immer an dem Punkt 19 unseres Parteiprogrammes festzuhalten entschlossen bin, der dem Deutschen Volk ein deutsches Gemeinrecht verspricht.

Im Zusammenhang mit diesen vielfachen Kampfaufgaben um das Recht des Führers und seiner Bewegung habe ich freilich niemals den Boden jener Anschauung verlassen, die ich für mich selbst als"Rechtsidee" bezeichne. Ich verstehe darunter die ideale Beziehung zwischen jeweiliger Staatsführung und Staatsvolk, wonach die Verhältnisse zwischen diesen beiden im wesentlichen in beiderseits anerkannten und befolgten Rechtsnormierungen aufgebaut sind. Ein Bestandteil dieser Anschauung ist für mich der unverrückbare und durch nichts zu erschütternde Gesichtspunkt, daß ein Reich wie das Deutsche in keiner Form Dauerbestand haben

kann,

kann, es sei denn in Anwendung dieser Rechtsidee. Es ist unmöglich, daß ein Reich wie dieses Bestand haben kann als polizeilicher Willkürstaat, in dem der einzelne Bürger bar jeden Rechts, die Staatsautorität aber im Besitz aller Rechte ist.

In fortschreitendem Maß hat sich leider in den Reihen auch der nationalsozialistischen Staatsführung der Gesichtspunkt vorherrschend gezeigt, daß die Autorität desto gesicherter sei, je unbedingter die Rechtsunsicherheit auf seiten der machtunterworfenen Staatsbürger sich darstelle. Die Ausweitung des willkürlichster Anwendung ausgelieferten Vollmachtsbereiches der polizeilichen Exekutivorgane hat zur Zeit ein solches Maß erreicht, daß man von einer völligen Rechtlosmachung des einzelnen Volksgenossen sprechen kann. Freilich wird dieser Umstand begründet mit der Notwendigkeit des Krieges oder mit der Notwendigkeit der völligen Zusammenballung aller nationalen Energien auf ein Ziel und vor allem der völligen Unterbindung jeder Möglichkeit oppositioneller Störungen im Ablauf des völkischen Freiheitsprogramms. Demgegenüber vertrete ich die Meinung, daß der deutsche Charakter in sich ein so eminent starkes Rechtsempfinden trägt, daß bei Befriedigung dieses Rechtsempfindens die Gemeinschaftsfreude sowohl wie die Einsatzfreudigkeit unseres Volkes unendlich wirkungsvoller aufflammen würden und durchgehalten werden könnten, als das in Anwendung starrer Gewaltsätze jemals der Fall ist. Wenn es so wie heute möglich ist, daß jeder Volksgenosse ohne jede Verteidigungsmöglichkeit auf jede Zeitdauer in ein Konzentrationslager gebracht werden kann, wenn es so ist, daß jede Sicherstellung von Leben, Freiheit, Ehre, anständig erworbenem Vermögen usw. entfällt, dann entfällt damit nach meiner festen Überzeugung auch die ethische Beziehung zwischen Staatsführung und Volksgenossen völlig. Es bedarf dann des größten und ausschließlich durch die grandiose Persönlichkeit des Führers durchhaltbaren Vertrauensmaßes des deutschen Volkes, um diese Entwicklung noch einige Zeit zu ertragen.

tragen.

Nach meinen Kenntnissen aus der Geschichte ist der Sachverhalt klar: Wenn unser Deutsches Reich Bestand haben soll, bedarf es nächst der klaren Staatsführung, nächst der klaren Eindeutigkeit der Wehrlage, der Gesunderhaltung der Rasse und der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung vor allem dieses inneren Rechtsfriedens und der dauernden Befriedigung des Gerechtigkeitsbedürfnisses unseres Volkes. Die elementaren Formen, in denen diesen Notwendigkeiten dauernd institutionell Rechnung getragen wird, sind folgende:

1) Kein Volksgenosse darf verurteilt werden, es sei denn durch den ordentlichen Richter in einem ordentlichen Verfahren und auf Grund eines Gesetzes, das vor Begehung der Tat in Kraft war.

2) In diesem Verfahren muß die volle Gewähr gegeben sein, daß der Beschuldigte zu dem gesamten Sachverhalt der gegen ihn vorgebrachten Anklage vernommen wird und sich dazu frei zu äußern vermag.

3) Der Beschuldigte muß die Möglichkeit haben, sich in jedem Stadium des Verfahrens eines rechtskundigen Verteidigers bedienen zu dürfen.

4) Der Verteidiger muß völlig frei und unabhängig seines Amtes walten und damit die Waffengleichheit zwischen Staatsanwalt und Angeklagtem gewährleistet sein.

5) Der Richter oder das Gericht muß seine Entscheidung völlig unabhängig, d.h. ohne jede Beeinflussung des Urteilsspruches durch irgendwelche nicht zur Sache selbst gehörige Momente treffen in logischer Erkenntnis des Sachverhaltes und in gerechter Anwendung des Gesetzesinhaltes.

6) Wenn die auf Grund dieses Urteils vollzogene Strafe perfekt geworden ist, dann hat die Tat ihre Sühne erfahren.

7) Schutzhaftmaßnahmen und Sicherungshaftmaßnahmen können von polizeilichen Organen ebenso wenig wie Strafen an Konzentrationslagerhäftlingen vorgenommen oder vollzogen werden, es sei denn in Anwendung dieser selben Gesichtspunkte, d.h. also nach Bestätigung der geplanten Maßnahmen durch den ordentlichen, unabhängigen Richter.

8) In entsprechender Weise hat auch die volksgenössische Rechtspflege in allen Beziehungen des eigentlichen Zivilprozesses die völlige Sicherstellung der Wahrnehmung der Einzelinteressen zu gewährleisten.

Diese Gesichtspunkte haben nichts mit Liberalismus, Parlamentarismus, Dekadenz, Judentum oder derartigem zu tun. Sie sind altgermanisches Brauchtum und altgermanische weltanschauliche Staatsbetrachtung. Sie sind die absolut unabdingbare Voraussetzung für eine glückhafte Beziehung zwischen Staat und Volk, für die Aufrechterhaltung jedes gesunden initiativen Strebens schöpferischer Persönlichkeiten und für jenen gemütvollen Einklang einer Volksgemeinschaft, der unendlich höheren Rang besitzt als jede erzwungene Massenorganisation.

Es ist offenkundig, daß diese Gesichtspunkte, die ich unentwegt seit 1920 auch als Nationalsozialist in Hunderten von Kundgebungen vertrat, vor allem im Interesse der nationalsozialistischen Bewegung von mir in den Gerichtssälen des damaligen Systems verfolgt wurden, das durch seine Republikschutzgesetze und durch andere Verfolgungsmaßnahmen längst in den Fehler verfallen war, einseitig ungerecht gegen die aufsteigende nationalsozialistische Bewegung vorzugehen. Diese Gesichtspunkte sind aber auch

ein

6) Wenn die auf Grund dieses Urteils vollzogene Strafe perfekt geworden ist, dann hat die Tat ihre Sühne erfahren.

7) Schutzhaftmaßnahmen und Sicherungshaftmaßnahmen können von polizeilichen Organen ebenso wenig wie Strafen an Konzentrationslagerhäftlingen vorgenommen oder vollzogen werden, es sei denn in Anwendung dieser selben Gesichtspunkte, d.h. also nach Bestätigung der geplanten Maßnahmen durch den ordentlichen, unabhängigen Richter.

8) In entsprechender Weise hat auch die volksgenössische Rechtspflege in allen Beziehungen des eigentlichen Zivilprozesses die völlige Sicherstellung der Wahrnehmung der Einzelinteressen zu gewährleisten.

Diese Gesichtspunkte haben nichts mit Liberalismus, Parlamentarismus, Dekadenz, Judentum oder derartigem zu tun. Sie sind altgermanisches Brauchtum und altgermanische weltanschauliche Staatsbetrachtung. Sie sind die absolut unabdingbare Voraussetzung für eine glückhafte Beziehung zwischen Staat und Volk, für die Aufrechterhaltung jedes gesunden initiativen Strebens schöpferischer Persönlichkeiten und für jenen gemütvollen Einklang einer Volksgemeinschaft, der unendlich höheren Rang besitzt als jede erzwungene Massenorganisation.

Es ist offenkundig, daß diese Gesichtspunkte, die ich unentwegt seit 1920 auch als Nationalsozialist in Hunderten von Kundgebungen vertrat, vor allem im Interesse der nationalsozialistischen Bewegung von mir in den Gerichtssälen des damaligen Systems verfolgt wurden, das durch seine Republikschutzgesetze und durch andere Verfolgungsmaßnahmen längst in den Fehler verfallen war, einseitig ungerecht gegen die aufsteigende nationalsozialistische Bewegung vorzugehen. Diese Gesichtspunkte sind aber auch

ein

ein Ausdruck meiner charakteris-tischen persönlichen Einstellung zu den Dingen des Rechts überhaupt. Ich habe daraus nie ein Hehl gemacht und werde auch nie ein Hehl daraus machen. Es ist für mich evident, daß das Glück des Führers, seines Reiches und seines Volkes davon abhängt, ob und in welchem denkbar größten Umfang diese von mir skizzierten Grundsätze durchgehalten werden oder nicht.

Niemals wurden mir bei der Verkündung dieser Grundsätze, die ich in feierlicher Weise und in größtem Ausmaß vor 25000 Menschen auf dem letzten Leipziger Tag des Deutschen Rechts 1939 verkündete, Schwierigkeiten gemacht. Erst mit dem Aufstieg des Apparates der Geheimen Staatspolizei und dem zunehmendem Einfluß der autoritären polizeilichen Führungsgesichtspunkte wurde diese meine Anschauung in zunehmenden Gegensatz zu einer immer stärker werdenden Repräsentanz konträrer Art gebracht. Als ich nun in den letzten Jahren insbesondere auch in stets zunehmendem Maße die persönliche Verärgerung des Führers über die Juristen in vielfachen Zeugnissen zur Kenntnis nehmen mußte, als die Eingriffe des Staates in die Justiz immer stärker wurden und das Verhältnis zwischen Polizei- und Justizorganen sich zu einer fast völligen Beherrschung der Justiz durch die Polizeiorgane entwickelte, wurde mir klar, daß es mir persönlich immer schwieriger werden würde, meine von mir als heilig empfundene Idee so wie früher zu verkünden. Es traten da und dort auch für mich Hemmnisse aller Art auf und immer deutlicher mußte ich die Ungunst der Machtgewaltigen dieser Zeit meinen Überlegungen gegenüber spüren. Dabei wurde die Position, in der ich mich befand, umso schwieriger, als im Bereich der Justiz die Schwäche gegenüber den mit bombastisch demonstrativer Stärke vorgetragenen antijuristischen Argumenten immer spürbarer wurde. Es wagte schon

bald

bald kein Richter mehr, ohne Aufblick zu irgendeiner autoritären Position sein Urteil zu fällen, was selbstverständlich wiederum zur Folge hatte, daß eine grauenvolle Verzweiflung über die Rechtsentwicklung in Deutschland Platz griff. Das Organ der SS, das Schwarze Korps, befleißigte sich unter offensichtlich höchster Duldung eines stets aggressiver und verletzender werdenden Tones gegen alle Rechtseinrichtungen und Rechtswahrer. Ausdrücke wie "die Rechtsanwälte sind Kloakentiere" wurden wiederholt angewandt.

Im Hinblick auf diese Entwicklung habe ich mich entschlossen, in vier großen Reden, die ich im Laufe des Juni und Juli 1942 in den Universitäten Berlin, Wien, München und Heidelberg hielt und deren Wortlaut ich vollinhaltlich dieser Erklärung beifüge[+], nocheinmal zusammenfassend meine Rechtsidee und, wie ich fest überzeugt bin, die Rechtsidee unseres ganzen Volkes an den Stätten vorzutragen, die in den geistesgeschichtlichen Kampfperioden unseres Volkes immer edelste Plätze der Verteidigung von Menschenwürde Persönlichkeitsglück und Staatideal waren, nämlich an unseren Universitäten. ~~darzulegen.~~ Ich war mir dabei vollkommen darüber klar, daß nur durch ein in der weitesten Öffentlichkeit festgestelltes Ziel die Rechtsidee noch einmal zum Vorteil von Führer, Reich, Bewegung und Volk vorgetragen werden konnte. Da auch die Gegner der Rechtsidee und die Gegner der Rechtswahrer während des Krieges nicht schwiegen, sondern gerade den Krieg für geeignet hielten, ihre schweren und verletzenden Angriffe gegen die Rechtswahrer und ihre Arbeit immer noch zu steigern, mußte auch ich sprechen. Verzweifeltste Briefe aus allen Kreisen der Rechtswahrer kamen zu mir als dem Führer der Rechtswahrer. Aus dem deutschen Volk drang in vielen Briefen eine wahrhaft verzweifelte Stimmung über ein immer weiteres Umsichgreifen der Rechtsunsicherheit zu mir. Eine Möglichkeit, mit dem

---

[+]Siehe Inhaltsverzeichnis zu diesem Tagebuch

Führer persönlich über diese Fragen zu sprechen, wurde mir trotz verschiedener Versuche, eine Besprechung mit dem Führer herbeizuführen, nicht gegeben. Ich hielt es für notwendig, mich als Reichsleiter, Reichsminister und hoher Funktionär des Reiches im Namen des Führers zur Rechtsidee zu bekennen, um damit die beruhigende Stimmung ins Land fließen zu lassen, daß auch die höchste Spitze des Reiches entgegen allem Schein und entgegen der Entwicklung, wie sie sich insbesondere durch die letzte Reichstagsrede des Führers Ende April dieses Jahres, wo er einen einzelnen juristischen Fall in besonders kritischer Weise vor den Reichstag, dem Volk und der Welt erörterte, anzeigte, doch der Idee des Rechtes verbunden sei.

Indessen war ich mir aber auch klar darüber, daß mit diesen Reden voraussichtlich meine Tätigkeit im Bereiche des Rechtslebens ihr Ende finden würde. Die Kontroverse war bereits unheilbar geworden. Wo so viel Macht auf der Seite der Exekutive und nur noch ganz kümmerliche, mehr traditionell oder aus Bequemlichkeit sich fortschleppende Ansehensrudimente auf der Seite des Rechtslebens sich gegenüber standen, da konnte kein Zweifel sein, daß entweder nur die völlige Unterwerfung der Justiz unter die Exekutive in irgendeiner Form oder die Beendigung der Justiz an sich in Frage stand. Ich mußte als Führer des nationalsozialistischen Rechtslebens mich selbst als Opfer in diesen Kampf begeben. Ich konnte dies von niemand anderem erwarten; niemand anderer war dazu imstande. Ich bin diesen Opfergang gegangen. Die vier Reden erweckten ungeheures Aufsehen. Ihr Widerhall in der weiten Öffentlichkeit des Deutschen Volkes war die volle Bestätigung dafür, daß die Rechtssehnsucht unseres Volkes in ein kritisches Stadium kommt. Meine Hoffnung, daß der Führer gerade daraus die Erkenntnis ziehen würde, wie notwendig die endgültige Umgestaltung des Rechtslebens im Sinne der altgermanischen

Rechtsidee

Rechtsidee sei, trog mich.

Der Führer ließ mich durch Reichsminister Dr.Lammers auffordern, meine Ämter als Reichsführer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, als Präsident der Akademie für Deutsches Recht und als Leiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP. niederzulegen. Zugleich verhängte der Führer über mich ein absolutes Redeverbot, von dem nur ausgenommen sein sollten meine Reden, die ich als Generalgouverneur in ausschließlicher Beschränkung auf meinen Aufgabenbereich im Generalgouvernement halten würde.

Ich legte diese meine Ämter nieder und war damit praktisch am Ende meiner Tätigkeit als Rechtsführer der NSDAP. und des Dritten Reiches angelangt.

Als nunmehr zu Beginn der vorigen Woche vom Führer der bisherige Präsident des Volksgerichtshofes Thierack, mit dem ich und die ganze Rechtswelt in schwerstem Konflikt stand, weil er es war, der als Volksgerichtshofspräsident zum ersten Mal Vertreter der Polizei in dem Strafverfahren in Prag als Staatsanwälte zugelassen hatte unter Ausschaltung des eigenen Oberreichsanwalts des Volksgerichtshofs, und der nicht nur dadurch sondern auch durch sein sonstiges Verhalten seine völlige Übereinstimmung mit dem neuen Kurs wiederholt praktisch zum Ausdruck gebracht hat, zum Reichsjustizminister ernannt wurde, wurde er zugleich zum Reichsführer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes und zum Präsidenten der von mir gegründeten Akademie für Deutsches Recht berufen. Das Reichsrechtsamt der NSDAP. wurde aufgelöst, die Gaurechtsämter desgleichen. Damit betonte der Führer auch nach außen hin - zusammen mit dem Erlaß, den er an den neuen Reichsjustizminister Thierack richtete und mit dem er ihn ermächtigte, beim Aufbau einer nationalsozialistischen Rechtspflege vom geschriebenen Recht abzuweichen - seine Entschlossenheit,

nunmehr

nunmehr mit den von mir propagierten Gesichtspunkten in jeder Weise Schluß zu machen. Da für mich diese Entwicklung nicht überraschend kam, konnte sie mich auch nicht treffen. Ich sehe hierin nicht eine Krisis des Rechts, sondern eine Krisis des Staates und ich flehe in meinem Innern zu Gott, daß er die unausbleiblichen Folgen so gering wie möglich einmal möge ausschlagen lassen.

Immerhin hat mein Opfer erreicht, daß das Schwarze Korps seine Angriffe auf den Rechtswahrerstand eingestellt hat und daß Reichsminister Dr.Goebbels in der gleichen Richtung ein Verbot an die deutsche Presse erließ, sich in offensichtlich verletzender und unsachlicher Weise mit den Rechtswahrern zu befassen und daß doch immerhin wieder irgend ein Justizminister an der Spitze waltet, sodaß die Lücke, die seit dem Tode Gürtners am 20.Januar 1941 bestand, wenigstens formell geschlossen ist.

Ich selbst kann auch auf Grund dieser neuen Entwicklung meine Anschauungen selbstverständlich in keinem Punkt ändern. Ich trage in mir die klare Zuversicht, daß die Rechtsidee unseres Volkes unsterblich ist und von keinem Staatssystem vernichtet werden kann. Wie ein verkannter und von den Mächten der Zeit mißliebig empfundener Seher schaue ich von meiner geistigen Position in diese Entwicklung, die nun kommt. Da jetzt alle Kräfte des Volkes für den endgültigen Sieg des Deutschen Reiches angespannt werden müssen, ist es notwendig, daß alle diese Kräfte nun auch eindeutig unter den einen Befehl des Führers zu dessen Verfügung stehen. Da der Führer annimmt, daß dies auf dem von mir gewiesenen Weg nicht so intensiv möglich wäre, wünsche ich vom Schicksal nur, daß diese Ansicht sich im Sinne seines Freiheitsprogrammes bewahrheiten möge. Desgleichen hoffe ich, daß vielleicht nach dem Ende dieses Krieges doch eine von der jetzigen alleinherrschenden Auffassung der Notwendigkeit einer Vernichtung der bisherigen Justiz

vollkommen

vollkommen abweichende andere Auffassung, gestützt durch die bis dorthin sich ergebenden Erfahrungen, sich bahnbrechen wird, die Auffassung nämlich, daß ohne Erfüllung eines Rechtsprogrammes, wie ich es oben in den Punkten 1-8 skizzierte, eine dauernde glückliche Innensituation unseres Volkes unmöglich ist.

Meiner Mitarbeiter in diesem Rechtskampf gedenke ich in diesem Augenblick in herzlicher Verbundenheit. Was sie alle - an ihrer Spitze meine alten Getreuen Dr.Bühler, Dr.Heuber, Dr.Barth, Eisenlohr, Dr.Dresler, die vielen tapferen Gaurechtsamtsleiter und die vielen sonstigen Mitarbeiter, vor allem auch die Männer der Akademie für Deutsches Recht, an ihrer Spitze Professor Dr.Emge, Direktor Gaeb, Direktor Herbst u.a. - geleistet und auch gelitten haben, verbindet mich ihnen bis zu meinem letzten Atemzug. Sie waren die Mitträger dieses von mir eingeleiteten, vielleicht weltgeschichtlich einzigartigen Versuches, im Rahmen einer revolutionären Dynamik die Stabilität der durch die Revolution gewonnenen geschichtlichen Ergebnisse durch gleichzeitige Sicherstellung der Verbundenheit von Autorität und Rechtssicherheit herbeizuführen. Dieser Versuch ist vorerst als völlig gescheitert anzusehen. Wenn mich in diesem Augenblick etwas mit Trost erfüllt, dann der Umstand, daß wenigstens zwei der von mir gegründeten Institutionen, nämlich der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund und die Akademie für Deutsches Recht vom Führer nicht sogleich aufgelöst wurden. Er hat damit wenigstens indirekt meiner Aufbauarbeit eine gewisse Anerkennung gezollt.

Daß in diesem Gesamtzusammenhang der Auseinandersetzung des Führers mit den Rechtsaufgaben der Zeit nun die gesamten Blitze seiner antijuristischen Anschauungen sich auf meinem Haupte sammelten, ist gerecht. Denn ich allein bin für diese Entwicklung verantwortlich, ich trage die Schuld an ihr und ich mußte denn auch, sollte diese Entwicklung, wie nun

geschehen

geschehen, beendet werden, getroffen werden. Ich hoffe nur, daß man meinen Mitarbeitern diesen Gesichtspunkt zu ihren Gunsten nicht vorenthält.

Vor allem beachtlich war das ungeheure Aufsehen dieser Maßnahmen als Antwort auf meine Reden in den weiten Kreisen des Deutschen Volkes, vor allem in den maßgebenden Führungskreisen der Partei, der Regierung und der Wehrmacht. Was mir hier an Zeugnissen in den letzten Wochen und Tagen zuteil wurde, möchte ich gerne einmal dem Führer vortragen, um ihm zu zeigen, wie offensichtlich falsch er informiert war, wenn immer wieder betont wurde, daß mein Kampf ein völlig isolierter, sozusagen juristisch-egoistischer Standesdünkelausbruch war. Die Rechtsidee ist so alt wie die Freiheitsidee; beide aber sind seelisch-geistige Kinder des Germanentums.

Es ist selbstverständlich, daß durch die Wirkung dieser Maßnahmen auch meine Stellung als Generalgouverneur in Mitleidenschaft gezogen wird. Wie ich schon betonte, habe ich diese meine Stellung zur Verfügung gestellt. Ein Entscheid des Führers ist bis zur Stunde, da ich dies diktiere, noch nicht bei mir eingegangen. Ich würde auch diese Entscheidung als schicksalgesandt ohne mit der Wimper zu zucken hinnehmen. Was ich im Generalgouvernement als Gestalter dieses neuartigen Führungs- u. Staatsgebildes geleistet habe, gehört der Geschichte an. Ich schaue voll Stolz auf diese Arbeit der letzten drei Jahre. Das Generalgouvernement ist heute das klarstgeführte und sicherst verwaltete Gebiet, aus dem dem Deutschen Reich in seinen schweren Kriegsaufgaben eine unabsehbare Hilfe erwuchs und erwächst. Die Leistungen dieses Raumes "Generalgouvernement" sind überhaupt nicht abschätzbar. Aus einem völlig zerstörten, unklaren und verwüsteten Gebiet ist heute das Substrat eines zu jeder Blüte fähigen Nebenlandes unseres Großdeutschen Reiches geworden. Die Bevölkerung ist befriedet,

die

die Arbeiten gehen in stärkster Energie auf allen Sektoren der Wirtschaft, des Verkehrs, der Ernährung, des Bauwesens usw. vor sich. Die deutsche Führung in diesem Raum ist ebenso unbestritten wie die Sicherstellung eines immer stärker werdenden Hineinströmens des völkisch-deutschen Elements. Dieses Generalgouvernement wird einmal eines der blühendsten Lande unserer deutschen Staatsgemeinschaft sein.

Man kann daraus ermessen, wie schwer mir der Abschied von diesen Aufgaben fällt. Da aber der Führer vor der ganzen Nation mich herausstellte als einen Gegner seines Kurses, wird wohl meines Bleibens in diesem Raum auch nicht mehr länger sein, denn allzusehr würden es meine Gegner verstehen, aus diesem Sachverhalt für sich und ihre Bestrebungen auch im Generalgouvernement wachsend Nutzen zu ziehen. Wenn selbst ich mich über diese Entwicklung hinwegsetzen könnte, so würden doch die Tausende der mir unterstellten Beamten und Angestellten, die in diesem Lande zu betreuenden Institutionen und die Lebensmöglichkeiten dieses Raumes schwer Schaden leiden unter einer Entwicklung, die bei allen Betrachtungen des Generalgouvernements in allen Ausstrahlungen offensichtlich nur getragen würde von dem Gedanken, einem mißliebigen Generalgouverneur in keiner Weise Hilfe, Unterstützung oder gar Förderung zuteil werden zu lassen. Meine Beamten würden nicht mehr befördert, meine Angestellten in ihrer Existenz nicht mehr gesichert, auf die eminent reduzierten Lebensbedürfnisse dieses Raumes in keiner Weise Rücksicht genommen - alles das in freudiger Erwartung, aus den Schwierigkeiten in diesem Raum die Nahrung für die stete Behauptung zu finden, daß meine Tätigkeit hier in dem oder jenem Hinblick doch nicht so nützlich sei, wie dies offensichtlich den Anschein hat.

Ich habe im wesentlichen die gesamte Arbeit, die hier in diesem Raum seit September 1939 geleistet wurde, in Tagebüchern, in stenografischen Niederlegungen meiner Reden

usw.

usw. festgehalten. Dieses einzigartige Arbeitsdokument wird für alle Zukunft den ernsten Willen beweisen, mit dem ich an die mir gestellte Aufgabe heranging und es wird von der großen Tüchtigkeit Zeugnis ablegen, mit der alle meine bis heute sich als wertvoll herausgestellten Mitarbeiter ihre Aufgabe erfüllten.

Daß wir in diesem Land der Schrecken und der Not auch furchtbar viel Unglück bei unserer Arbeit hatten, sei nicht verschwiegen. Daß nicht nur die lachende Sonne des Glücks über meiner Arbeit lag, sondern oft auch furchtbare Schatten schwerster unerwarteter Sorgen einbrachen und mir die Ruhe der Nächte raubten, sei trotzdem mit Dank an das Schicksal festgestellt, das mich alle, auch die härtesten Prüfungen in diesem Punkt überstehen ließ. Was für mich der Fall des Gouverneurs Dr.Lasch bedeutete, ist überhaupt in Worten nicht ausdrückbar. Der stete Kampf um die Aufrechterhaltung der einheitlichen Autorität des Generalgouverneurs gegenüber den dauernden Versuchen aller möglichen Instanzen, diese in persönlicher oder sachlicher Hinsicht zu verkleinern oder gar zu zerstören, konnte nur durchgehalten werden durch den vollsten Einsatz meiner Kräfte. Ich vertraue hier auf das gerechte Urteil der Zukunft und ich weiß, daß diese ein gerechtes Urteil für mich sprechen wird.

Ich habe gestern meinen Stellvertreter Dr.Bühler bis zur Entscheidung auf meinen an Reichsminister Lammers gerichteten Brief mit der Führung der Geschäfte des Generalgouverneurs amtlich beauftragt. Ich gedenke heute abend nach München zu meiner Familie abzureisen. Für die Zukunft des Generalgouvernements habe ich zugleich den Auftrag gegeben, daß die bei weiteren Herausnahmen von Verwaltungsbereichen aus der einheitlichen Führung des Generalgouvernements unausbleibliche organisatorische Verbindung des Generalgouvernements mit dem Reich staatstechnisch jetzt schon vorbereitet wird. Es ist mein Wille, daß der Leiter

der

der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements, Parteigenosse Dr.Siebert, diesen Plan einer möglich werdenden Überführung des Generalgouvernements in die Reichsverwaltung zweckmäßigst vorbereite. Man könnte daran denken, daß das Generalgouvernement ein einheitlicher Reichsgau wird, an dessen Spitze ein Reichsstatthalter steht, der - ähnlich wie im Reichsgau Wartheland - gestützt auf die Deutschen des Landes, versuchen könnte, mit den Verhältnissen hier fertig zu werden. Ich halte indessen den Zeitpunkt für eine solche Entwicklung für völlig verfrüht und vergleichbar dem Herabschlagen einer unreifen Frucht, die beste Aussicht auf Reife bietet, vom Baum. Da aber die Einstellung der Reichszentrale gegenüber den immer wieder als zu selbstherrlich verschrienen Führungsgrundsätzen der besetzten Gebiete offensichtlich stärker wird und weil sie vor allen sich geschickt tarnt durch den Hinweis auf die durch die Kriegslage gebotene möglichste Vereinheitlichung aller Führungs- u. Verwaltungsaufgaben auch in den neuen Gebieten, wird wohl wenig Hoffnung bestehen, daß das Generalgouvernement in seiner jetzigen Struktur noch lange bestehen bleibt, es sei denn, daß durch meinen Rücktritt als Generalgouverneur und durch die Ersetzung meiner Person durch einen dem Führer genehmen Mann alle jene Argumente, die zwar sachlich begründet, aber doch nur persönlich gegen mich gerichtet waren, dann in Wegfall kommen und damit auch die Gesichtspunkte einer möglichen weiteren Duldung des Generalgouvernements in seinem jetzigen Status wieder Raum gewinnen. Aber gleichgültig, wie die Begründung dieser Entwicklung lautet - selbst in diesem Fall würde der Nutzen des Reiches größer sein, wenn es das Generalgouvernement selbständig ließe, als er es in jenem Fall sein würde, wenn das Generalgouvernement diese Selbständigkeit einbüßt.

Sehr

Sehr beachtlich bei der Frage meines weiteren Verweilens im Amt ist der Gesichtspunkt, daß ich als Reichsleiter Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. bin. Die Geschichte dieses Arbeitsbereiches braucht in diesem Zusammenhang nicht wiedergegeben zu werden. Sie ist ein stolzes Stück nationalsozialistischer Expansion. Ich habe diesen Arbeitsbreich gegründet, seine Ideen haben sich durchgesetzt und wir haben hier der Partei eine Heimstätte bereitet, auf die die gesamte Bewegung stolz sein kann. Wie soll aber ein vom Führer in aller Öffentlichkeit so gebrand-markter Mann wie ich noch imstande sein, gerade innerhalb der führernächsten Organisation, nämlich der NSDAP., noch diese exzeptionelle Rolle fortzuspielen, wie ich sie hier innehatte? Auch hier würde für die Parteiorganisation das selbe Ergebnis eintreten wie für die Staatsorganisation: meine Parteigenossen hier in den Parteiämtern würden nicht befördert, nicht in den Status der allgemeinen Bewegung übernommen, sie würden dauernder Kritik und herabsetzender Würdigung ausgeliefert sein und es würde an Stelle einer freudig erfüllten Gemeinschaftsarbeit ein von hämischen Verdächtigungen vergifteter Massenbereich erstehen, der die Parteiarbeit zur völligen Unlust herabsinken ließe. Es wird daher notwendig sein, daß der kommende Generalgouverneur dieses Gebietes auch in diesem Raum die völlige Zustimmung des Leiters der Parteikanzlei, des Parteigenossen Bormann hat, die mir offensichtlich ebenso völlig fehlt.

Zusammenfassend will ich noch folgendes erklären:

1) Ich bekenne mich nach wie vor als Nationalsozialist und als treuer Gefolgsmann des Führers Adolf Hitler, dem ich nun seit 1919 diene und an den ich auch einmal hoffe als an einen besser zu informierenden appellieren zu können.

2) Ich bekenne mich als fanatischen Anhänger der Rechtsidee unseres Volkes und weiß, daß nur in der Durchführung dieses Rechtsprogramms die Zukunft auch unseres national-

sozialistischen Reiches liegt. Insbesondere wenn dieses Reich nach siegreich bestandenem Krieg ein Weltreich werden wird, ist es notwendig, daß die Rechtsposition des führenden deutschen Volkes eine völlig gehobene darstellt gegenüber den Völkerbereichen der einzelnen Teile dieses Weltreiches.

3) Die Geschichte lehrt, daß kein großes Reich ohne ein Rechtssystem dieser Art bestehen kann. Hervorstechend sind hierbei vor allem das römische Weltreich und das britische Imperium, die beide in diesem Sinn durch Jahrhunderte hindurch bestanden, weil sie die Rechtslage des führenden Volkes sicherstellten.

4) Ich bekenne, daß die Einheit des Reiches und die Einheit der Bewegung dann in Gefahr kommen, wenn einer Gliederung oder einem staatlichen Betätigungsbereich - nämlich der polizeilichen Exekutive bezw. der SS - ein so ausschließlicher Machtanteil zufällt, daß demgegenüber die Betätigung aller anderen Regierungsorgane zu einem reinen Theater ohne jede Machtwirklichkeit herabsinkt.

5) Ich bekenne aber auch, daß jetzt während des Krieges alle Kräfte ausschließlich dem Führer zur Verfügung stehen müssen in unmittelbarster Unterstellung und daß daraus die Notwendigkeit folgert, die Reduzierung des Individuums bis auf ein gerade noch erträgliches Maß durchzuführen, dass aber alle Reduzierungen nicht identisch sein dürfen mit der völligen Vernichtung der Rechtsposition des Einzelnen. Das ist notwendig und darf nicht übersehen werden. Die Macht und die Sicherheit, Gewalt anwenden zu können ohne jeden Widerstand, sind das süßeste und verderblichste Gift, das einer Regierung eingeflößt werden kann. Dieses Gift ist absolut auf die Dauer tödlich und die Geschichte lehrt, daß Rechtssysteme Jahrtausende, Gewaltsysteme kaum Jahrzehnte dauern.

Als Generalgouverneur auf meinem Posten verbleiben könnte ich nur, wenn der Führer mir sein ausdrückliches Vertrauen in meine Tätigkeit als Generalgouverneur in weithin wirksamer Weise zum Ausdruck bringt. Es bleibt abzuwarten, ob dies geschehen wird. Zunächst oblag mir, in diesem allgemeinen Resumé und in dieser Bekenntniserklärung darzulegen, wie es zu dem Standpunkt der Entwicklung kam, den ich heute erkenne.

Meine Feinde bleiben am Werk, mich als den deutlichsten Exponenten des Kampfes gegen ihre Bestrebungen beim Führer immer noch mehr stellungsmäßig zu untergraben. Ich bin darüber klar im Bild. Ich selbst aber hoffe auf die in den Zeiten und Ewigkeiten liegende Gerechtigkeit als ein Urelement der Schöpfung. Ich hoffe, daß meine Idee zum Vorteil von Führer und Volk doch endlich siegen wird. Mit dieser Hoffnung verabschiede ich mich von den Mitarbeitern auch im Generalgouvernement. Ich grüße sie, und wenn wir auf das Generalgouvernement schauen, schon dann allein können wir sagen: Wir haben nicht umsonst gelebt.

Wewelsburg 28. VIII 43

Frank

Die Entwicklung seit 1.Sept.1942.

Wie ich in den abschließenden Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres feststellte, hatte ich dem Führer am 24.8.1942 meinen Rücktritt als Generalgouverneur angeboten. Am 31.8.1942 ließ mir der Führer durch Reichsminister Lammers mitteilen, daß er meinen Rücktritt als Generalgouverneur nicht annehme; die Gründe sollten mir bei einer Besprechung mit Reichsminister Lammers im einzelnen noch mitgeteilt werden. Wie ich mittlerweile aus verschiedensten Quellen erfahren habe, bringt man diese Gründe allgemein auf die Formel:"Außenpolitische Rücksichten". Ich betrachte die Nichtannahme meines Rücktritts als Generalgouverneur nicht als Auszeichnung und auch nicht etwa als Symptom für eine andersartige Einstellung des Führers zu mir, sondern vielmehr als eine durch rein politische Zweckmäßigkeitserwägungen diktierte Spezialmaßnahme, die mich auf einem von allen Gewalten umtobten Platz gewaltsam festhält, vielleicht auch, um so nach außen hin die ernste Spannung zu verdecken, die durch die letzten Ereignisse eingetreten ist.

Als ich von München zurückkehrte, übernahm ich am 16. September wieder die unmittelbare Führung der Geschäfte des Generalgouverneurs, wobei ich schon aus den mir vorgelegten, in meiner Abwesenheit eingegangenen Schriftstücken erkennen, wie aber auch seit Wiederaufnahme meiner Tätigkeit selbst erleben konnte, daß der konzentrische Angriff gegen mein persönliches Wirken im Dritten Reich mit aller Macht und mit allen Mitteln weiter fortgesetzt wird. Nicht nur daß die Überleitung der Funktionen meiner Stellvertreter im Reichsrechtsamt, im NSRB und in der Akademie für Deutsches Recht unter für die davon Betroffenen gehässigsten Bedingungen und entehrendsten Umständen erfolgte, wurde darüber hinaus auch durch eine systematisch geschürte Greuel- und Hetzpropaganda gegen meine Person und meine Arbeit die Stimmung sturmartig überladen gehalten in der deutlichen Absicht, durch stete Aufrechterhaltung einer sich in jedem Augenblick aktuell entwickeln könnenden Positionsänderung auf dem Posten des Generalgouverneurs mein

Wirken in dieser Eigenschaft vor den Amtsträgern des Generalgouvernements, vor der Bevölkerung des Generalgouvernements wie aber auch in der Heimat so gefährdet wie nur möglich hinzustellen. Dazu kommt eine Fülle von unausgesetzt neu sich zeigenden Nadelstichen, die in die kleinsten Belange kritisch eindringend sich meist in der Form von Fernschreiben oder Briefen des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei offenbaren und die so dauernd versuchen, die Zuständigkeiten des Generalgouverneurs zu beschneiden und ganze Verwaltungszweige aus der Regierung des Generalgouvernements herauszuschneiden. Die Absicht, die Befehlsbefugnisse des Generalgouverneurs durch solche Maßnahmen - die sich auf das gesamte Gebiet der Veranstaltung von Feiern, der Festsetzung neuer, niedriger Gehaltssätze für die Beamten und Angestellten im Generalgouvernement usw. erstrecken- immer mehr einzuschränken zeigt sich überdeutlich.

Lediglich der Umstand, daß sich die Kriegslage ungeheuerlich verschlechtert hat und die Position der deutschen Truppen insbesondere an der Ostfront wieder eine außerordentlich schwierige geworden ist, veranlaßt mich zu all dem kühl zu schweigen u. meine Pflicht, soweit es die Entwicklung dieser Umstände überhaupt zuläßt, weiter zu erfüllen. Ich werde dafür zwar erneut bekämpft, aber dies wird mich völlig ruhig lassen vor der Gewalt meines Gewissens, das mir die feierliche Lehre eingibt, hier auf den Barrikaden eines eigenartigen persönlichen Einsatzes im Dienste des Reiches und unseres Volkes lieber auszuharren als gerade in diesem tragischen Augenblick durch meinen stur weiter verfolgten Plan der Aufgabe der letzten Position in diesem Reiche Adolf Hitlers allenfalls der kämpfenden Truppe durch eine außenpolitisch zu weit reichende Wirkung eines solchen Rücktritts in diesem Augenblick Schwierigkeiten zu bereiten. Ich möchte dies ausdrücklich hiermit feststellen, daß kein anderer Gesichtspunkt mich veranlassen könnte, hier noch weiter zu verweilen, denn das Zusammenspiel meiner politischen Gegner sollte mich treffen und wurde nur durch diese letzten Erwägungen einer außenpolitisch vorsichtigen Haltung vor den äußersten Schritten zurückgeschreckt. Damit sind aber

diese Schritte nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Daß ich bei der nächsten Gelegenheit, die sich dieser Kamarilla bietet, gestürzt und auch beseitigt werden soll, ist sicher. Weder ich noch irgendein anderer um diese Zusammenhänge Wissender zweifelt daran. Denn es ist klar: ich gebe ihnen nichts in meiner Meinung nach, daß der jetzt vom Führer eingeschlagene Kurs der Gewalt, der völligen Vernichtung der Rechtssicherheit und des Regimes mit Hilfe von Konzentrationslager und Polizeiwillkür für den Führer wie für sein Reich eine der schwersten Gefahren darstellt, die überhaupt erstehen konnten. Es ist wieder dasselbe Bild, nur mit anderen Vorzeichen, wie wir es 1914 bis 1918 erlebt haben: während die Front auf das Heroischste kämpft, wird in der Heimat die innenpolitische Situation in einer das Kriegsschicksal vielleicht entscheidend beeinflussenden Weise in eine Entwicklung getrieben, die Volk und Regierung auseinanderbringt. Da ich aber mit dieser Meinung innerhalb des Führerkorps dieses jetzigen Reiches mich dem Führer gegenüber nicht durchsetzen kann, bleibt es zunächst bei dem Schicksal des Sehers, der Düsteres hereinbrechen sieht, ohne es im Augenblick ändern zu können. Höher aber als alles Sehertum steht die Pflicht, an einer Stelle, auf die einen nun einmal in ernster Zeit das Schicksal gestellt hat, selbst unter den furchtbarsten Umständen Dienst zu tun. Nicht irgendwelche persönlichen Gründe, nicht Ehrsucht, Titelsucht oder Postenkleberei sind es daher, die mich auf diesem Platz festhalten, sondern das Gefühl des Kapitäns, der ein Schiff auch unter den schwierigsten Umständen ans andere Ufer zu bringen hat.

Im einzelnen entwickelt sich das Verhältnis zwischen dem Generalgouverneur und den im Lande befindlichen, völlig im Einklang mit der Reichsführung SS stehenden Persönlichkeiten verhängnisvoll. Nach außen hin ist dieser Zwiespalt völlig offenkundig und bedeutet vor allem gegenüber dem fremdvölkischen Element in diesem Land eine gefährliche Schwächung der deutschen Einheitsposition. Da aber der Kampf gegen mich per-

sönlich

sönlich in jeder Form ohne Rücksicht darauf geführt wird, ob darunter das mir unterstellte Gebiet des Großdeutschen Reiches sachlich, wirtschaftlich, politisch, sozial oder auch sicherheitsmäßig leidet, werden meine Gegner unbelehrbar bleiben. Sie sehen in ihrem blinden Haß und in ihrer Absicht, mich unter allen Umständen zu beseitigen, nur ihre persönlichen Cliquen-Interessen. Freilich zeigen sich in diesem Machtblock meiner Gegner schon deutlich Risse und es wird einmal die Zeit kommen, in der ich werde feststellen können, daß selbst unter diesen furchtbaren Umständen meines innenpolitischen Kampfes sich von der Gegenseite selbst hier im Lande mächtige Persönlichkeiten zu mir bekannten. Allein schon dieser innere Zwiespalt in den Reihen meiner hiesigen territorialen Gegner ist ein Trost und zeigt vielleicht die Linie an, in der einmal dem deutschen Volk eine Erlösung von dieser Fehlentwicklung des Nationalsozialismus werden wird, der in seiner ursprünglichen Reinheit vom Führer als das größte Glück unseres Volkes gedacht war und der in dieser Reinheit wieder herzustellen ist.

Die Ernte in diesem Land hat sich überraschend gut gezeigt, sodaß wohl die Möglichkeit besteht, daß auch das aus Haß gegen mich persönlich dem Land so überhoch auferlegte Kontingent von über 5oo ooo to Brotgetreide an das Reich abgeliefert werden kann. Wenn es gelingt, dieses Kontingent zu erfüllen, dann ist das einer der größten Triumphe meiner Aufbauarbeit in diesem Raum. Aber alle diese Forderungen werden ja nur gestellt, um bei ihrer Nichterfüllung ein weiteres Argument gegen mich zu haben.

Die Wirtschaftslage im allgemeinen entspricht der generellen Situation Europas. Die Bevölkerung ist vorerst noch ruhig und verhält sich im allgemeinen loyal, wobei ich feststellen kann, daß daran hauptsächlich der Umstand schuld trägt, daß ich vorerst hier noch als Generalgouverneur verbleibe. Für die fremdvölkische Bevölkerung bin ich immerhin noch der Repräsentant eines Deutschlands, das in einer friedlichen, kulturellen und fürsorglichen Betreuung der seiner Regierung anvertrauten Bevölkerung eine höhere Gewähr für den Nutzen des

Heimatreiches sieht als in der unausgesetzten Anwendung harter und brutaler Gewalt.

Eine weitere besonders gegen mich gerichtete Schikane war die Durchschleusung der sog. "General-Unruh-Kommission" durch das Generalgouvernement, die unter dem Schutz der großen Aufgabe der Erfassung der hier beschäftigten Beamten und Angestellten, soweit sie den Jahrgängen 1908 und jünger angehören, eine Art Propagandareise gegen den Generalgouverneur und sein System im Land veranstaltete und in dieser Richtung sich durch öffentliche Reden und Einzelbemerkungen unausgesetzt betätigte. So könnte ich noch viele weitere Beispiele anführen.

Die Nachprüfung des postalischen Ein- und Auslaufes der Regierung des Generalgouvernements, der Gouverneure, der Kreishauptleute und aller anderen Dienststellen wird einmal den Beweis erbringen, daß das Generalgouvernement, mit Abstand das best organisierte besetzte Gebiet des großdeutschen Freiheitskampfes, seine Pflicht unter den dauernden, von Mißgunst, Neid und Haß diktierten Mißhandlungen seitens der Heimatbehörden bis zum äußersten erfüllt hat. Wie ein Aschenbrödel werden wir behandelt, um dereinst vor der Geschichte, die über uns ein gerechtes Urteil sprechen wird, als Leistungszentrale ersten Ranges dazustehen. Gerade, weil ich das vor meinem Innersten weiß, vermag ich auf meinem Platz auszuharren, vielleicht sogar in der geheimen Freude, eines Tages meinen unerbittlichen Gegnern mit der lächelnden Miene des philosophisch Erfahrenen das glückliche Bild der Leistung und des Erlebens in diesem Raum ihrem eigenen sieghaft entgegenstellen zu können. Ich habe daher durch die Übernahme der Dienstgeschäfte und durch mein Wiedererscheinen in den Regierungssitzungen und auch bei öffentlichen Veranstaltungen dem Lande zu erkennen gegeben, daß ich als Generalgouverneur auf meinem Platz bin und zu bleiben gedenke. Ich werde auch meinen Rücktritt nicht weiter betreiben und werde mich allen Angriffen gegenüber so passiv wie möglich verhalten, um freilich trotzdem keinen Einzigen jemals zu vergessen.

Was

Was die Zeiten bringen werden, ist undurchsichtig, was sie gebracht haben, ist klar. Das Deutschland Adolf Hitler's ist in den schwersten Abschnitt seines Existenzproblems eingetreten. Es gilt, daß wir hier Wache halten für uns und für das Reich. In dieser Weitsicht will ich daher die Arbeit fortsetzen.

Ich habe angeordnet, dieses heutige Memorandum mit dem früheren zusammen in einem Sonderakt zwischen die Tagebuchreihen einzulegen und mit dem 1.September 1942 eine neue Tagebuchreihe zu beginnen, da ich diesen neuen Abschnitt des Generalgouvernements begreiflicherweise seinem Inhalt, seiner Erscheinungsform und seiner Zielrichtung nach völlig zu trennen habe von dem ersten Teil meines Wirkens in diesem Land.

Frank

Was die Zeiten bringen werden, ist undurchsichtig, was sie gebracht haben, ist klar. Das Deutschland Adolf Hitler's ist in den schwersten Abschnitt seines Existenzproblems eingetreten. Es gilt, daß wir hier Wache halten für uns und für das Reich. In dieser Weitsicht will ich daher die Arbeit fortsetzen.

Ich habe angeordnet, dieses heutige Memorandum mit dem früheren zusammen in einem Sonderakt zwischen die Tagebuchreihen einzulegen und mit dem 1.September 1942 eine neue Tagebuchreihe zu beginnen, da ich diesen neuen Abschnitt des Generalgouvernements begreiflicherweise seinem Inhalt, seiner Erscheinungsform und seiner Zielrichtung nach völlig zu trennen habe von dem ersten Teil meines Wirkens in diesem Land.

Frank

END OF

VOL. #20

R.6

END OF

VOL. #20

R.6

END OF

VOL. # 20

R.6